

19.01.2016

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften

A Problem und Regelungsbedarf

1. Landeswassergesetz

Der Bund hat im Jahr 2006 im Rahmen der Föderalismusreform die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für den Wasserhaushalt (Artikel 74 Absatz 1 Nummer 32 des Grundgesetzes) erhalten, die seine bisherige Kompetenz zur Rahmengesetzgebung abgelöst hat. Im Jahr 2010 ist daraufhin das Wasserrecht auf Bundesebene durch eine Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 320 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, neu geordnet worden. Das Landeswassergesetz ist an das neue Wasserhaushaltsgesetz anzupassen. Außerdem ist nach § 172 des Landeswassergesetzes das vorliegende Gesetz zu evaluieren.

2010 ist das Landeswassergesetz mit dem Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes, des Landeswassergesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Nordrhein-Westfalen vom 16. März 2010 (GV. NRW. S. 185) an das neue Bundesrecht lediglich in den Bereichen Gewässerrandstreifen, öffentliche Wasserversorgung, Grundsätze der Abwasserbeseitigung und Einleiten von Abwasser in öffentliche und private Abwasseranlagen angepasst worden.

Bei der Neuordnung des Landeswasserrechts sind verschiedene Rahmenbedingungen zu berücksichtigen: Zum einen können die Länder bei wasserrechtlichen Regelungen vom Bundesrecht – mit Ausnahme von stoff- und anlagenbezogenen Regelungen – abweichen (Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes), das Gleiche gilt bei verfahrensrechtlichen Regelungen (Artikel 84 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes). Zum zweiten hat der Bund bei der Neuordnung des Wasserhaushaltsgesetzes zwar wesentliche Bereiche neu geregelt, aber in vielen Bereichen auch berücksichtigt, dass die Wasserwirtschaft der Ländern durch unterschiedliche wasserwirtschaftliche und wasserrechtliche Traditionen geprägt ist, die häufig ihre Ursache in den verschiedenen naturräumlichen Rahmenbedingungen haben. Das Wasserhaushaltsgesetz enthält daher zahlreiche Regelungsoptionen und Öffnungsklauseln für die Länder und ermöglicht ergänzende oder abweichende Landesregelungen. Diese Möglichkeiten sollen zur Konkretisierung und Verbesserung genutzt werden.

Datum des Originals: 19.01.2016/Ausgegeben: 25.01.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Außerdem haben die Erfahrungen bei der Bewirtschaftungsplanung und im wasserwirtschaftlichen Vollzug gezeigt, dass gewässerökologische Ziele verdeutlicht und die Rahmenbedingungen für die Erreichung der Bewirtschaftungsziele der §§ 27 ff. des Wasserhaushaltsgesetzes verbessert werden müssen. Die Ergebnisse des 2. Monitorings lassen klar erkennen, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Vorgaben der Richtlinie (EG) Nr. 2000/60 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 19), die zuletzt durch Richtlinie EG Nr. 2008/32 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 (ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 60) - Wasserrahmenrichtlinie nur nachkommen kann und können wird, wenn es die Rahmenbedingungen für die Erreichung der Bewirtschaftungsziele entscheidend verbessert. Dementsprechend folgt aus der Evaluierung des Gesetzes nach § 172 des Landeswassergesetzes ein Änderungsbedarf an verschiedenen gesetzlichen Regelungen.

2. Nordrhein-westfälisches Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

Die landesrechtlichen Ausführungsvorschriften zum Abwasserabgabengesetz sind bislang im siebten Teil des Landeswassergesetzes geregelt. Als Folge der Neuregelung des Bundeswasserrechts und der gebotenen Anpassung des Landeswasserrechts sollten die abgaberechtlichen Ausführungsvorschriften in ein eigenständiges Ausführungsgesetz überführt werden.

3. Verbandsgesetze

Durch die anstehende Novellierung des Landeswassergesetzes ergeben sich Änderungsnotwendigkeiten in den Gesetzen über die sondergesetzlichen Wasserverbände.

Zudem müssen Änderungen in gesetzlichen Regelungen anderer Landesgesetze sowie befristete Vorschriften in den einzelnen Gesetzen über sondergesetzliche Wasserverbände berücksichtigt und redaktionelle Bereinigungen vorgenommen werden.

4. Sonstige

Verschiedene bestehende Gesetze und Verordnungen der Landesregierung beziehungsweise des Umweltministeriums müssen an die Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes angepasst oder können aufgehoben werden. Die in Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen (UVPG NW) vom 29. April 1992, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV. NRW. S. 185) geändert worden ist, enthaltenen Schwellenwerte für die UVP-Pflicht bzw. -Vorprüfungspflicht bei Abwasserbehandlungsanlagen sowie bei Anlagen zur intensiven Fischzucht stimmen nicht mit den Schwellenwerten des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung des Bundes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2053) geändert worden ist, für diese Anlagen überein.

B Lösung

1. Landeswassergesetz

Das Landeswassergesetz wird grundlegend neu gefasst. Dabei wird die Systematik überarbeitet, insbesondere im Abschnitt Abwasserbeseitigung, und soweit wie möglich an das Was-

serhaushaltsgesetz angepasst, um die Verständlichkeit des nach wie vor nebeneinander geltenden Bundes- und Landesrechts zu verbessern. Die bewährten Rechtsvorschriften werden, soweit sie nicht durch Regelungen im Wasserhaushaltsgesetz obsolet geworden sind, im Wesentlichen fortgeführt. Sie werden, soweit nach den Zielsetzungen des Gesetzes erforderlich, den neuen wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen und denen des Vollzuges angepasst. Das Land Nordrhein-Westfalen setzt damit die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie zum nachhaltigen Gewässer- und Grundwasserschutz konsequent um.

- Es wird neu ein Auftrage zur Umweltbildung im Bereich der Wasserwirtschaft geregelt, der sich an alle Erziehungs-, Bildungs- und Informationsträger richtet. (§ 11)
- Die bisherigen Regelungen zu Genehmigung und Unterhaltung von Anlagen in, an, unter und über oberirdischen Gewässern, für die das Wasserhaushaltsgesetz lediglich den materiellen Maßstab vorgibt, werden verändert und um eine Regelung zur Pflicht zur Anpassung und zum Rückbau solcher Anlagen ergänzt. Die bislang schon bestehende Genehmigungspflicht wird weitgehend unverändert weitergeführt, neu ist lediglich, dass die Genehmigung grundsätzlich ausdrücklich befristet zu erteilen ist, was sich auch nach bisherigem Recht schon aus den Genehmigungsvoraussetzungen ergab, aber nicht vollzogen wurde. Weiter ist die Pflicht zur Unterhaltung solcher Anlagen klarer definiert. Die neue Regelung einer Anpassungs- und Rückbaupflicht soll dem Vollzug ermöglichen, die Anlage den sich ändernden wasserwirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen oder neuen Erkenntnissen über die Auswirkung der Anlage gerecht zu werden. Die Änderungen und Erweiterungen in diesem Regelungsbereich sind dringend erforderlich, da sich im Vollzug insbesondere der unteren Behörden gezeigt hat, dass solche Anlagen immer wieder zu Schäden führen und insbesondere den Abflussverhältnissen angepasst werden müssen. Der Vollzugsaufwand auf der Grundlage der geltenden Rechtslage ist erheblich und muss reduziert werden. (§§ 25 ff.)
- Die bisherige Regelung zur Zulassung von Erdwärmepumpen wird an die Regelung des Erdaufschlusses im Wasserhaushaltsgesetz angepasst und auf der Grundlage der bisherigen Vollzugserfahrungen überarbeitet. Die Verordnungsermächtigung wird erweitert. (§ 34)
- Zur Vereinfachung des Vollzuges bei der Festsetzung von Wasserschutzgebieten wird die oberste Wasserbehörde ermächtigt, landeseinheitlich durch Rechtsverordnung die besonderen Regelungen in Wasserschutzgebieten zu regeln mit der Möglichkeit, in der einzelnen Festsetzungsverordnung davon abzuweichen. Ziel der Regelung ist, den Verwaltungsaufwand bei der Festsetzung von Wasserschutzgebieten zu verringern und dennoch die Regelungen in den festgesetzten Wasserschutzgebieten dem aktuellen Erkenntnisstand anzupassen. Dementsprechend entfällt die Befristung von Festsetzungsverordnungen auf 40 Jahre. Mit der Änderung wird der Schutz der Wasservorkommen zur öffentlichen Trinkwasserversorgung verbessert, und gleichzeitig werden die zuständigen Behörden entlastet, da sie nicht mehr selbst bestehende Festsetzungen anpassen oder neu festsetzen müssen, sondern nur die betroffene Fläche und etwaige Abweichungen zu regeln haben. Außerdem wird dem bestehenden Vollzugsdefizit entgegengewirkt. Im Übrigen wird ein Verbot von Abgrabungen im Wasserschutzgebiet geregelt, das bereits in sehr vielen Wasserschutzgebietsverordnungen enthalten ist. (§ 35)
- Bei der Regelung zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung wird die Pflicht zur Wasserversorgung spezifiziert sowie ein kommunales Wasserversorgungskonzept geregelt, das der zuständigen Wasserbehörde vorzulegen ist. Damit ist gewährleistet, dass die wesentlichen Entscheidungen bei der Trinkwasserversorgung einer staatlichen Prüfung unterzogen und damit auf ihre Erforderlichkeit geprüft werden. Die Regelungsvorhaben auf europäischer Ebene und die Diskussion über die Kosten der Trinkwasserversorgung für

Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft haben gezeigt, dass die Vorgaben für die Trinkwasserversorgung zum Schutz und im Interesse der menschlichen Gesundheit und der Umwelt verdeutlicht werden müssen. (§ 38)

- Die Regelungen im Bereich der Abwasserbeseitigung sind an die Neuregelungen des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 angepasst worden. Da die wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch eine hohe Bevölkerungsdichte, durch die im Vergleich mit anderen Bundesländern große Anzahl an Industrie- und Gewerbebetrieben und der Vielschichtigkeit der Abwasserbeseitigungspflichtigen geprägt sind, ist es nicht möglich, den Normenbestand in diesem Bereich wesentlich zu reduzieren. Allerdings soll durch eine bessere Systematisierung der Regelungen das Verständnis der Regelungen gefördert werden. Es sind insbesondere folgende Regelungen betroffen:

Im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung müssen als Folge des § 55 des Wasserhaushaltsgesetzes, der als Grundsatz der Abwasserbeseitigung auch die ortsnahe Niederschlagswasserbeseitigung regelt, die maßgeblichen landesrechtlichen Regelungen modifiziert werden. Hierzu gehört auch die dem Bundesrecht widersprechende Bestandsschutzregelung für Mischkanalisationen.

Das Abwasserbeseitigungskonzept (§ 47), das sich als wasserwirtschaftliches Steuerungsinstrument bewährt hat, ist weiterzuentwickeln. Zur Erreichung der im Bewirtschaftungsplan aufgestellten Ziele werden die zuständigen Wasserbehörden ermächtigt, beim gemeindlichen und verbandlichen Abwasserbeseitigungskonzept entsprechende Anpassungen der Konzeptinhalte einzufordern. Außerdem wird geregelt, dass die Kommune bei Abweichungen vom Konzept dieses erneut vorzulegen hat. Eine zukunftsorientierte Niederschlagswasserbeseitigung gebietet es, dass die Konzepte auch Aussagen zu Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung bei der Niederschlagswasserbeseitigung treffen und die Bezüge zu den Maßnahmen herstellen, die zum Ausgleich der Wasserführung erforderlich sind. Es wird weiter klargestellt, dass auch ein Niederschlagswasserbeseitigungskonzept zu erstellen ist und eine solche Pflicht im Außenbereich für den Straßenbaulastträger eingeführt (§ 49 Absatz 3).

Die Neuregelung des Wasserrechts auf Bundesebene vom 31. Juli 2009 hat mit § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes an dem Grundsatz der öffentlich-rechtlich organisierten Abwasserbeseitigung festgehalten. Allerdings bindet das Wasserhaushaltsgesetz 2009 die Pflicht nicht mehr nur an „Körperschaften“ des öffentlichen Rechts, sondern öffnet die Aufgaben auch für „juristische Personen“ des öffentlichen Rechts. Die Voraussetzungen, unter denen andere natürliche oder juristische Personen Aufgaben der Abwasserbeseitigung wahrnehmen können, überlässt der Bund wie bisher den Ländern. Die bestehenden Pflichtenzuweisungs- und Pflichtenübertragungsregelungen werden systematisch neu gegliedert und teilweise fortentwickelt. Außerdem wird die Möglichkeit eröffnet, dass benachbarte Gemeinden nach den §§ 27 und 28 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Oktober 2012 (GV. NRW. S. 474) geändert worden ist, eine interkommunale Anstalt des öffentlichen Rechts (gemeinsames Kommunalunternehmen) errichten und dieser bestimmte Aufgaben der Abwasserbeseitigung übertragen können. Die Übergangsregelung für die Flusskläranlagen wird entsprechend den Planungs- und Zeitzielen für den Umbau der Systeme nicht mehr offen gelassen, sondern auf Ende 2021 begrenzt (§§ 45, 46).

- Es wird bei Wasserbenutzungsanlagen, Abwasserbehandlungsanlagen und bei Anlagen zur Wassergewinnung und zur Aufbereitung von Wasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung sowie bei Talsperren gefordert, beim Bau und Betrieb für einen effizienten Einsatz

von Ressourcen und Energie zu sorgen, sofern dies mit den übrigen wasserrechtlichen Anforderungen an Bau und Betrieb der Anlage und der Benutzung vereinbar ist. (§§ 25, 40, 57, 76 Absatz 1)

- Die Regelungen zu morphologischen Maßnahmen und Maßnahmen mit Relevanz für den Abfluss – Gewässerausbau, Gewässerunterhaltung, Ausgleich der Wasserführung – werden stärker noch als bisher ausdrücklich auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele ausgerichtet. Die entsprechenden Pflichten können nur insgesamt auf eine andere Person übertragen oder übernommen werden. Die in der Vergangenheit teilweise praktizierte Teilung der Pflichten ist unter dem ganzheitlichen Ansatz der Bewirtschaftungsziele nicht mehr akzeptabel, da die Schnittstellen zur Ineffizienz des Vollzuges führen. Auch die Regelung zur Umlage des Unterhaltungsaufwands wird vereinfacht. In der Vergangenheit war die gerichtsfeste Erarbeitung einer kommunalen Satzung mit einem so erheblichen Aufwand verbunden, dass nur wenige Kommunen diesen Weg beschritten haben, auch weil nur wenig Unterhaltungsaufwand anfiel. Mittlerweile verlangt zwar eine gesetzeskonforme Erfüllung der Gewässerunterhaltungspflicht zumindest temporär einen gesteigerten Aufwand; dennoch hat sich in den letzten die Zahl der Satzungen nicht erhöht, da weiterhin der Aufwand für eine gerichtsfeste Satzung erheblich ist. Daher wird das durch das Wasserhaushaltsgesetz für die Umlage vorgegebene Vorteilsprinzip mit einem Umlagemaßstab konkretisiert, der lediglich zwischen versiegelten und nicht versiegelten Flächen unterscheidet. Außerdem wird klargestellt, dass auch der Aufwand zur Ermittlung der Grundlagen für die Umlage umlagefähig ist. Die Regelung zu den Finanzierungshilfen des Landes wird entsprechend der bestehenden Förderlage über die Unterhaltungskosten hinaus auf die Ausbaurkosten erstreckt. Außerdem wird entsprechend dem Abwasserbeseitigungskonzept ein Konzept für morphologische und auf den Abfluss Einfluss nehmende Maßnahmen geregelt. Es wird ein Vorkaufsrecht für das Land eingeführt. (§§ 65, 67, 73, 76, 77)
- Der gesetzliche Deichschutz wird gestärkt. Hochwasserschutzanlagen als Teil des technischen Hochwasserschutzes tragen wesentlich zum Schutz von Leib und Leben sowie Sachgütern bei Überschwemmungen bei. Außerdem sind erhebliche öffentliche Investitionen erforderlich. Die Pflicht zur Sanierung und Wiederherstellung eines nicht den Regeln der Technik entsprechenden oder verfallenen Deichs wird neu gefasst. Bisher musste, wenn ein Deich nicht den Regeln der Technik entsprach oder verfallen war, die Aufsichtsbehörde den Unterhaltungspflichtigen zur Sanierung bzw. zur Wiederherstellung verpflichten. Da aber nur im Ausnahmefall ein Deich nicht mehr erforderlich ist, wird die Regelung diesem Regel-Ausnahmeverhältnis anpassen: Bei Vorliegen der Voraussetzungen ist der Unterhaltungspflichtige zur Sanierung bzw. Wiederaufbau verpflichtet. Sollte ein Hochwasserschutz nicht mehr erforderlich sein, wird er von seiner Pflicht befreit. Es wird außerdem ein Statusbericht für Hochwasserschutzanlagen mit entsprechender Verordnungsermächtigung neu eingeführt, mit dem der ordnungsgemäße Zustand und die Unterhaltung einer Hochwasserschutzanlage durch den Pflichtigen dokumentiert werden. Er ermöglicht dem Pflichtigen den Nachweis, dass er seine Pflichten erfüllt, und der Aufsichtsbehörde die Kontrolle dieser Pflichterfüllung. Außerdem wird zum Deichschutz neu das Verbot für das Schädigen und Entfernen der Grasnarbe aufgenommen. (§§ 81, 84, 85)
- Der gesetzliche Hochwasserschutz wird verbessert. Es wird klargestellt, dass auch rückgewinnbare Überschwemmungsgebiete festgesetzt werden können, wie es bundesgesetzlich ausdrücklich seit Jahrzehnten möglich war. Das Verfahren zur Festsetzung von Überschwemmungsgebieten wird den aktuellen Bedürfnissen angepasst. Es wird neu ein Hochwasserschutzregister für Ausgleichsmaßnahmen geregelt, das die bestehende Ersatzgeldregelung ablöst. Die Regelung zur hochwassersicheren Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wird mit zeitlich befristeten Anpassungspflichten ergänzt, die für den Vollzug die sich aus allgemeinen Regelungen bestehende

Anpassungspflicht konkretisiert, um der Wichtigkeit einer ordnungsgemäßen Wasserversorgung- und Abwasserbeseitigung auch im Fall des Hochwassers Rechnung zu tragen. Weiter wird das Land ermächtigt, eine Rechtsverordnung über eine Melde-, Warn- und Alarmanordnung zum Schutz vor Hochwasser zu erlassen. Bislang ging man davon aus, dass eine Verwaltungsvorschrift ausreicht. Da aber auch die Kommunen betroffen sein dürften und ggf. Private, muss der Bereich durch Rechtsverordnung geregelt werden. Die Verbindlichkeit wasserwirtschaftlicher Planung wird auf die Hochwasserrisikomanagementplanung erstreckt. (§§ 86, 87, 88, 91)

- Es wird bei allen kommunalen Pflichten (Abwasserbeseitigung, Gewässerunterhaltung, Gewässerausbau, Ausgleich der Wasserführung sowie Deichunterhaltung und Sanierung) die Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit geregelt. Die Kommune kann nicht nur ihre Pflicht auf eine von ihr nach § 114a der Gemeindeordnung errichteten Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen, sondern benachbarte Gemeinden können darüber hinaus, dann mit Genehmigung der zuständigen Behörde, nach den §§ 27 und 28 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit einem gemeinsamen Kommunalunternehmen in der Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen. Bei der Wasserversorgung wird eine solche Möglichkeit in Anbetracht der Traditionen nicht geregelt. (§§ 52, 65, 81)

Vom Recht zur Abweichungsgesetzgebung nach Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 bzw. Artikel 84 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes wird im Landeswassergesetz in folgenden Fällen Gebrauch gemacht:

- Erlaubnisfreiheit für das Entnehmen von Wasserproben und das Wiedereinleiten der Proben nach ihrer Untersuchung (§ 17): Abweichung von § 8 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes;
- Gewässerrandstreifen: Abweichung von § 38 Absatz 3 und 4 des Wasserhaushaltsgesetzes;
- Umlage des Unterhaltungs- und Ausbauaufwands von Bund und Land an Gewässern 1. Ordnung (§ 75): Abweichung von § 40 Absatz 1 Satz 2, § 42 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes;
- § 107 Absatz 1 (Verfahren für Planfeststellungen): Abweichung von § 70 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes.

2. Nordrhein-westfälisches Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

Die bisherigen Regelungen zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes des Bundes im Siebenten Teil des Landeswassergesetzes (§§ 64 bis 85 des Landeswassergesetzes) werden als Folge der Neugliederung des Wasserhaushaltsgesetzes im Jahre 2009 in ein eigenständiges Landesgesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes überführt. In diesem Zusammenhang erfolgen die gebotenen redaktionellen Anpassungen an Änderungen des Abwasserabgabengesetzes, an die Neuregelung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 und an die Neuregelung des hiesigen Landeswassergesetzes gemäß Artikel 1. Als Folge von Rechtsprechung zum Abwasserabgabenrecht sind schließlich auch inhaltliche Änderungen geboten.

3. Verbandsgesetze

Die Gesetze der sondergesetzlichen Wasserverbände sind insbesondere in Bezug auf das LWG zu ändern bzw. zu ergänzen, um den oben aufgeführten Regelungsbedürfnissen Rechnung zu tragen. Darüber hinaus sind die Gesetze von obsoleten Vorschriften zu bereinigen (z. B. Kameralistik) sowie landesgesetzliche Vorschriften direkt, soweit erforderlich, in die Verbandsgesetze zu integrieren (z. B. Vergütungsoffenlegungsgesetz).

4. Sonstige

Artikel 12 bis Artikel 29 des Gesetzes betreffen die Aufhebung oder Anpassung bestehender Gesetze und Rechtsverordnungen an das neue Wassergesetz des Landes sowie an das Bundesrecht. Lediglich im Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 153) geändert worden ist, wird die Ermächtigungsgrundlage für eine Rechtsverordnung über die Verrechnungsmöglichkeiten konkretisiert. Die Änderung der Eigenbetriebsverordnung ist Ausfluss der Änderungen zur Wasserversorgung in den §§ 38, 39 des Artikel 1. Die Änderung der Kostenregelung im Landesabfallgesetz folgt der Änderung der Kostenregelung im Landeswassergesetz. Die Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände ermöglicht den Wasserverbänden nach WVG, weitere Aufgaben zu übernehmen. Die Schwellenwerte in Anlage 1 des UVPG NW für die UVP-Pflicht bzw. -Vorprüfungspflicht bei Abwasserbehandlungsanlagen, und für Anlagen zur intensiven Fischzucht werden aufgehoben.

C Alternativen

Keine.

Der Gesetzentwurf enthält unverzichtbare notwendige landesrechtliche Komplementärregelungen zum Wasserhaushaltsgesetz (und damit auch zur gesetzlichen Umsetzung von EU-Recht).

Ein Verzicht auf die vom Bundesrecht abweichenden landesrechtlichen Regelungen ist nicht möglich, da ansonsten wesentliche landesspezifische Anliegen nicht verwirklicht, bewährte Strukturen nicht aufrechterhalten und unnötiger Verwaltungsaufwand nicht vermieden werden könnte.

D Kosten

1. Landeswassergesetz für den Landeshaushalt

Das Gesetz ergänzt das Wasserhaushaltsgesetz durch Regelungen, die im Wesentlichen schon im bisherigen Landeswassergesetz enthalten waren. Solche Regelungen sind gegenüber dem bisherigen Vollzugsaufwand für den Landeshaushalt kostenneutral. Nachfolgend werden daher nur Änderungen zum bisherigen Landeswassergesetz dargestellt, die durch das Einführen von neuen Aufgaben zu einem Mehraufwand für die Landesverwaltung führen könnten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umsetzung der WRRL in das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes im Jahr 2002 und in das Landeswassergesetz im Jahr 2005 und die damals implementierten Bewirtschaftungsziele die Anforderungen an die Bewirtschaftung von Gewässern erheblich verändert hat. Die Bewirtschaftungsziele geben einen erheblich konkreteren materiellen wasserwirtschaftlichen Maßstab vor als das nationale Wasserrecht vor 2002. Dazu

kommen die Fristen, innerhalb deren die Bewirtschaftungsziele erreicht werden müssen. Daher können Bewirtschaftungsbehörden nicht mehr wie vor 2002 im Wesentlichen von Fall zu Fall in jedem Zulassungsverfahren ihre Entscheidungen treffen, sondern müssen die Bewirtschaftungsplanung für ihren Zuständigkeitsbereich, ggfls. unter Koordination mit anderen Bewirtschaftungsbehörden, konkretisieren. Sie müssen dabei zum einen eine Vorstellung entwickeln, wie sie Zugriffe auf den Wasserhaushalt steuern, so dass die Bewirtschaftungsziele erreicht werden. Aus diesem Grund ist es auch häufiger als vor 2002 erforderlich, bestehende Zulassungen über andauernde Zugriffe auf den Wasserhaushalt an die neuen materiellen Vorgaben anzupassen. Sie müssen weiter eine Vorstellung entwickeln, wie die Träger von wasserwirtschaftlichen Pflichten vorzugehen haben, um ihren Teil dazu beizutragen, dass die Bewirtschaftungsziele erreicht werden. Diese Erweiterung der Aufgaben folgt zwingend aus den bereits 2002/2005 implementierten Bewirtschaftungszielen. Die Erfahrungen im Vollzug haben gezeigt, dass es erforderlich ist, einige dieser Aufgaben zu konkretisieren, um ihre Erledigung sicherzustellen.

- Die Regelung zur Erziehung, Bildung und Information (§ 11) ist neu und richtet sich an alle Erziehungs-, Bildungs- und Informationsträger. Aus ihr folgt kein neuer Vollzugsaufwand für das Land. Mit der Regelung wird klargestellt, dass das Land auch im Bereich der Wasserwirtschaft Bildungs- und Informationsmaßnahmen ergreifen und fördern kann. Dies ist bisher schon unter Auslegung anderer Rechtsvorschriften wie der Pflicht zur aktiven Beteiligung der Öffentlichkeit nach Artikel 14 WRRL möglich. Insoweit wird mit der geplanten Regelung mehr Rechtsklarheit für eigene Aktivitäten des Landes (wie z. B. der Natur- und Umweltschutzakademie Nordrhein-Westfalen) als auch für eine mögliche Landesförderung von Maßnahmen Dritter auf diesem Gebiet geschaffen. Beides wird immer nur im Rahmen der künftig zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfolgen. Vergleichbar ist die Regelung in § 4 Absatz 1 Satz 5 des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit dem Ziel der Landesregierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung systematisch und strukturell in das gesamte Bildungssystem zu implementieren. Der sich aus Satz 2 des § 11 ergebende Trägerauftrag zur Erziehungs-, Bildungs- und Informationsarbeit knüpft an bereits bestehende gesetzliche Pflichten an (u.a. § 13 Kinderbildungsgesetz; §§ 3, 11 Weiterbildungsgesetz), für die die anerkannten Träger und Einrichtungen heute schon eine Landeszuwendung erhalten. Er ist insoweit kein neuer gesetzlicher Auftrag, sondern konkretisiert für den Bereich des Gewässer- und Grundwasserschutzes lediglich die Bildung für nachhaltige Entwicklung als Leitorientierung. Die mit § 11 Satz 2 angeregten Aktivitäten schränken weder das bestehende Recht auf eine selbständige Lehrplangestaltung und die Freiheit der Lehre (§ 4 Weiterbildungsgesetz) noch die Möglichkeit der eigenen träger- oder einrichtungsspezifischen pädagogischen Konzeption ein (§13 a Kinderbildungsgesetz). Es liegt nach wie vor im Ermessen der Träger und der Einrichtungen zu entscheiden, in welchem Umfang, in welcher Tiefe oder auch mit welcher Unterstützung (z.B. Stadtwerke als kommunale Wasserversorgungsunternehmen) die Regelung umgesetzt wird.
- Die Regelung des Gemeingebrauchs (§ 20) bei künstlichen Gewässern muss in Zukunft nur noch im Einvernehmen mit dem Gewässereigentümer erfolgen. Bislang war auch das Einvernehmen der zur Benutzung Berechtigten erforderlich. Damit wird insbesondere der Aufwand für die Regelung des Gemeingebrauchs bei Talsperren verringert.
- Die Änderungen der Regelungen der Zulassung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (§§ 22 ff.) führen nicht zu erhöhtem Vollzugsaufwand für die Bezirksregierungen, die an Gewässern 1. Ordnung für solche Anlagen zuständig sind. Die Regelungen haben im Gegenteil zum Ziel, den aktuellen übermäßigen Vollzugsaufwand bei solchen Anlagen zu senken. Es hat sich in den letzten Jahren im Vollzug gezeigt, dass diese Anlagen entweder aufgrund ihres Alters oder aufgrund geänderter wasserwirtschaftlicher

Verhältnisse zu schädlichen Gewässerveränderungen führen. Die Folge sind akute Probleme durch Überflutung wegen Rückstau oder Vernässung. Die bestehende Rechtslage ermöglicht den zuständigen Behörden auf der Grundlage allgemeinen Ordnungsrechts in diesen Fällen kein rechtssicheres Vorgehen. Der Vollzug ist an Anbetracht der Probleme zu Lösungen gezwungen, die nur mit erheblichem Aufwand erreicht werden.

In Zukunft wird die Zulassung im Grundsatz befristet zu erteilen sein. Das entspricht dem seit 2005 geltendem Recht, ist nur klarer geregelt. Die Voraussetzungen für die Zulassung einer Anlage sind in § 99 LWG (alt) wie die für die Zulassung einer Benutzung formuliert. Abgesehen davon ermöglicht die neue Regelung der Behörde, den in Anbetracht der konkreten Verhältnisse einfachsten Weg wählen:

Wenn auszuschließen ist, dass eine Anlage durch sich ändernde wasserwirtschaftliche Verhältnisse tangiert wird, kann die Behörde entweder auf eine Befristung verzichten oder eine sehr lange Frist wählen. Sollte ihre Einschätzung falsch sein, trägt sie das Risiko des erhöhten Aufwands bei der Anpassung.

Wenn sie die Zulassung befristet, ist der Aufwand einer Neuerteilung gering, wenn sich an der wasserwirtschaftlichen Situation nichts ändert und die Zulassung der Anlage ohne weitere Änderungen weitergeführt werden kann.

Wenn die Zulassung befristet ist und angesichts sich ändernder wasserwirtschaftlicher Gegebenheiten wie einem geänderten Abfluss neue Regelungen aufzunehmen sind, ermöglicht die Befristung der Behörde, dies auf einfachem Weg umzusetzen. Bei einer unbefristeter Zulassung wären der Widerruf oder als milderer Mittel eine Anpassung der Zulassung erforderlich. Dieses Vorgehen wäre mit einem erheblich höheren Verwaltungsaufwand verbunden als die angepasste Neuerteilung des Rechts.

Die wasserwirtschaftliche Einschätzung der Situation, ob also die Zulassung einfach neu erteilt werden kann oder mit neuen Regelungen versehen werden muss, muss die zuständige Behörde bereits unabhängig von Ablauf der Zulassung getroffen haben. Sie ist bei diesen Gewässern auch für die Gewässeraufsicht zuständig.

Letzten Endes ist es nach den §§ 22 ff. die Entscheidung der zuständigen Behörde, welches Vorgehen sie für ausreichend hält, um mit dem geringsten Aufwand einen Zustand der Anlage zu gewährleisten, der die Anforderungen des § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes einhält, wie es von ihr als Gewässeraufsicht bereits das geltende Recht verlangt.

Das Gleiche gilt für die neue Regelung der Untersuchungs- und Anpassungspflicht (§§ 23, 24). Diese besteht nach Meinung im Schrifttum bereits nach aktueller Rechtslage. Es handelt sich insbesondere um Fälle, in denen ein Eingreifen bereits als Gewässeraufsicht zur Gefahrenbeseitigung erforderlich ist. Daher entsteht kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Im Gegenteil wird der Vollzug der Gewässeraufsicht nach § 100 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 116 Absatz 1 Nummer 7 LWG (alt) erheblich vereinfacht, was erklärtes Ziel der Regelung ist.

- Aus der neuen Verpflichtung der Gemeinde (§ 38 Absatz 3), ein Wasserversorgungskonzept aufzustellen und der zuständigen Behörde vorzulegen, folgt für die zuständige Behörde, voraussichtlich die Bezirksregierung, ein neuer Aufwand für die Prüfung des Wasserversorgungskonzepts, der allerdings gering ist.

Die Bezirksregierung hat sich bereits nach geltendem Recht als zuständige Behörde für die Zulassung von Wasserentnahmen ab 600 000 m³/a und die Festsetzung von Schutzgebieten für diese Entnahmen Kenntnisse der Wasserversorgung in ihrem Zuständigkeitsbereich, insbesondere zu den Entnahmen und den Schutzgebieten inklusive derer Entwicklung zu verschaffen. Nur auf Grundlage solcher Kenntnisse kann sie die entsprechenden Zulassungen erteilen und überwachen. Die Beschaffung dieser Kenntnisse wird durch die Wasserversorgungskonzepte erleichtert. Damit reduzieren die Informationen aus dem Wasserversorgungskonzept in den Zulassungsverfahren über Wasserentnahmen den Verwaltungsaufwand für Prüfungen, die dort durchzuführen sind. Das Wasserversorgungskonzept wird außerdem einen geringen Umfang haben, so dass der zusätzliche Aufwand der Überprüfung durch den reduzierten Aufwand bei Zulassungen weitgehend kompensiert wird.

- Die geänderten Regelungen beim Abwasserbeseitigungskonzept (§ 47) führen zu keinem erhöhten Vollzugsaufwand bei den Bezirksregierungen, die das Konzept zu prüfen haben. Die ergänzend aufgenommene Verknüpfung mit den Bewirtschaftungszielen, die neuen Regelungen zur Beanstandung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und die veränderte Prüffrist für das Konzept sowie die Vorlage bei Abweichungen (§ 47 Absatz 2) bedeuten keinen neuen Aufwand. Die Prüfung der Bewirtschaftungsziele ist schon bereits nach geltendem Recht erforderlich. Bei der Zulassung der Einleitungen nach § 57 Absatz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes sind auch die Anforderungen der Bewirtschaftungsziele an das Gewässer zu berücksichtigen. Die Bezirksregierungen handeln entsprechend. Die neue Regelung verdeutlicht lediglich diesen Bezug in Anbetracht der Wichtigkeit der materiellen Vorgabe. Die Regelung der Beanstandungsmöglichkeit stellt lediglich die bisherige Verwaltungspraxis klar. Die Vorlagepflicht bei Abweichungen dereguliert, weil die aktuelle Verwaltungsvorschrift eine jährliche Vorlage regelt, und senkt damit den Prüfungsbedarf bei den Bezirksregierungen.
- Kein wesentlicher Mehraufwand entsteht durch die Umstellung der Anzeigepflicht für das Indirekteinleiten von Stoffen, die kein Abwasser sind (§§ 59 Absatz 4 und 59a Absatz 3 LWG (alt)), auf eine Genehmigungspflicht (§ 58 Absatz 1) bei den Bezirksregierungen. Die Behörde musste auch bislang eine Prüfung durchgeführt werden, ob zur Vermeidung schädlicher Gewässerveränderungen und im Hinblick auf den ordnungsgemäßen Betrieb der Abwasseranlagen Regelungen zu treffen sind. Hinzu kommt lediglich der Mehraufwand für den Bescheid, wenn eine Genehmigung ohne Vorgaben erteilt wird. Der Aufwand für eine solche Genehmigung ist aber gering (Muster). In allen anderen Fällen hätte die Behörde bereits nach bisherigem Recht auf die Anzeige reagieren müssen.
- Im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung wird erstmalig im Außenbereich dem Land (Landesbetrieb Straßen) als Straßenbaulastträger im Außenbereich die Pflicht auferlegt, eine Übersicht über den Stand der Einleitungen sowie über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der nach den gesetzlichen Anforderungen an Einleitungen noch erforderlichen Maßnahmen vorzulegen (§ 49 Absatz 3). Materiell ist der Landesbetrieb seit 2002 durch die Bewirtschaftungsziele des Wasserhaushaltsgesetzes für die Gewässer verpflichtet, dafür zu sorgen, dass seine Niederschlagswassereinleitungen nicht dazu beizutragen, dass das Gewässer, in das er einleitet, die Bewirtschaftungsziele verfehlt. Der bisherige Vollzug hat gezeigt, dass die Regelung einer Übersicht angesichts der Vielzahl der Niederschlagswassereinleitungen des Landesbetriebs und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Gewässer notwendig ist, um die gesetzlichen Vorgaben zu erreichen. Der Landesbetrieb hat den mit Abstand größten Anteil an Niederschlagswassereinleitungen von Straßen im Außenbereich und trägt damit an vielen Stellen zur Zielverfehlung im Gewässer bei. Ohne ein konzeptionelles Vorgehen, das mit den Bewirtschaftungsbehörden abzustimmen ist, lässt sich nicht darlegen, wie der Landesbetrieb im bis 2027 verbleibenden Zeitraum

landesweit seine Einleitungen gesetzeskonform ertüchtigt. Ohne diese Übersicht und eine damit verbundene Priorisierung von Maßnahmen in Abstimmung mit den Bewirtschaftungsbehörden lässt sich ein gesetzeskonformes und auf andere Bewirtschaftungsentscheidungen abgestimmtes Vorgehen nicht erreichen.

Dazu kommt, dass der Aufwand des Landesbetriebs in einzelnen Zulassungsverfahren oder in Auseinandersetzungen mit den unteren Wasserbehörden als Gewässeraufsicht, die nachträgliche Anordnungen zu prüfen haben, erheblich sein wird, je mehr Zeitdruck entsteht. Dementsprechend beginnt der Landesbetrieb Straßen bereits unabhängig von der neuen gesetzlichen Vorgabe, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Die Übersicht mit Vorlagepflicht dient dazu, die landesweite Prioritätensetzung des Landesbetriebs mit den Bewirtschaftungsentscheidungen der Zulassungsbehörde abzustimmen und Planungssicherheit sowohl für die unteren Wasserbehörden, die für diese Einleitungen zuständige Bewirtschaftungsbehörden sind, als auch dem Landesbetrieb in den einzelnen Zulassungsverfahren zu schaffen. Die Vorgabe reduziert im Ergebnis beim Landesbetrieb den Aufwand, die Einleitungen des Niederschlagswassers von Landesstraßen im Außenbereich in Abstimmung mit den Wasserbehörden gesetzeskonform zu ertüchtigen, Zulassungen zu erhalten und nachträgliche Anordnungen zu vermeiden. Der Aufwand der Ertüchtigung selbst ist durch die Umsetzung der WWRL in nationales Recht und die Implementierung der Bewirtschaftungsziele entstanden.

- Kein wesentlicher Mehraufwand entsteht bei der neu aufgenommenen Möglichkeit zur Errichtung einer interkommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts für eine Aufgabe der Abwasserbeseitigung (§ 52 Absatz 1). Hier sieht der Gesetzentwurf zwar Genehmigungspflichten vor, die Prüfaufwand für die zuständigen Bezirksregierung bedeuten. Allerdings wird voraussichtlich zum einen von den neuen Möglichkeiten nur in wenigen Einzelfällen Gebrauch gemacht werden und zum anderen sind die zu prüfenden Inhalte den Bezirksregierungen nicht neu. Die wesentlichen Informationen liegen ihnen im Zusammenhang mit den Prüfungen des gemeindlichen Abwasserbeseitigungskonzeptes bereits vor.
- Kein Mehraufwand für die zuständigen Behörden bedeutet die Neuregelung der Feststellung einer Genehmigungspflicht für bestimmte Indirekteinleitungen (§ 58 Absatz 2). Die Bezirksregierung kann für solche Einleitungen im Einzelfall nach dem Zaunprinzip zuständig sein. In den Fällen des § 58 Absatz 2 müsste die für die Gewässeraufsicht zuständige Behörde ansonsten ordnungsrechtlich nach § 100 des Wasserhaushaltsgesetzes gegen den Indirekteinleiter vorgehen, um mögliche schädliche Gewässerveränderungen zu unterbinden. Diese Vorgehensweise kann sie weiterhin wählen, wenn sie sie für den Weg mit dem geringsten Aufwand hält. Die Feststellung der Genehmigungspflicht dient dazu, auf das ordnungsrechtliche Vorgehen zu verzichten und das Genehmigungsverfahren mit dem Indirekteinleiten möglichst in kooperativer Weise zu gestalten.
- Das neu geregelte Vorkaufsrecht (§ 73) steht dem Land zu. Es besteht keine Pflicht, das Vorkaufsrecht auszuüben. Das Recht soll es erleichtert, die für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie erforderlichen Flächen zu erwerben. Es wird eingeräumt, um den Vollzugsaufwand zu reduzieren. Bereits nach geltendem Recht erwirbt das Land Flächen. Ein Mehraufwand entsteht beim Vollzug des Vorkaufsrecht durch die zuständige Behörde. Zum einen muss die Veröffentlichung der Grundstücke, auf die sich das Vorkaufsrecht bezieht, im Internet erstellt und gepflegt werden. Dies erfolgt zentral und weitgehend automatisiert. Zum anderen muss die zuständige Behörde, wenn sie ihr Vorkaufsrecht ausüben will, darüber entscheiden, die Entscheidung mitteilen und das Grundstück kaufen. Dazu kommt die Verwaltung der gekauften Grundstücke. Diesem Aufwand gegenüber zu

stellen ist die Erleichterung bei der Umsetzung der Bewirtschaftungsziele und des Maßnahmenprogramms. Es lässt sich zurzeit nicht abschätzen, in welchem Umfang vom Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht wird.

- Die Koordinierung und Prüfung der von den Pflichtigen vorgelegten Übersicht über ihre Maßnahmen zum Ausbau und Ausgleich der Wasserführung sowie zur Gewässerunterhaltung (§ 74) führen ebenfalls nicht zu einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand bei der Bezirksregierung, sondern erleichtert die Erfüllung von bereits bestehende Aufgaben. Die Bezirksregierungen müssen seit 2002 und verstärkt seit 2009 mit Beginn des ersten Bewirtschaftungszyklus nach Vorlage des ersten Bewirtschaftungsplans und Maßnahmenprogramms eine Vorstellung entwickeln, welche Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich die Träger von wasserwirtschaftlichen Pflichten durchzuführen haben, um ihren Teil dazu beizutragen, dass die Bewirtschaftungsziele erreicht werden. Das Maßnahmenprogramm mit seinen Programmmaßnahmen erfordert hier eine Konkretisierung. Nur so können die Bezirksregierungen ihrer Aufgabe als Zulassungsbehörden und Gewässeraufsicht sowie Fachaufsicht über die unteren Wasserbehörden nachkommen. In Erfüllung dieser Aufgaben haben die Bezirksregierungen dementsprechend bislang die freiwilligen Umsetzungsfahrpläne der Pflichtigen koordiniert und auf ihre Umsetzung hingewirkt. Die Zuständigkeiten für Zulassungen und Durchführung der Gewässeraufsicht lassen sich angesichts der gesetzlichen Bewirtschaftungsziele nur erfüllen, wenn die jeweilige Behörde ihren Bewirtschaftungsauftrag auch umsetzt. Die Regelung der Übersicht in § 74 soll es den Bezirksregierungen als Bewirtschaftungsbehörden erleichtern, ihre Aufgabe zu erfüllen, dass die Gewässer in ihrem Zuständigkeitsbereich die Bewirtschaftungsziele erreichen.
- Die in § 81 neu geregelte Prüfung des Statusberichts reduziert im Ergebnis den Überwachungsaufwand der Bezirksregierungen bei Hochwasserschutzanlagen an Gewässern 1. Ordnung. Die für die die Aufsicht zuständige Behörde ist auch nach geltendem Recht verpflichtet, sich in der Sache die Informationen zu verschaffen, die in Zukunft im Statusbericht zusammengefasst werden. Der Statusbericht Teil A beinhaltet die zur Beurteilung der Hochwasserschutzanlage notwendigen grundlegenden Informationen aus dem sowieso vorhandenen Deichbuch (Anlagenbuch). Der Statusbericht Teil B dokumentiert die Überwachungstätigkeit des Trägers der bau- und Unterhaltungslast und den sich aus der Zustandsbewertung ergebenden Handlungsbedarf. Er wird bei bedeutenden Hochwasserschutzanlagen (z.B. am Rhein) jährlich erstellt. Als Aufsichtsbehörde muss die Bezirksregierung auch schon nach bisherigem Recht sich diese Informationen verschaffen, um sicherzustellen, dass der Deich und die Deichunterhaltung die gesetzlichen Anforderungen erfüllen. Daher ist der Statusbericht auch bereits über eine Verwaltungsvorschrift eingeführt worden. Im Ergebnis ist daher von einem reduzierten Verwaltungsaufwand für die Deichaufsicht auszugehen.
- Das Führen eines Hochwasserschutzregisters (§ 84 Absatz 2) an Gewässern 1. Ordnung durch die Bezirksregierung ersetzt die bestehende Regelung über die Ersatzgeldzahlung und bewirkt im Ergebnis keinen höheren Verwaltungsaufwand als die bisherige Aufgabe der Verwaltung der Ersatzgeldzahlungen. In beiden Fällen sind die Möglichkeiten, Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen, im Zuständigkeitsbereich systematisch zu erheben, um im Bedarfsfall diese Möglichkeiten anzubieten.
- Die Regelung zu den Grundlagen der Wasserwirtschaft (§ 89) ermöglicht in Zukunft, dass die Datenübermittlung nach näherer Bestimmung durch die oberste Wasserbehörde und unentgeltlich zu erfolgen hat. Damit wird die Pflicht nach § 88 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes konkretisiert. Mit näherer Bestimmung sind fachliche und IT-technische Festlegungen gemeint, die einen automatisierten Austausch wasserwirtschaftlicher Daten sicherstellen.

Inwieweit damit zusätzliche Kosten für das Land verbunden sind, hängt von vielen Vorentscheidungen bei der Erarbeitung der Verordnung ab, ist daher im Rahmen der Erarbeitung der Verordnung zu klären und kann zurzeit noch nicht abgeschätzt werden.

- In Zukunft werden alle Kosten der Gewässeraufsicht umzulegen sein (§ 96), bislang nur, wenn der zu Überwachende zur Überwachung Anlass gegeben hat. Damit entsteht zwar zusätzlicher Verwaltungsaufwand durch die Gebührenerhebung, die bei anlassloser Überwachung bislang noch nicht möglich war. Dieser erhöhte Aufwand für die Gebührenerhöhung ist aber durch die eingenommenen Gebühren zumindest abgedeckt.

2. Nordrhein-westfälisches Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

Mit dem Gesetz werden weitgehend lediglich die bisherigen Regelungen im Landeswassergesetz weitergeführt. Die geänderten und die entfallenden Regelungen sind gegenüber dem bisherigen Vollzugsaufwand kostenneutral.

3. Verbandsgesetze

Durch Wegfall der Gebührenbefreiung und durch neue Veröffentlichungspflichten entstehen den Verbänden nunmehr Kosten in geringem Umfang.

4. Sonstige

Die redaktionellen Anpassungen und die Änderungen des Wasserentnahmeentgeltgesetzes, der Eigenbetriebsverordnung und des Landesabfallgesetzes verursachen keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand. In Zukunft werden alle Kosten der abfallwirtschaftlichen Überwachung umzulegen sein, bislang nur, wenn der zu Überwachende zur Überwachung Anlass gegeben hat. Damit entsteht zwar zusätzlicher Verwaltungsaufwand durch die Gebührenerhebung, die bei anlassloser Überwachung bislang noch nicht möglich war. Dieser erhöhte Aufwand für die Gebührenerhöhung ist aber durch die eingenommenen Gebühren zumindest abgedeckt. Auch durch die Erweiterung der möglichen Aufgaben eines Wasserverbands im Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz entsteht kein zusätzlicher Aufwand. Die Anpassungen im UVPG NW verursachen keinen Mehraufwand bei den Bezirksregierungen. Zwar sind diese für die Zulassung der Abwasserbehandlungsanlagen zuständig, die nun einer standortbezogenen Vorprüfung unterzogen werden müssen. Aber die Bezirksregierung führen die Zulassungsverfahren bereits jetzt nach dem UVPG des Bundes durch.

E Zuständigkeit

Zuständig ist das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Beteiligt sind die Staatskanzlei, das Ministerium für Inneres und Kommunales, das Justizministerium, das Finanzministerium, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport.

F Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände

1. Landeswassergesetz

Das Gesetz ergänzt das Wasserhaushaltsgesetz durch Regelungen, die im Wesentlichen schon im bisherigen Landeswassergesetz enthalten sind. Solche Regelungen sind in ihren Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände gegenüber dem bisherigen Vollzugsaufwand kostenneutral.

In den Fällen, in denen neue Aufgaben übertragen werden bzw. bestehende und übertragbare Aufgaben verändert werden, führt dies zu keiner wesentlichen Belastung der davon betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände, was nachfolgend im Einzelnen aufgeführt wird.

- Die Regelung zur Erziehung, Bildung und Information (§ 11) ist neu und richtet sich an alle Erziehungs-, Bildungs- und Informationsträger. Aus ihr folgt keine unmittelbare Verpflichtung zu bestimmten Maßnahmen. Es bleibt den Kommunen überlassen zu entscheiden, in welchem Umfang und in welcher Form sie den gesetzlichen Auftrag erfüllen. § 11 lässt die gestalterischen Spielräume der Kommunen (und anderer Bildungsträger) unberührt. Er ist dem Kernbereich der anderweitig gesetzlich normierten pädagogischen Arbeit zuzurechnen und integrativer Bestandteil bereits wahrgenommener Aufgaben. Insoweit wird auf die Ausführungen unter D 1., 1. Tiert verwiesen.
- Die neue Ermächtigung (§ 21), den Eigentümer- und Anliegergebrauch einzuschränken, sofern ansonsten die Bewirtschaftungsziele verfehlt werden, ist bislang keiner Behörde zugewiesen. Es ist beabsichtigt, anknüpfend an die Zuständigkeit für die Gewässeraufsicht die Zuständigkeit für die Regelung an den sonstigen Gewässern den unteren Wasserbehörden in einer Novelle der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) zuzuweisen. Die neue Aufgabe führt zu keinem neuen Vollzugsaufwand, sondern soll den Vollzug erleichtern. Die Vorgabe in § 26 WHG, dass nur solche Benutzungen unter den Eigentümer- und Anliegergebrauch fallen, die keine nachteilige Veränderungen der Wasserbeschaffenheit oder eine wesentliche Verminderung der Wasserführung sowie keine andere Beeinträchtigung des Wasserhaushalts bewirken, führt wegen ihrer Unbestimmtheit im Vollzug auf der Grundlage des allgemeinen Ordnungsrechts bzw. § 100 WHG zu Problemen bei den für die Gewässeraufsicht zuständigen Behörden, an den sonstigen Gewässern den unteren Wasserbehörden. Diesen Problemen können die zuständigen Behörden auf der Grundlage der neuen Ermächtigung mit konkretisierenden Regelungen begegnen. Ansonsten bleibt der Vollzug des Ordnungsrechts bzw. § 100 WHG.
- Die Änderungen im Zulassungstatbestand für Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (§ 22) und die neue Regelung der Untersuchungs- und Anpassungspflicht (§§ 23, 24) führen nicht zu erhöhtem Vollzugsaufwand bei den für diese Anlagen an Gewässern 2. und sonstiger Ordnung zuständigen unteren Wasserbehörden. Insoweit wird auf die Ausführungen unter D 1., 3. Tiert zu den Bezirksregierungen verwiesen. Die deutlichsten Vollzugsprobleme und erheblichen Vollzugsaufwand angesichts der ungenügenden Gesetzeslage gibt es zurzeit bei diesen Anlagen an den Gewässern 2. und sonstiger Ordnung und damit in der Zuständigkeit der unteren Wasserbehörden. Es wird im Gegenteil erwartet, dass die Änderungen den Vollzug erleichtern und den Aufwand senken. Kosteneinsparend wirkt die Regelung insofern, als die zuständigen Behörden, die in Anbetracht der Gefährdungslage nach geltender Rechtslage aus Gründen der Gefahrenabwehr tätig werden, ihre Kosten rechtssicher umlegen können, während zur Zeit die Kostenumlage streitig ist.

Die zuständige Behörde kann im Übrigen ihren Aufwand als Kosten der Gewässeraufsicht nach § 96 umlegen.

- Die Regelung, dass bei Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (§§ 22 ff.) hilfsweise eine Kommune als Gewässerunterhaltungspflichtige ggf. zur Unterhaltung der Anlage, zur Anpassung oder zum Rückbau herangezogen werden kann, ist neu. Die Kommune kann den beziehungsweise die Anlageneigentümer oder -besitzer zur Erstattung ihres Aufwands heranziehen. Wenn der Anlageneigentümer oder -besitzer nicht zu ermitteln oder illiquide ist, trägt die zuständige Behörde den Aufwand. Diese müsste ihn nach der bestehenden Rechtsgrundlage ohnehin tragen, wenn sie ihre Ordnungsverfügung vollstreckt. Es entsteht daher weder dem kommunalen Gewässerunterhaltungspflichtigen noch der zuständigen Behörde im Ergebnis ein zusätzlicher Aufwand. In der Sache ermöglicht die Regelung die Lösung vor Ort von Rückstau und Vernässungsproblemen durch falsch dimensionierte oder nicht mehr voll funktionstaugliche Anlagen in und an Gewässern wie Verrohrungen oder Brücken.

Die Zahl der Anlagen in Nordrhein-Westfalen ist nicht bekannt. Es wird zunehmend versucht, zumindest die Bauwerke zu erheben, die möglicherweise als Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern zu qualifizieren sind. Ein Bauwerk wie eine Verrohrung oder eine Ufermauer kann eine Anlage oder aber ein Gewässerausbau sein. Sofern überhaupt eine Zulassung vorliegt, bei älteren Anlagen ist das häufig nicht der Fall, sagt sie nicht immer etwas über die Qualifizierung des Bauwerks aus. Mangels Erhebung ist auch nicht bekannt, in welchen Fällen die Voraussetzungen für eine subsidiäre Pflichtenzuweisung vorliegen würden.

- Die Umkehr des Regel-Ausnahmeverhältnisses in § 25 Absatz 2 entlastet die für Benutzungsanlagen zuständigen Behörden. Der Regelfall ist, dass die Anlage zu beseitigen ist und der Ausnahmefall, dass sie nach Wegfall der Befugnis stehen bleiben kann. In Zukunft muss die zuständige Behörde nur noch den Ausnahmefall regeln. Es lässt sich aber nicht abschätzen, welcher Aufwand durch diese Umkehr eingespart wird. Es betrifft die unteren Wasserbehörden bei den Anlagen, die einer Benutzung dienen, für die sie zuständig sind.
- Die neue Ermächtigung (§ 32 Absatz 1), den Gemeingebrauch am Grundwasser einzuschränken, sofern ansonsten die Bewirtschaftungsziele verfehlt werden, führt zu keinem neuen Vollzugsaufwand. Es ist beabsichtigt, diese Zuständigkeit den unteren Wasserbehörden zuzuweisen, die bereits die Zuständigkeit der Gewässeraufsicht über das Grundwasser haben. Nach geltendem Recht können bzw. müssen die unteren Wasserbehörden in den Fällen des § 32 Absatz 1 ordnungsrechtlich nach § 100 des Wasserhaushaltsgesetzes vorgehen, um für die gefährdeten Grundwasserkörper die Erreichung der Bewirtschaftungsziele sicherzustellen. § 32 Absatz 1 gibt lediglich eine Wahlmöglichkeit. Wie bislang könnte die untere Wasserbehörde bei gefährdeten Grundwasserkörpern in Einzelfällen mit Ordnungsverfügung oder auch Allgemeinverfügung vorgehen (§ 100 des Wasserhaushaltsgesetzes) oder als die für den Vollzug des § 32 zuständige Behörde mit Verordnung und Anträgen auf Zulassung der ohne Verordnung unter den Gemeingebrauch fallenden Entnahmen (§ 32 Absatz 1). Die Entscheidung wird sie je nach prognostiziertem Vollzugsaufwand des jeweiligen Wegs im konkreten Anwendungsfall treffen, das Ziel (Gewährleistung, dass der Wasserkörper das Bewirtschaftungsziel erreicht) ist bereits nach geltendem Recht vorgegeben. Das Vorgehen soll durch Musterverordnungen unterstützt werden.
- § 32 Absatz 2 ermöglicht im Gegenzug in Regionen, in denen gesichert eine ausreichende Grundwassermenge zur Verfügung steht und die Bewirtschaftungsziele nicht gefährdet sind, für Bagatellentnahmen über den Katalog des § 46 Absatz 1 WHG hinaus die Erlaubnisfreiheit zu regeln. Es ist beabsichtigt, die Zuständigkeit den unteren Wasserbehörden

in einer Novelle der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) zuzuweisen. Ziel ist die Entlastung bei den Zulassungen. Im Ergebnis soll ein Minderaufwand erreicht werden, der sich zurzeit allerdings nicht abschätzen lässt. Weder ist klar, in welchen Regionen solche Regelungen möglich sind, noch, wie häufig die unteren Wasserbehörden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Das Vorgehen soll durch Musterverordnungen unterstützt werden.

- Die neue Regelung zu Erdaufschlüssen (§ 34) schränkt in Absatz 1 das bundesrechtliche Anzeigeeerfordernis ein und reduziert damit den Verwaltungsaufwand. Die konkreten Einsparungen lassen sich nicht ermitteln.

Zuständige Behörde für Anzeigen und Zulassungen ist die untere Wasserbehörde. Die Ermächtigung der zuständigen Behörde in § 34 Absatz 2, für besondere Gebiete durch Verordnung weitergehende Regelungen zur Konkretisierung des § 49 WHG zu treffen, soll diese befähigen, Vollzugsaufwand in den einzelnen Anzeigeverfahren durch generelle Regelungen zu vermindern. Aus dem gleichen Grund ermöglicht § 34 Absatz 3 Verwaltungsvorschriften. Ein Mehraufwand ist daher nicht zu erwarten.

Das seit 2007 für Anlagen zur Nutzung von Erdwärme geregelte vereinfachte Verfahren (§ 44 Absatz 1 Satz 1 LWG) wird nicht weitergeführt, wurde aber auch in der Verwaltungspraxis nicht angenommen. Es entsteht auch damit kein Mehraufwand. Der Aufwand für Zulassungsbescheide kann nach Tarifstelle 28.1.10.2 der Gebührenordnung als Gebühr umgelegt werden.

- § 35 Absatz 5 stellt die Pflicht des Begünstigten – der eine Gemeinde sein kann – klar, die erforderlichen Unterlagen für ein Festsetzungsverfahren vorzulegen oder die für die Erstellung der Unterlagen entstehenden Kosten zu übernehmen. Diese Regelung ist nur eine Klarstellung. Im Übrigen kann die Gemeinde, die mit der geschützten Entnahme ihre Wasserversorgung sicherstellt, die Kosten in Gänze als Gebühr über § 39 umlegen (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).
- Die neue Regelung der gemeindlichen Pflichten zur vorsorgenden Wasserversorgung (§ 38 Absatz 2) führt nicht zu erhöhten Kosten bei den Gemeinden. Die Regelung fasst lediglich die aktuelle Gesetzeslage zusammen und verdeutlicht sie.
- Die neue Verpflichtung der Gemeinde (§ 38 Absatz 3), im Abstand von 6 Jahren ein Wasserversorgungskonzept aufzustellen und der zuständigen Behörde vorzulegen, führt zu einem geringen Mehraufwand bei den Gemeinden. Die Gemeinde muss auch nach geltender Rechtslage zur Erfüllung ihrer Pflicht zur öffentlichen Wasserversorgung (§ 38 Absatz 1) ihre aktuelle Situation bei der Wasserversorgung kennen und die Planungen durchführen, die dem Wasserversorgungskonzept zugrunde liegen. Ansonsten kommt sie ihrem Sicherstellungsauftrag nicht nach. Die Daten liegen beim Wasserversorger vor, sollte die Gemeinde die Wasserversorgung nicht selbst durchführen. Hinzu kommt also nur noch die Zusammenfassung der vorliegenden Informationen für die Vorlage. Der dadurch verursachte Aufwand wird für die erste Vorlage für alle Gemeinden mit ungefähr ca. 880 000 € abgeschätzt. Daraus ergibt sich bei einer Vorlage in einem Zeitraum von 6 Jahren eine jährliche Mehrbelastung der Gemeinden von ungefähr 147 000 €. Die Kosten einer weiteren Vorlage dürften regelmäßig darunter liegen, da dann im Wesentlichen nur noch Änderungen abzubilden sind.

Diese Kosten können als Kosten der Wasserversorgung über § 39 als Gebühren umgelegt werden (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

- Die bei der Regelung des Abwasserbeseitigungskonzepts (§ 47) ergänzend aufgenommene Verknüpfung mit den Bewirtschaftungszielen, die neuen Regelungen zur Beanstandung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und die veränderte Prüffrist für das Konzept sowie die Vorlage bei Abweichungen (§ 47 Absatz 2) bedeuten keinen neuen Aufwand für die Gemeinden.

Die Prüfung der Bewirtschaftungsziele ist schon bereits nach geltendem Recht erforderlich. Bei der Zulassung der Einleitungen nach § 57 Absatz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes sind auch die Anforderungen der Bewirtschaftungsziele an das Gewässer zu berücksichtigen. Die neue Regelung verdeutlicht lediglich diesen Bezug in Anbetracht der Wichtigkeit der kommunalen Abwasserbeseitigung für die Erreichung der Bewirtschaftungsziele.

Die Regelung der Beanstandungsmöglichkeit stellt lediglich die bisherige Verwaltungspraxis klar.

Die Vorlagepflicht bei Abweichungen wird dereguliert, weil die aktuelle Verwaltungsvorschrift eine jährliche Vorlage regelt, und senkt damit den Aufwand bei den Gemeinden.

Abgesehen davon können kommunale Aufwendungen für die Abwasserbeseitigung nach § 54 in Gänze über Gebühren umgelegt werden (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

- Das gleiche gilt für die neue Regelung, dass Darlegungen zu Maßnahmen der Niederschlagswasserbeseitigung, auch zur Anpassung an geänderte Verhältnisse durch den Klimawandel, Bestandteil des Konzepts sind (§ 47 Absatz 3). Bereits nach geltendem Recht hat ein Abwasserbeseitigungskonzept Aussagen zur Niederschlagswasserbeseitigung zu enthalten. Der Begriff Abwasser beinhaltet sowohl Schmutzwasser als auch Niederschlagswasser (§ 54 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes). Die Regelung dient daher nur der Klarstellung. Auch der Verweis auf Maßnahmen der Niederschlagswasserbeseitigung zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist deklaratorisch. Solche Maßnahmen müssen schon nach geltendem Recht ergriffen werden und gehören zur Erfüllung der gemeindlichen Pflicht zur Abwasserbeseitigung, wenn sie zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung angesichts der sich in Folge des Klimawandels ändernden Niederschläge (Zunahme der Starkregenereignisse) erforderlich geworden sind. Dementsprechend machen sich zurzeit die Gemeinden verstärkt Gedanken über den Umgang mit Starkregenereignissen. Der Zusammenhang mit der Niederschlagswasserbeseitigung wird durch die Regelung im Abwasserbeseitigungskonzept lediglich verdeutlicht und dient als Anknüpfungspunkt für die Regelung in § 54 Satz 2 Nummer 7 über die Umlage solcher Maßnahmen als Maßnahme der Abwasserbeseitigung.

Abgesehen davon können kommunale Aufwendungen für die Abwasserbeseitigung nach § 54 in Gänze über Gebühren umgelegt werden (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

- Nach § 53 Absatz 3 Satz 4 kann die zuständige Behörde im Gebiet eines Abwasserverbands einer Kommune aufgeben, ihr Abwasserbeseitigungskonzept nach § 47 zu aktualisieren, wenn es für die Abstimmung von verbandlichem und gemeindlichem Abwasserbeseitigungskonzept erforderlich ist. Damit entsteht keine neue Aufgabe, weil das gemeindliche Konzept ohnehin zu aktualisieren ist, wenn sich aus dem Abwasserbeseitigungskonzept des Verbandes entsprechender Bedarf ergibt, und umgekehrt.

Abgesehen davon können kommunale Aufwendungen für die Abwasserbeseitigung nach § 54 in Gänze über Gebühren umgelegt werden (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

- Nach § 57 ist erstmalig die wesentliche Änderung des Betriebs eines Kanalisationsnetzes für die öffentliche Abwasserbeseitigung der zuständigen Behörde anzuzeigen. Diese Regelung hat primär die Fälle vor Augen, in denen der Betrieb von Mischkanalisationsnetzen geändert werden soll, diese liegen in der Zuständigkeit der Bezirksregierungen. Der größte Teil der Trennkanalisationsnetze, die in der Zuständigkeit der unteren Wasserbehörden liegen, umfasst ein so kleines Einzugsgebiet, dass eine Änderung alleine des Betriebes sehr unwahrscheinlich ist. Lediglich in größeren Städten mit Trennkanalisation wird diese Regelung Anwendung finden. Es ist daher von einem jährlichen Mehraufwand von ca. 5 900 € auszugehen.

Abgesehen davon können kommunale Aufwendungen für die Abwasserbeseitigung nach § 54 in Gänze über Gebühren umgelegt werden (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

- Kein erkennbarer Mehraufwand entsteht durch die Umstellung der Anzeigepflicht für das Indirekteinleiten von Stoffen, die kein Abwasser sind (§§ 59 Absatz 4 und 59a Absatz 3 LWG (alt)), auf eine Genehmigungspflicht (§ 58 Absatz 1) bei den unteren Wasserbehörden. Die untere Wasserbehörde ist zuständig bei Anlagen für Schmutz- und Mischabwasser von weniger als 2 000 Einwohner. Solche Stoffe werden in diese Anlagen nur in absoluten Ausnahmefällen eingeleitet, die sich nicht quantifizieren lassen. Abgesehen davon musste die Behörde auch bislang eine Prüfung durchgeführt werden, ob zur Vermeidung schädlicher Gewässerveränderungen und im Hinblick auf den ordnungsgemäßen Betrieb der Abwasseranlagen Regelungen zu treffen sind. Hinzu kommt lediglich der Mehraufwand für den Bescheid, wenn eine Genehmigung ohne Vorgaben erteilt wird. Der Aufwand für eine solche Genehmigung ist aber gering (Muster). In allen anderen Fällen hätte die Behörde bereits nach bisherigem Recht auf die Anzeige reagieren müssen.

Abgesehen davon gibt es fast keine Fälle bei den unteren Wasserbehörden. Es ist beabsichtigt, in der Gebührenordnung eine entsprechende Tarifstelle einzuführen, damit die Behörde ihren Aufwand als Gebühr kostendeckend umlegen kann (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

- Kein Mehraufwand folgt aus der Neuregelung der Feststellung einer Genehmigungspflicht für bestimmte Indirekteinleitungen (§ 58 Absatz 2). Die untere Wasserbehörde ist für die Genehmigung von Indirekteinleitungen nach §§ 58, 59 WHG zuständig. Es ist beabsichtigt, die Zuständigkeit für die Anordnung nach § 58 Absatz 2 und die darauf aufbauende Indirekteinleitergenehmigung in einer Novelle der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) der für die Gewässeraufsicht jeweils zuständigen Behörde zuzuweisen.

Diese müsste in den Fällen des § 58 Absatz 2 ansonsten ordnungsrechtlich nach § 100 des Wasserhaushaltsgesetzes gegen den Indirekteinleiter vorgehen, um mögliche schädliche Gewässerveränderungen zu unterbinden. Diese Vorgehensweise kann sie weiterhin wählen, wenn sie sie für den Weg mit dem geringsten Aufwand hält. Die Feststellung der Genehmigungspflicht dient dazu, auf das ordnungsrechtliche Vorgehen zu verzichten und das Genehmigungsverfahren mit dem Indirekteinleiten möglichst in kooperativer Weise zu gestalten.

- Die Änderungen der Vorgaben für die Umlage des Unterhaltungsaufwands (§ 64) erleichtern die Umlage und in Folge auch die Umlage des Aufwands für den Gewässerausbau. Die Änderungen sollen dazu beitragen, dass die Kommunen in Zukunft ihren Aufwand aus ihren wasserwirtschaftlichen Pflichten umlegen, soweit er nicht vom Land gefördert wird. Bislang legen die Kommunen bis auf zwei bekannte Fälle ihren Aufwand nicht um. Die

Regelung soll durch eine Mustersatzung unterstützt werden. Es lässt sich nicht abschätzen, welchen Aufwand die Erarbeitung einer Satzung bei einer Kommune zurzeit verursacht, da bislang lediglich Erfahrungen in zwei Fällen vorliegen. Es lässt sich daher auch nicht abschätzen, welcher Aufwand eingespart wird. Es ist davon auszugehen, dass eine Kommune eine Satzung nur erlassen wird, wenn sie annimmt, dass sich der Aufwand für die Erarbeitung der Satzung und die Erhebung der Gebühren durch die Einnahmen decken lässt. In der Sache ging es in den Jahren 2010 bis 2012 um zumindest ungefähr 2,7 Mio. €/a Aufwand der Kommunen für morphologischen Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele, der nicht umgelegt worden ist. Der Aufwand wird in Zukunft voraussichtlich deutlich steigen und bei ca. 8 Mio. €/a liegen. Der erhöhte Aufwand, der aus der Rechtslage seit 2002 beruht, macht es für die Kommunen attraktiver, den Weg über eine Umlagesatzung zu wählen. Der Anreiz soll durch die Vereinfachung der Umlageverordnung verstärkt werden. In welchem Umfang das zu einer Reduzierung des Aufwands der Kommunen bei der Erfüllung ihrer wasserwirtschaftlichen Pflichten führt, lässt sich mangels Vergleichsmöglichkeit nicht abschätzen.

- Nach § 70 Absatz 3 können Land und Bund, soweit ihre Maßnahmen im Zuge der Unterhaltung oder des Ausbaus eines Gewässers erster Ordnung auch den besonderen Zwecken einer Gemeinde dienen, ihre Aufwendungen auf diese umlegen. Es wird sich nur um seltene Ausnahmefälle handeln. Die Gemeinden können in diesem Fall die Aufwendungen auf die einzelnen Veranlasser oder Vorteilhabenden durch Satzung umlegen (Satz 2).
- Gemeinden und Gemeindeverbände können beantragen, dass das Land zu ihren Gunsten das neu geregelte Vorkaufsrecht (§ 73) ausübt, soweit sie Träger der Pflichten nach den §§ 62, 66 und 68 sind. Dann kommt der Vertrag mit ihnen zustande. Es besteht keine Pflicht, das Vorkaufsrecht auszuüben. Das Recht soll es den Pflichtigen erleichtern, die für ihre Maßnahmen erforderlichen Flächen zu erwerben. Es wird eingeräumt, um den Vollzugsaufwand für den Pflichtigen zu reduzieren. Ein Mehraufwand ist daher nicht zu erkennen.
- Die Gemeinden und Kreise müssen in Zukunft eine Übersicht über ihre Maßnahmen zum Ausbau und Ausgleich der Wasserführung sowie zur Gewässerunterhaltung vorlegen, die sie innerhalb einer Planungseinheit koordiniert haben (§ 74). Die Erarbeitung eines abgestimmten Vorgehens bei den morphologischen Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele führt für sich nicht zu einem höheren Aufwand, da ohne ein abgestimmtes Vorgehen die gesetzeskonforme Erfüllung der Pflichten nicht möglich ist. Dabei ist wie auch beim Landeshaushalt zu berücksichtigen, dass die Umsetzung der WRRL in das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes im Jahr 2002 und in das Landeswassergesetz im Jahr 2005 und die damals implementierten Bewirtschaftungsziele die wasserwirtschaftlichen morphologischen Pflichten erheblich verändert haben. Die morphologischen Pflichten waren bis 2002 weitgehend an Nutzungsinteressen ausgerichtet. Es hatte zwar seit Mitte der 80er Jahre eine gewisse „Ökologisierung“ stattgefunden, die auch die wasserwirtschaftlichen Pflichten verändert hatte. Aber erst mit den Bewirtschaftungszielen sind die Pflichten seit 2002 an einen konkreten materiellen wasserwirtschaftlichen Maßstab gebunden, der zudem die ökologischen Interessen in Abwägung mit den Nutzungsinteressen deutlicher in den Vordergrund stellt. Dazu kommen die Fristen, innerhalb deren die Bewirtschaftungsziele erreicht werden müssen. Daher können die Träger von morphologischen Pflichten nicht mehr wie vor dem Jahr 2002 im Wesentlichen nur tätig werden, wenn es die Nutzungsinteressen erfordern, sondern müssen die ihnen zugewiesenen Aufgaben so erledigen, dass der morphologische Zustand ihrer Gewässer nicht zur Verfehlung der Bewirtschaftungsziele beiträgt. Dabei kann jeder einzelne Pflichtige nicht allein handeln, sondern die geforderten kosteneffizienten Maßnahmenkombinationen können nur in Abstimmung mit anderen Pflichtigen identifiziert werden. Dazu kommt, dass das Vorgehen der

Pflichtigen mit den Bewirtschaftungsbehörden abgestimmt sein muss, damit die zulassungsfreie Gewässerunterhaltung nicht den zulassungspflichtigen Gewässerausbau und Maßnahmen des Ausgleichs der Wasserführung konterkariert und ein einheitliches und damit kosteneffizientes Vorgehen am Gewässer erreicht wird. Dementsprechend haben die Träger wasserwirtschaftlicher Pflichten in den Jahren 2011 und 2012 freiwillig in Abstimmung mit den Bewirtschaftungsbehörden sog. Umsetzungsfahrpläne erarbeitet und damit das Maßnahmenprogramm des Landes für ihre Gewässer konkretisiert. Das konzeptionelle Vorgehen und die Abstimmung mit anderen Pflichtenträgern und den Bewirtschaftungsbehörden sind also bereits der Pflicht zum Gewässerausbau, zur Gewässerunterhaltung oder zum Ausgleich der Wasserführung immanent.

Neu hinzukommen seine Formalisierung und die Vorlagepflicht. Der für die Erarbeitung der Umsetzungsfahrpläne verursachte Aufwand lag inklusive fachlicher Vorarbeiten in den Jahre 2011 und 2012 bei ungefähr 6 000 000 € für alle wasserwirtschaftlichen Pflichtenträger, also sowohl Gemeinden als auch Wasserverbände. Wenn berücksichtigt wird, dass damit weitgehend die fachlichen Vorarbeiten vorliegen und außerdem die Ermittlung der Maßnahmen nicht durch die Regelung verursachter zusätzlicher Aufwand, sondern Ausfluss der ohnehin bestehenden Pflicht ist, ist von einem Aufwand für die zukünftige Vorlage und Abstimmung von höchstens 3 000 000 € auszugehen. Daraus ergibt sich bei einer Vorlage in einem Zeitraum von 6 Jahren eine ungefähre Mehrbelastung der Gemeinden von 500 000 €/a.

Die Gemeinde kann die Kosten als Aufwand für die wasserwirtschaftlichen Pflichten nach §§ 64, 67, 69 umlegen (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

Es ist beabsichtigt, die Zuständigkeit für die Prüfung der Konzepte den Bezirksregierungen in einer Novelle der ZustVU zuzuweisen.

- Die neue Regelung des Statusberichts für Hochwasserschutzanlagen (§ 81) führt zu einem Mehraufwand bei den Kommunen, sofern sie eine Hochwasserschutzanlage errichtet und damit die Unterhaltungspflicht für diese Anlage haben. Der Statusbericht Teil A beinhaltet die zur Beurteilung der Hochwasserschutzanlage notwendigen grundlegenden Informationen aus dem sowieso vorhandenen Deichbuch (Anlagenbuch), das ohnehin nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik geführt werden muss.

Der Statusbericht Teil B dokumentiert die Überwachungstätigkeit des Trägers der Bau- und Unterhaltungslast und den sich aus der Zustandsbewertung ergebenden Handlungsbedarf. Auch die Selbstüberwachung ist bereits jetzt schon Pflicht.

Neu geregelt ist also nur die Pflicht, die eigenen Unterlagen zusammenzufassen und vorzulegen. In Nordrhein-Westfalen sind Kommunen für 134 km Hochwasserschutzanlagen verantwortlich. Pro Kilometer Hochwasserschutzanlage fallen Kosten von ungefähr 1 000 € an, also entstehen Mehrkosten für ungefähr 140 000 €/a.

Die Gemeinde kann die Kosten als Kosten der Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen nach § 79 Satz 2 und 3 auf die Eigentümer der geschützten Grundstücke umlegen (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

- Die Anforderungen in § 84 Absatz 3 an Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasseranlagen gibt es bereits nach geltendem Recht. Es entsteht dadurch kein neuer Anpassungsbedarf für die kommunalen Betreiber. Neu sind die Fristen, die aber lediglich die bereits nach dem bestehenden Landeswassergesetz gegebenen Pflichten konkretisieren. Nach geltendem Recht bestanden die Pflichten seit 2007 ohne Fristvorgabe. Abgesehen davon

können die für Maßnahmen erforderlichen Aufwendungen über die Gebühren nach §§ 39 oder 54 umgelegt werden (§ 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz).

- Die Regelung zu den Grundlagen der Wasserwirtschaft (§ 89) ermöglicht in Zukunft, dass die Datenübermittlung nach näherer Bestimmung durch die oberste Wasserbehörde und unentgeltlich zu erfolgen hat. Damit wird die Pflicht nach § 88 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes konkretisiert. Mit näherer Bestimmung sind fachliche und IT-technische Festlegungen gemeint, die einen automatisierten Austausch wasserwirtschaftlicher Daten sicherstellen.

Inwieweit damit zusätzliche Kosten für Gemeinde und Gemeindeverbände verbunden sind, hängt von vielen Vorentscheidungen bei der Erarbeitung der Verordnung ab, ist daher im Rahmen der Erarbeitung der Verordnung zu klären.

- Nach § 90 müssen die unteren Wasserbehörden die von ihnen festgesetzten und vorläufig gesicherten Wasserschutzgebiete im Internet führen. Die Regelung ist neu und konkretisiert die Pflicht nach § 7 Absatz 1 Satz 1 UIG Bund. Dieser Pflicht kommen die unteren Wasserbehörden in Nordrhein-Westfalen bereits fast flächendeckend nach. Sie informieren in der Regel auch über die in ihrem Bezirk befindlichen Wasserschutzgebietsverordnungen der Bezirksregierungen. Ein Mehraufwand ist nicht erkennbar.
- Die Regelung (§ 96), dass die Kosten der Gewässeraufsicht dem Benutzer eines Gewässers und dem Betreiber von Anlagen aufzuerlegen sind, soweit sich die Überwachung auf die Einhaltung ihrer Pflichten bezieht, gilt auch für die Gemeinden. Die Regelung ist allerdings nach § 2 Absatz 3 Konnexitätsausführungsgesetz nicht konnexitätsrelevant.

Im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung können die Kommunen diese Kosten im Übrigen nach § 39 und 54 umlegen.

- Die Anforderungen, beim Bau und Betrieb der verschiedenen wasserwirtschaftlichen Anlagen auf einen effizienten Einsatz von Ressourcen und Energie zu achten (§§ 25, 40, 57, 76 Absatz 1), führt nicht zu einem erhöhten Kostenaufwand beim kommunalen Anlagenbetreiber: Die Kostenbilanz dürfte angesichts steigender Energiekosten zumindest Null sein. Die Anforderung ist im Übrigen so formuliert, dass das Verhältnis von Kostenaufwand und Kostenersparnis berücksichtigt werden kann.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden also mit 147 000 € (§ 38 Absatz 3 Wasserversorgungskonzept), 5 900 € (§ 57 Anzeige Kanalnetz), 500 000 € (§ 74 Gewässerkonzept) und 140 000 € (§ 81 Statusbericht) zusätzlich belastet. Die Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage zum Vorblatt. Der Aufwand kann aber über kostendeckende Gebühren umgelegt werden. Diese sind gemäß § 3 Absatz 4 Konnexitätsausführungsgesetz in Abzug zu bringen. Im Ergebnis liegt aufgrund der Verrechnung der Mehrkosten mit den kostendeckenden Gebühren keine Mehrbelastung vor (vgl. § 3 Absatz 6 Konnexitätsausführungsgesetz). Die kommunalen Spitzenverbände haben der Kostenfolgeabschätzung zugestimmt.

2. Nordrhein-westfälisches Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

Mit dem Gesetz werden weitgehend die bisherigen Regelungen im Landeswassergesetz weitergeführt. Die geänderten und die entfallenden Regelungen sind gegenüber dem bisherigen Vollzug und dem damit verbundenen gemeindlichen Aufwand kostenneutral. Dies gilt auch für die Änderungen, die mit § 8 Absatz 2 vorgenommen werden. Diese Änderungen sind insbesondere durch eine veränderte Auslegung des bestehenden Rechts durch das Oberverwal-

tungsgericht für das Land NRW veranlasst. Das Oberverwaltungsgericht hat für die Anforderungen an die Befreiung von der Niederschlagswasserabgabe bzw. dessen Versagung eindeutige gesetzliche Regelungen verlangt. Diese werden bei unveränderter Zielsetzung der Befreiungs-/Versagungsregelung getroffen.

3. Verbandsgesetze

Das Gesetz hat grundsätzlich keine Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung.

4. Sonstige

Die redaktionellen Anpassungen, die Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes, der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen, die Änderung des Landesabfallgesetzes sowie die des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände wirken sich nicht auf die kommunale Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände aus.

Die Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen (UVPG NW) führt zu keinem Mehraufwand. Die unteren Wasserbehörden sind für die betroffenen Abwasserbehandlungsanlagen nicht zuständig. Sofern Kommunen Anlagenbetreiber sind, wenden die für die Zulassung zuständigen Bezirksregierungen bereits jetzt das UVPG des Bundes an. Auch bei der Zulassung von Fischzuchtanlagen, für die die unteren Wasserbehörden zuständig sind, ist das UVPG des Bundes bereits jetzt anzuwenden.

Die Kommunalen Spitzenverbände haben der Kostenfolgeabschätzung im Gespräch nach § 7 Absatz 2 Konnexitätsausführungsgesetz zugestimmt. Es wurde vereinbart, zu Artikel 1 § 31 Absatz 5 Satz 2 im Jahr 2021 eine erneute Kostenfolgeabschätzung durchzuführen.

G Finanzielle Auswirkungen auf Unternehmen und private Haushalte

1. Landeswassergesetz

Auch zu diesem Punkt werden nur Änderungen zum bisherigen Landeswassergesetz dargestellt:

- Die Regelung zur Erziehung, Bildung und Information (§ 11) ist neu und richtet sich an alle Erziehungs-, Bildungs- und Informationsträger. Aus ihr folgt keine unmittelbare Verpflichtung zu bestimmten Maßnahmen. Es bleibt den privaten Bildungsträgern überlassen zu entscheiden, in welchem Umfang und in welcher Form sie den gesetzlichen Auftrag erfüllen. Es wird auf Ausführungen unter D 1, 1. Tired verwiesen.
- Bei der Regelung des Nachweises der technischen Sicherheit der zum Verkehr zugelassenen Fahrzeuge für die Behörde (§ 19) wird mit der alternativ möglichen Vorlage eines gültigen Schiffsattests dem Umstand Rechnung getragen, dass häufig entsprechende Schiffsatteste bereits vorliegen, die eine erneute technische Zulassung unnötig machen, so dass sich in diesem Punkt der Aufwand für private Nutzer reduziert.
- Die Ermächtigung der zuständigen Behörde zur Regelung des Eigentümer- und Anliegergebrauchs führt in der Sache nicht zu einer erhöhten Belastung der Wirtschaft und der Privaten. In diesen Fällen hatte die für die Gewässeraufsicht zuständige Behörde ohne eine solche Ermächtigung nach § 100 WHG vorgehen müssen.

- Die Regelung in § 22 zur Genehmigungspflicht bei Anlagen in, an über und unter oberirdischen Gewässern belastet Unternehmer und private Haushalte nicht verstärkt. Auch nach bisherigem Recht (§ 99 Absatz 1 LGW (alt)) stand die Zulassung im Ermessen der Behörde, vergleichbar der Regelung der Zulassung einer Benutzung. Damit war die Genehmigung bereits nach bisherigem Recht im Grundsatz zu befristen.
- Die Regelung in § 23 Absatz 1 erweitert die Betroffenheit für Besitzer von solchen Anlagen, bislang waren lediglich Eigentümer pflichtig. Insgesamt kommen damit aber keine neuen Pflichten auf die Wirtschaft oder die privaten Haushalte zu. Die Regelung in § 23 Absatz 2 konkretisiert lediglich § 100 WHG, auch dadurch werden keine neuen Pflichten begründet.
- Die Regelung in § 24 regelt die Pflicht, die Anlage den materiellen Anforderungen nach § 38 WHG anzupassen. In der Literatur wird vertreten, dass dies nach der Regelung des § 6 WHG bereits nach geltender Rechtslage möglich ist (Reinhardt, ZfW 2013, S. 121). Rechtsprechung oder gefestigte Literatur gibt es dazu allerdings nicht. Daher stellt diese Regelung je nach Rechtsauffassung eine zusätzliche Belastung von Anlageneigentümern und -besitzern dar. Diese ist gerechtfertigt, weil auf diese Weise die Einhaltung der materiellen Voraussetzungen an die Anlage gewährleistet werden. Der Anlageneigentümer oder -besitzer muss im Ergebnis im Übrigen auch nur den Aufwand tragen, sich aufgrund sich natürlich ändernde wasserwirtschaftliche Verhältnisse ergibt. Anthropogen verursachter Aufwand ist vom jeweiligen Verursacher zu tragen.
- Die Regelung zur Steuerung der Zulassungspflichten bei Entnahmen aus dem Grundwasser (§ 32) schafft für private Entnehmer in einigen Fällen einen Mehraufwand durch neue Zulassungsverfahren, in denen bislang die Entnahme unter den Gemeingebrauch fiel, und in anderen Fällen lässt sie Aufwand entfallen, weil sie Zulassungserfordernisse streicht. Abgesehen davon handelt es sich im Fall des § 32 Absatz 1 um Fälle, in denen nach geltendem Recht ohnehin mit einem ordnungsbehördlichen Verfahren zu rechnen ist.
- Die neue Regelung zu Erdaufschlüssen (§ 34) schränkt in ihrem Absatz 1 das bundesrechtliche Anzeigepflicht ein und reduziert damit den Aufwand für den Antragssteller. Die Regelung des Falls der unbeabsichtigten Erschließung von Grundwasser greift die Regelung des § 49 Absatz 2 WHG auf und konkretisiert, wer anzeigepflichtig ist. Die Erschließung von Grundwasser ist eine Gewässerbenutzung, die Regelungen in Absatz 4 Sätze 2 und 3 belasten daher die privaten Haushalte und die Wirtschaft nicht über das geltende Recht hinaus.

Die Streichung des vereinfachten Verfahrens nach dem bisherigen § 44 LWG (alt) führt im Ergebnis zu keinem Mehraufwand, weil dieses Verfahren in der Praxis im Einvernehmen zwischen Antragssteller und Behörde nicht angewandt wurde und daher die Regelung auch nicht fortgeführt wird.

- Das Abgrabungsverbot in Wasserschutzgebieten könnte sich gewinnmindernd bei der Kies- und Sandindustrie sowie der Festgesteinsindustrie auswirken. Dagegen spricht, dass bereits jetzt, wie sich aus der Begründung der Regelung ergibt, der Schutz der Wasserversorgung im Wasserschutzgebiet im Grundsatz erfordert, Abgrabungen zu verbieten. Auch jetzt schon kann die zuständige Behörde bei der Festsetzung in begründeten Fällen von diesem Grundsatz abweichen und auch jetzt finden in Einzelfällen die bundesrechtlichen Befreiungsregelungen Anwendung. Die Regelung in § 35 Absatz 1 Satz 3 verdeutlicht diese wasserwirtschaftliche Bewertung lediglich. Betroffen sind die Gebiete am linken Niederrhein und die Gebiete, in denen Festgestein, wie z.B. Kalk gewonnen wird. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Gebiete um Wülfrath, den Briloner Massenkalk und den Raum Warstein/Rüthen. Die Auswirkungen sind durch die Übergangsregelung in

§ 125 modifiziert, dienen dem vorsorgenden Gewässerschutz zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und sind daher unter Allgemeinwohlaspekten hinzunehmen.

- Die neue Regelung der Löschwasserversorgung als Teil der Pflicht zur Wasserversorgung (§ 38 Absatz 1) in Verbindung mit der entsprechenden Möglichkeit der Kostenumlage (§ 39 Satz 2) könnte zu einer Erhöhung der Gebühr nach § 39 führen.
- Die geänderten Regelungen im Bereich der Abwasserbeseitigung wirken sich auf Unternehmen und private Haushalte nicht aus. Die Änderungen sind weitestgehend durch die Neuregelungen des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 begründet. Sie konkretisieren insbesondere das Bundesrecht.
- Kein Mehraufwand bedeutet die Neuregelung der Feststellung einer Genehmigungspflicht für bestimmte Indirekteinleitungen (§ 58 Absatz 2). Die Feststellung der Genehmigungspflicht dient dazu, auf das Instrument der wasserbehördlichen Anordnung nach § 100 Absatz 1 WHG zu verzichten und das Genehmigungsverfahren mit dem Indirekteinleiten möglichst in kooperativer Weise zu gestalten. Abgesehen davon löst die Regelung die Ermächtigungsgrundlage für eine Landesverordnung ab und führt damit zu einer Deregulierung.
- Die neu gefasste Regelung zum Beitrag an den Kosten der Wasserdienstleistung Abwasserbeseitigung (§ 55), die Artikel 9 Absatz 2 der Wasserrahmenrichtlinie umsetzt, konkretisiert lediglich die bisher bestehende Regelung und führt nicht zu erhöhten Kosten.
- Die Erweiterung der Duldungspflichten in § 98 auf die Durchführung von Maßnahmen zur Erfüllung der Wasserversorgungspflicht führt zu keinen finanziellen Belastungen. Das Gleiche gilt für die Erweiterung der Berechtigung auf Körperschaften oder juristische Personen des öffentlichen Rechts, denen nach § 52 die Abwasserbeseitigungspflicht übertragen wurde.
- Da in Zukunft (§ 96) auch die Kosten der anlasslosen Überwachung umgelegt werden können, entstehen Privaten zusätzliche Kosten, während der staatliche Haushalt entlastet wird.
- Die Regelung (§ 109), dass zur Prüfung von Anträgen und Anzeigen sowie zur Gewässeraufsicht und zur Abnahme, soweit erforderlich, die zuständige Behörde sachverständige Personen oder Stellen heranziehen oder anordnen kann, führt nicht zu einem relevanten Kostenmehraufwand für Unternehmen und privaten Haushalte. Sie löst, soweit sie einen breiten Anwendungsbereich hat, wie im Bereich der baurechtlichen Anforderungen an Abwasseranlagen, konkrete Sachverständigenregelungen ab. Jenseits dieses Bereichs wird die Zahl der Anwendungsfälle gering sein.
- Der bisherige Anwendungsbereich der Regelung zur Sicherheitsleistung (§ 111) wird erweitert. Es wird nicht mehr nur eine Sicherheitsleistung bei Erlaubnissen, gehobenen Erlaubnissen und Bewilligungen geregelt, sondern bei jeglicher Zulassung. Dies führt zu einer Mehrbelastung, ist aber in der Sache gerechtfertigt, da ansonsten die öffentlichen Haushalte für die entstehenden Kosten aufkommen müssen.
- Die Anforderung, beim Bau und Betrieb der verschiedenen wasserwirtschaftlichen Anlagen auf einen effizienten Einsatz von Ressourcen und Energie zu achten (§ 25 Absatz 3, § 40 Absatz 2, § 56 Absatz 2) führt nicht zu einem erhöhten Kostenaufwand beim privaten Anlagenbetreiber, weil die Kostenbilanz angesichts steigender Energiekosten zumindest Null sein dürfte. Die Anforderung ist so formuliert, dass das Verhältnis von Kostenaufwand und Kostenersparnis berücksichtigt werden kann.

- Die Regelung zu den Grundlagen der Wasserwirtschaft (§ 89) ermöglicht in Zukunft, dass die Datenübermittlung nach näherer Bestimmung durch die oberste Wasserbehörde und unentgeltlich zu erfolgen hat. Damit wird die Pflicht nach § 88 Absatz 2 WHG konkretisiert. Datenübermittlungen erfüllen im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung nur dann ihren Zweck, wenn sie in die entsprechenden Datenverarbeitungssysteme passen. Inwieweit damit zusätzliche Kosten für Verwaltung, Kommunen und Wirtschaft verbunden sind, ist im Rahmen der Erarbeitung der Verordnung zu klären und kann zurzeit noch nicht abgeschätzt werden.

2. Nordrhein-westfälisches Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes

Mit dem Gesetz werden weitgehend lediglich die bisherigen Regelungen im Landeswassergesetz weitergeführt. Solche Regelungen haben keine zu betrachtenden Auswirkungen auf Unternehmen und private Haushalte.

3. Verbandsgesetze

Keine

4. Sonstige

Die redaktionellen Anpassungen und die Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen wirken sich nicht auf Unternehmen und private Haushalte aus. - Da durch die Änderung des Landesabfallgesetzes (§ 36) in Zukunft auch die Kosten der anlasslosen Überwachung umgelegt werden können, entstehen Privaten zusätzliche Kosten, während der staatliche Haushalt entlastet wird. Die Änderung des Gesetzes zur Ausführungen des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände wirkt sich ebenfalls nicht auf Unternehmen und private Haushalte aus. Die Schwellen des UVPG des Bundes führen zu mehr Vorprüfungen im Einzelfall bei der Zulassung von Abwasserbehandlungsanlagen und Fischzuchtanlagen als nach UVPG NW. Allerdings haben die zuständigen Behörden bereits jetzt das UVPG des Bundes anzuwenden, so dass in der Sache kein Mehraufwand entsteht.

H Geschlechterdifferenzierte Betrachtung der Auswirkungen des Gesetzes

Das Landeswassergesetz sowie die Gesetze über die sondergesetzlichen Wasserverbände und die anderen Rechtsnormen haben keine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Wirkungen treten unabhängig vom Geschlecht der Betroffenen ein. Auswirkungen auf die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern sind nicht zu erwarten.

I Befristung

Artikel 1 novelliert das Landeswassergesetz neu.. Das Gesetz setzt europäisches Recht (u. a. EU-WRRRL) um und enthält in Teilen zwingende ergänzende Regelungen des bundesgesetzlichen Wasserhaushaltsgesetzes, ohne die ein Vollzug des Bundesgesetzes nicht möglich ist. Daher wurde nach § 39 Absatz 3 Satz 3 GOLR von einer Befristung zugunsten einer Berichtspflicht abgesehen.

Artikel 2 regelt die ausführenden Regelungen zum AbwAG des Bundes neu und ist damit als neues Stammgesetz einzuordnen. Es ist ein Ausführungsgesetz zu einem Bundesgesetz (AbwAG). Daher wurde nach § 39 Absatz 3 Satz 3 GOLR von einer Befristung zugunsten einer Berichtspflicht abgesehen. Der Vollzug des Bundesrechts ist ohne die ausführenden Regelungen nicht möglich. Dem Land entgingen erhebliche Einnahmen. Es ist eine Berichtspflicht nach 10 Jahren geregelt.

Beide Berichtsfristen sind angemessen, da die Regelungen zwingend zu treffende Ermächtigungen für Rechtsverordnungen und Verfahrensvorschriften enthalten, deren Evaluation nicht zu einer Streichung bzw. grundsätzlichen Modifizierung führen kann. Außerdem werden beide Gesetze mit dem vorliegenden Artikelgesetz umfassend novelliert.

Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften**Inhaltsübersicht**

- Artikel 1 Landeswassergesetz
- Artikel 2 Abwasserabgabengesetz NRW
- Artikel 3 Änderung des Aggerverbandsgesetzes
- Artikel 4 Änderung des Eifel-Rur-Verbandsgesetzes
- Artikel 5 Änderung des Emschergenossenschaftsgesetzes
- Artikel 6 Änderung des Gesetzes über den Erftverband
- Artikel 7 Änderung des Linksniederrheinischen Entwässerungs-Genossenschafts-Gesetzes
- Artikel 8 Änderung des Lippeverbandsgesetzes
- Artikel 9 Änderung des Niersverbandsgesetzes
- Artikel 10 Änderung des Ruhrverbandsgesetzes
- Artikel 11 Änderung des Wupperverbandsgesetzes
- Artikel 12 Änderung des Kurortegesetzes
- Artikel 13 Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen
- Artikel 14 Änderung der Kommunalabwasserverordnung
- Artikel 15 Änderung der Verordnung zur Umsetzung von Artikel 4 und 5 der Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen - ABl. EG Nr. L 375 S. 1
- Artikel 16 Änderung der Verordnung über zuständige Aufsichtsbehörden nach dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände
- Artikel 17 Änderung der Allgemeinen Hafenvorordnung
- Artikel 18 Änderung der Emissionserklärungsverordnung
- Artikel 19 Änderung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
- Artikel 20 Änderung der Selbstüberwachungsverordnung kommunal
- Artikel 21 Änderung der Badegewässerverordnung
- Artikel 22 Änderung der Verordnung über die Schiffbarkeit von Gewässern

- Artikel 23 Änderung der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser
- Artikel 24 Aufhebung der Gewässerbestandsaufnahme-, Einstufungs- und Überwachungsverordnung
- Artikel 25 Aufhebung der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2000/76/EG über die Verbrennung von Abfällen
- Artikel 26 Änderung der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
- Artikel 27 Änderung des Landesabfallgesetzes
- Artikel 28 Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I. S. 405) im Lande Nordrhein-Westfalen
- Artikel 29 Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Nordrhein-Westfalen
- Artikel 30 Inkrafttreten

Artikel 1

Das Landeswassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. März 2013 (GV. NRW. S. 133) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG)

Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Sachlicher Anwendungsbereich (zu § 2 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 2 Einteilung der oberirdischen Gewässer, Begriffsbestimmungen
- § 3 Eigentumsverhältnisse an Gewässern erster und zweiter Ordnung, sonstige Gewässer (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 4 Eintragung im Grundbuch (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 5 Bisheriges Eigentum (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 6 Uferlinie (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 7 Verlandung, Überflutung (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 8 Uferabriss (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 9 Verlagerung des Gewässers (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 10 Inseln, verlassenes Gewässerbett (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 11 Bildung und Information

Kapitel 2 Bewirtschaftung von Gewässern

Abschnitt 1 Gemeinsame Bestimmungen

- § 12 Bewirtschaftung in Flussgebietseinheiten (zu § 7 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 13 Verordnungsermächtigung zur Gewässerbewirtschaftung (zu § 23 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 14 Gehobene Erlaubnis (zu § 15 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 15 Bewilligung (zu § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 16 Rechtsnachfolge (zu § 8 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Abschnitt 2 Bewirtschaftung oberirdischer Gewässer

- § 17 Erlaubnisfreie Benutzungen (zu § 8 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 18 Duldungspflicht des Gewässereigentümers (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 19 Gemeingebrauch (zu § 25 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 20 Regelung des Gemeingebrauchs sowie des Verhaltens im Uferbereich (zu § 25 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 21 Eigentümer- und Anliegergebrauch (zu § 26 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 22 Genehmigung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (zu § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 23 Unterhaltung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (zu § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 24 Anpassung und Rückbau von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (zu § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 25 Anlagen zur Benutzung eines Gewässers
- § 26 Außer Betrieb Setzen und Beseitigen von Stauanlagen
- § 27 Anschluss von Stauanlagen
- § 28 Nutzung der Wasserkraft
- § 29 Staumarke
- § 30 Unbefugtes Ablassen
- § 31 Gewässerrandstreifen (zu § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Abschnitt 3 Bewirtschaftung des Grundwassers

- § 32 Entnahmen aus dem Grundwasser (zu § 46 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 33 Außer Betrieb Setzen, Beseitigen und Ändern von Benutzungsanlagen
- § 34 Erdaufschlüsse, unterirdische Anlagen (zu § 49 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Kapitel 3
Besondere wasserwirtschaftliche Bestimmungen

Abschnitt 1
Öffentliche Wasserversorgung, Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutz

- § 35 Wasserschutzgebiete (zu §§ 51, 52 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 36 Heilquellenschutzgebiete (zu § 53 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 37 Wasserentnahmen zur öffentlichen Trinkwasserversorgung (zu §§ 12, 50 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 38 Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung (zu § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 39 Kostenumlage (zu § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 40 Anlagen zur Wassergewinnung und zur Aufbereitung von Wasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung (zu § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 41 Anzeigepflicht
- § 42 Verpflichtung zur Selbstüberwachung

Abschnitt 2
Abwasserbeseitigung

Unterabschnitt 1
Begriffsbestimmungen, Grundsätze

- § 43 Begriffsbestimmung
- § 44 Beseitigung von Niederschlagswasser (zu § 55 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 45 Erlaubniserteilung für das Einleiten von Abwasser (zu § 57 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Unterabschnitt 2
Gemeindliche und wasserverbandliche Abwasserbeseitigungspflicht, Übergang von Pflichten

- § 46 Pflicht und Umfang der gemeindlichen Abwasserbeseitigung (zu § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 47 Abwasserbeseitigungskonzept
- § 48 Abwasserüberlassungspflicht
- § 49 Ausnahmen von der Abwasserbeseitigungspflicht, Übergang auf Dritte
- § 50 Gemeinsame Abwasserbeseitigungspflicht (zu § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 51 Übergangsregelung
- § 52 Übergang gemeindlicher Pflichten auf juristische Personen und Körperschaften des öffentlichen Rechts (zu § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 53 Abwasserbeseitigungspflicht im Gebiet von Abwasserverbänden (zu § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Unterabschnitt 3
Umlage von Kosten, Ausgleichszahlungen

- § 54 Umlage von Kosten der Abwasser- und Fremdwasserbeseitigung
- § 55 Beitrag an den Kosten der Wasserdienstleistung Abwasserbeseitigung

Unterabschnitt 4
Anforderungen an Abwasseranlagen, Einleitung und Selbstüberwachung

- § 56 Bau und Betrieb von Abwasseranlagen (zu § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 57 Anzeige und Genehmigung von Abwasseranlagen
- § 58 Einleiten von Abwasser in öffentliche und private Abwasseranlagen (zu §§ 55, 58, 59 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 59 Selbstüberwachung von Abwassereinleitungen und Abwasseranlagen (zu §§ 60, 61 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Unterabschnitt 5
Gewässerschutzbeauftragte

- § 60 Gewässerschutzbeauftragte bei Abwasserverbänden (zu § 64 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Abschnitt 3
Gewässerunterhaltung, Ausgleich der Wasserführung, Gewässerausbau

Unterabschnitt 1
Gewässerunterhaltung

- § 61 Gewässerunterhaltung (zu § 39 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 62 Pflicht zur Gewässerunterhaltung (zu § 40 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 63 Gewässerunterhaltung durch Dritte (zu § 39 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 64 Umlage des Unterhaltungsaufwands (zu § 40 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 65 Entscheidung in Fragen der Gewässerunterhaltung (zu §§ 39 bis 41 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Unterabschnitt 2
Ausgleich der Wasserführung

- § 66 Pflicht zum Ausgleich der Wasserführung
- § 67 Umlage des Aufwands für den Ausgleich der Wasserführung

Unterabschnitt 3
Gewässerausbau

- § 68 Pflicht zum Gewässerausbau (zu § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 69 Umlage des Ausbaufwands
- § 70 Vorteilsausgleich (zu § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 71 Grundsätze für den Gewässerausbau (zu § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Unterabschnitt 4
Gemeinsame Vorschriften

- § 72 Finanzierungshilfen des Landes (zu § 40 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 73 Vorkaufsrecht
- § 74 Koordinierung der Unterhaltung und des Ausbaus der Gewässer sowie des Ausgleichs der Wasserführung

Abschnitt 4
Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken, Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern

- § 75 Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken, Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern
- § 76 Bau und Betrieb

Abschnitt 5
Hochwasserschutz

Unterabschnitt 1
Deiche und andere Hochwasserschutzanlagen

- § 77 Errichten, Beseitigen, Umgestalten von Deichen und anderen Hochwasserschutzbauten (zu § 67 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 78 Unterhaltung und Wiederherstellung
- § 79 Umlage
- § 80 Entscheidung in Unterhaltungsfragen
- § 81 Statusbericht (zu § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 82 Schutzvorschriften

Unterabschnitt 2
Überschwemmungsgebiete

- § 83 Festsetzung und vorläufige Sicherung von Überschwemmungsgebieten (zu § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 84 Besondere Bestimmungen für Überschwemmungsgebiete (zu § 78 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 85 Melde-, Warn- und Alarmordnung zum Schutz vor Hochwasser (zu § 79 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Abschnitt 6
Wasserwirtschaftliche Planung, Grundlagen der Wasserwirtschaft

Unterabschnitt 1
Hochwasserrisikomanagementplanung nach § 75 des Wasserhaushaltsgesetzes, Maßnahmenprogramm und Bewirtschaftungsplanung nach §§ 82, 83 des Wasserhaushaltsgesetzes

- § 86 Beteiligung bei Maßnahmenprogramm und Bewirtschaftungsplan (zu §§ 82, 83, 85 des Wasserhaushaltsgesetzes)

- § 87 Information und aktive Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Hochwasserrisikomanagementplanung (zu § 79 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 88 Bekanntgabe und Verbindlichkeit der wasserwirtschaftlichen Planungen (zu §§ 75, 82, 83 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Unterabschnitt 2
Grundlagen der Wasserwirtschaft, Daten und Dokumentation

- § 89 Grundlagen der Wasserwirtschaft (zu § 88 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 90 Informations- und Dokumentationspflichten (zu §§ 51, 53, 76, 82, 83 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Unterabschnitt 3
Wasserbuch

- § 91 Einrichtung des Wasserbuchs (zu § 87 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 92 Eintragung, Verfahren (zu § 87 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Kapitel 4
Gewässeraufsicht

- § 93 Aufgaben der Gewässeraufsicht (zu § 100 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 94 Überwachung von Abwassereinleitungen
- § 95 Gewässer- und Deichschau
- § 96 Kosten der Gewässeraufsicht (zu § 100 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Kapitel 5
Duldungs- und Gestattungsverpflichtungen, Betretungsrechte, Mitwirkungspflichten

- § 97 Besondere Pflichten Dritter beim Gewässerausbau, Deichbau, der Gewässerunterhaltung und der Gewässer- und Deichschau (zu § 41 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 98 Besondere Pflichten im Interesse der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, bei der Erteilung von Wasserrechten, Anzeigeverfahren und Grundlagenermittlung (zu § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 99 Einschränkende Vorschriften (zu §§ 92, 93 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 100 Wasser- und Hochwassergefahr

Kapitel 6
Enteignung, Entschädigung, Ausgleich

- § 101 Enteignung und Enteignungsverfahren (zu § 71 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 102 Entschädigungsverfahren (zu §§ 22, 96 bis 99 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 103 Ausgleichsverfahren (zu §§ 22, 52 Absatz 5, § 53 Absatz 5, § 78 Absatz 5, 6 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Kapitel 7
Verwaltungsverfahren, Rechtsverordnungen

Abschnitt 1
Verwaltungsverfahren

- § 104 Grundsätze
- § 105 Verfahren über die Erteilung von Zwangsrechten
- § 106 Verfahren über Antrag auf gehobene Erlaubnis oder Bewilligung (zu § 11 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 107 Gewässerausbauverfahren (zu § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes)
- § 108 Sondervorschrift für Wasserverbände
- § 109 Sachverständige
- § 110 Bauordnungsrechtliche Anforderungen
- § 111 Sicherheitsleistung

Abschnitt 2
Verordnungen

- § 112 Verordnungen der oberen und unteren Wasserbehörden
- § 113 Festsetzen von Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten

Kapitel 8
Behördenaufbau, Zuständigkeiten

- § 114 Behördenaufbau
- § 115 Sonderordnungsbehörden
- § 116 Aufsichtsbehörden
- § 117 Bestimmung der zuständigen Behörden

Kapitel 9
Verkehrliche Regelungen

- § 118 Schifffahrt
- § 119 Hafen- und Ufergeldtarife
- § 120 Fähren
- § 121 Besondere Pflichten im Interesse der Schifffahrt und des Sports

Kapitel 10
Wassergefährdende Stoffe

- § 122 Wassergefährdende Stoffe (zu §§ 62, 63 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Kapitel 11
Bußgeld-, Überleitungs- und Schlussbestimmungen

- § 123 Bußgeldvorschriften
- § 124 Einschränkung von Grundrechten

- § 125 Überleitung
§ 126 Inkrafttreten, Berichtspflicht

Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Sachlicher Anwendungsbereich (zu § 2 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Dieses Gesetz gilt für die in § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) in der jeweils geltenden Fassung aufgeführten Gewässer und deren Teile sowie für Handlungen und Anlagen, die sich auf die Gewässer und ihre Nutzungen auswirken oder auswirken können.

§ 2 Einteilung der oberirdischen Gewässer, Begriffsbestimmungen

- (1) Oberirdische Gewässer werden eingeteilt in
1. Gewässer erster Ordnung:
die in der Anlage 1 unter A aufgeführten Gewässerstrecken,
 2. Gewässer zweiter Ordnung:
die in der Anlage 1 unter B aufgeführten Gewässer,
 3. sonstige Gewässer.
- (2) Fließende Gewässer im Sinne dieses Gesetzes sind oberirdische Gewässer mit ständigem oder zeitweiligem Abfluss, die der Vorflut für Grundstücke mehrerer Eigentümer dienen. Anlagen zur Ableitung von Abwasser, Niederschlagswasser oder sonstigem Wasser sowie zur Straßenentwässerung gewidmete Seitengräben von Straßen (Straßenseitengräben) sowie Anlagen zur Bewässerung (Bewässerungsgräben) sind keine Gewässer.

§ 3 Eigentumsverhältnisse an Gewässern erster und zweiter Ordnung, sonstige Gewässer (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

- (1) Die Gewässer erster Ordnung sind Eigentum des Landes, soweit sie nicht Bundeswasserstraßen sind.
- (2) Bildet ein Gewässer zweiter Ordnung oder ein sonstiges Gewässer kein selbständiges Grundstück, ist es Bestandteil der Ufergrundstücke und gehört deren Eigentümern.
- (3) Gehören die Ufer verschiedenen Eigentümern, so ist vorbehaltlich abweichender privatrechtlicher Regelungen Eigentumsgrenze
1. für gegenüberliegende Ufergrundstücke eine durch die Mitte des Gewässers bei Mittelwasserstand zu ziehende Linie,
 2. für nebeneinander liegende Ufergrundstücke die Senkrechte von dem Endpunkt der Landgrenze auf die in Nummer 1 bezeichnete Mittellinie.
- (4) Als Mittelwasserstand gilt das Mittel der Wasserstände derjenigen zwanzig Jahre, die jeweils dem letzten Jahr vorangehen, in dessen Jahreszahl die Zahl Zehn aufgeht. Stehen Pe-

gelbeobachtungen für diesen zwanzigjährigen Zeitraum nicht zur Verfügung, so kann eine andere Jahresreihe verwendet werden. Solange Pegelbeobachtungen nicht vorliegen, bestimmt sich der Mittelwasserstand nach der Grenze des Graswuchses.

(5) Ist Absatz 3 wegen der besonderen Form des Gewässers nicht anwendbar, so steht das Eigentum an dem Gewässer den Eigentümern der Ufergrundstücke nach dem Verhältnis ihrer Uferstrecken zu.

(6) An Grenzgewässern, die die Grenze zum Land Rheinland-Pfalz bilden, reicht, soweit die Eigentumsverhältnisse nicht anderweitig geregelt sind, das Gewässereigentum bis zur Landesgrenze.

§ 4

Eintragung im Grundbuch

(zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Wird die Eintragung des dem Eigentümer des Ufergrundstücks gehörenden Anteils an einem Gewässer im Grundbuch beantragt, so ist er im Grundbuch und im Liegenschaftskataster nur als Anteil an dem Gewässer zu bezeichnen.

§ 5

Bisheriges Eigentum

(zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Soweit bei Inkrafttreten dieses Gesetzes das Eigentum an Gewässern erster Ordnung einem anderen als dem Bund oder dem Land, an Gewässern zweiter Ordnung oder an sonstigen Gewässern einem anderen als den Eigentümern der Ufergrundstücke zusteht, bleibt es aufrechterhalten.

(2) Zugunsten des Landes ist die Enteignung von Gewässern erster Ordnung zulässig, soweit sie nicht dem Bund gehören. Das Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz vom 20. Juni 1989 (GV. NRW. S. 366, ber. S. 570) in der jeweils geltenden Fassung ist anzuwenden.

§ 6

Uferlinie

(zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Grenze zwischen dem Gewässer und den Ufergrundstücken (Uferlinie) wird durch den Mittelwasserstand bestimmt.

(2) Die Uferlinie kann durch die zuständige Behörde festgesetzt und, soweit erforderlich, bezeichnet werden. Jeder Beteiligte kann die Festsetzung und die Bezeichnung der Uferlinie auf seine Kosten verlangen. Die Bezeichnung der Uferlinie darf nicht unbefugt beseitigt oder verändert werden.

§ 7

Verlandung, Überflutung

(zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Eine durch allmähliches Anlanden oder durch Zurücktreten des Wassers entstandene Verlandung wächst an fließenden Gewässern den Eigentümern der Ufergrundstücke zu, wenn die

Verlandung mit dem bisherigen Ufer bei Mittelwasserstand zusammenhängt, sich darauf Pflanzenwuchs gebildet hat und seit dem Ende des Jahres, in dem sich der Pflanzenwuchs gebildet hat, drei Jahre verstrichen sind.

(2) Bei Seen, Teichen, Weihern und ähnlichen Wasseransammlungen gehören Verlandungen innerhalb der bisherigen Eigentumsgrenze den Gewässereigentümern. Diese haben früheren Anliegern den Zutritt zum Gewässer zu gestatten, soweit dies zur Ausübung des Gemeingebrauchs in dem bisher geübten Umfang erforderlich ist.

(3) Werden an Gewässern zweiter Ordnung oder an sonstigen Gewässern, die kein selbständiges Grundstück bilden, Grundstücke bei Mittelwasserstand dauernd überflutet, findet § 3 Anwendung.

(4) Werden an Gewässern zweiter Ordnung oder an sonstigen Gewässern, die ein selbständiges Grundstück bilden, Grundstücke bei Mittelwasserstand dauernd überflutet, wächst das Eigentum an den überfluteten Flächen dem Gewässereigentümer zu. Die neue Grenze zwischen dem Gewässer und dem Ufergrundstück ist die Uferlinie.

(5) Die Rechtsfolgen der Absätze 3 und 4 treten bei Überflutungen, die infolge künstlicher Einwirkungen entstanden sind, nur ein, wenn diese auf rechtlich zulässige Weise herbeigeführt worden sind. In diesem Fall hat derjenige, der die Überflutungen verursacht hat, die betroffenen Eigentümer zu entschädigen.

§ 8

Uferabriss

(zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Wird ein Stück Land durch Naturgewalt von dem Ufer abgerissen und mit einem anderen Ufergrundstück vereinigt, so wird es dessen Bestandteil, wenn es von diesem Grundstück nicht mehr unterschieden werden kann oder wenn die Vereinigung drei Jahre bestanden hat, ohne dass der Eigentümer oder ein sonst Berechtigter von seinem Recht, das abgerissene Stück wegzunehmen, Gebrauch gemacht hat.

(2) Unter den gleichen Voraussetzungen wird ein abgerissenes Stück Land, das sich ohne Zusammenhang mit einem Ufer im Gewässer festgesetzt hat, Eigentum des Gewässereigentümers.

§ 9

Verlagerung des Gewässers

(zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Hat ein Gewässer zweiter Ordnung oder ein sonstiges Gewässer infolge natürlicher Ereignisse sein bisheriges Bett verlassen und sich ein neues Bett geschaffen, ist der frühere Zustand von dem zur Gewässerunterhaltung Verpflichteten wiederherzustellen, wenn es das Wohl der Allgemeinheit erfordert. Hierüber entscheidet die zuständige Behörde; sie kann Art und Umfang der Wiederherstellungsarbeiten bestimmen. § 64 Absatz 1 ist entsprechend und mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Anteile der Erschwerer entfallen.

(2) Erfordert das Wohl der Allgemeinheit die Wiederherstellung nicht, sind diejenigen Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten, die von der Veränderung betroffen werden, insgesamt oder einzeln berechtigt, den früheren Zustand auf ihre Kosten wiederherzustellen, sofern das betroffene Grundstück im Geltungsbereich eines Bebauungsplans gemäß § 30 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der jeweils geltenden Fassung oder innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt. Das Gleiche gilt für andere Grundstücke mit genehmigter Bebauung, wenn mit der Veränderung des Gewässerbettes die zulässige Nutzung der Grundstücke erheblich beeinträchtigt wird. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Ordnet die zuständige Wasserbehörde die Wiederherstellung nach Absatz 1 nicht an und besteht kein Anspruch nach Absatz 2 auf Wiederherstellung, kann der Eigentümer des neuen Gewässerbettes vom Land Entschädigung verlangen.

(4) Das Recht auf Wiederherstellung und Entschädigung erlischt binnen einer Frist von drei Jahren, gerechnet vom Ende des Jahres, in dem das Gewässer sein Bett verlassen hat. Liegen besondere Gründe vor, kann die zuständige Behörde die Frist verlängern.

(5) Wird einem Gewässer zweiter Ordnung oder einem sonstigen Gewässer, das kein selbständiges Grundstück bildet, durch Baumaßnahmen ein neues Bett geschaffen, findet § 3 Anwendung.

(6) Wird einem Gewässer zweiter Ordnung oder einem sonstigen Gewässer, das ein selbständiges Grundstück bildet, durch Baumaßnahmen ein neues Bett geschaffen, so wächst das Eigentum an den neuen Gewässerflächen dem Gewässereigentümer zu. Neue Eigentums-
grenze ist die Uferlinie.

(7) Die Rechtsfolge der Absätze 5 oder 6 tritt nur ein, wenn das neue Gewässerbett auf rechtlich zulässige Weise geschaffen worden ist. In diesem Fall hat derjenige, der dies verursacht hat, die betroffenen Eigentümer zu entschädigen.

(8) Tritt der Fall des Absatzes 1 bei Gewässern erster Ordnung ein, die Eigentum des Landes sind, so wird Eigentümer der neuen Gewässerstrecke das Land; die bisherigen Eigentümer des neuen Bettes sind zu entschädigen. Ist ein anderer als das Land Eigentümer des verlassenen Bettes, so hat er nach dem Maße seines Vorteils dem Land gegenüber zur Entschädigung beizutragen.

§ 10

Inseln, verlassenes Gewässerbett (zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Tritt in einem Gewässer eine Erderhöhung hervor, die den Mittelwasserstand überragt und bei diesem Wasserstand nach keiner Seite hin mit dem Ufer zusammenhängt (Insel), oder wird ein Gewässerbett vom Wasser verlassen, bleibt das Eigentum an den hierdurch entstandenen Landflächen unverändert.

(2) Die §§ 6 bis 8 finden bei Inseln Anwendung.

§ 11

Bildung und Information

Das allgemeine Verständnis für die Ziele des Schutzes der oberirdischen Gewässer und des Grundwassers ist mit geeigneten Mitteln zu fördern. Erziehungs-, Bildungs- und Informationsträger klären auf allen Ebenen im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung über die Bedeutung der oberirdischen Gewässer und des Grundwassers als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, ihre Bewirtschaftung und Nutzung für den Menschen sowie die Aufgaben der Wasserwirtschaft auf und wecken das Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit oberirdischen Gewässern und Grundwasser.

Kapitel 2 Bewirtschaftung von Gewässern

Abschnitt 1 Gemeinsame Bestimmungen

§ 12 Bewirtschaftung in Flussgebietseinheiten (zu § 7 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die Bewirtschaftung der oberirdischen Gewässer auf dem Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen und der ihnen zugeordneten Grundwasserkörper findet nach Maßgabe dieses Abschnitts für die folgenden Flussgebietseinheiten statt, deren jeweilige Einzugsgebiete erfasst werden:

1. Ems,
2. Maas,
3. Rhein und
4. Weser.

Die Flussgebietseinheiten mit ihren Einzugsgebieten sind in der Anlage 2 dargestellt.

§ 13 Verordnungsermächtigung zur Gewässerbewirtschaftung (zu § 23 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, nach Anhörung des für Umweltschutz zuständigen Ausschusses des Landtages durch Rechtsverordnung Vorschriften zum Schutz und zur Bewirtschaftung der Gewässer im Umfang der Ermächtigungen zum Schutz und zur Nutzung der Gewässer nach § 23 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, zum Schutz des Grundwassers in Verbindung mit § 48 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes und zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Verbindung mit § 62 Absatz 4 und § 63 Absatz 2 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes zu erlassen.

§ 14 Gehobene Erlaubnis (zu § 15 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Für die gehobene Erlaubnis gelten § 14 Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 16 entsprechend.

§ 15 Bewilligung (zu § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Auf die Ansprüche aus dem bewilligten Recht sind die für die Ansprüche aus dem Eigentum geltenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts entsprechend anzuwenden.

§ 16
Rechtsnachfolge
(zu § 8 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Der Übergang einer Erlaubnis oder einer Bewilligung auf den Rechtsnachfolger nach § 8 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes ist der zuständigen Behörde anzuzeigen, sofern es sich bei der Gewässerbenutzung um eine nach dem Abwasserabgabengesetz zu veranlagende Einleitung von Abwasser oder eine Entnahme von Wasser mit mehr als 3 000 Kubikmetern im Jahr handelt. Die Änderung des Rechtsinhabers ist in das Wasserbuch einzutragen.

Abschnitt 2
Bewirtschaftung oberirdischer Gewässer

§ 17
Erlaubnisfreie Benutzungen
(zu § 8 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Keiner Erlaubnis bedürfen das Entnehmen von Wasserproben und das Wiedereinleiten der Proben nach ihrer Untersuchung.

§ 18
Duldungspflicht des Gewässereigentümers
(zu § 4 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Bei künstlichen Gewässern und Talsperren ist der Gewässereigentümer nicht verpflichtet, erlaubnispflichtige Benutzungen zu dulden.

§ 19
Gemeingebrauch
(zu § 25 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Jede Person darf natürliche oberirdische Gewässer zum Baden, Viehtränken, Schwemmen, Schöpfen mit Handgefäßen, Eissport und Befahren mit kleinen Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft benutzen, Wasser mittels fahrbarer Behältnisse entnehmen sowie Wasser aus einer erlaubnisfreien Bodenentwässerung landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Grundstücke einleiten, soweit nicht andere Rechtsvorschriften oder Rechte anderer entgegenstehen, insbesondere schädliche Gewässerveränderungen nicht zu erwarten sind, und soweit Befugnisse oder der Eigentümer- oder Anliegergebrauch anderer dadurch nicht beeinträchtigt werden. Satz 1 gilt nicht für künstliche Gewässer.

(2) Der Gemeingebrauch nach Absatz 1 Satz 1 wird auf das Einbringen von Fischnahrung erstreckt, soweit dadurch keine nachteiligen Auswirkungen auf den Gewässerzustand zu erwarten sind.

(3) Anlieger eines Gewässers haben zu dulden, dass kleine Fahrzeuge ohne eigene Triebkraft auf eigene Gefahr um eine Stauanlage herumgetragen werden, soweit nicht einzelne Grundstücke von der zuständigen Behörde auf Grund eines Antrags der Anlieger ausgeschlossen sind. Entstehen Schäden, so hat der Geschädigte Anspruch gegen den Schädiger auf Schadensersatz. Kann der Schädiger nicht festgestellt werden, haftet der Betreiber der Stauanlage.

(4) Schiffbare Gewässer darf jedermann mit Wasserfahrzeugen befahren.

(5) Soweit das Befahren des Gewässers nicht als Gemeingebrauch zugelassen ist, darf es auf nicht schiffbaren Gewässern nur mit widerruflicher Genehmigung der zuständigen Behörde ausgeübt werden. Die Genehmigung nach Satz 1 soll in der Regel nur für elektrisch angetriebene Fahrzeuge erteilt werden. Für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren darf sie nur erteilt werden, wenn die Schifffahrt dem öffentlichen Interesse oder der Betreuung des Kanu- oder des Rudersports dient und dem Unternehmer die Schifffahrt mit elektrisch angetriebenen Fahrzeugen nicht zugemutet werden kann. Die Genehmigung ist zu versagen, mit Nebenbestimmungen zu versehen oder zu widerrufen, soweit dies erforderlich ist, um schädliche Gewässeränderungen zu vermeiden oder die Belange des Naturhaushalts, des Immissionsschutzes, die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs, der Schutz der Fischerei oder die Unterhaltung des Gewässers dies erfordern.

(6) Die zuständige Behörde kann das Befahren mit kleinen elektrisch angetriebenen Fahrzeugen und Segelbooten mit elektrischem Hilfsmotor auf nicht schiffbaren Gewässern als Gemeingebrauch zulassen. Die Motoren dürfen in stehenden Gewässern keine höhere Geschwindigkeit als sechs Kilometer je Stunde ermöglichen.

(7) Kein Gemeingebrauch findet statt an Gewässern, die in Hofräumen, Gärten und Parkanlagen liegen.

§ 20

Regelung des Gemeingebrauchs sowie des Verhaltens im Uferbereich (zu § 25 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die zuständige Behörde kann, auch durch ordnungsbehördliche Verordnung, um zu verhindern, dass andere beeinträchtigt, schädliche Gewässeränderungen zu besorgen sind oder die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt wird,

1. bei künstlichen Gewässern und Talsperren bestimmen, ob und in welchem Umfang der Gemeingebrauch an ihnen zulässig ist und die Ausübung des Gemeingebrauchs sowie das Verhalten im Uferbereich regeln und
2. bei anderen Gewässern die Ausübung des Gemeingebrauchs regeln, beschränken oder verbieten und das Verhalten im Uferbereich regeln.

Die zuständige Behörde kann, auch durch ordnungsbehördliche Verordnung, den Gemeingebrauch erweitern, sofern keine schädlichen Gewässeränderungen zu besorgen sind. Bei künstlichen Gewässern und Talsperren erfolgt die Bestimmung im Einvernehmen mit dem Gewässereigentümer.

§ 21

Eigentümer- und Anliegergebrauch (zu § 26 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die zuständige Behörde kann den Eigentümer- und Anliegergebrauch durch ordnungsbehördliche Verordnung oder Verwaltungsakt regeln und beschränken, um zu verhindern, dass andere beeinträchtigt werden, schädliche Gewässeränderungen zu besorgen sind oder die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt wird.

§ 22

Genehmigung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (zu § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Errichtung, wesentliche Veränderung oder Beseitigung von Anlagen im Sinne von § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes bedürfen der Genehmigung.

(2) Keine Anlagen im Sinn von Absatz 1 sind

1. Anlagen, die einer zulassungspflichtigen Benutzung oder der Unterhaltung des Gewässers dienen,
2. Anlagen, die einer anderen behördlichen Zulassung auf Grund des Wasserhaushaltsgesetzes oder dieses Gesetzes bedürfen, in der die Belange des § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes berücksichtigt werden, oder die in einem bergrechtlichen Betriebsplan oder in einem Planfeststellungsbeschluss oder in einer Plangenehmigung zugelassen werden, sofern die Zulassung insoweit im Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde ergangen ist,
3. Häfen, Werften, Lande- und Umschlagstellen, die einer Zulassung nach anderen Vorschriften bedürfen, in der die Belange des § 36 Wasserhaushaltsgesetzes berücksichtigt werden und
4. Anlagen an den in der Anlage 1 unter Buchstabe A Abschnitt II Nummer 1, 3, 4 mit Ausnahme des Griethauser Altrheins, 5 und 7 genannten Bundeswasserstraßen sowie an Stichhäfen an allen in dieser Anlage genannten Gewässern.

(3) Die Genehmigung wird grundsätzlich befristet erteilt und ist zu versagen, wenn die Anlage die Anforderungen nach § 36 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes nicht erfüllt oder sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften dies erfordern. Bei der Genehmigung von Häfen, Lande- und Umschlagstellen sind die Belange des allgemeinen Verkehrs zu wahren, sofern nicht eine schiffahrtspolizeiliche Genehmigung nach dem Bundeswasserstraßengesetz vom 2. April 1968 (BGBl. 1968 II S. 173) in der jeweils geltenden Fassung erteilt wird. § 25 Absatz 2 ist anzuwenden.

§ 23

Unterhaltung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (zu § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Unterhaltung einer Anlage nach § 36 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes obliegt dem Eigentümer und dem Besitzer der Anlage.

(2) Ist der Pflichtige nach Absatz 1 nicht feststellbar oder steht eine Anlage im Eigentum mehrerer, kann die zuständige Behörde den Gewässerunterhaltungspflichtigen verpflichten, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Der Pflichtige nach Absatz 1 hat die Maßnahme zu dulden und dem Gewässerunterhaltungspflichtigen den Aufwand zu erstatten; der Gewässerunterhaltungspflichtige kann angemessene Vorschüsse verlangen. Im Streitfall setzt die zuständige Behörde den zu erstattenden Betrag nach Anhörung der Beteiligten fest. Die zuständige Behörde erstattet dem Gewässerunterhaltungspflichtigen seinen nach Satz 3 festgesetzten Aufwand, soweit dieser im Wege der Vollstreckung nicht beigetrieben werden kann. Entsprechendes gilt, soweit eine Festsetzung nach Satz 3 nicht möglich ist, da der Pflichtige nach Absatz 1 nicht feststellbar ist.

(3) Liegen der zuständigen Behörde hinreichende Anhaltspunkte vor, dass die Anlage nicht Anforderungen nach § 36 Wasserhaushaltsgesetz entspricht, kann sie anordnen, dass der Pflichtige nach Absatz 1 nachweist, dass die Anlage den Anforderungen entspricht, insbesondere ihre Standsicherheit und Abflussleistung. Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 24

Anpassung und Rückbau von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern (zu § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Der Pflichtige nach § 23 Absatz 1 hat die Anlage anzupassen, wenn sie nicht den Anforderungen nach § 36 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes entspricht. Soweit die Anpassung

wegen Veränderungen des Abflusses des Gewässers erforderlich ist, die auf Einwirkungen eines oder mehrerer Dritter (Verursacher) zurückzuführen sind, kann der Pflichtige nach Satz 1 vom jeweiligen Verursacher die Erstattung der Kosten verlangen. Satz 2 gilt nicht, wenn die verursachenden Maßnahmen der ordnungsgemäßen Erfüllung gesetzlicher Pflichten dienen. § 23 Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(2) Die zuständige Behörde kann die Zulassung widerrufen, wenn die Anlage die Vorgaben des § 36 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes nicht einhält. Der Pflichtige nach § 23 Absatz 1 hat dann die Anlage zurückzubauen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Wenn eine Maßnahme nach den Absätzen 1 und 2 wegen Veränderungen des Gewässers, die auch auf Einwirkungen eines oder mehrerer Dritter (Verursacher) zurückzuführen sind, erforderlich ist oder eine Anlage im Eigentum oder Erbbraurecht mehrerer steht, kann die zuständige Behörde den Unterhaltungspflichtigen für das Gewässer verpflichten, die Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 durchzuführen. Die Pflichtigen nach § 23 Absatz 1 haben die Maßnahme zu dulden. Die Pflichtigen nach § 23 Absatz 1 sowie Verursacher nach Absatz 1 Satz 2 haben dem Gewässerunterhaltungspflichtigen die Kosten der Anpassung im Verhältnis ihres Anteils zu erstatten. § 23 Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.

§ 25

Anlagen zur Benutzung eines Gewässers

(1) Beim Bau und Betrieb von Anlagen zur Gewässerbenutzung ist auf einen effizienten Einsatz von Ressourcen und Energie zu achten.

(2) Anlagen zur Benutzung eines oberirdischen Gewässers sind nach Wegfall der Benutzungsbefugnis zu beseitigen und der frühere Zustand ist wiederherzustellen. Die zuständige Behörde kann den Verpflichteten von seiner Pflicht nach Satz 1 befreien, soweit die Bewirtschaftungsziele für das Gewässer die Beseitigung und Wiederherstellung nicht erfordern.

(3) Anlagen nach Absatz 2 dürfen geändert werden, wenn dadurch die Benutzung nicht über das zugelassene Maß hinaus erweitert wird und ordnungsrechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen. Die beabsichtigte Änderung ist zwei Monate vorher unter Beifügung der zur Beurteilung erforderlichen Zeichnungen, Nachweise und Beschreibungen der zuständigen Behörde anzuzeigen.

§ 26

Außer Betrieb Setzen und Beseitigen von Stauanlagen

Stauanlagen dürfen nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde dauernd außer Betrieb gesetzt oder beseitigt werden. Ist die Anlage durch eine andere Behörde zugelassen worden, erteilt diese die Genehmigung im Einvernehmen mit der für die Benutzung zuständigen Behörde. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn andere durch das außer Betrieb Setzen oder Beseitigen der Anlage geschädigt würden und sie sich dem Anlageeigentümer und der zuständigen Behörde gegenüber verpflichten, nach Wahl des Anlageeigentümers diesem die Kosten der Erhaltung der Anlage zu ersetzen oder statt seiner die Anlage zu erhalten. Sie müssen sich auch verpflichten, dem Anlageeigentümer andere Nachteile zu ersetzen und für die Erfüllung ihrer Verpflichtung Sicherheit zu leisten. Im Streitfall setzt die zuständige Behörde den zu erstattenden Betrag nach Anhörung der Beteiligten fest. Sie hat auf Antrag des Anlageeigentümers eine Frist zu bestimmen, binnen derer die in den Sätzen 3 und 4 bezeichneten Verpflichtungen übernommen werden müssen. Die Fristbestimmung ist ortsüblich bekanntzumachen. Das Land und die Gebietskörperschaften sind von der Sicherheitsleistung frei. Die zuständige Behörde kann sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften von der Sicherheitsleistung befreien.

§ 27 **Anschluss von Stauanlagen**

Will jemand auf Grund einer Erlaubnis oder Bewilligung eine Stauanlage errichten, so können die Anlieger von der zuständigen Behörde verpflichtet werden, den Anschluss zu dulden, soweit er die Ufergrundstücke nur unwesentlich beeinträchtigt. § 95 des Wasserhaushaltsgesetzes findet entsprechende Anwendung.

§ 28 **Nutzung der Wasserkraft**

(1) Die Zulassung von Benutzungen und der Gewässerausbau zum Zweck der Energieerzeugung durch Wasserkraft haben sich an den Bewirtschaftungszielen für das Gewässer sowie den Vorgaben des Maßnahmenprogramms nach § 82 des Wasserhaushaltsgesetzes auszurichten. Dabei sind auch die Erfordernisse des Klimaschutzes zu berücksichtigen.

(2) In der Regel stehen überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit im Sinne von § 6 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes der Verpflichtung zum Rückbau eines ausgebauten Gewässers in einen naturnahen Zustand entgegen, wenn eine Wasserkraftnutzung vorhanden ist.

(3) Für eine Benutzung zum Zweck der Energieerzeugung durch Wasserkraft kann eine gehobene Erlaubnis nach § 15 des Wasserhaushaltsgesetzes erteilt werden. Bei der Befristung der Erlaubnis ist das Interesse des Betreibers an einer zeitlich angemessenen Nutzung der Wasserkraftanlage zu berücksichtigen. Die Erlaubnis ist mindestens für 25 Jahre, längstens für 40 Jahre zu erteilen.

(4) Bestehende Rechte oder Befugnisse, insbesondere zum Anstauen eines Gewässers, zur Ableitung von Wasser und zu seiner Wiedereinleitung zur Nutzung der Wasserkraft durch eine Anlage, berechtigen dazu, den Nutzungszweck der Anlage zur Erzeugung elektrischer Energie zu ändern, soweit hierdurch nicht der Zustand des Gewässers zusätzlich beeinträchtigt wird. Das Vorhaben ist der zuständigen Behörde anzuzeigen.

§ 29 **Staumarke**

(1) Jede Stauanlage mit festgesetzter Stauhöhe muss mit mindestens einer Staumarke versehen werden, an der die während des Sommers und Winters einzuhaltende Stauhöhe und, wenn der Wasserstand auf bestimmter Mindesthöhe gehalten werden muss, auch die Mindesthöhe deutlich angegeben sind.

(2) Durch Beziehung auf möglichst unverrückbare und unvergängliche Festpunkte ist sicherzustellen, dass die Staumarken erhalten bleiben.

(3) Staumarken werden von der zuständigen Behörde gesetzt, die darüber eine Urkunde aufnimmt.

(4) Der Stauberechtigte und derjenige, der den Stau betreibt, haben für Erhaltung, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der Staumarke und Festpunkte zu sorgen, jede Beschädigung und Änderung der Staumarke und Festpunkte der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen und bei amtlichen Prüfungen unentgeltlich Arbeitshilfe zu stellen.

(5) Eine die Beschaffenheit der Staumarke oder der Festpunkte beeinflussende Handlung darf nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde vorgenommen werden. Für das Erneuern, Versetzen und Berichtigen von Staumarken gilt Absatz 3 sinngemäß.

(6) Die Aufwendungen für das Setzen, Erneuern, Versetzen, Berichtigen und Erhalten einer Staumarke trägt der Stauberechtigte.

§ 30 Unbefugtes Ablassen

Es ist verboten, aufgestautes Wasser so abzulassen, dass Menschenleben gefährdet werden, für fremde Grundstücke oder Anlagen Gefahren oder Nachteile entstehen, die Ausübung von Wasserbenutzungsrechten beeinträchtigt oder die Unterhaltung des Gewässers erschwert wird oder eine nachteilige Einwirkung auf die Ziele nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes zu befürchten ist.

§ 31 Gewässerrandstreifen (zu § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Außenbereich durch Rechtsverordnung Gewässerrandstreifen in einer Breite von 10 Metern an Gewässerstrecken im Einzugsgebiet von Gewässerstrecken festzusetzen, in denen nach den Ergebnissen der jeweils letzten Überwachung nach § 9 Absatz 1 der Oberflächengewässerverordnung vom 20. Juli 2011 (BGBl. I S. 1429) in der jeweils geltenden Fassung

1. bei einem der in der Anlage 3 Tabelle 1 zu diesem Gesetz geregelten Parametern diesem je nach Gewässertyp zugeordneten Wert überschritten ist und im Gewässer das im Bewirtschaftungsplan nach § 83 des Wasserhaushaltsgesetzes vorgegebene Bewirtschaftungsziel für den ökologischen Zustand verfehlt wird, und
2. bei einem der in der Anlage 3 Tabelle 2 zu diesem Gesetz geregelten Parametern der ihm in der Anlage 5 der Oberflächengewässerverordnung zugeordnete Wert überschritten ist.

(2) In Gewässerrandstreifen nach Absatz 1 ist § 38 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass in einem Bereich von 5 Metern ab dem 1. Januar 2022 zusätzlich verboten ist

1. die Anwendung und die Lagerung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, ausgenommen ist die Düngemittelanwendung auf Grünland, sowie
2. die Nutzung als Ackerland; hiervon ausgenommen sind die Anpflanzung von Gehölzen mit Ernteintervallen von mehr als zwei Jahren sowie die Anlage von Dauerkulturen und der umbruchlose Erhalt von Blühstreifen in Form von mehrjährigen nektar- und pollen-spendenden Trachtflächen für Insekten.

(3) Grünlandumwandlungs- und -umbruchverbote gelten nicht für Grünland, auf dem nach Absatz 2 Nummer 2 die Nutzung als Ackerland beendet worden ist. Satz 1 gilt nicht, wenn sich auf der Fläche eine geschützte Art,

1. die in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7), die zuletzt durch Artikel 1 der Richtlinie 2013/17/ EU (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 193) geändert worden ist, oder in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) in der jeweils geltenden Fassung geregelt ist
2. oder eine europäische Vogelart

ansiedelt und sich der Erhaltungszustand der lokalen Population dieser Art durch die Grünlandumwandlung oder den –umbruch verschlechtert.

(4) Der Gewässerrandstreifen ist im Innenbereich nach §§ 30, 34 des Baugesetzbuchs 5 Meter breit. Verboten ist die Errichtung von baulichen und sonstigen Anlagen, soweit sie nicht standortgebunden oder wasserwirtschaftlich erforderlich sind. Satz 2 gilt nicht, wenn das Grundstück im Bereich des Gewässerrandstreifens bereits bebaut ist oder dort am (Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes) Baurecht bestand.

(5) Die zuständige Behörde kann unter Beachtung der Grundsätze des § 6 des Wasserhaushaltsgesetzes und zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele durch ordnungsbehördliche Verordnung an einem Gewässer oder einen Gewässerabschnitt

1. die Breite der Gewässerrandstreifen abweichend von den Absätzen 1, 2 und 4 regeln oder den Gewässerrandstreifen aufheben,
2. weitergehende Regelungen zu Gewässerrandstreifen treffen, soweit es zum Schutz der Gewässer vor Schadstoffeinträgen erforderlich ist und
3. in Gewässerrandstreifen nach § 38 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes die Begründung von Baurechten und die Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen verbieten, soweit es sich nicht um standortgebundene oder wasserwirtschaftlich erforderliche Anlagen handelt.

Die zuständige Behörde soll den Gewässerrandstreifen nach den Absätzen 1, 2 und 4 sowie § 38 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes insoweit durch ordnungsbehördliche Verordnung aufheben, als mit ausreichender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass die Ziele des Gesetzes im Wege der Kooperation mit Grundstückseigentümern oder Nutzern auf Grund verbindlich vereinbarter Maßnahmen oder durch Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen erreicht werden. Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen für die Aufhebung des Gewässerrandstreifens nach Satz 2, die Anforderungen an die Wirkung der vereinbarten Maßnahmen und deren Nachweis sowie die Folgen der Verfehlung der gesetzten Ziele zu regeln.

(6) § 38 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt für die Verbote nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 entsprechend. Werden Eigentümern oder anderen Nutzungsberechtigten nach den Absätzen 1 bis 3 Satz 4 Anforderungen auferlegt, durch die sie unverhältnismäßig oder im Verhältnis zu anderen ungleich und unzumutbar belastet werden, ist dafür Entschädigung zu leisten. § 96 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt entsprechend.

Abschnitt 3 Bewirtschaftung des Grundwassers

§ 32 Entnahmen aus dem Grundwasser (zu § 46 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Soweit der gute mengenmäßige Zustand im Grundwasser nach § 4 Absatz 2 der Grundwasserverordnung vom 9. November 2010 (BGBl. I S. 1513) nicht sichergestellt ist, kann die zuständige Behörde durch ordnungsbehördliche Verordnung oder Verwaltungsakt für ein Gebiet bestimmen, dass für eine Benutzung nach § 46 Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes eine Erlaubnis oder eine Bewilligung erforderlich ist.

(2) Die zuständige Behörde wird ermächtigt, durch ordnungsbehördliche Verordnung oder durch Verwaltungsakt für ein Gebiet Entnahmen von der Erlaubnispflicht auszunehmen, sofern nicht zu besorgen ist, dass durch die Entnahmen der gute mengenmäßige Zustand im Grundwasser nach § 4 Absatz 2 der Grundwasserverordnung verfehlt wird und sich das Grundwasser im guten mengenmäßigen Zustand nach § 4 Absatz 2 der Grundwasserverordnung befindet.

§ 33
Außer Betrieb Setzen, Beseitigen und Ändern
von Benutzungsanlagen

(1) Auf Anlagen zum Aufstauen, Absenken, Ableiten und Umleiten von Grundwasser ist § 26 entsprechend anzuwenden.

(2) Auf die übrigen Anlagen zur Benutzung von Grundwasser ist § 25 entsprechend anzuwenden.

§ 34
Erdaufschlüsse, unterirdische Anlagen
(zu § 49 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Bei dem unterirdischen Einbau von Anlagen oder Anlagenteilen oberhalb der obersten wasserführenden Schicht entfällt die Anzeigepflicht nach § 49 Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, wenn die Anlagen oder Anlagenteile einer Eignungsfeststellung nach § 63 des Wasserhaushaltsgesetzes oder einer Zulassung bedürfen, bei deren Erteilung geprüft wird, ob sie sich auf die Beschaffenheit des Grundwassers auswirken, sowie für

1. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, welche die Anforderungen der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe vom 20. März 2004 (GV. NRW. S. 274) in der jeweils geltenden Fassung einhalten,
2. Anlagen nach Nummer 1, die im privaten Bereich verwendet werden, welche die Anforderungen einhalten, die für die Anlagen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft oder im Bereich öffentlicher Einrichtungen gelten,
3. Anlagen und Anlagenteile, welche die Anforderungen zum Schutz der Gewässer nach Rechtsvorschriften der Europäischen Union zu Bauprodukten oder nach den zu ihrer Umsetzung oder Durchführung ergangenen Rechtsvorschriften erfüllen. Die nach den genannten Rechtsvorschriften erforderlichen CE-Kennzeichnungen müssen angebracht und die nach diesen Rechtsvorschriften zulässigen Klassen und Leistungsstufen nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften müssen eingehalten sein oder
4. Rohrleitungsanlagen zum Befördern von Stoffen im Sinne der Nummern 19.3 bis 19.6 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94) in der jeweils geltenden Fassung.

In Wasserschutzgebieten nach § 51 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 35 Absatz 1 sowie in Gebieten nach § 51 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes ist der unterirdische Einbau von Anlagen und Anlagenteilen anzeigepflichtig. Besondere Regelungen für Gebiete nach Satz 2 bleiben unberührt.

(2) Die zuständige Behörde kann für bestimmte Gebiete, insbesondere für Gebiete, in denen Gefahren vom Untergrund ausgehen, durch ordnungsbehördliche Verordnung weitergehende Regelungen zur Konkretisierung der Bestimmungen des § 49 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes treffen.

(3) Soweit die Bundesregierung keine Anforderungen durch Rechtsverordnung nach Maßgabe des § 23 Absatz 1 in Verbindung mit § 62 Absatz 4 und § 63 Absatz 2 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes festgelegt hat, kann das für Umwelt zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für Bergbau zuständigen Ministerium durch Bekanntgabe im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen für unterirdisch einzubauende oder ins Gewässer einzubringende geothermische Anlagen einschließlich der dafür notwendigen Bohrungen Regeln der Technik für die Errichtung, die Ausführung, den Betrieb, die Unterhaltung sowie Anforderungen an die Qualifikation der ausführenden Unternehmen festlegen.

(4) Die unbeabsichtigte Erschließung von Grundwasser nach § 49 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes haben der Vorhabenträger oder der von diesem mit den Arbeiten Beauftragte

der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. Die Arbeiten, die zur Erschließung geführt haben, sind unverzüglich einstweilen einzustellen. Die zuständige Behörde trifft die erforderlichen Anordnungen.

Kapitel 3 Besondere wasserwirtschaftliche Bestimmungen

Abschnitt 1 Öffentliche Wasserversorgung, Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutz

§ 35 Wasserschutzgebiete (zu §§ 51, 52 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die zuständige Behörde setzt ein Wasserschutzgebiet durch ordnungsbehördliche Verordnung fest. Die Verordnung nach Satz 1 ist unbefristet, es sei denn die zuständige Behörde befristet sie; § 32 des Ordnungsbehördengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV.NRW. S. 528), in der jeweils geltenden Fassung findet keine Anwendung. Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den für Wirtschaft, Inneres, Bauen und Verkehr zuständigen Ministerien sowie der Landesplanungsbehörde durch Rechtsverordnung auch Schutzbestimmungen für alle oder mehrere Wasserschutzgebiete zu treffen, von denen in einer Festsetzung nach Satz 1 abgewichen werden kann.

(2) In Wasserschutzgebieten nach § 51 Absatz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes ist die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen verboten. Eine von Satz 1 abweichende Regelung kann in einer Wasserschutzgebietsverordnung nach Absatz 1 Satz 1 getroffen werden, wenn und soweit der Schutzzweck das Verbot für einen Teil des Wasserschutzgebiets nicht erfordert. § 52 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes über die Befreiung von Verboten findet Anwendung.

(3) Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, sollen einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften für Wasserschutzgebiete nicht unterworfen werden, wenn schon die anderen Bestimmungen einen hinreichenden Schutz ermöglichen.

(4) Entscheidungen auf Grund von Wasserschutzgebietsverordnungen trifft die zuständige Behörde. Entscheidungen anderer als nach Wasserrecht zuständiger Behörden, die sich auf ein Wasserschutzgebiet beziehen, ergehen im Einvernehmen mit der nach Wasserrecht zuständigen Behörde, es sei denn, die Entscheidung ergeht im Planfeststellungsverfahren.

(5) Die für die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes erforderlichen Unterlagen, insbesondere Karten, Pläne und Gutachten, hat der durch die Festsetzung unmittelbar Begünstigte vorzulegen. Kommt dieser seiner Verpflichtung nicht nach, so hat er der zuständigen Behörde die für die Erstellung der Unterlagen entstehenden Kosten zu erstatten.

§ 36 Heilquellenschutzgebiete (zu § 53 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) § 35 Absatz 1 Satz 1 sowie Absatz 3 bis 5 gilt entsprechend. Ordnungsbehördliche Verordnungen nach Satz 1 treten vierzig Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft. Die staatliche Anerkennung von Heilquellen auf Grund bisherigen Rechts gilt fort.

(2) Auch außerhalb des Heilquellenschutzgebietes können Handlungen, die geeignet sind, den Bestand oder die Beschaffenheit einer staatlich anerkannten Heilquelle zu gefährden, untersagt werden. § 52 Absatz 4 und 5 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie § 35 Absatz 3 und 4 gelten entsprechend.

§ 37

Wasserentnahmen zur öffentlichen Trinkwasserversorgung (zu §§ 12, 50 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Zulassung einer Entnahme von Wasser, das unmittelbar oder nach entsprechender Aufbereitung der öffentlichen Trinkwasserversorgung dienen soll, ist nach § 12 des Wasserhaushaltsgesetzes zu versagen, wenn

1. eine Beeinträchtigung der an die Wasserversorgung zu stellenden hygienischen, chemischen und sonstigen Anforderungen nach der Trinkwasserverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2013 (BGBl. I S. 2977) in der jeweils geltenden Fassung zu besorgen ist,
2. kein mengenmäßiger Nachweis über die Erforderlichkeit der Versorgung privater und gewerblicher Wasserabnehmer geführt ist und
3. andere Wasserentnahmerechte bestehen, die das gleiche Versorgungsgebiet und den gleichen Versorgungszweck betreffen, es sei denn, diese sind aus Gründen der Betriebssicherheit erforderlich.

(2) Bei der Benutzung von Grundwasser, das für die derzeit bestehende oder künftige öffentliche Wasserversorgung besonders geeignet ist, genießt die öffentliche Wasserversorgung Vorrang vor anderen Benutzungen, soweit nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit oder im Einklang damit auch der Nutzen Einzelner etwas anderes erfordern.

(3) Ist auf Grund von Inhaltsstoffen und Eigenschaften des entnommenen Wassers (Rohwassers) davon auszugehen, dass eine ordnungsgemäße Beschaffenheit des Trinkwassers zukünftig nicht sichergestellt werden kann, hat der Inhaber der Zulassung zu untersuchen, ob mit den vorhandenen Schutzauflagen im Wassereinzugsgebiet und der Aufbereitung sichergestellt werden kann, dass keine Beeinträchtigung der Anforderungen nach Absatz 1 Nummer 1 zu besorgen ist, und die Untersuchung der zuständigen Behörde vorzulegen.

(4) Entspricht eine bereits zugelassene Wasserentnahme den Anforderungen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht und kann sie diesen Anforderungen nicht angepasst werden, darf das entnommene Wasser nicht zur öffentlichen Trinkwasserversorgung verwendet werden. Die zuständige Behörde hat sicherzustellen, dass die Trinkwasserversorgung aus dieser Wasserentnahme eingestellt wird.

§ 38

Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung (zu § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Gemeinden haben in ihrem Gebiet eine dem Gemeinwohl entsprechende öffentliche Wasserversorgung sicherzustellen, das schließt die Vorhaltung von Anlagen zur Sicherstellung einer den örtlichen Verhältnissen angemessenen Löschwasserversorgung nach dem Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) vom [Datum, Fundstelle dieses Gesetzes] ein. Eine Gemeinde kann ihre Aufgabe nach § 50 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes auf Dritte übertragen oder diese Dritten überlassen, wenn damit eine ordnungsgemäße Wasserversorgung im Gemeindegebiet gewährleistet ist; die Sicherstellungspflicht nach Satz 1 verbleibt bei der Gemeinde. Die zur Wasserversorgung Verpflichteten oder die mit der Erfüllung dieser Pflicht beauftragten Unternehmen wirken auf einen häuslichen Umgang mit dem Wasser hin. Unberührt bleiben die Regelungen zur Über-

tragung gemeindlicher Aufgaben nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung und wasserverbandrechtlicher Regelungen.

(2) Zur Erfüllung der Pflicht nach Absatz 1 sind Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Sicherung der Trinkwasserversorgung durchzuführen, also Maßnahmen zum Schutz der Gewässer, aus denen die Trinkwasserversorgung stattfindet oder die für die Trinkwassergewinnung vorgehalten werden sollen, um das zur Rohwassergewinnung genutzte Grundwasser oder Oberflächengewässer vorbeugend zu schützen, sowie Maßnahmen zur Einhaltung der Regeln oder des Standes der Technik der Trinkwasserversorgung. Außerdem sind Maßnahmen zur Förderung des sorgsamsten Gebrauchs von Trinkwasser zu ergreifen.

(3) Zur langfristigen Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung entsprechend ihrer Pflichten nach Absatz 1 und 2 haben die Gemeinden für ihr Gemeindegebiet ein Konzept über den Stand und die zukünftige Entwicklung der Wasserversorgung (Wasserversorgungskonzept) aufzustellen, das die derzeitige Versorgungssituation und deren Entwicklung und damit verbundenen Entscheidungen mit Darstellung der Wassergewinnungsgebiete mit dem zugehörigen Wasserdargebot, der Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen, der Beschaffenheit des Trinkwassers, der Verteilungsanlagen sowie der Wasserversorgungsgebiete und deren Zuordnung zu den Wassergewinnungsanlagen beinhaltet, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel. Das Konzept ist der zuständigen Behörde erstmalig zum 1. Januar 2018 vorzulegen und alle sechs Jahre fortzuschreiben und erneut vorzulegen. Wird das Wasserversorgungskonzept nach sechs Monaten nicht beanstandet, kann die Gemeinde davon ausgehen, dass mit der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen in dem dafür von der Gemeinde vorgesehenen zeitlichen Rahmen die Aufgaben nach Absatz 1 ordnungsgemäß erfüllt werden. Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, mit Rechtsverordnung Umfang und Inhalt des Wasserversorgungskonzeptes zu regeln.

§ 39

Kostenumlage

(zu § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die Erhebung von Benutzungsgebühren durch die Gemeinden erfolgt auf der Grundlage des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712) in der jeweils geltenden Fassung mit der Maßgabe, dass zu den ansatzfähigen Kosten alle Aufwendungen gehören, die den Gemeinden durch die Wahrnehmung ihrer Pflichten nach § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes und nach § 38 sowie § 35 Absatz 5 entstehen. Zu den ansatzfähigen Kosten gehören die Kosten für Anlagen, die eine nach den örtlichen Verhältnissen angemessene Löschwasserversorgung nach dem Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz sicherstellen.

§ 40

Anlagen zur Wassergewinnung und zur Aufbereitung von Wasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung (zu § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Anlagen zur Aufbereitung von Wasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung sind nach dem Stand der Technik zu errichten und zu betreiben, wenn in Anbetracht des Einzugsgebiets der Wasserkörper, welche die Qualität des zur Trinkwasserversorgung gewonnenen Wassers (Rohwasser) beeinflussen, im Einzelfall zu besorgen ist, dass wegen Stoffen im Rohwasser die Anforderungen zum Schutz der Trinkwasserversorgung nicht eingehalten werden können.

(2) Bei Errichtung und Betrieb ist auf einen effizienten Einsatz von Ressourcen und Energie zu achten, sofern dies mit den Anforderungen an die Aufbereitung und den übrigen Anforderungen an die Errichtung und Betrieb vereinbar ist. Der Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen sind durch Personal mit der erforderlichen Qualifikation sicherzustellen.

(3) Entsprechen vorhandene Wassergewinnungsanlagen nicht den Anforderungen des § 50 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes und Aufbereitungsanlagen nicht den Anforderungen des Absatzes 1, hat sie der Betreiber unverzüglich diesen Anforderungen anzupassen.

§ 41 Anzeigepflicht

Die Planung zur Errichtung oder wesentlichen Änderung einer Aufbereitungsanlage oder ihres Betriebs für die öffentliche Trinkwasserversorgung hat der Betreiber unverzüglich nach Aufstellung des Planes der zuständigen Behörde anzuzeigen. Der Anzeige sind Zeichnungen, Nachweise und Beschreibungen beizufügen, welche die technischen Grundzüge der Anlage oder der Änderungen erkennen lassen. Die zuständige Behörde kann im Hinblick auf die Errichtung oder wesentliche Änderung Regelungen treffen, um schädliche Gewässeränderungen zu verhüten oder auszugleichen, oder um sicherzustellen, dass die Aufbereitungsanlagen entsprechend den Anforderungen des § 40 errichtet, geändert und betrieben werden.

§ 42 Verpflichtung zur Selbstüberwachung

(1) Unternehmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung sind verpflichtet, auf ihre Kosten die Beschaffenheit des Rohwassers durch eine geeignete Stelle untersuchen zu lassen. Die zuständige Behörde kann widerruflich zulassen, dass das Unternehmen die Untersuchungen ganz oder teilweise selbst durchführt. Die Untersuchungsergebnisse nach Satz 1 sind der zuständigen Behörde vorzulegen. Werden im Rahmen der Untersuchungen nach Satz 1 Feststellungen zu nachteiligen Auswirkungen der Wasserentnahme auf das Gewässer bekannt, sind diese der zuständigen Behörde mitzuteilen.

(2) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen zu treffen über

1. Häufigkeit, Art, Ort und Umfang der Probeentnahmen in Abhängigkeit von der Entnahmemenge an der Entnahmestelle und
2. die Behandlung und Untersuchung der entnommenen Proben, insbesondere welche mikrobiologischen, physikalischen und chemischen Parameter des Rohwassers zu untersuchen und wie diese zu ermitteln sind.

Abschnitt 2 Abwasserbeseitigung

Unterabschnitt 1 Begriffsbestimmungen, Grundsätze

§ 43 Begriffsbestimmung

Eine Abwasserbehandlungsanlage ist eine Einrichtung, die dazu dient,

1. die Schädigung des Abwassers zu vermindern oder zu beseitigen oder
2. den im Zusammenhang mit der Abwasserbehandlung anfallenden Klärschlamm für eine ordnungsgemäße Beseitigung aufzubereiten.

§ 44 Beseitigung von Niederschlagswasser (zu § 55 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 1. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, ist nach Maßgabe des § 55 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes zu beseitigen.

(2) Die Gemeinde kann durch Satzung festsetzen, dass und in welcher Weise das Niederschlagswasser zu versickern, zu verrieseln oder in ein Gewässer einzuleiten ist. Die Festsetzungen nach Satz 1 können auch in den Bebauungsplan aufgenommen werden; in diesem Fall sind die §§ 1 bis 13 und 214 bis 216 des Baugesetzbuches anzuwenden.

(3) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Anforderungen an Einleitungen nach Absatz 1 zu stellen. Es kann insbesondere Regelungen treffen über

1. die Erlaubnisfreiheit und die Begründung einer Anzeigepflicht,
2. die Errichtung und den Betrieb der zur schadlosen Versickerung notwendigen Anlagen und
3. die Unterhaltung und die Überwachung der Abwasseranlagen.

(4) Die zuständige Behörde kann zur Wahrung einer gemeinwohlverträglichen Beseitigung von Niederschlagswasser durch Allgemeinverfügung festlegen, dass in bebauten oder zu bebauenden Gebieten eine Versickerung verboten ist.

§ 45 Erlaubniserteilung für das Einleiten von Abwasser (zu § 57 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Eine Erlaubnis für die Einleitung des Abwassers darf nur der Person erteilt werden, die insoweit abwasserbeseitigungspflichtig ist.

(2) Die Einleitung von Abwasser in Gewässer im Einzugsgebiet einer Flusskläranlage kann übergangsweise bis längstens zum 31. Dezember 2021 erlaubt werden, wenn durch die wasserrechtliche Genehmigung der Flusskläranlage sichergestellt ist, dass die Anforderungen nach § 57 des Wasserhaushaltsgesetzes am Ablauf der Flusskläranlage eingehalten werden. Der Abwasserbeseitigungspflichtige weist die erforderlichen Maßnahmen und die zeitlichen Abfolgen in seinem Abwasserbeseitigungskonzept nach Maßgabe des § 53 Absatz 3 aus. Enthält das Abwasser einer dieser Einleitungen gefährliche, prioritäre oder prioritär gefährliche

Stoffe, sind die Anforderungen nach § 57 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes bei der Einleitung in das Gewässer des Einzugsgebietes einzuhalten.

Unterabschnitt 2 Gemeindliche und wasserverbandliche Abwasserbeseitigungspflicht, Übergang von Pflichten

§ 46 Pflicht und Umfang der gemeindlichen Abwasserbeseitigung (zu § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Gemeinden haben das auf ihrem Gebiet anfallende Abwasser gemäß § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes zu beseitigen. Die Verpflichtung der Gemeinden zur Abwasserbeseitigung umfasst insbesondere

1. die Planung der abwassertechnischen Erschließung von Grundstücken, deren Bebaubarkeit nach Maßgabe des Baugesetzbuches durch einen Bebauungsplan, einen Vorhaben- und Erschließungsplan oder eine Klarstellungs-, Entwicklungs- und Ergänzungssatzung begründet worden ist,
2. das Sammeln und das Fortleiten von Abwasser, das auf einem Grundstück des Gemeindegebietes anfällt, sowie die Aufstellung und Fortschreibung von Plänen nach § 57 Absatz 1 Satz 4 und 5,
3. das Behandeln und die Einleitung des nach Nummer 2 übernommenen Abwassers sowie die Aufbereitung des durch die Abwasserbehandlung anfallenden Klärschlammes für seine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung,
4. die Errichtung und den Betrieb sowie die Erweiterung oder die Anpassung der für die Abwasserbeseitigung nach den Nummern 2 und 3 notwendigen Anlagen an die Anforderungen des § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes und des § 56,
5. das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und dessen Aufbereitung für eine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung und
6. die Aufstellung und Vorlage des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach Maßgabe des § 47.

Wenn Abwasser mehrerer benachbarter Grundstücke nicht an eine gemeindliche Abwasseranlage angeschlossen sind, stellt die Gemeinde sicher, dass die von den jeweils Nutzungsberechtigten der Grundstücke gemeinschaftlich genutzten privaten Abwasseranlagen nach den maßgeblichen Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden.

(2) Die Gemeinde kann zur Erfüllung ihrer Abwasserbeseitigungspflicht durch Satzung

1. Fristen für die Prüfung von Haus- und Grundstücksanschlüssen festlegen, wenn die Verordnung nach § 59 Absatz 4 keine Fristen für die erstmalige Prüfung vorsieht oder wenn Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Abwasseranlagen zu planen oder durchzuführen sind oder wenn die Gemeinde für abgegrenzte Teile ihres Gebietes die Kanalisation im Rahmen der Selbstüberwachungsverpflichtung nach § 59 Absatz 3 überprüft,
2. festlegen, dass ihr eine Bescheinigung über das Ergebnis der Prüfung vorzulegen ist und
3. die Errichtung und den Betrieb von Inspektionsöffnungen oder Einsteigeschächten mit Zugang für Personal auf privaten Grundstücken vorschreiben.

Eine auf der Grundlage der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassenen Satzung zur Regelung von Fristen kann die Gemeinde fortbestehen lassen. Die Gemeinde ist verpflichtet, die Grundstückseigentümer über ihre Pflichten nach den §§ 60 und 61 des Wasserhaushaltsgesetzes zu unterrichten und zu beraten.

§ 47**Abwasserbeseitigungskonzept**

(1) Mit dem Abwasserbeseitigungskonzept nach § 46 Absatz 1 Nummer 6 legen die Gemeinden der zuständigen Behörde eine Übersicht über den Stand der öffentlichen Abwasserbeseitigung (Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung) sowie über die Maßnahmen zur Erfüllung ihrer Pflichten nach § 46 Absatz 1, insbesondere die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der nach § 46 Absatz 1 Nummer 4 erforderlichen Maßnahmen vor. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist jeweils im Abstand von sechs Jahren erneut vorzulegen. Es wird von der Gemeinde erarbeitet, im Gebiet von Abwasserverbänden im Benehmen mit dem Abwasserverband. Die vom Abwasserverband gemäß § 53 Absatz 1 und 4 übernommenen Maßnahmen sind nachrichtlich auszuweisen. Das für Umwelt zuständige Ministerium bestimmt durch Verwaltungsvorschrift, welche Angaben in das Abwasserbeseitigungskonzept zwingend aufzunehmen sind und in welcher Form sie dargestellt werden.

(2) Die zuständige Behörde kann zur Erreichung der im Bewirtschaftungsplan aufgestellten Ziele sowie zur Sicherstellung der Erfüllung der gemeindlichen Pflichten nach § 46 Absatz 1, insbesondere der sich aus § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 56 ergebenden Pflichten das Abwasserbeseitigungskonzept beanstanden und Maßnahmen und Fristen festlegen, wenn die Gemeinde ohne zwingenden Grund die Durchführung erforderlicher Maßnahmen nicht oder verzögert vorsieht. Wird das Abwasserbeseitigungskonzept nach sechs Monaten nicht beanstandet, kann die Gemeinde davon ausgehen, dass mit der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen in dem dafür von der Gemeinde vorgesehenen zeitlichen Rahmen die Aufgaben nach § 46 ordnungsgemäß erfüllt werden. Wenn die Gemeinde die festgelegten Maßnahmen nicht oder nicht in der festgelegten Frist durchführt, hat sie dies der zuständigen Behörde mit Begründung anzuzeigen. Die zuständige Behörde kann dann nach Satz 1 vorgehen.

(3) Das Abwasserbeseitigungskonzept hat auch Aussagen darüber zu enthalten, wie in den Entwässerungsgebieten das Niederschlagswasser unter Beachtung des § 55 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes und des § 44 und der städtebaulichen Entwicklung beseitigt werden kann und welche Maßnahmen nach § 46 Absatz 1 Nummer 4 für die Niederschlagswasserbeseitigung noch erforderlich sind. Dabei sind die Auswirkungen auf die bestehende Entwässerungssituation und auf das Grundwasser und auf die oberirdischen Gewässer unter Berücksichtigung von Maßnahmen, die zum Ausgleich der Wasserführung nach § 66 geboten sind, sowie der Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung darzustellen.

§ 48**Abwasserüberlassungspflicht**

Abwasser ist von dem Nutzungsberechtigten des Grundstücks, auf dem das Abwasser anfällt, der Gemeinde oder im Falle eines Übergangs der Aufgabe nach § 46 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 auf eine juristische Person des öffentlichen Rechts nach § 52 Absatz 1 dieser zu überlassen, soweit nicht nach den §§ 49 bis 53 der Nutzungsberechtigte selbst oder andere zur Abwasserbeseitigung verpflichtet sind. Ist die Abwasserbeseitigungspflicht auf den Nutzungsberechtigten eines Grundstücks übertragen worden, so geht diese Verpflichtung auf den Rechtsnachfolger des Nutzungsberechtigten über.

§ 49**Ausnahmen von der Abwasserbeseitigungspflicht, Übergang auf Dritte**

(1) Die Gemeinde ist nicht zur Abwasserbeseitigung verpflichtet

1. für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser, das im Rahmen der pflanzenbedarfsgerechten Düngung auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit im Einklang mit den wasserrechtlichen, abfallrechtlichen, bodenschutzrechtlichen, naturschutzrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen aufgebracht wird, und
2. für unverschmutztes Abwasser, das zur Gewinnung von Wärme abgekühlt wurde.

Unberührt bleibt das Recht der Gemeinde, durch Satzung zu fordern, dass im Fall der Nummer 1 das Grundstück bezüglich des häuslichen Abwassers an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird; fordert die Gemeinde den Anschluss, finden die Vorschriften dieses Unterabschnittes Anwendung.

(2) Werden einem Einleiter von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auferlegt, ist er insoweit abwasserbeseitigungspflichtig.

(3) Zur Beseitigung von Niederschlagswasser, das von Straßenoberflächen außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile anfällt, ist der Träger der Straßenbaulast verpflichtet. Soweit der Bund oder das Land Träger der Straßenbaulast im Außenbereich sind, legt der Landesbetrieb Straßenbau dem für Umwelt zuständigen Ministerium eine Übersicht über den Stand der Einleitungen sowie über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der nach § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes und nach § 57 noch erforderlichen Maßnahmen vor. § 47 Absatz 2 findet entsprechende Anwendung.

(4) Sofern gegenüber der zuständigen Behörde nachgewiesen ist, dass das Niederschlagswasser durch den Nutzungsberechtigten ganz oder teilweise gemeinwohlverträglich auf dem Grundstück versickert oder ortsnah in ein Gewässer eingeleitet werden kann, und die Gemeinde den Nutzungsberechtigten des Grundstücks insoweit von der Überlassungspflicht nach § 48 freigestellt hat, ist der Nutzungsberechtigte selbst zur Beseitigung des Niederschlagswassers verpflichtet. Die Freistellung gilt als erteilt, wenn das gesamte Niederschlagswasser eines Grundstücks seit dem 1. Januar 1996 auf dem Grundstück beseitigt worden ist und die Gemeinde in dieser Zeit ihren Anschluss- und Benutzungszwang nicht geltend gemacht hat. Die Gemeinde kann den Nutzungsberechtigten von seiner Pflicht zur Überlassung des Niederschlagswassers auch freistellen, wenn die Übernahme bereits erfolgt ist und die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen. Der Nachweis nach Satz 1 ist von der Gemeinde unter Berücksichtigung der Entwicklung der Grundwasserstände zu führen, wenn die Bebaubarkeit des Grundstücks nach dem 1. Januar 1996 durch einen Bebauungsplan, einen Vorhabens- und Erschließungsplan oder eine baurechtliche Satzung begründet worden ist. Im Übrigen ist der Nachweis durch den Nutzungsberechtigten des Grundstücks zu führen. Im Fall des Satzes 4 hat die Gemeinde den Nachweis der zuständigen Behörde rechtzeitig vor der Bebauung der Grundstücke mit der Planung nach § 46 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und § 57 Absatz 1 vorzulegen.

(5) Die zuständige Behörde kann die Gemeinde auf ihren Antrag widerruflich ganz oder teilweise von der Pflicht zur Abwasserbeseitigung für Grundstücke außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile freistellen und diese Pflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke übertragen, wenn eine Übernahme des Abwassers wegen technischer Schwierigkeiten oder wegen eines unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht angezeigt ist, das Wohl der Allgemeinheit der gesonderten Abwasserbeseitigung nicht entgegensteht und der Nutzungsberechtigte eine Abwasserbehandlungsanlage betreibt, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht. Die zuständige Behörde kann auf Antrag der Gemeinde darüber hinaus bei landwirtschaftlichen Betrieben dem Nutzungsberechtigten der Grundstücke die Pflicht zum Abfahren und Aufbereiten des anfallenden Schlamms übertragen, wenn die Schlammbehandlung in einer Kleinkläranlage den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht und

der Schlamm auf eigenbewirtschaftete Ackerflächen unter Beachtung der geltenden abfallrechtlichen, naturschutzrechtlichen und bodenschutzrechtlichen Bestimmungen aufgebracht wird.

(6) Die zuständige Behörde kann die Gemeinde auf ihren Antrag oder auf Antrag eines gewerblichen Betriebes nach Anhörung der Gemeinde widerruflich ganz oder teilweise von der Pflicht zur Beseitigung von Abwasser aus diesem Betrieb einschließlich der von diesen genutzten Flächen und aus anderen Anlagen freistellen und diese Pflicht auf den gewerblichen Betrieb oder den Betreiber der Anlage übertragen, soweit das Abwasser zur gemeinsamen Fortleitung oder Behandlung in einer öffentlichen Abwasseranlage ungeeignet ist oder zweckmäßiger getrennt beseitigt wird. Im Gebiet eines Abwasserverbandes ist dieser zu beteiligen. § 53 Absatz 4 bleibt unberührt. Sollen kommunales Abwasser und Abwasser aus einem gewerblichen Betrieb gemeinsam behandelt werden, kann die zuständige Behörde die Abwasserbehandlung mit Zustimmung der betroffenen Gemeinde und des gewerblichen Betriebes auf diesen übertragen, wenn die Abwasserbehandlung durch den gewerblichen Betrieb zweckmäßiger ist.

§ 50

Gemeinsame Abwasserbeseitigungspflicht (zu § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Abwasserbeseitigungspflichtige können sich mit Genehmigung der zuständigen Behörde zur gemeinsamen Durchführung der Abwasserbeseitigung zusammenschließen. Sie können auf Anordnung der zuständigen Behörde zur gemeinsamen Durchführung verpflichtet werden, wenn anders die Abwasserbeseitigung nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann oder wenn die gemeinsame Durchführung zweckmäßiger ist. Dies ist insbesondere der Fall, wenn durch die gemeinsame Durchführung

1. eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere eine Gewässerverunreinigung vermieden oder verringert oder
2. die Abwasserbeseitigung insgesamt wirtschaftlicher gestaltet werden kann.

In dem Antrag auf Genehmigung sind die Bereiche der Abwasserbeseitigung zu bezeichnen, die gemeinsam durchgeführt werden sollen.

§ 51

Übergangsregelung

Bis zur Übernahme des Abwassers durch die Gemeinde, für das die Gemeinde nach § 46 Absatz 1 die Abwasserbeseitigungspflicht hat, hat derjenige das Abwasser zu beseitigen und die für die Zwischenzeit erforderlichen Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, bei dem das Abwasser anfällt. Ihm können die dafür erforderlichen Genehmigungen erteilt und die Abwassereinleitung erlaubt werden, bis die Übernahme des Abwassers durch die Gemeinde erfolgt. Für den Zeitpunkt der Übernahme sind die in dem unbeanstandeten Abwasserbeseitigungskonzept der Gemeinde genannten Fristen maßgeblich.

§ 52

Übergang gemeindlicher Pflichten auf juristische Personen und Körperschaften des öffentlichen Rechts (zu § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die Gemeinde kann Aufgaben der Abwasserbeseitigung nach § 46 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 5 auf eine von ihr nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen errichtete Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen. Die Übertragung ist der zuständigen

Behörde anzuzeigen. Die Vorschriften des § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bleiben unberührt. Benachbarte Gemeinden können Aufgaben der Abwasserbeseitigung auch einem gemeinsamen Kommunalunternehmen nach den §§ 27 und 28 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621) in der jeweils geltenden Fassung übertragen. Die Übertragung bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde. Für die Anzeige und die Genehmigung sind die übertragenen Aufgaben nach Maßgabe des § 46 Absatz 1 zu bezeichnen. Mit der Anzeige oder der Genehmigung wird die Anstalt oder das gemeinsame Kommunalunternehmen im Umfang der übertragenen Aufgaben abwasserbeseitigungspflichtig.

§ 53

Abwasserbeseitigungspflicht im Gebiet von Abwasserverbänden (zu § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Im Gebiet eines Abwasserverbandes obliegen für Abwasseranlagen, die für mehr als 500 Einwohnerwerte bemessen sind, dem Verband

1. die Übernahme, Behandlung und Einleitung von Schmutzwasser oder mit Niederschlagswasser vermishtem Schmutzwasser und
2. die Rückhaltung von Abwasser aus öffentlichen Kanalisationen in dazu bestimmten Sonderbauwerken, sofern das Abwasser vom Verband gemäß Nummer 1 zu behandeln ist.

Soweit dies noch erforderlich ist, hat der Verband die dazu notwendigen Anlagen in angemessenen Zeiträumen zu errichten, zu erweitern oder den Anforderungen des § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes und des § 56 anzupassen. In Einzelfällen kann die zuständige Behörde im Einvernehmen mit dem Verband und der betroffenen Gemeinde bestimmen, dass die Pflichten des Satzes 1 ganz oder teilweise der Gemeinde obliegen, sofern deren Erfüllung durch die Gemeinde zweckmäßiger ist.

(2) Soweit Aufgaben, die dem Verband nach Absatz 1 obliegen, von einem bisher dazu Verpflichteten wahrgenommen werden, hat dieser die Aufgaben weiter zu erfüllen, bis der Verband sie übernimmt.

(3) Der Abwasserverband legt der zuständigen Behörde für die Gemeindegebiete innerhalb des Verbandsgebietes im Benehmen mit den betroffenen Gemeinden ein Abwasserbeseitigungskonzept nach § 47 Absatz 1 Satz 1 zur Erfüllung seiner Pflichten nach § 46 Absatz 1 vor. § 47 Absatz 1 Satz 2 und 5 sowie Absatz 2 gelten entsprechend. Die Vorschriften über die Verbandsaufsicht bleiben unberührt. Im Gebiet eines Abwasserverbandes kann die zuständige Behörde einer Kommune aufgeben, ihr Abwasserbeseitigungskonzept nach § 47 zu aktualisieren, wenn es für die Abstimmung von verbandlichem und gemeindlichem Abwasserbeseitigungskonzept erforderlich ist.

(4) Abwasserverbände sind an Stelle Dritter zu weiteren Maßnahmen der Abwasserbeseitigung berechtigt und verpflichtet, soweit und solange sie diese als Verbandsunternehmen übernehmen. Die Übernahme bedarf der Zustimmung des Dritten und der Gemeinde als für die Regelung des Anschluss- und Benutzungszwanges zuständige öffentlich-rechtliche Körperschaft. Sie ist der zuständigen Behörde anzuzeigen.

Unterabschnitt 3 Umlage von Kosten, Ausgleichzahlungen

§ 54

Umlage von Kosten der Abwasser- und Fremdwasserbeseitigung

Die Erhebung von Benutzungsgebühren durch die Gemeinden erfolgt auf der Grundlage des Kommunalabgabengesetzes mit der Maßgabe, dass zu den ansatzfähigen Kosten alle Aufwendungen gehören, die den Gemeinden durch die Wahrnehmung ihrer Pflichten nach § 46 entstehen. Zu den ansatzfähigen Kosten gehören auch die Kosten

1. der Beratung der Anschlussnehmer im Zusammenhang mit dem Anschluss ihres Grundstücks an die öffentliche Abwasser- oder Fremdwasseranlage sowie die Kosten der Unterrichtung und Beratung nach § 46 Absatz 2 Satz 3,
2. für Maßnahmen zur Ableitung oder Behandlung von Grund- und Drainagewasser über öffentliche Abwasser- oder gesondert gebaute Fremdwasserbeseitigungsanlagen zur Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Betriebes der öffentlichen Abwasseranlagen,
3. für Maßnahmen zur Verbesserung der Vorflut für die Zwecke der getrennten Niederschlagswasser- und Fremdwasserbeseitigung,
4. für die Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Grundstücksanschlussleitungen, auch wenn diese nicht Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage sind, sowie für die Sicherstellungsaufgaben des § 46 Absatz 1 Satz 3 bei gemeinschaftlich genutzten privaten Abwasseranlagen,
5. für Kompensationsmaßnahmen im Gewässer als Ersatz für Rückhaltemaßnahmen bei der Einleitung von Niederschlagswasser, sofern die Maßnahmen im Gewässer im räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit der Niederschlagswasserbeseitigung stehen,
6. für Aufwendungen für den Gewässerausbau eines bisher der Schmutzwasserbeseitigung dienenden Gewässers zur Rückführung in den naturnahen Zustand und
7. für Maßnahmen der Niederschlagswasserableitung und Niederschlagswasserbewirtschaftung, die dem Schutz vor Überflutung und Verschlammung von Gemeingütern, öffentlichen Abwasseranlagen und Grundstücken dienen, auch zur Klimafolgenanpassung.

Ein schonender und sparsamer Umgang mit Wasser sowie die Nutzung von Regenwasser sollen in die Gestaltung der Benutzungsgebühr einfließen.

§ 55

Beitrag an den Kosten der Wasserdienstleistung Abwasserbeseitigung

Werden Maßnahmen wegen weitergehender Anforderungen an die Abwasserbeseitigung durchgeführt, die zum Schutz einer öffentlichen Wasserversorgung geboten sind, oder werden besondere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung durchgeführt, weil der Ausbauzustand eines Gewässers zum Nutzen eines Unternehmens diese erfordert, um die Anforderungen nach § 57 des Wasserhaushaltsgesetzes zu erreichen, kann die zuständige Behörde eine pauschale Ausgleichszahlung festsetzen, die das Unternehmen dem Abwasserbeseitigungspflichtigen zum Ausgleich für den erhöhten Aufwand zu zahlen hat.

Unterabschnitt 4 **Anforderungen an Abwasseranlagen, Einleitungen und Selbstüberwachung**

§ 56 **Errichtung und Betrieb von Abwasseranlagen** **(zu § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes)**

(1) Die gemäß § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes für die Errichtung und den Betrieb von Abwasseranlagen jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik sind insbesondere die technischen Bestimmungen für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Abwasseranlagen, die durch das für Umwelt zuständige Ministerium durch Bekanntgabe im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen eingeführt werden, soweit sie nicht durch Rechtsverordnung nach § 23 Absatz 1 Nummer 5 des Wasserhaushaltsgesetzes festgelegt sind. Berühren sie bauaufsichtliche oder straßenbauliche Belange, werden sie im Einvernehmen mit der obersten Bauaufsichtsbehörde oder der obersten Straßenbaubehörde eingeführt. Zur Unterhaltung der Abwasseranlagen gehört auch die Erhaltung der Bausubstanz. Bei Errichtung und Betrieb ist auf einen effizienten Einsatz von Ressourcen und Energie zu achten, sofern dies mit den Anforderungen an die Einleitung und den übrigen Anforderungen an die Errichtung und den Betrieb vereinbar ist.

(2) Zur Unterhaltung von Abwasserbehandlungsanlagen gehören insbesondere die notwendigen Vorkehrungen, um Störungen im Betrieb der Anlage und Reparaturen, welche die Ablaufwerte (Konzentrationen und Frachten) verschlechtern, vorzubeugen. Bei Betriebsstörungen, die zur Überschreitung von Ablaufwerten geführt haben, oder bei unvermeidlichen Reparaturen, die eine Überschreitung befürchten lassen, hat der Betreiber die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die nachteiligen Auswirkungen nach Dauer und Umfang möglichst gering zu halten und Wiederholungen möglichst zu vermeiden. Er ist verpflichtet, die zuständige Behörde über solche Reparaturen rechtzeitig, sowie über Ursache, Art, Auswirkungen und voraussichtliche Dauer solcher Betriebsstörungen unverzüglich zu unterrichten. Er hat auch anzugeben, welche Maßnahmen er nach den Sätzen 1 und 2 getroffen hat und noch treffen wird. Der Betrieb und die Unterhaltung von Abwasserbehandlungsanlagen sind durch Personal mit der erforderlichen beruflichen Qualifikation sicherzustellen.

§ 57 **Anzeige und Genehmigung von Abwasseranlagen**

(1) Die Planung zur Erstellung, der Betrieb von Kanalisationsnetzen für die private, gewerbliche oder diesen vergleichbaren Kanalisationsnetzen von befestigten Flächen, die größer als drei Hektar sind, und für die öffentliche Abwasserbeseitigung sowie wesentliche Änderungen von Planung zur Erstellung und Betrieb sind der zuständigen Behörde anzuzeigen. Diese kann im Hinblick auf die Erstellung oder wesentliche Änderung der Planung sowie den Betrieb Regelungen treffen, um nachteilige Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit zu verhüten oder auszugleichen oder um sicherzustellen, dass die Abwasseranlagen nach § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 56 Absatz 1 errichtet und betrieben werden. Wird die Planung nach sechs Monaten nicht beanstandet, kann der Anzeigende davon ausgehen, dass er seine Planung umsetzen kann. Für bestehende Kanalisationsnetze haben die Betreiber einen Bestandsplan über die Abwasseranlagen und einen Plan über deren Betrieb aufzustellen. Die Pläne sind fortzuschreiben. Sie sind der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen. Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen über Art und Inhalt der vorzulegenden Unterlagen für die Anzeige, den Bestandsplan und den Plan über den Betrieb zu treffen.

(2) Die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Änderung einer Abwasserbehandlungsanlage, die nicht unter § 60 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes fallen, bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Werden genehmigungspflichtige Abwasserbehandlungsanlagen serienmäßig hergestellt, können sie der Bauart nach zugelassen werden. Die Bauartzulassung kann inhaltlich beschränkt, befristet und mit Nebenbestimmungen verbunden werden. Bauartzulassungen aus dem übrigen Bundesgebiet gelten auch in Nordrhein-Westfalen. Für diese Anlagen entfällt die Genehmigungspflicht. Keiner Genehmigung bedürfen Abwasserbehandlungsanlagen oder Teile von ihnen,

1. die wegen ihrer einfachen Bauart oder wegen nicht zu erwartender nachteiliger Auswirkungen auf die Abwasserbeseitigung in einer Rechtsverordnung des für Umwelt zuständigen Ministeriums festgelegt sind,
2. die Anforderungen zum Schutz der Gewässer nach Rechtsvorschriften der Europäischen Union zu Bauprodukten oder nach den zu ihrer Umsetzung oder Durchführung ergangenen Rechtsvorschriften erfüllen; die nach den genannten Rechtsvorschriften erforderlichen CE-Kennzeichnungen müssen angebracht und die nach diesen Rechtsvorschriften zulässigen Klassen und Leistungsstufen nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften müssen eingehalten sein, oder
3. bei denen nach den bauordnungsrechtlichen Vorschriften über die Verwendung von Bauprodukten auch die Einhaltung der wasserrechtlichen Anforderungen sichergestellt ist.

Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Abwasserbehandlungsanlagen zu bestimmen, die wegen ihrer einfachen Bauart oder nicht zu erwartenden nachteiligen Auswirkungen auf die Abwasserbeseitigung nach Satz 3 Nummer 1 keiner Genehmigung bedürfen.

(3) Die Genehmigung nach Absatz 2 ist zu versagen oder mit den notwendigen Nebenbestimmungen zu versehen, wenn die Anlage den Anforderungen des § 60 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 57 Absatz 1 nicht entspricht oder sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften dies erfordern. § 13 Absatz 1, § 16 Absatz 1 und 3 und § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes gelten entsprechend.

§ 58

Einleiten von Abwasser in öffentliche und private Abwasseranlagen (zu §§ 55, 58, 59 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Im Falle des § 55 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes bedarf die Einleitung flüssiger Stoffe in öffentliche und private Abwasseranlagen einer Genehmigung der zuständigen Behörde.

(2) Die zuständige Behörde wird ermächtigt, im Einzelfall für das Einleiten von Abwasser, das keiner Genehmigungspflicht nach den §§ 58 und 59 des Wasserhaushaltsgesetzes unterliegt, eine Genehmigungspflicht festzustellen und den Einleiter aufzufordern, eine Genehmigung zu beantragen, wenn durch die Einleitung des Abwassers in die Abwasseranlage eine schädliche Gewässerveränderung zu besorgen ist.

(3) Bei einer genehmigungspflichtigen Einleitung von Abwasser in eine private Abwasseranlage hat der Betreiber dieser Anlage den Wechsel des Nutzungsberechtigten eines an die Anlage angeschlossenen Grundstücks der zuständigen Behörde anzuzeigen, wenn sich die Art, die Menge oder die stoffliche Zusammensetzung des Abwassers wesentlich ändern.

(4) Die zuständige Behörde legt der obersten Wasserbehörde auf Anforderung ein Verzeichnis der genehmigungspflichtigen Indirekteinleitungen vor. Das Verzeichnis hat Angaben über die Art, Herkunft und die Mengen des indirekt eingeleiteten Abwassers zu enthalten.

§ 59**Selbstüberwachung von Abwassereinleitungen und Abwasseranlagen
(zu §§ 60, 61 des Wasserhaushaltsgesetzes)**

(1) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, für Einleitungen von Abwasser in ein Gewässer und in Abwasseranlagen durch Rechtsverordnung Regelungen zu treffen über

1. die Ermittlung der Abwassermenge und der Abwasserzusammensetzung,
2. Häufigkeit, Dauer sowie Art und Umfang der Probeentnahmen und
3. die Behandlung und Untersuchung der entnommenen Proben insbesondere darüber, welche Merkmale und Inhaltsstoffe des Abwassers zu untersuchen sind, wie bei den Untersuchungen zu verfahren ist und in welcher Art und in welchem Umfang die Untersuchungsergebnisse aufzuzeichnen sind.

(2) Wer nach den §§ 58, 59 des Wasserhaushaltsgesetzes und nach § 58 Absatz 1 und 2 dieses Gesetzes genehmigungspflichtig Stoffe und Abwasser in eine Abwasseranlage einleitet, kann von der zuständigen Behörde zur Selbstüberwachung, insbesondere dazu verpflichtet werden, Betriebseinrichtungen und Abwasserbehandlungsanlagen nachzuweisen, Aufzeichnungen über Betriebsvorgänge und eingesetzte Stoffe zu fertigen und das Abwasser durch eine geeignete Stelle untersuchen zu lassen. Die zuständige Behörde kann widerruflich zulassen, dass der Indirekteinleiter die Untersuchungen ganz oder teilweise selbst durchführt. Der Einleiter hat die Nachweise, Aufzeichnungen und Untersuchungsergebnisse der zuständigen Behörde und dem Betreiber der öffentlichen Abwasseranlage in den von der zuständigen Behörde bestimmten Zeitabständen ohne besondere Aufforderung regelmäßig vorzulegen.

(3) Abwasseranlagen sind nach Maßgabe des § 60 Absatz 1 und 2 und des § 61 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes zu betreiben. Kommt der Betreiber einer Abwasserbehandlungsanlage seinen Verpflichtungen nach § 56 Absatz 2 nicht rechtzeitig nach, kann er von der zuständigen Behörde verpflichtet werden, auf seine Kosten die Anlage oder Teile von ihr regelmäßig durch einen geeigneten Sachverständigen überprüfen zu lassen. Die zuständige Behörde legt dabei Art, Umfang und Häufigkeit der Überprüfungen fest. Der Sachverständige hat das Prüfergebnis, insbesondere bei der Überprüfung festgestellte Mängel, dem Betreiber, festgestellte Mängel auch der zuständigen Behörde mitzuteilen. Der Betreiber hat die Mängel unverzüglich abzustellen und die zuständige Behörde darüber zu unterrichten.

(4) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Landtags insbesondere Regelungen zu treffen über

1. die vom Betreiber zu beobachtenden Einrichtungen und Vorgänge, die Häufigkeit der Beobachtung, die Art und den Umfang der zu ermittelnden Betriebskenndaten und die Häufigkeit ihrer Ermittlung sowie Art und Umfang der Aufzeichnungen über die Beobachtungen und Ermittlungen,
2. die Methoden und Fristen zur Durchführung der Prüfung des Zustands und der Funktionsfähigkeit, die Anerkennung durchgeführter Prüfungen, Notwendigkeit und Fristen der Sanierung, Unterrichtung und Beratung, die Anforderungen an die Sachkunde sowie die Voraussetzungen für die Anerkennung beziehungsweise Aberkennung der Sachkunde durch die zuständige nordrhein-westfälische Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer oder Ingenieurkammer-Bau oder die zuständige Behörde, die Führung einer landesweiten Liste der anerkannten Sachkundigen und Schulungsinstitutionen,
3. die Anforderungen an die Anerkennung von Schulungsinstitutionen durch die zuständige Behörde und
4. den Inhalt, die Aufbewahrung und die Vorlage von Unterlagen, Nachweisen und Prüfbescheinigungen.

Unterabschnitt 5 Gewässerschutzbeauftragte

§ 60 Gewässerschutzbeauftragte bei Abwasserverbänden (zu § 64 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Der Gewässerschutzbeauftragte eines Abwasserverbandes wird von dessen Vorstand bestellt.

Abschnitt 3 Gewässerunterhaltung, Ausgleich der Wasserführung, Gewässerausbau

Unterabschnitt 1 Gewässerunterhaltung

§ 61 Gewässerunterhaltung (zu § 39 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die Unterhaltung eines oberirdischen Gewässers erstreckt sich auf das Gewässerbett und seine Ufer. Zur Unterhaltung gehört auch die Freihaltung, Reinigung und Räumung des Gewässerbettes und der Ufer von Unrat, soweit es dem Umfang nach geboten ist.

§ 62 Pflicht zur Gewässerunterhaltung (zu § 40 des Wasserhaushaltsgesetzes)

- (1) Die Unterhaltung der fließenden Gewässer obliegt
1. bei Gewässern erster Ordnung dem Eigentümer, soweit dieser eine öffentlich-rechtliche juristische Person ist, ansonsten dem Land,
 2. bei Gewässern zweiter Ordnung und bei sonstigen Gewässern den Gemeinden, die mit ihrem Gebiet Anlieger sind (Anliegergemeinden).
- (2) Die Unterhaltung der stehenden Gewässer obliegt den Eigentümern oder, wenn sich diese nicht ermitteln lassen, den Anliegern.
- (3) Soweit Wasserverbände nach Gesetz oder Satzung die Gewässerunterhaltung zur Aufgabe haben, obliegt ihnen die Gewässerunterhaltung; insoweit treten sie an die Stelle der Gemeinden oder der nach Absatz 2 Verpflichteten.
- (4) Die Kreise können im Einvernehmen mit der betroffenen Gemeinde die Pflicht zur Unterhaltung von Gewässern zweiter Ordnung und von sonstigen Gewässern übernehmen; insoweit treten sie an die Stelle der Gemeinden.
- (5) Die Gemeinde kann ihre Pflicht zur Unterhaltung der Gewässer auf eine von ihr nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen errichteten Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen. Die Übertragung bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde. Die Vorschriften des § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bleiben unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn benachbarte Gemeinden nach den §§ 27, 28 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit ein gemeinsames Kommunalunternehmen in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts gründen. Es gilt § 63 Absatz 2.

(6) Die Unterhaltungspflicht für ein Gewässer oder einen Gewässerabschnitt kann nach den Absätzen 3 bis 5 nur insgesamt auf eine andere Person übertragen und von einer solchen übernommen werden.

§ 63

Gewässerunterhaltung durch Dritte (zu § 39 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Pflicht zur Gewässerunterhaltung kann auf Grund einer Vereinbarung mit Zustimmung der zuständigen Behörde mit öffentlich-rechtlicher Wirkung von einem anderen übernommen werden. § 62 Absatz 6 gilt entsprechend. Die Zustimmung kann widerrufen werden, wenn der neue Pflichtige seinen Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt.

(2) Soweit die Pflicht zur Gewässerunterhaltung gemäß Absatz 1 auf andere als Körperschaften des öffentlichen Rechts übergegangen ist, haben die nach § 62 Absatz 1 und 2 zur Gewässerunterhaltung Verpflichteten die jeweils erforderlichen Unterhaltungsarbeiten auf Kosten des Pflichtigen durchzuführen, wenn dieser in angemessener Frist seine Pflicht nicht oder nicht genügend erfüllt. Die Ersatzvornahme ordnet die zuständige Behörde an.

§ 64

Umlage des Unterhaltungsaufwands (zu § 40 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Gemeinden können den ihnen aus der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung und der sonstigen Gewässer entstehenden Aufwand zur Erhaltung und zur Erreichung eines ordnungsmäßigen Zustandes für den Wasserabfluss sowie die von ihnen an die Kreise oder Wasserverbände abzuführenden Beträge innerhalb des Gemeindegebiets als Gebühren nach den §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes durch Satzung umlegen auf

1. die Eigentümer von Grundstücken und Anlagen, die die Unterhaltung über die bloße Beteiligung am natürlichen Abflussvorgang hinaus erschweren (Erschwerer), und
2. die Eigentümer von Grundstücken in dem Bereich, aus dem den zu unterhaltenden Gewässerstrecken Wasser seitlich zufließt (seitliches Einzugsgebiet) als durch den Abfluss Begünstigte.

Zum umlagefähigen Aufwand gehören auch die Personal- und Verwaltungskosten zur Durchführung der Umlage, der Aufwand zur Ermittlung der Grundlagen für die Umlage. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, tritt an die Stelle des Grundeigentümers der Erbbauberechtigte. Der von den Erschwerern insgesamt aufzubringende Anteil wird vorab als Prozentsatz des Gesamtaufwands festgesetzt und auf die einzelnen Erschwerer verteilt. Die danach verbleibenden Kosten sind die förderungsfähigen Aufwendungen. Der Teil der förderungsfähigen Aufwendungen, der nicht durch Finanzierungshilfen gedeckt ist, kann auf die Eigentümer im seitlichen Einzugsgebiet umgelegt werden. Dabei tragen die Eigentümer der versiegelten Flächen 90 Prozent und die Eigentümer der übrigen Flächen 10 Prozent der Kosten. Als Gebührenmaßstab ist in der Satzung der Quadratmeter Grundstücksfläche zugrunde zu legen.

(2) Kreise und Wasserverbände können den ihnen aus der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung und der sonstigen Gewässer entstehenden Aufwand innerhalb ihres Gebiets auf die Erschwerer und die Gemeinden im seitlichen Einzugsgebiet im Verhältnis ihrer Gebietsteile im Einzugsgebiet umlegen. Absatz 1 gilt entsprechend. Die Befugnis der Wasserverbände, stattdessen für Maßnahmen der Gewässerunterhaltung von ihren Mitgliedern Verbandsbeiträge nach den dafür geltenden Vorschriften zu erheben, bleibt unberührt.

§ 65**Entscheidung in Fragen der Gewässerunterhaltung
(zu §§ 39 bis 41 des Wasserhaushaltsgesetzes)**

Die zuständige Behörde stellt im Streitfall fest, wem die Pflicht zur Gewässerunterhaltung oder eine besondere Pflicht im Interesse der Gewässerunterhaltung obliegt. Sie setzt den Schadensersatz im Sinne des § 41 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes fest.

**Unterabschnitt 2
Ausgleich der Wasserführung****§ 66****Pflicht zum Ausgleich der Wasserführung**

(1) Soweit die im Bewirtschaftungsplan festgelegten Bewirtschaftungsziele und das Maßnahmenprogramm, die allgemeinen Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung nach § 6 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie die Vorgaben der §§ 27 bis 31 des Wasserhaushaltsgesetzes für die Bewirtschaftungsziele es erfordern, nachteilige Veränderungen des Abflusses in fließenden Gewässern zweiter Ordnung oder in sonstigen fließenden Gewässern auszugleichen, obliegt es den Kreisen und kreisfreien Städten, durch geeignete Maßnahmen einen Ausgleich der Wasserführung herbeizuführen und zu sichern. Gleiches gilt, wenn ein solcher Ausgleich der Wasserführung einen weitergehenden Ausbau des Gewässers vermeidet. Erstreckt sich der Bereich, in dem der Anlass zu den Ausgleichsmaßnahmen entstanden ist und in dem die Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen sind, auf das Gebiet mehrerer Kreise und kreisfreier Städte, sind diese verpflichtet, die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen gemeinsam durchzuführen; beschränkt er sich auf das Gebiet einer Gemeinde, ist diese dazu verpflichtet. Sofern die Gemeinde zum Ausgleich der Wasserführung verpflichtet ist, gilt § 62 Absatz 5.

(2) Soweit Wasserverbände nach Gesetz oder Satzung den Ausgleich der Wasserführung zur Aufgabe haben, obliegt ihnen die Pflicht, den Ausgleich der Wasserführung herbeizuführen und zu sichern; insoweit treten sie an die Stelle der Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden.

§ 67**Umlage des Aufwands für den Ausgleich der Wasserführung**

(1) Die Kreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und Wasserverbände können den ihnen aus der Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen nach § 66 entstehenden Aufwand innerhalb des Bereichs, in dem der Anlass zu den Ausgleichsmaßnahmen entstanden ist, auf diejenigen, die zu nachteiligen Abflussveränderungen nicht nur unwesentlich beitragen (Veranlasser), umlegen. Der von den Veranlassern insgesamt aufzubringende Anteil wird als Prozentsatz des Gesamtaufwands festgesetzt und auf die einzelnen Veranlasser verteilt. Anstelle der Eigentümer, deren Grundstücke innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile liegen, und anstelle von Abwassereinleitern, deren Abwasser sie gemäß § 46 zu beseitigen haben, können die Gemeinden zu Umlagen herangezogen werden. Die Befugnis der Wasserverbände, stattdessen für Ausgleichsmaßnahmen von ihren Mitgliedern Verbandsbeiträge nach den dafür geltenden Vorschriften zu erheben, bleibt unberührt.

(2) Die Gemeinden können die von ihnen gemäß Absatz 1 Satz 3 aufzubringende Umlage auf die einzelnen Veranlasser abwälzen.

Unterabschnitt 3 Gewässerausbau

§ 68 Pflicht zum Gewässerausbau (zu § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Der zur Gewässerunterhaltung Verpflichtete hat das Gewässer auszubauen, soweit schädliche Gewässerveränderungen nach § 3 Nummer 10 des Wasserhaushaltsgesetzes es erfordern und nicht schon eine Pflicht zum Ausgleich der Wasserführung nach § 66 besteht. Die zuständige Behörde kann den Verpflichteten zur Erfüllung seiner Pflicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums anhalten.

§ 69 Umlage des Ausbauaufwands

(1) Soweit Ausbaumaßnahmen durch nachteilige Abflussveränderungen veranlasst sind kann der Pflichtige nach § 68 den ihm aus der Durchführung der Maßnahmen entstehenden Aufwand innerhalb des Bereichs, in dem der Anlass zu den Ausgleichsmaßnahmen entstanden ist, auf diejenigen, die zu nachteiligen Abflussveränderungen nicht nur unwesentlich beitragen (Veranlasser), umlegen. Der von den Veranlassern insgesamt aufzubringende Anteil wird als Prozentsatz des Gesamtaufwands festgesetzt und auf die einzelnen Veranlasser verteilt. Anstelle der Eigentümer, deren Grundstücke innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile liegen, und anstelle von Abwassereinleitern, deren Abwasser sie gemäß § 46 zu beseitigen haben, können die Gemeinden zu Umlagen herangezogen werden. Die Befugnis der Wasserverbände, stattdessen für Ausgleichsmaßnahmen von ihren Mitgliedern Verbandsbeiträge nach den dafür geltenden Vorschriften zu erheben, bleibt unberührt. Die Gemeinden können die von ihnen gemäß Absatz 1 Satz 3 aufzubringende Umlage auf die einzelnen Veranlasser abwälzen.

(2) Im Übrigen findet § 64 Absatz 1 Satz 1, 2, 3, 6 bis 8 und Absatz 2 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, dass die Anteile der Erschwerer entfallen.

§ 70 Vorteilsausgleich (zu § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Baut eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ein Gewässer aus und erhalten Eigentümer von Grundstücken und Anlagen dadurch einen nicht nur unerheblichen Vorteil, können sie nach dem Maß ihres Vorteils zu den Aufwendungen herangezogen werden. Im Streitfall setzt die zuständige Behörde den Beitrag nach Anhörung der Beteiligten fest. Gemeinden und Gemeindeverbände können den Vorteil nach Satz 1 als Gebühren entsprechend den §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes durch Satzung umlegen.

(2) Dient der Gewässerausbau auch der Erfüllung einer Verpflichtung nach § 66 oder § 68, sind die Beiträge nach Absatz 1 vorab zu ermitteln. Der verbleibende Rest des Aufwands wird nach den dafür geltenden Vorschriften umgelegt.

(3) Soweit Maßnahmen des Landes oder des Bundes im Zuge der Unterhaltung oder des Ausbaus eines Gewässers erster Ordnung auch den besonderen Zwecken einer Gemeinde dienen, kann die zuständige Behörde die hierfür entstehenden Aufwendungen durch Verwal-

tungsakt auf diese umlegen. Die Gemeinden können die von ihnen gemäß Satz 1 zu zahlenden Aufwendungen in entsprechender Anwendung von §§ 64, 67, 69 auf die einzelnen Veranlasser oder Vorteilhabenden durch Satzung umlegen.

§ 71 Grundsätze für den Gewässerausbau (zu § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Maßnahmen zum Gewässerausbau haben die im Bewirtschaftungsplan festgelegten Bewirtschaftungsziele, das Maßnahmenprogramm, die allgemeinen Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung nach § 6 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie die Vorgaben der §§ 27 bis 31 des Wasserhaushaltsgesetzes für die Bewirtschaftungsziele sowie den Risikomanagementplan nach § 75 des Wasserhaushaltsgesetzes und die durch das für Umwelt zuständige Ministerium im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlichten Grundsätze für den Gewässerausbau zu beachten.

Unterabschnitt 4 Gemeinsame Vorschriften

§ 72 Finanzierungshilfen des Landes (zu § 40 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Soweit die Unterhaltungs- und Ausbaupflichtigen ihren Aufwand nach §§ 64, 67, 69, 70 nicht umlegen können, da die zugrunde liegenden Maßnahmen insoweit dem Allgemeinwohl dienen, gewährt das Land ihnen einen Zuschuss im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel. Die Verteilung und Verwendung der Mittel richtet sich nach Richtlinien, die das für Umwelt zuständige Ministerium nach Anhörung des zuständigen Ausschusses des Landtags erlässt.

§ 73 Vorkaufsrecht

(1) Dem Land steht ein Vorkaufsrecht zu

1. an Grundstücken, auf denen sich oberirdische Gewässer befinden, und an unbebauten Grundstücken, die an diese Gewässer angrenzen,
2. an unbebauten Grundstücken, auf denen sich ein festgesetztes oder vorläufig gesichertes Überschwemmungsgebiet befindet, oder
3. an Grundstücken, auf denen Maßnahmen der Gewässerentwicklung nach einem gemäß § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes zur Einsicht ausgelegten, festgestellten oder genehmigten Plan durchgeführt werden sollen,

sofern das jeweilige Grundstück im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im Verzeichnis nach Absatz 4 aufgeführt ist. Dem Land steht ferner ein Vorkaufsrecht zu bei einem entgeltlichen Erwerb von Erbbaurechten, mit denen die Grundstücke des Satzes 1 belastet sind oder werden. Liegen die Merkmale des Satzes 1 nur bei einem Teil des Grundstücks oder Erbbaurechts vor, so erstreckt sich das Vorkaufsrecht nur auf diesen Teil. Der Eigentümer oder Erbbauberechtigte kann aber verlangen, dass sich der Vorkauf auf das gesamte Grundstück oder Erbbaurecht erstreckt, wenn ihm ansonsten der weitere Verbleib des nicht vom Vorkaufsrecht umfassten Grundstücks oder Erbbaurechts in seinem Eigentum wirtschaftlich nicht zuzumuten ist. Satz 3 ist entsprechend anzuwenden, wenn das Grundstück oder Erbbaurecht, für das das

Vorkaufsrecht ausgeübt wird, für die betrieblichen Zwecke eines Betriebs, der sich auf anderen Grundstücken befindet, zwingend erforderlich ist. Das Vorkaufsrecht darf nur ausgeübt werden, wenn und soweit die Fläche im Außenbereich nach § 35 des Baugesetzbuches liegt und zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach den §§ 27 bis 31 des Wasserhaushaltsgesetzes, der Bewirtschaftungsziele im Bewirtschaftungsplan oder der Umsetzung des Maßnahmenprogramms oder für die konkrete Umsetzung einer Gewässerentwicklungsmaßnahme benötigt wird.

(2) Das Vorkaufsrecht wird durch die zuständige Behörde ausgeübt. Es kann auf schriftlichen Antrag eines Pflichtigen nach §§ 62, 66, 68 auch zu dessen Gunsten ausgeübt werden. Dann kommt der Kauf zwischen dem Pflichtigen und dem Verkäufer zustande. Den Inhalt des mit dem Dritten geschlossenen Vertrags hat der Verkäufer der zuständigen Behörde unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung des Verkäufers wird durch die Mitteilung des Dritten ersetzt. Die zuständige Behörde hat das Vorkaufsrecht binnen zwei Monaten nach Empfang der Mitteilung nach Satz 4 oder 5 auszuüben.

(3) Das Vorkaufsrecht bedarf nicht der Eintragung in das Grundbuch oder Erbbaugrundbuch. Es geht rechtsgeschäftlich begründeten Vorkaufsrechten mit Ausnahme solcher auf den Gebieten des Grundstücksverkehrs und des Siedlungswesens im Rang vor. Bei einem Eigentumserwerb auf Grund der Ausübung des Vorkaufsrechts erlöschen durch Rechtsgeschäft begründete Vorkaufsrechte. Die §§ 463 bis 469, 471, 1098 Absatz 2 und die §§ 1099 bis 1102 des Bürgerlichen Gesetzbuches finden Anwendung. Das Vorkaufsrecht erstreckt sich nicht auf einen Verkauf, der an einen Ehegatten, eingetragenen Lebenspartner oder einen Verwandten ersten Grades erfolgt und nicht auf Verkauf eines Rechts nach dem Wohnungseigentumsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 403-1, veröffentlichten bereinigten Fassung in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Die zuständige Behörde führt und veröffentlicht ein Verzeichnis über die Grundstücke, für die das Vorkaufsrecht nach Absatz 1 Satz 1 besteht. Jede Notarin und jeder Notar darf das Verzeichnis elektronisch einsehen. Die jeweilige Einsichtnahme sowie das vom Verzeichnis der Notarin oder dem Notar jeweils zur Verfügung gestellte Ergebnis der Einsichtnahme wird dauerhaft gespeichert.

§ 74

Koordinierung der Unterhaltung und des Ausbaus der Gewässer sowie des Ausgleichs der Wasserführung

(1) Die Verpflichteten nach den §§ 62, 66, 68 haben in einer Einheit nach Anlage 4 ihre Maßnahmen, zu denen sie nach den §§ 62, 66, 68 verpflichtet sind, aufeinander abzustimmen. Die zuständige Behörde hat die Abstimmung zu unterstützen und sicherzustellen. Sie kann im Einvernehmen mit den Verpflichteten nach Satz 1 die Einheit nach Anlage 4 in kleinere wasserwirtschaftliche Einheiten aufteilen, für die dann die Pflichten nach Satz 1 gelten.

(2) Die Verpflichteten nach Absatz 1 Satz 1 haben bis zum 22. Dezember 2017 und dann jeweils wieder nach 6 Jahren der zuständigen Behörde eine gemeinsame Übersicht ihrer Maßnahmen zum Ausbau und Ausgleich der Wasserführung sowie zur Gewässerunterhaltung vorzulegen, die für die Erfüllung ihrer Pflichten nach §§ 62, 66, 68 erforderlich sind, soweit die Maßnahmen nicht in einem Abwasserbeseitigungskonzept nach § 46 aufgeführt sind.

(3) Die zuständige Behörde kann die Übersicht zur Erreichung der im Bewirtschaftungsplan aufgestellten Ziele sowie zur Erfüllung der sich aus §§ 62, 66, 68 ergebenden Pflichten beanstanden und Maßnahmen und Fristen festlegen, wenn ein Pflichtiger nach Absatz 1 Satz 1 ohne zwingenden Grund die Durchführung erforderlicher Maßnahmen nicht oder verzögert vorsieht. Wird die Übersicht nach sechs Monaten nicht beanstandet, können die Pflichtigen davon ausgehen, dass mit der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen in dem dafür von den Pflichtigen vorgesehenen zeitlichen Rahmen die Pflichten nach den §§ 62, 66, 68 ord-

nungsgemäß erfüllt werden. Wenn ein Pflichtiger die für ihn in der Übersicht festgelegten Maßnahmen nicht oder nicht in der festgelegten Frist durchführt, hat er dies der zuständigen Behörde mit Begründung anzuzeigen. Die zuständige Behörde kann dann nach Satz 1 vorgehen.

(4) Die zuständige Behörde kann, soweit die Ziele nach § 6 des Wasserhaushaltsgesetzes, die §§ 27 bis 31 des Wasserhaushaltsgesetzes, der Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm es erfordern, Maßnahmen vorgeben sowie Fristen setzen, wenn der Pflichtige ohne zwingenden Grund die Durchführung von Maßnahmen aus der Übersicht verzögert.

Abschnitt 4

Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken, Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern

§ 75

Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken, Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern

(1) Talsperren sind Anlagen zum Anstauen eines Gewässers und zum dauernden Speichern von Wasser oder schlammigen Stoffen, bei denen die Höhe des Absperrbauwerks von der Sohle des Gewässers unterhalb des Absperrbauwerks oder vom tiefsten Geländepunkt im Speicher bis zur Krone mehr als fünf Meter beträgt und das Speicherbecken bis zur Krone gefüllt mehr als 100 000 Kubikmeter umfasst.

(2) Erfüllen Anlagen zum Anstauen eines fließenden Gewässers und vorübergehenden Speichern von Hochwasser (Hochwasserrückhaltebecken) die Voraussetzungen des Absatzes 1, finden auf sie die Vorschriften des § 76 Absatz 1, 2 und 3 Satz 2 bis 5 Anwendung.

(3) Erfüllen Anlagen zum Anstauen und Speichern von Wasser oder schlammigen Stoffen außerhalb eines Gewässers (Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern) die Voraussetzungen des Absatzes 1, finden auf sie die Vorschriften des § 76 Absatz 1, 2 und 3 Satz 2 bis 5 Anwendung.

§ 76

Bau und Betrieb

(1) Talsperren sind mindestens nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben. Allgemein anerkannte Regeln der Technik sind insbesondere die technischen Bestimmungen für den Bau, die Unterhaltung und den Betrieb von Talsperren, die durch das für Umwelt zuständige Ministerium durch Bekanntgabe im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen eingeführt werden. Für den Einzelfall oder durch Bekanntgabe im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen können aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit weitergehende Anforderungen festgesetzt werden. Der Betrieb und die Unterhaltung von Talsperren sind durch Personal mit der erforderlichen beruflichen Qualifikation sicherzustellen. Beim Bau und Betrieb von Anlagen zur Gewässerbenutzung ist auf einen effizienten Einsatz von Ressourcen und Energie zu achten.

(2) Entsprechen vorhandene Anlagen nicht den Anforderungen des Absatzes 1, hat sie der Unternehmer innerhalb einer angemessenen Frist diesen Anforderungen anzupassen.

(3) Bau und Betrieb von Anlagen nach § 75 Absatz 3 bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Die wesentliche Änderung einer Anlage nach § 75, die kein Gewässer ausbau nach § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes ist, ist der zuständigen Behörde anzuzeigen. Sie kann im Falle des Satzes 2 festlegen, dass die wesentliche Änderung nur mit ihrer Genehmigung durchgeführt werden darf. Sie kann verlangen, dass der Unternehmer einen entsprechenden Antrag stellt. Die Pflicht zur Genehmigung und Anzeige entfällt in den der Bergaufsicht unterstehenden Betrieben.

- (4) Für Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern gelten die §§ 29 und 30 sinngemäß.
- (5) Der Betreiber einer Anlage nach § 75 ist verpflichtet, Zustand, Unterhaltung und Betrieb der Anlage zu überwachen und hierüber Aufzeichnungen zu fertigen, die jährlich in einem Sicherheitsbericht zusammenzufassen sind. Der Sicherheitsbericht ist aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf ihr Verlangen vorzulegen. Der Betreiber kann darüber hinaus verpflichtet werden, die Anlage oder Teile von ihr zu überprüfen oder auf eigene Kosten durch im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde beauftragte Gutachter überprüfen zu lassen.
- (6) Für Anlagen nach § 75 unterhalb der in § 75 Absatz 1 Satz 1 genannten Grenzen gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend, wenn die zuständige Behörde feststellt, dass ähnliche Sicherheitsvorkehrungen notwendig sind wie für Anlagen nach § 75.

Abschnitt 5 Hochwasserschutz

Unterabschnitt 1 Deiche und andere Hochwasserschutzanlagen

§ 77

Errichten, Beseitigen, Umgestalten von Deichen und anderen Hochwasserschutzanlagen (zu § 67 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Für das Errichten, Beseitigen, Verstärken oder sonstige wesentliche Umgestalten von Deichen, die den Hochwasserabfluss beeinflussen, gelten die allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie § 71 entsprechend. Allgemein anerkannte Regeln der Technik sind insbesondere die Bestimmungen über das Errichten, Beseitigen und Umgestalten von Deichen, die durch das für Umwelt zuständigen Ministerium durch Bekanntgabe im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen eingeführt sind. Die Sätze 1 und 2, die nachfolgenden Bestimmungen für Deiche sowie § 97 Absatz 2 gelten auch für Dämme und andere Hochwasserschutzanlagen.

§ 78

Unterhaltung und Wiederherstellung

- (1) Die durch dieses Gesetz begründete Pflicht zur Unterhaltung und Wiederherstellung von Deichen ist eine öffentlich-rechtliche Verbindlichkeit.
- (2) Deiche sind von demjenigen zu unterhalten, der sie errichtet hat. Deiche, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits bestehen, sind von dem bisher Unterhaltspflichtigen auch weiterhin zu unterhalten. Die Unterhaltung eines Deiches umfasst die Erhaltung des Ausbauzustands, insbesondere die zum Schutz gegen Angriffe des Gewässers notwendigen Maßnahmen und die Beseitigung von Schäden. Die zuständige Behörde kann den Umfang der Unterhaltung einschränken, wenn sie die Erhaltung des bisherigen Zustands nicht mehr für notwendig hält.
- (3) Entspricht ein Deich nicht mehr den allgemein anerkannten Regeln der Technik oder ist ein Deich ganz oder teilweise verfallen, durch Naturgewalt oder fremdes Eingreifen zerstört, ist der Unterhaltspflichtige verpflichtet, den Deich nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu sanieren oder wiederherzustellen. Die zuständige Behörde kann den Verpflichteten von seiner Pflicht nach Satz 1 befreien, wenn ein Hochwasserschutz nicht mehr erforderlich ist oder durch andere Maßnahmen erreicht wird. § 40 Absatz 3 Satz 2 und § 42 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes gelten entsprechend.
- (4) Ist ungewiss oder streitig, wer zur Unterhaltung des Deiches verpflichtet ist, kann die zuständige Behörde die Gemeinden, deren Gebiet durch den Deich geschützt wird, vorläufig zur

Unterhaltung heranziehen. Die Gemeinden können ungeachtet des § 79 von dem Unterhaltungspflichtigen Ersatz ihrer Aufwendungen erlangen.

(5) Die Pflichten nach den Absätzen 1 bis 3 können von einem anderen durch Vereinbarung unter Zustimmung der zuständigen Behörde mit öffentlich-rechtlicher Wirkung übernommen werden. Die Zustimmung kann widerrufen werden, wenn der neue Pflichtige seinen Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt. Die Pflichten können nach Satz 1 nur insgesamt übernommen werden.

(6) Sofern einer Gemeinde nach den Absätzen 1 bis 3 Pflichten obliegen, kann sie diese insgesamt auf eine von ihr nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen errichteten Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen. Die Gemeinde hat die Übertragung der zuständigen Behörde anzuzeigen. Die Vorschriften des § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bleiben unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn benachbarte Gemeinden nach den §§ 27, 28 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit ein gemeinsames Kommunalunternehmen in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts gründen.

§ 79 Umlage

Die Aufwendungen für Unterhaltung, Sanierung und Wiederherstellung von Deichen sind nach dem Maß ihres Vorteils von denjenigen zu tragen, deren Grundstücke durch den Deich geschützt werden. Zu den Kosten der Unterhaltung gehören die Aufwendungen für die Erfüllung von Pflichten nach § 81. Im Streitfall setzt die zuständige Behörde nach Anhörung der Beteiligten den Beitrag fest. Sofern Gemeinden und Gemeindeverbände nach § 78 Absatz 2 unterhaltungspflichtig sind, können sie den ihnen entstehenden Aufwand zur Erfüllung ihrer Pflichten nach § 78 Absatz 2 und 3 als Gebühren entsprechend den §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes auf Grundlage einer Satzung umlegen.

§ 80 Entscheidung in Unterhaltungsfragen

Die zuständige Behörde kann feststellen, wem die Unterhaltung obliegt, und die nach § 81 Absatz 2 und 3 erforderlichen Maßnahmen und Pflichten näher festlegen.

§ 81 Statusbericht (zu § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Der Unterhaltungspflichtige überprüft regelmäßig die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit seines Deichs. Festgestellte Mängel sind unverzüglich zu beseitigen.

(2) In einem Statusbericht hat der Unterhaltungspflichtige jährlich, für untergeordnete Anlagen alle fünf Jahre den Zustand der Hochwasserschutzanlage, relevante Veränderungen im Abflussquerschnitt sowie seine Überwachungs-, Unterhaltungs- und Baumaßnahmen zu dokumentieren.

(3) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung den Inhalt des Statusberichts sowie die Definition der untergeordneten Anlagen nach Absatz 2 zu regeln.

§ 82 Schutzvorschriften

(1) Auf Deichen und in einer Schutzzone von beidseitig vier Metern Breite zum Deichfuß ist verboten:

1. die Erdoberfläche zu erhöhen oder zu vertiefen, Anlagen und Einfriedungen zu errichten, zu erweitern oder zu verändern und Leitungen zu verlegen,
2. zu reiten und zu fahren, außer auf dafür zugelassenen Flächen,
3. Tiere, ausgenommen Schafe, zu weiden und zu treiben,
4. Gegenstände zu lagern und abzulagern,
5. Sträucher und Bäume zu pflanzen und
6. die Grasnarbe zu schädigen und zu entfernen.

Satz 1 gilt nicht für Maßnahmen, die der Erhaltung der Wehrfähigkeit, der Verteidigung oder der Unterhaltung des Deiches dienen. Bei anderen Hochwasserschutzanlagen bedarf die Erhöhung und Vertiefung der Erdoberfläche, die Errichtung, Erweiterung oder Veränderung von Anlagen und das Verlegen von Leitungen in dieser Schutzzone der Genehmigung. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Maßnahme die Sicherheit der Hochwasserschutzanlage beeinträchtigen kann.

(2) Die zuständige Behörde kann von einem Verbot nach Absatz 1 eine widerrufliche Befreiung erteilen, wenn

1. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahme erfordern oder
2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führt.

Wenn die Behörde bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Nummer 2 keine Befreiung erteilt, hat der nach § 78 Absatz 2 zur Deichunterhaltung Verpflichtete eine Entschädigung zu leisten.

(3) Die zuständige Behörde wird ermächtigt, durch ordnungsbehördliche Verordnung weitergehende Regelungen zum Schutz von Deichen und anderen Hochwasserschutzanlagen zu treffen. In der Verordnung können insbesondere Ausnahmen und Befreiungen von den Verboten des § 96 Absatz 1 zugelassen, weitere Schutzzonen festgelegt, weitere Verbote und Gebote ausgesprochen sowie Genehmigungsvorbehalte und Anzeigepflichten geregelt werden. § 35 Absatz 5 gilt entsprechend.

Unterabschnitt 2 Überschwemmungsgebiete

§ 83 Festsetzung und vorläufige Sicherung von Überschwemmungsgebieten (zu § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Überschwemmungsgebiete nach § 76 Absatz 2 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes sind auch solche Gebiete, die für Zwecke der Rückhaltung von Hochwasser oder der Hochwasserentlastung rückgewinnbar sind.

(2) Die Festsetzung erfolgt durch ordnungsbehördliche Verordnung der zuständigen Behörde. Die Verordnung nach Satz 1 ist unbefristet; § 32 des Ordnungsbehördengesetzes findet keine Anwendung. Die zuständige Behörde legt den Entwurf der Verordnung und die Karten des Überschwemmungsgebiets für die Dauer von zwei Monaten zur Einsicht durch jedermann öffentlich aus und weist durch ortsübliche Bekanntmachung in ihrem Amtsblatt auf die Auslegung und die Möglichkeit der Stellungnahme hin. Die zuständige Behörde veranlasst, dass die Gemeinden, auf deren Gebiet sich das Überschwemmungsgebiet erstreckt, die Unterlagen nach Satz 3 für zwei Monate auslegen. Im Übrigen ist § 73 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom

12. November 1999 (GV. NRW. S. 602) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.

(3) Als festgesetzte Überschwemmungsgebiete gelten, ohne dass es einer weiteren Festsetzung bedarf,

1. Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern und
2. Gebiete, die auf der Grundlage einer Planfeststellung oder Plangenehmigung für die Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden.

Die Überschwemmungsgebiete nach Satz 1 werden in Karten mit deklaratorischer Bedeutung eingetragen. Die zuständige Behörde legt die Karten des Überschwemmungsgebiets für die Dauer von zwei Monaten zur Einsicht durch jedermann öffentlich aus und weist auf die Auslegung durch ortsübliche Bekanntmachung hin.

(4) Die zuständige Behörde legt die Karte eines Überschwemmungsgebiets nach § 76 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, das bereits ermittelt, aber noch nicht festgesetzt ist, zur vorläufigen Sicherung für die Dauer von vier Wochen öffentlich aus und weist auf die Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung hin. Für Gebiete nach Satz 1 gilt § 84 entsprechend. Die vorläufige Sicherung endet mit Inkrafttreten der förmlichen Festsetzung des Überschwemmungsgebietes oder Einstellung des Festsetzungsverfahrens, spätestens jedoch fünf Jahre nach der öffentlichen Bekanntmachung.

§ 84

Besondere Bestimmungen für Überschwemmungsgebiete (zu § 78 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Bei Vorhaben nach § 78 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes, die nach anderen Rechtsvorschriften einer Genehmigung oder einer sonstigen Zulassung bedürfen und bei deren Erteilung auch die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 78 Absatz 3 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes zu prüfen sind, schließt die Genehmigung oder sonstige Zulassung auch die Genehmigung nach § 78 Absatz 3 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes ein. Die zuständige Behörde hat im Einvernehmen mit der für die Genehmigung nach § 78 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes zuständigen Behörde zu entscheiden.

(2) Der zeitgleiche Ausgleich des Verlusts von verlorengelassenem Rückhalteraum nach § 78 Absatz 3 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes kann bei kleinen Eingriffen über ein Hochwasserschutzregister mit Maßnahmen zur Schaffung von Rückhalteraum zum Ausgleich erfolgen. Das Hochwasserschutzregister führt die zuständige Behörde. Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Hochwasserschutzregister zu regeln, insbesondere

1. das Anlegen und Führen des Hochwasserschutzregisters,
2. die Durchführung des Ausgleichs im Einzelfall und
3. die Kostenerstattung.

(3) In festgesetzten Überschwemmungsgebieten sind

1. Anlagen zur Trinkwasserversorgung so zu errichten und zu betreiben, dass sie auch bei Hochwasser so betrieben werden können, dass die Anforderungen der Trinkwasserverordnung gesichert eingehalten werden, es sei denn, die Versorgung wird bei Hochwasser sichergestellt durch andere Anlagen, die die Anforderung erfüllen oder außerhalb eines Überschwemmungsgebiets liegen; vorhandene Anlagen zur Wasserversorgung sind bis zum 31. Dezember 2016 entsprechend nachzurüsten;
2. Abwasseranlagen entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik hochwassersicher zu errichten und zu betreiben; vorhandene Abwasseranlagen sind bis zum 31. Dezember 2021 entsprechend nachzurüsten;
3. Anlagen nach § 62 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes nur so zu errichten und zu betreiben, dass wassergefährdende Stoffe durch Hochwasser nicht abgeschwemmt oder

freigesetzt werden und auch nicht auf eine andere Weise in ein Gewässer oder eine Abwasserbehandlungsanlage gelangen können.

Die zuständige Behörde kann von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.

§ 85

Melde-, Warn- und Alarmordnung zum Schutz vor Hochwasser (zu § 79 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für Inneres zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung Regelungen zu treffen zur Meldung von Hochwasser, insbesondere zur Verpflichtung von Personen zur Teilnahme am Hochwassernachrichtendienst, dessen Organisation und der Meldewege sowie zur Warnung vor Hochwasser.

(2) Warn- und Alarmpläne für länderübergreifende oberirdische Gewässer sind mit den angrenzenden Ländern, für den Rhein als Wasserstraße mit dem Bund, abzustimmen.

(3) Aus der Einrichtung der Melde-, Warn- und Alarmdienste können Dritte keine Ansprüche ableiten.

Abschnitt 6

Wasserwirtschaftliche Planung, Grundlagen der Wasserwirtschaft

Unterabschnitt 1

Hochwasserrisikomanagementplanung nach § 75 des Wasserhaushaltsgesetzes, Maßnahmenprogramm und Bewirtschaftungsplanung nach §§ 82, 83 des Wasserhaushaltsgesetzes

§ 86

Beteiligung bei Maßnahmenprogramm und Bewirtschaftungsplan (zu §§ 82, 83, 85 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Für die nordrhein-westfälischen Anteile der in § 12 genannten Flussgebietseinheiten erarbeitet die oberste Wasserbehörde Beiträge zu den Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen der Flussgebietseinheiten und stellt sie im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Landesbehörden und nach Anhörung des für den Umweltschutz zuständigen Ausschusses des Landtages auf. Bei der Erarbeitung werden die Träger öffentlicher Belange und ihnen Gleichgestellte, insbesondere die Kreise und kreisfreien Städte, die anerkannten Naturschutzvereinigungen, die betroffenen Wasserverbände und die betroffenen regionalen Planungsträger gemäß § 6 des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes NRW vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 430) in der jeweils geltenden Fassung beteiligt. Sie wirken bei der Erarbeitung mit, insbesondere unterstützen sie die oberste Wasserbehörde und erteilen die erforderlichen Auskünfte.

§ 87
Information und aktive Beteiligung der Öffentlichkeit
bei der Hochwasserrisikomanagementplanung
(zu § 79 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die zuständige Behörde legt

1. die Bewertung der Hochwasserrisiken und die Festlegung der Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes,
2. die Gefahrenkarten und Risikokarten nach § 74 des Wasserhaushaltsgesetzes und
3. die Risikomanagementpläne nach § 75 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes und deren Überarbeitungen nach § 73 Absatz 6, § 74 Absatz 6 und § 75 Absatz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes für die Dauer von einem Monat zur Einsicht durch jedermann öffentlich aus und weist auf die Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung hin.

§ 88
Bekanntgabe und Verbindlichkeit der wasserwirtschaftlichen Planungen
(zu §§ 75, 82, 83 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die oberste Wasserbehörde legt die Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme nach §§ 82, 83 des Wasserhaushaltsgesetzes, soweit sie die nordrhein-westfälischen Anteile der Flusseinzugsgebiete betreffen, aus und weist auf die Auslegung bei dem für die Umwelt zuständigen Ministerium und den zuständigen Behörden im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen hin. Die zuständige Behörde, auf deren Gebiet sich die Planung erstreckt, legt den Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm zur Einsicht für jedermann aus und weist auf die Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung hin. Die zuständige Behörde legt die Risikomanagementpläne nach § 75 des Wasserhaushaltsgesetzes zur Einsicht für jedermann aus und weist auf die Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung hin.

(2) Maßnahmen, die Risikomanagementpläne und Maßnahmenprogramme nach den §§ 75, 82 des Wasserhaushaltsgesetzes festlegen, sind durch Anordnungen oder sonstige Entscheidungen der zuständigen Behörden nach diesem Gesetz oder nach anderen Rechtsvorschriften durchzusetzen. Sind in den Plänen und Programmen nach Satz 1 planungsrechtliche Festlegungen vorgesehen, haben die öffentlichen Planungsträger diese bei ihren Planungen zu berücksichtigen. Im Übrigen sind die nordrhein-westfälischen Anteile der Risikomanagementpläne, Maßnahmenprogramme und der Bewirtschaftungspläne für alle behördlichen Entscheidungen verbindlich.

Unterabschnitt 2
Grundlagen der Wasserwirtschaft, Daten und Dokumentation

§ 89
Grundlagen der Wasserwirtschaft
(zu § 88 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die zuständigen Behörden ermitteln die Grundlagen der Wasserwirtschaft. Sie haben dabei die Regeln und Bestimmungen über das Erheben, Auswerten und Darstellen der Grundlagen des Wasserhaushalts anzuwenden, die durch das für Umwelt zuständige Ministerium durch Bekanntgabe im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen eingeführt werden. Soweit solche Regeln nicht veröffentlicht sind, müssen mindestens die allgemein anerkannten Regeln der Technik angewandt werden. Die zuständigen Behörden ermitteln ferner im Zusammenwir-

ken mit den Fachverbänden der Wasser- und Abfallwirtschaft den Stand der für die Wasserwirtschaft bedeutsamen Technik und beteiligen sich an dessen Entwicklung, soweit dies für die Bedürfnisse der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes erforderlich ist. Die Ergebnisse dieser Ermittlungen sind bei allen behördlichen Entscheidungen zu berücksichtigen. Die zuständigen Behörden geben über ihre Ermittlungen den Wasserbehörden, den Gemeinden und Gemeindeverbänden, den Wasserverbänden und anderen Trägern öffentlicher Belange Auskunft; sie können auch private Interessenten beraten.

(2) Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend für Gemeinden und Gemeindeverbände, Wasserverbände und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben Grundlagen des Wasserhaushalts ermitteln. Sie gelten ebenfalls für Personen privaten Rechts, soweit diese zur Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht oder aufgrund von Pflichten, die ihnen auf Grund wasserrechtlicher Bestimmungen obliegen, Grundlagen des Wasserhaushalts ermitteln.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 Verpflichteten übermitteln nach näherer Bestimmung durch die oberste Wasserbehörde die erhobenen Daten unentgeltlich an die zuständige Behörde, sofern sie mit der zuständigen Behörde nichts anderes vereinbart haben. Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu regeln, welche Daten zu übermitteln sind und nach welchen Anforderungen sich die Übermittlung richtet.

(4) Zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben können auch personen- und betriebsbezogene Daten erhoben und weiter verarbeitet werden. Eine Veröffentlichung hat so zu erfolgen, dass Rückschlüsse auf Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse nicht gezogen werden können. Im Übrigen bleiben die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 2000 (GV. NRW. S. 542) in der jeweils geltenden Fassung unberührt.

§ 90

Informations- und Dokumentationspflichten (zu §§ 51, 53, 76, 82, 83 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Die zuständigen Wasserbehörden führen über alle festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete, Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete Verzeichnisse und Karten im Internet. Die zuständigen Wasserbehörden bewahren die Karten zur Bewertung der Hochwasserrisiken und der Festlegung der Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, die Gefahrenkarten und Risikokarten nach § 74 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie die Risikomanagementpläne nach § 75 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes und deren Überarbeitungen nach den § 73 Absatz 6, § 74 Absatz 6 und § 75 Absatz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie die Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne nach § 82 des Wasserhaushaltsgesetz und deren Überarbeitung zur Einsicht für jedermann auf. Für die Nutzung der Daten für die Gebiete nach den Sätzen 1 und 2 werden keine Entgelte erhoben.

Unterabschnitt 3 Wasserbuch

§ 91 Einrichtung des Wasserbuchs (zu § 87 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Das Wasserbuch ist in digitaler Form als automatisierte Datei auf Datenträger von der zuständigen Behörde anzulegen und zu führen. Die oberste Wasserbehörde bestimmt die Einzelheiten der Wasserbuchführung. Die für die Erteilung zuständigen Behörden haben die ins Wasserbuch aufzunehmenden Rechte in digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

(2) Berührt ein Gewässer mehrere Regierungsbezirke, kann die oberste Wasserbehörde eine Wasserbehörde mit der Anlegung und Führung des Wasserbuchs betrauen.

§ 92 Eintragung, Verfahren (zu § 87 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) In das Wasserbuch sind außer den in § 87 des Wasserhaushaltsgesetzes genannten Rechtsverhältnissen einzutragen

1. Heilquellenschutzgebiete,
2. die von den §§ 23 und 62 abweichenden Unterhaltungspflichten und
3. die Zwangsrechte.

(2) Eintragungen in das Wasserbuch werden von Amts wegen vorgenommen, sobald das Rechtsverhältnis nachgewiesen ist.

(3) Alte Rechte und alte Befugnisse, deren Rechtsbestand nicht nachgewiesen ist, sind bei der Eintragung als „behauptete Rechte und Befugnisse“ zu kennzeichnen; ihre Eintragung soll unterbleiben, wenn ihr Bestand offenbar unmöglich ist.

Kapitel 4 Gewässeraufsicht

§ 93 Aufgaben der Gewässeraufsicht (zu § 100 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Aufgabe der Gewässeraufsicht ist es,

1. die Gewässer,
2. ihre Benutzung,
3. die Indirekteinleitungen,
4. die Beschaffenheit des Rohwassers für die öffentliche Trinkwasserversorgung,
5. die Wasserschutzgebiete,
6. die Überschwemmungsgebiete,
7. die Talsperren und Rückhaltebecken,
8. die Deiche und
9. die Anlagen, die unter das Wasserhaushaltsgesetz, dieses Gesetz oder die dazu erlassenen Rechtsvorschriften fallen,

auf Einhaltung aller Verpflichtungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz oder diesem Gesetz oder nach auf das Wasserhaushaltsgesetz oder dieses Gesetz gestützten Rechtsverordnungen, sowie zur Abwehr von Gefahren zu überwachen. Wird eine nach dem Wasserhaushaltsgesetz, diesem Gesetz oder den dazu erlassenen Vorschriften zulassungs- oder anzeigepflichtige Handlung oder Anlage ohne Zulassung oder Anzeige durchgeführt oder errichtet, betrieben oder wesentlich geändert, kann die zuständige Behörde verlangen, dass ein entsprechender Antrag gestellt wird oder eine Anzeige erfolgt.

(2) Zur Gewässeraufsicht gehören die Bauüberwachung und die Bauzustandsbesichtigung der baulichen Anlagen. Die Vorschriften der § 81 Absatz 1 Satz 1 bis 3 und § 82 Absatz 1 Satz 1 und 2 der Landesbauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GV. NRW. S. 256) in der jeweils geltenden Fassung gelten entsprechend.

(3) Zur Gewässeraufsicht gehören Untersuchungen des natürlichen Wasserkreislaufs, auch soweit er außerhalb von Gewässern stattfindet, im Hinblick auf Klimaauswirkungen.

§ 94

Überwachung von Abwassereinleitungen

Einleitungen von Abwasser in Gewässer von im Jahresdurchschnitt mehr als ein Kubikmeter je zwei Stunden sind in der Weise zu überwachen, dass mehrmals im Jahr Proben zu entnehmen und zu untersuchen sind. Ausgenommen sind Einleitungen von Abwasser, das keiner Behandlung bedarf, und Abwassereinleitungen, von denen keine erhebliche Beeinträchtigung des Wasserhaushalts zu erwarten ist. Die zur Überwachung erforderlichen Probeentnahmen und Untersuchungen werden von den zuständigen Behörden oder von den von ihnen beauftragten Untersuchungsstellen durchgeführt. Es dürfen keine Untersuchungsstellen beauftragt werden, die für den Abwassereinleiter auf wasserwirtschaftlichem Gebiet gegen Entgelt bereits in anderer Weise, insbesondere als Gutachter oder im Rahmen der Selbstüberwachung tätig sind.

§ 95

Gewässer- und Deichschau

(1) Die fließenden Gewässer sind, soweit es zur Überwachung der ordnungsmäßigen Gewässerunterhaltung geboten ist, im Rahmen der Gewässeraufsicht durch die zuständige Behörde zu schauen. Dabei ist festzustellen, ob das Gewässer ordnungsgemäß unterhalten ist.

(2) Den zur Gewässerunterhaltung Verpflichteten, den Eigentümern und Anliegern des Gewässers, den zur Benutzung des Gewässers Berechtigten, den Fischereiberechtigten und der unteren Landschaftsbehörde ist Gelegenheit zur Teilnahme und zur Äußerung zu geben. Die Schautermine sind zwei Wochen vorher ortsüblich öffentlich bekanntzumachen.

(3) Die Absätze 1 und 2 Satz 2 sind auf Deiche und Hochwasserschutzanlagen entsprechend anzuwenden. Den zur Unterhaltung Verpflichteten und den Eigentümern der Hochwasserschutzanlage ist Gelegenheit zur Teilnahme und zur Äußerung zu geben

§ 96

Kosten der Gewässeraufsicht (zu § 100 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Kosten der Gewässeraufsicht sind dem Benutzer eines Gewässers und dem Betreiber von Anlagen aufzuerlegen, soweit sich die Überwachung auf die Einhaltung ihrer Pflichten bezieht. In den sonstigen Fällen trägt der Überwachte die Kosten, wenn die Überwachung ergibt, dass von ihm wasserrechtliche Vorschriften und Verpflichtungen nicht erfüllt worden

sind. Kosten sind vom Gewässerbenutzer und Anlagenbetreiber nicht zu tragen für Besichtigungen gemäß § 95.

(2) Soweit der Benutzer eines Gewässers der Eigentümer des Grundstücks ist, das für die Gewässerbenutzung erforderlich ist, oder der Anlagenbetreiber Eigentümer des Grundstücks ist, auf dem sich die Anlage befindet, werden die Kosten für Maßnahmen nach Absatz 1 von den Kostenpflichtigen in ihrer Eigenschaft als Grundstückseigentümer erhoben. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Benutzer oder der Anlageneigentümer Erbbauberechtigter ist. In diesen Fällen ruhen die Kosten als öffentliche Last auf dem Grundstück oder dem Erbbaurecht.

Kapitel 5

Duldungs- und Gestattungsverpflichtungen, Betretungsrechte, Mitwirkungspflichten

§ 97

Besondere Pflichten Dritter beim Gewässerausbau, Deichbau, der Gewässerunterhaltung und der Gewässer- und Deichschau (zu § 41 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Soweit es zur Vorbereitung oder Durchführung eines Gewässerausbaus erforderlich ist, haben die Anlieger und Hinterlieger nach vorheriger Ankündigung auf Anordnung der zuständigen Behörde zu dulden, dass der Unternehmer oder dessen Beauftragte die Grundstücke betreten und vorübergehend benutzen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Vorbereitung und Durchführung einer Maßnahme nach § 77 sowie für die ordnungsgemäße Unterhaltung einer Hochwasserschutzanlage. Für die Deichunterhaltung haben Anlieger und Hinterlieger außerdem zu dulden, dass aus ihren Grundstücken Bestandteile entnommen werden, wenn diese anderweitig nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand beschafft werden können. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der an eine Hochwasserschutzanlage angrenzenden Grundstücke haben alles zu unterlassen, was die Unterhaltung oder Sicherheit des Deiches beeinträchtigen kann.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für die Durchführung einer Gewässer- oder Deichschau nach § 95.

(4) An fließenden Gewässern zweiter Ordnung und an sonstigen fließenden Gewässern darf eine bauliche Anlage innerhalb von drei Metern von der Böschungsoberkante nur zugelassen werden, wenn ein Bebauungsplan die bauliche Anlage vorsieht oder öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Die Anlieger und Hinterlieger haben das Einebnen des bei der Gewässerunterhaltung anfallenden Aushubs auf ihren Grundstücken zu dulden, soweit bodenschutzrechtliche Bestimmungen nicht entgegenstehen und dadurch die bisherige Nutzung nicht dauernd beeinträchtigt wird.

(5) Alle nach § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes und nach den Absätzen 1 bis 4 beabsichtigten Arbeiten und Maßnahmen sind dem Duldungspflichtigen rechtzeitig anzukündigen.

(6) Entstehen durch Handlungen nach Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und 2, Absatz 3 sowie Absatz 4 Satz 2 Schäden, so hat der Geschädigte gegenüber dem Unternehmer Anspruch auf Schadensersatz. Die zuständige Behörde setzt die Höhe des Schadensersatzes fest.

§ 98

Besondere Pflichten im Interesse der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei der Erteilung von Wasserrechten, Anzeigeverfahren und Grundlagenermittlung (zu § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt zum Zweck der Erfüllung der Wasserversorgungspflicht nach § 38 sowie der Abwasserbeseitigungspflicht nach § 46 und für die Bediensteten

der Gemeinde und die mit Berechtigungsausweis versehenen Beauftragen der Gemeinde entsprechend. Satz 1 gilt auch für Anlagen zur Ableitung von Abwasser, das der Gemeinde zu überlassen ist. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für eine Körperschaft oder juristische Person des öffentlichen Recht, der nach § 52 die Abwasserbeseitigungspflicht übertragen wurde.

(2) § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt entsprechend für Maßnahmen der zuständigen Behörde bei der Erteilung von Wasserrechten, Prüfung von Anzeigen und der Grundlagenermittlung.

§ 99

Einschränkende Vorschriften (zu §§ 92, 93 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Vorschriften der §§ 92 und 93 des Wasserhaushaltsgesetzes gelten nicht für Gebäude, Hofräume, Gärten und Parkanlagen. Eine Verpflichtung zur Duldung der Vorhaben kann die zuständige Behörde jedoch anordnen, wenn Wasser oder Abwasser unterirdisch und in dichten Leitungen durchgeleitet werden soll.

§ 100

Wasser- und Hochwassergefahr

(1) Werden zur Abwendung einer durch Hochwasser, Eisgang, Überflutungen durch Starkregen oder andere Ereignisse bedingten gegenwärtigen Wassergefahr augenblickliche Vorkehrungen notwendig, so sind, sofern es ohne erhebliche eigene Nachteile geschehen kann, alle benachbarten Gemeinden, auch wenn sie nicht bedroht sind, verpflichtet, auf Anforderung der zuständigen Behörde die erforderliche Hilfe zu leisten.

(2) Ist ein Deich bei Hochwasser gefährdet, so haben alle Bewohner der bedrohten und, falls erforderlich, der benachbarten Gebiete auf Anforderung der zuständigen Behörde zu den Schutzarbeiten Hilfe zu leisten und die erforderlichen Arbeitsgeräte, Beförderungsmittel und Baustoffe zur Verfügung zu stellen. Den in Anspruch genommenen Bewohnern des bedrohten Gebietes ist auf Verlangen Entschädigung zu gewähren. Der den in Anspruch genommenen Bewohnern benachbarter Gebiete entstehende Schaden ist in entsprechender Anwendung der §§ 40 und 41 des Ordnungsbehördengesetzes zu ersetzen. § 43 Absatz 2 des Ordnungsbehördengesetzes gilt entsprechend. Entschädigungspflichtig ist der Unterhaltungspflichtige. Kommt es zu keiner gütlichen Einigung, setzt die zuständige Behörde die Höhe der Entschädigung fest.

(3) Bei Hochwassergefahr sind die Unternehmer von Stauanlagen verpflichtet, die Anlagen nach näherer Anordnung der zuständigen Behörde ohne Entschädigung für die Hochwasserabführung und Hochwasserrückhaltung einzusetzen.

Kapitel 6

Enteignung, Entschädigung, Ausgleich

§ 101

Enteignung und Enteignungsverfahren (zu § 71 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Eine Enteignung ist zulässig, soweit sie für ein nach § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes festgestelltes oder genehmigtes Vorhaben notwendig ist, das dem Allgemeinwohl, insbesondere der Erreichung der wasserwirtschaftlichen Ziele nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 und 2, 5

und 6 und § 27 des Wasserhaushaltsgesetzes, dem Hochwasserschutz, der öffentlichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, der Schifffahrt oder der Speicherung von Energie dient.

(2) Eine Enteignung ist darüber hinaus für Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Vorhaben zum Schutz vor oder zum Ausgleich von Beeinträchtigungen des Natur- und Wasserhaushalts durch Wasserentzug zulässig.

(3) Die §§ 96 bis 98 des Wasserhaushaltsgesetzes gelten entsprechend. Im Übrigen ist das Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz entsprechend anzuwenden.

§ 102
Entschädigungsverfahren
(zu §§ 22, 96 bis 99 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Soweit sich aus dem Wasserhaushaltsgesetz nichts anderes ergibt, finden auf Entschädigungsansprüche nach dem Wasserhaushaltsgesetz oder diesem Gesetz die Vorschriften des Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetzes Anwendung. Für Streitigkeiten über das Bestehen und die Höhe eines Entschädigungsanspruchs ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben. Von der Pflicht zur Erstattung des zunächst vom Land aufgewandten Entschädigungsbetrages kann abgesehen werden, wenn dies im Einzelfall der Billigkeit entspricht.

(2) Ist das in das Eigentum des Entschädigungspflichtigen übergehende Grundstück mit Rechten Dritter belastet, so sind die Artikel 52 und 53 Absatz 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche anzuwenden.

§ 103
Ausgleichsverfahren
(zu §§ 22, 52 Absatz 5, § 53 Absatz 5, § 78 Absatz 5 und 6 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Auf das Ausgleichsverfahren findet das förmliche Verwaltungsverfahren nach Teil V Abschnitt 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen Anwendung. Die Kosten des Verfahrens tragen die Beteiligten nach dem Maß ihres schätzungsweise zu ermittelnden Vorteils.

(2) Der Ausgleich wird auf Antrag eines Beteiligten durch die zuständige Behörde festgesetzt. Als landwirtschaftliche Nutzung eines Grundstücks gilt auch die gärtnerische Nutzung. Der Antrag setzt voraus, dass die Beteiligten sich ernsthaft und vergeblich um eine gütliche Einigung bemüht haben. Der Ausgleich ist, sofern nichts anderes vereinbart wird, durch einen jährlich zum 10. Januar für das vorhergehende Kalenderjahr fällig werdenden Betrag in Geld zu leisten. Er erfolgt nur, wenn die wirtschaftlichen Nachteile jährlich 100 Euro übersteigen. Ein Ausgleich wird insoweit nicht geleistet, als es dem Betroffenen möglich ist, durch eigene Maßnahmen die wirtschaftlichen Nachteile zu mindern. Ein Ausgleichsanspruch besteht nicht, wenn anderweitige Leistungen für die Beschränkung der ordnungsgemäßen land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung eines Grundstücks gewährt werden.

Kapitel 7 Verwaltungsverfahren, Rechtsverordnungen

Abschnitt 1 Verwaltungsverfahren

§ 104 Grundsätze

Soweit das Wasserhaushaltsgesetz auf Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes verweist, finden die entsprechenden Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen Anwendung.

§ 105 Verfahren über die Erteilung von Zwangsrechten

Zwangsrechte nach den §§ 91 bis 94 des Wasserhaushaltsgesetzes und der §§ 97 und 98 sind im förmlichen Verwaltungsverfahren nach Teil V Abschnitt 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen zu erteilen.

§ 106 Verfahren über Antrag auf gehobene Erlaubnis oder Bewilligung (zu § 11 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Für das Verfahren über einen Antrag auf gehobene Erlaubnis oder eine Bewilligung gelten die Vorschriften über das förmliche Verwaltungsverfahren nach Teil V Abschnitt 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. § 73 Absatz 3 bis 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ist entsprechend anzuwenden.

(2) Ist die Erweiterung einer Gewässerbenutzung beabsichtigt, über die schon entschieden ist, gilt Absatz 1 Satz 2 nur für die beabsichtigte Erweiterung. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass es sich um eine Erweiterung handelt.

§ 107 Gewässerausbauverfahren (zu § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes)

Dient der Gewässerausbau der Schifffahrt oder der Errichtung von Häfen, Lande- und Umschlagstellen, so bedarf die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens der Zustimmung der für Verkehr zuständigen obersten Landesbehörde. Die Zustimmung darf nur versagt werden, wenn das Wohl der Allgemeinheit es erfordert.

§ 108 Sondervorschrift für Wasserverbände

Die Pläne für die Durchführung von Unternehmen der Wasserverbände können in einem Planfeststellungsverfahren nach Teil V Abschnitt 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen festgestellt werden, wenn der Verband es beantragt oder nach der

Entscheidung der Aufsichtsbehörde des Verbands mit einer erheblichen Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit oder mit Einwendungen zu rechnen ist. § 69 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

§ 109 Sachverständige

(1) Zur Prüfung von Anträgen und Anzeigen sowie zur Gewässeraufsicht und zur Abnahme, insbesondere bei einer Prüfung nach § 110, kann die zuständige Behörde sachverständige Personen oder Stellen heranziehen oder anordnen, dass die antragsstellende oder anzeigende oder die der Gewässeraufsicht unterliegende Person von sachverständigen Personen oder Stellen angefertigte Unterlagen vorzulegen hat. Bei staatlich anerkannten Sachverständigen wird mit Vorlage der Nachweise und Bescheinigungen vermutet, dass die bescheinigten Anforderungen erfüllt sind.

(2) Die Kosten für die Heranziehung sachverständiger Personen oder Stellen gelten als Auslagen im Sinne des § 10 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 1999 (GV. NRW. S. 524) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 110 Bauordnungsrechtliche Anforderungen

(1) Wenn bei der Zulassung von baulichen Anlagen die Einhaltung baurechtlicher Vorschriften nicht im Rahmen einer baurechtlichen Zulassung durch die Bauaufsichtsbehörde geprüft wird, hat die zuständige Behörde auch die Einhaltung der baurechtlichen Vorschriften zu prüfen.

(2) Soweit Teile der Abwasserbehandlungsanlage Gebäude im Sinne des § 2 Absatz 2 der Landesbauordnung sind, schließt die wasserrechtliche Zulassung die baurechtliche Genehmigung oder eine Zustimmung nach § 80 der Landesbauordnung ein. Die für die wasserrechtliche Zulassung zuständige Behörde beteiligt die zuständige Bauaufsichtsbehörde.

§ 111 Sicherheitsleistung

Die zuständige Behörde kann die Leistung einer Sicherheit verlangen, soweit sie erforderlich ist, um die Erfüllung von Nebenbestimmungen, Auflagen und sonstigen Verpflichtungen zu sichern. Der Staat und die Gebietskörperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sind von der Sicherheitsleistung frei; dasselbe gilt für sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften, sofern nicht im Einzelfall etwas anderes bestimmt wird. Auf Sicherheitsleistungen sind die §§ 232 und 234 bis 240 des Bürgerlichen Gesetzbuches anzuwenden.

Abschnitt 2 Verordnungen

§ 112 Verordnungen der oberen und unteren Wasserbehörden

(1) Erstreckt sich der Geltungsbereich einer Verordnung oder einzelner ihrer Bestimmungen nicht auf das Gebiet des Landes, eines Regierungsbezirks oder einer Gebietskörperschaft, ist der Geltungsbereich in der Verordnung zu beschreiben oder in Karten, Plänen oder Verzeichnissen darzustellen, die einen Bestandteil der Verordnung bilden. Die Karten, Pläne oder Verzeichnisse müssen erkennen lassen, welche Grundflächen von der Verordnung betroffen werden. Im Zweifel gilt ein Eigentümer oder Nutzungsberechtigter als nicht betroffen.

(2) Sind Karten, Pläne oder Verzeichnisse Bestandteile einer Verordnung oder der vorläufigen Sicherung einer Fläche, kann die Verkündung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie während der Geltungsdauer der Verordnung zu jedermanns Einsicht bei den Gemeinden ausgelegt werden, deren Gebiet von der Verordnung betroffen wird, sofern der Inhalt der Karten, Pläne oder Verzeichnisse zugleich in der Verordnung grob umschrieben wird. Im textlichen Teil der Verordnung müssen Ort und Zeit der Auslegung bezeichnet sein.

§ 113 Festsetzen von Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten

Verfahren zur Festsetzung von Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten werden von Amts wegen eingeleitet und durchgeführt. Sie finden mit dem Erlass der Verordnung nach den §§ 51, 52 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit den §§ 35, 36 zur Festsetzung des Wasserschutz- oder Heilquellenschutzgebietes ihren Abschluss. Der Entwurf der Verordnung und das zugrunde liegende Gutachten sind in den Gemeinden auszulegen, in denen sich die Verordnung auswirkt. Die Auslegung ist ortsüblich öffentlich bekanntzumachen. § 73 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ist entsprechend anzuwenden. Der Entwurf der Verordnung und das zugrunde liegende Gutachten können mit den Beteiligten erörtert werden.

Kapitel 8 Behördenaufbau, Zuständigkeiten

§ 114 Behördenaufbau

- (1) Oberste Wasserbehörde ist das für Umwelt zuständige Ministerium.
- (2) Obere Wasserbehörde ist die Bezirksregierung.
- (3) Untere Wasserbehörde ist der Kreis und die kreisfreie Stadt.

§ 115 Sonderordnungsbehörden

Die Wasserbehörden sind Sonderordnungsbehörden. Die ihnen nach dem Wasserhaushaltsgesetz und diesem Gesetz obliegenden Aufgaben gelten als solche der Gefahrenabwehr.

§ 116 Aufsichtsbehörden

- (1) Die Aufsicht über die unteren Wasserbehörden führt die obere Wasserbehörde. Die Aufsicht über die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbehörde im Rahmen der Gewässeraufsicht führt die oberste Wasserbehörde.
- (2) Die oberste Aufsicht wird von der obersten Wasserbehörde geführt.

§ 117 Bestimmung der zuständigen Behörden

- (1) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, nach Anhörung der zuständigen Ausschüsse des Landtags durch Rechtsverordnung die Zuständigkeiten beim Vollzug dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen zu bestimmen.
- (2) Die gemeinsame nächsthöhere Behörde bestimmt die zuständige Behörde, wenn
1. in derselben Sache die örtliche und sachliche Zuständigkeit mehrerer Behörden nach Wasserrecht begründet ist oder
 2. eine einheitliche Regelung in benachbarten Bezirken oder eine zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer und für das Grundwasser nach den Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes zweckmäßiger ist.
- (3) Ist auch eine Behörde eines anderen Landes zuständig, so kann die oberste Wasserbehörde mit der zuständigen Behörde des anderen Landes die gemeinsame zuständige Behörde vereinbaren.

Kapitel 9 Verkehrliche Regelungen

§ 118 Schifffahrt

- (1) Welche Gewässer schiffbar sind, bestimmt das für Verkehr zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für Umwelt zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung.
- (2) Durch ordnungsbehördliche Verordnung können geregelt werden
1. die Ausübung der Schifffahrt auf schiffbaren Gewässern im Interesse des Naturschutzes, der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, des Eigentums, der Fischerei, der Reinhaltung und Unterhaltung des Gewässers, des Immissionsschutzes und der öffentlichen Ordnung (Schifffahrtsverordnung); die technische Sicherheit der zum Verkehr zugelassenen Fahrzeuge ist der zuständigen Behörde durch regelmäßige Überprüfung durch einen anerkannten Schiffssachverständigen unter Berücksichtigung der Binnenschiffsuntersuchungsordnung vom 6. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2450) in der jeweils geltenden Fassung sowie der örtlichen Verhältnisse oder durch Vorlage eines Schiffsattests nach den Bestimmungen dieser Verordnung nachzuweisen und
 2. die Bereiche der Häfen und Umschlaganlagen sowie das dortige Verhalten im Interesse der Unterhaltung der Häfen und Umschlaganlagen unter Berücksichtigung der in Nummer 1 genannten Belange sowie die Versorgung des Wasserfahrzeuges oder der schwimmenden Anlage mit elektrischer Energie von Land aus während der Liegezeit (Hafenverordnung).

In der Verordnung ist zu bestimmen, welche Behörden für ihren Vollzug zuständig sind.

(3) Ist eine einheitliche Schifffahrts- oder Hafenverordnung für ein Gebiet notwendig, das über den Zuständigkeitsbereich einer nach Absatz 2 zuständigen Behörde hinausgeht, so erlässt sie das für Verkehr zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für Umwelt zuständigen Ministerium.

(4) Die Absätze 1 und 2 Nummer 1 gelten nicht für Bundeswasserstraßen. Absatz 2 Nummer 2 gilt nicht für Schutz- und Sicherheitshäfen, in denen kein Güterumschlag stattfindet.

(5) Durch Rechtsverordnung kann das für den Verkehr zuständige Ministerium regeln

1. die Einrichtung und Nutzung von Binnenschifffahrtsweginformationssystemen und
2. die Anforderungen und technischen Spezifikationen für den Betrieb von Binnenschifffahrtsweginformationssystemen.

§ 119

Hafen- und Ufergeldtarife

(1) Für die Inanspruchnahme öffentlicher Häfen, öffentlicher Lande- oder Umschlagstellen ist Hafen- und Ufergeld nach Maßgabe von Tarifordnungen oder Abgabebesatzungen zu erheben, in denen die Zahlungspflichtigen, die einzelnen Tatbestände sowie die Tarif- oder Abgabebesätze unter Beachtung der Absätze 2 bis 4 festzusetzen sind. Hafengeld ist das für den Aufenthalt eines Wasserfahrzeuges oder einer sonstigen schwimmenden Anlage im Hafen oder in der Lande- oder Umschlagstelle, Ufergeld ist das bei Güterumschlag über das Ufer oder von Schiff zu Schiff, bei Schiffsverraumung unter Benutzung des Ufers oder bei Fahrgastverkehr erhobene Entgelt. Die Befugnis zur Erhebung von Entgelten für die Inanspruchnahme sonstiger Leistungen (zum Beispiel Umschlag, Lagerung) bleibt unberührt.

(2) Das Hafen- und Ufergeld ist so zu bemessen, dass es zum Umfang und wirtschaftlichen Wert der Inanspruchnahme der Einrichtungen nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis steht. Das Aufkommen aus Hafen- und Ufergeld soll die Kosten der Einrichtungen, für deren Inanspruchnahme es erhoben wird, nicht übersteigen. Bei der Festlegung sind die Umweltauswirkungen der Schiffe zu berücksichtigen.

(3) Die Tarifordnungen oder Abgabebesatzungen werden nach Anhörung der zuständigen Industrie- und Handelskammer von dem Hafenbetreiber festgesetzt.

(4) Die Tarifordnungen oder Abgabebesatzungen sind von dem Hafenbetreiber ortsüblich bekanntzumachen. Die Tarifordnungen oder Abgabebesatzungen werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, am Tag nach ihrer Bekanntmachung allgemein verbindlich.

§ 120

Fähren

(1) Die Einrichtung und Ausübung eines Fährbetriebes bedarf der Genehmigung.

(2) Die Genehmigung ist nicht erforderlich, soweit auf Grund staatlicher oder sonstiger Fährrechte (Fährregal, Fährgerechtigkeit, Fährgerechtsame) eine Fähre rechtmäßig betrieben wird.

(3) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn Gründe des öffentlichen Verkehrsinteresses oder der Unzuverlässigkeit des Unternehmers ihr entgegenstehen.

(4) Die Fährrechte des Landes sind aufgehoben; sonstige Fährrechte können durch Erklärung des Inhabers aufgehoben werden.

(5) Das für Verkehr zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Betriebs- und Beförderungspflicht unter Berücksichtigung der Verkehrsbedürfnisse im Rahmen des dem Unternehmen Zumutbaren zu regeln.

§ 121**Besondere Pflichten im Interesse der Schifffahrt und des Sports**

(1) Die Anlieger an schiffbaren Gewässern haben das Landen und Befestigen der Wasserfahrzeuge zu dulden, soweit nicht einzelne Strecken von der zuständigen Behörde auf Grund eines Antrags der Anlieger ausgeschlossen sind oder eine ordnungsbehördliche Verordnung nach § 118 Absatz 2 oder 3 etwas anderes bestimmt. Dieselbe Verpflichtung besteht an privaten Lande- und Umschlagstellen, an diesen jedoch nur in Notfällen. Die Anlieger haben in Notfällen auch das zeitweilige Aussetzen der Ladung des Wasserfahrzeugs zu dulden.

(2) Entstehen Schäden, so hat der Geschädigte Anspruch auf Schadensersatz. Den Schadensersatz hat der Eigentümer des Wasserfahrzeugs zu leisten. Der Schadensersatzanspruch verjährt in einem Jahr. Die Verjährung beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Schaden entstanden ist.

Kapitel 10**Wassergefährdende Stoffe****§ 122****Wassergefährdende Stoffe****(zu §§ 62, 63 des Wasserhaushaltsgesetzes)**

(1) Das für Umwelt zuständige Ministerium und das für Bauen zuständige Ministerium werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für die Wirtschaft, die Arbeit, den Verkehr, die Energie und die Gesundheit zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung zu bestimmen, wie Anlagen nach § 62 des Wasserhaushaltsgesetzes beschaffen sein, hergestellt, errichtet, eingebaut, aufgestellt, geändert und betrieben werden müssen und wo diese Anlagen nicht errichtet, eingebaut oder aufgestellt und betrieben werden dürfen. In der Rechtsverordnung können insbesondere Vorschriften erlassen werden über

1. technische Anforderungen an Anlagen, wobei als allgemein anerkannte Regeln der Technik im Sinne des § 62 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes auch technische Vorschriften und Baubestimmungen gelten, die durch das für Umwelt zuständige oder das für Bauen zuständige Ministerium durch Bekanntgabe im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen eingeführt sind;
2. die Überwachung von Anlagen und ihre Überprüfung durch Sachverständige;
3. die Zulassung von Sachverständigen nach § 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 31. März 2010 (BGBl. I S. 377) in der jeweils geltenden Fassung und die Bestimmung von Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, die nicht von Fachbetrieben ausgeführt werden müssen, und
4. die Gebühren und Auslagen, die für vorgeschriebene oder behördlich angeordnete Überwachungen und Prüfungen von dem Betreiber einer Anlage an einen Betrieb oder Sachverständigen im Sinne des § 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in der jeweils geltenden Fassung zu entrichten sind.

(2) Die Gebühren nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 werden nur zur Deckung des mit den Überwachungen und Prüfungen verbundenen Personal- und Sachaufwandes erhoben. Es kann bestimmt werden, dass eine Gebühr auch für eine Prüfung erhoben werden kann, die nicht begonnen oder nicht zu Ende geführt worden ist, wenn die Gründe vom Betreiber zu vertreten sind. Die Höhe der Gebührensätze richtet sich nach der Zahl der Stunden, die ein Überwachungsbetrieb oder Sachverständiger durchschnittlich benötigt. In der Rechtsverordnung können auch nur Gebührenhöchstsätze festgelegt werden. Auf bundesrechtliche Vorschriften kann Bezug genommen werden.

(3) Treten wassergefährdende Stoffe aus einer Anlage aus und ist zu befürchten, dass diese in ein oberirdisches Gewässer, in den Untergrund oder in die Kanalisation eindringen, so ist dies unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen. Anzeigepflichtig ist, wer die Anlage betreibt, instand hält, instand setzt, reinigt oder prüft.

Kapitel 11 **Bußgeld-, Überleitungs- und Schlussbestimmungen**

§ 123 **Bußgeldvorschriften**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 6 Absatz 2 Satz 3 die Bezeichnung der Uferlinie beseitigt oder verändert,
 2. entgegen § 16 Satz 1 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt,
 3. entgegen § 19 Absatz 5 Satz 1 ein Gewässer ohne Genehmigung befährt oder einer mit einer solchen Genehmigung verbundenen vollziehbaren Auflage nach § 19 Absatz 5 Satz 4 zuwiderhandelt,
 4. entgegen § 22 Absatz 1 Anlagen ohne Genehmigung errichtet, wesentlich verändert oder beseitigt,
 5. entgegen § 23 Absatz 1 oder 2 Satz 1 seiner Pflicht zur Unterhaltung einer Anlage oder einer Anordnung nach § 23 Absatz 3 Satz 1 nicht nachkommt,
 6. entgegen § 24 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1 seiner Pflicht zur Anpassung der Anlage nicht nachkommt,
 7. entgegen § 25 Absatz 2 die Anlage nach Anordnung nicht beseitigt oder den früheren Zustand nicht wieder herstellt oder entgegen § 25 Absatz 3 Satz 2 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt,
 8. entgegen § 26 Satz 1 eine Anlage ohne Genehmigung dauernd außer Betrieb setzt oder beseitigt,
 9. entgegen § 29 Absatz 4 nicht für die Erhaltung, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der Staumarke und der Festpunkte sorgt, seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt oder entgegen § 29 Absatz 5 Satz 1 eine die Beschaffenheit der Staumarke oder der Festpunkte beeinflussende Handlung ohne Genehmigung vornimmt,
 10. entgegen § 30 aufgestautes Wasser ablässt,
 11. im Gewässerrandstreifen nach § 31 Absatz 1 Satz 1 ohne Befreiung den Verboten nach § 38 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes zuwiderhandelt, entgegen den Verboten nach § 31 Absatz 2 ohne Befreiung Dünge- und Pflanzenschutzmittel einsetzt oder Ackerbau betreibt oder im Gewässerrandstreifen nach § 31 Absatz 4 Satz 1 ohne Befreiung dem Verbot nach § 31 Absatz 4 Satz 2 zuwiderhandelt,
 12. entgegen § 40 Absatz 1 Anlagen nicht nach dem dort vorgeschriebenen Stand der Technik errichtet oder errichten lässt oder betreibt oder vorhandene Anlagen entgegen § 40 Absatz 3 nicht unverzüglich den Anforderungen anpasst,
 13. entgegen § 41 Satz 1 seiner Anzeigepflicht nicht unverzüglich nachkommt,
 14. entgegen § 42 Absatz 1 das Rohwasser nicht durch eine geeignete Stelle untersuchen lässt oder Untersuchungsergebnisse nicht vorlegt,
 15. entgegen § 49 Absatz 5 und 6, § 51 seiner Pflicht zur Abwasserbeseitigung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt,
 16. entgegen § 56 Absatz 2 seiner Verpflichtung hinsichtlich der Unterhaltung und des Personals nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt,

17. entgegen § 57 Absatz 1 und 2 Abwasseranlagen ohne die erforderliche Anzeige, Genehmigung oder Zulassung betreibt oder, im Falle der Genehmigungsfreiheit nach § 57 Absatz 2, eine nicht den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik entsprechende Anlage betreibt,
 18. entgegen § 58 Absatz 1 und 2 Abwasser ohne Genehmigung einleitet oder entgegen § 58 Absatz 3 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt,
 19. entgegen § 59 Absatz 2 seiner Pflicht zur Selbstüberwachung nicht nachkommt oder Nachweise, Aufzeichnungen und Untersuchungsergebnisse nicht, nicht vollständig oder nicht fristgemäß vorlegt oder entgegen § 59 Absatz 3 seiner Pflicht zur Überprüfung nicht nachkommt, Mängel nicht unverzüglich abstellt oder seiner Unterrichtungspflicht nicht nachkommt,
 20. entgegen § 76 Absatz 2 nicht seiner Pflicht nachkommt, Anlagen innerhalb einer angemessenen Frist anzupassen oder entgegen § 76 Absatz 3 Satz 1 Anlagen ohne Genehmigung errichtet oder betreibt oder entgegen § 76 Absatz 5 nicht seiner Pflicht zur Selbstüberwachung oder zur Vorlage des Sicherheitsberichts nachkommt,
 21. entgegen § 78 Absatz 2, 3 oder 5, § 77 Satz 3 seiner Pflicht zur Unterhaltung oder Sanierung oder Wiederherstellung des Deiches oder anderer Hochwasserschutzanlagen nicht nachkommt,
 22. entgegen § 84 Absatz 3 Anlagen zur Wasserversorgung oder Abwasseranlagen oder Anlagen nach § 62 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes ohne Befreiung nicht entsprechend den Anforderungen errichtet und betreibt oder innerhalb der Fristen nicht nachrüstet,
 23. entgegen § 89 Absatz 2 Daten nicht zur Verfügung stellt,
 24. entgegen § 100 Absatz 3 einer vollziehbaren Anordnung nicht nachkommt,
 25. entgegen § 122 Absatz 3 seiner Anzeigepflicht nicht nachkommt,
 26. einer Rechtsverordnung nach § 13, § 35 Absatz 1 Satz 3, § 57 Absatz 1 Satz 7, § 59 Absatz 1 oder 4, § 120 Absatz 5 oder § 122 Absatz 1 zuwiderhandelt, sofern die Verordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldbestimmung verweist,
 27. einer ordnungsbehördlichen Verordnung nach § 20, § 35 Absatz 1 Satz 1, § 82 Absatz 3, § 83 Absatz 2 Satz 1, oder § 118 Absatz 2 oder 3 zuwiderhandelt, sofern die ordnungsbehördliche Verordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldbestimmung verweist,
 28. einer Rechtsverordnung nach § 23 Absatz 3, § 24 Absatz 3 oder § 86 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes zuwiderhandelt, sofern die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldbestimmung verweist, oder
 29. einer Rechtsverordnung nach § 50 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes zuwiderhandelt, sofern die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldbestimmung verweist oder einer vollziehbaren Anordnung nach § 50 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes zuwiderhandelt.
- (2) Ordnungswidrig handelt auch, wer wider besseres Wissen unrichtige Angaben macht oder unrichtige Pläne oder Unterlagen vorlegt, um einen nach diesem Gesetz vorgesehenen Verwaltungsakt zu erwirken oder zu verhindern.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

§ 124

Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz werden die Grundrechte aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 und 2 (körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person), Artikel 12 Absatz 1 Satz 1 (Recht auf Freiheit der Berufswahl), Artikel 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung) und Artikel 14 (Eigentum) des Grundgesetzes eingeschränkt.

§ 125 Überleitung

- (1) Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits begonnene Verfahren sind nach den bisher geltenden Verfahrensvorschriften zu Ende zu führen.
- (2) Eine Genehmigung, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes]
1. nach § 99 des Landeswassergesetzes in der bis dahin geltenden Fassung erteilt worden ist, gilt als Genehmigung nach § 22 fort,
 2. nach § 58 Absatz 2 des Landeswassergesetzes in der bis dahin geltenden Fassung erteilt worden ist, gilt als Genehmigung nach § 57 Absatz 2 fort.
- (3) Eine Erlaubnis, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] nach § 44 Absatz 1 des Landeswassergesetzes in der bis dahin geltenden Fassung im vereinfachten Verfahren erteilt worden ist, gilt fort.
- (4) Die auf Grund des bisherigen Rechts erlassenen ordnungsbehördlichen Verordnungen gelten bis zum Inkrafttreten von auf Grund dieses Gesetzes erlassenen entsprechenden Verordnungen fort; Abweichungen vom Verbot des § 35 Absatz 2 Satz 2 durch eine Wasserschutzgebietsverordnung nach § 35 Absatz 1 Satz 1 muss nach ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] getroffen werden. § 35 Absatz 1 Satz 2 gilt auch für die auf Grund bisherigen Rechts erlassenen entsprechenden Verordnungen. § 83 Absatz 2 Satz 2 gilt auch für die auf Grund bisherigen Rechts erlassenen entsprechenden Verordnungen.
- (5) Heilquellen, die auf Grund bisherigen Rechts staatlich anerkannt sind oder deren Gemeinnützigkeit auf Grund bisherigen Rechts festgestellt ist, gelten als anerkannte Heilquellen nach § 53 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes.
- (6) § 35 Absatz 2 gilt nicht für die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen im Sinne von § 35 Absatz 2 Satz 1 in Bereichen, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] nach den Bestimmungen des Raumordnungsrechts auf Ebene der Regionalplanung als Vorranggebiete für die Sicherung und den oberirdischen Abbau von oberflächennaher Bodenschätzen mit der Wirkung von Eignungsgebieten festgelegt worden sind. § 35 Absatz 2 gilt nicht für Abgrabungen im Sinne von § 35 Absatz 2 Satz 1, die vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] zugelassen worden sind.
- (7) Ein vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] bereits begonnenes Zulassungsverfahren wird nach den Regelungen zum Verfahren der bis dahin geltenden Fassung des Landeswassergesetzes zu Ende geführt.

§ 126 Inkrafttreten, Berichtspflicht

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die Landesregierung erstattet dem Landtag innerhalb von 10 Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Bericht über die Auswirkungen des Gesetzes.“

Anlage 1 (zu § 2 Absatz 1)

A Gewässer erster Ordnung

I. Landesgewässer

Bezeichnung des Gewässers	Endpunkte des Gewässers	
Ems	Wehr in Waren- dorf	Oberhalb der Ei- senbahnbrücke südlich Rheine (Ems-km 44,775)
Lippe	Einmündung der Pader bei Schloß Neu- haus	Rhein
Ruhr	Einmündung der Möhne	Oberhalb der Schloßbrücke in Mülheim (Ruhr)
Sieg	Landesgrenze	Rhein

Zu den vorstehend aufgeführten Gewässerstrecken gehören die natürlichen Gewässer, die sich von ihnen abzweigen und wieder mit ihnen vereinen (Nebenarme), Altarme und Mündungsarme.

II. Bundeswasserstraßen

1. Dortmund-Ems-Kanal
2. Ems
3. Mittellandkanal
4. Griethauser Altrhein mit Spoykanal
5. Wesel-Datteln-Kanal und Datteln-Hamm-Kanal
6. Rhein
7. Rhein-Herne-Kanal mit Verbindungskanal zur Ruhr
8. Ruhr
9. Weser

mit den im Verzeichnis der Reichswasserstraßen (Anlage A zu dem Gesetz über den Staatsvertrag betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich vom 29. Juli 1921 - RGBl. S. 961) aufgeführten, in Nordrhein-Westfalen liegenden Strecken.

B Gewässer zweiter Ordnung

Agger

Berkel

Bocholter Aa

Dinkel

Ems, soweit nicht Gewässer erster Ordnung

Emscher

Ertf

Issel

Lenne

Lippe, soweit nicht Gewässer erster Ordnung

Niers

Ruhr, soweit nicht Gewässer erster Ordnung

Rur

Sieg von der Quelle bis zur Landesgrenze

Weser, soweit nicht Gewässer erster Ordnung

Wupper

Anlage 2 (zu § 12)

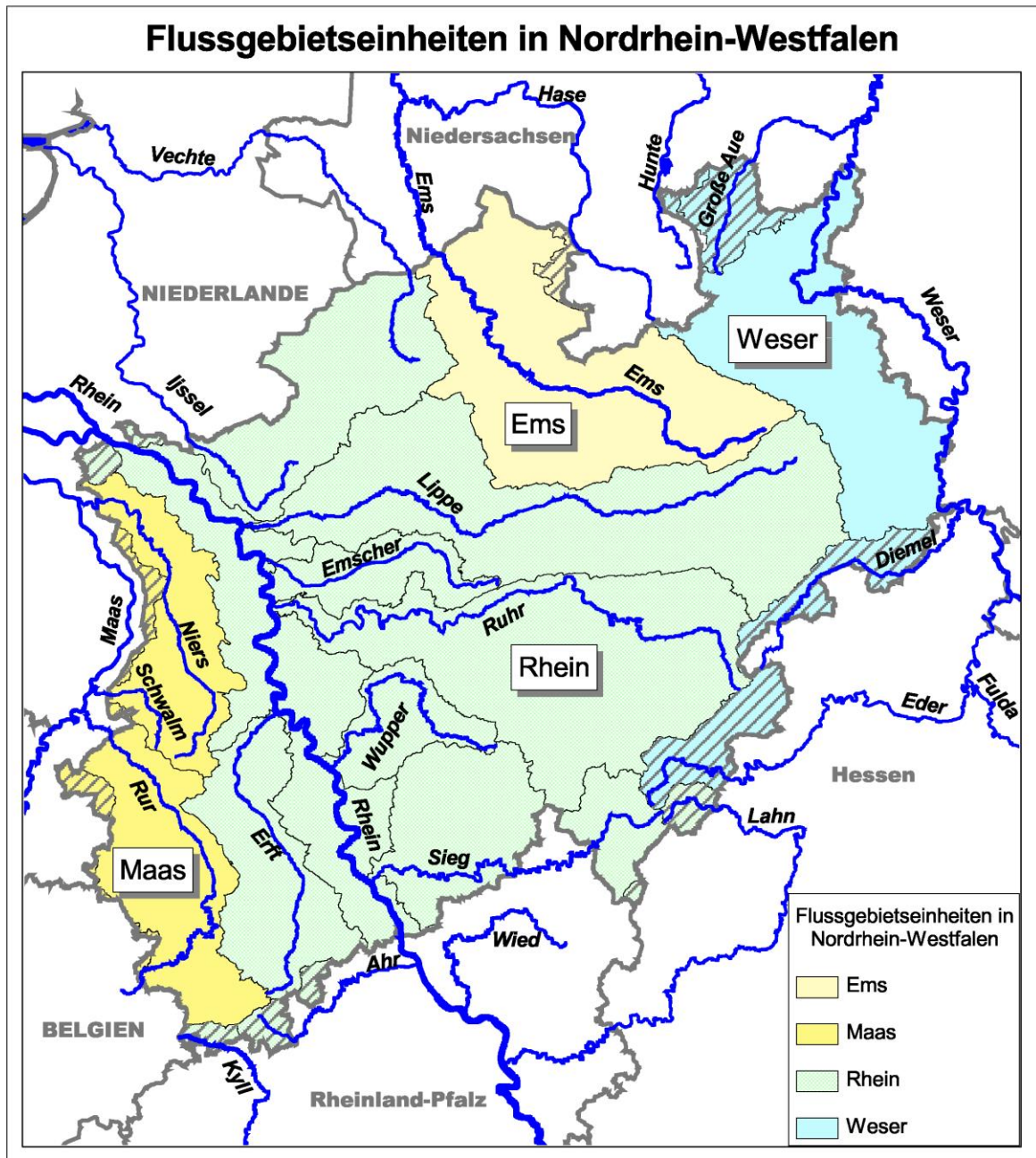


Tabelle 1

Anlage 3 (zu § 31 Absatz 1)

Stoff	Bäche und Flüsse des Mittelgebirges – Typen 5, 5.1, 6, 7, 9, 9.1 nach Anlage 1 der OGewV	Flüsse und Ströme des Mittelgebirges – Typen 9.2, 10 nach Anlage 1 der OGewV	Bäche des Tieflandes – Typen 14, 16, 18 nach Anlage 1 der OGewV	Kleine Flüsse des Tieflandes – Typ 15, 17, Subtyp 21_N nach Anlage 1 der OGewV	Große Flüsse und Ströme des Tieflandes – Typen 15_g, 20 nach Anlage 1 der OGewV	Organische Fließgewässer und Fließgewässer der Niederungen – Typen 11, 12, 19 nach Anlage 1 der OGewV
TOC	Mittelwert 7 mg/ l					Mittelwert 10 mg/l
Pges	Mittelwert 0,1 mg/ l					Mittelwert 0,15 mg/ l
o-PO4-P	Mittelwert 0,07 mg/ l					Mittelwert 0,1 mg/ l
Nitrat	Jahresdurchschnitt 50 mg/l					

Tabelle 2

Stoff
Picolinafen
Propiconazol
Chlortoluron
Terbutylazin
Metazachlor
Metolachlor
Isoproturon
2,4-D
MCPA
Dichlorprop (2,4-DP)
Mecoprop (MCP)
Metribuzin
Chloridazon
Bentazon
Pirimicarb
Epoxiconazol
Bromoxynil
Diflufenican
Chlorpyrifos-ethyl

Anlage 4 (zu § 74 Absatz 1 Satz 1)



Planungseinheiten und Verwaltungsgrenzen in NRW

Kreis / Kreisfreie Stadt	Kürzel	Kreis / Kreisfreie Stadt	Kürzel
Bielefeld	BI	Märkischer Kreis	MK
Bochum	BO	Mettmann	ME
Bonn	BN	Minden-Lübbecke	MI
Borken	BOR	Mönchengladbach	MG
Bothup	BOT	Mülheim a.d. Ruhr	MH
Coesfeld	COE	Münster	MS
Dortmund	DO	Oberbergischer Kreis	GM
Duisburg	DJ	Oberhausen	OB
Düren	DN	Olpe	OE
Düsseldorf	D	Paderborn	PB
Ennepe-Ruhr-Kreis	EN	Recklinghausen	RE
Essen	E	Rheinisch-Kreis	RS
Euskirchen	EU	Rhein-Erft-Kreis	BM
Gelsenkirchen	GE	Rheinisch-Bergischer Kreis	GL
Gütersloh	GT	Rhein-Kreis Neuss	NE
Hagen	HA	Rhein-Sieg-Kreis	SU
Hamm	HAM	Siegen-Wittgenstein	SI
Hansberg	HS	Sauer	SO
Herford	HF	Südrieg	SG
Herm	HER	Südwestfalen	SW
Hochsauerlandkreis	HSK	Starkurt	ST
Höxter	HX	Ulm	UN
Kleve	KLE	Viersen	VIE
König	K	Warendorf	WAF
Krefeld	KR	Wesel	WES
Leverkusen	LEV	Wuppertal	W
Lippe	LIP		

WRRL Planungseinheiten

Verwaltungsgrenzen

- Gemeindegrenzen
- Kreisgrenzen
- Grenzen Regierungsbezirke
- Staats-, Landesgrenze

Artikel 2
Nordrhein-westfälisches Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes –
(Abwasserabgabengesetz Nordrhein-Westfalen – AbwAG NRW)

Teil 1
Abgabepflicht, Umlage der Abgabe

§ 1
Abgabepflicht anderer als der Abwassereinleiter
(zu §§ 8, 9 des Abwasserabgabengesetzes)

(1) Die Gemeinden sind außer für eigene Einleitungen auch an Stelle der Abwassereinleiter abgabepflichtig, die weniger als acht Kubikmeter je Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen oder ähnliches Schmutzwasser einleiten (Kleineinleiter). Sie sind ferner, vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2, für alle Einleitungen von Niederschlagswasser aus öffentlichen Kanalisationen (§ 7 Absatz 1 Satz 1 des Abwasserabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (BGBl. I S. 114) in der jeweils geltenden Fassung abgabepflichtig.

(2) Der Einleiter von Abwasser aus einer Abwasserbehandlungsanlage ist außer für seine Einleitung auch an Stelle Dritter für die Einleitungen von Niederschlagswasser aus einer Kanalisation abgabepflichtig, sofern aus ihr Niederschlagswasser ganz oder teilweise seiner Abwasserbehandlungsanlage zugeführt wird.

§ 2
Umlage der Abgabe durch Gemeinden und Abwasserverbände
(zu § 9 des Abwasserabgabengesetzes)

(1) Die Gemeinden legen

1. die von ihnen für eigene Einleitungen zu entrichtenden,
2. die von ihnen nach § 1 Absatz 1 an Stelle von Abwassereinleitern zu entrichtenden und
3. die nach Absatz 2 von Abwasserverbänden auf sie umgelegten

Abwasserabgaben durch Gebühren nach §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712) in der jeweils geltenden Fassung auf die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der Grundstücke, auf denen das Abwasser anfällt, und auf die Abwassereinleiter um. Die Abwälzung kann im Rahmen der Erhebung von Abwassergebühren erfolgen.

(2) Die Abwasserverbände legen die für die eigenen Einleitungen, für Einleitungen Dritter im Sinne von § 1 Absatz 2 und für Flusskläranlagen zu entrichtenden Abwasserabgaben im Rahmen der Erhebung von Verbandsbeiträgen auf die Mitglieder um, deren Abwasser der Verband ganz oder teilweise behandelt und einleitet.

(3) Bei der Abwälzung und der Umlage nach den Absätzen 1 und 2 ist von Maßstäben auszugehen, die zu der Schädlichkeit des Abwassers nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis stehen.

§ 3**Ausnahmen von der Abgabepflicht, Verrechnung
(zu § 10 des Abwasserabgabengesetzes)**

(1) Der Abgabepflichtige hat im Fall des § 10 Absatz 3 des Abwasserabgabengesetzes den zuständigen Behörden innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt der vorgesehenen Inbetriebnahme der Abwasserbehandlungsanlage anzuzeigen, ob die Anlage in Betrieb genommen wurde. Kann die Anlage zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht in Betrieb genommen werden, ist den zuständigen Behörden der neue Zeitpunkt der vorgesehenen Inbetriebnahme anzuzeigen.

(2) Im Fall des § 10 Absatz 3 des Abwasserabgabengesetzes sind die entstandenen Aufwendungen von den Abgabepflichtigen schriftlich gegenüber der zuständigen Behörde nachzuweisen. Diese kann für die Prüfung des Nachweises die Vorlage von Sachverständigengutachten und Bestätigungen durch einen Wirtschaftsprüfer auf Kosten der Abgabepflichtigen verlangen.

(3) Zum Nachweis der nach § 10 Absatz 3 des Abwasserabgabengesetzes geforderten Minderung der Fracht hat der Abgabepflichtige die zur Nachprüfung erforderlichen Angaben zu machen und die dazugehörigen Unterlagen vorzulegen. Die Angaben müssen mindestens enthalten:

1. eine Beschreibung des zu behandelnden Abwasserstroms und der Frachtverminderung,
2. eine Beschreibung der beabsichtigten Behandlungsmaßnahmen,
3. eine Darstellung über die Auswirkungen auf die Gesamteinleitung, sofern die Minderung der Fracht in einem zu behandelnden Teilstrom erfolgt,
4. eine Darstellung der beabsichtigten Nachweisführung zur Frachtverminderung.

Die Unterlagen sind der zuständigen Behörde sechs Monate vor der Errichtung oder Erweiterung der Anlage vorzulegen, sofern die Minderung der Fracht in einem zu behandelnden Teilstrom erfolgen soll. Die zuständige Behörde kann zum Nachweis der Minderung der Schadstofffracht ein mit ihr abgestimmtes Messprogramm von dem Abgabepflichtigen verlangen, das einen Zeitraum von sechs Monaten vor und nach der Inbetriebnahme der Abwasserbehandlungsanlage umfassen soll.

(4) Zu der insgesamt geschuldeten Abgabe nach § 10 Absatz 3 und 4 des Abwasserabgabengesetzes gehört auch die Abgabe, die für das Einleiten von verschmutztem Niederschlagswasser aus dem der Abwasserbehandlungsanlage zugehörigen Kanalisationsnetz erhoben wird.

(5) Im Fall des § 10 Absatz 4 des Abwasserabgabengesetzes haben die Abgabepflichtigen der zuständigen Behörde die Anzeige gemäß § 57 Absatz 1 des Landeswassergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926) in der jeweils geltenden Fassung vorzulegen, sofern sie für die Errichtung und Erweiterung der Abwasseranlage erforderlich ist. Hinsichtlich der Mitteilung über die Inbetriebnahme der Anlage, des Nachweises der Aufwendungen und der Frachtverminderung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend. Für den Fall, dass das Abwasser einer Abwasserbehandlungsanlage zugeführt wird, die noch nicht den Anforderungen des § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) in der jeweils geltenden Fassung entspricht, hat der Abgabepflichtige die Anpassung dieser Anlage durch eine bestandskräftige, die Anpassung anordnende Entscheidung der zuständigen Behörde nachzuweisen.

(6) Ein Abwasserverband kann nach § 10 Absatz 3 und 4 des Abwasserabgabengesetzes auch Aufwendungen verrechnen, die von einem Mitglied des Abwasserverbandes erbracht worden sind. Die verrechneten Aufwendungen sind dem Mitglied zu erstatten.

(7) Entstehen einer Gemeinde Aufwendungen dadurch, dass das Abwasser aus einer vorhandenen Einleitung der Abwasserbehandlungsanlage einer Nachbargemeinde zugeführt wird, können diese Aufwendungen nach § 10 Absatz 4 des Abwasserabgabengesetzes von der Nachbargemeinde verrechnet werden. Die verrechneten Aufwendungen sind der Gemeinde zu erstatten, bei der diese entstanden sind.

(8) Im Falle des § 59 des Wasserhaushaltsgesetzes darf der Abgabepflichtige unter den Voraussetzungen des § 10 Absatz 3 des Abwasserabgabengesetzes Aufwendungen verrechnen, die der Erzeuger von gewerblichem oder industriellem Abwasser für die Errichtung oder Erweiterung einer Abwasserbehandlungsanlage vor Einleitung in die private Abwasseranlage des Abgabepflichtigen tätigt. Die verrechneten Aufwendungen sind dem Abwassererzeuger vom Abgabepflichtigen zu erstatten.

(9) Aufwendungen einer Gemeinde oder eines Abwasserverbandes für Anlagen zur Behandlung von Niederschlagswasser können auch dann nach § 10 Absatz 3 des Abwasserabgabengesetzes verrechnet werden, wenn die Gemeinde oder der Abwasserverband selbst nicht für die Einleitung des Niederschlagswassers abgabepflichtig ist, sondern eine Nachbargemeinde oder ein Dritter, dem insoweit die Abwasserbeseitigungspflicht durch wasserbehördliche Entscheidung übertragen worden ist. Absatz 7 Satz 2 gilt entsprechend.

(10) Ein gewerbliches Mitglied eines Abwasserverbandes, dem durch wasserbehördliche Entscheidung Abwasserbeseitigungspflichten des Verbandes oder einer Mitgliedsgemeinde zur gemeinsamen oder alleinigen Aufgabenwahrnehmung übertragen worden sind, kann unter den Voraussetzungen des § 10 Absatz 3 und 4 des Abwasserabgabengesetzes die Aufwendungen verrechnen, die dem Abwasserverband oder der Mitgliedsgemeinde entstanden sind. Absatz 8 Satz 2 gilt entsprechend.

Teil 2 Bewertungsgrundlagen

§ 4 Besonderheit bei Nachklärteichen (zu § 3 des Abwasserabgabengesetzes)

Wird ein Gewässer oder ein Gewässerteil als Nachklärteich zur Abwasserbehandlung in Anspruch genommen und ist er der Abwasserbehandlungsanlage klärtechnisch unmittelbar zugeordnet, bleibt auf Antrag des Abgabepflichtigen die Zahl der Schadeinheiten insoweit außer Ansatz, als sie nach dem geschätzten Wirkungsgrad der zur Nachklärung errichteten und betriebenen Einrichtungen vermindert wird. Den Umfang der Verminderung schätzt die zuständige Behörde.

Teil 3 Ermitteln der Schädlichkeit

§ 5 Ermitteln auf Grund des wasserrechtlichen Bescheides (zu §§ 2, 4, 9 des Abwasserabgabengesetzes)

(1) Die zuständige Behörde hat in dem die Abwassereinleitung zulassenden oder sie nachträglich beschränkenden Bescheid zur Ermittlung der Zahl der Schadeinheiten der Schmutzwassereinleitung von Amts wegen festzusetzen

1. die Jahresschmutzwassermenge und
2. die Überwachungswerte (§ 4 Absatz 1 des Abwasserabgabengesetzes).

Sofern Schmutzwasser und Niederschlagswasser vermischt eingeleitet werden, sind die Jahresschmutzwassermenge für das Schmutzwasser und die Überwachungswerte für das Abwasser (§ 2 Absatz 1 des Abwasserabgabengesetzes) festzusetzen. Enthalten bereits erteilte Bescheide die nach den Sätzen 1 und 2 erforderlichen Angaben nicht, sind die Bescheide

nachträglich zu ergänzen. Die festgesetzte Jahresschmutzwassermenge ist mindestens einmal in fünf Jahren zu überprüfen und erforderlichenfalls neu festzusetzen. Der Einleiter hat dazu auf Anforderung die Jahresschmutzwassermenge entsprechend Absatz 2 zu ermitteln und bis zum 1. März des darauf folgenden Jahres der zuständigen Behörde zusammen mit den dabei zugrunde gelegten Messergebnissen und Daten mitzuteilen.

(2) Die Jahresschmutzwassermenge wird aus einzelnen von Niederschlag unbeeinflussten Schmutzwassermengen in kürzeren Zeiträumen hochgerechnet. Dabei sind regelmäßig wiederkehrende Schwankungen des Schmutzwasseranfalls im Verlauf des Jahres oder kürzerer Zeitabschnitte angemessen zu berücksichtigen.

(3) Die Überwachungswerte werden nach Maßgabe der Anlage zu § 3 des Abwasserabgabengesetzes festgesetzt.

(4) Ist die Einhaltung eines Überwachungswertes von einer bestimmten Abwassertemperatur oder einer zeitlichen Begrenzung abhängig, wird dieser Wert der Ermittlung der Schadeinheiten nach § 4 Absatz 1 des Abwasserabgabengesetzes für das gesamte Veranlagungsjahr zugrunde gelegt.

(5) Wird das Wasser eines Gewässers in einer Flusskläranlage gereinigt, kann die zuständige Behörde durch Rechtsverordnung bestimmen, dass die Abgabe für Schmutzwassereinleitungen in dem Bereich, für den die Kläranlage bestimmt ist (Einzugsbereich der Kläranlage), vom Betreiber der Flusskläranlagen zu zahlen ist und nach der Zahl der Schadeinheiten im Gewässer unterhalb der Flusskläranlagen berechnet wird. In der Verordnung sind die Gewässer oder Gewässerabschnitte zu bestimmen, die zum Einzugsbereich der Kläranlage gehören, dabei sind unverschmutzte oder sanierte Gewässer oder Gewässerabschnitte nicht einzubeziehen. Der Einzugsbereich ist der Entwicklung jeweils anzupassen. Die wasserrechtliche oder verbandsaufsichtliche Genehmigung der Flusskläranlagen gilt als Bescheid im Sinne des § 4 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes, wenn in ihr die nach Absatz 1 erforderlichen Angaben enthalten sind. Der für die Flusskläranlagen Abgabepflichtige zahlt auch die Abgabe für das über eine öffentliche Kanalisation im Einzugsgebiet der Flusskläranlagen eingeleitete Niederschlagswasser. Die in § 8 Absatz 2 vorgesehene Freistellung von der Abgabepflicht gilt auch, wenn die entsprechenden Voraussetzungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Flusskläranlagen vorliegen.

(6) Ein Abwassereinleiter, dessen Abwassereinleitung nicht durch einen den Anforderungen des § 4 Absatz 1 des Abwasserabgabengesetzes in Verbindung mit Absatz 1 entsprechenden Bescheid zugelassen ist, hat der zuständigen Behörde unverzüglich die Daten und Unterlagen vorzulegen und die Auskünfte zu erteilen, die zur Ermittlung der nach Absatz 1 in den Bescheid aufzunehmenden Angaben erforderlich sind. Er hat insbesondere die jährlich zum 1. März von ihm für das vorangegangene Jahr entsprechend Absatz 2 ermittelte Jahresschmutzwassermenge und die dabei zugrunde gelegten Messergebnisse und Daten mitzuteilen. Er hat ferner die erforderlichen Ermittlungen zu dulden. § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt entsprechend.

(7) Erklärt ein Abwassereinleiter gemäß § 4 Absatz 5 des Abwasserabgabengesetzes gegenüber der zuständigen Behörde, dass er im Erklärungszeitraum eine geringere als die im Bescheid für einen bestimmten Zeitraum begrenzte Abwassermenge einhalten wird, hat er auch anzugeben, welche Schmutzwassermenge sich für den Erklärungszeitraum daraus ergibt. Treffen diese Angaben und Nachweise nicht zu oder weist die Festsetzungsbehörde nach, dass die vom Abwassereinleiter erklärte Abwassermenge überschritten wurde, ist für den gesamten Erklärungszeitraum die diesem Zeitraum entsprechende Schmutzwassermenge der Festsetzung der Jahresschmutzwassermenge im Bescheid zu entnehmen. Der Abwassereinleiter hat die zur Überprüfung seiner Angaben erforderlichen Ermittlungen zu dulden. § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt entsprechend.

(8) Das Messprogramm und der Nachweis der Einhaltung des Wertes nach § 4 Absatz 5 des Abwasserabgabengesetzes muss gemäß den Festlegungen im Bescheid, im Fall der Erklärung nach § 6 des Abwasserabgabengesetzes gemäß den Bestimmungen des § 7 durchge-

führt werden. Die Proben sind im Erklärungszeitraum einmal in einem Zeitraum von zwei Wochen an unterschiedlichen Tagen zu unterschiedlichen Tageszeiten zu entnehmen. In jedem Zwei-Wochen-Zeitraum muss ein Messergebnis aus dem Messprogramm vorliegen. Der erste Zwei-Wochen-Zeitraum beginnt mit dem ersten Tag des Erklärungszeitraumes. Diese Proben ersetzen die an diesem Tag geforderte Probe für die Selbstüberwachung. Die Ergebnisse der amtlichen Überwachung werden in der zeitlichen Reihenfolge in das Messprogramm eingeordnet. Wird eine geringere Abwassermenge, als im Bescheid festgelegt, erklärt, ist die Abwassermenge kontinuierlich zu messen. Die Messergebnisse sind der zuständigen Behörde spätestens zwei Monate nach Ablauf des Erklärungszeitraumes vorzulegen. Ein nach diesem Absatz durchgeführtes Messprogramm gilt als behördlich zugelassen.

§ 6 Überwachung der Abwassereinleitung (zu §§ 4, 6 des Abwasserabgabengesetzes)

Die Überwachung nach § 4 Absatz 4 und 5 und nach § 6 Absatz 1 und 2 des Abwasserabgabengesetzes obliegt der für die Überwachung der Abwassereinleitung zuständigen Behörde. § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt zum Zwecke der Überwachung entsprechend.

§ 7 Ermitteln in sonstigen Fällen (zu § 6 des Abwasserabgabengesetzes)

(1) Im Fall der Erklärung nach § 6 des Abwasserabgabengesetzes sind die Überwachungswerte nach den Einheiten für die Konzentration gemäß der Anlage zu § 3 des Abwasserabgabengesetzes, der Verdünnungsfaktor für die Giftigkeit gegenüber Fischeiern in ganzen Zahlen anzugeben. Die Einhaltung der erklärten Überwachungswerte wird nach den auf der Grundlage des § 57 des Wasserhaushaltsgesetzes getroffenen Regelungen mit qualifizierter Stichprobe überprüft.

(2) Die Schätzung der Überwachungswerte und der Jahresschmutzwassermenge nach § 6 Absatz 1 Satz 3 und 4 des Abwasserabgabengesetzes erfolgt durch die zuständige Behörde. § 101 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt zum Zwecke der Schätzung entsprechend.

§ 8 Abgabefreiheit bei Kleininleitungen und bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser (zu §§ 7, 8 des Abwasserabgabengesetzes)

(1) Bei der Berechnung der Zahl der Schadeinheiten für Kleininleitungen nach § 8 des Abwasserabgabengesetzes bleiben die Einwohner unberücksichtigt, deren gesamtes Schmutzwasser im Rahmen landbaulicher Bodenbehandlung auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden aufgebracht wird oder deren gesamtes Schmutzwasser in einer den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechenden Abwasserbehandlungsanlage behandelt wird, sofern die Gemeinde ihrer Verpflichtung zum Einsammeln, Abfahren und Aufbereiten des in der Anlage anfallenden Schlammes gemäß § 46 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 des Landeswassergesetzes nachkommt oder sofern die Abwasserbeseitigungspflicht insoweit gemäß § 49 Absatz 5 Satz 2 des Landeswassergesetzes übertragen worden ist.

(2) Die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 7 des Abwasserabgabengesetzes) bleibt auf Antrag abgabefrei, wenn

1. die Anlagen zur Beseitigung des Niederschlagswassers und deren Betrieb den Voraussetzungen des § 57 Absatz 1 Nummer 3 und des § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes entsprechen; solange und soweit die Bundesregierung von der Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung gemäß § 23 Absatz 1 Nummer 5 des Wasserhaushaltsgesetzes keinen Gebrauch gemacht hat, müssen die Anlagen den nach Maßgabe des Landeswassergesetzes eingeführten Regeln der Technik für die Trenn- und Mischkanalisation entsprechen,
2. die Einleitung des mit Niederschlagswasser vermischten Abwassers hinsichtlich der in der Anlage zu § 3 des Abwasserabgabengesetzes genannten Parameter den Mindestanforderungen nach § 57 Absatz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes entsprechen und
3. eine Selbstüberwachung nach Maßgabe der §§ 2, 3, 5 Absatz 1, § 6 Satz 2 der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser vom 17. Oktober 2013 (GV. NRW. S. 602) in der jeweils geltenden Fassung erfolgt.

Enthält bei Satz 1 Nummer 2 die Erlaubnis oder die Erklärung nach § 6 Absatz 1 des Abwasserabgabengesetzes für die Einleitung schärfere Anforderungen, müssen auch diese eingehalten sein. Im Einzugsgebiet einer Flusskläranlage sind bei gewerblichen Einleitungen von Niederschlagswasser die Mindestanforderungen für die Stoffe, die nicht in der Flusskläranlage nach dem Stand der Technik gemäß § 57 Absatz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes behandelt werden, an der Einleitung in das Gewässer einzuhalten. Der Antrag nach Satz 1 ist bis spätestens drei Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraums (Ausschlussfrist) zu stellen. Die Nachweisunterlagen zur Begründung des fristgemäß gestellten Antrags sind spätestens sechs Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraums beizubringen; die zuständige Behörde kann die Frist verlängern.

(3) Werden Anlagen zur Behandlung von Niederschlagswasser errichtet oder erweitert, so können die für die Errichtung oder Erweiterung entstandenen Aufwendungen mit der für die in den drei Jahren vor der vorgesehenen Inbetriebnahme der Anlage für das Einleiten von Niederschlagswasser aus dem Kanalisationsnetz geschuldeten Abgabe verrechnet werden. Die § 3 Absatz 1 und 2, § 10 Absatz 3 Satz 3, 4 Halbsatz 1 und Satz 5 des Abwasserabgabengesetzes gelten entsprechend. Bei Anschlüssen nach § 10 Absatz 4 des Abwasserabgabengesetzes gilt Absatz 3 Satz 1 entsprechend.

(4) Bei der Festsetzung der Abwasserabgabe nach den Absätzen 1 und 2 ist von den Verhältnissen am 31. Dezember des Kalenderjahres auszugehen.

§ 9

Abzug der Vorbelastung (zu § 4 des Abwasserabgabengesetzes)

Die Schätzung der Vorbelastung nach § 4 Absatz 3 Satz 1 des Abwasserabgabengesetzes erfolgt durch die zuständige Behörde. Die Vorbelastung ist für die Zeit nach der Antragstellung (§ 4 Absatz 3 Satz 1 des Abwasserabgabengesetzes) zu berücksichtigen.

Teil 4 **Festsetzen und Erheben der Abgabe**

§ 10 **Abgabeerklärung** **(zu § 11 des Abwasserabgabengesetzes)**

Wird die Abgabe nicht auf Grund des die Abwassereinleitung zulassenden Bescheids oder auf Grund der Genehmigung einer Flusskläranlage ermittelt, hat der Abgabepflichtige unbeschadet seiner Verpflichtung nach § 6 Absatz 1 des Abwasserabgabengesetzes die für die Ermittlung oder Schätzung der Abgabe notwendigen Daten und Unterlagen der zuständigen Behörde unaufgefordert spätestens drei Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraums vorzulegen (Abgabeerklärung). Ist der Abgabepflichtige nicht selbst Abwassereinleiter, hat ihm dieser die notwendigen Daten und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die zuständige Behörde kann die Frist zur Abgabeerklärung längstens um ein halbes Jahr verlängern. Ist nach dem Abwasserabgabengesetz oder diesem Gesetz eine Schätzung oder eine Entscheidung über eine Abgabebefreiung oder die Ermäßigung des Abgabesatzes vorgesehen, haben die Abgabepflichtigen die hierfür erforderlichen Angaben zu machen.

§ 11 **Festsetzen der Abgabe**

- (1) Die Abgabe wird von der zuständigen Behörde jährlich festgesetzt. Der Festsetzungsbescheid bedarf der Schriftform.
- (2) Die Festsetzungsfrist beträgt zwei Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraums. Im Fall der Abgabeerklärung beginnt die Festsetzungsfrist mit der Vorlage der notwendigen Daten und Unterlagen, im Fall der endgültigen Abrechnung nach § 10 Absatz 3 des Abwasserabgabengesetzes nach Ablauf des Jahres, in dem die errichtete oder erweiterte Abwasserbehandlungsanlage in Betrieb genommen worden ist.
- (3) Die Festsetzungsfrist beträgt zehn Jahre, soweit eine Abgabe hinterzogen oder leichtfertig verkürzt worden ist.

§ 12 **Fälligkeit, Verjährung**

- (1) Die Abgabe ist innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des Festsetzungsbescheides zu entrichten.
- (2) Der Anspruch auf Zahlung der Abgabe und der Anspruch auf Erstattung überzahlter Beträge sowie Rückzahlungen nach den § 10 Absatz 3 und 4 des Abwasserabgabengesetzes verjähren in fünf Jahren. Die Verjährung des Anspruchs auf Zahlung der Abgabe beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Abgabe fällig geworden ist, und die Verjährung des Anspruchs auf Erstattung in dem Jahr, in dem der Erstattungsanspruch entstanden ist.

§ 13 **Einziehen der Abgabe, Stundung, Erlass, Niederschlagung**

- (1) Die Abgabe wird von der zuständigen Behörde eingezogen.

(2) Die zuständige Behörde kann die Abgabe ganz oder teilweise stunden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Abgabeschuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.

(3) Die zuständige Behörde kann die Abgabe ganz oder teilweise erlassen, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falls unbillig wäre; unter den gleichen Voraussetzungen können bereits entrichtete Beträge erstattet oder angerechnet werden.

(4) Die zuständige Behörde kann die Abgabe niederschlagen, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird, oder wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs stehen.

Teil 5 **Verwenden der Abgabe, Ordnungswidrigkeiten**

§ 14 **Zweckbindung** **(zu § 13 des Abwasserabgabengesetzes)**

(1) Die Einnahmen aus der Abgabe werden nach Abzug des Aufwands gemäß § 15 entsprechend der Zweckbindung in § 13 des Abwasserabgabengesetzes verwendet.

(2) Der gleichen Zweckbindung unterliegen Rückflüsse aus Zuwendungen, die aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe gewährt wurden.

§ 15 **Verwaltungsaufwand** **(zu § 13 des Abwasserabgabengesetzes)**

Der für Festsetzen und Erheben der Abgabe entstehende Aufwand wird ganz, der bei der Überwachung gemäß § 4 Absatz 4 und 5 und § 6 des Abwasserabgabengesetzes und § 6 entstehende Aufwand wird zu einem Drittel aus dem Aufkommen gedeckt.

§ 16 **Mittelvergabe** **(zu § 13 des Abwasserabgabengesetzes)**

(1) Aus dem Abgabeaufkommen sind Maßnahmen, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen, zu fördern unter Berücksichtigung

1. örtlicher und regionaler Schwerpunkte für die Sanierung von Gewässern und
2. sektoraler Schwerpunkte der Gewässerverschmutzung durch besonders schädliche Faktoren.

Zu den förderfähigen Maßnahmen nach § 13 des Abwasserabgabengesetzes zählen insbesondere die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach den §§ 27 und 47 des Wasserhaushaltsgesetzes erforderlichen Vorhaben. Dabei sind die in Maßnahmenprogrammen vorgesehenen Maßnahmen vorrangig zu berücksichtigen.

(2) Die zuständige Behörde fördert die einzelnen Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit nach Weisung der obersten Wasserbehörde.

§ 17

Entsprechende Anwendung anderer Vorschriften

Bei Vollzug dieses Gesetzes sind folgende Vorschriften in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden:

1. aus der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61) die Bestimmungen über
 - a) die steuerlichen Begriffsbestimmungen (§ 3 Absatz 3),
 - b) den Steuerpflichtigen (§§ 32, 34 und 35),
 - c) das Steuerschuldverhältnis (§§ 42, 44, 45 und 48),
 - d) die Haftung (§§ 69 bis 71, 73 bis 75 und 77),
 - e) Fristen, Termine, Wiedereinsetzung und Amtshilfe (§§ 108 bis 117),
 - f) über die Verwaltungsakte (§§ 118 bis 132),
 - g) Form, Inhalt und Berichtigung von Steuererklärungen (§ 150 Absatz 1, § 153 Absatz 1),
 - h) über die Festsetzungsverjährung (§ 171 Absatz 1 bis 3a, 12 und 13),
 - i) Leistungsort, Tag der Zahlung (§ 224 Absatz 1 und 2), Aufrechnung (§ 226), Zahlungsverjährung (§§ 230 und 231), Verzinsung (§§ 233, 234 bis 236, 237 Absatz 1, 2 und 4, §§ 238 und 239), Säumniszuschläge (§ 240);
2. aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Bestimmungen über die Art der Sicherheitsleistung (§§ 232, 234 bis 240).

§ 18

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt unbeschadet des § 15 des Abwasserabgabengesetzes, wer
 1. vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Absatz 1 und 5 der Anzeigepflicht über die Inbetriebnahme einer Abwasserbehandlungsanlage nicht nachkommt,
 2. vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 10 Satz 1 seine Abgabeerklärung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder
 3. wider besseres Wissen unrichtige Angaben macht oder unrichtige Pläne oder Unterlagen vorlegt, um einen nach diesem Gesetz vorgesehene Festsetzung zu verhindern.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Euro geahndet werden.

§ 19

Inkrafttreten, Berichtspflicht

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Die Landesregierung erstattet dem Landtag innerhalb von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Bericht über die Auswirkungen des Gesetzes.

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

Gesetzentwurf der Landesregierung

Auszug aus den geltenden Gesetzesbestimmungen

Artikel 3 Änderung des Aggerverbandsgesetzes

Gesetz über den Aggerverband (Aggerverbandsgesetz - AggerVG -)

Das Aggerverbandsgesetz vom 15. Dezember 1992 (GV. NRW. 1993 S. 20), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

...

a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil: Finanzplanung,
Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil: Haushaltsplan,
Finanzplan,
Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge**

b) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:

„§ 22 (weggefallen)“

§ 22 Haushaltsplan, Finanzplan

c) Die Angabe zu § 22 a wird wie folgt gefasst:

„§ 22a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“

§ 22 a Wirtschaftsplan

d) Die Angabe zu § 24 wird wie folgt gefasst:

„§ 24 Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“

§ 24 Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung

e) Die Angabe zum Zehnten Teil wird wie folgt gefasst:

„Zehnter Teil: Auflösung, Übergangsvorschrift, Inkrafttreten“

Zehnter Teil: Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift, Inkrafttreten

- f) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst:

„§ 39 (weggefallen)“

§ 39 Freiheit von Gebühren

- g) Die Angabe zu § 42 wird wie folgt gefasst:

„§ 42 Inkrafttreten“

§ 42 Inkrafttreten, Berichtspflicht

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

§ 1

Rechtsform, Name, Sitz

(1) Der im Verbandsgebiet (§ 5) tätige Wasser- und Bodenverband mit dem Namen „Aggerverband“ wird durch dieses Gesetz in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit gleichem Namen umgebildet. Der Aggerverband ist keine Gebietskörperschaft. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder.

(2) Der Sitz des Verbandes im Verbandsgebiet wird durch die Satzung bestimmt.

„(3) Der Verband ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

3. Dem § 2 Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

§ 2

Aufgaben des Verbandes

(1) Der Verband hat im Verbandsgebiet folgende Aufgaben:

1. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
2. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
3. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
4. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;

5. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Trink- und Betriebswasserversorgung sowie zur Ausnutzung der Wasserkraft;
6. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
7. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
8. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
9. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben erfordern.

(2) Auf Beschluß der Verbandsversammlung kann der Verband im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Verbandsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband Aufgaben gemäß Absatz 1 Nrn. 6 und 7 außerhalb des Verbandsgebietes wahrnehmen oder Abwasser zur Behandlung in verbandseigene Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Verbandsgebietes durchführen. Satz 1 gilt sinngemäß für die Aufgaben nach Absatz 1 Nummern 1 bis 3 und 5, soweit sie in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden. Der Beschluß der Verbandsversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

(3) Aufgaben, die nach Absatz 1 dem Verband zugewiesen sind, haben die bisher dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis der Verband sie übernimmt.

(4) Der Verband kann auf Beschluß der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihm nach Gesetz und Satzung

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Verbandsrat über die Auftragsübernahme. Der Verbandsversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Energieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Verband stellt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahresübersichten). Satz 1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133).“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenskollision führt.

§ 3

**Unternehmen des Verbandes,
Übersichten**

(1) Unternehmen des Verbandes sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten.

(2) Der Verband stellt unbeschadet des Absatzes 3 über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfjahresübersichten).

(3) Der Verband legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorge-

sehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können. Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann dem Verband für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) der Verband die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

§ 4

Übernahme von Aufgaben

(1) Der Verband kann Aufgaben nach § 2 Abs. 1, die einer Gebietskörperschaft, einem Wasser- und Bodenverband oder einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem betroffenen Verband auf Beschluß der Verbandsversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde des Aggerverbandes. Kommt das Einvernehmen mit einem Wasser- und Bodenverband nicht zustande, entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde des Aggerverbandes. Liegt die Übernahme der Aufgabe durch den Aggerverband im öffentlichen Interesse, kann die Aufsichtsbehörde des Aggerverbandes die Übernahme gegenüber dem betroffenen Wasser- und Bodenverband anordnen.

(2) Für die Übertragung von Aufgaben des Aggerverbandes auf eine Gebietskörperschaft, einen Wasser- und Bodenverband oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet gilt Absatz 1 entsprechend.

5. In § 4 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 1 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.

(4) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch den Verband und die in Absatz 1 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.

6. § 11 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

§ 11 Satzung

(1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse des Verbandes, soweit sie sich nicht bereits aus diesem Gesetz ergeben.

(2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Verbandsversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

(3) Die Satzung bestimmt insbesondere:

1. den Sitz des Verbandes (§ 1 Abs. 2),
 2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 6 Abs. 2),
 3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Mitglieder (§ 6 Abs. 3),
 4. die Beitragseinheit, die zur Entsendung einer Delegierten oder eines Delegierten berechtigt (§ 12 Abs. 2),
 5. das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen (§ 12 Abs. 3),
 6. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder Überschreiten die Zustimmung des Verbandsrates einzuholen ist (§ 17 Abs. 5 Nr. 12),
 7. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 24 Abs. 2),
 8. die Formen der Bekanntmachungen (§ 33).
- a) In Nummer 7 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.
- b) In Nummer 8 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 9 wird angefügt:

„9. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhaften Mitglied für die nach § 4 Absatz 1 übernommenen Aufgaben.“

(4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten des Verbandes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.

(5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluß der Verbandsversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

§ 12

Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Delegierten der Mitglieder gemäß Absatz 2 und 3 und einer oder eines Delegierten gemäß Absatz 4. Die Gesamtzahl der Delegierten wird durch die Satzung bestimmt.

(2) Jede in der Satzung festzusetzende Einheit an Jahresbeiträgen (Beitragseinheit) berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Mitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie es aufgrund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Kein Mitglied darf mehr als zwei Fünftel aller Delegierten stellen. Die nach Satz 3 über zwei Fünftel aller Beitragseinheiten hinausgehenden Beiträge eines Mitgliedes berechtigen

7. In § 12 Absatz 2 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.

nicht zur Entsendung von Delegierten oder zur Bildung von und zum Eintritt in Stimmgruppen (Absatz 3). Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Mitgliedes ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letzten drei Jahren vor der Neubildung der Verbandsversammlung zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung der Verbandsversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Mitglieder noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.

(3) Mit den Jahresbeiträgen, die eine volle Beitragseinheit nicht erreichen oder darüber hinausgehen (Beitragsteileinheiten), können sich die Mitglieder zu Stimmgruppen zusammenschließen. Jede Stimmgruppe hat so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie sie mit den zusammengelegten Beiträgen oder Beitragsteilen volle Beitragseinheiten auf sich vereinigt. Jedes Mitglied kann sich nur an einer Stimmgruppe beteiligen. Jede Stimmgruppe wählt ihre Delegierten und entsendet sie in die Verbandsversammlung. Das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen und die Wahl ihrer Delegierten regelt die Satzung.

(4) Der Verbandsversammlung gehört ferner eine Delegierte oder ein Delegierter an, die oder der gewähltes Mitglied der Landwirtschaftskammer ist und von dieser entsandt wird. Die oder der Delegierte hat in der Verbandsversammlung eine Stimme.

8. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Mitglied“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Mitgliedes nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.

- b) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Zur Angleichung der verbandlichen Wahlperiode an die der Kommunen und Kreise wird für die Verbandsversammlung die Amtszeit der Delegierten im Jahr 2018 einmalig bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.“

§ 13

Delegierte in der Verbandsversammlung

(1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 12 Abs. 2 und 3 kann nur sein, wer selbst Mitglied des Verbandes ist, wer bei dem Mitglied beruflich tätig ist, wer bei juristischen Personen vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Mitgliedes angehört.

(2) Ein Mitglied darf nicht durch eine Delegierte oder einen Delegierten vertreten werden, die oder der in einem Dienstverhältnis zu einem anderen Mitglied steht. Dies gilt nicht für Delegierte gemäß § 12 Abs. 3.

(3) Die oder der Delegierte gemäß § 12 Abs. 4 darf nicht Mitglied oder Pächter eines Mitgliedes sein.

(4) Die Delegierten werden für fünf Jahre in die Verbandsversammlung entsandt. In den letztendrei Monaten vor Beendigung der Amtszeit sind die Delegierten für die nächste Amtszeit zu benennen. Wiederwahl und Wiederberufung sind zulässig.

(5) Von einer Gebietskörperschaft dürfen nicht mehr Vertreterinnen oder Vertreter der Verwaltung als Mitglied der Vertretung der Gebietskörperschaft entsandt werden. Mindestens die Hälfte aller Delegierten der Kreise, Städte und Gemeinden muß einer Vertretung der Gebietskörperschaften angehören. Dies gilt auch für die Bildung von Stimmgruppen nach § 12 Abs. 3.

(6) Das Amt als Delegierte oder Delegierter erlischt vorzeitig durch Abwahl oder Abberufung, durch Ungültigkeit der Wahl aufgrund einer Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren, durch Niederlegung des Amtes, Wegfall der

- c) Nach Absatz 7 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Angleichung an Absatz 4 Satz 4 wird die Frist für die Aufstellung der Mitgliederliste nach Satz 1 im Jahr 2018 einmalig um zwei Jahre verlängert.“

9. § 14 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 22a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“

- b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung oder“ gestrichen.

für die Entsendung jeweils maßgebenden Voraussetzungen, Wahl zum Mitglied des Verbandsrates, Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit, Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder Tod. Scheidet eine Delegierte oder ein Delegierter vorzeitig aus, ist eine Ersatzwahl oder Ersatzberufung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

(7) Der Vorstand hat alle fünf Jahre eine neue Liste aufzustellen, in der die Mitglieder, ihre zu berücksichtigenden Jahresbeiträge, die zugehörigen Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten aufzuführen sind. Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind Auszüge der Liste den Mitgliedern mit der Aufforderung bekanntzugeben, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Delegierten gegenüber der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates für eine neue Amtsperiode zu benennen. Auf die Möglichkeit, sich zu Stimmgruppen zusammenschließen und deren Delegierte zu benennen, ist hinzuweisen. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 14

Aufgaben der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsregeln. Sie wählt die Mitglieder des Verbandsrates.

(2) Ferner bleiben der Verbandsversammlung unbeschadet weitergehender Satzungsregelungen vorbehalten:

1. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
2. die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,
3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung des Finanzplans (§ 22) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,
4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und die Wahl der Rechnungsprüferinnen oder der Rechnungsprüfer,

- c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:
„7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“
5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,
 6. die Abnahme der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,
 7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
 8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs. 2, § 4),
 9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten,
 10. die Wahl der Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter (§ 29 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2).

(3) Die Verbandsversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 20 Abs. 3.

§ 15

Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlußfassung

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates lädt die Delegierten (§ 12 Abs. 1) unter Angabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen und unterrichtet die Mitglieder des Verbandsrates, den Vorstand und die Abteilungsleiterinnen und -leiter.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates

- a) vom Vorstand oder
- b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates leitet die Sitzungen der Verbandsversammlung. Die weiteren Mitglieder des Verbandsrates, der Vorstand und die Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter sollen an den Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Verbandsrates, der Vorstand und die Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter sind nicht stimmberechtigt.

- (4) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen sind und mindestens die Hälfte aller Delegierten anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Verbandsversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.
- (5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.
- (6) Die Verbandsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmhaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.
- (7) Über die Sitzungen der Verbandsversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen. Die Niederschriften sind von der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates und von einer oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.
- (8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der im Verbandsgebiet zuständigen Bezirksregierung kann mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen.
- (9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.
- (10) Die Mitglieder, die ausschließlich durch Delegierte nach § 12 Abs. 3 vertreten werden,
10. In § 15 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

können als Zuhörer an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern bekanntzumachen.

§ 16

Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern, die von der Verbandsversammlung gewählt werden. Zunächst entfallen auf die

1. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 (kreisfreie Städte, kreisangehörige 2 Mitglieder, Städte und Gemeinden) der,
2. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 (Kreise) 1 Mitglied,
3. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 (Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung) 1 Mitglied,
4. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 (gewerbliche Unternehmen, Grundstücke, Verkehrsanlagen und sonstige Anlagen) 1 Mitglied,
5. Vertreterinnen oder Vertreter der Arbeitnehmer des Verbandes 5 Mitglieder.

Die verbleibenden fünf Sitze im Verbandsrat verteilen sich nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren auf die Mitgliedergruppen gemäß Satz 2 Nrn. 1 bis 4. Für die Vertreterinnen oder Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden gilt § 13 Abs. 5 Satz 2 entsprechend. Grundlage ist das Beitragsverhältnis, das sich für diese Mitgliedergruppen aus den durchschnittlichen Beitragsleistungen der letzten drei Jahre vor Bildung des Verbandsrates ergibt; § 12 Abs. 2 Sätze 3, 4 und 7 gelten entsprechend.

(2) Die Mitglieder des Verbandsrates nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 5 werden von der Verbandsversammlung aus je einem Vorschlag des Personalrates des Verbandes gemäß Satz 2 Nrn. 1 und 2 gewählt. Die Vorschläge müssen mindestens die doppelte Anzahl der zu wählenden Mitglieder des Verbandsrates enthalten, und zwar für:

1. drei Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verband stehen;
2. zwei weitere Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die nicht Beschäftigte des Verbandes sind. Diesem Wahlgang des Personalrates werden Vorschläge der im Verband vertretenen Gewerkschaften zugrundegelegt.

Die Wahl ist eine Personenwahl. Das Nähere regelt die Satzung.

(3) Mitglied des Verbandsrates kann nicht sein, wer Delegierte oder Delegierter in der Verbandsversammlung ist. Im übrigen gilt § 13 Abs. 1 und 2 entsprechend.

(4) In der Satzung kann bestimmt werden, daß für jedes Mitglied des Verbandsrates in gleicher Weise ein stellvertretendes Mitglied des Verbandsrates gewählt wird.

(5) Der Verbandsrat wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 oder 4 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 zu stellen. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 oder 4 zu stellen. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder des Verbandsrates auf sich vereinigt. Kommt eine Wahl hiernach nicht zustande, ist gewählt, wer in einem zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

11. Dem § 16 Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

„In Anpassung an die in § 13 Absatz 4 Satz 4 getroffene Regelung findet die Wahl des Verbandsrates anstatt im Jahr 2018 im Jahr 2020 statt.“

(6) Die Amtszeit des Verbandsrates beträgt fünf Jahre. Die Mitglieder führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Verbandsrat gewählt ist. Wiederwahl ist zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(7) Die Verbandsversammlung kann Mitglieder des Verbandsrates und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter wegen grober Verletzung der ihnen dem Verband gegenüber obliegenden Pflichten abwählen. Der Beschluß bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln aller Delegierten. In derselben Sitzung ist eine Ersatzwahl für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

§ 17

Aufgaben des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Verbandsrat wählt den Vorstand. Er bestimmt die oder den insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten des Verbandes zuständige Abteilungsleiterin oder zuständigen Abteilungsleiter, die oder der nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter bestellt werden darf.

(3) Für die Abberufung des Vorstandes aus einem wichtigen Grund ist § 18 Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung der Abteilungsleiterin oder des Abteilungsleiters aus der ihr oder ihm gemäß Absatz 2 Satz 2 übertragenen Funktion ist nur mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

(4) Der Verbandsrat beschließt über:

1. seine Geschäftsordnung,
2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,

3. den Abschluß eines Dienstvertrages mit dem Vorstand,
 4. die Geschäftsordnung für die Verbandsverwaltung,
 5. die übrigen Zuständigkeiten der oder des gemäß Absatz 2 Satz 2 bestimmten Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiters innerhalb der Verbandsverwaltung und ihre oder seine Stellung gegenüber dem Vorstand in personellen und sozialen Angelegenheiten,
 6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 23 Abs. 2) oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.
12. § 17 Absatz 5 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und Entwurf des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“
 - b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:
„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“
 - c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.
- (5) Der Zustimmung des Verbandsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:
 1. Entwürfe der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
 2. Bau- und Maßnahmepläne für die Verbandsunternehmen,
 3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Mitglieder und von Dritten sowie die Festsetzung des Geldausgleichs (§ 7 Abs. 5, § 8 Abs. 2),
 4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 9),
 5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
 6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung von Bürgschaften und über Gewährverträge, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,
 7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,
 8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,
 9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,

- d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:
„13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 22a).“
10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 32),
 11. Bestellung einer Abteilungsleiterin oder eines Abteilungsleiters zur ständigen Vertreterin oder zum ständigen Vertreter des Vorstandes,
 12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,
 13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 22) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 22a).

§ 19 Vorstand

- (1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.
 - (2) Wer zum Vorstand gewählt wird, muß die für sein Amt erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre. Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.
 - (3) Für die Abteilungsleiterin oder den Abteilungsleiter gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 gilt Absatz 2 sinngemäß.
13. Dem § 19 wird folgender Absatz 4 angefügt:
- „(4) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

**§ 20
Aufgaben des Vorstandes**

(1) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht aufgrund dieses Gesetzes oder der Satzung der Verbandsversammlung, dem Verbandsrat, der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates oder dem Widerspruchsausschuß obliegen. Er bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen nichts anderes ergibt. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter der Beschäftigten des Verbandes und Leiter der Verbandsverwaltung.

(2) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Verbandsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

14. In § 20 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 4 Satz 4“ eingefügt.

(3) Der Vorstand kann Beschlüsse des Verbandsrates zu § 17 Abs. 4 und 5, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Verbandsversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Verbandsversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit zu entscheiden.

15. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan,
Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge**

16. § 22 wird aufgehoben.

**§ 22
Haushaltsplan, Finanzplan**

(1) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haus-

haltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und Einzelplänen. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung des Verbandes im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis für Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(5) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Haushaltsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(6) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

17. § 22 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 22a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Der Verband wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen Rechnungswesens. Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 erste Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1, die §§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

**§ 22 a
Wirtschaftsplan**

(1) Der Verband kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 22 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluß

sind §§ 19, 21, 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(4) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(6) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder

2. höhere Kredite erforderlich werden,

2. höhere Kredite erforderlich werden oder

3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,

3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder

4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder

5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(9) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der

Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636) geändert worden ist.“

18. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 24
Rücklagen, Rechnungs- und
Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“**

b) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushaltswirtschaft oder“ und „Vermögenshaushalts oder“ gestrichen.

c) In Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

**§ 24
Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen;
Wirtschaftsführung**

(1) Der Verband soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft oder Wirtschaftsführung und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge (§ 27 Abs. 5 Satz 2) Rücklagen in angemessener Höhe bilden.

(2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung und zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

19. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

**§ 25
Beiträge**

(1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

(2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die nach Maßgabe der Satzung fällig werden. Der Verband ermittelt spätestens ab dem 1. Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt

b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.

c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.

der aus Zuschüssen Dritter aufgebrauchte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Der Verband kann eine Eigenfinanzierung auch mittels angemessener Direktfinanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.

(3) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes auferlegt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied des Verbandes. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und dem Verband eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.

(4) Ein ausgeschiedenes Mitglied bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; es kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Mitglied wegen der Aufwendungen des Verbandes herangezogen werden, die durch das ausscheidende Mitglied verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Mitgliedes an dem Verband. Geleistete Beiträge werden dem ausscheidenden Mitglied nicht erstattet oder ausgeglichen.

20. § 27 wird wie folgt geändert:

§ 27 Veranlagung

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Aufgrund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- oder Wirtschaftsplanes berechnet der Vorstand nach den Veranlagungsregeln die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt unverzüglich jedem Mitglied seinen Beitrag für die jeweilige Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.

(2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen Unterlagen

unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neues Mitglied ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsregeln zu unterrichten.

(3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Widerspruchsausschuß vor.

(4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten des Verbandes erforderlich ist, kann der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.

(5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Mitgliedes des Verbandes gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Mitgliedern derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen, soweit sich aus den Veranlagungsregeln nichts anderes ergibt. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Mitgliedern des Verbandes zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage (§ 24 Abs. 1) beschlossen wird.

b) In Absatz 6 Satz 1 wird das Wort „Haushaltsjahres“ durch das Wort „Wirtschaftsjahres“ ersetzt und werden die Wörter „eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder“ gestrichen.

(6) Werden im Laufe eines Haushaltsjahres Ausgaben erforderlich, die nur aufgrund eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder einer Änderung des Wirtschaftsplanes geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstellung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

(7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des

§ 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

§ 28

Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung

(1) Die Beitragspflichten aufgrund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie ruhen auf den Grundstücken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Mitglied an dem Verband teilnimmt.

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Rechtsverordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter oder denjenigen anderen Nutzungsberechtigten der zum Verband gehörenden Grundstücke und Anlagen gerichtet werden, der sein Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in einer Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist. Die Frist für das Rechtsmittel nach § 27 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

21. In § 28 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

§ 29 Widerspruchsausschuß

22. § 29 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Landesbeamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

(1) Der Widerspruchsausschuß besteht aus

1. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zur oder zum Vorsitzenden zu berufenden Landesbeamtin oder Landesbeamten, die oder der die Befähigung zum Richteramt besitzt,
2. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden höheren technischen Beamtin oder Beamten der staatlichen Umweltverwaltung,
3. fünf weiteren, von der Versammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 und 2 müssen vorliegen. Die Mitglieder nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 müssen mindestens durch je ein Mitglied vertreten sein.

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses dürfen nicht dem Verbandsrat angehören.

(2) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter berufen oder gewählt.

(3) Die Amtszeit des Widerspruchsausschusses beträgt fünf Jahre. Wiederberufung und Wiederwahl sind zulässig. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Widerspruchsausschuß gebildet ist. Scheidet ein Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 2 aus seinem Hauptamt aus, ist seine Abberufung zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Der Widerspruchsausschuß regelt sein Verfahren in einer Verfahrensordnung.

§ 34 Aufsicht

23. In § 34 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.

(1) Der Verband steht unter der Aufsicht des Staates. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium).

(2) Die Aufsicht stellt sicher, daß der Verband die ihm obliegenden Aufgaben und Pflichten nach geltendem Recht und im Einklang mit den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes erfüllt.

§ 36 Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

24. In § 36 Absatz 2 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Erfüllt der Verband die ihm nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß er innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten des Verbandes selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Verbandsorgane.

(2) Kommt der Verband einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert er es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.

(3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Verbandsversammlung oder der Verbandsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.

(4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen des Verbandes, die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten des Verbandes zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die aufgrund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

25. § 38 wird wie folgt geändert:

**§ 38
Genehmigung von Geschäften**

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Der Verband bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

1. für Geschäfte im Sinne von § 17 Abs. 5 Nr. 7,

2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen, wenn der Erlös nicht dem Vermögenshaushalt des Verbandes zugeführt wird,

3. zur Gewährung von Darlehen über 10 000 Euro an Beschäftigte des Verbandes, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,

aaa) In Nummer 4 werden die Wörter „den Dienstvertrag mit dem Vorstand“ durch das Wort „Dienstverträge“ ersetzt.

4. zu Verträgen mit den in § 16 Abs. 1 und 4, § 19 Abs. 2 und § 29 Abs. 1 und 2 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um den Dienstvertrag mit dem Vorstand oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,

bbb) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“

5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft des Verbandes steht.

Das Nähere zu den Nummern 2 und 5 regelt die Satzung.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 17 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Verbandsaufgaben, die selbst beim Verband verbleiben,
3. die Ausführung der dem Verband nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,
4. es besteht keine Interessenskollision mit dem Verband und
5. § 3 Absatz 3 des Vergütungslofenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

26. Die Überschrift des Zehnten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil
Auflösung, Übergangsvorschrift,
Inkrafttreten“**

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die der Verband ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Verbandsorgane und des Widerspruchsausschusses ist unzulässig.

**Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift, Inkrafttreten**

27. § 39 wird aufgehoben.

**§ 39
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen des Verbandes zur unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben werden Gebühren der Behörden und Gerichte

nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde des Verbandes bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben dient.

28. § 42 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 42
Inkrafttreten“**

- b) Satz 2 wird aufgehoben.

**§ 42
Inkrafttreten, Berichtspflicht**

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 4
Änderung des Eifel-Rur-
Verbandsgesetzes**

Das Eifel-Rur-Verbandsgesetz vom 7. Februar 1990 (GV. NRW. S. 106), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:

„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“

- b) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:

...

**Gesetz über den
Wasserverband Eifel-Rur
(Eifel-Rur-Verbandsgesetz –
Eifel-RurVG -)**

Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge

- | | | |
|--|-------|--|
| „ § 22 (weggefallen)“ | § 22 | Haushaltsplan, Finanzplan |
| c) Die Angabe zu § 22a wird wie folgt gefasst: | | |
| „§ 22a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“ | § 22a | Wirtschaftsplan |
| d) Die Angabe zu § 24 wird wie folgt gefasst: | | |
| „§ 24 Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“ | § 24 | Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung |
| e) Die Angabe zum Zehnten Teil wird wie folgt gefasst: | | |
| „Zehnter Teil
Auflösung, Übergangsvorschrift“ | | Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift |
| f) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst: | | |
| „§ 39 (weggefallen)“ | § 39 | Freiheit von Gebühren |
| g) Die Angabe zu Artikel 3 wird wie folgt gefasst: | | |

**„Artikel 3
Inkrafttreten“**

**Artikel 3
Inkrafttreten, Berichtspflicht**

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

**§ 1
Rechtsform, Name, Sitz**

(1) Für das im Land Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur (Verbandsgebiet, § 5) wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Wasserverband Eifel-Rur“ gebildet. Der Wasserverband Eifel-Rur ist keine Gebietskörperschaft. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder.

(2) Der Sitz des Verbandes wird durch die Satzung bestimmt.

„(3) Der Verband ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

**§ 2
Aufgaben des Verbandes**

(1) Der Verband hat im Verbandsgebiet folgende Aufgaben:

1. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
2. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
3. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
4. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser aus oberirdischen Gewässern zur Trink- und Betriebswasserversorgung sowie zur Ausnutzung der Wasserkraft;
5. Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken;
6. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
7. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
8. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
9. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben erfordern.

Die Aufgaben des Erftverbandes in den Bereichen der Venloer Scholle bleiben unberührt. Im Zweifel entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde.

(2) Auf Beschluß der Verbandsversammlung kann der Verband im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Verbandsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband Aufgaben gemäß Absatz 1 Nrn. 6 und 7 außerhalb des Verbandsgebietes wahrnehmen oder Abwasser zur Behandlung in verbandseigene Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang

damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Verbandsgebietes durchführen. Entsprechendes gilt für die Überleitung von Grubenwässern in das Verbandsgebiet. Der Beschluß der Verbandsversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

(3) Aufgaben, die nach Absatz 1 dem Verband zugewiesen sind, haben die bisher dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis der Verband sie übernimmt.

3. Dem § 2 Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Verbandsrat über die Auftragsübernahme. Der Verbandsversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

(4) Der Verband kann auf Beschluß der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenkollision führt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

§ 3 Unternehmen des Verbandes, Übersichten

- a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Energieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

(1) Unternehmen des Verbandes sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Verband stellt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahresübersichten). Satz 1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133).“

(2) Der Verband stellt unbeschadet des Absatzes 3 über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfstjahresübersichten).

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

(3) Der Verband legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorgesehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können. Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann dem Verband für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) der Verband die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

d) Absatz 4 wird Absatz 3.

(4) Der Verband hat solche Unternehmen zur Erfüllung der Verbandsaufgaben, die das Grundwasser in der Venloer Scholle und in der Rurscholle unmittelbar beeinflussen, mit dem Erftverband vorher abzustimmen. Im Zweifel entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde.

§ 4 Übernahme von Aufgaben

(1) Der Verband kann Aufgaben nach § 2 Abs. 1, die einer Gebietskörperschaft, einem Wasser- und Bodenverband oder einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem betroffenen Verband auf Beschluß der Verbandsversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde des Wasserverbandes Eifel-Rur. Kommt das Einvernehmen mit einem Wasser- und Bodenverband nicht zustande, entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde des Wasserverbandes Eifel-Rur. Liegt die Übernahme der Aufgabe durch den Wasserverband Eifel-Rur im öffentlichen Interesse, kann die Aufsichtsbehörde die Übernahme gegenüber dem betroffenen Wasser- und Bodenverband anordnen.

(2) Für die Übertragung von Aufgaben des Wasserverbandes Eifel-Rur auf eine Gebietskörperschaft, einen Wasser- und Bodenverband oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet gilt Absatz 1 entsprechend.

5. In § 4 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 1 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.

(4) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch den Verband und die in Absatz 1 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.

§ 6 Mitglieder des Verbandes

- (1) Mitglieder des Verbandes sind:
1. kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte, Gemeinden und

6. In § 6 Absatz 1 Nummer 2 werden nach dem Wort „Kreise“ die Wörter „und die Städteregion Aachen“ eingefügt.

2. Kreise,

soweit sie ganz oder teilweise im Verbandsgebiet liegen;

3. Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung, die Wasser aus oberirdischen Gewässern im Verbandsgebiet entnehmen, und

4. gewerbliche Unternehmen und die jeweiligen Eigentümer von Bergwerken, Grundstücken, Verkehrsanlagen und sonstigen Anlagen, die Unternehmen des Verbandes verursachen, erschweren, zu erwarten haben oder von ihnen Vorteile haben oder zu erwarten haben; soweit ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt der Erbbauberechtigte an die Stelle des Eigentümers; soweit für Verkehrsanlagen eine Baulast besteht, tritt deren Träger an die Stelle des Eigentümers oder des Erbbauberechtigten.

Mitglieder des Verbandes sind auch Gebietskörperschaften, Unternehmen oder Eigentümer im Sinne von Satz 1 Nrn. 1 bis 4 außerhalb des Verbandsgebietes, die unmittelbar Wasser aus oberirdischen Gewässern des Verbandsgebietes beziehen oder auf Grund eingeleiteter Verfahren sicher beziehen werden oder deren Aufgaben und Pflichten der Verband gemäß § 2 Abs. 2 übernommen hat. Mitglied des Verbandes kann mit seiner Zustimmung auch werden, wer künftig unmittelbar Wasser aus oberirdischen Gewässern des Verbandsgebietes beziehen will. Bergwerke gemäß Satz 1 Nr. 4 sind auch das Bergwerkseigentum und die Bewilligung im Sinne des Bundesberggesetzes, ferner Bergwerke, Bergwerkseigentum und Bewilligungen, die aufgehoben oder widerrufen werden oder erlöschen.

(2) Die Mitgliedschaft in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 4 und Satz 2 setzt voraus, daß in der Satzung festzusetzende Mindestbeiträge erreicht werden und der Beitragsbescheid dem Veranlagten zugestellt ist (§ 27 Abs. 1 und 2). Unterschreitet ein Mitglied in einer Beitragsgruppe den Mindestbeitrag, erlischt insoweit seine Mitgliedschaft mit dem

Zeitpunkt, zu dem ihm die hierüber getroffene Entscheidung des Vorstandes zugestellt ist. Zwischen dieser Entscheidung und der Zustimmung entstehen insoweit keine neuen Rechte oder Pflichten des Mitgliedes.

(3) Die Mitglieder sind in einem Verzeichnis zu führen. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 11 Satzung

(1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse des Verbandes, soweit sie sich nicht bereits aus diesem Gesetz ergeben.

(2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Verbandsversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

7. § 11 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

(3) Die Satzung bestimmt insbesondere:

1. den Sitz des Verbandes (§ 1 Abs. 2),
 2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 6 Abs. 2),
 3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Mitglieder (§ 6 Abs. 3),
 4. die Höhe des Beitrages für eine Beitrags-einheit, die zur Entsendung einer oder eines Delegierten berechtigt (§ 12 Abs. 2),
 5. das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen (§ 12 Abs. 3),
 6. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder Überschreiten die Zustimmung des Verbandsrates einzuholen ist (§ 17 Abs. 5 Nr. 12),
 7. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 24 Abs. 2),
 8. die Formen der Bekanntmachungen (§ 33).
- a) In Nummer 7 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.
 - b) In Nummer 8 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
 - c) Folgende Nummer 9 wird angefügt:

„9. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhaften Mitglied für die nach § 4 Absatz 1 übernommenen Aufgaben.“

(4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten des Verbandes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.

(5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluß der Verbandsversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

§ 12

Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Delegierten der Mitglieder gemäß Absatz 2 und 3 und einer oder einem Delegierten gemäß Absatz 4. Die Gesamtzahl der Delegierten wird durch die Satzung bestimmt.

(2) Jede in der Satzung festzusetzende Einheit an Jahresbeiträgen (Beitragseinheit) berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Mitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie es auf Grund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Kein Mitglied darf mehr als zwei Fünftel aller Delegierten stellen. Die nach Satz 3 über zwei Fünftel aller Beitragseinheiten hinausgehenden Beiträge eines Mitgliedes berechtigen nicht zur Entsendung von Delegierten oder zur Bildung von und zum Eintritt in Stimmgruppen (Absatz 3). Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Mitgliedes ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letz-

8. In § 12 Absatz 2 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.

9. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Mitglied“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Mitgliedes nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.

b) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

ten drei Jahren vor der Neubildung der Verbandsversammlung zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung der Verbandsversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Mitglieder noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.

§ 13

Delegierte in der Verbandsversammlung

(1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 12 Abs. 2 und 3 kann nur sein, wer selbst Mitglied des Verbandes ist, wer bei dem Mitglied beruflich tätig ist, wer vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Mitgliedes angehört.

(2) Ein Mitglied darf nicht durch eine Delegierte oder einen Delegierten vertreten werden, die oder der in einem Dienstverhältnis zu einem anderen Mitglied steht. Dies gilt nicht für Delegierte gemäß § 12 Abs. 3.

(3) Die oder der Delegierte gemäß § 12 Abs. 4 darf nicht Mitglied oder Pächter eines Mitgliedes sein.

(4) Die Delegierten gemäß § 12 Abs. 1 werden für fünf Jahre in die Verbandsversammlung entsandt. In den letzten drei Monaten vor Beendigung der Amtszeit sind die Delegierten für

„Zur Angleichung der verbandlichen Wahlperiode an die der Kommunen und Kreise wird für die Verbandsversammlung die Amtszeit der Delegierten im Jahr 2018 einmalig bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.“

- c) Nach Absatz 7 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Angleichung an Absatz 4 Satz 4 wird die Frist für die Aufstellung der Mitgliederliste nach Satz 1 im Jahr 2018 einmalig um zwei Jahre verlängert.“

die nächste Amtsperiode zu benennen. Wiederwahl oder Wiederberufung sind zulässig.

(5) Von einer Gebietskörperschaft dürfen nicht mehr Vertreterinnen oder Vertreter der Verwaltung als Mitglieder der Vertretung der Gebietskörperschaft entsandt werden. Mindestens die Hälfte aller Delegierten der Kreise, Städte und Gemeinden muß einer Vertretung der Gebietskörperschaften angehören. Dies gilt auch für die Bildung von Stimmgruppen nach § 12 Abs. 3.

(6) Das Amt als Delegierte oder Delegierter erlischt vorzeitig durch Abwahl oder Abberufung, durch Niederlegung des Amtes, Wegfall der für die Entsendung jeweils maßgebenden Voraussetzungen, Wahl zum Mitglied des Verbandsrates, Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit, Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder Tod. Scheidet eine Delegierte oder ein Delegierter vorzeitig aus, ist eine Ersatzwahl oder Ersatzberufung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

(7) Der Vorstand hat alle fünf Jahre eine neue Liste aufzustellen, in der die Mitglieder, ihre zu berücksichtigenden Jahresbeiträge, die zugehörigen Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten aufzuführen sind. Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind Auszüge der Liste den Mitgliedern mit der Aufforderung bekanntzugeben, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Delegierten gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates für eine neue Amtsperiode zu benennen. Auf die Möglichkeit, sich zu Stimmgruppen zusammenzuschließen und deren Delegierte zu benennen, ist hinzuweisen. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 14

Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsregeln. Sie wählt die Mitglieder des Verbandsrates.
10. § 14 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
- „3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 22a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“
- b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung oder“ gestrichen.
- c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:
- „7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“
- (2) Der Verbandsversammlung bleiben ferner vorbehalten:
1. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
 2. die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,
 3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung des Finanzplans (§ 22) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,
 4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Wahl der Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfer,
 5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,
 6. die Abnahme der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,
 7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
 8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs. 2, § 4),
 9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten,
 10. die Wahl der Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter (§ 29 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2).
- (3) Die Verbandsversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 20 Abs. 3.

§ 15

Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlüßfassung

- (1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates lädt die Delegierten (§ 12 Abs. 1) unter An-

gabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen und unterrichtet die Mitglieder des Verbandsrates.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates

a) vom Vorstand oder

b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates leitet die Sitzungen der Verbandsversammlung. Die weiteren Mitglieder des Verbandsrates und der Vorstand sollen an den Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Verbandsrates und der Vorstand sind nicht stimmberechtigt. Entsprechendes gilt für die oder den gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 bestimmte Dezernentin oder bestimmten Dezernenten.

(4) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen sind und mindestens die Hälfte aller Delegierten anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Verbandsversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.

(5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.

(6) Die Verbandsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmhaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(7) Über die Sitzungen der Verbandsversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen.

11. In § 15 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

Die Niederschriften sind von der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates und von einer oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.

(8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg als obere Bergbehörde und der Bezirksregierung kann mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen.

(9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.

(10) Die Mitglieder, die ausschließlich durch Delegierte nach § 12 Abs. 3 vertreten werden, können als Zuhörer an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern bekanntzumachen.

12. § 16 wird wie folgt geändert:

§ 16

Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit des Verbandsrates

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Der Verbandsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern, die von der Verbandsversammlung gewählt werden. Zunächst entfallen auf die

1. Mitglieder gemäß § 6 Abs. 1 2 Mitglieder, Satz 1 Nr. 1 (kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden)

2. Mitglieder gemäß § 6 Abs. 1 1 Mitglied, Satz 1 Nr. 2 (Kreise)

3. Mitglieder gemäß § 6 Abs. 1 1 Mitglied, Satz 1 Nr. 3 (Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung)

- aa) In Satz 2 Nummer 2 werden nach dem Wort „Kreise“ die Wörter „und die Städteregion Aachen“ eingefügt.

4. Mitglieder gemäß § 6 Abs. 1 1 Mitglied,
Satz 1 Nr. 4 (gewerbliche
Unternehmen, Bergwerke,
Grundstücke, Verkehrsanlagen und sonstige Anlagen)

5. Vertreterinnen oder Vertreter der Arbeitnehmer des
Verbandes

bb) In Satz 4 werden nach dem Wort „Kreise,“ die Wörter „Städteregion Aachen,“ eingefügt.

Die verbleibenden fünf Sitze im Verbandsrat verteilen sich nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren auf die Mitgliedergruppen gemäß Satz 2 Nrn. 1 bis 4. Für die Vertreterinnen oder Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden gilt § 13 Abs. 5 Satz 2 entsprechend. Grundlage ist das Beitragsverhältnis, das sich für diese Mitgliedergruppen aus den durchschnittlichen Beitragsleistungen der letzten drei Jahre vor Bildung des Verbandsrates ergibt; § 12 Abs. 2 Sätze 3, 4 und 7 gelten entsprechend.

(2) Die Mitglieder des Verbandsrates nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 5 werden von der Versammlung aus je einem Vorschlag des Personalrates des Verbandes gemäß Satz 2 Nrn. 1 und 2 gewählt. Die Vorschläge müssen mindestens die doppelte Anzahl der zu wählenden Mitglieder des Verbandsrates enthalten, und zwar für:

1. drei Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verband stehen;
2. zwei weitere Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die nicht Beschäftigte des Verbandes sind. Diesem Wahlgang des Personalrates werden Vorschläge der im Verband vertretenen Gewerkschaften zugrunde gelegt.

Die Wahl ist eine Personenwahl. Das Nähere regelt die Satzung.

(3) Mitglied des Verbandsrates kann nicht sein, wer Delegierte oder Delegierter in der Versammlung ist. Im übrigen gilt § 13 Abs. 1 und 2 entsprechend.

(4) In der Satzung kann bestimmt werden, daß für jedes Mitglied des Verbandsrates in

gleicher Weise ein stellvertretendes Mitglied des Verbandsrates gewählt wird.

(5) Der Verbandsrat wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 oder 4 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 zu stellen. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 oder 4 zu stellen. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder des Verbandsrates auf sich vereinigt. Kommt eine Wahl hiernach nicht zustande, ist gewählt, wer in einem zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

- b) Dem Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

„In Anpassung an die in § 13 Absatz 4 Satz 4 getroffene Regelung findet die Wahl des Verbandsrates anstatt im Jahr 2018 im Jahr 2020 statt.“

(6) Die Amtszeit des Verbandsrates beträgt fünf Jahre. Die Mitglieder führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Verbandsrat gewählt ist. Wiederwahl ist zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(7) Die Verbandsversammlung kann Mitglieder des Verbandsrates und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter wegen grober Verletzung der ihnen dem Verband gegenüber obliegenden Pflichten abwählen. Der Beschluß bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln aller Delegierten. In derselben Sitzung ist eine Ersatzwahl für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

§ 17

Aufgaben des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Verbandsrat wählt den Vorstand. Er bestimmt die oder den insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten des Verbandes zuständige Dezernentin oder zuständigen Dezernenten, die oder der nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter bestellt werden darf.

(3) Für die Abberufung des Vorstandes aus einem wichtigen Grund ist § 18 Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung der Dezernentin oder des Dezernenten aus der ihr oder ihm gemäß Absatz 2 Satz 2 übertragenen Funktion ist nur mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

(4) Der Verbandsrat beschließt über:

1. seine Geschäftsordnung,
2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
3. den Abschluß eines Dienstvertrages mit dem Vorstand,
4. die Geschäftsordnung für die Verbandsverwaltung,
5. Die übrigen Zuständigkeiten der oder des gemäß Absatz 2 Satz 2 bestimmten Dezernentin oder Dezernenten innerhalb der Verbandsverwaltung und ihre oder seine Stellung gegenüber dem Vorstand in personellen und sozialen Angelegenheiten,
6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 23 Abs. 2) oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.

13. § 17 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und Entwurf des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

(5) Der Zustimmung des Verbandsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:

1. Entwürfe der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
2. Bau- und Maßnahmepläne für die Verbandsunternehmen,
3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Mitglieder und von Dritten sowie die Festsetzung des Geldausgleichs (§ 7 Abs. 5),

b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“

c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.

d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

„13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 22a).“

14. Dem § 19 wird folgender Absatz 4 angefügt:

4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 9),
5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung von Bürgschaften und über Gewährverträge ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,
7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,
8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,
9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,
10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 32),
11. Bestellung einer Dezernentin oder eines Dezernenten zur ständigen Vertreterin oder zum ständigen Vertreter des Vorstandes,
12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,

13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 22) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 22 a).

§ 19 Vorstand

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.

(2) Wer zum Vorstand gewählt wird, muß die für sein Amt erforderlichen Voraussetzungen

erfüllen. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre. Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.

(3) Für die Dezernentin oder den Dezernenten gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 gilt Absatz 2 sinngemäß.

„(4) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW.

S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

§ 20

Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht auf Grund dieses Gesetzes oder der Satzung der Verbandsversammlung, dem Verbandsrat, der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates oder dem Widerspruchsausschuß obliegen. Er bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen nichts anderes ergibt. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter der Beschäftigten des Verbandes und Leiter der Verbandsverwaltung.

(2) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Verbandsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

15. In § 20 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 4 Satz 4“ eingefügt.

(3) Der Vorstand kann Beschlüsse des Verbandsrates zu § 17 Abs. 4 und 5, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Verbandsversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Verbandsversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit zu entscheiden.

16. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge**

17. § 22 wird aufgehoben.

**§ 22
Haushaltsplan, Finanzplan**

(1) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haushaltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und Einzelplänen. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung des Verbandes im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis der Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(5) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Haushaltsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(6) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

18. § 22 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 22a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Der Verband wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen Rechnungswesens. Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 erste Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1,

**§ 22 a
Wirtschaftsplan**

(1) Der Verband kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

§§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

(4) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 22 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluß sind §§ 19, 21, 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium) im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(6) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,
2. höhere Kredite erforderlich werden,
3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,
4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplans bedingt oder
2. höhere Kredite erforderlich werden oder
3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(9) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636) geändert worden ist.“

19. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 24
Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“**

**§ 24
Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsprüfung**

b) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushaltswirtschaft oder“ und „Vermögenshaushalts oder“ gestrichen.

(1) Der Verband soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft oder Wirtschaftsführung und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge (§ 27 Abs. 5 Satz 2) Rücklagen in angemessener Höhe bilden.

c) In Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

(2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung und zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

20. § 25 wird wie folgt geändert:

§ 25 Beiträge

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten, seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.

(2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die nach Maßgabe der Satzung fällig werden. Der Verband ermittelt spätestens ab dem 1. Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrachte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Der Verband kann eine Eigenfinanzierung auch mittels angemessener Direktfinanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.

(3) Der Vorstand kann bei der Unterhaltung von Gewässern Dienst-, Werk- oder Sachleistungen der Mitglieder zulassen.

c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes“ durch die

(4) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes aufer-

Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

- d) In Absatz 5 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.

21. § 27 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

legt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied des Verbandes. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und dem Verband eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.

(5) Ein ausgeschiedenes Mitglied bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; es kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Mitglied zu den Aufwendungen des Verbandes herangezogen werden, die durch das ausscheidende Mitglied verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Mitgliedes an dem Verband.

§ 27 Veranlagung

(1) Auf Grund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- oder Wirtschaftsplans berechneter Vorstand nach den Veranlagungsregeln die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt unverzüglich jedem Mitglied seinen Beitrag für die jeweilige Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.

(2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen Unterlagen unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neues Mitglied ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsregeln zu unterrichten.

(3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Widerspruchsausschuß vor.

(4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten des Verbandes erforderlich ist, kann

der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.

(5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Mitgliedes des Verbandes gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Mitgliedern derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Mitgliedern des Verbandes zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage (§ 24 Abs. 1) beschlossen wird.

- b) In Absatz 6 Satz 1 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(6) Werden im Laufe eines Haushalts- oder Wirtschaftsjahres Ausgaben erforderlich, die nur auf Grund eines Nachtrags zum Haushalts- oder Wirtschaftsplan geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstellung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

(7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des § 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

§ 28

Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung

(1) Die Beitragspflichten auf Grund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie ruhen auf den Grundstücken, Bergwerken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Mitglied an dem Verband teilnimmt.

22. In § 28 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen

„für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Verordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter oder denjenigen anderen Nutzungsberechtigten der zum Verband gehörenden Grundstücke, Bergwerke und Anlagen gerichtet werden, der sein Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in einer Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist. Die Frist für das Rechtsmittel nach § 27 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

§ 29

Widerspruchsausschuß

23. § 29 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Landesbeamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

(1) Der Widerspruchsausschuß besteht aus

1. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zur oder zum Vorsitzenden zu berufenden Landesbeamtin oder Landesbeamten, die oder der die Befähigung zum Richteramt besitzt,

b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

2. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden höheren technischen Beamtin oder Beamten der staatlichen Umweltverwaltung,
3. sechs weiteren, von der Verbandsversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 und 2 müssen vorliegen. Die Mitglieder nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 müssen mindestens durch je ein Mitglied vertreten sein.

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses dürfen nicht dem Verbandsrat angehören.

(2) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter berufen oder gewählt.

(3) Die Amtszeit des Widerspruchsausschusses beträgt fünf Jahre. Wiederberufung und Wiederwahl sind zulässig. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Widerspruchsausschuß gebildet ist. Scheidet ein Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 2 aus seinem Hauptamt aus, ist seine Abberufung zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Der Widerspruchsausschuß regelt sein Verfahren in einer Verfahrensordnung.

§ 34 Aufsicht

24. In § 34 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.

(1) Der Verband steht unter der Aufsicht des Staates. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium).

(2) Die Aufsicht stellt sicher, daß der Verband die ihm obliegenden Aufgaben und Pflichten nach geltendem Recht und im Einklang mit

den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes erfüllt.

(3) Das zuständige Ministerium kann seine Aufsichtsbefugnisse durch Rechtsverordnung ganz oder teilweise auf die Bezirksregierung übertragen.

§ 36 Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

(1) Erfüllt der Verband die ihm nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß er innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten des Verbandes selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Verbandsorgane.

25. In § 36 Absatz 2 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(2) Kommt der Verband einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert er es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.

(3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Verbandsversammlung oder der Verbandsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.

(4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen des Verbandes,

die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten des Verbandes zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die auf Grund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

26. § 38 wird wie folgt geändert:

§ 38 Genehmigung von Geschäften

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Der Verband bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 4 werden die Wörter „den Dienstvertrag mit dem Vorstand“ durch das Wort „Dienstverträge“ ersetzt.

1. für Geschäfte im Sinne von § 17 Abs. 5 Nr. 7,
2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen, wenn der Erlös nicht dem Vermögenshaushalt des Verbandes zugeführt wird,
3. zur Gewährung von Darlehen über 10 000 Euro an Beschäftigte des Verbandes, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
4. zu Verträgen mit den in § 16 Abs. 1 und 4, § 19 Abs. 2 und § 29 Abs. 1 und 2 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um den Dienstvertrag mit dem Vorstand oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,

bbb) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“

5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft des Verbandes steht.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

Das Nähere zu den Nummern 2 und 5 regelt die Satzung.

b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 17 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Verbandsaufgaben, die selbst beim Verband verbleiben,
3. die Ausführung der dem Verband nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,
4. es besteht keine Interessenskollision mit dem Verband und
5. § 3 Absatz 3 des Vergütungsoffenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die der Verband ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Verbandsorgane und des Widerspruchsausschusses ist unzulässig.

27. Die Überschrift des Zehnten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil
Auflösung, Übergangsvorschrift“**

**Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung,
Übergangsvorschrift**

28. § 39 wird aufgehoben.

**§ 39
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen des Verbandes zur unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben werden Gebühren nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde des Verbandes bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben dient.

29. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 3
Inkrafttreten“**

- b) Satz 3 wird aufgehoben.

**Artikel 3
Inkrafttreten, Berichtspflicht**

Artikel 2 dieses Gesetzes tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt das Gesetz **am 1. Januar 1993 in Kraft**. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 5
Änderung des Emschergenossenschaftsgesetzes**

**Gesetz
über die Emschergenossenschaft
(Emschergenossenschaftsgesetz -
EmscherGG -)**

Das Emschergenossenschaftsgesetz vom 7. Februar 1990 (GV. NRW. S. 144), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert: ...
- a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:
- | | |
|---|--|
| <p>„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“</p> | <p>Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge</p> |
|---|--|
- b) Die Angabe zu § 21 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|-----------------------------|--|
| <p>„§ 21 (weggefallen)“</p> | <p>§ 21 Haushaltsplan, Finanzplan</p> |
|-----------------------------|--|
- c) Die Angabe zu § 21a wird wie folgt gefasst:
- | | |
|---|---------------------------------|
| <p>„§ 21a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“</p> | <p>§ 21a Wirtschaftsplan</p> |
|---|---------------------------------|
- d) Die Angabe zu § 23 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|---|---|
| <p>„§ 23 Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“</p> | <p>§ 23 Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung</p> |
|---|---|
- e) Die Angabe zum Zehnten Teil wird wie folgt gefasst:
- | | |
|-------------------------------------|--|
| <p>„Zehnter Teil
Auflösung“</p> | <p>Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift</p> |
|-------------------------------------|--|
- f) Die Angabe zu § 38 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|-----------------------------|--------------------------------------|
| <p>„§ 38 (weggefallen)“</p> | <p>§ 38 Freiheit von Gebühren</p> |
|-----------------------------|--------------------------------------|
- g) Die Angabe zu § 40 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|-----------------------------|------------------------------------|
| <p>„§ 40 (weggefallen)“</p> | <p>§ 40 Übergangsvorschrift</p> |
|-----------------------------|------------------------------------|
- h) Die Angabe zu Artikel 2 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|---|--|
| <p>„Artikel 2
Inkrafttreten“</p> | <p>Artikel 2
Inkrafttreten, Berichtspflicht</p> |
|---|--|

§ 1**Rechtsform, Name, Sitz**

(1) Für das oberirdische Einzugsgebiet der Emscher (Genossenschaftsgebiet, § 4) wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Emschergenossenschaft“ gebildet. Die Emschergenossenschaft ist keine Gebietskörperschaft. Sie dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen ihrer Mitglieder.

(2) Der Sitz der Genossenschaft wird durch die Satzung bestimmt.

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Genossenschaft ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

§ 2**Aufgaben der Genossenschaft**

(1) Die Genossenschaft hat im Genossenschaftsgebiet folgende Aufgaben:

1. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
2. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
3. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
4. Regelung des Grundwasserstandes;
5. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand, insbesondere durch den Steinkohlenabbau, hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;
6. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
7. Entsorgung der bei der Durchführung der genossenschaftlichen Aufgaben anfallenden Abfälle;

8. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
9. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Aufgaben der Genossenschaft erfordern,
10. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Trinkwasser- und Betriebswasserversorgung sowie zur Ausnutzung der Wasserkraft.

(2) Auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung kann die Genossenschaft im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Genossenschaftsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband deren Abwasser zur Behandlung in genossenschaftliche Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Genossenschaftsgebietes durchführen. Entsprechendes gilt für die Überleitung von Grubenwässern in das Genossenschaftsgebiet. Der Beschluß der Genossenschaftsversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

(3) Aufgaben, die nach Absatz 1 der Genossenschaft zugewiesen sind, haben die bisher dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis die Genossenschaft sie übernimmt. Die Genossenschaft kann Aufgaben nach Absatz 1, die einer Gebietskörperschaft oder einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Genossenschaftsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem betroffenen Verband auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde der Genossenschaft. Für die Übertragung von Aufgaben der Genossenschaft auf eine Gebietskörperschaft oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Genossenschaftsgebiet gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend.

a) In Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.

b) Dem Absatz 5 werden folgende Sätze angefügt:

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Genossenschaftsrat über die Auftragsübernahme. Der Genossenschaftsversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 3 Sätze 2 bis 4 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 3 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen des Absatzes 3 Sätze 2 bis 4 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.

(5) Die Genossenschaft kann auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit ihren Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Die Genossenschaft darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihr nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenkollision führt.

(6) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch die Genossenschaft und die in Absatz 3 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

§ 3 Unternehmen der Genossenschaft, Übersichten

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Ener-

(1) Unternehmen der Genossenschaft sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten.

gieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Genossenschaft stellt über die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahresübersichten). Satz 1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133).“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

(2) Die Genossenschaft stellt unbeschadet des Absatzes 3 über die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfjahresübersichten).

(3) Die Genossenschaft legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorgesehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können. Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann der Genossenschaft für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) die Genossenschaft die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

§ 10 Satzung

- (1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse der Genossenschaft, soweit sie sich nicht bereits aus diesem Gesetz ergeben.
- (2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Genossenschaftsversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.
5. § 10 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 8 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.
 - b) In Nummer 9 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
 - c) Folgende Nummer 10 wird angefügt:

„10. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhaften Mitglied für die nach § 2 Absatz 3 Satz 2 und 3 übernommenen Aufgaben.“
- (3) Die Satzung bestimmt insbesondere:
- 1. den Sitz der Genossenschaft (§ 1 Abs. 2),
 - 2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 5 Abs. 2),
 - 3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Genossen (§ 5 Abs. 3),
 - 4. die Höhe des Beitrages für eine Beitrags-einheit, die zur Entsendung einer Delegierten oder eines Delegierten berechtigt (§ 11 Abs. 2),
 - 5. das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen (§ 11 Abs. 3),
 - 6. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder Überschreiten die Zustimmung des Genossenschaftsrates einzuholen ist (§ 16 Abs. 5 Nr. 12),
 - 7. die Geschäfte und Angelegenheiten, für die wegen ihrer Bedeutung eine Entscheidung des gesamten Vorstandes herbeizuführen ist,
 - 8. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 23 Abs. 2),
 - 9. die Formen der Bekanntmachungen (§ 32).

(4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten der Genossenschaft im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.

(5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluß der Genossenschaftsversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Genossenschaft vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

§ 11

Genossenschaftsversammlung

(1) Die Genossenschaftsversammlung besteht aus den Delegierten der Genossen gemäß Absatz 2 und 3. Die Gesamtzahl der Delegierten wird durch die Satzung bestimmt.

(2) Jede in der Satzung festzusetzende Einheit an Jahresbeiträgen (Beitragseinheit) berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Genosse entsendet in die Genossenschaftsversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie er auf Grund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Kein Genosse darf mehr als zwei Fünftel aller Delegierten stellen. Die nach Satz 3 über zwei Fünftel aller Beitrags-einheiten hinausgehenden Beiträge eines Genossen berechtigen nicht zur Entsendung von Delegierten oder zur Bildung von und zum Eintritt in Stimmgruppen (Absatz 3). Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Genossen ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letzten drei Jahren vor der Neubildung der Genossenschaftsversammlung

6. In § 11 Absatz 2 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.

zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung der Genossenschaftsversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Genossen noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.

(3) Mit den Jahresbeiträgen, die eine volle Beitragseinheit nicht erreichen oder darüber hinausgehen (Beitragsteileinheiten), können sich die Genossen zu Stimmgruppen zusammenschließen. Jede Stimmgruppe hat so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie sie mit den zusammengelegten Beiträgen oder Beitragsteilen volle Beitragseinheiten auf sich vereinigt. Jeder Genosse kann sich nur an einer Stimmgruppe beteiligen. Jede Stimmgruppe wählt ihre Delegierten und entsendet sie in die Genossenschaftsversammlung. Das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen und die Wahl ihrer Delegierten regelt die Satzung.

§ 12

Delegierte in der Genossenschaftsversammlung

7. In § 12 Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Genossen“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Genossen nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.

(1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 11 Abs. 2 und 3 kann nur sein, wer selbst Genosse ist, wer bei dem Genossen beruflich tätig ist, wer vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Genossen angehört.

(2) Ein Genosse darf nicht durch eine Delegierte oder einen Delegierten vertreten werden, die oder der in einem Dienstverhältnis zu einem anderen Genossen steht. Dies gilt nicht für Delegierte gemäß § 11 Abs. 3.

(3) Die Delegierten gemäß § 11 Abs. 1 werden für fünf Jahre in die Genossenschaftsversammlung entsandt. In den letzten drei Mona-

ten vor Beendigung der Amtszeit sind die Delegierten für die nächste Amtsperiode zu benennen. Wiederwahl oder Wiederberufung sind zulässig.

(4) Von einer Gebietskörperschaft dürfen nicht mehr Vertreterinnen oder Vertreter der Verwaltung als Mitglieder der Vertretung der Gebietskörperschaft entsandt werden. Mindestens die Hälfte aller Delegierten der Kreise, Städte und Gemeinden muß einer Vertretung der Gebietskörperschaften angehören. Das gilt auch für die Bildung von Stimmgruppen gemäß § 11 Abs. 3.

(5) Das Amt als Delegierte oder Delegierter erlischt vorzeitig durch Abwahl oder Abberufung, durch Niederlegung des Amtes, Wegfall der für die Entsendung jeweils maßgebenden Voraussetzungen, Wahl zum Mitglied des Genossenschaftsrates, Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit, Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder Tod. Scheidet eine Delegierte oder ein Delegierter vorzeitig aus, ist eine Ersatzwahl oder Ersatzberufung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

(6) Der Vorstand hat alle fünf Jahre eine neue Liste aufzustellen, in der die Genossen, ihre zu berücksichtigenden Jahresbeiträge, die zugehörigen Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten aufzuführen sind. Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind Auszüge der Liste den Genossen mit der Aufforderung bekanntzugeben, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Delegierten gegenüber der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates für eine neue Amtsperiode zu benennen. Auf die Möglichkeit, sich zu Stimmgruppen zusammenzuschließen und deren Delegierte zu benennen, ist hinzuweisen. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 13

Aufgaben der Genossenschaftsversammlung

(1) Die Genossenschaftsversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsgrundsätze. Sie wählt die Mitglieder des Genossenschaftsrates.

8. § 13 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
- „3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 21a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“
- b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung und“ gestrichen.
- c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:
- „7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“
- (2) Der Genossenschaftsversammlung bleiben ferner vorbehalten:
1. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Genossenschaftsversammlung,
 2. die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,
 3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung des Finanzplans (§ 21) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,
 4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung und des Jahresabschlusses und Wahl der Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfer,
 5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,
 6. die Abnahme der Jahresrechnung und des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,
 7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
 8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs. 2 und 3),
 9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten,
 10. die Wahl der Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2).
- (3) Die Genossenschaftsversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 19 Abs. 4.

§ 14

Sitzungen der Genossenschaftsversammlung, Beschlußfassung

- (1) Die oder der Vorsitzende des Genossenschaftsrates lädt die Delegierten (§ 11 Abs. 1) unter Angabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen ein und unterrichtet die Mitglieder des Genossenschaftsrates.
- (2) Die Genossenschaftsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt

die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder bei dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates

- a) vom Vorstand oder
- b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Genossenschaftsrates leitet die Sitzungen der Genossenschaftsversammlung. Die weiteren Mitglieder des Genossenschaftsrates und der Vorstand sollen an den Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Genossenschaftsrates und der Vorstand sind nicht stimmberechtigt.

(4) Die Genossenschaftsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen sind und mindestens die Hälfte aller Delegierten anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Genossenschaftsversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.

(5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.

(6) Die Genossenschaftsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(7) Über die Sitzungen der Genossenschaftsversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen. Die Niederschriften sind von der oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates und von einer oder einem von der Genossenschaftsversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.

9. In § 14 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

(8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg als obere Bergbehörde und der im Genossenschaftsgebiet zuständigen Bezirksregierungen kann mit beratender Stimme an den Sitzungen der Genossenschaftsversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Genossenschaftsversammlung teilnehmen.

(9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.

(10) Die Genossen, die ausschließlich durch Delegierte nach § 11 Abs. 3 vertreten werden, können als Zuhörer an den Sitzungen der Genossenschaftsversammlung teilnehmen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Genossen bekanntzumachen.

§ 16

Aufgaben des Genossenschaftsrates

(1) Der Genossenschaftsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Genossenschaftsrat wählt den Vorstand und bestellt ein Vorstandsmitglied zur oder zum Vorsitzenden des Vorstandes. Das Vorstandsmitglied, das insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten der Genossenschaft zuständig ist, darf nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter gewählt werden. Haben Emschergenossenschaft und Lippeverband eine gemeinsame Verwaltung, wählen der Genossenschaftsrat der Emschergenossenschaft und der Verbandsrat des Lippeverbandes insgesamt mindestens zwei Vorstandsmitglieder.

(3) Für die Abberufung von Vorstandsmitgliedern aus einem wichtigen Grund ist § 17

Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung des gemäß Absatz 2 Satz 2 gewählten Vorstandsmitgliedes ist nur mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

- (4) Der Genossenschaftsrat beschließt über:
1. seine Geschäftsordnung,
 2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes- Immissionschutzgesetz,
 3. den Abschluß von Dienstverträgen mit dem Vorstand,
 4. die Geschäftsordnung für die Genossenschaftsverwaltung,
 5. die übrigen Zuständigkeiten des gemäß Absatz 2 Satz 2 gewählten Vorstandsmitgliedes innerhalb des Vorstandes,
 6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 22 Abs. 2) oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.

10. § 16 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und Entwurf des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“

c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen

(5) Der Zustimmung des Genossenschaftsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:

1. Entwürfe der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
2. Bau- und Maßnahmepläne für die Genossenschaftsunternehmen,
3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Genossen und von Dritten sowie Festsetzung des Geldausgleichs (§ 6 Abs. 5),
4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 8),
5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb der Genossenschaft,
6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung von Bürgschaften und über Gewährverträge ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,
7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine

Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.

wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,

8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,
 9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,
 10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 31),
 11. Geschäftsordnung für den Vorstand,
 12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,
 13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 21) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 21 a).
- d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:
- „13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 21a).“

§ 18 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus der oder dem Vorsitzenden des Vorstandes und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied. Ein Vorstandsmitglied ist insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten zuständig. Die oder der Vorsitzende des Genossenschaftsrates ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.

(2) Die oder der Vorsitzende des Vorstandes und die weiteren Mitglieder des Vorstandes müssen die für ihr Amt erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.

11. Dem § 18 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

§ 19 Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand gibt sich mit Zustimmung des Genossenschaftsrates eine Geschäftsordnung, in der auch die ständige Vertretung der oder des Vorsitzenden des Vorstandes zu regeln ist.

(2) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht auf Grund dieses Gesetzes oder der Satzung der Genossenschaftsversammlung, dem Genossenschaftsrat, der oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates oder dem Widerspruchsausschuß obliegen. Die oder der Vorsitzende des Vorstandes bereitet die Beschlüsse der Genossenschaftsorgane vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen oder aus der Geschäftsordnung für den Vorstand nichts anderes ergibt. Die oder der Vorsitzende des Vorstandes ist Leiterin oder Leiter der Genossenschaftsverwaltung. Das insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Beschäftigten der Genossenschaft.

(3) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Genossenschaftsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben. Wenn wegen besonderer Eilbedürftigkeit eine Entscheidung des gesamten Vorstandes nicht herbeigeführt werden kann, entscheidet die oder der Vorsitzende des Vorstandes.

12. In § 19 Absatz 4 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 5 Satz 4“ eingefügt.

(4) Der Vorstand kann Beschlüsse des Genossenschaftsrates zu § 16 Abs. 4 und 5, die den Interessen der Genossenschaft zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Genossenschaftsversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Genossenschaftsversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Beanstandung zu entscheiden.

13. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge**

14. § 21 wird aufgehoben.

**§ 21
Haushaltsplan, Finanzplan**

(1) Die Genossenschaftsversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haushaltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und Einzelplänen. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung der Genossenschaft im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis der Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Der von der Genossenschaftsversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(5) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Haushaltsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(6) Die Genossenschaftsversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

15. § 21 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 21a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Die Genossenschaft wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen Rechnungswesens. Für die Buchführung der Genossenschaft, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz, 2 erste

**§ 21 a
Wirtschaftsplan**

(1) Die Genossenschaft kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1, §§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Genossenschaftsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

(4) Der von der Genossenschaftsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(2) Die Genossenschaftsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 21 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlage beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Für die Buchführung der Genossenschaft, die Kostenrechnung und den Jahresabschluß sind §§ 19, 21, 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium) im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,
2. höhere Kredite erforderlich werden,
3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,
4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(6) Der von der Genossenschaftsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder
2. höhere Kredite erforderlich werden oder
3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(9) Die Genossenschaftsversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636) geändert worden ist.“

16. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 23
Rücklagen, Rechnungs- und
Prüfungswesen, Wirtschaftsfüh-
rung“**

- b) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushaltswirtschaft oder“ und „Vermögenshaushalts oder“ gestrichen.
- c) In Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

17. § 24 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.
- b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des

**§ 23
Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rech-
nungs- und Prüfungswesen; Wirtschafts-
führung**

- (1) Die Genossenschaft soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft oder Wirtschaftsführung und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge (§ 26 Abs. 5 Satz 2) Rücklagen in angemessener Höhe bilden.
- (2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung und zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

**§ 24
Beiträge**

- (1) Die Genossen haben der Genossenschaft die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten, ihrer Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben der Genossenschaft nicht ausreichen.
- (2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die nach Maßgabe der Satzung fällig werden. Die Genossenschaft ermittelt spätestens ab dem 1. Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrauchte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Die Genossenschaft kann eine Eigenfinanzierung auch mittels angemessener Direktfinanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.
- (3) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, §

Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

- d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 5 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.

24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes auferlegt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied der Genossenschaft. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und der Genossenschaft eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.

(4) Ein ausgeschiedener Genosse bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; er kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Genosse wegen der Aufwendungen der Genossenschaft herangezogen werden, die durch den ausscheidenden Genossen verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Genossen an der Genossenschaft.

18. § 26 wird wie folgt geändert:

§ 26
Veranlagung

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Auf Grund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- oder Wirtschaftsplans berechnet der Vorstand nach den Veranlagungsgrundsätzen die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt unverzüglich jedem Genossen seinen Beitrag für die jeweilige Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.

(2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen Unterlagen unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neuer Genosse ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsgrundsätzen zu unterrichten.

(3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Widerspruchsausschuß vor.

- (4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten der Genossenschaft erforderlich ist, kann der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.
- (5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Genossen gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Genossen derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Genossen zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage (§ 23 Abs. 1) beschlossen wird.
- b) In Absatz 6 Satz 1 wird das Wort „Haushaltsjahres“ durch das Wort „Wirtschaftsjahres“ ersetzt und werden die Wörter „eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder“ gestrichen.
- (6) Werden im Laufe eines Haushaltsjahres Ausgaben erforderlich, die nur auf Grund eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder einer Änderung des Wirtschaftsplans geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstellung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.
- (7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des § 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

§ 27

Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung

- (1) Die Beitragspflichten auf Grund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie ruhen auf den Grundstücken, Bergwerken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Genosse an der Genossenschaft teilnimmt.

19. In § 27 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Rechtsverordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter oder denjenigen anderen Nutzungsberechtigten der zur Genossenschaft gehörenden Grundstücke, Bergwerke und Anlagen gerichtet werden, der sein Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in einer Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist. Die Frist für das Rechtsmittel nach § 26 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

§ 28

Widerspruchsausschuß

20. § 28 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Landesbeamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

(1) Der Widerspruchsausschuß besteht aus

1. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zur oder zum Vorsitzenden zu berufenden Landesbeamtin oder Landesbeamten, die oder der die Befähigung zum Richteramt besitzt,

- b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- c) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt und der Punkt durch ein Komma ersetzt.
2. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden höheren technischen Beamtin oder Beamten der staatlichen Umweltverwaltung,
 3. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden Beamtin oder Beamten der Bergverwaltung, die oder den die oberste Bergbehörde vorschlägt.
 4. sechs weiteren, von der Genossenschaftsversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Voraussetzungen nach § 12 Abs. 1 und 2 müssen vorliegen. Die Mitglieder nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 müssen mindestens durch je ein Mitglied vertreten sein.

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses dürfen nicht dem Genossenschaftsrat angehören.

(2) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter berufen oder gewählt.

(3) Die Amtszeit des Widerspruchsausschusses beträgt fünf Jahre. Wiederberufung und Wiederwahl sind zulässig. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Widerspruchsausschuß gebildet ist. Scheidet ein Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 aus seinem Hauptamt aus, ist seine Abberufung zulässig. Im übrigen gilt § 12 Abs. 5 entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Der Widerspruchsausschuß regelt sein Verfahren in einer Verfahrensordnung.

§ 33 Aufsicht

21. In § 33 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.
- (1) Die Genossenschaft steht unter der Aufsicht des Staates. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium).

(2) Die Aufsicht stellt sicher, daß die Genossenschaft die ihr obliegenden Aufgaben und Pflichten nach geltendem Recht und im Einklang mit den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes erfüllt.

§ 35 Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

(1) Erfüllt die Genossenschaft die ihr nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß sie innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten der Genossenschaft selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Genossenschaftsorgane.

22. In § 35 Absatz 2 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(2) Kommt die Genossenschaft einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert sie es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.

(3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung und des Genossenschaftsrates, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Genossenschaftsversammlung oder der Genossenschaftsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.

(4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen der Genossenschaft, die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten der Genossenschaft zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die auf Grund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

23. § 37 wird wie folgt geändert:

§ 37

Genehmigung von Geschäften

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Die Genossenschaft bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

1. für Geschäfte im Sinne von § 16 Abs. 5 Nr. 7,
2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen, wenn der Erlös nicht dem Vermögenshaushalt der Genossenschaft zugeführt wird,
3. zur Gewährung von Darlehen über 10 000 Euro an Beschäftigte der Genossenschaft, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb der Genossenschaft,
4. zu Verträgen mit den in § 15 Abs. 1 und 4, § 18 Abs. 1 Satz 1 und § 28 Abs. 1 und 2 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um Dienstverträge oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,

aa) Satz 1 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“

5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft der Genossenschaft steht.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

Das Nähere zu den Nummern 2 und 5 regelt die Satzung.

- b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 16 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben der Genossenschaft, die selbst bei der Genossenschaft verbleiben,
3. die Ausführung der der Genossenschaft nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,
4. es besteht keine Interessenskollision mit der Genossenschaft und
5. § 3 Absatz 3 des Vergütungsofenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die die Genossenschaft ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Genossenschaftsorgane und des Widerspruchsausschusses ist unzulässig.

24. Die Überschrift des Zehnten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil
Auflösung“**

**Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung,
Übergangsvorschrift**

25. § 38 wird aufgehoben.

**§ 38
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen der Genossenschaft zur unmittelbaren Durchführung ihrer Aufgaben werden Gebühren nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde der Genossenschaft bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung ihrer Aufgaben dient.

26. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 2
Inkrafttreten“**

b) Satz 2 wird aufgehoben.

**Artikel 2
Inkrafttreten, Berichtspflicht**

Artikel 1 tritt am 1. Juli 1990 in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 6
Änderung des Gesetzes über den
Erftverband**

Das Gesetz über den Erftverband in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Januar 1986 (GV. NRW. S. 54), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

**Gesetz
über den Erftverband (ErftVG)**

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert: ...

a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge**

b) Die Angabe zu § 30 wird wie folgt gefasst:

„§ 30 (weggefallen)“

§ 30 Haushaltsplan, Finanzplan

c) Die Angabe zu § 30 a wird wie folgt gefasst:

„§ 30a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“

§ 30 a Wirtschaftsplan

d) Die Angabe zu § 32 wird wie folgt gefasst:

„§ 32 Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“

§ 32 Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung

e) Die Angabe zum Zwölften Teil wird wie folgt gefasst:

**„Zwölfter Teil
Auflösung, Übergangsvorschrift, Inkrafttreten“**

**Zwölfter Teil
Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift**

f) Die Angabe zu § 59 wird wie folgt gefasst:

„§ 59 (weggefallen)“

§ 59 Freiheit von Gebühren

**§ 1
Rechtsform und Sitz**

(1) Für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete (Verbandsgebiet, § 5) wird hiermit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Erftverband“ gegründet. Der Erftverband ist keine Gebietskörperschaft. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder.

(2) Der Sitz des Verbandes wird durch die Satzung bestimmt.

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Verband ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

§ 2

Aufgaben des Verbandes

(1) Der Verband hat im Verbandsgebiet folgende Aufgaben:

1. Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau;
2. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
3. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
4. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
5. Regelung des Grundwasserstandes;
6. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand, insbesondere durch den Braunkohlenabbau hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;
7. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Sicherung der gegenwärtigen und künftigen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie Förderung von Maßnahmen zur Minderung des Wasserverbrauchs;
8. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
9. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
10. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu er-

wartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführen der nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;

11. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben nach Nummern 2 bis 10 erfordern.

(2) Auf Beschluß der Delegiertenversammlung kann der Verband im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Verbandsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband Aufgaben gemäß Absatz 1 Nrn. 8 und 9 außerhalb des Verbandsgebietes wahrnehmen oder Abwasser zur Behandlung in verbandseigene Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Verbandsgebietes durchführen. Der Beschluß der Delegiertenversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

(3) Außerhalb des Verbandsgebietes hat der Verband in der Venloer Scholle, der Rurscholle und der Erftscholle sowie in der linken Rheintalscholle von der nördlichen Stadtgrenze Bonn bis zur Erftmündung und darüber hinaus zwischen Nordkanal, der Grenze des Kreises Viersen und Neuer Niers (Tätigkeitsbereich) die Aufgaben gemäß Absatz 1 Nrn. 1, 5 bis 7 und 11. Wenn es das öffentliche Interesse erfordert, kann der Verband die genannten Aufgaben auch außerhalb dieser Bereiche in den Grenzen des Braunkohlenplangebietes durchführen.

3. Dem § 2 Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

(4) Der Verband kann auf Beschluß der Delegiertenversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenkollision führt.

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Verbandsrat über die

Auftragsübernahme. Der Delegiertenversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Energieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Der Verband stellt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem

§ 3
Unternehmen des Verbandes,
Übersichten

(1) Unternehmen des Verbandes sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten.

(2) Unternehmen, die der Verband zur Vermeidung oder zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen des Braunkohlenbergbaues durchzuführen beabsichtigt, hat er vorher mit den Bergwerksunternehmen, denen die Kosten der Durchführung nach §§ 33, 37 zur Last fallen würden, anzuzeigen und ihnen eine Erörterung anzubieten. Der Verband kann die Durchführung den Bergwerksunternehmen auf deren Kosten überlassen; er muß dabei die Bedingungen für die Durchführung festlegen. Er setzt den Bergwerksunternehmen eine Frist, innerhalb der sie erklären müssen, ob sie bereit sind, die Durchführung unter den festgelegten Bedingungen zu übernehmen. Wird der Übernahme nicht innerhalb der gesetzten Frist zugestimmt oder werden die festgelegten Bedingungen bei der Durchführung nicht eingehalten, führt der Verband die Unternehmen selbst durch.

(3) Der Verband stellt unbeschadet des Absatzes 4 über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum

Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahresübersichten). Satz 1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53

Absatz des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133.“

c) Absatz 4 wird aufgehoben.

von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfjahresübersichten).

(4) Der Verband legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorgesehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können. Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann dem Verband für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) der Verband die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

d) Absatz 5 wird Absatz 4.

(5) Der Verband hat solche Unternehmen zur Erfüllung der Verbandsaufgaben, die die oberirdischen Gewässer benachbarter Wasserverbände oder Wasser- und Bodenverbände beeinflussen, mit diesen Verbänden vorher abzustimmen. Im Zweifel entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde des Erftverbandes.

§ 4

Übernahme von Aufgaben und Anlagen

(1) Aufgaben, die durch dieses Gesetz dem Verband übertragen sind, haben die bisher

dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis der Verband sie übernimmt.

(2) Der Verband kann Aufgaben im Sinne des § 2, die einer Gebietskörperschaft, einem Wasser- und Bodenverband oder öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem Verband durch Beschluß der Delegiertenversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Kommt das Einvernehmen mit einem Wasser- und Bodenverband nicht zustande, entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde des Erftverbandes. Liegt die Übernahme der Aufgabe durch den Erftverband im öffentlichen Interesse, kann die Aufsichtsbehörde des Erftverbandes die Übernahme gegenüber dem betroffenen Wasser- und Bodenverband anordnen.

(3) Für die Übertragung von Aufgaben des Erftverbandes auf eine Gebietskörperschaft, einen Wasser- und Bodenverband oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet gilt Absatz 2 entsprechend.

5. § 4 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.

b) Die Wörter „§ 2 Abs. 1 Nr. 7“ werden durch die Wörter „§ 2 Absatz 1 Nummer 9“ ersetzt.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 2, 3 und 5 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 2 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.

(5) Der Verband darf Anlagen, die der Erfüllung der in § 2 bezeichneten Aufgaben dienlich sind, nur im Einvernehmen mit dem bisherigen Eigentümer übernehmen und als Verbandsanlagen betreiben. Wenn die hierfür zu gewährende Gegenleistung oder Entschädigung die Kosten überschreitet, die dem Verband durch Herstellung und Betrieb eigener Anlagen mit gleicher Wirkung entstehen würden, soll er Anlagen nur übernehmen, wenn das öffentliche Interesse es erfordert.

(6) Der Verband soll öffentliche Wasserversorgungsbetriebe mit ihren Zuleitungs- und Versorgungsnetzen nicht ohne zwingenden Grund übernehmen.

(7) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch den Verband und die in Absatz 2 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.

§ 6

Mitglieder des Verbandes

6. § 6 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Mitglieder des Verbandes sind:

1. die jeweiligen Eigentümer der im Verbandsgebiet gelegenen Braunkohlenbergwerke, und zwar der
 - a) unverritzten Felder,
 - b) betriebenen Bergwerke einschließlich ihrer Brikettfabriken, Elektrizitätswerke, Wasserförderanlagen sowie sonstigen Aufbereitungsanstalten und Einrichtungen im Sinne von § 2 Abs. 1 Nr. 3 des Bundesberggesetzes,
 - c) stillgelegten Bergwerke mit ihren Einrichtungen wie zu Buchstabe b;
2. die jeweiligen Eigentümer der im Verbandsgebiet gelegenen, nicht unter Nummer 1 fallenden Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie mit einer installierten Leistung von wenigstens 50 000 kW;
3. kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte, Gemeinden und
4. Kreise

soweit sie ganz oder teilweise im Verbandsgebiet liegen;

5. Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung im Verbandsgebiet, die hier zum Zweck der Nutzung Wasser als Grundwasser fördern, aus oberirdischen Gewässern entnehmen oder aus Anlagen des Verbandes übernehmen;

6.

a) In Satz 1 Nummer 6 Buchstabe a werden nach den Wörtern „Grundwasser fördern,“ die Wörter „fördern lassen,“ eingefügt.

a) die jeweiligen Eigentümer aller im Verbandsgebiet gelegenen industriellen, gewerblichen und sonstigen

- Anlagen und Betriebe, die wenigstens einen in der Satzung festzusetzenden Volumenstrom
- Grundwasser fördern, Wasser aus oberirdischen Gewässern entnehmen oder aus Anlagen des Verbandes übernehmen oder
 - Abwasser einschließlich Kühlwasser unmittelbar in Gewässer des Verbandsgebietes einleiten;
- b) gewerbliche Unternehmen und die jeweiligen Eigentümer von Grundstücken, Verkehrsanlagen und sonstigen Anlagen, die keine Mitglieder nach Nummern 1, 2, 5 und 6 a sind und Unternehmen des Verbandes verursachen, erschweren, zu erwarten haben oder von ihnen Vorteile haben oder zu erwarten haben; soweit ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt der Erbbauberechtigte an die Stelle des Eigentümers; soweit für Verkehrsanlagen eine Baulast besteht, tritt deren Träger an die Stelle des Eigentümers oder des Erbbauberechtigten;
7. die Erftfischereigenossenschaft Bergheim.

Mitglieder des Verbandes in den Gruppen nach Satz 1 Nrn. 1 bis 6 sind auch Eigentümer, Gebietskörperschaften oder Unternehmen außerhalb des Verbandsgebietes,

- b) In Satz 2 Buchstabe a werden nach den Wörtern „Grundwasser fördern“ ein Komma und die Wörter „, fördern lassen“ eingefügt.

- a) die im Tätigkeitsbereich unmittelbar Grundwasser fördern oder
- b) die Wasser aus Anlagen des Verbandes übernehmen oder
- c) deren Aufgaben und Pflichten der Verband gemäß § 2 Abs. 2 übernommen hat.

Auf Antrag werden in den Fällen des Satzes 2 auch Personen außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen als Mitglieder des Verbandes in den Gruppen nach Satz 1 Nrn. 1 bis 6 aufgenommen. Bergwerke und Einrichtungen gemäß Satz 1 Nr. 1 Buchstaben b und c und

Satz 2 sind auch das Bergwerkseigentum und die Bewilligung im Sinne des Bundesberggesetzes, ferner Bergwerke, Bergwerkseigentum und Bewilligungen, die aufgehoben oder widerrufen werden oder erlöschen.

(2) Die Mitgliedschaft in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 b und Absatz 1 Sätze 2 und 3 setzt voraus, daß in der Satzung festzusetzende Mindestbeiträge erreicht werden und der Beitragsbescheid dem Veranlagten zugestellt ist (§ 35 Abs. 1 und 2). Unterschreitet ein Mitglied in einer Beitragsgruppe den Mindestbeitrag, erlischt insoweit seine Mitgliedschaft mit dem Zeitpunkt, zu dem ihm die hierüber getroffene Entscheidung des Vorstandes zugestellt ist. Zwischen dieser Entscheidung und der Zustellung entstehen insoweit keine neuen Rechte oder Pflichten des Mitgliedes.

(3) Die Interessen derjenigen Eigentümer und Unternehmen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 und 6, die die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft im Verband nicht erfüllen, nehmen die Städte und Gemeinden gemäß Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 wahr.

(4) Mitglieder des Verbandes sind auch Eigentümer, Gebietskörperschaften oder Unternehmen im Sinne von Absatz 1, die infolge von Veränderungen der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse den Bedarf an Wasser (§ 39 Abs. 1) ganz oder teilweise vom Braunkohlenbergbau erhalten.

(5) Die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Mitglieder wird durch die Satzung geregelt.

(6) Streitigkeiten über Bestehen und Umfang der Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand. Gegen dessen Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat seit Zustellung Widerspruch beim Spruchausschuss eingelegt werden.

§ 14 Satzung

(1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse des Verbandes, soweit sie sich nicht bereits aus diesem Gesetz ergeben.

7. § 14 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 5 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

b) In Nummer 6 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.

c) Folgende Nummer 7 wird angefügt:

„7. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhaften Mitglied für die nach § 4 Absatz 2 übernommenen Aufgaben.“

(2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Delegiertenversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

(3) Die Satzung bestimmt insbesondere:

1. den Sitz des Verbandes (§ 1 Abs. 2),
2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 6 Abs. 2),
3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Mitglieder (§ 6 Abs. 5),
4. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder Überschreiten die Zustimmung des Verbandsrates einzuholen ist (§ 25 Abs. 5 Nr. 12),
5. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 32 Abs. 2),
6. die Orte, in welchen Bekanntmachungen des Verbandes auszulegen sind (§ 50 Abs. 1).

(4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten des Verbandes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.

(5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluß der Delegiertenversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

§ 15

Delegiertenversammlung

(1) Die Delegiertenversammlung besteht aus insgesamt 102 Delegierten.

(2) 100 Delegierte entfallen auf die Mitgliedergruppen gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 6, wobei jede dieser Mitgliedergruppen zunächst fünf Delegiertensitze erhält. Die verbleibenden 70 Sitze werden zusätzlich unter diesen Mitgliedergruppen im Verhältnis ihrer Beitragsleistungen nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren verteilt, wobei eine Mitgliedergruppe insgesamt nicht mehr als 66 Delegierte haben darf.

8. In § 15 Absatz 3 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.

(3) Für jede der in Absatz 2 genannten Mitgliedergruppen sind Beitragseinheiten zu ermitteln. Die Beitragseinheit eines Mitgliedes ergibt sich aus dem Verhältnis seines Mitgliedsbeitrages zum Gesamtbeitrag der Mitgliedergruppe, multipliziert mit der auf die Mitgliedergruppe entfallende Zahl an Delegiertensitzen. Jede Beitragseinheit berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Mitglied entsendet in die Delegiertenversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie es aufgrund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Mitgliedes ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letzten drei Jahren vor der Neubildung der Delegiertenversammlung zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung der Delegiertenversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Mitglieder noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes sowie die Beiträge gemäß § 38 des Erftverbandsgesetzes bleiben bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.

(4) Die Mitglieder einer Mitgliedergruppe mit Jahresbeiträgen, die eine volle Beitragseinheit nicht erreichen oder darüber hinausgehen (Beitragsteileinheiten), werden von der oder von dem Vorsitzenden des Verbandsrates zu einer Wahlversammlung eingeladen, in der die Delegierten für die noch unbesetzten Delegiertensitze der Mitgliedergruppe sowie eine erste oder zweite Nachfolgerin oder ein erster oder zweiter Nachfolger für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Delegierten zu wählen sind. Jedes wahlberechtigte Mitglied einer Mitgliedergruppe kann entsprechende Wahlvorschläge machen und sich mit seiner Beitragsteileinheit in der Versammlung vertreten lassen. Vertritt ein Mitglied die eigene Beitragsteileinheit oder mehrere Beitragsteileinheiten, können sie bei der Wahl nur einheitlich eingesetzt werden. Gewählt sind die Kandidatinnen oder Kandidaten, die die höchsten Summen an Beitragsteileinheiten auf sich vereinigen. Bleiben hiernach Delegierten- und Nachfolgesitze unbesetzt, ist ein weiterer Wahlgang durchzuführen; bei gleich hohen Summen an Beitragsteileinheiten entscheidet im Bedarfsfall das Los.

(5) Der Delegiertenversammlung gehören ferner an eine Delegierte oder ein Delegierter des Mitgliedes gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 und eine weitere Delegierte oder ein weiterer Delegierter, die oder der gewähltes Mitglied der Landwirtschaftskammer ist und von dieser entsandt wird. Die Delegierten haben in der Delegiertenversammlung je eine Stimme.

9. § 16 wird wie folgt geändert:

§ 16
Delegierte in der
Delegiertenversammlung

a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Mitglied“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Mitgliedes nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.

(1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 15 Abs. 3 und 4 kann nur sein, wer selbst Mitglied des Verbandes ist, wer bei dem Mitglied beruflich tätig ist, wer bei juristischen Personen vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Mitgliedes angehört.

- (2) Ein Mitglied darf nicht durch eine Delegierte oder einen Delegierten vertreten werden, die oder der in einem Dienstverhältnis zu einem anderen Mitglied steht. Dies gilt nicht für Delegierte gemäß § 15 Abs. 4.
- (3) Die oder der Delegierte der Landwirtschaftskammer (§ 15 Abs. 5) darf nicht Mitglied oder Pächter eines Mitglieders sein.
- b) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
- „Zur Angleichung der verbandlichen Wahlperiode an die der Kommunen und Kreise wird für die Delegiertenversammlung die Amtszeit der Delegierten im Jahr 2018 einmalig bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.“
- (4) Die Delegierten werden für fünf Jahre in die Delegiertenversammlung entsandt. In den letzten drei Monaten vor Beendigung der Amtszeit sind die Delegierten für die nächste Amtszeit zu benennen. Wiederwahl und Wiederberufung sind zulässig.
- (5) Von einer Gebietskörperschaft dürfen nicht mehr Vertreterinnen oder Vertreter der Verwaltung als Mitglieder der Vertretung der Gebietskörperschaft entsandt werden. Mindestens die Hälfte aller Delegierten der Kreise, Städte und Gemeinden muß einer Vertretung der Gebietskörperschaften angehören. Dies gilt auch für Wahlen nach § 15 Abs. 4.
- (6) Das Amt als Delegierte oder Delegierter erlischt vorzeitig durch Abwahl oder Abberufung, durch Ungültigkeit der Wahl aufgrund einer Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren, durch Niederlegung des Amtes, Wegfall der für die Entsendung jeweils maßgebenden Voraussetzungen, Wahl zum Mitglied des Verbandsrates, Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit, Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder Tod. Scheidet eine Delegierte oder ein Delegierter vorzeitig aus, ist eine Ersatzberufung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen oder wird die gewählte Nachfolgerin oder der gewählte Nachfolger Delegierte oder Delegierter.
- c) Nach Absatz 7 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- (7) Der Vorstand hat alle fünf Jahre eine neue Liste aufzustellen, in der die Mitglieder, ihre zu

„Zur Angleichung an Absatz 4 Satz 4 wird die Frist für die Aufstellung der Mitgliederliste nach Satz 1 im Jahr 2018 einmalig um zwei Jahre verlängert.“

berücksichtigenden Jahresbeiträge, die zugehörigen Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten aufzuführen sind. Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind Auszüge aus der Liste den Mitgliedern mit der Aufforderung bekanntzugeben, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Delegierten gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates für eine neue Amtsperiode zu benennen. Ferner lädt die oder der Vorsitzende des Verbandsrates mit mindestens zweiwöchiger Frist unter Angabe der Tagesordnung zu den Wahlversammlungen ein und leitet sie; § 22 Abs. 4 und 7 gilt entsprechend. Wird für eine Mitgliedergruppe nur ein Wahlvorschlag für alle auf sie entfallenden Delegierten und Nachfolgerinnen oder Nachfolger gemacht und stimmen alle Mitglieder dieser Gruppe dem Vorschlag schriftlich zu, so gelten die Vorgeschlagenen als gewählt. Einer Einberufung der Versammlung dieser Mitgliedergruppe bedarf es nicht. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 22

Sitzungen der Delegiertenversammlung, Beschlussfassung

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates lädt die Delegierten unter Angabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen und unterrichtet die Mitglieder des Verbandsrates, den Vorstand und die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter.

(2) Die Delegiertenversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder bei dem Vorsitzenden des Verbandsrates

- a) vom Vorstand oder
- b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates leitet die Sitzungen der Delegiertenversammlung. Die weiteren Mitglieder des Verbandsrates, der Vorstand und die Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter sollen an den

Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Verbandsrates, der Vorstand und die Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter sind nicht stimmberechtigt.

(4) Die Delegiertenversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen sind und mindestens die Hälfte aller Delegierten anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Delegiertenversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.

(5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.

(6) Die Delegiertenversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, wobei jede oder jeder Delegierte eine Stimme hat. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(7) Über die Sitzungen der Delegiertenversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen. Die Niederschriften sind von der oder von dem Vorsitzenden des Verbandsrates und von einer oder einem von der Delegiertenversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.

10. In § 22 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

(8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg als obere Bergbehörde und der im Verbandsgebiet zuständigen Bezirksregierungen können mit beratender Stimme an den Sitzungen der Delegiertenversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Delegiertenversammlung teilnehmen.

(9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.

(10) Die Mitglieder des Verbandes, die nicht selbst Delegierte stellen, können als Zuhörer an den Sitzungen der Delegiertenversammlung teilnehmen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern bekanntzumachen.

§ 23

Aufgaben der Delegiertenversammlung

(1) Die Delegiertenversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsrichtlinien. Sie wählt die Mitglieder des Verbandsrates.

11. § 23 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

(2) Ferner bleiben der Delegiertenversammlung unbeschadet weitergehender Satzungsregelungen vorbehalten:

1. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Delegiertenversammlung und einer Wahlordnung,
2. die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,

a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 30a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“

3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung des Finanzplans (§ 30) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,

b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung oder“ gestrichen.

4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und die Wahl der Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfer,

5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,

6. die Abnahme der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,

c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 3 und des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 3 und 4),

8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs. 2, § 4),
9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten.

(3) Die Delegiertenversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 28 Abs. 3.

§ 24

Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern, die von der Delegiertenversammlung gewählt werden. Zunächst entfallen auf die

1. Mitgliedergruppe gemäß 1 Mitglied,
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1
(Braunkohlenbergbau)

2. Mitgliedergruppe gemäß 1 Mitglied,
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2
(Elektrizitätswirtschaft)

3. Mitgliedergruppe gemäß 2 Mitglieder,
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3
(kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden)

4. Mitgliedergruppe gemäß 1 Mitglied,
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4
(Kreise)

5. Mitgliedergruppe gemäß 1 Mitglied,
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 (Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung)

6. Mitgliedergruppe gemäß 1 Mitglied,
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 (gewerbliche Unternehmen, Grundstücke, Verkehrsanlagen und sonstige Anlagen)

7. Vertreterinnen oder Vertreter der Arbeitnehmer des Verbandes 5 Mitglieder.

Die verbleibenden drei Sitze im Verbandsrat verteilen sich nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren auf die Mitgliedergruppen gemäß Satz 2 Nrn. 1 bis 6. Für die Vertreterinnen oder Vertreter der Kreise, Städte

und Gemeinden gilt § 16 Abs. 5 Satz 2 entsprechend. Grundlage ist das Beitragsverhältnis, das sich für diese Mitgliedergruppen aus den durchschnittlichen Beitragsleistungen der letzten drei Jahre vor Bildung des Verbandsrates ergibt; § 15 Abs. 3 Satz 7 gilt entsprechend.

(2) Die Mitglieder des Verbandsrates nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 7 werden von der Delegiertenversammlung aus je einem Vorschlag des Personalrates des Verbandes gemäß Satz 2 Nrn. 1 und 2 gewählt. Die Vorschläge müssen mindestens die doppelte Anzahl der zu wählenden Mitglieder des Verbandsrates enthalten, und zwar für:

1. drei Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verband stehen;
2. zwei weitere Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die nicht Beschäftigte des Verbandes sind. Diesem Wahlgang des Personalrates werden Vorschläge der im Verband vertretenen Gewerkschaften zugrundegelegt.

Die Wahl ist eine Personenwahl. Das Nähere regelt die Satzung.

(3) Mitglied des Verbandsrates kann nicht sein, wer Delegierte oder Delegierter in der Delegiertenversammlung ist. Im übrigen gilt § 16 Abs. 1 und 2 entsprechend.

(4) In der Satzung kann bestimmt werden, daß für jedes Mitglied des Verbandsrates in gleicher Weise ein stellvertretendes Mitglied des Verbandsrates gewählt wird.

(5) Der Verbandsrat wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3, 4 und 5 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1, 2 oder 6 zu stellen. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1, 2 oder 6 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3, 4 oder 5 zu stellen. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der gültigen

12. Dem § 24 Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

„In Anpassung an die in § 16 Absatz 4 Satz 4 getroffene Regelung findet die Wahl des Verbandsrates anstatt im Jahr 2018 im Jahr 2020 statt.“

Stimmen der anwesenden Mitglieder des Verbandsrates auf sich vereinigt. Kommt eine Wahl hiernach nicht zustande, ist gewählt, wer in einem zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(6) Die Amtszeit des Verbandsrates beträgt fünf Jahre. Die Mitglieder führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Verbandsrat gewählt ist. Wiederwahl ist zulässig. Im übrigen gilt § 16 Abs. 6 entsprechend.

(7) Die Delegiertenversammlung kann Mitglieder des Verbandsrates und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter wegen grober Verletzung der ihnen dem Verband gegenüber obliegenden Pflichten abwählen. Der Beschluß bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln aller Delegierten. In derselben Sitzung ist eine Ersatzwahl für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

§ 25

Aufgaben des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Delegiertenversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Verbandsrat wählt den Vorstand. Er bestimmt die oder den insbesondere für personelle und soziale Angelegenheit des Verbandes zuständige(n) Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiter, die oder der nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter bestellt werden darf.

(3) Für die Abberufung des Vorstandes aus einem wichtigen Grund ist § 26 Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung der Abteilungsleiterin oder des Abteilungsleiters aus der ihr oder ihm gemäß Absatz 2 Satz 2 übertragenen Funktion ist nur mit den Stimmen der

Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

(4) Der Verbandsrat beschließt über:

1. seine Geschäftsordnung,
2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
3. den Abschluß eines Dienstvertrages mit dem Vorstand,
4. die Geschäftsordnung für die Verbandsverwaltung,
5. die übrigen Zuständigkeiten der oder des gemäß Absatz 2 Satz 2 bestimmten Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiters innerhalb der Verbandsverwaltung und ihre oder seine Stellung gegenüber dem Vorstand in personellen und sozialen Angelegenheiten,
6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 31 Abs. 2) oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.

13. § 25 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 3 und Entwurf des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehung

(5) Der Zustimmung des Verbandsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:

1. Entwürfe der Übersichten (§ 3 Abs. 3 und 4),
2. Bau- und Maßnahmepläne für die Verbandsunternehmen,
3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Mitglieder und von Dritten sowie die Festsetzung der Entschädigung (§ 8 Abs. 5, § 9 Abs. 3),
4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 10),
5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung

hen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“

- c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.

- d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

„13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 30a).“

von Bürgschaften und über Gewährverträge, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,

7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,
8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,
9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,
10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 47),
11. Bestellung einer Abteilungsleiterin oder eines Abteilungsleiters zur ständigen Vertreterin oder zum ständigen Vertreter des Vorstandes,
12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,
13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 30) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 30 a),
14. Erklärung des Benehmens gegenüber dem Braunkohlenausschuss (§ 12 Abs. 1),
15. Überlassung der Durchführung von Unternehmen (§ 3 Abs. 2).

§ 27 Vorstand

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.

(2) Wer zum Vorstand gewählt wird, muß die für sein Amt erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre.

Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.

(3) Für die Abteilungsleiterin oder den Abteilungsleiter gemäß § 25 Abs. 2 Satz 2 gilt Absatz 2 sinngemäß.

14. Dem § 27 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

§ 28

Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht aufgrund dieses Gesetzes oder der Satzung der Delegiertenversammlung, dem Verbandsrat, der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates oder dem Spruchausschuss obliegen. Er bereitet die Beschlüsse der Delegiertenversammlung und des Verbandsrates vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen nichts anderes ergibt. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter der Beschäftigten des Verbandes und Leiter der Verbandsverwaltung.

(2) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten

15. In § 28 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 4 Satz 4“ eingefügt.

16. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“**

17. § 30 wird aufgehoben.

Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Verbandsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

(3) Der Vorstand kann Beschlüsse des Verbandsrates zu § 25 Abs. 4 und 5, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Delegiertenversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Delegiertenversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit zu entscheiden.

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge**

**§ 30
Haushaltsplan, Finanzplan**

(1) Die Delegiertenversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haushaltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und den Einzelplänen entsprechend den Aufgaben des Verbandes gemäß § 2. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung des Verbandes im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis der Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Einnahmen und Ausgaben nach § 38 sind im Haushaltsplan gesondert nachzuweisen.

(4) Der von der Delegiertenversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(5) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 4 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(6) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Haushaltsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(7) Die Delegiertenversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 3 und 4 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

18. § 30 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 30a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Der Verband wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen

**§ 30 a
Wirtschaftsplan**

(1) Der Verband kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

Rechnungswesens. Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 erste Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1, §§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Delegiertenversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

(2) Die Delegiertenversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 30 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist. Der Finanzplan muss in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind §§ 19, 21, 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium) im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(4) Der von der Delegiertenversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,
2. höhere Kredite erforderlich werden,
3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,
4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(6) Der von der Delegiertenversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder
2. höhere Kredite erforderlich werden oder
3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(9) Die Delegiertenversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 3 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636) geändert worden ist.“

19. § 32 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 32
Rücklagen, Rechnungs- und**

§ 32

Prüfungswesen, Wirtschaftsführung

- b) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushaltswirtschaft oder“ und die Wörter „Vermögenshaushalts oder“ gestrichen.
- c) In Absatz 2 wird die Angabe „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung

- (1) Der Verband soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft oder Wirtschaftsführung und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge (§ 35 Abs. 5 Satz 2) Rücklagen in angemessener Höhe bilden.
- (2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

20. § 33 wird wie folgt geändert:

**§ 33
Beiträge**

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.
- b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.
- (2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die in der Regel vierteljährlich im voraus erhoben werden. Der Verband ermittelt spätestens ab dem 1. Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrauchte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Der Verband kann eine Eigenfinanzierung auch mittels angemessener Direktfinanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.
- (3) Der Vorstand kann bei der Unterhaltung von Gewässern die Abgeltung von Beiträgen durch Dienst-, Werk- oder Sachleistungen zulassen.

c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

d) In Absatz 5 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.

(4) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes auferlegt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied des Verbandes. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und dem Verband eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.

(5) Ein ausgeschiedenes Mitglied bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; es kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Mitglied wegen der Aufwendungen des Verbandes herangezogen werden, die durch das ausscheidende Mitglied verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Mitgliedes an dem Verband. Geleistete Beiträge werden dem ausscheidenden Mitglied nicht erstattet oder ausgeglichen.

21. § 35 wird wie folgt geändert:

§ 35 Veranlagung

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- und“ gestrichen.

(1) Aufgrund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- und Wirtschaftsplans berechnet der Vorstand nach den Veranlagungsrichtlinien die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt unverzüglich jedem Mitglied seinen Beitrag für die jeweilige Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.

(2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen Unterlagen unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neues Mitglied ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsrichtlinien zu unterrichten.

- (3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Spruchausschuss vor.
- (4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten des Verbandes erforderlich ist, kann der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.
- (5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Mitgliedes des Verbandes gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Mitgliedern derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen, soweit sich aus den Veranlagungsrichtlinien nichts anderes ergibt. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Mitgliedern des Verbandes zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage (§ 32 Abs. 1) beschlossen wird.
- b) In Absatz 6 Satz 1 wird das Wort „Haushaltsjahres“ durch das Wort „Wirtschaftsjahres“ ersetzt und werden die Wörter „eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder“ gestrichen.
- (6) Werden im Laufe eines Haushaltsjahres Ausgaben erforderlich, die nur aufgrund eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder einer Änderung des Wirtschaftsplanes geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstellung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.
- (7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des § 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

§ 40

Rechtliche Eigenschaften der Beiträge, Zwangsvollstreckung

22. In § 40 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

(1) Die Beitragspflichten auf Grund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie lasten auf den Grundstücken, Bergwerken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Mitglied an dem Verband teilnimmt.

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Rechtsverordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter und denjenigen anderen Nutzungsberechtigten der zum Verbandsangehörigen Grundstücke, Bergwerke und Anlagen gerichtet werden, deren Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in einer Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist.

Die Frist für das Rechtsmittel nach § 35 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

23. § 41 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Personen“ eingefügt.

§ 41 Spruchausschuss

(1) Der Spruchausschuss besteht aus einer oder einem Vorsitzenden, die oder der im Hauptamt Richterin oder Richter ist, sowie

b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „Beisitzer“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Personen“ eingefügt, das Wort „Innenministerium“ wird durch die Wörter „für Inneres zuständigen Ministerium“ und die Wörter „Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr“ werden durch die Wörter „für Bergbau zuständigen Ministerium“ ersetzt.

aus drei im höheren Dienst des Landes stehenden Beamtinnen oder Beamten und aus einer oder einem Sachverständigen.

(2) Die oder der Vorsitzende wird durch den Ministerpräsidenten im Einvernehmen mit dem Ministerium, je eine oder einer der drei beamteten Beisitzer wird vom Ministerium, vom Innenministerium und vom Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr, die oder der Sachverständige durch das Ministerium bestellt.

(3) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter bestellt.

(4) Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Scheidet ein Mitglied aus seinem Hauptamte aus, so ist seine Abberufung zulässig. Fällt ein Mitglied oder eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter vorzeitig aus, so ist eine Ersatzbestellung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

(5) Die Mitglieder des Spruchausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(6) Die allgemeinen, persönlichen und sächlichen Kosten des Spruchausschusses trägt der Verband.

§ 54 Aufsicht

24. In § 54 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.

(1) Der Verband steht unter der Aufsicht des Staates. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium).

(2) Die Aufsicht stellt sicher, daß der Verband die ihm obliegenden Aufgaben und Pflichten nach geltendem Recht und im Einklang mit den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes erfüllt.

§ 56

Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

- (1) Erfüllt der Verband die ihm nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß er innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten des Verbandes selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Verbandsorgane.
25. In § 56 Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts- und“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.
- (2) Kommt der Verband einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert er es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- und Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.
- (3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Delegiertenversammlung und des Verbandsrates, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Delegiertenversammlung oder der Verbandsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.
- (4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen des Verbandes, die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten des Verbandes zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die aufgrund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

26. § 58 wird wie folgt geändert:

§ 58

Genehmigung von Geschäften

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Der Verband bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 4 werden die Wörter „den Dienstvertrag mit dem Vorstand“ durch das Wort „Dienstverträge“ ersetzt.

1. für Geschäfte im Sinne von § 25 Abs. 5 Nr. 7,
2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen, wenn der Erlös nicht dem Vermögenshaushalt des Verbandes zugeführt wird,
3. zur Gewährung von Darlehen über 10 000 Euro an Beschäftigte des Verbandes, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
4. zu Verträgen mit den in § 24 Abs. 1 und 4, § 27 Abs. 2 und § 41 Abs. 1 und 3 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um den Dienstvertrag mit dem Vorstand oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,

bbb) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“

5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft des Verbandes steht.

Das Nähere zu den Nummern 2 und 5 regelt die Satzung.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 25 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Verbandsaufgaben, die selbst beim Verband verbleiben,
3. die Ausführung der dem Verband nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,
4. es besteht keine Interessenskollision mit dem Verband und
5. § 3 Absatz 3 des Vergütungsofenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die der Verband ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Verbandsorgane und des Spruchausschusses ist unzulässig.

27. Die Überschrift des Zwölften Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zwölfter Teil
Auflösung, Übergangsvorschrift“**

28. § 59 wird aufgehoben.

**Zwölfter Teil
Gebühren, Auflösung,
Übergangsvorschrift**

**§ 59
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen des Verbandes zur unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben werden Gebühren der Behörden und Gerichte nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde des Verbandes bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben dient.

29. § 62 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 62
Inkrafttreten“**

- b) Satz 2 wird aufgehoben.

**§ 62
In-Kraft-Treten, Berichtspflicht**

Das Gesetz tritt am 1. Juli 1958 in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 7
Änderung des Linksniederrheinischen
Entwässerungs-Genossenschafts-
Gesetzes**

**Gesetz
über die Linksniederrheinische
Entwässerungs-Genossenschaft
(Linksniederrheinisches Entwässerungs-
Genossenschafts-Gesetz - LINEGG -)**

Das Linksniederrheinische Entwässerungs-Genossenschafts-Gesetz vom 7. Februar 1990 (GV. NRW. S. 210), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert: ...
- a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|--|
| „Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“ | Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge |
|--|--|
- b) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|----------------------|-----------------------------------|
| „§ 22 (weggefallen)“ | § 22 Haushaltsplan, Finanzplan |
|----------------------|-----------------------------------|
- c) Die Angabe zu § 22a wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|--------------------------|
| „§ 22a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“ | § 22a Wirtschaftsplan |
|--|--------------------------|
- d) Die Angabe zu § 24 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|--|
| „§ 24 Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“ | § 24 Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung |
|--|--|
- e) Die Angabe zum Zehnten Teil wird wie folgt gefasst:
- | | |
|-----------------------------|--|
| „Zehnter Teil
Auflösung“ | Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift |
|-----------------------------|--|
- f) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|----------------------|-------------------------------|
| „§ 39 (weggefallen)“ | § 39 Freiheit von Gebühren |
|----------------------|-------------------------------|
- g) Die Angabe zu § 41 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|----------------------|-----------------------------|
| „§ 41 (weggefallen)“ | § 41 Übergangsvorschrift |
|----------------------|-----------------------------|
- h) Die Angabe zu Artikel 2 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--------------------------------------|---|
| „Artikel 2
Inkrafttreten“ | Artikel 2
Inkrafttreten, Berichtspflicht |
| | § 1
Rechtsform, Name, Sitz |

(1) Für das Genossenschaftsgebiet (§ 5) wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Linksniederrheinische Entwässerungs-Genossenschaft“ gebildet. Die Linksniederrheinische Entwässerungs-Genossenschaft ist keine Gebietskörperschaft. Sie dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen ihrer Mitglieder.

(2) Der Sitz der Genossenschaft im Genossenschaftsgebiet wird durch die Satzung bestimmt.

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Genossenschaft ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

§ 2

Aufgaben der Genossenschaft

(1) Die Genossenschaft hat im Genossenschaftsgebiet folgende Aufgaben:

1. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
2. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
3. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
4. Regelung des Grundwasserstandes;
5. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand, insbesondere durch den Steinkohlen- und Salzabbau, hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;
6. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Trink- und Betriebswasserversorgung im Zusammenhang mit der

Regelung des Grundwasserstandes (Nr. 4);

7. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
8. Entsorgung der bei der Durchführung der genossenschaftlichen Aufgaben anfallenden Abfälle;
9. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
10. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Aufgaben der Genossenschaft erfordern.

(2) Auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung kann die Genossenschaft im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Genossenschaftsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband deren Abwasser zur Behandlung in genossenschaftliche Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Genossenschaftsgebietes durchführen. Der Beschluß der Genossenschaftsversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

(3) Aufgaben, die nach Absatz 1 der Genossenschaft zugewiesen sind, haben die bisher dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis die Genossenschaft sie übernimmt.

3. Dem § 2 Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

(4) Die Genossenschaft kann auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit ihren Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Die Genossenschaft darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihr nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenkollision führt.

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Genossenschaftsrat

über die Auftragsübernahme. Der Genossenschaftsversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Energieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Genossenschaft stellt über die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahresübersichten). Satz 1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133).“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

§ 3

**Unternehmen der Genossenschaft,
Übersichten**

(1) Unternehmen der Genossenschaft sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten.

(2) Die Genossenschaft stellt unbeschadet des Absatzes 3 über die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfjahresübersichten).

(3) Die Genossenschaft legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorgesehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach

Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können. Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann der Genossenschaft für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) die Genossenschaft die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

§ 4

Übernahme von Aufgaben

(1) Die Genossenschaft kann Aufgaben nach § 2 Abs. 1, die einer Gebietskörperschaft, einem Wasser- und Bodenverband oder einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Genossenschaftsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem betroffenen Verband auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde der Genossenschaft. Kommt das Einvernehmen mit einem Wasser- und Bodenverband nicht zustande, entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde der Genossenschaft. Liegt die Übernahme der Aufgabe durch die Genossenschaft im öffentlichen Interesse, kann die Aufsichtsbehörde der Genossenschaft die Übernahme gegenüber dem betroffenen Wasser- und Bodenverband anordnen.

(2) Für die Übertragung von Aufgaben der Genossenschaft auf eine Gebietskörperschaft, einen Wasser- und Bodenverband oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Genossenschaftsgebiet gilt Absatz 1 entsprechend.

5. § 4 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.
- b) In Satz 2 werden die Wörter „§ 2 Abs. 1 Nr. 7“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 1 Nummer 8“ ersetzt.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 1 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.

(4) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch den Verband und die in Absatz 1 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.

§ 11 Satzung

(1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse der Genossenschaft, soweit sie sich nicht bereits aus diesem Gesetz ergeben.

(2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Genossenschaftsversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

6. § 11 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 7 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.
- b) In Nummer 8 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.

(3) Die Satzung bestimmt insbesondere:

1. den Sitz der Genossenschaft (§ 1 Abs. 2),
2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 6 Abs. 2),
3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Genossen (§ 6 Abs. 3),
4. die Höhe des Beitrages für eine Beitrags-einheit, die zur Entsendung einer Delegierten oder eines Delegierten berechtigt (§ 12 Abs. 2),
5. das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen (§ 12 Abs. 3),
6. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder Überschreiten die Zustimmung des Genossenschaftsrates einzuholen ist (§ 17 Abs. 5 Nr. 12),
7. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 24 Abs. 2),

8. die Formen der Bekanntmachungen (§ 33).

c) Folgende Nummer 9 wird angefügt:

„9. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhaften Genossen für die nach § 4 Absatz 1 übernommenen Aufgaben.“

(4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten der Genossenschaft im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.

(5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluß der Genossenschaftsversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Genossenschaft vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

§ 12

Genossenschaftsversammlung

(1) Die Genossenschaftsversammlung besteht aus den Delegierten der Genossen gemäß Absatz 2 und 3 und einer oder einem Delegierten gemäß Absatz 4. Die Gesamtzahl der Delegierten wird durch die Satzung bestimmt.

7. In § 12 Absatz 2 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.

(2) Jede in der Satzung festzusetzende Einheit an Jahresbeiträgen (Beitragseinheit) berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Genosse entsendet in die Genossenschaftsversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie er auf Grund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Kein Genosse darf mehr als zwei Fünftel aller Delegierten stellen. Die nach Satz 3 über zwei Fünftel aller Beitragseinheiten hinausgehenden Beiträge eines Genossen berechtigen nicht zur Entsendung von Delegierten oder zur Bildung von und zum Eintritt in Stimmgruppen (Absatz 3). Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Genossen ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letzten drei Jahren vor der Neubildung der Genossenschaftsversammlung zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung der Genossenschaftsversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Genossen noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.

(3) Mit den Jahresbeiträgen, die eine volle Beitragseinheit nicht erreichen oder darüber hinausgehen (Beitragsteileinheiten), können sich die Genossen zu Stimmgruppen zusammenschließen. Jede Stimmgruppe hat so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie sie mit den zusammengelegten Beiträgen oder Beitragsteilen volle Beitragseinheiten auf sich vereinigt. Jeder Genosse kann sich nur an einer Stimmgruppe beteiligen. Jede Stimmgruppe wählt ihre Delegierten und entsendet sie in die Genossenschaftsversammlung. Das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen und die Wahl ihrer Delegierten regelt die Satzung.

(4) Der Genossenschaftsversammlung gehört ferner eine Delegierte oder ein Delegierter an, die oder der gewähltes Mitglied der Landwirtschaftskammer ist und von dieser entsandt wird. Die oder der Delegierte hat in der Verbandsversammlung eine Stimme.

§ 13

Delegierte in der Genossenschaftsversammlung

8. In § 13 Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Genossen“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Genossen nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.
- (1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 12 Abs. 2 und 3 kann nur sein, wer selbst Genosse ist, wer bei dem Genossen beruflich tätig ist, wer vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Genossen angehört.
- (2) Ein Genosse darf nicht durch eine Delegierte oder einen Delegierten vertreten werden, die oder der in einem Dienstverhältnis zu einem anderen Genossen steht. Dies gilt nicht für Delegierte gemäß § 12 Abs. 3.
- (3) Die oder der Delegierte gemäß § 12 Abs. 4 darf nicht Genosse oder Pächter eines Genossen sein.
- (4) Die Delegierten gemäß § 12 Abs. 1 werden für fünf Jahre in die Genossenschaftsversammlung entsandt. In den letzten drei Monaten vor Beendigung der Amtszeit sind die Delegierten für die nächste Amtsperiode zu benennen. Wiederwahl oder Wiederberufung sind zulässig.
- (5) Von einer Gebietskörperschaft dürfen nicht mehr Vertreterinnen oder Vertreter der Verwaltung als Mitglied der Vertretung der Gebietskörperschaft entsandt werden. Mindestens die Hälfte aller Delegierten der Kreise, Städte und Gemeinden muß einer Vertretung der Gebietskörperschaften angehören. Das gilt auch für die Bildung von Stimmgruppen gemäß § 12 Abs. 3.
- (6) Das Amt als Delegierte oder Delegierter erlischt vorzeitig durch Abwahl oder Abberufung, durch Niederlegung des Amtes, Wegfall der für die Entsendung jeweils maßgeblichen Voraussetzungen, Wahl zum Mitglied des Genossenschaftsrates, Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit, Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder Tod. Scheidet eine Delegierte oder ein Delegierter vorzeitig aus,

ist eine Ersatzwahl oder Ersatzberufung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

(7) Der Vorstand hat alle fünf Jahre eine neue Liste aufzustellen, in der die Genossen, ihre zu berücksichtigenden Jahresbeiträge, die zugehörigen Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten aufzuführen sind. Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind Auszüge der Liste den Genossen mit der Aufforderung bekanntzumachen, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Delegierten gegenüber der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates für eine neue Amtsperiode zu benennen. Auf die Möglichkeit, sich zu Stimmgruppen zusammenzuschließen und deren Delegierte zu benennen, ist hinzuweisen. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 14

Aufgaben der Genossenschaftsversammlung

(1) Die Genossenschaftsversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsrichtlinien. Sie wählt die Mitglieder des Genossenschaftsrates.

9. § 14 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 22a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“

b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung oder“ gestrichen.

c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

(2) Der Genossenschaftsversammlung bleiben ferner vorbehalten:

1. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Genossenschaftsversammlung,
2. die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,
3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen die Aufstellung des Finanzplans (§ 22) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,
4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und der Wahl der Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfer,
5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,
6. die Abnahme der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,
7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),

„7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs. 2, § 4),
9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten,
10. die Wahl der Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2).

(3) Die Genossenschaftsversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 20 Abs. 3.

§ 15

Sitzungen der Genossenschaftsversammlung, Beschlussfassung

(1) Die oder der Vorsitzende des Genossenschaftsrates lädt die Delegierten (§ 12 Abs. 1) unter Angabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen und unterrichtet die Mitglieder des Genossenschaftsrates, den Vorstand und die Dezernentinnen und Dezernenten.

(2) Die Genossenschaftsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates

- a) vom Vorstand oder
- b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Genossenschaftsrates leitet die Sitzungen der Genossenschaftsversammlung. Die weiteren Mitglieder des Genossenschaftsrates, der Vorstand und die Dezernentinnen oder Dezernenten sollen an den Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Genossenschaftsrates, der Vorstand und die Dezernentinnen oder Dezernenten sind nicht stimmberechtigt. Entsprechendes gilt für die oder den gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 bestimmte Dezernentin oder bestimmten Dezernenten.

(4) Die Genossenschaftsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen sind und mindestens die Hälfte aller

Delegierten anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Genossenschaftsversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.

(5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.

(6) Die Genossenschaftsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmhaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(7) Über die Sitzungen der Genossenschaftsversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen. Die Niederschriften sind von der oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates und von einer oder einem von der Genossenschaftsversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.

10. In § 15 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

(8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg als obere Bergbehörde und der Bezirksregierung kann mit beratender Stimme an den Sitzungen der Genossenschaftsversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Genossenschaftsversammlung teilnehmen.

(9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.

(10) Die Genossen, die ausschließlich durch Delegierte nach § 12 Abs. 3 vertreten werden, können als Zuhörer an den Sitzungen der Genossenschaftsversammlung teilnehmen. Ort,

Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Genossen bekanntzumachen.

§ 17

Aufgaben des Genossenschaftsrates

(1) Der Genossenschaftsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Genossenschaftsrat wählt den Vorstand. Er bestimmt die oder den insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten der Genossenschaft zuständige Dezerntin oder zuständigen Dezernten. Diese Dezerntin oder dieser Dezernt darf nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter bestellt werden.

(3) Für die Abberufung des Vorstandes aus einem wichtigen Grund ist § 18 Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung der oder des gemäß Absatz 2 Satz 2 bestellten Dezerntin oder Dezernten aus einem wichtigen Grund ist nur mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

(4) Der Genossenschaftsrat beschließt über:

1. seine Geschäftsordnung,
2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
3. den Abschluß eines Dienstvertrages mit dem Vorstand,
4. die Geschäftsordnung für die Genossenschaftsverwaltung,
5. die übrigen Zuständigkeiten der oder des gemäß Absatz 2 Satz 2 bestimmten Dezerntin oder Dezernten innerhalb der Genossenschaftsverwaltung und ihre oder seine Stellung gegenüber dem Vorstand in personellen und sozialen Angelegenheiten,
6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 23 Abs. 2) oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.

11. § 17 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und Entwurf des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“

c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.

d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

(5) Der Zustimmung des Genossenschaftsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:

1. Entwürfe der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
2. Bau- und Maßnahmepläne für die Genossenschaftsunternehmen,
3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Genossen und von Dritten sowie Festsetzung des Geldausgleichs (§ 7 Abs. 5),
4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 9),
5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb der Genossenschaft,
6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung von Bürgschaften und über Gewährverträge, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,
7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und die Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,
8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,
9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,
10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 32),
11. Bestellung einer Dezernentin oder eines Dezernenten zur ständigen Vertreterin oder zum ständigen Vertreter des Vorstandes,
12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,

„13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 22a).“

13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 22) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 22 a).

§ 19 Vorstand

(1) Die oder der Vorsitzende des Genossenschaftsrates ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.

(2) Wer zum Vorstand gewählt wird, muß die für sein Amt erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre. Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.

(3) Für die Dezernentin oder den Dezernenten gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 gilt Absatz 2 sinngemäß.

12. Dem § 19 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW.

S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

§ 20 Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht auf Grund dieses Gesetzes oder der Satzung der Genossenschaftsversammlung, dem Genossenschaftsrat, der oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates oder dem Widerspruchsausschuß obliegen. Der

Vorstand bereitet die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung und des Genossenschaftsrates vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen nichts anderes ergibt. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter der Beschäftigten der Genossenschaft und Leiter der Genossenschaftsverwaltung.

(2) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Genossenschaftsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Genossenschaftsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

13. In § 20 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 4 Satz 4“ eingefügt.

(3) Der Vorstand kann Beschlüsse des Genossenschaftsrates zu § 17 Abs. 4 und 5, die den Interessen der Genossenschaft zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Genossenschaftsversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Genossenschaftsversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit zu entscheiden.

14. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge**

15. § 22 wird aufgehoben.

**§ 22
Haushaltsplan, Finanzplan**

(1) Die Genossenschaftsversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haushaltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kas-

senkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und Einzelplänen. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung der Genossenschaft im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis der Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Der von der Genossenschaftsversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(5) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Haushaltsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(6) Die Genossenschaftsversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten

gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

16. § 22 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 22a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Die Genossenschaft wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen Rechnungswesens. Für die Buchführung der Genossenschaft, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 erste Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1, §§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Genossenschaftsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

**§ 22 a
Wirtschaftsplan**

(1) Die Genossenschaft kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

(2) Die Genossenschaftsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kaschenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 22 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Für die Buchführung der Genossenschaft, die Kostenrechnung und den Jahresabschluß sind §§ 19, 21, 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der

Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium) im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(4) Der von der Genossenschaftsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(6) Der von der Genossenschaftsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder

2. höhere Kredite erforderlich werden,

2. höhere Kredite erforderlich werden oder

3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,

3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder

4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder

5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(9) Die Genossenschaftsversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der

Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636) geändert worden ist.“

17. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 24
Rücklagen, Rechnungs- und
Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“**

b) In Absatz 1 wird das Wort „Haushaltswirtschaft“ durch das Wort „Wirtschaftsführung“ ersetzt und werden die Wörter „Vermögenshaushalts oder“ gestrichen.

c) In Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

**§ 24
Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen;
Wirtschaftsführung**

(1) Die Genossenschaft soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge (§ 27 Abs. 5 Satz 2) Rücklagen in angemessener Höhe bilden.

(2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung und zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

18. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.

**§ 25
Beiträge**

(1) Die Genossen haben der Genossenschaft die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten, ihrer Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben der Genossenschaft nicht ausreichen.

(2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die nach Maßgabe der Satzung fällig werden. Die Genossenschaft ermittelt spätestens ab dem 1. Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung

- des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrauchte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Die Genossenschaft kann eine Eigenfinanzierung auch mittels angemessener Direktfinanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
- (3) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes auferlegt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied der Genossenschaft. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und der Genossenschaft eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.
- d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.
- (4) Ein ausgeschiedener Genosse bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; er kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Genosse zu den Aufwendungen der Genossenschaft herangezogen werden, die durch den ausscheidenden Genossen verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Genossen an der Genossenschaft.

19. § 27 wird wie folgt geändert:

§ 27 Veranlagung

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.
- (1) Auf Grund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- oder Wirtschaftsplans berechnet der Vorstand nach den Veranlagungsrichtlinien die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt jedem Genossen seinen Beitrag für die jeweilige Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.

- (2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen Unterlagen unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neuer Genosse ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsrichtlinien zu unterrichten.
- (3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Widerspruchsausschuß vor.
- (4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten der Genossenschaft erforderlich ist, kann der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.
- (5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Genossen gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Genossen derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen, soweit sich aus den Veranlagungsrichtlinien nichts anderes ergibt. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Genossen zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage (§ 24 Abs. 1) beschlossen wird.
- b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „Haushaltsjahres oder“ und die Wörter „eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder“ gestrichen.
- (6) Werden im Laufe eines Haushaltsjahres oder Wirtschaftsjahres Ausgaben erforderlich, die nur auf Grund eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder einer Änderung des Wirtschaftsplanes geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstellung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

(7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des § 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

§ 28

Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung

(1) Die Beitragspflichten auf Grund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie ruhen auf den Grundstücken, Bergwerken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Genosse an der Genossenschaft teilnimmt.

20. In § 28 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Verordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter oder diejenigen anderen Nutzungsberechtigten der zur Genossenschaft gehörenden Grundstücke, Bergwerke und Anlagen gerichtet werden, der sein Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in einer Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist. Die Frist für das Rechtsmittel nach § 27 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen

in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

§ 29 Widerspruchsausschuß

21. § 29 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Landesbeamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- c) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

(1) Der Widerspruchsausschuß besteht aus:

1. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zur oder zum Vorsitzenden zu berufenden Landesbeamtin oder Landesbeamten, die oder der die Befähigung zum Richteramt besitzt,
2. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden höheren technischen Beamtin oder Beamten der staatlichen Umweltverwaltung,
3. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden Beamtin oder Beamten der Bergverwaltung, die oder den die oberste Bergbehörde vorschlägt,
4. sechs weiteren, von der Genossenschaftsversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 und 2 müssen vorliegen. Die Mitglieder nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 5 müssen mindestens durch je ein Mitglied vertreten sein.

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses dürfen nicht dem Genossenschaftsrat angehören.

(2) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter berufen oder gewählt.

(3) Die Amtszeit des Widerspruchsausschusses beträgt fünf Jahre. Wiederberufung und Wiederwahl sind zulässig. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Widerspruchsausschuß gebildet ist. Scheidet ein Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 aus seinem Hauptamt aus, ist seine Abberufung zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Der Widerspruchsausschuß regelt sein Verfahren in einer Verfahrensordnung.

§ 34 Aufsicht

22. In § 34 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.

(1) Die Genossenschaft steht unter der Aufsicht des Staates. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium).

(2) Die Aufsicht stellt sicher, daß die Genossenschaft die ihr obliegenden Aufgaben und Pflichten nach geltendem Recht und im Einklang mit den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes erfüllt.

(3) Der zuständige Minister kann seine Aufsichtsbefugnisse durch Rechtsverordnung ganz oder teilweise auf die Bezirksregierung übertragen.

§ 36 Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

23. In § 36 Absatz 2 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Erfüllt die Genossenschaft die ihr nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß die Genossenschaft innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten der Genossenschaft selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Genossenschaftsorgane.

(2) Kommt die Genossenschaft einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert sie es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter

Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.

(3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung und des Genossenschaftsrates, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Genossenschaftsversammlung oder der Genossenschaftsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.

(4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen der Genossenschaft, die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten der Genossenschaft zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die auf Grund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

24. § 38 wird wie folgt geändert:

§ 38 Genehmigung von Geschäften

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Die Genossenschaft bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

1. für Geschäfte im Sinne von § 17 Abs. 5 Nr. 7,

2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögenshaushalt oder Vermögensplan der Genossenschaft zugeführt wird,

- aaa) In Nummer 4 werden die Wörter „den Dienstvertrag mit dem Vorstand“ durch das Wort „Dienstverträge“ ersetzt.
- bbb) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:
- „5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“
3. zur Gewährung von Darlehen über 10 000 Euro an Beschäftigte der Genossenschaft, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb der Genossenschaft,
4. zu Verträgen mit den in § 16 Abs. 1 und 4, § 19 Abs. 2 und § 29 Abs. 1 und 2 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um den Dienstvertrag mit dem Vorstand oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft der Genossenschaft steht.

Das Nähere zu den Nummern 2 und 5 regelt die Satzung.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 17 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben der Genossenschaft, die selbst bei der Genossenschaft verbleiben,
3. die Ausführung der der Genossenschaft nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,

4. es besteht keine Interessenskollision mit der Genossenschaft und

5. § 3 Absatz 3 des Vergütungsofenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die die Genossenschaft ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Genossenschaftsorgane und des Widerspruchsausschusses ist unzulässig.

25. Die Überschrift des Zehnten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil
Auflösung, Inkrafttreten“**

**Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung,
Übergangsvorschrift**

26. § 39 wird aufgehoben.

**§ 39
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen der Genossenschaft zur unmittelbaren Durchführung ihrer Aufgaben werden Gebühren der Behörden und Gerichte nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde der Genossenschaft bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung ihrer Aufgaben dient.

27. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 2
Inkrafttreten“**

- b) Satz 2 wird aufgehoben.

**Artikel 2
Inkrafttreten, Berichtspflicht**

Artikel 1 tritt am 1. Juli 1995 in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 8
Änderung des Lippeverbandsgesetzes**

Das Lippeverbandsgesetz vom 7. Februar 1990 (GV. NRW. S. 162), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:

„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“

- b) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:

„§ 22 (weggefallen)“

- c) Die Angabe zu § 22a wird wie folgt gefasst:

„§ 22a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“

- d) Die Angabe zu § 24 wird wie folgt gefasst:

„§ 24 Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“

- e) Die Angabe zum Zehnten Teil wird wie folgt gefasst:

...

**Gesetz
über den Lippeverband
(Lippeverbandsgesetz - LippeVG -)**

Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge

§ 22 Haushaltsplan, Finanzplan

§ 22a Wirtschaftsplan

§ 24 Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung

„Zehnter Teil
Auflösung“

Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung,
Übergangsvorschrift

f) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst:

„§ 39 (weggefallen)“

§ 39 Freiheit von Gebühren

g) Die Angabe zu § 41 wird wie folgt gefasst:

„§ 41 (weggefallen)“

§ 41 Übergangsvorschrift

h) Die Angabe zu Artikel 2 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 2
Inkrafttreten“

Artikel 2
Inkrafttreten, Berichtspflicht

§ 1
Rechtsform, Name, Sitz

(1) Für das oberirdische Einzugsgebiet der Lippe unterhalb Lippborg (Lippe-km 142,44) bis zur Mündung und angrenzende Gebiete (Verbandsgebiet, § 5) wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Lippeverband“ gebildet. Der Lippeverband ist keine Gebietskörperschaft. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder.

(2) Der Sitz des Verbandes wird durch die Satzung bestimmt.

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Verband ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

§ 2
Aufgaben des Verbandes

(1) Der Verband hat im Verbandsgebiet folgende Aufgaben:

1. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder

- Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
2. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
 3. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
 4. Regelung des Grundwasserstandes;
 5. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand, insbesondere durch den Steinkohlenabbau hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;
 6. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
 7. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
 8. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
 9. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben erfordern.
 10. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Trinkwasser- und Betriebswasserversorgung sowie zur Ausnutzung der Wasserkraft.

(2) Auf Beschluß der Verbandsversammlung kann der Verband im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Verbandsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband deren Abwasser zur Behandlung in verbandseigene Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Verbandsgebietes durchführen. Entsprechendes gilt für die Überleitung von Grubenwässern in das Verbandsgebiet. Der Beschluß der Verbandsversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

3. Dem § 2 Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Verbandsrat über die Auftragsübernahme. Der Verbandsversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

4. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Energieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Verband stellt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahresübersichten). Satz

(3) Aufgaben, die nach Absatz 1 dem Verband zugewiesen sind, haben die bisher dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis der Verband sie übernimmt.

(4) Der Verband kann auf Beschluß der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenkollision führt.

§ 3

Unternehmen des Verbandes, Übersichten

(1) Unternehmen des Verbandes sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten.

(2) Der Verband stellt unbeschadet des Absatzes 3 über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfjahresübersichten).

1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133).“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

(3) Der Verband legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorgesehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können. Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann dem Verband für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) der Verband die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

§ 4

Übernahme von Aufgaben

(1) Der Verband kann Aufgaben nach § 2 Abs. 1, die einer Gebietskörperschaft, einem Wasser- und Bodenverband oder einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem betroffenen Verband auf Beschluß der Verbandsversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde des Lippeverbandes. Kommt das Einvernehmen mit einem Wasser- und Bodenverband nicht zustande, entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde des Lippeverbandes. Liegt die Übernahme der Aufgabe durch den Lippeverband

- im öffentlichen Interesse, kann die Aufsichtsbehörde des Lippeverbandes die Übernahme gegenüber dem betroffenen Wasser- und Bodenverband anordnen.
- (2) Für die Übertragung von Aufgaben des Lippeverbandes auf eine Gebietskörperschaft, einen Wasser- und Bodenverband oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet gilt Absatz 1 entsprechend.
5. In § 4 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.
- (3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 1 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.
- (4) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch den Verband und die in Absatz 1 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.

§ 11 Satzung

- (1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse des Verbandes, soweit sie sich nicht aus diesem Gesetz ergeben.
- (2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Verbandsversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.
6. § 11 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- (3) Die Satzung bestimmt insbesondere:
1. den Sitz des Verbandes (§ 1 Abs. 2),
 2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 6 Abs. 2),
 3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Mitglieder (§ 6 Abs. 3),
 4. die Höhe des Beitrages für eine Beitrags-einheit, die zur Entsendung einer Delegierten oder eines Delegierten berechtigt (§ 12 Abs. 2),
 5. das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen (§ 12 Abs. 3),

- a) In Nummer 8 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.
 - b) In Nummer 9 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
 - c) Folgende Nummer 10 wird angefügt:

„10. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhaften Mitglied für die nach § 4 Absatz 1 übernommenen Aufgaben.“
- 6. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder Überschreiten die Zustimmung des Verbandsrates einzuholen ist (§ 17 Abs. 5 Nr. 12),
 - 7. die Geschäfte und Angelegenheiten, für die wegen ihrer Bedeutung eine Entscheidung des gesamten Vorstandes herbeizuführen ist,
 - 8. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 24 Abs. 2),
 - 9. die Formen der Bekanntmachungen (§ 33).

(4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten des Verbandes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.

- (5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
 - b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
 - c) der Vorstand hat den Beschluß der Versammlung vorher beanstandet oder
 - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

§ 12

Verbandsversammlung

7. In § 12 Absatz 2 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.
- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Delegierten der Mitglieder gemäß Absatz 2 und 3 und einer oder einem Delegierten gemäß Absatz 4. Die Gesamtzahl der Delegierten wird durch die Satzung bestimmt.
- (2) Jede in der Satzung festzusetzende Einheit an Jahresbeiträgen (Beitragseinheit) berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Mitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie es auf Grund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Kein Mitglied darf mehr als zwei Fünftel aller Delegierten stellen. Die nach Satz 3 über zwei Fünftel aller Beitragseinheiten hinausgehenden Beiträge eines Mitgliedes berechtigen nicht zur Entsendung von Delegierten oder zur Bildung von und zum Eintritt in Stimmgruppen (Absatz 3). Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Mitgliedes ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letzten drei Jahren vor der Neubildung der Verbandsversammlung zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung der Verbandsversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Mitglieder noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.
- (3) Mit den Jahresbeiträgen, die eine volle Beitragseinheit nicht erreichen oder darüber hinausgehen (Beitragsteileinheiten), können sich die Mitglieder zu Stimmgruppen zusammenschließen. Jede Stimmgruppe hat so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie sie mit den zusammengelegten Beiträgen oder Beitragsteilen volle Beitragseinheiten auf sich vereinigt. Jedes Mitglied kann sich nur an einer Stimmgruppe beteiligen. Jede Stimmgruppe wählt ihre Delegierten und entsendet sie in die Verbandsversammlung. Das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen und die Wahl ihrer Delegierten regelt die Satzung.

(4) Der Verbandsversammlung gehört ferner eine Delegierte oder ein Delegierter an, die oder der gewähltes Mitglied der Landwirtschaftskammer ist und von dieser entsandt wird. Die oder der Delegierte hat in der Verbandsversammlung eine Stimme.

§ 13

Delegierte in der Verbandsversammlung

8. In § 13 Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Mitglied“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Mitgliedes nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.

(1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 12 Abs. 2 und 3 kann nur sein, wer selbst Mitglied des Verbandes ist, wer bei dem Mitglied beruflich tätig ist, wer vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Mitgliedes angehört.

(2) Ein Mitglied darf nicht durch eine Delegierte oder einen Delegierten vertreten werden, die oder der in einem Dienstverhältnis zu einem anderen Mitglied steht. Dies gilt nicht für Delegierte gemäß § 12 Abs. 3.

(3) Die oder der Delegierte gemäß § 12 Abs. 4 darf nicht Mitglied oder Pächter eines Mitgliedes sein.

(4) Die Delegierten gemäß § 12 Abs. 1 werden für fünf Jahre in die Verbandsversammlung entsandt. In den letzten drei Monaten vor Beendigung der Amtszeit sind die Delegierten für die nächste Amtsperiode zu benennen. Wiederwahl oder Wiederberufung sind zulässig.

(5) Von einer Gebietskörperschaft dürfen nicht mehr Vertreterinnen oder Vertreter der Verwaltung als Mitglieder der Vertretung der Gebietskörperschaft entsandt werden. Mindestens die Hälfte aller Delegierten der Kreise, Städte und Gemeinden muß einer Vertretung der Gebietskörperschaften angehören. Das gilt auch für die Bildung von Stimmgruppen gemäß § 12 Abs. 3.

(6) Das Amt als Delegierte oder Delegierter erlischt vorzeitig durch Abwahl oder Abberufung, durch Niederlegung des Amtes, Wegfall der für die Entsendung jeweils maßgebenden

Voraussetzungen, Wahl zum Mitglied des Verbandsrates, Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit, Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder Tod. Scheidet eine Delegierte oder ein Delegierter vorzeitig aus, ist eine Ersatzwahl oder Ersatzberufung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

(7) Der Vorstand hat alle fünf Jahre eine neue Liste aufzustellen, in der die Mitglieder, ihre zu berücksichtigenden Jahresbeiträge, die zugehörigen Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten aufzuführen sind. Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind Auszüge der Liste den Mitgliedern mit der Aufforderung bekanntzugeben, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Delegierten gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates für eine neue Amtsperiode zu benennen. Auf die Möglichkeit, sich zu Stimmgruppen zusammenzuschließen und deren Delegierte zu benennen, ist hinzuweisen. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 14

Aufgaben der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsgrundsätze. Sie wählt die Mitglieder des Verbandsrates.

9. § 14 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 22a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“

b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung oder“ gestrichen.

(2) Der Verbandsversammlung bleiben ferner vorbehalten:

1. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
2. Die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,
3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung des Finanzplans (§ 22) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,
4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Wahl der Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfer,
5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,

c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

6. die Abnahme der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,
7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs. 2, § 4),
9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten,
10. die Wahl der Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2).

(3) Die Verbandsversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 20 Abs. 4.

§ 15

Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlußfassung

Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlußfassung

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates lädt die Delegierten (§ 12 Abs. 1) unter Angabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen und unterrichtet die Mitglieder des Verbandsrates.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates

- a) vom Vorstand oder
- b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates leitet die Sitzungen der Verbandsversammlung. Die weiteren Mitglieder des Verbandsrates und der Vorstand sollen an den Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Verbandsrates und der Vorstand sind nicht stimmberechtigt.

(4) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen

sind und mindestens die Hälfte aller Delegierten anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Verbandsversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.

(5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.

(6) Die Verbandsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmhaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(7) Über die Sitzungen der Verbandsversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen. Die Niederschriften sind von der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates und von einer oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.

10. In § 15 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

(8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg als obere Bergbehörde der im Verbandsgebiet zuständigen Bezirksregierungen und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion West kann mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen.

(9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.

(10) Die Mitglieder, die ausschließlich durch Delegierte nach § 12 Abs. 3 vertreten werden,

können als Zuhörer an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern bekanntzumachen.

§ 17

Aufgaben des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Verbandsrat wählt den Vorstand und bestellt ein Vorstandsmitglied zur oder zum Vorsitzenden des Vorstandes. Das Vorstandsmitglied, das insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten des Verbandes zuständig ist, darf nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter gewählt werden. Haben Lippeverband und Emschergenossenschaft eine gemeinsame Verwaltung, wählen der Verbandsrat des Lippeverbandes und der Genossenschaftsrat der Emschergenossenschaft insgesamt mindestens zwei Vorstandsmitglieder.

(3) Für die Abberufung von Vorstandsmitgliedern aus einem wichtigen Grund ist § 18 Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung des gemäß Absatz 2 Satz 2 gewählten Vorstandsmitgliedes ist nur mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

(4) Der Verbandsrat beschließt über:

1. seine Geschäftsordnung,
2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
3. den Abschluß von Dienstverträgen mit dem Vorstand,
4. die Geschäftsordnung für die Verbandsverwaltung,
5. die übrigen Zuständigkeiten des gemäß Absatz 2 Satz 2 gewählten Vorstandsmitgliedes innerhalb des Vorstandes,
6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 23

Abs. 2) oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.

11. § 17 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und Entwurf des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“

c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.

d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

(5) Der Zustimmung des Verbandsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:

1. Entwürfe der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
2. Bau- und Maßnahmepläne für die Verbandsunternehmen,
3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Mitglieder und von Dritten sowie Festsetzung des Geldausgleichs (§ 7 Abs. 5),
4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 9),
5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung von Bürgschaften und über Gewährverträge, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,
7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,
8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,
9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,
10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 32),
11. Geschäftsordnung für den Vorstand,
12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,

„13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 22a).“

13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 22) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 22 a).

§ 19 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus der oder dem Vorsitzenden des Vorstandes und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied. Ein Vorstandsmitglied ist insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten zuständig. Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.

(2) Die oder der Vorsitzende des Vorstandes und die weiteren Mitglieder des Vorstandes müssen die für ihr Amt erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.

12. Dem § 19 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW.

S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

§ 20 Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand gibt sich mit Zustimmung des Verbandsrates eine Geschäftsordnung, in

der auch die ständige Vertretung der oder des Vorsitzenden des Vorstandes zu regeln ist.

(2) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht auf Grund dieses Gesetzes oder der Satzung der Verbandsversammlung, dem Verbandsrat, der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates oder dem Widerspruchsausschuß obliegen. Die oder der Vorsitzende des Vorstandes bereitet die Beschlüsse der Verbandsorgane vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen oder aus der Geschäftsordnung für den Vorstand nichts anderes ergibt. Die oder der Vorsitzende des Vorstandes ist Leiterin oder Leiter der Verbandsverwaltung. Das insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Beschäftigten des Verbandes.

(3) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Verbandsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben. Wenn wegen besonderer Eilbedürftigkeit eine Entscheidung des gesamten Vorstandes nicht herbeigeführt werden kann, entscheidet die oder der Vorsitzende des Vorstandes.

13. In § 20 Absatz 4 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 4 Satz 4“ eingefügt.

(4) Der Vorstand kann Beschlüsse des Verbandsrates zu § 17 Abs. 4 und 5, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Verbandsversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Verbandsversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit zu entscheiden.

14. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge**

15. § 22 wird aufgehoben.

§ 22

Haushaltsplan, Finanzplan

(1) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haushaltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und Einzelplänen. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung des Verbandes im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis der Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(5) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Haushaltsplanentwurf für das betreffende

Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(6) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

16. § 22 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 22a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Der Verband wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen Rechnungswesens. Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 erste Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1, §§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land

**§ 22 a
Wirtschaftsplan**

(1) Der Verband kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 22 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist. Der Finanzplan muß in Einnahmen und

Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluß sind §§ 19, 21, 22 Absätze 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium) im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(4) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(6) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplans bedingt oder

2. höhere Kredite erforderlich werden,

2. höhere Kredite erforderlich werden oder

3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,

4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder

3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder

5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich

4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei

wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(9) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der

Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636) geändert worden ist.“

17. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 24
Rücklagen, Rechnungs- und
Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“**

b) In Absatz 1 wird werden die Wörter „Haushaltswirtschaft oder“ und die Wörter „Vermögenshaushalts oder“ gestrichen.

c) In Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

**§ 24
Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen;
Wirtschaftsführung**

(1) Der Verband soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft oder Wirtschaftsführung und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge (§ 27 Abs. 5 Satz 3) Rücklagen in angemessener Höhe bilden.

(2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung und zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

18. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.

**§ 25
Beiträge**

(1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

(2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die nach Maßgabe der Satzung fällig werden. Der Verband ermittelt spätestens ab dem 1.

Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrauchte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Der Verband kann eine Eigenfinanzierung auch mittels angemessener Direktfinanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.

c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

(3) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes auferlegt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied des Verbandes. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und dem Verband eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.

d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.

(4) Ein ausgeschiedenes Mitglied bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; es kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Mitglied wegen der Aufwendungen des Verbandes herangezogen werden, die durch das ausscheidende Mitglied verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Mitgliedes an dem Verband.

19. § 27 wird wie folgt geändert:

§ 27 Veranlagung

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Auf Grund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- oder Wirtschaftsplanes berechnet der Vorstand nach den Veranlagungsgrundsätzen die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt unverzüglich jedem Mitglied seinen Beitrag für die jeweilige

Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.

(2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen Unterlagen unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neues Mitglied ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsgrundsätzen zu unterrichten.

(3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Widerspruchsausschuß vor.

(4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten des Verbandes erforderlich ist, kann der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.

(5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Mitgliedes des Verbandes gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Mitgliedern derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Mitgliedern des Verbandes zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage (§ 24 Abs. 1) beschlossen wird.

- b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „Haushaltsjahres oder“ und die Wörter „eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder“ gestrichen.

(6) Werden im Laufe eines Haushaltsjahres oder Wirtschaftsjahres Ausgaben erforderlich, die nur auf Grund eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder einer Änderung des Wirtschaftsplanes geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstel-

lung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

(7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des § 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

§ 28

Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung

(1) Die Beitragspflichten auf Grund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie ruhen auf den Grundstücken, Bergwerken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Mitglied an dem Verband teilnimmt.

20. In § 28 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Rechtsverordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter oder denjenigen anderen Nutzungsberechtigten der zum Verband gehörenden Grundstücke, Bergwerke und Anlagen gerichtet werden, der sein Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in der Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist. Die Frist für das Rechtsmittel nach § 27 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

21. § 29 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Landesbeamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- c) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

§ 29 Widerspruchsausschuß

- (1) Der Widerspruchsausschuß besteht aus
- 1. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zur oder zum Vorsitzenden zu berufenden Landesbeamtin oder Landesbeamten, die oder der die Befähigung zum Richteramt besitzt,
 - 2. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden höheren technischen Beamtin oder Beamten der staatlichen Umweltverwaltung,
 - 3. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden Beamtin oder Beamten, die oder den die oberste Bergbehörde vorschlägt,
 - 4. sechs weiteren, von der Verbandsversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 und 2 müssen vorliegen. Die Mitglieder nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 6 müssen mindestens durch je ein Mitglied vertreten sein.

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses dürfen nicht dem Verbandsrat angehören.

(2) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter berufen oder gewählt.

(3) Die Amtszeit des Widerspruchsausschusses beträgt fünf Jahre. Wiederberufung und Wiederwahl sind zulässig. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Widerspruchsausschuß gebildet ist. Scheidet ein Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 aus seinem Hauptamt aus, ist seine Abberufung zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Der Widerspruchsausschuß regelt sein Verfahren in einer Verfahrensordnung.

§ 34 Aufsicht

22. In § 34 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.

1) Die Vertreterin oder der Vertreter der Aufsichtsbehörde ist zu den Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verbandsrates entsprechend § 15 Abs. 1, § 18 Abs. 1 einzuladen.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann sich im Rahmen der Aufsicht jederzeit, auch durch Beauftragte, über alle Angelegenheiten des Verbandes unterrichten.

§ 36 Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

23. In § 36 Absatz 2 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Erfüllt der Verband die ihm nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß er innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten des Verbandes selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Verbandsorgane.

(2) Kommt der Verband einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert er es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.

(3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Verbandsversammlung oder der Verbandsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.

(4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen des Verbandes, die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten des Verbandes zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die auf Grund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

24. § 38 wird wie folgt geändert:

§ 38 Genehmigung von Geschäften

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Der Verband bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

1. für Geschäfte im Sinne von § 17 Abs. 5 Nr. 7,
2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen, wenn der Erlös nicht dem Vermögenshaushalt des Verbandes zugeführt wird,
3. zur Gewährung von Darlehen über 10 000 Euro an Beschäftigte des Verbandes, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
4. zu Verträgen mit den in § 16 Abs. 1 und 4, § 19 Abs. 1 Satz 1 und § 29 Abs. 1 und 2 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um Dienstverträge oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn

aa) Satz 1 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“

die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft des Verbandes steht.

Das Nähere zu den Nummern 2 und 5 regelt die Satzung.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

b) Nach Absatz 1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 17 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Verbandsaufgaben, die selbst beim Verband verbleiben,
3. die Ausführung der dem Verband nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,
4. es besteht keine Interessenskollision mit dem Verband und
5. § 3 Absatz 3 des Vergütungsoffenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die der Verband ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Verbandsorgane und des Widerspruchsausschusses ist unzulässig.

25. Die Überschrift des Zehnten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil
Auflösung“**

**Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung,
Übergangsvorschrift**

26. § 39 wird aufgehoben.

**§ 39
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen des Verbandes zur unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben werden Gebühren nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde des Verbandes bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben dient.

27. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 2
Inkrafttreten“**

**Artikel 2
Inkrafttreten, Berichtspflicht**

b) Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel 1 tritt am 1. Juli 1990 in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 9
Änderung des Niersverbandsgesetzes**

**Gesetz
über den Niersverband
(Niersverbandsgesetz - NiersVG -)**

Das Niersverbandsgesetz vom 15. Dezember 1992 (GV. NRW. 1993 S. 8), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert: ...
- a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|--|
| „Sechster Teil: Finanzplanung, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge“ | Sechster Teil: Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Beiträge |
|--|--|
- b) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|----------------------|--------------------------------|
| „§ 22 (weggefallen)“ | § 22 Haushaltsplan, Finanzplan |
|----------------------|--------------------------------|
- c) Die Angabe zu § 22 a wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|------------------------|
| „§ 22a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“ | § 22 a Wirtschaftsplan |
|--|------------------------|
- d) Die Angabe zu § 24 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|--|---|
| „§ 24 Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“ | § 24 Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung |
|--|---|
- e) Die Angabe zum Zehnten Teil wird wie folgt gefasst:
- | | |
|---|--|
| „Zehnter Teil: Auflösung, Inkrafttreten“ | Zehnter Teil: Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift, Inkrafttreten |
|---|--|
- f) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|----------------------|----------------------------|
| „§ 39 (weggefallen)“ | § 39 Freiheit von Gebühren |
|----------------------|----------------------------|
- g) Die Angabe zu § 41 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|----------------------|--------------------------|
| „§ 41 (weggefallen)“ | § 41 Übergangsvorschrift |
|----------------------|--------------------------|
- h) Die Angabe zu § 42 wird wie folgt gefasst:
- | | |
|----------------------|-------------------------------------|
| „§ 42 Inkrafttreten“ | § 42 Inkrafttreten; Berichtspflicht |
|----------------------|-------------------------------------|

§ 1**Rechtsform, Name, Sitz**

(1) Der Wasser- und Bodenverband mit dem Namen „Niersverband“ wird durch dieses Gesetz in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit gleichem Namen umgebildet. Der Niersverband ist keine Gebietskörperschaft. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder.

(2) Der Sitz des Verbandes im Verbandsgebiet wird durch die Satzung bestimmt.

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Verband ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

§ 2**Aufgaben des Verbandes**

(1) Der Verband hat im Verbandsgebiet folgende Aufgaben:

1. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
2. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
3. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
4. Regelung des Grundwasserstandes, soweit nicht der Erftverband zuständig ist;
5. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen, soweit nicht der Erftverband zuständig ist;
6. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Trink- und Betriebswasserversorgung, soweit nicht der Erftverband zuständig ist;

7. Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken;
8. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
9. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
10. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
11. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben erfordern.

(2) Auf Beschluß der Verbandsversammlung kann der Verband im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Verbandsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband Aufgaben gemäß Absatz 1 Nrn. 8 und 9 außerhalb des Verbandsgebietes wahrnehmen oder deren Abwasser zur Behandlung in verbandseigene Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Verbandsgebietes durchführen. Der Beschluß der Verbandsversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

(3) Aufgaben, die nach Absatz 1 dem Verband zugewiesen sind, haben die bisher dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis der Verband sie übernimmt.

3. Dem § 2 Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

(4) Der Verband kann auf Beschluß der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenkollision führt.

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Verbandsrat über die

Auftragsübernahme. Der Verbandsversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Energieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Verband stellt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahresübersichten). Satz 1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133).“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

§ 3

Unternehmen des Verbandes, Übersichten

(1) Unternehmen des Verbandes sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten.

(2) Der Verband stellt unbeschadet des Absatzes 3 über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfjahresübersichten).

(3) Der Verband legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorgesehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können.

Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann dem Verband für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) der Verband die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

d) Absatz 4 wird Absatz 3.

(4) Der Verband hat solche Unternehmen zur Erfüllung der Verbandsaufgaben, die das Grundwasser im Zuständigkeitsbereich des Erftverbandes unmittelbar beeinflussen, mit dem Erftverband vorher abzustimmen. Im Zweifel entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde.

5. In § 4 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.

§ 4

Übernahme von Aufgaben

(1) Der Verband kann Aufgaben nach § 2 Abs. 1, die einer Gebietskörperschaft, einem Wasser- und Bodenverband oder einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem betroffenen Verband auf Beschluß der Verbandsversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde des Niersverbandes. Kommt das Einvernehmen mit einem Wasser- und Bodenverband nicht zustande, entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde des Niersverbandes. Liegt die Übernahme der Aufgabe durch den Niersverband im öffentlichen Interesse, kann die Aufsichtsbehörde des Niersverbandes die Übernahme gegenüber dem betroffenen Wasser- und Bodenverband anordnen.

(2) Für die Übertragung von Aufgaben des Niersverbandes auf eine Gebietskörper-

schaft, einen Wasser- und Bodenverband oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 1 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 9, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.

(4) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch den Verband und die in Absatz 1 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.

§ 11 Satzung

(1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse des Verbandes, soweit sie sich nicht bereits aus diesem Gesetz ergeben.

(2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Verbandsversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

6. § 11 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

(3) Die Satzung bestimmt insbesondere:

1. den Sitz des Verbandes (§ 1 Abs. 2),
2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 6 Abs. 2),
3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Mitglieder (§ 6 Abs. 3),
4. die Beitragseinheit, die zur Entsendung einer Delegierten oder eines Delegierten berechtigt (§ 12 Abs. 2),
5. das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen (§ 12 Abs. 3),
6. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder

- a) In Nummer 7 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.
- b) In Nummer 8 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 9 wird angefügt:

„9. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhaften Mitglied für die nach § 4 Absatz 1 übernommenen Aufgaben.“

- Überschreiten die Zustimmung des Verbandsrates einzuholen ist (§ 17 Abs. 5 Nr. 12),
- 7. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 24 Abs. 2),
- 8. die Formen der Bekanntmachungen (§ 33).

(4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten des Verbandes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.

(5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluß der Verbandsversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

- 7. In § 12 Absatz 2 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes

§ 12

Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Delegierten der Mitglieder gemäß Absatz

Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.

2 und 3 und einer oder einem Delegierten gemäß Absatz 4. Die Gesamtzahl der Delegierten wird durch die Satzung bestimmt.

(2) Jede in der Satzung festzusetzende Einheit an Jahresbeiträgen (Beitragseinheit) berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Mitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie es aufgrund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Kein Mitglied darf mehr als zwei Fünftel aller Delegierten stellen. Die nach Satz 3 über zwei Fünftel aller Beitragseinheiten hinausgehenden Beiträge eines Mitgliedes berechtigen nicht zur Entsendung von Delegierten oder zur Bildung von und zum Eintritt in Stimmgruppen (Absatz 3). Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Mitgliedes ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letzten drei Jahren vor der Neubildung der Verbandsversammlung zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung der Verbandsversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Mitglieder noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.

(3) Mit den Jahresbeiträgen, die eine volle Beitragseinheit nicht erreichen oder darüber hinausgehen (Beitragsteileinheiten), können sich die Mitglieder zu Stimmgruppen zusammenschließen. Jede Stimmgruppe hat so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie sie mit den zusammengelegten Beiträgen oder Beitragsteilen volle Beitragseinheiten auf sich vereinigt. Jedes Mitglied kann sich nur an einer Stimmgruppe beteiligen. Jede Stimmgruppe wählt ihre Delegierten und entsendet sie in die Verbandsversammlung. Das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen und die Wahl ihrer Delegierten regelt die Satzung.

(4) Der Verbandsversammlung gehört ferner eine Delegierte oder ein Delegierter an, die oder der gewähltes Mitglied der Landwirtschaftskammer ist und von dieser entsandt wird. Die oder der Delegierte hat in der Verbandsversammlung eine Stimme.

8. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Mitglied“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Mitgliedes nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.

- b) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Zur Angleichung der verbandlichen Wahlperiode an die der Kommunen und Kreise wird für die Verbandsversammlung die Amtszeit der Delegierten im Jahr 2018 einmalig bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.“

§ 13**Delegierte in der Verbandsversammlung**

(1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 12 Abs. 2 und 3 kann nur sein, wer selbst Mitglied des Verbandes ist, wer bei dem Mitglied beruflich tätig ist, wer bei juristischen Personen vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Mitgliedes angehört.

(2) Ein Mitglied darf nicht durch eine Delegierte oder einen Delegierten vertreten werden, die oder der in einem Dienstverhältnis zu einem anderen Mitglied steht. Dies gilt nicht für Delegierte gemäß § 12 Abs. 3.

(3) Die oder der Delegierte gemäß § 12 Abs. 4 darf nicht Mitglied oder Pächter eines Mitgliedes sein.

(4) Die Delegierten werden für fünf Jahre in die Verbandsversammlung entsandt. In den letzten drei Monaten vor Beendigung der Amtszeit sind die Delegierten für die nächste Amtszeit zu benennen. Wiederwahl und Wiederberufung sind zulässig.

(5) Von einer Gebietskörperschaft dürfen nicht mehr Vertreterinnen oder Vertreter der Verwaltung als Mitglieder der Vertretung der Gebietskörperschaft entsandt werden. Mindestens die Hälfte aller Delegierten der Kreise, Städte und Gemeinden muß einer Vertretung der Gebietskörperschaften angehören. Das gilt auch für die Bildung von Stimmgruppen gemäß § 12 Abs. 3.

- c) Nach Absatz 7 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Angleichung an Absatz 4 Satz 4 wird die Frist für die Aufstellung der Mitgliederliste nach Satz 1 im Jahr 2018 einmalig um zwei Jahre verlängert.“

(6) Das Amt als Delegierte oder Delegierter erlischt vorzeitig durch Abwahl oder Abberufung, durch Ungültigkeit der Wahl aufgrund einer Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren, durch Niederlegung des Amtes, Wegfall der für die Entsendung jeweils maßgebenden Voraussetzungen, Wahl zum Mitglied des Verbandsrates, Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit, Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder Tod. Scheidet eine Delegierte oder ein Delegierter vorzeitig aus, ist eine Ersatzwahl oder Ersatzberufung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

(7) Der Vorstand hat alle fünf Jahre eine neue Liste aufzustellen, in der die Mitglieder, ihre zu berücksichtigenden Jahresbeiträge, die zugehörigen Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten aufzuführen sind. Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind Auszüge der Liste den Mitgliedern mit der Aufforderung bekanntzugeben, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Delegierten gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrats für eine neue Amtsperiode zu benennen. Auf die Möglichkeit, sich zu Stimmgruppen zusammenzuschließen und deren Delegierte zu benennen, ist hinzuweisen. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 14

Aufgaben der Verbandsversammlung

9. § 14 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsregeln. Sie wählt die Mitglieder des Verbandsrates.

(2) Ferner bleiben der Verbandsversammlung unbeschadet weitergehender Satzungsregelungen vorbehalten:

1. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,

- a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
- „3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 22a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“
- b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung oder“ gestrichen.
- c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:
- „7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“
2. die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,
 3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen die Aufstellung des Finanzplans (§ 22) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,
 4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und der Wahl der Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfer,
 5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,
 6. die Abnahme der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,
 7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
 8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs. 2, § 4),
 9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten,
 10. die Wahl der Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2).
- (3) Die Verbandsversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 20 Abs. 3.

§ 15

Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlußfassung

- (1) Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Verbandsrates lädt die Delegierten (§ 12 Abs. 1) unter Angabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen und unterrichtet die Mitglieder des Verbandsrates, den Vorstand und die Abteilungsleiterinnen und -leiter.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder bei dem Vorsitzenden des Verbandsrates

- a) vom Vorstand oder
- b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates leitet die Sitzungen der Verbandsversammlung. Die weiteren Mitglieder des Verbandsrates, der Vorstand und die Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter sollen an den Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Verbandsrates, der Vorstand und die Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter sind nicht stimmberechtigt.

(4) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen sind und mindestens die Hälfte aller Delegierten anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Verbandsversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.

(5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.

(6) Die Verbandsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmhaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(7) Über die Sitzungen der Verbandsversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen. Die Niederschriften sind von der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates und von ei-

10. In § 15 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

ner oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.

(8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der im Verbandsgebiet zuständigen Bezirksregierungen kann mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen.

(9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.

(10) Die Mitglieder, die ausschließlich durch Delegierte nach § 12 Abs. 3 vertreten werden, können als Zuhörer an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern bekanntzumachen.

§ 16

Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern, die von der Verbandsversammlung gewählt werden. Zunächst entfallen auf die

- | | |
|---|---------------|
| 1. Mitgliedergruppe gemäß
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1
(kreisfreie Städte, kreis-
angehörige Städte und
Gemeinden) | 2 Mitglieder, |
| 2. Mitgliedergruppe gemäß
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2
(Kreise) | 1 Mitglied, |
| 3. Mitgliedergruppe gemäß
§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 | 1 Mitglied, |

(Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung)

- | | |
|--|---------------|
| 4. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 (gewerbliche Unternehmen, Grundstücke, Verkehrsanlagen und sonstige Anlagen) | 1 Mitglied, |
| 5. Vertreterinnen oder Vertreter der Arbeitnehmer des Verbandes | 5 Mitglieder. |

Die verbleibenden fünf Sitze im Verbandsrat verteilen sich nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren auf die Mitgliedergruppen gemäß Satz 2 Nrn. 1 bis 4. Für die Vertreterinnen oder Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden gilt § 13 Abs. 5 Satz 2 entsprechend. Grundlage ist das Beitragsverhältnis, das sich für diese Mitgliedergruppen aus den durchschnittlichen Beitragsleistungen der letzten drei Jahre vor Bildung des Verbandsrates ergibt; § 12 Abs. 2 Sätze 3,4 und 7 gelten entsprechend.

(2) Die Mitglieder des Verbandsrates nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 5 werden von der Verbandsversammlung aus je einem Vorschlag des Personalrates des Verbandes gemäß Satz 2 Nrn. 1 und 2 gewählt. Die Vorschläge müssen mindestens die doppelte Anzahl der zu wählenden Mitglieder des Verbandsrates enthalten, und zwar für:

1. drei Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verband stehen;
2. zwei weitere Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die nicht Beschäftigte des Verbandes sind. Diesem Wahlgang des Personalrates werden Vorschläge der im Verband vertretenen Gewerkschaften zugrundegelegt.

Die Wahl ist eine Personenwahl. Das Nähere regelt die Satzung.

(3) Mitglied des Verbandsrates kann nicht sein, wer Delegierte oder Delegierter in der Verbandsversammlung ist. Im übrigen gilt § 13 Abs. 1 und 2 entsprechend.

(4) In der Satzung kann bestimmt werden, daß für jedes Mitglied des Verbandsrates in gleicher Weise ein stellvertretendes Mitglied des Verbandsrates gewählt wird.

(5) Der Verbandsrat wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 oder 4 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 zu stellen. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 oder 4 zu stellen. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder des Verbandsrates auf sich vereinigt. Kommt eine Wahl hiernach nicht zustande, ist gewählt, wer in einem zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

11. Dem § 16 Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

„In Anpassung an die in § 13 Absatz 4 Satz 4 getroffene Regelung findet die Wahl des Verbandsrates anstatt im Jahr 2018 im Jahr 2020 statt.“

(6) Die Amtszeit des Verbandsrates beträgt fünf Jahre. Die Mitglieder führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Verbandsrat gewählt ist. Wiederwahl ist zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(7) Die Verbandsversammlung kann Mitglieder des Verbandsrates und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter wegen grober Verletzung der ihnen dem Verband gegenüber obliegenden Pflichten abwählen. Der Beschluß bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln aller Delegierten. In derselben Sitzung ist eine Ersatzwahl für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

12. § 17 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

§ 17 Aufgaben des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Verbandsrat wählt den Vorstand. Er bestimmt die oder den insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten des Verbandes zuständige Abteilungsleiterin oder zuständigen Abteilungsleiter, die oder der nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter bestellt werden darf.

(3) Für die Abberufung des Vorstandes aus einem wichtigen Grund ist § 18 Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung der Abteilungsleiterin oder des Abteilungsleiters aus der ihr oder ihm gemäß Absatz 2 Satz 2 übertragenen Funktion ist nur mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

(4) Der Verbandsrat beschließt über:

1. seine Geschäftsordnung,
2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
3. den Abschluß eines Dienstvertrages mit dem Vorstand,
4. die Geschäftsordnung für die Verbandsverwaltung,
5. die übrigen Zuständigkeiten der oder des gemäß Absatz 2 Satz 2 bestimmten Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiter innerhalb der Verbandsverwaltung und ihre oder seine Stellung gegenüber dem Vorstand in personellen und sozialen Angelegenheiten,
6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 23 Abs. 2) oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.

(5) Der Zustimmung des Verbandsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und Entwurf des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

1. Entwürfe der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),

2. Bau- und Maßnahmepläne für die Verbandsunternehmen,
3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Mitglieder und von Dritten sowie die Festsetzung des Geldausgleichs (§ 7 Abs. 5, § 8 Abs. 2),
4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 9),
5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,

b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“

6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung von Bürgschaften und über Gewährverträge, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,

c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.

7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,
8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,
9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,
10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 32),
11. Bestellung einer Abteilungsleiterin oder eines Abteilungsleiters zur ständigen Vertreterin oder zum ständigen Vertreter des Vorstandes,
12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,

d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

„13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 22a).“

13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 22) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 22 a).

13. Dem § 19 wird folgender Absatz 4 angefügt:

§ 19 Vorstand

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.

(2) Wer zum Vorstand gewählt wird, muß die für sein Amt erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre. Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.

(3) Für die Abteilungsleiterin oder den Abteilungsleiter gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 gilt Absatz 2 sinngemäß.

„(4) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

§ 20 Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht aufgrund dieses Gesetzes oder der Satzung der Verbandsversammlung, dem Verbandsrat, der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates oder dem Widerspruchsausschuß obliegen. Er bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen nichts anderes ergibt. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter der Beschäftigten des Verbandes und Leiter der Verbandsverwaltung.

14. In § 20 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 4 Satz 4“ eingefügt.

15. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“**

16. § 22 wird aufgehoben.

(2) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Verbandsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

(3) Der Vorstand kann Beschlüsse des Verbandsrates zu § 17 Abs. 4 und 5, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Verbandsversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Verbandsversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit zu entscheiden.

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan,
Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge**

**§ 22
Haushaltsplan, Finanzplan**

(1) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haushaltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und Einzelplänen. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung des Verbandes im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis der Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Der Haushaltsplan bedarf hinsichtlich des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen, der Verpflichtungsermächtigungen und des Höchstbetrages der Kassenkredite, wenn dieser ein Fünftel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen übersteigt, der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung soll unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt oder versagt werden; sie kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden. Sie ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit des Verbandes nicht im Einklang stehen. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde innerhalb von zwei Monaten nach Vorlage des Haushaltsplans keine Einwendungen erhebt.

(4) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(5) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Haushaltsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(6) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

17. § 22 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 22a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Der Verband wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen Rechnungswesens. Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 erste Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1, §§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

**§ 22 a
Wirtschaftsplan**

(1) Der Verband kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 22 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,
2. höhere Kredite erforderlich werden,
3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,
4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(4) Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind §§ 19, 21, 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium) im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(6) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder
2. höhere Kredite erforderlich werden oder
3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(9) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636) geändert worden ist.“

18. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 24
Rücklagen, Rechnungs- und
Prüfungswesen, Wirtschaftsfüh-
rung“**

- b) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushaltswirtschaft oder“ und die Wörter „Vermögenshaushalts oder“ gestrichen.
- c) In Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

19. § 25 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.
- b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.

**§ 24
Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rech-
nungs- und Prüfungswesen; Wirtschafts-
führung**

- (1) Der Verband soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft oder Wirtschaftsführung und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge (§ 27 Abs. 5 Satz 2) Rücklagen in angemessener Höhe bilden.
- (2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung und zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

**§ 25
Beiträge**

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.
- (2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die nach Maßgabe der Satzung fällig werden. Der Verband ermittelt spätestens ab dem 1. Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrachte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Der Verband kann eine Eigenfinanzierung auch mittels angemessener Direktfinanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.

- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
- d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.
- (3) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes auferlegt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied des Verbandes. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und dem Verband eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.
- (4) Ein ausgeschiedenes Mitglied bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; es kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Mitglied wegen der Aufwendungen des Verbandes herangezogen werden, die durch das ausscheidende Mitglied verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Mitgliedes an dem Verband. Geleistete Beiträge werden dem ausscheidenden Mitglied nicht erstattet oder ausgeglichen.

20. § 27 wird wie folgt geändert:

§ 27 Veranlagung

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.
- (1) Auf Grund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- oder Wirtschaftsplanes berechnet der Vorstand nach den Veranlagungsgrundsätzen die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt unverzüglich jedem Mitglied seinen Beitrag für die jeweilige Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.
- (2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen Unterlagen unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neues Mitglied ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsregeln zu unterrichten.

- (3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Widerspruchsausschuß vor.
- (4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten des Verbandes erforderlich ist, kann der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.
- (5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Mitgliedes des Verbandes gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Mitgliedern derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen, soweit sich aus den Veranlagungsregeln nichts anderes ergibt. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Mitgliedern des Verbandes zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage (§ 24 Abs. 1) beschlossen wird.
- b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „Haushaltsjahres oder“ und die Wörter „eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder“ gestrichen.
- (6) Werden im Laufe eines Haushaltsjahres oder Wirtschaftsjahres Ausgaben erforderlich, die nur aufgrund eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder einer Änderung des Wirtschaftsplanes geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstellung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.
- (7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des § 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

§ 28**Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung**

21. In § 28 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

(1) Die Beitragspflichten aufgrund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie ruhen auf den Grundstücken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Mitglied an dem Verband teilnimmt.

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Rechtsverordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter oder denjenigen anderen Nutzungsberechtigten der zum Verband gehörenden Grundstücke und Anlagen gerichtet werden, der sein Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in einer Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist. Die Frist für das Rechtsmittel nach § 27 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

§ 29

Widerspruchsausschuß

22. § 29 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Landesbeamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

(1) Der Widerspruchsausschuß besteht aus

1. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zur oder zum Vorsitzenden zu berufenden Landesbeamtin oder Landesbeamten, die oder der die Befähigung zum Richteramt besitzt,
2. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden höheren technischen Beamtin oder Beamten der staatlichen Umweltverwaltung,
3. fünf weiteren, von der Verbandsversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 und 2 müssen vorliegen. Die Mitglieder nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 müssen mindestens durch je ein Mitglied vertreten sein.

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses dürfen nicht dem Verbandsrat angehören.

(2) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter berufen oder gewählt.

(3) Die Amtszeit des Widerspruchsausschusses beträgt fünf Jahre. Wiederberufung und Wiederwahl sind zulässig. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Widerspruchsausschuß gebildet ist. Scheidet ein Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 2 aus seinem Hauptamt aus, ist seine Abberufung zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Der Widerspruchsausschuß regelt sein Verfahren in einer Verfahrensordnung.

23. In § 34 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.

§ 34

Aufsicht

(1) Der Verband steht unter der Aufsicht des Staates. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium).

(2) Die Aufsicht stellt sicher, daß der Verband die ihm obliegenden Aufgaben und Pflichten nach geltendem Recht und im Einklang mit den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes erfüllt.

§ 36 Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

(1) Erfüllt der Verband die ihm nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß er innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten des Verbandes selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Verbandsorgane.

24. In § 36 Absatz 2 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(2) Kommt der Verband einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert er es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.

(3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Verbandsversammlung oder der Verbandsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.

(4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen des Verbandes, die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten des Verbandes zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die aufgrund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

25. § 38 wird wie folgt geändert:

§ 38
Genehmigung von Geschäften

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

(1) Der Verband bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

1. für Geschäfte im Sinne von § 17 Abs. 5 Nr. 7,
2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen, wenn der Erlös nicht dem Vermögenshaushalt des Verbandes zugeführt wird,
3. zur Gewährung von Darlehen über 10 000 Euro an Beschäftigte des Verbandes, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 4 werden die Wörter „den Dienstvertrag mit dem Vorstand“ durch das Wort „Dienstverträge“ ersetzt.

4. zu Verträgen mit den in § 16 Abs. 1 und 4, § 19 Abs. 2 und § 29 Abs. 1 und 2 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um den Dienstvertrag mit dem Vorstand oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,

bbb) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewähr-

5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft des Verbandes steht.

verträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

Das Nähere zu den Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.

b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 17 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Verbandsaufgaben, die selbst beim Verband verbleiben,
3. die Ausführung der dem Verband nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,
4. es besteht keine Interessenskollision mit dem Verband und
5. § 3 Absatz 3 des Vergütungsoffenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die der Verband ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Verbandsorgane und des Widerspruchsausschusses ist unzulässig.

26. Die Überschrift des Zehnten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil
Auflösung, Inkrafttreten“**

**Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung,
Übergangsvorschrift,
Inkrafttreten**

27. § 39 wird aufgehoben.

**§ 39
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen des Verbandes zur unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben werden Gebühren der Behörden und Gerichte nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde des Verbandes bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben dient.

28. § 42 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 42
Inkrafttreten“**

**§ 42
Inkrafttreten; Berichtspflicht**

- b) Satz 2 wird aufgehoben.

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 10
Änderung des Ruhrverbandsgesetzes**

**Gesetz über den Ruhrverband
(Ruhrverbandsgesetz - RuhrVG -)**

Das Ruhrverbandsgesetz vom 7. Februar 1990 (GV. NRW. S. 178), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

...

- a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:

„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“

Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan,
Wirtschaftsführung und Rechnungswesen,
Beiträge

- b) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:

„§ 22 (weggefallen)“

§ 22 Haushaltsplan, Finanzplan

- c) Die Angabe zu § 22a wird wie folgt gefasst:

„§ 22a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“

§ 22a Wirtschaftsplan

- d) Die Angabe zu § 24 wird wie folgt gefasst:

„§ 24 Rücklagen, Rechnungs- und
Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“

§ 24 Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung

- e) Die Angabe zum Zehnten Teil wird wie folgt gefasst:

„Zehnter Teil
Auflösung“

Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift

- f) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst:

„§ 39 (weggefallen)“

§ 39 Freiheit von Gebühren

- g) Die Angabe zu § 41 wird wie folgt gefasst:

„§ 41 (weggefallen)“

§ 41 Übergangsvorschrift

- h) Die Angabe zu Artikel 3 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 3
Inkrafttreten“

Artikel 3
Inkrafttreten, Berichtspflicht

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Verband ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

3. Dem § 2 Absatz 5 werden folgende Sätze angefügt:

§ 1

Rechtsform, Name, Sitz

(1) Der Ruhrverband und der Ruhrtalsperrenverein werden zu einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit dem Namen „Ruhrverband“ vereinigt. Der Ruhrverband (Verband) ist keine Gebietskörperschaft. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder.

(2) Der Sitz des Verbandes wird durch die Satzung bestimmt.

§ 2

Aufgaben des Verbandes

(1) Der Verband hat im Verbandsgebiet folgende Aufgaben:

1. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
2. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
3. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
4. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;
5. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Trink- und Betriebswasserversorgung sowie zur Ausnutzung der Wasserkraft;
6. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
7. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
8. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu er-

wartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;

9. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben erfordern.

(2) In der Ruhr ist der Abfluß gemäß Absatz 1 Nr. 1 so zu regeln, daß das täglich fortschreitende arithmetische Mittel aus fünf aufeinander folgenden Tageswerten des Abflusses an jedem Querschnitt der Ruhr unterhalb des Pegels Hattingen einen Wert von $15 \text{ m}^3/\text{s}$ und am Pegel Villigst einen Wert von $8,4 \text{ m}^3/\text{s}$ nicht unterschreitet. Der niedrigste Tageswert des Abflusses soll unterhalb des Pegels Hattingen $13 \text{ m}^3/\text{s}$ und am Pegel Villigst $7,5 \text{ m}^3/\text{s}$ nicht unterschreiten. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen. Diese Abflußregelung gilt auch als erfüllt, wenn die festgesetzten Werte aus Gründen nicht eingehalten werden konnten, die der Verband nicht zu vertreten hat, und dieser die zuständige obere Wasserbehörde sowie die Aufsichtsbehörde hierüber unverzüglich unterrichtet. Die Aufsichtsbehörde teilt dem Verband mit, ob die Voraussetzungen für die Nichteinhaltung vorlagen.

(3) Auf Beschluß der Verbandsversammlung kann der Verband im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Verbandsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband deren Abwasser zur Behandlung in verbandseigene Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Verbandsgebietes durchführen. Der Beschluß der Verbandsversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

(4) Aufgaben, die nach Absatz 1 dem Verband zugewiesen sind, haben die bisher dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis der Verband sie übernimmt.

(5) Der Verband kann auf Beschluß der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenskollision führt.

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Verbandsrat über die Auftragsübernahme. Der Verbandsversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

4. § 3 wird wie folgt geändert:

§ 3
Unternehmen des Verbandes,
Übersichten

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

(1) Unternehmen des Verbandes sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten. Als Unternehmen gilt auch die Beteiligung des Verbandes an Anlagen Dritter, die der Durchführung seiner Aufgaben dienen.

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Energieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Verband stellt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem

(2) Der Verband stellt unbeschadet des Absatzes 3 über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum

Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahresübersichten). Satz 1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133).“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfjahresübersichten).

(3) Der Verband legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorgesehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können. Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann dem Verband für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) der Verband die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

§ 4

Übernahme von Aufgaben

(1) Der Verband kann Aufgaben nach § 2 Abs. 1, die einer Gebietskörperschaft, einem Wasser- und Bodenverband oder einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem betroffenen Verband auf Beschluß der Verbandsversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde des

- Verbandes; kommt das Einvernehmen mit einem Wasser- und Bodenverband nicht zustande, entscheidet auf Antrag ebenfalls die Aufsichtsbehörde. Liegt die Übernahme der Aufgabe durch den Verband im öffentlichen Interesse, kann die Aufsichtsbehörde die Übernahme gegenüber dem betroffenen Wasser- und Bodenverband anordnen.
- (2) Für die Übertragung von Aufgaben des Verbandes auf eine Gebietskörperschaft, einen Wasser- und Bodenverband oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet gilt Absatz 1 entsprechend.
5. In § 4 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.
- (3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 1 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.
- (4) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch den Verband und die in Absatz 1 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.
6. § 11 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

§ 11 Satzung

- (1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse des Verbandes, soweit sie sich nicht bereits aus diesem Gesetz ergeben.
- (2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Verbandsversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.
- (3) Die Satzung bestimmt insbesondere:
1. den Sitz des Verbandes (§ 1 Abs. 2),
 2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 6 Abs. 2),
 3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Mitglieder (§ 6 Abs. 3),
 4. die Höhe des Beitrages für eine Beitrags-einheit, die zur Entsendung einer Delegierten oder eines Delegierten berechtigt (§ 12 Abs. 2),

- a) In Nummer 8 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.
- b) In Nummer 9 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 10 wird angefügt:
- „10. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhaften Mitglied für die nach § 4 Absatz 1 übernommenen Aufgaben.“
5. das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen (§ 12 Abs. 3),
6. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder Überschreiten die Zustimmung des Verbandsrates einzuholen ist (§ 17 Abs. 5 Nr. 12),
7. die Geschäfte und Angelegenheiten, für die wegen ihrer Bedeutung eine Entscheidung des gesamten Vorstandes herbeizuführen ist,
8. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 24 Abs. 2),
9. die Formen der Bekanntmachungen (§ 33).
- (4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten des Verbandes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.
- (5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluß der Versammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

§ 12 Verbandsversammlung

7. In § 12 Absatz 2 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Delegierten der Mitglieder gemäß Absatz 2 und 3 und zwei Delegierten gemäß Absatz 4. Die Gesamtzahl der Delegierten wird durch die Satzung bestimmt.

(2) Jede in der Satzung festzusetzende Einheit an Jahresbeiträgen (Beitragseinheit) berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Mitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie es auf Grund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Kein Mitglied darf mehr als zwei Fünftel aller Delegierten stellen. Die nach Satz 3 über zwei Fünftel aller Beitragseinheiten hinausgehenden Beiträge eines Mitgliedes berechtigen nicht zur Entsendung von Delegierten oder zur Bildung von und zum Eintritt in Stimmgruppen (Absatz 3). Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Mitgliedes ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letzten drei Jahren vor der Neubildung der Verbandsversammlung zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung der Verbandsversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Mitglieder noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.

(3) Mit den Jahresbeiträgen, die eine volle Beitragseinheit nicht erreichen oder darüber hinausgehen (Beitragsteileinheiten), können sich die Mitglieder zu Stimmgruppen zusammenschließen. Jede Stimmgruppe hat so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie sie mit den zusammengelegten Beiträgen oder Beitragsteilen volle Beitragseinheiten auf sich vereinigt. Jedes Mitglied kann sich nur an einer Stimmgruppe beteiligen. Jede Stimmgruppe wählt ihre Delegierten und entsendet sie in die Verbandsversammlung. Das Nähere

über die Bildung von Stimmgruppen und die Wahl ihrer Delegierten regelt die Satzung.

(4) Der Verbandsversammlung gehören ferner zwei Delegierte an, die gewähltes Mitglied der Landwirtschaftskammer sind und von diesen entsandt werden. Jede oder jeder Delegierte hat in der Verbandsversammlung eine Stimme.

§ 13

Delegierte in der Verbandsversammlung

8. In § 13 Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Mitglied“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Mitgliedes nach § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.

(1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 12 Abs. 2 und 3 kann nur sein, wer selbst Mitglied des Verbandes ist, wer bei dem Mitglied beruflich tätig ist, wer vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Mitgliedes angehört.

9. § 14 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

§ 14

Aufgaben der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsrichtlinien. Sie wählt die Mitglieder des Verbandsrates.

(2) Der Verbandsversammlung bleiben ferner vorbehalten:

a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 22a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“

1. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
2. die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,

3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung des Finanzplans (§ 22) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,

b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung oder“ gestrichen.

4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Wahl der Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfer,

5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,
6. die Abnahme der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,

c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs. 3, § 4),
9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten,
10. die Wahl der Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter (§ 29 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2).

(3) Die Verbandsversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 20 Abs. 4.

§ 15

Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlußfassung

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates lädt die Delegierten (§ 12 Abs. 1) unter Angabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen und unterrichtet die Mitglieder des Verbandsrates.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates

- a) vom Vorstand oder
- b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates leitet die Sitzungen der Verbandsversammlung. Die weiteren Mitglieder des Verbandsrates und der Vorstand sollen an den

Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Verbandsrates und der Vorstand sind nicht stimmberechtigt.

(4) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen sind und mindestens die Hälfte aller Delegierten anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Verbandsversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.

(5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.

(6) Die Verbandsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmhaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(7) Über die Sitzungen der Verbandsversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen. Die Niederschriften sind von der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates und von einer oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.

10. In § 15 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

(8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der im Verbandsgebiet zuständigen Bezirksregierungen kann mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen.

(9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.

(10) Die Mitglieder, die ausschließlich durch Delegierte nach § 12 Abs. 3 vertreten werden, können als Zuhörer an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern bekanntzumachen.

11. § 17 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

§ 17 Aufgaben des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Verbandsrat wählt den Vorstand und bestellt ein Vorstandsmitglied zur oder zum Vorsitzenden des Vorstandes. Das Vorstandsmitglied, das insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten des Verbandes zuständig ist, darf nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter gewählt werden.

(3) Für die Abberufung von Vorstandsmitgliedern aus einem wichtigen Grund ist § 18 Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung des gemäß Absatz 2 Satz 2 gewählten Vorstandsmitgliedes ist nur mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

(4) Der Verbandsrat beschließt über:

1. seine Geschäftsordnung,
2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
3. den Abschluß von Dienstverträgen mit dem Vorstand,
4. die Geschäftsordnung für die Verbandsverwaltung,
5. die übrigen Zuständigkeiten des gemäß Absatz 2 Satz 2 gewählten Vorstandsmitgliedes innerhalb des Vorstandes,
6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.

(5) Der Zustimmung des Verbandsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und Entwurf des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

1. Entwürfe der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),
2. Bau- und Maßnahmepläne für die Verbandsunternehmen,
3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Mitglieder und von Dritten sowie Festsetzung des Geldausgleichs (§ 7 Abs. 5),
4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 9),
5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,

b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“

6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung von Bürgschaften und über Gewährverträge, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,

c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.

7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,
8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,
9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,
10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 32),
11. Geschäftsordnung für den Vorstand,
12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,

d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

„13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 22a).“

13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 22) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 22 a).

12. Dem § 19 wird folgender Absatz 3 angefügt:

§ 19 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus der oder dem Vorsitzenden des Vorstandes und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied. Ein Vorstandsmitglied ist insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten zuständig. Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.

(2) Die oder der Vorsitzende des Vorstandes und die weiteren Mitglieder des Vorstandes müssen die für ihr Amt erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.

„(3) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

§ 20 Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand gibt sich mit Zustimmung des Verbandsrates eine Geschäftsordnung, in der auch die ständige Vertretung der oder des Vorsitzenden des Vorstandes zu regeln ist.

(2) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht auf Grund dieses Gesetzes oder der Satzung der Verbandsversammlung, dem

Verbandsrat, der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates oder dem Widerspruchsausschuß obliegen. Die oder der Vorsitzende des Vorstandes bereitet die Beschlüsse der Verbandsorgane vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen oder aus der Geschäftsordnung für den Vorstand nichts anderes ergibt. Die oder der Vorsitzende des Vorstandes ist Leiterin oder Leiter der Verbandsverwaltung. Das insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Beschäftigten des Verbandes.

(3) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Verbandsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben. Wenn wegen besonderer Eilbedürftigkeit eine Entscheidung des gesamten Vorstandes nicht herbeigeführt werden kann, entscheidet die oder der Vorsitzende des Vorstandes.

13. In § 20 Absatz 4 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 5 Satz 4“ eingefügt.

(4) Der Vorstand kann Beschlüsse des Verbandsrates zu § 17 Abs. 4 und 5, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Verbandsversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Verbandsversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit zu entscheiden.

14. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan,
Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge**

15. § 22 wird aufgehoben.

§ 22 Haushaltsplan, Finanzplan

(1) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haushaltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und Einzelplänen. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung des Verbandes im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis der Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(5) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Haushaltsplanentwurf für das betreffende

Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(6) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3) abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

16. § 22 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 22a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Der Verband wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen Rechnungswesens. Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 erste Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1, §§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der

**§ 22 a
Wirtschaftsplan**

(1) Der Verband kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 22 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen

Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

ist. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluß sind §§ 19, 21, 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium) im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,
2. höhere Kredite erforderlich werden,
3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,
4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(6) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 ge-

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder
2. höhere Kredite erforderlich werden oder

nannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(9) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom

3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636)
geändert worden ist.“

17. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 24
Rücklagen, Rechnungs- und
Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“**

b) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushaltswirtschaft oder“ und die Wörter „Vermögenshaushalts oder“ gestrichen.

c) In Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

**§ 24
Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen;
Wirtschaftsführung**

(1) Der Verband soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft oder Wirtschaftsführung und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge Rücklagen in angemessener Höhe bilden.

(2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung und zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

18. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.

**§ 25
Beiträge**

(1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten, seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

(2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die nach Maßgabe der Satzung fällig werden. Der Verband ermittelt spätestens ab dem 1. Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrauchte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Der Verband kann eine Eigenfinanzierung auch mittels an-

- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
- d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.
- gemessener Direktfinanzierung der Ausgabendes Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.
- (3) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes auferlegt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied des Verbandes. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und dem Verband eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.
- (4) Ein ausgeschiedenes Mitglied bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; es kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Mitglied zu den Aufwendungen des Verbandes herangezogen werden, die durch das ausscheidende Mitglied verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Mitgliedes an dem Verband.

19. § 27 wird wie folgt geändert:

§ 27
Veranlagung

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.
- (1) Auf Grund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- oder Wirtschaftsplanes berechnet der Vorstand nach den Veranlagungsrichtlinien die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt unverzüglich jedem Mitglied seinen Beitrag für die jeweilige Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.
- (2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen Unterlagen unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neues Mitglied ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten

unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsrichtlinien zu unterrichten.

(3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Widerspruchsausschuß vor.

(4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten des Verbandes erforderlich ist, kann der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.

(5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Mitgliedes des Verbandes gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Mitgliedern derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Mitgliedern des Verbandes zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage beschlossen wird.

b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „Haushaltsjahres oder“ und die Wörter „eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder“ gestrichen.

(6) Werden im Laufe eines Haushaltsjahres oder Wirtschaftsjahres Ausgaben erforderlich, die nur auf Grund eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder einer Änderung des Wirtschaftsplanes geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstellung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

(7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des § 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

20. In § 28 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

§ 28

Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung

(1) Die Beitragspflichten auf Grund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie ruhen auf den Grundstücken, Bergwerken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Mitglied an dem Verband teilnimmt.

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Rechtsverordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter oder denjenigen anderen Nutzungsberechtigten der zum Verband gehörenden Grundstücke und Anlagen gerichtet werden, der sein Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in einer Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist. Die Frist für das Rechtsmittel nach § 27 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

21. § 29 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Landesbeamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

§ 29 Widerspruchsausschuß

(1) Der Widerspruchsausschuß besteht aus

1. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zur oder zum Vorsitzenden zu berufenden Landesbeamtin oder Landesbeamten, die oder der die Befähigung zum Richteramt besitzt,
2. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden höheren technischen Beamtin oder Beamten der staatlichen Umweltverwaltung,
3. sechs weiteren von der Verbandsversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 und 2 müssen vorliegen. Die Mitglieder nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 müssen mindestens durch je ein Mitglied vertreten sein.

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses dürfen nicht dem Verbandsrat angehören.

(2) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter berufen oder gewählt.

(3) Die Amtszeit des Widerspruchsausschusses beträgt fünf Jahre. Wiederberufung und Wiederwahl sind zulässig. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Widerspruchsausschuß gebildet ist. Scheidet ein Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 oder 2 aus seinem Hauptamt aus, ist seine Abberufung zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Der Widerspruchsausschuß regelt sein Verfahren in einer Verfahrensordnung.

§ 34 Aufsicht

22. In § 34 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.

(1) Der Verband steht unter der Aufsicht des Staates. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium).

(2) Die Aufsicht stellt sicher, daß der Verband die ihm obliegenden Aufgaben und Pflichten nach geltendem Recht und im Einklang mit den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes erfüllt.

§ 36 Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

23. In § 36 Absatz 2 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Erfüllt der Verband die ihm nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß er innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten des Verbandes selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Verbandsorgane.

(2) Kommt der Verband einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert er es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.

(3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Verbandsversammlung oder der Verbandsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die

Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.

(4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen des Verbandes, die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten des Verbandes zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die auf Grund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

24. § 38 wird wie folgt geändert:

§ 38

Genehmigung von Geschäften

(1) Der Verband bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

1. für Geschäfte im Sinne von § 17 Abs. 5 Nr. 7,
2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen, wenn der Erlös nicht dem Vermögenshaushalt des Verbandes zugeführt wird,
3. zur Gewährung von Darlehen über 10 000 Euro an Beschäftigte des Verbandes, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
4. zu Verträgen mit den in § 16 Abs. 1 und 4, § 19 Abs. 1 Satz 1, § 29 Abs. 1 und 2 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um Dienstverträge oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen

5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn

und Gewährverträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“

die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft des Verbandes steht.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

Das Nähere zu den Nummern 2 und 5 regelt die Satzung.

b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 17 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Verbandsaufgaben, die selbst beim Verband verbleiben,
3. die Ausführung der dem Verband nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,
4. es besteht keine Interessens-kollision mit dem Verband und
5. § 3 Absatz 3 des Vergütungsof-fenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die der Verband ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Verbandsorgane und des Widerspruchsausschusses ist unzulässig.

25. Die Überschrift des Zehnten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil
Auflösung“**

26. § 39 wird aufgehoben.

Zehnter Teil

Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift

**§ 39
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen des Verbandes zur unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben werden Gebühren nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde des Verbandes bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben dient.

27. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 3
Inkrafttreten“**

- b) Satz 2 wird aufgehoben.

**Artikel 3
Inkrafttreten, Berichtspflicht**

Artikel 1 und 2 treten am 1. Juli 1990 in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 11
Änderung des Wupperverbandsgesetzes**

Das Wupperverbandsgesetz vom 15. Dezember 1992 (GV. NRW. 1993 S. 40), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

**Gesetz über den Wupperverband
(Wupperverbandsgesetz - WupperVG -)**

- a) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil:
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“**

- b) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:

„§ 22 (weggefallen)“

- c) Die Angabe zu § 22 a wird wie folgt gefasst:

„§ 22a Wirtschaftsplan, Finanzplanung“

- d) Die Angabe zu § 24 wird wie folgt gefasst:

„§ 24 Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung“

- e) Die Angabe zum Zehnten Teil wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil:
Auflösung, Inkrafttreten“**

- f) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst:

„§ 39 (weggefallen)“

- g) Die Angabe zu § 41 wird wie folgt gefasst:

„§ 41 (weggefallen)“

**Sechster Teil:
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge**

§ 22 Haushaltsplan, Finanzplan

§ 22a Wirtschaftsplan

§ 23 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

§ 24 Rücklagen; Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirtschaftsführung

§ 25 Beiträge

§ 26 Beitragsmaßstab

§ 27 Veranlagung

§ 28 Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung

**Zehnter Teil:
Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift,
Inkrafttreten**

§ 39 Freiheit von Gebühren

§ 40 Auflösung

§ 41 Übergangsvorschrift

h) Die Angabe zu § 42 wird wie folgt gefasst:

„§ 42 Inkrafttreten“

§ 42 Inkrafttreten, Berichtspflicht

2. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Verband ist berechtigt, das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu verwenden.“

3. Dem § 2 Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

§ 1

Rechtsform, Name, Sitz

(1) Der im Verbandsgebiet (§ 5) tätige Wasser- und Bodenverband mit dem Namen „Wupperverband“ wird durch dieses Gesetz in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit gleichem Namen umgebildet. Der Wupperverband ist keine Gebietskörperschaft. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder.

(2) Der Sitz des Verbandes im Verbandsgebiet wird durch die Satzung bestimmt.

§ 2

Aufgaben des Verbandes

(1) Der Verband hat im Verbandsgebiet folgende Aufgaben:

1. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
2. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
3. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
4. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;
5. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Trink- und Betriebswasserversorgung sowie zur Ausnutzung der Wasserkraft;
6. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
7. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;

8. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
9. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben erfordern.

(2) Auf Beschluß der Verbandsversammlung kann der Verband im Einvernehmen mit Abwasserbeseitigungspflichtigen außerhalb des Verbandsgebietes und im Benehmen mit dem örtlich zuständigen Abwasserverband deren Abwasser zur Behandlung in verbandseigene Abwasserbehandlungsanlagen übernehmen, anfallende Klärschlämme und sonstige feste Stoffe entsorgen sowie im Zusammenhang damit weitere Maßnahmen der Abwasserbeseitigung auch außerhalb des Verbandsgebietes durchführen. Der Beschluß der Verbandsversammlung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Für die Rückübertragung gelten die Bestimmungen dieses Absatzes entsprechend.

(3) Aufgaben, die nach Absatz 1 dem Verband zugewiesen sind, haben die bisher dazu Verpflichteten weiter zu erfüllen, bis der Verband sie übernimmt.

(4) Der Verband kann auf Beschluß der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt wird und nicht zu einer Interessenkollision führt.

„In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit entscheidet der Verbandsrat über die Auftragsübernahme. Der Verbandsversammlung ist die Auftragsübernahme in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.“

4. § 3 wird wie folgt geändert:

§ 3

- a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen nach Satz 1 können die Möglichkeiten der Anlage zur Energieerzeugung genutzt werden, sofern dies mit der Erledigung der Aufgaben nach § 2 vereinbar ist. Dabei können Anlagen zur Energieerzeugung, die in einem funktionalen Zusammenhang mit Anlagen nach Satz 1 stehen, geplant, gebaut, betrieben und unterhalten werden.“

- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Verband stellt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils sechs Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Sechsjahres-übersichten). Satz 1 gilt nicht für die Aufgaben nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133).“

- c) Absatz 3 wird aufgehoben.

Unternehmen des Verbandes, Übersichten

(1) Unternehmen des Verbandes sind Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten.

(2) Der Verband stellt unbeschadet des Absatzes 3 über die zur Erfüllung seiner Aufgaben und übernommenen Pflichten erforderlichen Unternehmen, die in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren durchzuführen sind, Übersichten auf (Fünfjahresübersichten).

(3) Der Verband legt der Aufsichtsbehörde eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht noch notwendigen Baumaßnahmen vor. Dabei ist mit dem Jahr des Baubeginns anzugeben, welche Maßnahmen in den ersten fünf Jahren vorgesehen sind; für die übrigen Maßnahmen genügt die Angabe, ob sie für den sich anschließenden Zeitraum von sieben Jahren vorgesehen sind oder ob sie frühestens nach Ablauf von zwölf Jahren begonnen werden können. Die Übersicht ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Die Aufsichtsbehörde kann dem Verband für einzelne zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht notwendige Baumaßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn

- a) solche Maßnahmen in der Übersicht nicht aufgeführt oder erst nach Ablauf eines unangemessen langen Zeitraums vorgesehen sind,
- b) die Fristsetzung zur zeitlichen Abstimmung mit den von einer Gemeinde durchzuführenden Maßnahmen erforderlich ist oder
- c) der Verband die Durchführung entgegen den Angaben in der Übersicht ohne zwingenden Grund verzögert.

§ 4

Übernahme von Aufgaben

(1) Der Verband kann Aufgaben nach § 2 Abs. 1, die einer Gebietskörperschaft, einem Wasser- und Bodenverband oder einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet obliegen, nur im Einvernehmen mit der betroffenen Gebietskörperschaft oder dem betroffenen Verband auf Beschluß der Verbandsversammlung ganz oder teilweise übernehmen. Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde des Wupperverbandes. Kommt das Einvernehmen mit einem Wasser- und Bodenverband nicht zustande, entscheidet auf Antrag die Aufsichtsbehörde des Wupperverbandes. Liegt die Übernahme der Aufgabe durch den Wupperverband im öffentlichen Interesse, kann die Aufsichtsbehörde des Wupperverbandes die Übernahme gegenüber dem betroffenen Wasser- und Bodenverband anordnen.

(2) Für die Übertragung von Aufgaben des Wupperverbandes auf eine Gebietskörperschaft, einen Wasser- und Bodenverband oder einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband im Verbandsgebiet gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung, soweit diese den in Absatz 1 genannten Aufgabenträgern obliegt. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7, soweit diese unter § 5 Abs. 8 des Landesabfallgesetzes fällt.

5. In § 4 Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Abwasserbeseitigung“ die Wörter „nach § 46 Absatz 1 Nummer 2 erster Halbsatz des Landeswassergesetzes“ eingefügt.

(4) Die bis zum 28. Februar 2007 bestehende Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung durch den Verband und die in Absatz 1 genannten Aufgabenträger bleibt unberührt.

§ 11 Satzung

(1) Die Satzung regelt die inneren Verhältnisse des Verbandes, soweit sie sich nicht bereits aus diesem Gesetz ergeben.

(2) Über die Satzung und ihre Änderungen beschließt die Verbandsversammlung; die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

6. § 11 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

(3) Die Satzung bestimmt insbesondere:

1. den Sitz des Verbandes (§ 1 Abs. 2),
 2. die Mindestbeiträge für die Begründung der Mitgliedschaft (§ 6 Abs. 2),
 3. die Aufstellung und Führung des Verzeichnisses der Mitglieder (§ 6 Abs. 3),
 4. die Beitragseinheit, die zur Entsendung einer Delegierten oder eines Delegierten berechtigt (§ 12 Abs. 2),
 5. das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen (§ 12 Abs. 3),
 6. die Wertgrenzen für Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, bei deren Erreichen oder Überschreiten die Zustimmung des Verbandsrates einzuholen ist (§ 17 Abs. 5 Nr. 12),
 7. das Nähere zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Wirtschaftsführung und das Verfahren für die Rechnungsprüfung (§ 24 Abs. 2),
 8. die Formen der Bekanntmachungen (§ 33).
- a) In Nummer 7 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.
- b) In Nummer 8 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 9 wird angefügt:
- „9. die Art der Ausweisung und Abrechnung gegenüber dem vorteilhabenden Mitglied für die nach § 4 Absatz 1 übernommenen Aufgaben.“

(4) Die Satzung und jede Änderung sind auf Kosten des Verbandes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzumachen.

(5) Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluß der Verbandsversammlung vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Verband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und ihrer Änderungen ist auf die Rechtsfolge nach Satz 1 hinzuweisen.

§ 12

Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Delegierten der Mitglieder gemäß Absatz 2 und 3 und einer oder einem Delegierten gemäß Absatz 4. Die Gesamtzahl der Delegierten wird durch die Satzung bestimmt.

(2) Jede in der Satzung festzusetzende Einheit an Jahresbeiträgen (Beitragseinheit) berechtigt zur Entsendung einer oder eines Delegierten. Ein Mitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie es aufgrund seiner Jahresbeiträge an vollen Beitragseinheiten erreicht. Kein Mitglied darf mehr als zwei Fünftel aller Delegierten stellen. Die nach Satz 3 über zwei Fünftel aller Beitragseinheiten hinausgehenden Beiträge eines Mitgliedes berechtigen nicht zur Entsendung von Delegierten oder zur Bildung von und zum Eintritt in Stimmgruppen (Absatz 3). Bei der Ermittlung der Beitragseinheiten eines Mitgliedes ist sein durchschnittlicher Jahresbeitrag aus den letzten drei Jahren vor der Neubildung der Verbandsversammlung zugrunde zu legen; bei einer Mitgliedschaft von weniger als drei Jahren gilt der letzte vor der Neubildung

7. In § 12 Absatz 2 Satz 7 werden die Wörter „§ 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen vom [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle des Abwasserabgabengesetzes Nordrhein-Westfalen] und das Wasserentnahmeentgelt gemäß § 2 des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, bleiben“ ersetzt.

der Verbandsversammlung vom Vorstand festgesetzte Jahresbeitrag. Solange Jahresbeiträge einzelner Mitglieder noch nicht feststehen, gilt der vom Vorstand festgesetzte Beitrag. Die Abwasserabgabe gemäß § 65 Abs. 2 des Landeswassergesetzes bleibt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten unberücksichtigt.

(3) Mit den Jahresbeiträgen, die eine volle Beitragseinheit nicht erreichen oder darüber hinausgehen (Beitragsteileinheiten), können sich die Mitglieder zu Stimmgruppen zusammenschließen. Jede Stimmgruppe hat so viele Delegierte mit je einer Stimme, wie sie mit den zusammengelegten Beiträgen oder Beitragsteilen volle Beitragseinheiten auf sich vereinigt. Jedes Mitglied kann sich nur an einer Stimmgruppe beteiligen. Jede Stimmgruppe wählt ihre Delegierten und entsendet sie in die Verbandsversammlung. Das Nähere über die Bildung von Stimmgruppen und die Wahl ihrer Delegierten regelt die Satzung.

(4) Der Verbandsversammlung gehört ferner eine Delegierte oder ein Delegierter an, die oder der gewähltes Mitglied der Landwirtschaftskammer ist und von dieser entsandt wird. Die oder der Delegierte hat in der Verbandsversammlung eine Stimme.

8.

§ 13 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „dem Mitglied“ die Wörter „oder bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts des Mitgliedes nach

§ 13

Delegierte in der Verbandsversammlung

(1) Delegierte oder Delegierter gemäß § 12 Abs. 2 und 3 kann nur sein, wer selbst Mitglied des Verbandes ist, wer bei dem Mitglied beruflich tätig ist, wer bei juristischen Personen vertretungsberechtigt ist oder den Organen des Mitgliedes angehört.

§ 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 208) geändert worden ist,“ eingefügt.

- b) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Zur Angleichung der verbandlichen Wahlperiode an die der Kommunen und Kreise wird für die Verbandsversammlung die Amtszeit der Delegierten im Jahr 2018 einmalig bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.“

(2) Ein Mitglied darf nicht durch eine Delegierte oder einen Delegierten vertreten werden, die oder der in einem Dienstverhältnis zu einem anderen Mitglied steht. Dies gilt nicht für Delegierte gemäß § 12 Abs. 3.

(3) Die oder der Delegierte gemäß § 12 Abs. 4 darf nicht Mitglied oder Pächter eines Mitglieders sein.

(4) Die Delegierten werden für fünf Jahre in die Verbandsversammlung entsandt. In den letzten drei Monaten vor Beendigung der Amtszeit sind die Delegierten für die nächste Amtszeit zu benennen. Wiederwahl und Wiederberufung sind zulässig.

(5) Von einer Gebietskörperschaft dürfen nicht mehr Vertreterinnen oder Vertreter der Verwaltung als Mitglieder der Vertretung der Gebietskörperschaft entsandt werden. Mindestens die Hälfte aller Delegierten der Kreise, Städte und Gemeinden muß einer Vertretung der Gebietskörperschaften angehören. Dies gilt auch für die Bildung von Stimmgruppen nach § 12 Abs. 3.

(6) Das Amt als Delegierte oder Delegierter erlischt vorzeitig durch Abwahl oder Abberufung, durch Ungültigkeit der Wahl aufgrund einer Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren, durch Niederlegung des Amtes, Wegfall der für die Entsendung jeweils maßgebenden Voraussetzungen, Wahl zum Mitglied des Verbandsrates, Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit, Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder Tod. Scheidet eine Delegierte oder ein Delegierter vorzeitig

- c) Nach Absatz 7 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Angleichung an Absatz 4 Satz 4 wird die Frist für die Aufstellung der Mitgliederliste nach Satz 1 im Jahr 2018 einmalig um zwei Jahre verlängert.“

9. § 14 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung der Finanzplanung (§ 22a) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,“

- b) In Nummer 4 und Nummer 6 werden jeweils die Wörter „der Jahresrechnung oder“ gestrichen.

aus, ist eine Ersatzwahl oder Ersatzberufung für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

(7) Der Vorstand hat alle fünf Jahre eine neue Liste aufzustellen, in der die Mitglieder, ihre zu berücksichtigenden Jahresbeiträge, die zugehörigen Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten aufzuführen sind. Unverzüglich nach ihrer Aufstellung sind Auszüge der Liste den Mitgliedern mit der Aufforderung bekanntzugeben, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Delegierten gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates für eine neue Amtsperiode zu benennen. Auf die Möglichkeit, sich zu Stimmgruppen zusammenzuschließen und deren Delegierte zu benennen, ist hinzuweisen. Das Nähere regelt die Satzung.

§ 14

Aufgaben der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über die Satzung, ihre Änderungen und über die Veranlagungsregeln. Sie wählt die Mitglieder des Verbandsrates.

(2) Ferner bleiben der Verbandsversammlung unbeschadet weitergehender Satzungsregelungen vorbehalten:

1. der Erlaß einer Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
2. die Entscheidung über die Anfechtung von Wahlen,
3. die Feststellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen, die Aufstellung des Finanzplans (§ 22) sowie die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Rücklagen,
4. die Bestellung der Prüfstelle für die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Wahl der Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfer,
5. die Entgegennahme des Jahresberichtes,

c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. die Aufstellung der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und des Abwasserbe-seitigungskonzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

6. die Abnahme der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und Entlastung des Vorstandes,

7. die Aufstellung der Übersichten (§ 3 Abs. 2 und 3),

8. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben (§ 2 Abs.2, § 4),

9. die Entscheidung über die Übernahme von Anlagen und Auftragsarbeiten,

10. die Wahl der Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter (§ 29 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2).

(3) Die Verbandsversammlung entscheidet über Beanstandungen des Vorstandes gemäß § 20 Abs. 3.

1

§ 15

Sitzungen der Verbandsversammlung, Beschlußfassung

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates lädt die Delegierten (§ 12 Abs. 1) unter Angabe der Tagesordnung mit mindestens dreiwöchiger Frist zu den Sitzungen und unterrichtet die Mitglieder des Verbandsrates, den Vorstand und die Geschäftsbereichsleiterinnen und -leiter.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie ist grundsätzlich öffentlich; das Nähere regelt die Satzung. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies bei der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates

a) vom Vorstand oder

b) von mindestens einem Drittel der Delegierten

schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt wird.

(3) Die oder der Vorsitzende des Verbandsrates leitet die Sitzungen der Verbandsver-

sammlung. Die weiteren Mitglieder des Verbandsrates, der Vorstand und die Geschäftsbereichsleiterinnen oder Geschäftsbereichsleiter sollen an den Sitzungen teilnehmen. Die Mitglieder des Verbandsrates, der Vorstand und die Geschäftsbereichsleiterinnen oder Geschäftsbereichsleiter sind nicht stimmberechtigt.

(4) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Delegierten rechtzeitig geladen sind und mindestens die Hälfte aller Delegierten anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit kann die oder der Vorsitzende eine neue Sitzung anberaumen, in der die Verbandsversammlung bei gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Hierauf muß in der Ladung hingewiesen werden.

(5) Der Beschlußfähigkeit steht nicht entgegen, daß für vorzeitig ausgeschiedene Delegierte noch keine Ersatzwahl oder Ersatzberufung vorgenommen wurde.

(6) Die Verbandsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Beschlüssen und Wahlen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

(7) Über die Sitzungen der Verbandsversammlung sind Niederschriften zu fertigen. Beschlüsse sind besonders zu kennzeichnen. Die Niederschriften sind von der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates und von einer oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Delegierten zu unterzeichnen.

(8) Je eine Vertreterin oder ein Vertreter der im Verbandsgebiet zuständigen Bezirksregierungen kann mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände, die oder der vom Landesbüro Nordrhein-Westfalen für fünf Jahre benannt wird, kann

10. In § 15 Absatz 8 Satz 2 wird die Angabe „29“ durch die Angabe „63“ und das Wort „Naturschutzverbände“ durch das

Wort „Naturschutzvereinigungen“ ersetzt.

mit beratender Stimme an den öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen.

(9) Die Vertreterinnen oder Vertreter nach Absatz 8 werden zum selben Zeitpunkt und im selben Umfang für die Sitzungen unterrichtet wie die Delegierten.

(10) Die Mitglieder, die ausschließlich durch Delegierte nach § 12 Abs. 3 vertreten werden, können als Zuhörer an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilnehmen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung sind mindestens drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern bekanntzumachen.

11. Dem § 16 Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

§ 16

Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern, die von der Verbandsversammlung gewählt werden. Zunächst entfallen auf die

- | | |
|--|---------------|
| 1. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 (kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden) | 2 Mitglieder, |
| 2. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 (Kreise) | 1 Mitglied, |
| 3. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 (Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung) | 1 Mitglied, |
| 4. Mitgliedergruppe gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 (gewerbliche Unternehmen, Grundstücke, Verkehrsanlagen und sonstige Anlagen) | 1 Mitglied, |
| 5. Vertreterinnen oder Vertreter der Arbeitnehmer des Verbandes | 5 Mitglieder. |

Die verbleibenden fünf Sitze im Verbandsrat verteilen sich nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren auf die Mitgliedergruppen gemäß Satz 2 Nrn. 1 bis 4. Für die Vertreterinnen oder Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden gilt § 13 Abs. 5 Satz 2 entsprechend. Grundlage ist das Beitragsverhältnis, das sich für diese Mitgliedergruppen aus den durchschnittlichen Beitragsleistungen der letzten drei Jahre vor Bildung des Verbandsrates ergibt; § 12 Abs. 2 Sätze 3, 4 und 7 gelten entsprechend. Von den nach Satz 2 Nrn. 1 bis 4 und Satz 3 zu wählenden Mitgliedern soll eine Person ein Verbandsgebiet aus dem Dhünnegebiet repräsentieren.

(2) Die Mitglieder des Verbandsrates nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 5 werden von der Verbandsversammlung aus je einem Vorschlag des Personalrates des Verbandes gemäß Satz 2 Nrn. 1 und 2 gewählt. Die Vorschläge müssen mindestens die doppelte Anzahl der zu wählenden Mitglieder des Verbandsrates enthalten, und zwar für:

1. drei Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verband stehen;
2. zwei weitere Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter, die nicht Beschäftigte des Verbandes sind. Diesem Wahlgang des Personalrates werden Vorschläge der im Verband vertretenen Gewerkschaften zugrunde gelegt.

Die Wahl ist eine Personenwahl. Das Nähere regelt die Satzung.

(3) Mitglied des Verbandsrates kann nicht sein, wer Delegierte oder Delegierter in der Verbandsversammlung ist. Im übrigen gilt § 13 Abs. 1 und 2 entsprechend.

(4) In der Satzung kann bestimmt werden, daß für jedes Mitglied des Verbandsrates in gleicher Weise ein stellvertretendes Mitglied des Verbandsrates gewählt wird.

(5) Der Verbandsrat wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr.

3 oder 4 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 zu stellen. Gehört die oder der Vorsitzende den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 oder 2 an, ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von den Mitgliedern gemäß Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 oder 4 zu stellen. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder des Verbandsrates auf sich vereinigt. Kommt eine Wahl hiernach nicht zustande, ist gewählt, wer in einem zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(6) Die Amtszeit des Verbandsrates beträgt fünf Jahre. Die Mitglieder führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Verbandsrat gewählt ist. Wiederwahl ist zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

„In Anpassung an die in § 13 Absatz 4 Satz 4 getroffene Regelung findet die Wahl des Verbandsrates anstatt im Jahr 2018 im Jahr 2020 statt.“

(7) Die Verbandsversammlung kann Mitglieder des Verbandsrates und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter wegen grober Verletzung der ihnen dem Verband gegenüber obliegenden Pflichten abwählen. Der Beschluß bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln aller Delegierten. In derselben Sitzung ist eine Ersatzwahl für den Rest der Amtszeit vorzunehmen.

12. § 17 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

§ 17

Aufgaben des Verbandsrates

(1) Der Verbandsrat hat die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung gebunden. Er überwacht die Führung der Geschäfte durch den Vorstand.

(2) Der Verbandsrat wählt den Vorstand. Er bestimmt die oder den insbesondere für personelle und soziale Angelegenheiten des Verbandes zuständige Geschäftsbereichsleiterin oder zuständigen Geschäftsbereichsleiter, die oder der nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter bestellt werden darf.

(3) Für die Abberufung des Vorstandes aus einem wichtigen Grund ist § 18 Abs. 5 entsprechend anzuwenden. Die Abberufung der Geschäftsbereichsleiterin oder des Geschäftsbereichsleiters aus der ihr oder ihm gemäß Absatz 2 Satz 2 übertragenen Funktion ist nur mit den Stimmen der Mehrheit der Arbeitnehmer-Vertreterinnen oder -Vertreter möglich.

(4) Der Verbandsrat beschließt über:

1. seine Geschäftsordnung,
2. die Bestellung von Beauftragten nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Abfallgesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
3. den Abschluß eines Dienstvertrages mit dem Vorstand,
4. die Geschäftsordnung für die Verbandsverwaltung,
5. die übrigen Zuständigkeiten der oder des gemäß Absatz 2 Satz 2 bestimmten Geschäftsbereichsleiterin oder Geschäftsbereichsleiters innerhalb der Verbandsverwaltung und ihre oder seine Stellung gegenüber dem Vorstand in personellen und sozialen Angelegenheiten,
6. die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben (§ 23 Abs. 2) oder erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen.

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Entwürfe der Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 und Entwurf des Abwasserbeseitigungs-konzeptes nach § 53 des Landeswassergesetzes,“

(5) Der Zustimmung des Verbandsrates bedarf der Vorstand in folgenden Angelegenheiten:

1. Entwürfe der Übersichten (§3 Abs. 2 und 3),
2. Bau- und Maßnahmepläne für die Verbandsunternehmen,
3. Anordnung der Inanspruchnahme von Grundstücken und Anlagen der Mitglieder und von Dritten sowie die Festsetzung des Geldausgleichs (§ 7 Abs. 5, § 8 Abs. 2),
4. Anträge auf Durchführung von Enteignungsverfahren (§ 9),

b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,“

c) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Handelsgewerbe“ die Wörter „sowie bei Änderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Verträgen“ eingefügt.

d) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

„13. Entwurf des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen und der Finanzplanung (§ 22a).“

13. Dem § 19 wird folgender Absatz 4 angefügt:

5. Gewährung von Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,

6. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit, insbesondere über die Eingehung von Bürgschaften und über Gewährverträge, ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung,

7. Bildung von oder Eintritt in Handelsgesellschaften sowie in Vereinigungen bürgerlichen Rechts mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichtet sind, oder in kommunale Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände und Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem Handelsgewerbe,

8. Abschluß und Kündigung von Tarifverträgen sowie Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Beschäftigten,

9. Verfolgung von Rechtsbehelfen gegen aufsichtsrechtliche Verfügungen und Anordnungen,

10. Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 32),

11. Bestellung einer Geschäftsbereichsleiterin oder eines Geschäftsbereichsleiters zur ständigen Vertreterin oder zum ständigen Vertreter des Vorstandes,

12. Geschäfte und sonstige Angelegenheiten von herausragender Bedeutung, deren Wert die in der Satzung festzusetzenden Beträge erreicht oder überschreitet,

13. Entwurf des Haushaltsplans, seiner Nachträge und des Finanzplans (§ 22) oder des Wirtschaftsplans und seiner Änderungen (§ 22 a).

§ 19 Vorstand

(1) Die oder der Vorsitzende des Verbandes ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des Vorstandes.

„(4) Der Vorstand hat entsprechend den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15) in der jeweils geltenden Fassung seine Vergütung im Jahresabschluss individualisiert offen zu legen.“

(2) Wer zum Vorstand gewählt wird, muß die für sein Amt erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre. Wiederwahlen sind zulässig. Die Wahl ist frühestens neun Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchzuführen. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das 67. Lebensjahr vollendet. Für Vorstände, die am 1. Januar 2013 im Amt sind und deren Amtszeit bis längstens 2017 läuft, findet die Altersgrenze nach Satz 5 nur mit deren Zustimmung Anwendung.

(3) Für die Geschäftsbereichsleiterin oder -leiter gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 gilt Absatz 2 sinngemäß.

§ 20

Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und hat die Aufgaben, die nicht aufgrund dieses Gesetzes oder der Satzung der Verbandsversammlung, dem Verbandsrat, der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates oder dem Widerspruchsausschuß obliegen. Er bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsrates vor und führt sie aus, soweit sich aus den Beschlüssen nichts anderes ergibt. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter der Beschäftigten des Verbandes und Leiter der Verbandsverwaltung.

(2) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, insbesondere bei Gefahr im Verzuge, entscheidet der Vorstand auch über Angelegenheiten, deren Wert die in der Satzung festgesetzten Beträge erreicht oder überschreitet. Diese Entscheidungen sind der oder dem Vorsitzenden des Verbandsrates unverzüglich mitzuteilen und dem Verbandsrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

14. In § 20 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „5“ die Wörter „sowie zu § 2 Absatz 4 Satz 4“ eingefügt.

(3) Der Vorstand kann Beschlüsse des Verbandsrates zu § 17 Abs. 4 und 5, die den Interessen des Verbandes zuwiderlaufen, beanstanden. Er legt diese Beschlüsse mit einer schriftlichen Begründung seiner Beanstandung der Verbandsversammlung zur Entscheidung vor. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Die Verbandsversammlung hat innerhalb von zwei Monaten über die Angelegenheit zu entscheiden.

15. Die Überschrift des Sechsten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Sechster Teil
Finanzplanung, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge“**

**Sechster Teil
Haushaltsplan, Finanzplan, Wirtschaftsführung
und Rechnungswesen, Beiträge**

16. § 22 wird aufgehoben.

§ 22 Haushaltsplan, Finanzplan

(1) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Haushaltsjahr vor seinem Beginn den Haushaltsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Haushaltsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamtplan und Einzelplänen. Er gliedert sich in den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt und enthält alle für die Aufgabenerfüllung des Verbandes im Haushaltsjahr

1. benötigten Einnahmen,
2. zu leistenden Ausgaben,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Der Nachweis der Rücklagen, eine Übersicht über den Schuldenstand und die Stellenpläne für die Beschäftigten sind dem Haushaltsplan als Anlagen beizufügen.

(3) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Haushaltsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Der Haushaltsplan kann nur durch Nachträge geändert werden, über die spätestens bis zum Ablauf des betreffenden Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für sie gelten die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 entsprechend. Ein Nachtrag zum Haushaltsplan ist aufzustellen, wenn während des Haushaltsjahres erkennbar ist, daß durch über- und außerplanmäßige Ausgaben von erheblichem Umfang der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht zu erreichen ist.

(5) Ist der Haushaltsplan bis zum Beginn des Haushaltsjahres nicht festgestellt, gelten die Haushaltsansätze und die Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht

der Haushaltsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Haushaltsansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(6) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Haushaltsplan einen fünfjährigen Finanzplan auf, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein.

17. § 22 a wird wie folgt gefasst:

**„§ 22a
Wirtschaftsplan, Finanzplanung**

(1) Der Verband wirtschaftet nach den Grundsätzen des kaufmännischen Rechnungswesens. Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind § 19 Absatz 1 Satz 1, 2 erste Alternative, Absatz 2 und 3, §§ 21, 22 Absatz 1, §§ 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend anzuwenden.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung. Der Wirtschaftsplan muss ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und die Finanzplanung beizufügen. Die §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gelten entsprechend.

**§ 22 a
Wirtschaftsplan**

(1) Der Verband kann anstelle des Wirtschaftens nach einem Haushaltsplan ein kaufmännisches Rechnungswesen einführen.

(2) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. § 22 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan und dem Vermögensplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen die Stellenübersicht, der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan, der mit den Übersichten gemäß § 3 Abs. 2 und 3 abzustimmen ist. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs.

(4) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist unverzüglich mit seinen Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,
2. höhere Kredite erforderlich werden,
3. im Vermögensplan über- und außerplanmäßige Ausgaben für Investitionen durch Einsparungen oder Mehreinnahmen nicht gedeckt werden können,
4. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
5. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(7) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann die Aufsichtsbehörde im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 1 und 3 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.

(4) Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung und den Jahresabschluss sind §§ 19, 21 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Stärkung einer wirtschaftlichen Betriebsführung kann das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium) im Einzelfall zeitlich begrenzte Abweichungen und Ergänzungen unter Beachtung der Grundsätze des kaufmännischen Rechnungswesens von und zu den in Absatz 3 und 4 genannten Regelungen der Eigenbetriebsverordnung über den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung, die Buchführung, die Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit zulassen.

(6) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

(7) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn

1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder
2. höhere Kredite erforderlich werden oder
3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder

(8) Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres nicht festgestellt, gelten die Ansätze und Kreditermächtigungen des Vorjahres vorläufig weiter. Sieht der Wirtschaftsplanentwurf für das betreffende Jahr niedrigere Ansätze und eine niedrigere Kreditermächtigung vor, gelten diese. Die Beiträge sind nach der Beitragsliste des Vorjahres vorbehaltlich einer späteren Verrechnung zu zahlen.

(9) Die Verbandsversammlung stellt jährlich mit dem Wirtschaftsplan eine fünfjährige Finanzplanung auf, die mit den Übersichten gemäß § 3 Absatz 2 abzustimmen ist und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten darstellt. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr. Die Finanzplanung muss in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(10) Der Vorstand stellt den Jahresabschluss in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres für das vergangene Wirtschaftsjahr auf. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der Satzung über die Regelung für die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen zu veröffentlichen.

(11) Der Landesrechnungshof hat das Prüfungsrecht nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 636) geändert worden ist.“

4. eine erhebliche Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

(8) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.“

18. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 24
Rücklagen, Rechnungs-
und Prüfungswesen, Wirtschaftsfüh-
rung“**

b) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushaltswirtschaft oder“ und die Wörter „Vermögens-haushalts oder“ gestrichen.

c) In Absatz 2 werden die Wörter „Haushalts-, Kassen- und“ gestrichen.

**§ 24
Rücklagen; Haushalts-, Kassen-,
Rechnungs- und Prüfungswesen; Wirt-
schaftsführung**

(1) Der Verband soll zur Sicherung der Haushaltswirtschaft oder Wirtschaftsführung und, soweit erforderlich, für Zwecke des Vermögenshaushalts oder Vermögensplans sowie zur Deckung nicht einziehbarer Beiträge (§ 27 Abs. 5 Satz 2) Rücklagen in angemessener Höhe bilden.

(2) Das Nähere zur Wirtschaftsführung und zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und das Verfahren für die Rechnungsprüfung sind in der Satzung zu regeln.

19. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

**§ 25
Beiträge**

(1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten, seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

(2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen, die nach Maßgabe der Satzung fällig werden. Der Verband ermittelt spätestens ab dem 1. Januar 2000 die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören auch Entgelte für die in Anspruch genommenen Fremdleistungen, Abschreibungen, die nach der vermutlichen Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrauchte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Der Verband kann eine Eigenfinan-

b) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Vermögenshaushalts“ durch das Wort „Vermögensplans“ ersetzt.

- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 13 Absatz 2 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
- d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „zu Beiträgen für die Zeit danach“ durch die Wörter „vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 2 zu Beiträgen für die Zeit nach seinem Ausscheiden“ ersetzt.

zierung auch mittels angemessener Direktfinanzierung der Ausgaben des Vermögenshaushalts durch Beiträge sicherstellen, soweit die nach Satz 1 zu ermittelnden Kosten hierdurch nicht unterschritten werden.

(3) Beiträge, die einem Benutzer nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 24 Abs. 2 des Landeswassergesetzes auferlegt worden sind oder auferlegt werden, gelten als Leistung zu den Beiträgen des Benutzers als Mitglied des Verbandes. Das gleiche gilt, wenn zwischen dem Benutzer und dem Verband eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.

(4) Ein ausgeschiedenes Mitglied bleibt zur Leistung der für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden festgesetzten Beiträge verpflichtet; es kann auch zu Beiträgen für die Zeit danach wie ein Mitglied wegen der Aufwendungen des Verbandes herangezogen werden, die durch das ausscheidende Mitglied verursacht wurden und nach dem Ausscheiden nicht vermieden werden können. Entsprechendes gilt für die Einschränkung der Teilnahme eines Mitgliedes an dem Verband. Geleistete Beiträge werden dem ausscheidenden Mitglied nicht erstattet oder ausgeglichen.

20. § 27 wird wie folgt geändert:

§ 27 Veranlagung

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Einzelpläne“ und die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

(1) Aufgrund der Einzelpläne des festgestellten Haushalts- oder Wirtschaftsplans berechnet der Vorstand nach den Veranlagungsregeln die Beiträge. Er führt die Beiträge - nach Beitragsgruppen getrennt - mit den zugehörigen Berechnungsgrundlagen in einer Beitragsliste auf und setzt die Beiträge fest. Der Vorstand teilt unverzüglich jedem Mitglied seinen Beitrag für die jeweilige Beitragsgruppe, die wesentlichen Berechnungsgrundlagen hierzu, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit (Beitragsbescheid) und zieht die Beiträge ein.

(2) Im Beitragsbescheid ist der Veranlagte auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Beitragsliste und die dazugehörigen

Unterlagen unter Angabe von Ort und Zeitraum hinzuweisen. Der Beitragsbescheid ist zuzustellen. Ein neues Mitglied ist mit dem ersten Beitragsbescheid über bestehende Rechte und Pflichten unter Beifügung von Gesetz, Satzung und Veranlagungsregeln zu unterrichten.

(3) Gegen den Beitragsbescheid kann der Veranlagte innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch einlegen. Hilft der Vorstand dem Widerspruch nicht ab, legt er ihn dem Widerspruchsausschuß vor.

(4) Soweit es für die Verwaltung und die Arbeiten des Verbandes erforderlich ist, kann der Vorstand vor der Ermittlung und Bestimmung des Beitragsverhältnisses vorläufige Beiträge nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.

(5) Ein durch Rechtsbehelf oder Entscheidung des Vorstandes entstandener Minder- oder Mehrbeitrag eines Mitgliedes des Verbandes gegenüber den nach Absatz 1 oder 4 festgesetzten Beiträgen ist unter den übrigen Mitgliedern derselben Beitragsgruppe im Verhältnis der von ihnen im Veranlagungsjahr zu leistenden Beiträge aufzuteilen und bei der nächstmöglichen Veranlagung auszugleichen, soweit sich aus den Veranlagungsregeln nichts anderes ergibt. Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Mitgliedern des Verbandes zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage (§ 24 Abs. 1) beschlossen wird.

(6) Werden im Laufe eines Haushaltsjahres Ausgaben erforderlich, die nur aufgrund eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder einer Änderung des Wirtschaftsplans geleistet werden können, sind die dafür benötigten Beiträge spätestens im darauffolgenden Jahr in einen Nachtrag zur Beitragsliste aufzunehmen. Für die Aufstellung und Festsetzung der Nachtragsliste sowie für die Veranlagung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

- b) In Absatz 6 Satz 1 wird das Wort „Haushaltsjahres“ durch das Wort „Wirtschaftsjahres“ ersetzt und werden die Wörter „eines Nachtrags zum Haushaltsplan oder“ gestrichen.

(7) Wer seinen Beitrag oder sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen in Geld nicht rechtzeitig leistet, hat nach Maßgabe des § 240 der Abgabenordnung einen Säumniszuschlag zu zahlen, den der Vorstand festsetzt und einzieht.

§ 28

Rechtliche Eigenschaft der Beiträge, Vollstreckung

(1) Die Beitragspflichten aufgrund dieses Gesetzes sind öffentliche Lasten (Abgaben). Sie ruhen auf den Grundstücken und Anlagen, mit denen der jeweilige Eigentümer als Mitglied an dem Verband teilnimmt.

(2) Für die Beitreibung der Beitragsforderungen und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen in Geld ist Vollstreckungsbehörde der Vorstand, der sich zur Durchführung der Vollstreckung der Gemeinden oder Gemeindeverbände bedienen kann. Das Innenministerium bestimmt durch Rechtsverordnung den an die in Anspruch genommene Gemeinde oder den in Anspruch genommenen Gemeindeverband abzuführenden Kostenbeitrag je Vollstreckungsersuchen.

(3) Die Beitreibung kann auch gegen den Pächter oder denjenigen anderen Nutzungsberechtigten der zum Verband gehörenden Grundstücke und Anlagen gerichtet werden, der sein Recht vom Eigentümer herleitet, bei Nutzung eines Teiles nur wegen des hierauf entfallenden Beitragsteiles; zu den Nutzungsberechtigten gehört auch der Mieter einer Anlage oder einer gesonderten Arbeitsstelle in einer Anlage. Dies gilt nicht, wenn die von dem, Nutzungsberechtigten rechtmäßig ausgeübte Nutzungsart wesentlich von der Nutzungsart abweicht, aus der die Beitragspflicht des Eigentümers entstanden ist. Die Frist für das Rechtsmittel nach § 27 Abs. 3 beginnt für den Nutzungsberechtigten mit der Zustellung der Aufforderung, den Beitrag zu leisten.

(4) Für die Verjährung von Beiträgen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen

21. In § 28 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Innenministerium“ durch die Wörter „für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

22. § 29 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Landesbeamten“ die Wörter „oder tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.
- b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Beamten“ die Wörter „oder vergleichbaren tarifbeschäftigten Person“ eingefügt.

gen in Geld sind die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung (§§ 228 bis 232) entsprechend anzuwenden.

§ 29 Widerspruchsausschuß

(1) Der Widerspruchsausschuß besteht aus

1. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zur oder zum Vorsitzenden zu berufenden Landesbeamtin oder Landesbeamten, die oder der die Befähigung zum Richteramt besitzt,
2. einer oder einem von der Aufsichtsbehörde zu berufenden höheren technischen Beamtin oder Beamten der staatlichen Umweltverwaltung,
3. fünf weiteren, von der Verbandsversammlung zu wählenden Mitgliedern. Die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 und 2 müssen vorliegen. Die Mitglieder nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 müssen mindestens durch je ein Mitglied vertreten sein.

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses dürfen nicht dem Verbandsrat angehören.

(2) Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter berufen oder gewählt.

(3) Die Amtszeit des Widerspruchsausschusses beträgt fünf Jahre. Wiederberufung und Wiederwahl sind zulässig. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter führen nach Beendigung der Amtszeit ihr Amt weiter, bis der neue Widerspruchsausschuß gebildet ist. Scheidet ein Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 2 aus seinem Hauptamt aus, ist seine Abberufung zulässig. Im übrigen gilt § 13 Abs. 6 entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses sind an Weisungen nicht gebunden.

(5) Der Widerspruchsausschuß regelt sein Verfahren in einer Verfahrensordnung.

§ 34
Aufsicht

23. In § 34 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ ersetzt.

(1) Der Verband steht unter der Aufsicht des Staates. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium).

(2) Die Aufsicht stellt sicher, daß der Verband die ihm obliegenden Aufgaben und Pflichten nach geltendem Recht und im Einklang mit den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes erfüllt.

24. In § 36 Absatz 2 werden jeweils die Wörter „Haushalts- oder“ gestrichen.

§ 36
Anordnung und Aufhebung von Maßnahmen

(1) Erfüllt der Verband die ihm nach Gesetz oder Satzung obliegenden Aufgaben oder Pflichten nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im erforderlichen Umfang, kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß er innerhalb einer bestimmten Frist das Notwendige veranlaßt. Die Aufsichtsbehörde hat die geforderte Handlung im einzelnen zu bezeichnen. Sie kann ihre Anordnung, wenn sie nicht befolgt worden ist, anstelle und auf Kosten des Verbandes selbst durchführen oder von einem anderen durchführen lassen. Die aufsichtsbehördliche Fristsetzung und Anordnung ersetzt die erforderlichen Entscheidungen der Verbandsorgane.

(2) Kommt der Verband einer rechtlichen Verpflichtung nicht nach und unterläßt oder verweigert er es, die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan aufzunehmen oder außerplanmäßig zu genehmigen, kann die Aufsichtsbehörde unter Anführung der Gründe die Aufnahme der erforderlichen Mittel in den Haushalts- oder Wirtschaftsplan verfügen oder die außerplanmäßigen Ausgaben feststellen und die Einziehung der erforderlichen Beiträge anordnen.

(3) Der Vorstand hat Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsra-

tes, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen, schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Heben die Verbandsversammlung oder der Verbandsrat beanstandete Beschlüsse nicht auf, entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit der Beanstandung. Die aufschiebende Wirkung bleibt bestehen.

(4) Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Beschlüsse und Anordnungen des Verbandes, die das Gesetz oder die Satzung verletzen oder den Aufgaben und Pflichten des Verbandes zuwiderlaufen, innerhalb von sechs Monaten aufzuheben und zu verlangen, daß Maßnahmen, die aufgrund solcher Beschlüsse oder Anordnungen getroffen sind, rückgängig gemacht werden.

25. § 38 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 4 werden die Wörter „den Dienstvertrag mit dem Vorstand“ durch das Wort „Dienstverträge“ ersetzt.

§ 38

Genehmigung von Geschäften

(1) Der Verband bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde

1. für Geschäfte im Sinne von § 17 Abs. 5 Nr. 7,
2. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen mit erheblichem Wert, zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen auf Dauer, soweit die Nutzung einen erheblichen Wert darstellt, sowie zur entgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen, wenn der Erlös nicht dem Vermögenshaushalt des Verbandes zugeführt wird,
3. zur Gewährung von Darlehen über 10.000 Euro an Beschäftigte des Verbandes, auch soweit diese ausgeschieden sind, sowie für alle sonstigen Darlehen an Stellen außerhalb des Verbandes,
4. zu Verträgen mit den in § 16 Abs. 1 und 4, § 19 Abs. 2 und § 29 Abs. 1 und 2 aufgeführten Personen, soweit es sich nicht um den Dienstvertrag mit dem Vorstand oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,

bbb) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. zur Bestellung von Sicherheiten aller Art, insbesondere über das Eingehen von Bürgschaften, Patronatserklärungen und Gewährverträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Verpflichtung.“

5. zur Bestellung von Sicherheiten und zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, wenn die Höhe der Belastung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der Finanzkraft des Verbandes steht.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Beschluss nach § 17 Absatz 5 Nummer 7 ist unter folgenden Maßgaben genehmigungsfähig:

1. Die Bildung beziehungsweise der Eintritt ist zur Erfüllung der verbandseigenen Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich,
2. es besteht ein Zusammenhang mit den hoheitlichen Verbandsaufgaben, die selbst beim Verband verbleiben,
3. die Ausführung der dem Verband nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wird nicht beeinträchtigt,
4. es besteht keine Interessenskollision mit dem Verband und
5. § 3 Absatz 3 des Vergütungsofenlegungsgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

(3) Das Nähere zu Absatz 1 Nummer 2 und 5 regelt die Satzung.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

Das Nähere zu den Nummern 2 und 5 regelt die Satzung.

(2) Geschäfte nach Absatz 1, die der Verband ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt, sind unwirksam. Die Gewähr-

rung von Darlehen an Mitglieder der Verbandsorgane und des Widerspruchsausschusses ist unzulässig.

26. Die Überschrift des Zehnten Teils wird wie folgt gefasst:

**„Zehnter Teil
Auflösung, Inkrafttreten“**

**Zehnter Teil
Gebühren, Auflösung, Übergangsvorschrift, Inkrafttreten**

27. § 39 wird aufgehoben.

**§ 39
Freiheit von Gebühren**

(1) Für den Grunderwerb sowie für Geschäfte und Unternehmen des Verbandes zur unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben werden Gebühren der Behörden und Gerichte nicht erhoben; dies gilt nicht für Amtshandlungen der in § 8 Abs. 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen genannten Behörden.

(2) Die Befreiung ist ohne Nachprüfung zuzugestehen, wenn die Aufsichtsbehörde des Verbandes bescheinigt, daß der Grunderwerb, das Geschäft oder das Unternehmen der unmittelbaren Durchführung seiner Aufgaben dient.

28. § 42 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 42
Inkrafttreten“**

**§ 42
Inkrafttreten, Berichtspflicht**

- b) Satz 2 wird aufgehoben.

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009.

**Artikel 12
Änderung des Kurortegesetzes
vom 11. Dezember 2007**

**Gesetz über Kurorte im Land Nordrhein-Westfalen
(Kurortegesetz - KOG)**

**§ 13
Verwendung der Bezeichnung**

In § 13 des Kurortgesetzes vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW. 2008 S. 8), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2015 (GV. NRW. S. 666) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 16 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen“ durch die Wörter „§ 53 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

Der zur Nutzung einer Heilquelle berechtigten Person kann nach staatlicher Anerkennung gemäß § 16 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen auf Antrag das Recht verliehen werden, für das Wasser unter Hinweis auf die staatliche Anerkennung die Bezeichnung „Natürliches Heilwasser“ zu verwenden, wenn

1. die Herkunft aus einer staatlich anerkannten Heilquelle ohne Entzug irgendwelcher Bestandteile oder Zusatz irgendwelcher Stoffe - Naturbelassenheit -,
2. die Abfüllung am Quellort,
3. der wissenschaftlich belegte Ausschluss chemischer und biologischer Veränderungen,
4. die Festsetzung der durch Erfahrung bewährten, traditionellen Hauptheilanzeigen sowie Gegenanzeigen sowie
5. eine gültige Erlaubnis nach § 13 Arzneimittelgesetz

nachgewiesen sind.

Artikel 13

Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Januar 2004 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 884) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a. In Nummer 2 wird die Angabe „§§ 32, 33, 34 und 35“ durch die Angabe „§§ 17, 19, 20 und 21“ ersetzt.

Gesetz über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern (Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - WasEG)

§ 1

Entgeltpflicht, Ausnahmen und Befreiungen

(1) Das Land erhebt für das

1. Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser,
2. Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern,

ein Wasserentnahmeentgelt.

(2) Das Entgelt wird nicht erhoben für

1. behördlich angeordnete Benutzungen,
2. erlaubnisfreie Benutzungen im Sinne der §§ 8 Abs. 3, 25, 26 und 46 des

- b. In Nummer 3 wird die Angabe „§ 16 LWG“ durch die Wörter „§ 53 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
3. Benutzungen, sofern die geförderte Wassermenge nicht mehr als 3.000 m³ pro Kalenderjahr beträgt oder der im Veranlagungszeitraum zu entrichtende Entgeltbetrag 150 € nicht überschreitet,
4. Entnahmen aus Heilquellen im Sinne des § 16 LWG, sofern sie nicht der Mineralwasserabfüllung dienen,
5. Entnahmen zum Zwecke der Fischerei,
6. Entnahmen für die Wasserkraftnutzung und für den Betrieb von Wärmepumpen, soweit das entnommene Wasser dem Gewässer wieder zugeführt wird,
7. Entnahmen und Überleitung von Wasser von einem Gewässersystem in ein anderes zur Aufrechterhaltung der Schiffbarkeit von Kanälen und zur Sicherstellung der Wasserführung,
8. vorübergehende Grundwasserabsenkungen zum Zwecke der Errichtung baulicher Anlagen, sowie dauerhafte Grundwasserabsenkungen im Gemeinwohlinteresse, soweit das entnommene Wasser keiner Nutzung zugeführt wird,
9. Entnahmen von Wasser, das als Löschwasser verwendet wird,
10. Entnahmen von Wasser zum Zwecke der Bewässerung landwirtschaftlich, gärtnerisch und forstwirtschaftlich

§ 8

Verrechnung

(1) Leistet ein Entgeltpflichtiger als öffentlich-rechtliche Körperschaft oder Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung auf Grund einer vertraglich vereinbarten Kooperation mit der Landwirtschaft oder einer Landwirtschaftskammer Zahlungen für Maßnahmen zum Schutze des entnommenen Rohwassers, können die im Veranlagungsjahr hierfür entstandenen Aufwendungen mit der Vorauszahlung o-

2. In § 8 Absatz 2 werden nach dem Wort „über“ die Wörter „Anforderungen an die Maßnahmen zum Schutz des entnommenen Rohwassers,“ eingefügt.

Artikel 14

Änderung der Kommunalabwasserverordnung

Die Kommunalabwasserverordnung vom 30. September 1997 (GV. NRW. S. 372), die zuletzt durch Artikel 140 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 332) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Angabe „§ 53 LWG“ durch die Wörter „§ 46 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 53 Abs. 4 LWG“ durch die Wörter „§ 49 Absatz 5 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.
 - c) Absatz 2a wird wie folgt geändert:

der der Festsetzung des Wasserentnahmeentgelts für dieses Veranlagungsjahr verrechnet werden.

Verrechnungsfähig sind die personellen Aufwendungen für die Gewässerschutzberatung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie Aufwendungen für Maßnahmen.³Die im Veranlagungsjahr entstandenen Aufwendungen sind schriftlich gegenüber der zuständigen Behörde nachzuweisen.

(2) Die oberste Wasserbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen über das Verrechnungsverfahren und die Nachweisführung zu erlassen. genutzter Flächen.

Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Kommunalabwasserverordnung - KoMabwV)

§ 4 Kanalisation

(1) Die nach § 53 LWG zur Abwasserbeseitigung Verpflichteten haben gemeindliche Gebiete

1. mit mehr als 10.000 EW bis zum 31. Dezember 1998,
2. bis 10.000 EW bis zum 31. Dezember 2005

mit einer Kanalisation auszustatten.

(2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 Nr. 2 gilt nicht für Grundstücke außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile, wenn der zur Abwasserbeseitigung Verpflichtete nach Maßgabe des § 53 Abs. 4 LWG von seiner Pflicht freigestellt worden ist.

- aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 53 Absatz 1 Satz 4 LWG“ durch die Wörter „§ 47 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 werden die Wörter „§ 53 Absatz 1 Satz 9 LWG“ durch die Wörter „§ 47 Absatz 2 Satz 2 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.
- d) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „18 b“ durch die Angabe „60“ und die Angabe „§ 57 LWG“ durch die Wörter „§ 57 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.

(2a) Ist die Ausstattung mit einer Kanalisation für Grundstücke außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile mit einem innerhalb der Frist des Absatz 1 Nr.2 unzumutbaren Aufwand verbunden, kann der zur Abwasserbeseitigung Verpflichtete im Abwasserbeseitigungskonzept (§ 53 Absatz 1 Satz 4 LWG) eine weitergehende Frist vorsehen. Diese Frist ist verbindlich, wenn die zuständige Behörde sie gemäß § 53 Absatz 1 Satz 9 LWG nicht beanstandet.

(3) Die Kanalisation muß den Anforderungen an die Abwasserbehandlung Rechnung tragen. Bei Entwurf, Bau und Unterhaltung sind die optimalen technischen Kenntnisse nach Maßgabe der Anforderungen des § 18 b des Wasserhaushaltsgesetzes und des § 57 LWG zugrunde zu legen, die keine unverhältnismäßig hohen Kosten verursachen; dies betrifft insbesondere:

- die Menge und Zusammensetzung der kommunalen Abwässer,
- die Verhinderung von Leckagen,
- die Begrenzung einer Verschmutzung der aufnehmenden Gewässer durch Regenüberläufe.

§ 5

Einleitung von kommunalem Abwasser

(1) Die nach den §§ 53 und 54 LWG zur Abwasserbeseitigung Verpflichteten haben die auf Grund des § 7a des Wasserhaushaltsgesetzes für das Einleiten von kommunalem Abwasser erlassenen Anforderungen aus gemeindlichen Gebieten

1. mit mehr als 10.000 EW ab dem 1. Januar 1999,
2. von 2000 bis 10.000 EW ab dem 1. Januar 2006

einzuhalten. Die zuständige Wasserbehörde kann je nach der Gegebenheit vor

2. In § 5 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 53 Abs. 1 und § 54 Abs. 3 LWG“ durch die Wörter „§ 46 Absatz 1 und § 53 Absatz 3 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.

Ort zulassen, daß die an die Einleitung von Stickstoff (N ges.) gestellten Anforderungen aus Gebieten mit mehr als 10.000 EW bis zum 31. Dezember 2005 erfüllt werden, wenn in der Übersicht des zur Abwasserbeseitigung Verpflichteten gemäß § 53 Abs. 1 und § 54 Abs.3 LWG eine andere als die in Satz 1 geforderte Frist festgelegt ist und sie nicht über diese Frist hinausgeht.

(2) Im übrigen kann die in Absatz 1 Nr. 1 genannte Frist in durch technische Schwierigkeiten begründeten Ausnahmefällen für geographisch abgegrenzte Gebiete auf besonderen Antrag durch die Europäische Kommission verlängert werden. Der zur Abwasserbeseitigung Verpflichtete hat in diesem Fall den Antrag der für die Erteilung der Einleitungserlaubnis zuständigen Behörde bis zum 31. Dezember 1997 vorzulegen. Der Antrag muß angemessen begründet sein, insbesondere die bestehenden technischen Schwierigkeiten darlegen und einen Zeitplan für die Verwirklichung der notwendigen Maßnahmen enthalten. Der Zeitplan darf für den Abschluß der Maßnahmen keine Fristen vorsehen, die über den 31. Dezember 2005 hinausgehen.

(3) Eine Einleitung aus gemeindlichen Gebieten mit weniger als 2000 EW darf ab dem 1. Januar 2006 nur erfolgen, wenn durch ein Verfahren oder ein Entsorgungssystem sichergestellt wird, daß die aufnehmenden Gewässer den maßgeblichen Qualitätszielen sowie den Bestimmungen dieser Verordnung und anderen einschlägigen Richtlinien der Gemeinschaft entsprechen.

§ 7

Einleitung von industriellem Abwasser in ein Gewässer

3. In § 7 Absatz 1 wird die Angabe „7a“ durch die Angabe „57“ ersetzt.

(1) Die Einleiter von biologisch abbaubarem industriellem Abwasser aus den in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführten Industriebranchen haben die auf

Grund des § 7a des Wasserhaushaltsgesetzes hierfür erlassenen Anforderungen bis zum 31. Dezember 2000 einzuhalten.

(2) Die in Absatz 1 genannte Frist kann auf besonderen Antrag durch die für die Erteilung der Einleitungserlaubnis zuständige Behörde verlängert werden. § 5 Abs. 2 S. 3 dieser Verordnung gilt entsprechend.

§ 8

Einleitung von industriellem Abwasser in Kanalisationen

(1) Industrielles Abwasser darf in Kanalisationen nur eingeleitet werden, wenn die Einleitung

1. den Anforderungen entspricht, die der zur Beseitigung des kommunalen Abwassers Verpflichtete zum Schutze der öffentlichen Abwasseranlagen erlassen hat,
2. nach Maßgabe der auf Grund des § 59 LWG erlassenen ordnungsbehördlichen Verordnung genehmigt, angezeigt oder einer vergleichbaren Regelung unterworfen worden ist.

(2) Industrielles Abwasser muß so behandelt werden, daß es folgende Anforderungen erfüllt:

- Die Gesundheit des Personals, das in Kanalisationen und Behandlungsanlagen tätig ist, darf nicht gefährdet werden,
- Kanalisation und Abwasserbehandlungsanlagen und die zugehörige Ausrüstung dürfen nicht beschädigt werden,
- der Betrieb der Abwasserbehandlungsanlage und die Behandlung des Klärschlammes dürfen nicht beeinträchtigt werden,
- Ableitungen aus Abwasserbehandlungsanlagen dürfen die Umwelt nicht schädigen oder dazu führen, daß die aufnehmenden Gewässer nicht mehr den Bestimmungen anderer Gemeinschaftsrichtlinien entsprechen,

4. § 8 Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. nach Maßgabe von §§ 58, 59 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 59 Absatz 1 und 2 des Landeswassergesetzes einer Genehmigung bedarf.“

- es muß sichergestellt sein, daß der Klärschlamm in umweltverträglicher Weise sicher verwertet werden kann.

Diese Anforderungen sind nach den dafür erlassenen Regelungen einzuhalten.

Artikel 15 Änderung der JGS-AnlagenV

Die JGS-AnlagenV vom 13. November 1998 (GV. NRW. S. 647), die zuletzt durch Verordnung vom 10. Februar 2006 (GV. NRW. S. 74) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 2 wird die Angabe „19 g Abs. 2“ durch die Wörter „62 Absatz 1 Satz 2“ ersetzt.

Verordnung zur Umsetzung von Artikel 4 und 5 der Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen - ABI. EG Nr. L 375 S. 1 - (JGS-Anla- genV)

§ 1 Zweck und Geltungsbereich der Ver- ordnung

Zweck dieser Verordnung ist die Umsetzung der Artikel 4 und 5 der Richtlinie 91/676/EWG. Diese Verordnung gilt für Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Silagesickersäften im Sinne des § 19 g Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und von sonstigem flüssigen Wirtschaftsdünger sowie für ortsfeste Anlagen zum Lagern von Festmist (JGS-Anlagen).

§ 4 Anforderungen an Anlagen in Schutz- und Überschwemmungsgebieten

(1) In der Schutzzone I (Fassungsbereich) und in der Schutzzone II (engere Schutzzone) von Schutzgebieten sind Anlagen nach § 1 unzulässig. In Schutzzone II von Wasserschutzgebieten für Oberflächengewässer kann die zuständige Behörde auf Antrag Befreiungen von diesem Verbot erteilen, wenn das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und die Abweichung mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes, vereinbar ist.

- (2) In der Schutzzone III (weitere Zone) von Schutzgebieten sind Anlagen nach § 1 zulässig, wenn sie den Anforderungen des Anhanges zu § 3 für die Errichtung von Anlagen in Schutzgebieten entsprechen.
- (3) Anlagen nach § 1 dürfen in Überschwemmungsgebieten nur eingebaut, errichtet oder verwendet werden, wenn
1. Anlagen und Anlagenteile so gesichert sind, daß sie bei Hochwasser nicht aufschwimmen oder ihre Lage verändern und
 2. Anlagen und Anlagenteile so aufgestellt sind, daß bei Hochwasser kein Wasser in die Anlagen eindringen kann und eine mechanische Beschädigung, z. B. durch Treibgut oder Eisstau, ausgeschlossen ist.
- (4) Schutzgebiete im Sinne dieser Verordnung sind
1. Wasserschutzgebiete nach § 19 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 WHG; ist die Schutzzone III unterteilt, so gilt als Schutzgebiet nur deren innerer Bereich
2. § 4 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 19 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 WHG“ durch die Wörter „§ 51 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 16 LWG“ durch die Wörter „§ 53 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
 - cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 36 a Abs. 1 WHG“ durch die Wörter „§ 86 Absatz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
 - b) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Überschwemmungsgebiete im Sinne dieser Verordnung sind Gebiete, die als Überschwemmungsgebiete nach § 76 Absatz 2 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 86 Absatz 2 und 4 des Landeswassergesetzes vom

25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung festgesetzt oder vorläufig gesichert sind.“

2. Heilquellenschutzgebiete nach § 16 LWG

3. Gebiete, für die eine Veränderungssperre zur Sicherung von Planungen für Vorhaben der Wassergewinnung nach § 36 a Abs. 1 WHG erlassen ist.

(5) Überschwemmungsgebiete im Sinne dieser Verordnung sind Gebiete, die als Überschwemmungsgebiet nach § 112 LWG durch Rechtsverordnung der zuständigen Behörde festgesetzt sind oder als festgesetzt gelten und Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen im Sinne des § 31b Abs. 1 WHG.

(6) Weitergehende Anforderungen oder Beschränkungen und Ausnahmen durch Anordnungen oder Verordnungen, die Schutzgebiete gemäß Absatz 4 und Überschwemmungsgebiete gemäß Absatz 5 betreffen, bleiben unberührt.

Artikel 16

Änderung der Verordnung über zuständige Aufsichtsbehörden nach dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände

Die Verordnung über zuständige Aufsichtsbehörden nach dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände vom 14. Juli 1992 (GV. NRW. S. 321), die zuletzt durch Artikel 144 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 306) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Wörter „Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ durch die Wörter „für Umwelt zuständige Ministerium“ und die Wörter „der Oberkreisdirektor“ durch die Wörter „die Landrätin oder der Landrat“ ersetzt.

2. In § 3 Absatz 2 Nummer 2 werden die Wörter „gemäß § 137 Nr. 1 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „gemäß der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 268) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

3. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 5 Inkrafttreten“

Verordnung über zuständige Aufsichtsbehörden nach dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände

§ 1 Aufsichtsbehörden

Im Sinne des § 72 Abs. 1 Satz 1 des Wasserverbandsgesetzes (WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405) ist

oberste Aufsichtsbehörde
das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz,
obere Aufsichtsbehörde
die Bezirksregierung,
untere Aufsichtsbehörde
der Oberkreisdirektor als untere staatliche Verwaltungsbehörde.

§ 3 Sachliche Zuständigkeit

(1) Soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist, werden die Aufgaben der Aufsichtsbehörde von der unteren Aufsichtsbehörde wahrgenommen.

(2) Die obere Aufsichtsbehörde ist zuständig, wenn

1. Sitz des Verbandes eine kreisfreie Stadt ist,
2. ihr oder einer benachbarten oberen Wasserbehörde die Zuständigkeit gemäß § 137 Nr. 1 des Landeswassergesetzes für mindestens ein Unternehmen (§ 5 Abs. 1 WVG) obliegt.

(3) Die oberste Aufsichtsbehörde ist zuständig für Entscheidungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 WVG.

§ 5 Inkrafttreten, Berichtspflicht

- b) Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel 17
Änderung der Allgemeinen Hafenvorordnung

In § 47 Absatz 1 und 2 der Allgemeinen Hafenvorordnung vom 8. Januar 2000 (GV. NRW. S. 34), die zuletzt durch Verordnung vom 21. Oktober 2015 (GV. NRW. S. 733) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter „§ 161 Absatz 1 Nummer 2 Landeswassergesetz“ durch die Wörter „§ 123 Absatz 2 Nummer 2 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Über die Erfahrungen mit dieser Verordnung ist der Landesregierung bis zum 31. Dezember 2009 zu berichten.

**Ordnungsbehördliche Verordnung
über den Verkehr und den Güterumschlag in Häfen (Allgemeine Hafenvorordnung - AHVO)**

§ 47
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 161 Absatz 1 Nummer 2 Landeswassergesetz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Hafengebiet

1. entgegen

- a) § 5 Absatz 1 die Sicherheit oder den ordnungsgemäßen Betrieb des Hafens und der Hafenanlagen oder die Umwelt beeinträchtigt oder andere gefährdet, schädigt oder behindert,
- b) § 7 Absatz 1 den Hafen anderweitig nutzt,
- c) § 8 Absatz 1 und 2 eine Benachrichtigung unterlässt,
- d) § 9 Absatz 1 den Hafen verunreinigt oder entgegen § 9 Absatz 3 eine Benachrichtigung unterlässt,
- e) § 10 Satz 1 eine Benachrichtigung unterlässt,
- f) § 15 den Bediensteten der Hafenbehörde oder der Polizei das Betreten von Wasserfahrzeugen und schwimmenden Anlagen, die Besichtigung oder die Mitfahrt nicht gestattet, keine Auskunft erteilt oder keinen Einblick in die Schiffs- und Ladepapiere gestattet oder diese zur Prüfung nicht aushändigt,
- g) § 22 Absatz 1 Propulsionsorgane oder Bugstrahlanlagen in Gang setzt,
- h) § 23 Feuer in Räumen unterhält, die nicht vom Laderaum durch Schotte getrennt sind oder Feuer in nicht gesicherten Feuerstellen anzündet oder unterhält oder kein geeignetes Löschgerät bereithält,

- i) § 24 Absatz 1 Feuer in den Lagerhallen, deren Zugängen sowie in der Nähe von feuergefährlichen oder explosiven Stoffen entzündet oder unterhält, oder in der Nähe derartiger Stoffe Heissarbeiten durchführt oder sonstige Tätigkeiten, bei denen Funken entstehen können,
- j) § 26 Absatz 6 eine Meldung unterlässt,
- k) § 27 Absatz 1 Güter jeglicher Art nicht auf den dafür vorgesehenen und zugewiesenen Flächen lagert oder entgegen § 27 Absatz 2 die dort angegebenen Anlagen und Wege nicht freihält,
- l) § 34 Absatz 1 beim Laden oder Löschen von gefährlichen Gütern längsseits oder unmittelbar hinter oder vor einem anderen Fahrzeug liegt oder mit beweglichen Leitungen über ein Fahrzeug hinweg lädt oder löscht,
- m) § 34 Absatz 2 mit einem Fahrzeug, das nicht lädt oder löscht, von Wasserfahrzeugen, die gefährliche Güter umschlagen, nicht den vorgeschriebenen Sicherheitsabstand einhält,
- n) § 34 Absatz 3 innerhalb der Sicherheitszone eine Zündquelle unterhält,
- o) § 35 sich an Bord während des Ladens und Löschens von gefährlichen Gütern aufhält,
- p) § 36 Absatz 2 als Aufsichtsperson das Laden und Löschen zulässt, ohne dass die zu beachtenden Sicherheitsvorkehrungen an Bord und an Land eingehalten werden,

2. als Schiffsführer oder als Aufsichtspflichtiger einer schwimmenden Anlage entgegen

- a) § 11 Absatz 1 eine Meldung unterlässt,
- b) § 13 Absatz 1 und 3 keine Erlaubnis einholt,
- c) § 18 Absatz 1 einen zugewiesenen Liegeplatz nicht einnimmt oder verlässt,
- d) § 19 Wasserfahrzeuge und schwimmende Anlagen nicht sicher fest-

- macht oder die Befestigung nicht hinreichend überwacht oder an Festmachereinrichtungen aufstoppt,
- e) § 20 Absatz 1 Satz 1 keinen geeigneten Vertreter oder Aufsichtspflichtigen einsetzt oder benennt,
 - f) § 33 nicht die gemäß ADN vorgeschriebenen Evakuierungsmittel vorhält,
 - g) § 37 Absatz 1 keine geeignete Wache an Bord einsetzt,
 - h) § 38 bei Gewitter lädt oder löscht,
3. als Betreiber eines Hafens oder einer Umschlaganlage entgegen
- a) § 12 Absatz 2 es unterlässt, der Hafenbehörde rechtzeitige Angaben zu machen,
 - b) § 26 Absatz 2 nicht für eine ausreichende Beleuchtung des Umschlagbereiches sorgt,
 - c) § 30 Ladungspapiere nicht vorlegt,
 - d) § 33 nicht die gemäß ADN vorgeschriebenen Evakuierungsmittel zur Verfügung stellt,
 - e) § 36 Absatz 1 keine geeignete Aufsichtsperson bestellt oder entgegen Absatz 3 die Prüfliste nicht führt oder entgegen Absatz 4 die Prüfliste nicht aufbewahrt oder nicht aushändigt,
 - f) § 37 Absatz 1 keine geeignete Wache an Land einsetzt,
 - g) § 38 bei Gewitter lädt oder löscht,
 - h) § 40 Absatz 1 Nummer 1 nicht alle für die Navigation und Reiseplanung geforderten Daten in einem elektronischen Format zugänglich vorhält,
 - i) § 40 Absatz 1 Nummer 2 keine darüber hinaus navigationstauglichen elektronischen Schifffahrtskarten für ihren Hafen oder ihre Umschlaganlage zur Verfügung stellt,
 - j) § 40 Absatz 1 Nummer 3 nicht den Empfang elektronischer Meldungen ermöglicht,
 - k) § 40 Absatz 1 Nummer 4 keine beziehungsweise die geforderten Nachrichten für die Binnenschifffahrt bereitstellt und
4. als Eigentümer oder Ausrüster entgegen

- a) § 13 Absatz 1 und 3 keine Erlaubnis einholt,
- b) § 19 Wasserfahrzeuge und schwimmende Anlagen nicht sicher festmacht oder die Befestigung nicht hinreichend überwacht oder an Festmachereinrichtungen aufstoppt,
- c) § 20 Absatz 1 keinen geeigneten Vertreter oder Aufsichtspflichtigen einsetzt oder benennt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 161 Absatz 1 Nummer 2 Landeswassergesetz handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer nach § 3 dieser Verordnung auch in nordrhein-westfälischen Häfen anzuwendenden Vorschrift zuwiderhandelt, soweit die Nichtbefolgung der in diesen Vorschriften enthaltenen Ge- und Verbote als Ordnungswidrigkeit verfolgt und geahndet werden kann.

Artikel 18
Änderung der Emissions-erklärungsverordnung

In § 2 Satz 3 der Emissionserklärungsverordnung vom 24. Januar 2002 (GV. NRW. S. 68), die durch Artikel 105 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 351) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 53 Abs. 6 LWG“ durch die Wörter „§ 50 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

Artikel 19
Änderung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe

Verordnung
zur Erhebung von Daten
über Abwasseremissionen
(Emissionserklärungsverordnung -
Abwasser)

§ 2
Erklärungspflicht

Der Betreiber einer in Anhang 1 aufgeführten Anlage ist zur Erklärung der Emissionen gegenüber der zuständigen Behörde verpflichtet. Im Falle einer Einleitung in Abwasseranlagen eines Dritten können die Emissionen mit Zustimmung der zuständigen Behörde vom Dritten erklärt werden. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die zuständige Behörde eine Genehmigung zur gemeinsamen Durchführung der Abwasserbeseitigung nach § 53 Abs. 6 LWG erteilt hat.

Verordnung
über Anlagen zum Umgang mit
wassergefährdenden Stoffen und über
Fachbetriebe (VAWS)

Die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe vom 20. März 2004 (GV. NRW. S. 274), die zuletzt durch Verordnung vom 13. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 676) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 1 wird die Angabe „19g Abs. 1 und 2“ durch die Angabe „62 Absatz 1“ ersetzt.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

§ 1 Anwendungsbereich

Diese Verordnung gilt für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 19g Abs. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG). Sie gilt nicht für die unterirdische behälterlose Lagerung (Tiefspeicherung) wassergefährdender Stoffe, Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Behandeln und Verwenden von Jauche, Gülle und Silagesickersäften sowie Anlagen zur Nutzung von Erdwärme.

§ 2 Begriffsbestimmungen

(1) Eine Anlage umfasst alle ortsfesten oder ortsfest benutzten Teile, einschließlich der erforderlichen Sicherheitseinrichtungen, die zur Erfüllung des betrieblichen Zwecks der Anlage erforderlich sind.

(2) Unterirdisch sind Behälter und Rohrleitungen, die vollständig oder teilweise im Erdreich eingebettet sind.

Als unterirdisch gelten auch Rohrleitungen oder Behälter, wenn sie sich in Schutzrohren oder -räumen oder anderen Baukörpern, die in der Erde eingebettet sind, befinden und nicht begehbar oder die Außenwände der Rohrleitungen oder Behälter nicht insgesamt optisch kontrollierbar sind.

Alle anderen Anlagen oder Anlagenteile gelten als oberirdisch.

(3) Lagern ist das Vorhalten von wassergefährdenden Stoffen zur weiteren Nutzung, Abgabe oder Entsorgung. Abfüllen ist das Befüllen von Behältern oder Verpackungen mit wassergefährdenden Stoffen. Umschlagen ist das Laden und Löschen von Schiffen sowie das Umladen

von wassergefährdenden Stoffen in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes.

(4) Herstellen ist das Erzeugen, Gewinnen und Schaffen von wassergefährdenden Stoffen. Behandeln ist das Einwirken auf wassergefährdende Stoffe, um deren Eigenschaften zu verändern. Verwenden ist das Anwenden, Gebrauchen und Verbrauchen von wassergefährdenden Stoffen unter Ausnutzung ihrer Eigenschaften. Wenn wassergefährdende Stoffe hergestellt, behandelt oder verwendet werden, befinden sie sich im Arbeitsgang.

(5) Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen (LAU-Anlagen) sowie Anlagen zum Herstellen, Behandeln und Verwenden (HBV-Anlagen) und Rohrleitungsanlagen für wassergefährdende Stoffe.

(6) Behälter sind Teile von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Behälter, in denen Herstellungs-, Behandlungs- oder Verwendungstätigkeiten ausgeführt werden, sind Teile einer HBV-Anlage. Auch andere Behälter, die im engen funktionalen Zusammenhang mit HBV-Anlagen stehen, sind grundsätzlich Bestandteil von HBV-Anlagen. Solche Behälter sind jedoch Teil einer Lageranlage, wenn sie mehreren HBV-Anlagen zugeordnet sind oder wenn sie mehr Stoffe enthalten können, als für eine Tagesproduktion oder Charge benötigt werden. Die Zuordnung behält Gültigkeit auch bei Betriebsunterbrechung.

(7) Lageranlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, die dem Lagern von wassergefährdenden Stoffen in Transportbehältern und Verpackungen dienen. Vorübergehendes Lagern in Transportbehältern oder kurzfristiges Bereitstellen oder Aufbewahren in Verbindung mit dem Transport liegen nicht vor, wenn eine Fläche regelmäßig dem Vorhalten von wassergefährdenden Stoffen dient. Abfüllanlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe von einem

Transportbehälter in einen anderen gefüllt werden. Umschlaganlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes umgeladen werden.

(8) Das Anlagenvolumen im Sinne dieser Verordnung wird wie folgt ermittelt:

1. Anlagenvolumen von Lageranlagen
Das Anlagenvolumen ist der Rauminhalt aller der Anlage zugehörigen Behälter.
2. Anlagenvolumen von HBV-Anlagen

Das Anlagenvolumen kontinuierlich betriebener HBV-Anlagen ist der Rauminhalt aller der Anlage zugehörigen Behälter.

Das Anlagenvolumen diskontinuierlich betriebener HBV-Anlagen ist der Rauminhalt des größten aller in der Anlage vorhandenen Behälter.

Wenn aus verfahrenstechnischen Gründen die in der Anlage eingesetzten Stoffe nachweislich nicht den Gesamtrauminhalt der Behälter einnehmen können, ist das auslegungsgemäße Volumen wassergefährdender Stoffe anzusetzen.

Betriebliche Absperreinrichtungen zur Unterteilung der Anlage in einzelne Abschnitte bleiben bei der Ermittlung des Anlagenvolumens außer Betracht. Maßgebend ist die Anlage mit allen Anlagenteilen.

3. Anlagenvolumen von Abfüll-, Umschlaganlagen und Rohrleitungen

Bei Abfüll- und Umschlaganlagen, die einer Lager- oder HBV-Anlage zugeordnet sind, wird das Anlagenvolumen dieser Anlage zugrunde gelegt. Beim Umladen wird das Volumen der größten Transporteinheit zugrunde gelegt. Besteht die Transporteinheit aus mehreren Verpackungen, sind deren Einzelvolumina zu addieren.

Bei Abfüll- und Umschlaganlagen sowie Rohrleitungsanlagen, die keiner Lager- oder HBV-Anlage zuzuordnen sind, ist das Volumen, das sich beim größten Volumenstrom über einen Zeitraum von zehn Minuten ergibt oder der mittlere Tagesdurchsatz anzusetzen, wobei der größere Wert maßgebend ist.

4. Anlagenvolumen von Anlagen zum Umgang mit festen Stoffen, die mit flüssigen wassergefährdenden Stoffen behaftet sind.

Erfolgt der Umgang von festen Stoffen mit anhaftenden wassergefährdenden Flüssigkeiten in Behältern, ist nur deren Anteil zur Volumenbestimmung maßgebend, andernfalls ist das Gesamtvolumen der Stoffe maßgebend.

(9) Befestigte Flächen (z. B. Schwarzdecken, Ortbetone oder Fliesenbeläge) müssen gewährleisten, dass austretende wassergefährdende Stoffe sicher erkannt werden. Ein Nachweis der Dichtheit und der Beständigkeit ist nicht erforderlich.

(10) Stilllegen ist das Außerbetriebnehmen einer Anlage; dazu gehört nicht die bestimmungsgemäße Betriebsunterbrechung.

(11) Aufstellen ist das Errichten von Anlagen mittels vorgefertigter Anlagen oder Anlagenteile. Einbauen ist das Einfügen von vorgefertigten Anlagen oder Anlagenteilen in Anlagen. Instandhalten ist das Aufrechterhalten, Instandsetzen das Wiederherstellen des ordnungsgemäßen Zustands einer Anlage. Reinigen ist das Entfernen von Verunreinigungen und Reststoffen von und aus Anlagen.

(12) Schutzgebiete sind

1. Wasserschutzgebiete nach § 19 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes,
2. Heilquellenschutzgebiete nach § 16 Abs. 3 des Landeswassergesetzes,

a) Absatz 12 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 1 wird die Angabe „19 Abs. 1 Nrn. 1 und 2“ durch die Wörter „51 Absatz 1 Nummer 1 und 2“ ersetzt.
- bb) In Nummer 2 werden die Wörter „§ 16 Abs. 3 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.
- cc) In Nummer 3 wird die Angabe „36a Abs. 1“ durch die Angabe „86“ ersetzt.
- dd) In Nummer 4 werden die Wörter „§ 15 Abs. 5 des Landeswassergesetzes“ durch die Wörter „§ 52 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

b) In Absatz 13 werden die Wörter „§ 112 Abs. 1 und Abs. 3 Landeswassergesetz“ durch die Wörter „§ 76 Absatz 2 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie § 83 Absatz 2 und 3 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

- 3. Gebiete, für die eine Veränderungssperre zur Sicherung von Planungen für Vorhaben der Wassergewinnung nach § 36a Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes erlassen ist,
- 4. Gebiete, für die eine vorläufige Anordnung nach § 15 Abs. 5 des Landeswassergesetzes erlassen ist.

Für Heilquellenschutzgebiete gilt nur die qualitative Schutzzone.

Ist die weitere Zone eines Schutzgebietes unterteilt, gilt als Schutzgebiet nur deren innerer Bereich.

(13) Überschwemmungsgebiete sind Gebiete nach § 112 Abs. 1 und Abs. 3 Landeswassergesetz.

(14) Betriebsstörung ist eine Störung des bestimmungsgemäßen Betriebs einer Anlage, sofern wassergefährdende Stoffe aus Anlagenteilen austreten können.

(15) Vollschlauchsystem

Ein Vollschlauchsystem im Sinne dieser Verordnung ist ein Betankungssystem, bei dem der Befüllschlauch ständig mit dem abzufüllenden Medium gefüllt ist. Der Befüllschlauch ist am Tankwagen fest und dauerhaft montiert. Die Befüllung des Lagerbehälters erfolgt mittels einer Trockenkupplung oder eines selbsttätig schließenden Zapfventils.

§ 4

Allgemein anerkannte Regeln der Technik

- 3. In § 4 Satz 1 wird die Angabe „19g Abs. 3“ durch die Angabe „62 Absatz 2“ ersetzt.

Als allgemein anerkannte Regeln der Technik im Sinn des § 19g Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes gelten insbesondere die technischen Vorschriften und

Baubestimmungen, die das für Umwelt zuständige Ministerium oder das für Bauen zuständige Ministerium durch öffentliche Bekanntmachung einführt; bei der Bekanntmachung kann die Wiedergabe des Inhalts der technischen Vorschriften und Baubestimmungen durch einen Hinweis auf ihre Fundstelle ersetzt werden. Den in Satz 1 genannten technischen Vorschriften und Baubestimmungen sind gleichgestellt Normen und sonstige Bestimmungen und/oder technische Vorschriften anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften, sofern das geforderte Schutzniveau in Bezug auf Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchstauglichkeit gleichermaßen dauerhaft erreicht wird. Sie werden durch Bekanntmachung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (MBI. NRW.) und in der Sammlung des bereinigten Ministerialblattes (SMBI. NRW.) unter der Gliederungsnummer 770 veröffentlicht.

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „19g Abs. 1 und 2“ durch die Angabe „2 Absatz 1“ ersetzt.

§ 5

Anlagen in Schutz- und Überschwemmungsgebieten

(1) Im Fassungsbereich und in der engeren Zone von Schutzgebieten sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 19g Abs. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes unzulässig. Die zuständige Behörde kann für standortgebundene oberirdische Anlagen Ausnahmen zulassen, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern.

(2) In der weiteren Zone von Schutzgebieten dürfen nur Anlagen zum Umgang mit flüssigen wassergefährdenden Stoffen verwendet werden, die ein ausreichend bemessenes Rückhaltevolumen aufweisen, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigegerät ausgerüstet sind.

Das Rückhaltevolumen muss so bemessen sein, dass das dem Volumen des Be-

hälters bzw. der größten absperrbaren Betriebseinheit entsprechende Volumen zurückgehalten werden kann. Bei mehreren oberirdischen Behältern mit einer gemeinsamen Rückhaltung, ist für deren Bemessung nur das Volumen des größten Behälters maßgebend, dabei müssen aber mindestens 10 % des Volumens aller Behälter zurückgehalten werden können. Kommunizierende Behälter gelten als ein Behälter.

(3) In Schutzgebieten bleiben weitergehende Anforderungen oder Beschränkungen und Ausnahmen durch Anordnungen oder Verordnungen nach § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 14, § 15 Abs. 5 und § 16 Abs. 3 und 4 des Landeswassergesetzes unberührt.

(4) Anlagen in Überschwemmungsgebieten dürfen nur so eingebaut, aufgestellt oder betrieben werden, dass sie nicht aufschwimmen oder anderweitig durch Hochwasser beschädigt werden, und dass keine wassergefährdenden Stoffe aus den Anlagen austreten können.

- b) In Absatz 3 werden die Wörter „§ 19 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 14, § 15 Abs. 5 und § 16 Abs. 3 und 4“ durch die Wörter „§§ 51, 52 und 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 35“ ersetzt.

§ 8

Eignungsfeststellung

5. In § 8 Absatz 1 wird die Angabe „19h Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „63 Absatz 1 Satz 1“ und die Angabe „§ 19h Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz“ durch die Wörter „§ 63 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

(1) Die Eignungsfeststellung nach § 19h Abs. 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes wird auf Antrag für eine einzelne Anlage erteilt, die nicht einfach oder herkömmlich ist oder für die kein Nachweis im Sinne des § 19 h Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz vorliegt.

(2) Die Eignungsfeststellung ist durch den Betreiber bei der zuständigen Behörde unter Beifügung der für die Beurteilung der Anlage erforderlichen Unterlagen zu beantragen.

6. § 10 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

§ 10

Rückhaltung in Abwasseranlagen

- a) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „19g Abs. 1“ durch die Wörter „62 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.

(1) Sind die Anforderungen nach § 3 Abs. 2 Nrn. 3 und 4 nicht erfüllbar, so entsprechen die Anlagen dennoch dem Besorgnisgrundsatz nach § 19g Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes,

- b) In Nummer 2 wird die Angabe „7a“ durch die Angabe „57“ ersetzt.
1. wenn die bei Leckagen oder Betriebsstörungen unvermeidbar aus der Anlage austretenden wassergefährdenden Stoffe in einer Auffangvorrichtung, die auch den Anforderungen dieser Verordnung entspricht, in der betrieblichen Kanalisation zurückgehalten werden, von wo aus sie schadlos entsorgt werden können,
 2. wenn die bei ungestörtem Betrieb der Anlage unvermeidbar in unerheblichen Mengen in die betriebliche Kanalisation gelangenden wassergefährdenden Stoffe in eine geeignete betriebliche Abwasserbehandlungsanlage geleitet werden und nicht zu einer Überschreitung der nach § 7a des Wasserhaushaltsgesetzes an die Abwassereinleitung oder an die Indirekteinleitung zu stellende oder die im wasserrechtlichen Bescheid festgesetzten Anforderungen führen.

(2) Aufgrund einer Bewertung der Anlage, der möglichen Betriebsstörungen, des Anfalls wassergefährdender Stoffe und der Abwasseranlagen ist in der Anlagenbeschreibung sowie der zugehörigen Betriebsanweisung nach § 3 Abs. 4 darzustellen, in welchem Umfang die wassergefährdenden Stoffe getrennt erfasst, kontrolliert und eingeleitet werden.

Die Anlagenbeschreibung der Anlagen nach § 10 Abs. 1 ist unabhängig vom Volumen der Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen immer erforderlich.

§ 11 Sachverständige

7. In § 11 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 19i Abs. 2 Satz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 2 Satz 3 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 31. März 2010 (BGBl. I S. 377)“ ersetzt.
- (1) Sachverständige im Sinne des § 19i Abs. 2 Satz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes sind die von Organisationen für die Prüfung bestellten Personen. Die Organisationen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen werden von der zuständigen Behörde anerkannt. Das Verfahren auf Anerkennung kann über eine einheitliche Stelle nach den Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden. Über

den Antrag auf Anerkennung entscheidet die zuständige Behörde innerhalb einer Frist von sechs Monaten; abweichende Entscheidungsfristen kann die zuständige Behörde mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde in einer vorab öffentlich bekannt zu machenden Fristenregelung (behördlicher Fristenplan) festsetzen. § 42a Abs. 2 Satz 2 bis 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend.

(2) Anerkennungen anderer Länder der Bundesrepublik Deutschland gelten auch in Nordrhein-Westfalen. Entsprechendes gilt für gleichwertige Anerkennungen natürlicher oder juristischer Personen als Sachverständige durch andere Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaften oder anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum. Die Anerkennungen sind der zuständigen Behörde vor Aufnahme der Prüftätigkeiten im Original oder in Kopie vorzulegen; eine Beglaubigung der Kopie kann verlangt werden. Die zuständige Behörde kann darüber hinaus verlangen, dass gleichwertige Anerkennungen nach Satz 2 in beglaubigter deutscher Übersetzung vorgelegt werden.

(3) Organisationen können anerkannt werden, wenn sie

1. nachweisen, dass sie über wenigstens fünf für die Prüftätigkeit geeignete Personen verfügen, die
 - a) auf Grund ihrer Ausbildung, ihrer Kenntnisse und ihrer durch praktische Tätigkeit gewonnenen Erfahrungen die Gewähr dafür bieten, dass sie die Prüfungen ordnungsgemäß durchführen,
 - b) zuverlässig sind, und
 - c) hinsichtlich der Prüftätigkeit unabhängig sind, insbesondere kein Zusammenhang zwischen der Prüftätigkeit und anderen Leistungen besteht,
2. Grundsätze darlegen, die bei den Prüfungen zu beachten sind,

3. die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen stichprobenweise kontrollieren,
4. die bei den Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse sammeln, auswerten und die mit der Prüfung befassten Personen in einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch darüber unterrichten,
5. den Nachweis über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung für die Tätigkeit ihrer Sachverständigen für Gewässerschäden mit einer Deckungssumme von mindestens 2,5 Millionen € erbringen und
6. erklären, dass sie die Länder, in denen die Sachverständigen Prüfungen vornehmen, von jeder Haftung für die Tätigkeit ihrer Sachverständigen freistellen.

Nachweise, die in einem anderen Mitgliedstaat der europäischen Gemeinschaften oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum ausgestellt worden sind, stehen inländischen Nachweisen gleich, soweit sie mit diesen gleichwertig sind oder aus ihnen hervorgeht, dass die betreffenden Anforderungen nach Satz 1 für die natürliche oder juristische Person erfüllt sind. Absatz 2 Satz 3 und 4 gelten entsprechend.

(4) Als Organisationen im Sinne des Absatzes 3 können auch Gruppen anerkannt werden, die in selbständigen organisatorischen Einheiten eines Unternehmens zusammengefasst und hinsichtlich ihrer Prüftätigkeit nicht weisungsgebunden sind.

(5) Die Sachverständigen sind verpflichtet, ein Prüftagebuch zu führen, aus dem sich mindestens Art, Umfang und Zeitaufwand der jeweiligen Prüfung ergeben. Das Prüftagebuch ist der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

(6) Die Anerkennung kann auf bestimmte Prüfbereiche beschränkt und zeitlich befristet werden.

(7) Die zuständige Behörde kann von anerkannten Organisationen verlangen, dass sie die Bestellung neuer Sachverständiger anzeigen oder die Bestellung eines Sachverständigen aufheben, insbesondere, wenn dieser wiederholt Anlagenprüfungen fehlerhaft durchführt oder die in Absatz 3 Nr. 1 aufgeführten Anforderungen an Sachverständige nicht mehr erfüllt.
 (8) Mit der Auflösung von Organisationen im Sinne von Absatz 3 und 4, der Entscheidung über die Eröffnung des Konkurses oder des Vergleichs erlischt die Anerkennung. Die Bestellung von sachverständigen Personen ist in diesem Fall gegenstandslos.

8. § 12 wird wie folgt geändert:

§ 12 Überprüfung von Anlagen

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 19i Abs. 2 Satz 3 Nrn. 1 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 und 3 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ ersetzt.

(1) Nach § 19i Abs. 2 Satz 3 Nrn. 1 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes hat der Betreiber vor Inbetriebnahme, nach einer wesentlichen Änderung oder vor der Wiederinbetriebnahme einer länger als ein Jahr stillgelegten Anlage durch Sachverständige nach § 11 folgende Anlagenarten überprüfen zu lassen:

1. Anlagen mit unterirdischen Anlagenteilen,
2. oberirdische Anlagen für wassergefährdende Flüssigkeiten und feste Stoffe, die mit wassergefährdenden Flüssigkeiten behaftet sind, mit einem Anlagenvolumen von mehr als 1 m³.

Die Prüfungen entfallen bei Anlagen, die nicht nach Absatz 2 wiederkehrend prüfpflichtig sind, wenn die Anlagen von einem Fachbetrieb aufgestellt und eingebaut werden und der Fachbetrieb der zuständigen Behörde den ordnungsgemäßen Zustand der Anlage unter Verwendung des eingeführten Musters „Bescheinigung gemäß § 12 Abs. 1 VAwS“ bescheinigt. Das Muster ist enthalten in den „Verwaltungsvorschriften zum Vollzug der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit **wassergefährdenden Stoffen und über** Fachbetriebe (VV-VAwS)“, die in der Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§ 19i Abs. 2 Satz 3 Nrn. 2 und 5 des Wasserhaushaltsgesetzes“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 2 Satz 3 Nummer 2 und 5 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ ersetzt.

Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NRW.) unter der Gliederungsnummer 770 veröffentlicht sind.

(2) Nach § 19i Abs. 2 Satz 3 Nrn. 2 und 5 des Wasserhaushaltsgesetzes hat der Betreiber spätestens fünf Jahre nach der letzten Überprüfung, bei unterirdischer Lagerung in Wasser- und Quellenschutzgebieten spätestens zweieinhalb Jahre, oder bei Stilllegung der Anlage durch Sachverständige nach § 11 folgende Anlagenarten überprüfen zu lassen:

1. Anlagen mit unterirdischen Anlagenteilen,
2. oberirdische Anlagen außerhalb von Schutzgebieten für wassergefährdende Flüssigkeiten und feste Stoffe, die mit wassergefährdenden Flüssigkeiten behaftet sind, mit einem Anlagenvolumen von mehr als 10 m³,
3. oberirdische Anlagen in Schutzgebieten für wassergefährdende Flüssigkeiten und feste Stoffe, die mit wassergefährdenden Flüssigkeiten behaftet sind, mit einem Anlagenvolumen von mehr als 1 m³, bei der Lagerung von Heizöl EL mit einem Anlagenvolumen von mehr als 5 m³.

Werden in einer Eignungsfeststellung oder in einer die Eignungsfeststellung ersetzenden Regelung kürzere Prüfpflichten festgelegt, gelten diese.

Die Fristen für die wiederkehrenden Prüfungen beginnen mit dem Abschluss der Prüfung vor Inbetriebnahme.

- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „(§19i Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes)“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 2 Satz 3 Nummer 4 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ ersetzt.

(3) Die zuständige Behörde kann wegen der Besorgnis einer Gewässergefährdung (§ 19i Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes) besondere Prüfungen anordnen, kürzere Prüffristen bestimmen oder die Überprüfung für andere als in Absatz 2 genannten Anlagen vorschreiben. Sie kann im Einzelfall längere Prüffristen gestatten und Anlagen nach Absatz 2 von der Prüfpflicht befreien, wenn gewährleistet ist, dass eine von der Anlage ausgehende Gewässergefährdung ebenso

- d) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „19g“ durch die Angabe „62“ ersetzt.

rechtzeitig erkannt wird wie bei Bestehen der allgemeinen Prüfpflicht.

(4) Die Prüfungen nach den Absätzen 1 und 2 entfallen, soweit die Anlage zu denselben Zeitpunkten oder innerhalb gleicher oder kürzerer Zeiträume nach anderen Rechtsvorschriften zu prüfen ist und dabei die Anforderungen dieser Verordnung und des § 19g des Wasserhaushaltsgesetzes berücksichtigt werden.

Sie entfallen ebenfalls, wenn es sich um Anlagen im Labor- oder Technikumsmaßstab handelt, die der Forschung, Entwicklung oder der Erprobung neuer Einsatzstoffe, Brennstoffe, Erzeugnisse oder Verfahren dienen.

(5) Die Prüfungen nach den Absätzen 1 und 2 entfallen, wenn die Anlage im Rahmen eines allgemein anerkannten Managementsystems (wie z.B. das Umweltmanagement gemäß der EG-Umweltaudit-VO oder die DIN EN ISO 14001) überprüft wird und dabei

- e) In Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 wird die Angabe „§ 19i Wasserhaushaltsgesetz“ durch die Wörter „§ 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und des § 64 Absatz 2 Nummer 3 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

1. die Anlage einer betriebsinternen Überwachung unterzogen wird, die den Vorgaben des § 19i Wasserhaushaltsgesetz und der §§ 11 und 12 gleichwertig ist, insbesondere im Hinblick auf Häufigkeit der Überwachung, fachliche Eignung und Zuverlässigkeit der prüfenden Personen, Umfang der Prüfungen, Bewertung der Prüfergebnisse, Mängelbeseitigung und

2. in entsprechend dem Managementsystem erarbeiteten Unterlagen dokumentiert wird, dass die Voraussetzungen nach Nummer 1 eingehalten werden.

In diesem Fall genügt die Vorlage eines Jahresberichtes durch den Betreiber über die durchgeführten Prüfungen und Ergebnisse.

(6) Der Betreiber hat dem Sachverständigen vor der Prüfung die für die Prüfung der

Anlage notwendigen Unterlagen vorzulegen. Der Sachverständige hat über jede durchgeführte Prüfung einen Prüfbericht sowohl dem Betreiber als auch der zuständigen Behörde vorzulegen. Die zuständige Behörde kann im Einzelfall festlegen, dass die nach § 11 anerkannte Organisation in den Fällen, in denen bei der Prüfung der Anlage keine Mängel festgestellt werden, anstelle der Übersendung des Prüfberichtes die Durchführung der jeweiligen Prüfung bestätigt.

9. § 13 wird wie folgt geändert:

§ 13 Ausnahmen von der Fachbetriebspflicht

Tätigkeiten, die nicht von Fachbetrieben nach § 19I des Wasserhaushaltsgesetzes ausgeführt werden müssen, sind:

- | | |
|---|--|
| <p>a) In dem Satzteil vor Nummer 1 und in Nummer 1 werden jeweils die Wörter „§ 19I des Wasserhaushaltsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ ersetzt.</p> <p>b) In Nummer 2 wird die Angabe „19g Abs. 1 und 2“ durch die Angabe „62 Absatz 2“ ersetzt.</p> | <p>1. Alle Tätigkeiten gemäß § 19I des Wasserhaushaltsgesetzes an</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anlagen zum Umgang mit festen und gasförmigen wassergefährdenden Stoffen, - Anlagen zum Umgang mit Lebens- und Genussmitteln, - oberirdische Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Flüssigkeiten mit einem Anlagenvolumen bis einschließlich 10 m³, - Feuerungsanlagen, <p>2. Tätigkeiten an Anlagen oder Anlagenteilen nach § 19g Abs. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes, die keine unmittelbare Bedeutung für die Sicherheit der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen haben. Dazu gehören vor allem folgende Tätigkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Herstellen von baulichen Einrichtungen für den Einbau von Anlagen, Grob- und Vormontagen von Anlagen und Anlagenteilen, - Herstellen von Räumen oder Erdwällen für die spätere Verwendung als Auffangraum, - Ausheben von Baugruben für alle Anlagen, |
|---|--|

- Aufbringen von Isolierungen, Anstrichen und Beschichtungen, sofern diese nicht Schutzvorkehrungen sind,
- Einbauen, Aufstellen, Instandhalten und Instandsetzen von Elektroinstallationen einschließlich Mess-, Steuer- und Regelanlagen,

3. Instandsetzen, Instandhalten und Reinigen von Anlagen und Anlagenteilen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Zuge der Herstellungs-, Behandlungs- und Verwendungsverfahren, wenn die Tätigkeiten von eingewiesenem betriebseigenem Personal nach Betriebsvorschriften, die den Anforderungen des Gewässerschutzes genügen, durchgeführt werden,

4. Tätigkeiten, die in einer wasserrechtlichen oder gewerberechtlichen Bauartzulassung, in einem baurechtlichen Verwendbarkeitsnachweis oder in einer Eignungsfeststellung näher festgelegt und beschrieben sind.

§ 14

Technische Überwachungsorganisationen

10. In § 14 werden die Wörter „§ 19I Abs. 2 Nr. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 2 Nummer 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ ersetzt.

Technische Überwachungsorganisationen im Sinne des § 19I Abs. 2 Nr. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes sind die nach § 11 anerkannten Organisationen jeweils für ihren Bereich.

11. § 15 wird wie folgt geändert:

§ 15

Nachweis der Fachbetriebseigenschaft

a) Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 19I des Wasserhaushaltsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ und die Wörter „§ 19I Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 2 der Verordnung

(1) Fachbetriebe nach § 19I des Wasserhaushaltsgesetzes haben auf Verlangen gegenüber der zuständigen Behörde, in deren Bezirk sie tätig werden, die Fachbetriebseigenschaft nach § 19I Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes nachzuweisen. Der Nachweis ist geführt, wenn der Fachbetrieb

über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ ersetzt.

1. eine Bestätigung einer baurechtlich anerkannten Überwachungs- oder Gütegemeinschaft vorlegt, wonach er zur Führung von Gütezeichen dieser Gemeinschaft für die Ausübung bestimmter Tätigkeiten berechtigt ist, oder
2. eine Bestätigung einer Technischen Überwachungsorganisation über den Abschluss eines Überwachungsvertrags vorlegt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „19g Abs.1 und 2“ durch die Angabe „62 Absatz 1“ ersetzt.

(2) Die Fachbetriebseigenschaft ist auch gegenüber dem Betreiber einer Anlage nach § 19g Abs. 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes nachzuweisen, wenn dieser den Fachbetrieb mit fachbetriebspflichtigen Tätigkeiten beauftragt. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) § 11 Abs. 3 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

12. § 16 wird wie folgt geändert:

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

a) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „161 Abs. 1 Nr. 4“ durch die Wörter „127 Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

Ordnungswidrig nach § 161 Abs. 1 Nr. 4 des Landeswassergesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

b) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 19h Wasserhaushaltsgesetz“ durch die Wörter „§ 63 des Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

1. entgegen § 3 Abs. 5 bei Schadensfällen und Betriebsstörungen eine Anlage nicht unverzüglich außer Betrieb nimmt und entleert,
2. eine vollziehbare Auflage nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erfüllt, die in einer Eignungsfeststellung nach § 8 oder Bauartzulassung nach § 19h Wasserhaushaltsgesetz festgesetzt ist,
3. entgegen § 3 Abs. 4 keine Anlagenbeschreibung sowie die zugehörige Betriebsanweisung erstellt,
4. in Schutzgebieten oder Überschwemmungsgebieten eine Anlage einbaut, aufstellt oder verwendet, die nicht § 5 Abs. 1 bis 4 entspricht,
5. entgegen § 3 Abs. 11 Behälter ohne selbsttätig schließende Abfüllsicherung befüllt oder befüllen lässt,

6. Prüfungen nach § 12 durchführt, ohne von einer nach § 11 anerkannten Organisation für die Prüfung bestellt zu sein,
7. als Betreiber entgegen § 12 Abs. 1 oder 2 Anlagen nicht oder nicht fristgemäß überprüfen lässt.

Artikel 20
Änderung der Selbstüberwachungsverordnung kommunal

Die Selbstüberwachungsverordnung kommunal vom 25. Mai 2004 (GV. NRW. S. 322), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 21. Oktober 2014 (GV. NRW. S. 679) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 2 Satz 2 und § 9 Satz 1 und Satz 4 wird jeweils die Angabe „§ 116 LWG“ durch die Wörter „§ 93 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

Verordnung
über Art und Häufigkeit
der Selbstüberwachung von kommunalen Abwasser-behandlungsanlagen und -einleitungen (Selbstüberwachungsverordnung kommunal - SüwV-kom)

§ 3
Ermittlung von Betriebskenndaten

(1) Die Verpflichtung zur Ermittlung von Betriebskenndaten umfasst die Ermittlung, Auswertung und Beurteilung der Daten nach Maßgabe der **Anlagen 1 bis 4** zu dieser Verordnung, des wasserrechtlichen Bescheides sowie deren Aufzeichnung im Betriebstagebuch. Sind aufgrund der Beurteilung von Betriebskenndaten Maßnahmen zu veranlassen, so sind diese sowie die Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen zu dokumentieren. Die dazu erforderlichen Einrichtungen sind vorzuhalten und müssen mindestens den in den Anlagen zu dieser Verordnung genannten Vorgaben entsprechen.

(2) Die Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen können die nach Absatz 1 erforderlichen Ermittlungen und die Aufzeichnungen hierüber durch schriftliche Vereinbarung gemeinsam organisieren. In diesem Falle haben sie der nach § 116 LWG zuständigen Behörde die Vereinbarung in Abschrift zu überlassen.

§ 9**Selbstüberwachungsbericht**

Die für die Überwachung der Anlage gem. § 116 LWG zuständige Behörde kann verlangen, dass die Ergebnisse der Selbstüberwachung der Abwasserbehandlungsanlage auszuwerten sind und in einem Selbstüberwachungsbericht zusammengefasst werden. Der Selbstüberwachungsbericht ist nach den Vorgaben der **Anlage 4** auszuführen. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr. Der Betreiber der Abwasserbehandlungsanlage hat den Selbstüberwachungsbericht bis spätestens 30. Juni des Folgejahres der nach § 116 LWG zuständigen Behörde vorzulegen. Der Selbstüberwachungsbericht ist von dem oder der für den Betrieb der Abwasserbehandlungsanlage Verantwortlichen und der oder dem vom Betreiber mit der Aufsicht über die Abwasserbehandlungsanlage Beauftragten zu unterschreiben. Der Selbstüberwachungsbericht ist gemeinsam mit dem Betriebstagebuch auf der Abwasserbehandlungsanlage aufzubewahren.

2. Anlage 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 116 LWG“ durch die Wörter „§ 93 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.
 - b) In Nummer 4 wird die Angabe „§§ 53 bis 54 LWG“ durch die Wörter „§§ 46 und 49 Absatz 1 bis 6 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.

Artikel 21**Änderung der Badegewässerverordnung**

§ 2 Satz 1 der Badegewässerverordnung vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW. 2008 S. 138), die zuletzt durch Verordnung vom 25. Oktober 2013 (GV. NRW. S. 641) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Für die Zwecke dieser Verordnung gelten die Begriffsbestimmungen für Oberflächengewässer nach § 2 Nummer 1 der Oberflächengewässerverordnung vom 20. Juli 2011 (BGBl. I S. 1429), für Grundwasser und Einzugsgebiet

Verordnung**über die Qualität und die Bewirtschaftung der Badegewässer
(Badegewässerverordnung)****§ 2****Begriffsbestimmungen**

Für die Zwecke dieser Verordnung gelten die Begriffsbestimmungen für „Oberflächengewässer“ nach § 2 Nr. 1 der Verordnung zur Umsetzung der Anhänge II, III

nach § 3 Nummer 3 und 13 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 2014 (BGBl. I S. 1724) geändert worden ist, sowie für betroffene Öffentlichkeit nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe e der Richtlinie 2011/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1), die zuletzt durch Richtlinie 2014/52/EU (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 1) geändert worden ist.“

und V der Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 über die Bestandsaufnahme und Einstufung der Gewässer GewBEÜV – Gewässerbestandsaufnahme-, Einstufungs- und Überwachungsverordnung für „Grundwasser“ und „Einzugsgebiet“ nach § 1 Abs. 1 und 4 Wasserhaushaltsgesetz sowie für „betroffene Öffentlichkeit“ nach Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten entsprechend.

Weiterhin gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

1. „Dauerhaft“ bzw. „auf Dauer“: in Bezug auf ein Badeverbot oder auf ein Abraten vom Baden eine Dauer von mindestens einer ganzen Badesaison;
2. „Große Zahl“: in Bezug auf Badende eine Zahl, die die zuständige Behörde unter Berücksichtigung insbesondere der bisherigen Entwicklungen oder der zur Förderung des Badens bereitgestellten Infrastruktur oder Einrichtungen oder aber anderer Maßnahmen dazu als groß erachtet;
3. „Verschmutzung“: das Vorliegen einer mikrobiologischen Verunreinigung oder das Vorhandensein von anderen Organismen oder von Abfall, die die Qualität des Badegewässers beeinträchtigen und im Sinne der §§ 8 und 9 sowie der Anlage 1 Spalte A eine Gefahr für die Gesundheit der Badenden darstellen;
4. „Badesaison“: der Zeitraum, in dem mit einer großen Zahl von Badenden gerechnet werden kann. Dies ist der Zeitraum vom 15. Mai bis zum 15. September eines Jahres, soweit nicht die zuständige Behörde unter Berücksichtigung der örtlichen oder meteorologischen Verhältnisse etwas anderes bestimmt;
5. „Bewirtschaftungsmaßnahmen“: folgende in Bezug auf Badegewässer ergriffene Maßnahmen:

- a) Erstellung und regelmäßige Aktualisierung eines Badegewässerprofils;
 - b) Erstellung eines Überwachungszeitplans;
 - c) Überwachung der Badegewässer;
 - d) Bewertung der Badegewässerqualität;
 - e) Einstufung der Badegewässer;
 - f) Ermittlung und Bewertung der Ursachen von Verschmutzungen, die sich auf die Badegewässer auswirken und die menschliche Gesundheit beeinträchtigen können;
 - g) Information der Öffentlichkeit;
 - h) Maßnahmen zur Vermeidung einer Exposition der Badenden gegenüber einer Verschmutzung;
 - i) Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr einer Verschmutzung;
6. „Kurzzeitige Verschmutzung“: eine mikrobiologische Verunreinigung im Sinne der Anlage 1 Spalte A, die eindeutig feststellbare Ursachen hat, bei der normalerweise nicht damit gerechnet wird, dass sie die Qualität der Badegewässer mehr als ungefähr 72 Stunden ab Beginn der Beeinträchtigung beeinträchtigt, und für die die zuständige Behörde, wie in Anlage 2 dargelegt, Verfahren zur Vorhersage und entsprechende Abhilfemaßnahmen festgelegt hat;
 7. „Ausnahmesituation“: ein Ereignis oder eine Kombination von Ereignissen, die sich auf die Qualität der Badegewässer an der betreffenden Stelle auswirken und bei denen nicht damit gerechnet wird, dass sie durchschnittlich häufiger als einmal alle vier Jahre auftreten;
 8. „Datensatz über die Badegewässerqualität“: die Daten, die gemäß § 3 erhoben werden;
 9. „Bewertung der Badegewässerqualität“: der Prozess der Bewertung der Badegewässerqualität gemäß der in Anlage 2 beschriebenen Bewertungsmethode;

10. „Massenvermehrung von Cyanobakterien“: ein kumuliertes Auftreten von Cyanobakterien in Form von Blüten, Matten oder Schlieren.

Artikel 22

Änderung der Verordnung über die Schiffbarkeit von Gewässern

In den §§ 1 und 2 der Verordnung über die Schiffbarkeit von Gewässern vom 7. September 2009 (GV. NRW. S. 515), die durch Verordnung vom 15. Oktober 2014 (GV. NRW. S. 676) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter „§ 37 Absatz 2 Landeswassergesetz“ durch die Wörter „§ 118 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

Artikel 23

Änderung der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser

Die Selbstüberwachungsverordnung Abwasser vom 17. Oktober 2013 (GV. NRW. S. 602) wird wie folgt geändert:

Verordnung

über die Schiffbarkeit von Gewässern

Auf Grund des § 37 Absatz 2 Landeswassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW. S. 708), wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz verordnet:

§ 1

Der Flürener Altrhein bei Wesel ist in den aus der Anlage ersichtlichen Grenzen von der Zufahrt zur Grav-Insel bis zur Mündung in den Rhein zwischen Stromkilometer 820,58 und 820,73 schiffbares Gewässer im Sinne des § 37 Absatz 2 Landeswassergesetz.

§ 2

Die Ruhr ist von Ruhr-km 12,21 oberhalb der Schlossbrücke in Mülheim an der Ruhr bis Ruhr-km 41,40 in Essen-Rellinghausen schiffbares Gewässer im Sinne des § 37 Absatz 2 Landeswassergesetz.

Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen - Selbstüberwachungsverordnung Abwasser – SÜwVO Abw

§ 1 Geltungsbereich

(1) Dieser Teil gilt für die Selbstüberwachung

1. In § 1 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „§ 53 Absatz 1 Landeswassergesetz“ durch die Wörter „§ 46 Absatz 1 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.
1. des baulichen und betrieblichen Zustandes und der Funktionsfähigkeit von Kanalisationsnetzen für die öffentliche Abwasserbeseitigung oder die private Abwasserbeseitigung von befestigten gewerblichen Flächen (Niederschlagswasser und Schmutzwasser), die größer als drei Hektar sind, und
2. der Einleitung von Abwasser aus Entlastungsbauwerken dieser Kanalisationsnetze.

(2) Kanalisationsnetze für die öffentliche Abwasserbeseitigung sind Einrichtungen, die der Abwasserentsorgung der Allgemeinheit dienen. Die Einrichtungen müssen in Erfüllung der nach § 53 Absatz 1 Landeswassergesetz bestehenden Abwasserbeseitigungspflicht dazu dienen, das Abwasser von Grundstücken eines festgelegten Gebietes zu sammeln und fortzuleiten, deren Eigentümer und Besitzer jederzeit wechseln können.

2. § 8 wird wie folgt geändert:

§ 8 Überwachungsumfang

(1) Private Abwasserleitungen sind gemäß §§ 60, 61 Wasserhaushaltsgesetz so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Sie dürfen nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden. Wer eine private Abwasserleitung betreibt, ist verpflichtet, ihren Zustand und ihre Funktionsfähigkeit zu überwachen. Die DIN 1986 Teil 30 und die DIN EN 1610 gelten als allgemein anerkannte Regel der Technik, soweit in dieser Verordnung keine abweichenden Regelungen getroffen sind.

(2) Der Eigentümer eines Grundstücks hat im Erdreich oder unzugänglich verlegte Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser seines Grundstücks nach der Errichtung oder nach wesentlicher Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionsfähigkeit prüfen zu lassen.

(3) Innerhalb von durch Rechtsverordnung festgesetzten Wasserschutzgebieten sind bestehende Abwasserleitungen, die zur Fortleitung häuslichen Abwassers dienen und die vor dem 1. Januar 1965 errichtet wurden, und bestehende Abwasserleitungen, die zur Fortleitung industriellen oder gewerblichen Abwassers dienen und vor dem 1. Januar 1990 errichtet wurden, erstmals bis spätestens zum 31. Dezember 2015 auf deren Zustand und Funktionsfähigkeit prüfen zu lassen. Alle anderen Abwasserleitungen in Wasserschutzgebieten sind erstmals bis spätestens zum 31. Dezember 2020 prüfen zu lassen. Wird nach Inkrafttreten dieser Verordnung ein neues Wasserschutzgebiet festgesetzt, so sind alle innerhalb dieses Wasserschutzgebietes bestehenden Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser, erstmals innerhalb von sieben Jahren nach der Festsetzung prüfen zu lassen.

- a) In Absatz 4 Satz 4 werden die Wörter „§ 53 Absatz 1e Satz 1 Nummer 1 Landeswassergesetz“ durch die Wörter „§ 46 Absatz 2 Nummer 1 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.

(4) Außerhalb von durch Rechtsverordnung festgesetzten Wasserschutzgebieten orientieren sich die Prüfpflichten ebenfalls an dem Gefährdungspotenzial. Bestehende Abwasserleitungen, die zur Fortleitung industriellen oder gewerblichen Abwassers dienen, für die Anforderungen in einem Anhang der Abwasserverordnung festgelegt sind, sind erstmals bis spätestens zum 31. Dezember 2020 auf Zustand und Funktionsfähigkeit prüfen zu

lassen. Für die Prüfung anderer Abwasserleitungen wird keine landesweit geltende Frist zur Erstprüfung vorgegeben. Unabhängig hiervon kann die Gemeinde von ihrer Satzungsermächtigung (§ 53 Absatz 1e Satz 1 Nummer 1 Landeswassergesetz) Gebrauch machen.

(5) Eigentümer anderer Grundstücke, in denen Abwasserleitungen verlaufen, haben die Prüfung des Zustands und der Funktionsfähigkeit und damit einhergehende Maßnahmen zu dulden.

- b) In Absatz 7 Satz 1 werden die Wörter „§ 53 Absatz 1e Satz 1 Nummer 2 Landeswassergesetz“ durch die Wörter „§ 46 Absatz 2 Nummer 2 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.

(6) Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers der Erbbauberechtigte.

(7) Die Gemeinde kann durch Satzung festlegen, dass ihr eine Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung vorzulegen ist (§ 53 Absatz 1e Satz 1 Nummer 2 Landeswassergesetz). Die Bescheinigung muss den Anforderungen in § 9 Absatz 2 entsprechen.

(8) Abwasserleitungen, die zur Fortleitung häuslichen Abwassers dienen, sind abweichend von der DIN 1986 Teil 30 jeweils nach 30 Jahren einer Wiederholungsprüfung zu unterziehen. In durch Rechtsverordnung festgesetzten Wasserschutzgebieten beginnt die Frist mit Ablauf der in Absatz 3 für die erstmalige Prüfung gesetzten Frist.

§ 14 Ordnungswidrigkeiten

3. In § 14 in dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „§ 161 Absatz 1 Nummer 4 Landeswassergesetz“ durch die Wörter

„§ 123 Absatz 2 Nummer 1 des Landeswassergesetzes“ ersetzt.

Ordnungswidrig nach § 161 Absatz 1 Nummer 4 Landeswassergesetz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Abwasserleitungen nicht in der nach § 8 festgelegten Frist auf Zustand und Funktionsfähigkeit prüfen lässt,
2. Zustands- und Funktionsprüfungen von privaten Abwasserleitungen durchführt, ohne über eine Anerkennung als Sachkundige oder Sachkundiger nach § 12 Absatz 1 zu verfügen.

Artikel 24

Aufhebung der Gewässerbestandsaufnahme-, Einstufungs- und Überwachungsverordnung

Die Gewässerbestandsaufnahme-, Einstufungs- und Überwachungsverordnung vom 10. Februar 2006 (GV. NRW. S. 52) wird aufgehoben.

Artikel 25

Aufhebung der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2000/76/EG über die Verbrennung von Abfällen

Die Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2000/76/EG über die Verbrennung von Abfällen vom 31. Juli 2003 (GV. NRW. S. 517, ber. S. 616) wird aufgehoben.

Artikel 26

Änderung der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

§ 10 Absatz 2 Satz 2 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV.NRW. S.644, ber. 2005 S. 15), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. August 2012 (GV. NRW. S.

§ 10

Maßnahmen zur Erhaltung des Vermögens und der Leistungsfähigkeit

(1) Für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebs ist zu sorgen. Hierzu ist u.a. ein Überwachungssystem einzurichten, das es ermöglicht, etwaige die Entwicklung beeinträchtigende Risiken frühzeitig zu erkennen. Zur Risikofrüherkennung gehören insbesondere

296) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- die Risikoidentifikation,
- die Risikobewertung,
- Maßnahmen der Risikobewältigung einschließlich der Risikokommunikation,
- die Risikoüberwachung/Risikofortschreibung und
- die Dokumentation.

1) Nummer 2 wird aufgehoben.

(2) Sämtliche Lieferungen, Leistungen und Darlehen, auch im Verhältnis zwischen Eigenbetrieb und Gemeinde, einem anderen Eigenbetrieb der Gemeinde oder einer Gesellschaft, an der die Gemeinde beteiligt ist, sind angemessen zu vergüten. Der Eigenbetrieb kann jedoch abweichend von Satz 1

1. Wasser für den Brandschutz, für die Reinigung von Straßen und Abwasseranlagen sowie für öffentliche Zier- und Straßenbrunnen unentgeltlich oder verbilligt liefern,
2. Anlagen für die Löschwasserversorgung unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung stellen,
3. auf die Tarifpreise für Leistungen von Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme einen Preisnachlass gewähren, soweit dieser steuerrechtlich anerkannt ist.

2) Nummer 3 wird Nummer 2.

(3) Für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Eigenbetriebs und, soweit die Abschreibungen nicht ausreichen, für Erneuerungen sollen Rücklagen gebildet werden. Bei umfangreichen Investitionen kann neben die Eigenfinanzierung die Finanzierung aus Krediten treten. Eigenkapital und Fremdkapital sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

(4) Die Gemeinde darf das Eigenkapital zum Zwecke der Rückzahlung nur vermindern, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben und die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebs nicht gefährdet werden. Vor der Beschlussfassung des Rates nach § 4 Buchstabe d sind der Betriebsausschuss und die Betriebsleitung zu hören; die Betriebsleitung hat schriftlich Stellung zu nehmen.

(5) Der Jahresgewinn des Eigenbetriebs soll so hoch sein, dass neben angemessenen Rücklagen nach Absatz 3 mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

(6) Ein etwaiger Jahresverlust ist, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnung vorzutragen, wenn hierdurch die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebs nicht gefährdet wird. Eine Verbesserung der Ertragslage ist anzustreben. Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag soll durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen.

Artikel 27 Änderung des Landesabfallgesetzes

§ 36 des Landesabfallgesetzes vom 21. Juni 1988 (GV. NRW. S. 250), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 148) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 36 Kosten der Überwachung

(1) Die Kosten der Überwachung sind den Betreibern von Anlagen, in denen Abfälle erzeugt, behandelt oder entsorgt werden, auch wenn diese Anlagen stillgelegt sind, aufzuerlegen, soweit sich die Überwachung auf die Einhaltung ihrer Pflichten bezieht; dies gilt auch für die Kosten von notwendigen Sachverständigen oder sachverständigen Stellen. In den sonstigen Fällen trägt der Überwachte die Kosten, wenn die Überwachung ergibt, dass von ihm abfallrechtliche Vorschriften und Verpflichtungen nicht erfüllt worden sind.

(2) Soweit nach Absatz 1 verantwortliche Eigentümer des Grundstücks ist, auf dem sich die Anlage befindet, werden die Kosten der Überwachung nach Absatz 1 von den Kostspflichtigen in ihrer Eigenschaft als Grundstückseigentümer erhoben. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der nach Absatz 1 Verantwortliche Erbbauberechtigter ist. In diesen Fällen

Abfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz - LABfG -)

§ 36 Kosten der Überwachung

Wird zu Maßnahmen der Überwachung dadurch Anlass gegeben, dass jemand unbefugt handelt oder Auflagen und Anordnungen nicht erfüllt oder ergibt sich dies als Ergebnis von Maßnahmen zur Überwachung, können ihm die Kosten dieser Maßnahmen auferlegt werden. Zu diesen Kosten gehören auch die Kosten für die Schadensermittlung und die Ermittlung der Verantwortlichen.

ruhen die Kosten als öffentliche Last auf dem Grundstück oder dem Erbbaurecht.“

Artikel 28
Änderung des Gesetzes zur Ausführung
des Gesetzes über Wasser- und Boden-
verbände (Wasserverbandsgesetz – WVG)
vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405) im
Lande Nordrhein-Westfalen

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405) im Lande Nordrhein-Westfalen vom 7. März 1995 (GV. NRW. S. 248), das durch Artikel 149 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 306) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 15 wird folgender fünfter Teil eingefügt:

„Fünfter Teil
Regelungen von zulässigen Aufgaben
(zu § 2 WVG)

§ 16
Aufgaben

(1) Wasser- und Bodenverbände können neben den in § 2 des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405) in der jeweils geltenden Fassung beschriebenen Aufgaben die Aufgabe übernehmen, Maßnahmen nach § 31 Absatz 5 Satz 2 des Landeswassergesetzes vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 133) in der jeweils geltenden Fassung ihrer Mitglieder zu organisieren und zu koordinieren.

(2) Die Aufgabe der Abwasserbeseitigung nach § 2 Nummer 9 des Wasserverbandsgesetzes erfolgt nach Maßgabe des Landeswassergesetzes.“

2. Der bisherige § 16 wird § 17 und wie folgt gefasst:

„§ 17

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes
über Wasser- und Bodenverbände
(Wasserverbandsgesetz - WVG)
vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405)
im Lande Nordrhein-Westfalen (NRW
AGWVG)

§ 15
Vereinfachte Auflösung

Die Aufsichtsbehörde kann bestehende Verbände, deren Organe nicht mehr zu aktivieren sind, gemäß § 62 Abs. 3 WVG auflösen. § 62 Abs. 1 und 2 und § 63 WVG finden keine Anwendung. Die Aufsichtsbehörde regelt die Abwicklung und entscheidet über die Verwendung des nach der vollständigen Abwicklung verbleibenden Verbandsvermögens.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1995 in Kraft.“

§ 16**In-Kraft-Treten, Berichtspflicht**

Das Gesetz tritt am 1. Juli 1995 in Kraft. Über die Erfahrungen mit diesem Gesetz ist dem Landtag bis zum 31. Dezember 2009 zu berichten.

Artikel 29**Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Nordrhein-Westfalen**

In der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein –Westfalen vom 29. April 1992 (GV. NRW. S. 175), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV. NRW. S. 195) geändert worden ist, werden die Nummern 1, 2 und 3 aufgehoben.

**Artikel 30
Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Anlage 4

**Selbstüberwachungsbericht
gem. § 9 SüwV-kom**

Berichtsjahr:

1. Allgemeine Angaben

Name der Abwasser-
Behandlungsanlage: _____
(Straße, PLZ, Ort) _____

Messstellen-Nr. der Einleitung _____

nach § 116 LWG
zuständige Behörde: _____

Datum der Erstellung: _____

Erstellt durch:

Abwasserbeseitigungspflichtiger: _____

Betreiber der Abwasseranlage: _____

Ansprechpartner für
evtl. Rückfragen: _____

Telefon-Nummer: _____ / _____

Seite 2

2. Belastungsgrößen, Auswertung und Qualitätssicherung

2.1 Auslastung der ABA

An die ABA angeschlossener Einwohnerwert EW
(Stichtag: 30. 6. des Berichtsjahres)

_____ E

Behandelte Jahresabwassermenge (gemessen)

JAM _____ m³/a

Ermittelte Jahresschmutzwassermenge (JSM)

JSM _____ m³/a

Berechnet gem. Verwaltungsvorschrift zur Ermittlung der Jahresschmutzwassermenge bei Einleitung von mit Niederschlagswasser vermishtem Schmutzwasser RdErl. vom 4. 2.1991 (MBl. NRW. S. 281) in der jeweils geltenden Fassung.

Wesentliche Änderungen der Belastungsgrößen
im Einzugsgebiet der ABA im Berichtsjahr

Ja Nein

Wenn Ja, bitte bei Pkt. 4 erläutern

2.2 Zuordnung der Anlage nach SÜwV-kom

Ausbaugröße gem. § 1 SÜwV-kom, ermittelt aus

der Bemessungsfracht der Genehmigung nach § 58 LWG:

- A 51 - 2.000 E
- B 2.001 - 10.000 E
- C 10.001 - 100.000 E
- D > 100.000 E

2.3 Auswertung der Selbstüberwachungsdaten -

Hinweise auf die Berichtsform

Graphische Darstellung der einzelnen Messwerte unter Berücksichtigung folgender Randbedingungen:

- Für die in Tabelle 1 markierten Parameter
- Mittelwert der Einzelmessungen (ermittelt aus: Summe Messwerte / Anzahl der Messwerte)
- Bei kontinuierlicher Messung auf Tagesmittelwert verdichtet
- Jahresfracht
(Summe aller tatsächlichen gemessenen Tagesfrachten / Anzahl der Tagesfrachten x 365)

2.4 Angewandtes Analyseverfahren und durchgeführte Qualitätssicherung

Regelmäßig eingesetzte Analysenverfahren

Messgröße	Referenzverfahren (gem. Bescheid)	verwendetes Verfahren
pH-Wert, Abwasser		
pH-Wert, Schlamm		
Leitfähigkeit		
TOC / CSB		
N _{ges geb.} - TN _b		
TKN		
NH ₄ -N		
NO ₃ -N		
NO ₂ -N		
P _{gesamt}		
Abwassertemperatur		
Schlammvolumenanteil		
Schlamm Trockensubstanz		
Schlammindex		
Trübung		
Trockenrückstand		
Glühverlust		
Sonstige		

Qualitätssicherung erfolgt gem. ATV-DVWK Merkblatt M 704

Eine Kopie der IQK-Karte 1 gem. ATV-DVWK M 704 ist beigelegt

2.5 Sicherheit des Anlagenbetriebs (§ 8 SüwV-kom)

Betriebsstörungen im Sinne des § 8 Abs. 1 SüwV-kom im Berichtsjahr:

- Keine Betriebsstörungen
- Folgende Betriebsstörungen

.....

.....

.....

2.6 Überprüfung der Durchflussmeseinrichtung gem. § 5 SüwV-kom

Datum der Durchführung der Erstprüfung
der Durchflussmessstelle _____

Datum der letzten Folgeprüfung _____

3. Übernahme von Fremdstoffen/-schlamm im Berichtsjahr

- | | | |
|--------------------------------------|-----------------------|-------------------------|
| Fäkalschlämme | <input type="radio"/> | m ³ /a _____ |
| Klärschlämme kommunal | <input type="radio"/> | m ³ /a _____ |
| Klärschlämme gewerblich, industriell | <input type="radio"/> | m ³ /a _____ |
| Sonstige Stoffe | <input type="radio"/> | m ³ /a _____ |

4. Allgemeine Anmerkungen

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Ort, Datum	Stempel	Unterschrift des Abwasserbeseitigungs- pflichtigen gem. §§ 53 bis 54 LWG
------------	---------	---

Tabelle 1 zur Anlage IV der SüwV-kom

Parameter	Darstellungsform	Einheit	Graphische Darstellung	Jahres-Mittelwert	Minimum / Maximum	GK			
						A	B	C	D
Zulauf									
pH-Wert					x	x	x	x	x
Leitfähigkeit		mS/m			x	x	x	x	x
Biol. Reaktor									
TOC/CSB	Einzelmesswerte	mg/l	x	x		x	x	x	x
	24-h-Ganglinien	mg/l	x			x	x	x	x
	Jahresfracht	kg/a		x			x	x	x
TN ₅ / TKN	Einzelmesswerte	mg/l	x	x			x ¹⁾	x	x
	24-h-Ganglinien	mg/l	x				x ¹⁾	x	x
	Jahresfracht	kg/a		x			x ¹⁾	x	x
P _{ges}	Einzelmesswerte	mg/l	x	x				x	x
	24-h-Ganglinien	mg/l	x					x	x
	Jahresfracht	kg/a		x				x	x
Abwassertemp.	Einzelmesswerte	°C	x				x ¹⁾	x	x
ISV	Einzelmesswerte	ml/g	x			x	x	x	x
TS _{0,2}	Einzelmesswerte	g/l	x			x	x	x	x
Ablauf									
TOC/CSB	Einzelmesswerte	mg/l	x	x		x	x	x	x
	Jahresfracht	kg/a		x			x	x	x
NH ₄ -N	Einzelmesswerte	mg/l	x				x ¹⁾	x	x
	Jahresfracht	kg/a		x			x ¹⁾	x	x
N _{anorg}	Einzelmesswerte	mg/l	x	x				x	x
	Jahresfracht	kg/a		x				x	x
N _{ges}	Einzelmesswerte	mg/l	x	x				x	x
	Jahresfracht	kg/a		x				x	x
P _{ges}	Einzelmesswerte	mg/l	x	x				x	x
	Jahresfracht	kg/a		x				x	x

x¹⁾: Nur für > 5.000 EW

Begründung

A Allgemeiner Teil

1. Zu den Artikeln 1 und 2

Nachdem der Bund im Jahr 2009 das Wasserrecht auf Bundesebene durch eine Novelle des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) neu geordnet hat, ist das Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) an das neue WHG anzupassen. Dabei werden Regelungen getroffen, die das WHG ergänzen, neben dem WHG gelten oder von diesem im Sinne von Artikel 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes abweichen. Die Systematik des LWGs wird der neuen des WHG weitgehend angepasst, um die parallele Anwendung des Bundes- und Landesrechts, die nach wie vor erforderlich ist, zu erleichtern. Dazu kommt, dass das zum letzten Mal im Jahr 1977 grundlegend novellierte LWG nach vielen Novellen einzelner Bereiche auch im Übrigen einer grundlegenden Überarbeitung und Modernisierung bedarf. Die Herauslösung der landesrechtlichen Regelungen zum Vollzug des bundesrechtlichen Abwasserabgabengesetzes in ein eigenständiges Ausführungsgesetz (Artikel 2) setzt die für das Wasserentnahmeentgeltgesetz in jüngerer Zeit gewählte Systematik für den Bereich des Abwasserabgabenrechts um.

Außerdem haben die Erfahrungen bei der Bewirtschaftungsplanung und im wasserwirtschaftlichen Vollzug gezeigt, dass gewässerökologische Ziele verdeutlicht und die Rahmenbedingungen für die Erreichung der Bewirtschaftungsziele der §§ 27 ff. WHG verbessert werden müssen. Die Ergebnisse des 2. Monitorings lassen klar erkennen, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Vorgaben der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 19), zuletzt geändert durch Richtlinie 2008/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008, ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 60) - Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) nur nachkommen können wird, wenn es die Rahmenbedingungen für die Erreichung der Bewirtschaftungsziele entscheidend verbessert. Flüsse, Bäche und ihre Auen sollen wieder zu zentralen Lebensadern werden. Dementsprechend folgt aus der Evaluierung des Gesetzes nach § 172 LWG ein Änderungsbedarf bei verschiedenen gesetzlichen Regelungen.

Weiter werden die im Bereich der Abwasserentsorgung und Wasserversorgung die Möglichkeiten interkommunaler Kooperationen durch eine interkommunale Anstalt des öffentlichen Rechts erleichtert.

2. Zu den Artikeln 3 bis 11

Seit der letzten Novellierung der nordrhein-westfälischen Wasserverbandsgesetze ab 1990 haben sich im Rahmen des Verwaltungsvollzugs durch Änderungen von Rechtsvorschriften in anderen Gesetzen sowie durch die im Artikelgesetz vorgesehenen Änderungen im Landeswassergesetz Notwendigkeiten auch für eine begrenzte Änderung der Verbandsgesetze ergeben.

Die Gesetzesänderungen lassen sich von folgenden Erwägungen leiten:

Die Verbandsgesetze stehen in engem Zusammenhang mit dem Landeswassergesetz. Die dort erfolgten Änderungen in den die Verbandsgesetze betreffenden Bereichen sollen hier adäquat angepasst werden. Die grundsätzliche Aufgabenzuweisung an die Verbände wird dadurch weder erweitert noch geändert.

Regelungen zu Fragen der Gewässerunterhaltung erfolgen nicht in den sondergesetzlichen Verbandsgesetzen, sondern richten sich nach den Vorgaben des Landeswassergesetzes.

Entsprechend dem bisherigen gesetzlichen Auftrag erfolgte inzwischen bei allen Verbänden die Umstellung von der kameralistischen Haushaltsführung auf die kaufmännische Buchführung. Die Vorschriften über die kameralistische Buchführung können daher aufgehoben werden. Gleichzeitig sind alle Vorschriften von allen bislang noch enthaltenen kameralistischen Elementen entfrachtet worden.

Zudem wird die bisherige statische Verweisung auf die Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 1988 auf eine dynamische Verweisung umgestellt, um die Verbände an den aktuellen Entwicklungen der für die Eigenbetriebe geltenden kaufmännischen Regelungen teilnehmen zu lassen.

Gemäß § 111 der Landeshaushaltsordnung (LHO) steht dem Landesrechnungshof ein allgemeines Prüfungsrecht für landesunmittelbare juristische Personen des öffentlichen Rechts zu. Schon im Gesetzgebungsverfahren 1990 sah die Landesregierung dieses Recht bereits als gesetzlich verankert an. Dieses Prüfungsrecht bleibt auch nach den erfolgten Umstellungen uneingeschränkt und wird zur Klarstellung im Gesetz verankert.

Finanzierungsformen, die bislang im Gesetz nicht erfasst waren und im Verwaltungsvollzug zu Auslegungsfragen geführt haben, werden ergänzend in das Gesetz aufgenommen.

Bis heute wurden bei allen Verbänden (mit Ausnahme des Niersverbandes) Gesellschaften des privaten Rechts gegründet. Sie dienen im Wesentlichen der Vermarktung des Know-hows im Bereich der Energieerzeugung aus Wasserkraft, der Trinkwasserversorgung und der Abwasserreinigung.

Die Gründung einer solchen 'Tochtergesellschaft' steht unter Genehmigungsvorbehalt der Aufsichtsbehörde. Zur Klarstellung werden die bereits jetzt bei der Genehmigung zugrunde gelegten Voraussetzungen in die Gesetze neu aufgenommen.

In den letzten Jahren erfolgte Änderungen in gesetzlichen Regelungen anderer Landesgesetze, wie in der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und in der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind in den Verbandsgesetzen noch nicht berücksichtigt und daher aufzunehmen. Gleichzeitig werden einige redaktionelle Bereinigungen vorgenommen.

3. Zu den Artikeln 12 bis 25

Die wasserrechtlichen Verordnungen sind an das geänderte WHG und LWG anzupassen bzw. aufzuheben.

4. Zu Artikel 26

In die Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen werden notwendige Folgeänderungen zu den Änderungen in den §§ 38 und 39 des Artikels 1 eingefügt.

5. Zu Artikel 27

Die Gebührenregelung im Landesabfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen wird geändert und entsprechend der Kostenregelung in § 96 des Artikels 1 gefasst.

6. Zu Artikel 28

Im Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände im Lande Nordrhein-Westfalen werden den Wasser- und Bodenverbänden die Möglichkeit eröffnet, die Organisation und Koordination von Maßnahmen nach § 31 Absatz 5 Satz 2 des Landeswassergesetzes ihrer Mitglieder zu übernehmen. Gleichzeitig wird klargestellt, dass die Wasser- und Bodenverbände die Abwasserbeseitigung nur in dem Umfang übertragen bekommen können, den das Landeswassergesetz ihnen einräumt.

7. Zu Artikel 29

Im UVPG NW) werden die Schwellenwerte für die UVP-Pflicht bzw. -Vorprüfungspflicht bei Abwasserbehandlungsanlagen, Anlagen zur intensiven Fischzucht und Gewässerausbauten mit den bundesweit geltenden Vorgaben harmonisiert und die landesrechtlichen Regelungen aufgehoben.

B Besonderer Teil - Einzelbegründungen

Zu Artikel 1

Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen

Zu § 1 (Sachlicher Anwendungsbereich)

§ 1 bestimmt den Anwendungsbereich des Landeswassergesetzes, Die bisherige Regelung zu den Entwässerungsgräben, die nicht der Vorflut der Grundstücke mehrerer Eigentümer dienen, wird in dieser Stelle nicht weitergeführt, sondern in § 2. Das Ergebnis ist dasselbe. Die Öffnungsklausel in § 2 Absatz 2 Satz 1 WHG, Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung von den Bestimmungen auszunehmen, wird daher nicht umgesetzt.

Zu § 2 (Einteilung oberirdische Gewässer, Begriffsbestimmungen)

§ 2 übernimmt inhaltlich weitgehend den bisherigen § 3 LWG (alt) bei gleichzeitiger redaktioneller Anpassung an die Vorschriften des WHG.

Absatz 1

Eine Einteilung der oberirdischen Gewässer in Ordnungen entsprechend ihrer wasserwirtschaftlichen Bedeutung ist für den Vollzug von erheblicher Bedeutung und fehlt im WHG. In der Anlage wird die Liste der Gewässer 2. Ordnung um die Gewässer Issel, Bocholter Aa, Berkel und Dinkel ergänzt. Diese Gewässer sind zu den Niederlanden grenzüberschreitend und liegen jeweils mit einem relevanten Anteil in Deutschland und in den Niederlanden. Angesichts der internationalen Verpflichtungen bei der Bewirtschaftung grenzüberschreitender Gewässer in Hinblick auf die WRRL und Hochwasserschutz werden diese Gewässer in die 2. Ordnung zu überführt.

Absatz 2

Mit Satz 1 wird zum einen die Definition des fließenden Gewässers im bisherigen § 3 Absatz 3 LWG (alt) weitergeführt. Diese Regelung macht auch klar, dass ein Gewässer nur dann vorliegt, wenn es der Vorflut der Grundstücke mehrere Eigentümer dient. Mit Satz 2 wird klargestellt, dass verschiedene Anlagen zur Ableitung von Abwasser und Niederschlagswasser sowie Straßenseitengräben, Anlagen Bewässerung keine Gewässer sind. Dabei kann es im Einzelfall vorkommen, dass eine solche Anlage zunächst als Anlage gebaut und betrieben wurde, dann aber im Laufe der Zeit Gewässerfunktionen übernommen hat. Soweit dafür im Einzelfall Anhaltspunkte bestehen, ist dies zu prüfen. Zu beachten ist auch, dass das Einleiten von Wasser aus einer Anlage in ein Gewässer eine Benutzung darstellt und damit einer Erlaubnis bedarf. Dabei ist § 19 Absatz 1 Satz 1 zu beachten. Sogenannte Entwässerungsgräben im ländlichen Raum, die das Drainagewasser aufnehmen, übernehmen mit der Entwässerung der Grundstücke dagegen eine typische Gewässerfunktion. Sie sind daher auch in der Gewässerstationierungskarte des Landes enthalten.

Die bisherigen Regelungen zu Einzelheiten bei künstlichen Gewässern werden nicht weitergeführt, da sie für den Vollzug nicht erforderlich sind.

Zu § 3 (Eigentumsverhältnisse an Gewässern erster und zweiter Ordnung, sonstige Gewässer)

Die bisherigen §§ 4 und 5 LWG (alt) werden bei gleichzeitiger systematischer Anpassung im neuen § 3 in einer Vorschrift zusammengeführt. Das WHG enthält zu den Eigentumsverhältnissen an Gewässern in § 4 Absatz 5 eine Öffnungsklausel zu Gunsten der Länder. Insoweit gilt die bisherige Rechtslage fort.

Zu § 4 (Grundbuch):

§ 4 führt die bisherige Vorschrift des § 6 LWG (alt) inhaltlich unverändert fort. Das WHG lässt insoweit die bestehenden landesrechtlichen Vorschriften für das Eigentum an Gewässern unberührt (§ 4 Absatz 5 WHG). Dies gilt auch für die nachfolgenden Vorschriften (§§ 5 bis 11).

Zu § 5 (Bisheriges Eigentum)

§ 5 übernimmt § 7 LWG (alt). Da weiterhin nicht alle Gewässergrundstücke an Gewässern erster Ordnung dem Bund oder dem Land zustehen, ist die Regelung fortzuführen.

Zu § 6 (Uferlinie)

§ 6 führt § 8 LWG (alt) über die Uferlinie inhaltlich unverändert fort.

Zu den §§ 7 – 10 (Verlandung, Überflutung, Uferabriss, Verlagerung des Gewässers, Inseln, Verlassenes Gewässerbett)

Die bisherigen Regelungen über die Rechtsfolgen von Gewässerveränderungen wie Verlandung, Inselbildung, Uferabriss und neues Gewässerbett werden im Wesentlichen weitergeführt. Ihre praktische Bedeutung ist bislang gering. Da aber die Gewässerentwicklung erklärtes

Ziel der Wasserwirtschaft ist, ist in Zukunft von einem erweiterten Anwendungsbereich auszugehen. Bei § 9 wird die zur Klarstellung die Überschrift geändert.

Zu § 11 (Bildung und Information)

Die Regelung ist neu.

Anders als das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 100 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, enthält das WHG keine Regelung über die Umweltbildung im Gewässerschutz. Daher wird neu eine Regelung aufgenommen, die sich an die im BNatSchG geregelte anlehnt. Das Verständnis über den Schutz der Gewässer und Grundwasser ist ebenso zu fördern wie das Verständnis über den Naturschutz. Dazu sollen die Zielsetzungen der Bildung für nachhaltige Entwicklung zur Orientierung herangezogen werden. Dabei geht es darum, interdisziplinäres Wissen, die Fähigkeit zum vernetzten Denken, zum Perspektivenwechsel und (vorausschauenden) Handeln in unterschiedlichen Kontexten zu fördern.

Kapitel 2 Bewirtschaftung von Gewässern

Abschnitt 1 Gemeinsame Bestimmungen

Zu § 12 (Bewirtschaftung in Flussgebietseinheiten)

§ 12 Satz 1 übernimmt ohne inhaltliche Änderung die bislang in § 2b LWG (alt) geregelte Zuordnung der für Nordrhein-Westfalen maßgeblichen Flussgebietseinheiten Ems, Maas, Rhein und Weser mit ihren Einzugsgebieten. § 7 Absatz 5 Satz 3 WHG sieht insofern die Möglichkeit der Zuordnung durch Landesgesetz vor. Ferner wird die Anlage in Satz 2 neu nummeriert.

Eine Koordinierungspflicht innerhalb der Flussgebietseinheiten ist nicht mehr zu regeln, da sie bereits in § 7 Absatz 2 WHG enthalten ist.

Zu § 13 (Rechtsverordnungen zur Gewässerbewirtschaftung)

§ 13 löst § 2a LWG (alt) ab, der bisher die Ermächtigungsgrundlage zur Umsetzung von europäischen Regelungsaufträgen zur Gewässerbewirtschaftung, insbesondere der EU-Wasserrahmenrichtlinie, bildete. Das neue WHG enthält in § 23 eine Verordnungsermächtigung für den Bund, mit der bindende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften, zwischenstaatliche Vereinbarungen sowie Vorschriften zum Schutz und zur Bewirtschaftung der Gewässer bundeseinheitlich umgesetzt werden können. Die Bundesverordnungsermächtigung wird durch weitere, der Konkretisierung dienende gesetzliche Vorgaben in speziellen Vorschriften des WHG ergänzt. Da derzeit nicht absehbar ist, ob bzw. wann der Bund auf der Grundlage seiner neuen Verordnungsermächtigung bundeseinheitliche Regelungen erlässt und wann diese in Kraft treten, muss für den Landesgesetzgeber die Möglichkeit bestehen, einerseits die vorhandenen Fachverordnungen zum Landeswasserrecht bei Bedarf fortzuschreiben bzw. – soweit dies im Hinblick auf eine fristgerechte Umsetzung bindender europäischer Rechtsakte zur Gewässerbewirtschaftung erforderlich ist – entsprechende Landesverordnungen neu zu

erlassen. In der Zwischenzeit gelten die auf der bisherigen Grundlage erlassenen Fachverordnungen zum Schutz der Gewässer und zur Gewässerbewirtschaftung auf Landesebene fort (BT-Drs. 16/12275, S. 58) Die Ermächtigung der Landesregierung nach § 23 Absatz 3 WHG zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 23 Absatz 1 WHG, § 48 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 3 sowie nach § 62 Absatz 4 und § 63 Absatz 2 Satz 2 WHG wird auf die oberste Wasserbehörde übertragen.

Zu § 14 (Gehobene Erlaubnis)

Die bislang in § 25a LWG (alt) geregelte gehobene Erlaubnis ist in den §§ 15 und 16 WHG geregelt. Fortgeführt wird der nicht in Bundesrecht übernommene Ausschluss der Erteilung einer gehobenen Erlaubnis für das Einbringen und Einleiten von Stoffen. Insofern übernimmt § 14 bei gleichzeitiger redaktioneller Anpassung die bisher geltende Vorschrift des § 25a Absatz 1 Satz 2 LWG (alt). Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der ökologische und chemische Zustand insbesondere durch Abwassereinleitungen wesentlich beeinflusst wird. Die Erkenntnisse über die Anforderungen beider Komponenten schreiten stetig fort. Dazu kommt, dass es im Regelfall nicht nur eine Abwassereinleitung in ein Gewässer geben wird. Um die Bewirtschaftung eines Gewässers für zukünftige Abwassereinleitung offen zu halten, ist die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis oder einer Bewilligung zu beschränken.

Ebenfalls fortgeführt wird die Rechtslage nach § 25a Absatz 1 Satz 3 LWG (alt) in Verbindung mit § 8 Absatz 5 WHG (alt) zur Befristung der gehobenen Erlaubnis. § 14 Absatz 2 des WHG, der die Befristung der Bewilligung regelt, wird für die gehobene Erlaubnis für entsprechend anwendbar erklärt.

Ebenfalls fortgeführt wird der Verweis auf die Regelung zur Rechtsnachfolge in § 16.

Zu § 15 (Bewilligung)

§ 26 Absatz 1 LWG (alt) wird in das neue LWG übernommen. Die Verletzung einer erteilten Bewilligung kann zivilrechtliche Abwehr- und Schadensersatzansprüche zur Folge haben. Insofern enthält das WHG keine Regelung. Die Regelung ist konstitutiv (BGH, Urteil vom 23.6.1983, III ZR 79/82).

Art und Umfang der Entschädigung müssen angesichts von § 96 WHG nicht mehr geregelt werden.

Zu § 16 (Rechtsnachfolge)

§ 16 übernimmt unter redaktioneller Anpassung die bisherige Regelung zur Anzeigepflicht bei Rechtsnachfolgen bei wasserrechtlichen Zulassungen. Insofern ergänzt das LWG die bundesrechtliche Regelung zu Rechtsnachfolgen in § 8 Absatz 4 WHG. Die Beibehaltung der Anzeigepflicht ist im Hinblick auf die Aktualität der Wasserbücher, in die nach § 87 WHG insbesondere nach dem WHG erteilte Erlaubnisse und Bewilligungen einzutragen sind, erforderlich.

Abschnitt 2 Bewirtschaftung oberirdischer Gewässer

Zu § 17 (Erlaubnisfreie Benutzungen)

§ 17 stellt ergänzend zu den in § 8 Absatz 2 und 3 WHG geregelten Fällen einer zulassungsfreien Gewässerbenutzung klar, dass die Entnahme von Wasserproben und das Wiedereinleiten der Proben nach ihrer Untersuchung ebenfalls nicht zulassungspflichtig sind. Insofern wird die bisherige Rechtslage nach § 32 Absatz 2 LWG (alt) fortgeführt.

Zu § 18 (Duldungspflichten des Gewässereigentümers)

Die Duldungspflichten des Gewässereigentümers bei Gewässerbenutzungen sind in Teilen bereits im WHG geregelt (§ 4 Absatz 4 WHG). Es verbleibt die Sonderregelung für künstliche Gewässer, wobei auf Talsperren besonders hingewiesen wird.

Zu § 19 (Gemeingebrauch)

§ 19 löst die Regelung zum Gemeingebrauch in § 33 LWG (alt) bei gleichzeitiger Integration der Regelung in § 37 Absatz 1 und 6 LWG (alt) ab.

Zum Gemeingebrauch an oberirdischen Gewässern hat der Bundesgesetzgeber in § 25 WHG unter Verweis auf die historisch gewachsenen und teilweise auch regionalen Besonderheiten Rechnung tragenden Vorschriften der Länder zum Gemeingebrauch an oberirdischen Gewässern keine umfassende bundeseinheitliche Regelung getroffen (vgl. BT-Drs. 16/12275, S. 59). Der Landesgesetzgeber ist damit weiterhin befugt, den Gemeingebrauch, auch seinen Umfang, genauer auszugestalten. Die bisherige Regelung wird weitgehend weitergeführt. Sie unterscheidet zwischen natürlichen Gewässern, die auch erheblich verändert sein können, und künstlichen. An den ersten regelt das Gesetz den Gemeingebrauch, an den zweiten ist er durch Verordnung zu regeln.

Absatz 1

Satz 1

Mit Satz 1 werden die bislang in den Sätzen 1 und 2 geregelten einzelnen Tatbestände des Gemeingebrauchs zusammengeführt. Lediglich der Tatbestand „Waschen“ wird gestrichen. Ein nicht näher eingeschränktes „Waschen“ ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht nicht mehr zeitgemäß und mit den für Gewässer geltenden Schutz und Vorsorgeanforderungen nicht zu vereinbaren. Außerdem wird klargestellt, dass bei der bereits geregelten Voraussetzung des Gemeingebrauchs „soweit nicht andere Rechtsvorschriften entgegenstehen“ insbesondere die Vorgaben für die Zulassung einer Benutzung eingehalten sein müssen.

Satz 2

In Satz 2 wird in Anknüpfung an den Anwendungsbereich des Satzes 1 „natürliche oberirdische Gewässer“ klarstellt, dass die Regelung des Satzes 1 nicht für künstliche Gewässer gilt. Auch die bisherige Formulierung in Satz 1 LWG (alt) „mit Ausnahme von Talsperren“ ist lediglich deklaratorisch, weil sich die Regelung des Gemeingebrauchs lediglich auf natürliche oberirdische Gewässer bezieht. Sie ist missverständlich, weil sie den Eindruck erweckt, als ob lediglich Talsperren von der Regelung des Gemeingebrauchs ausgenommen sind und nicht alle künstlichen Gewässer.

Absatz 2

Absatz 2 führt die bislang bestehende Rechtslage nach § 36 LWG (alt) in Teilen fort. Die Verortung ist geändert. Insoweit wird von der in § 25 Satz 3 Nummer 2 WHG eröffneten Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Gemeingebrauch hinsichtlich des Einbringens von (festen) Stoffen in oberirdische Gewässer für Zwecke der Fischerei zuzulassen, was im Ergebnis der bisherigen Rechtslage entspricht. Das Einbringen von Fischnahrung mit „signifikant nachteiligen“ Auswirkungen unterfällt dagegen der Erlaubnispflicht. So ist ein Einbringen ohne Auswirkungen auf den Gewässerzustand erlaubnisfrei und nachteilige Auswirkungen machen das Einbringen von Fischnahrung nur dann erlaubnispflichtig sind, wenn sie erheblich sind.

Die Regelung zu Fischereigeräten wird nicht weitergeführt, das Fischereirecht ist hier als das speziellere Recht einschlägig, sofern nicht die allgemeinen Regelungen des Wasserrechts zum Schutz des Gewässers vorgehen.

Absatz 3

Absatz 3 übernimmt aus systematischen Gründen die bisherige Regelung in § 40 Absatz 3 LWG (alt) zur Duldungspflicht beim Transport von kleinen Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft ohne inhaltliche Änderung. Mit der Ergänzung in Satz 1 (auf eigene Gefahr) soll klargestellt werden, dass durch die Duldungspflicht keine Risiken wegen etwaiger Verletzungen von Verkehrssicherungspflichten entstehen.

Absätze 4 und 5

Absatz 4 regelt das Befahren des Gewässers bei schiffbaren Gewässern jenseits des Gemeingebrauchs.

Die bislang in § 37 Absatz 6 LWG (alt) geregelten Möglichkeiten, das Befahren des Gewässers über einzelne Genehmigungen zu regeln, wird in Absatz 5 in der Sache fortgeführt. Redaktionell angepasst wird der bisherige Satz 4 von § 37 Absatz 6 LWG (alt) in Absatz 5 Satz 4 (neu) zur Vermeidung von Redundanzen zu dem Begriff „schädliche Gewässerveränderungen“ (§ 3 Nummer 10 WHG), der die bisherigen Belange „Wohl der Allgemeinheit“ und „öffentliche Wasserversorgung“ umfasst. Die Regelungen zur technischen Sicherheit werden überarbeitet.

Das Befahren des Gewässers ist als Gemeingebrauch, vorbehaltlich anderer Regelungen, möglich mit kleinen Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft. Das Befahren ist im Übrigen nur möglich, wenn entweder das Gewässer für schiffbar erklärt (§ 118 Absatz 1) oder das Befahren im Einzelfall (Absatz 5) genehmigt worden ist. Die Genehmigung wird in den Sätzen 1 bis 4 geregelt.

§ 37 Absatz 6 Satz 4 LWG (alt) wird Satz 5. Die Regelung berücksichtigt, dass die technische Zulassung eines Wasserfahrzeugs nach § 5 Binnenschiffsuntersuchungsordnung (BinSchUO) erhebliche technische Sachkunde voraussetzt, die jedoch regelmäßig bei den Wasserbehörden nicht vorgehalten wird, wodurch die sachgerechte Erfüllung dieser Aufgaben praktisch erheblich erschwert wird. Auch wird durch die Nachweispflicht des Antragstellers die Kostenlast für die technische Begutachtung ohne zusätzliche Kostenfestsetzung diesem auferlegt. Die alternativ mögliche Vorlage eines gültigen Schiffsattests trägt dem Umstand Rechnung, dass häufig entsprechende Schiffsatteste bereits vorliegen, die eine erneute technische Zulassung unnötig machen. Mit dem Erfordernis der „besonderen Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse“ wird dem Umstand Rechnung getragen, dass zahlreiche Bestimmungen der BinSchUO für größere, schiffbare Gewässer und die dort zu erwartenden Gefahren und Besonderheiten entwickelt worden sind. Viele dieser Sachverhalte stellen sich auf dem nichtschiff-

baren Teil eines Gewässers nicht oder nur in völlig atypischen Ausnahmefällen (z. B. Begegnungsverkehr mit „blauer Tafel“ für Linksverkehr), so dass hier eine individuelle Anpassung sinnvoll erscheint.

Dem stehen auch die Vorgaben der EU-Richtlinie 2006/87/EG nicht entgegen.

Absatz 6

Die bisherige Regelung in § 33 Absatz 2 LWG (alt) zur Erweiterung des Gemeingebrauchs auf das Befahren mit kleinen elektrisch angetriebenen Fahrzeugen und Segelbooten mit elektrischen Hilfsmotor auf nicht schiffbaren Gewässern wird beibehalten.

Absatz 7

Die Regelung zum Gemeingebrauch an Gewässern in Hofräumen, Gärten und Parkanlagen entspricht § 33 Absatz 3 LWG (alt).

Zu § 20 (Regelungen des Gemeingebrauchs sowie des Verhaltens im Uferbereich)

Satz 1 und 2

Die bisher in § 34 LWG (alt) enthaltene Ermächtigungsgrundlage für Regelungen zum Gemeingebrauch wird in Anbetracht der neuen Begrifflichkeiten im WHG neu gefasst. Das WHG enthält insofern in § 3 Nummer 10 mit der Definition der „schädlichen Gewässerveränderungen“ einen Oberbegriff, der die in § 34 Satz 1 LWG (alt) verwandten Begriffe des „Wohls der Allgemeinheit“, der nachteiligen Veränderung der „Eigenschaften des Wassers“ und des „Bildes der Gewässerlandschaft“ umfasst. Schädlich sind danach alle Veränderungen von Gewässereigenschaften, die das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere die öffentliche Wasserversorgung, beeinträchtigen oder die nicht den Anforderungen entsprechen, die sich aus diesem Gesetz, aus auf Grund dieses Gesetzes erlassenen oder aus sonstigen wasserrechtlichen Vorschriften ergeben. Der Begriff der schädlichen Gewässerveränderungen umfasst auch solche Veränderungen, die nur Teilaspekte des Begriffs „Gewässereigenschaften“, z. B. die Hydromorphologie von Gewässern (siehe § 3 Nummer 7 WHG), betreffen.

In Satz 1 Nummer 1 wird die Ermächtigung zur Regelung des Gemeingebrauchs an künstlichen Gewässern (bislang § 34 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 LWG (alt)) weitergeführt.

In Satz 2 Nummer 2 wird die Ermächtigung zur Regelung des Gemeingebrauchs an anderen als künstlichen Gewässern weitergeführt: Eine Einschränkung des Gemeingebrauchs erforderlich, soweit durch den Gemeingebrauch schädliche Gewässerveränderungen zu besorgen sind. Es ist davon auszugehen, dass es Gewässer gibt, bei denen Nutzungen, die unter den Gemeingebrauch fallen, maßgeblich zu Verfehlung der Bewirtschaftungsziele beitragen. Hier dürfte sich in Einzelfällen das Ermessen der Behörde in Hinblick auf die Bewirtschaftungsziele verengen.

In Satz 2 wird eine Regelung zur Erweiterung des Gemeingebrauchs aufgenommen. Sie ist möglich, soweit schädliche Gewässerveränderungen i.S. von § 3 Nummer 10 WHG nicht zu besorgen sind. Dabei sind die Vorgaben des § 25 Absatz 1 Satz 2 und 3 WHG zu beachten.

Die bisherige Regelung zur Entnahme von geringen Mengen für bestimmte Wirtschaftszweige in § 33 Absatz 1 Satz 3 LWG (alt) wird angesichts der generellen Ermächtigung nicht fortgeführt. Eine generelle Regelung ist angesichts der unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort in Hinblick auf die Bewirtschaftungsziele auch nicht zielführend.

Da der Begriff der „öffentlichen Wasserversorgung“ in § 3 Nummer 10 WHG ferner die öffentliche Trinkwasserversorgung erfasst, kann Satz 2 in § 34 LWG (alt) entfallen, der auf diesen Aspekt abstellt.

Satz 3

Die Regelung des Gemeingebrauchs an künstlichen Gewässern muss in Zukunft im Einvernehmen nur noch mit dem Gewässereigentümer erfolgen. Bislang war auch das Einvernehmen der zur Benutzung Berechtigten erforderlich. Diese Vorgabe wird gestrichen. Der besondere Charakter von künstlichen Gewässern rechtfertigt, dass der Eigentümer bei der Regelung des Gemeingebrauchs entscheidend mitreden kann, da davon auszugehen ist, dass er das Gewässer in Hinblick auf eine bestimmte Nutzung angelegt hat. Die übrigen Nutzer haben entweder eine rechtlich abgesicherte Position über eine Vereinbarung mit dem Eigentümer, der diese Rechte dann einbringen kann, oder sind lediglich mit Gewässerbenutzern an natürlichen Gewässern vergleichbar, die auch keine Mitspracherechte bei der Regelung des Gemeingebrauchs haben.

Zu § 21 (Eigentümer- und Anliegergebrauch)

Die Regelungen des bisherigen § 35 Absatz 1 und Absatz 3 werden nicht weitergeführt, da der Eigentümer- und Anliegergebrauch sowie sein Ausschluss an künstlichen Gewässern, insbesondere Talsperren, bereits in § 26 WHG geregelt ist.

Der Verweis in § 35 Absatz 3 Satz 2 LWG (alt) auf die Regelung des Gemeingebrauchs an Gewässern, die in Hofräumen, Gärten und Parkanlagen liegen, wird nicht weitergeführt, da ein Eigentümer- und Anliegergebrauch an solchen Gewässern stattfinden kann. Lediglich der Gemeingebrauch an solchen Gewässern, die innerhalb privater Grundstücke liegen, ist weiterhin nach § 19 Absatz 7 ausgeschlossen.

Es wird in Anschluss an die neue Ermächtigung in § 19 Absatz 1 Satz 3 LWG (neu) auch beim Eigentümer- und Anliegergebrauch eine Ermächtigungsgrundlage für Regelungen des Gemeingebrauchs eingefügt. Solche Regelungen sind je nach Gewässerzustand erforderlich, um die Bewirtschaftungsziele zu erreichen. So können z. B. bei einem Gewässer mit einem geringen Abfluss in Trockenzeiten nicht nur Entnahmen, die unter den Gemeingebrauch fallen, sondern auch solche die unter den Eigentümer- und Anliegergebrauch fallen, zu einer Verfehlung der Bewirtschaftungsziele beitragen. Die Vorgabe in § 26 WHG, dass nur solche Benutzungen unter den Eigentümer- und Anliegergebrauch fallen, die keine nachteilige Veränderungen der Wasserbeschaffenheit oder eine wesentliche Verminderung der Wasserführung sowie keine andere Beeinträchtigung des Wasserhaushalts bewirken, reicht im Vollzug wegen ihrer Unbestimmtheit nicht aus.

Den Behörden stehen als Regelungsinstrumentarium Verwaltungsakt und Rechtsverordnung zur Verfügung. Sofern die möglichen Adressaten einer solchen Regelung überschaubar sind, ist eine Regelung durch Allgemeinverfügung sinnvoll. In anderen Fällen ist eine Rechtsverordnung der praktikablere Weg.

Zu §§ 22 bis 24 (Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern)

Allgemeines

Die Regelung zur Genehmigung von Anlagen in, an, über und unter Gewässern (§§ 94, 99 LWG (alt)) wird im Wesentlichen fortgeführt, aber auch den aktuellen Bedürfnissen angepasst und erweitert. Diese Fortführung ist erforderlich, weil das WHG zwar erstmals in seinem § 36 materielle Anforderungen für die Errichtung, den Betrieb, die Unterhaltung und die Stilllegung dieser Anlagen aufgestellt, aber keine weitergehenden Regelungen zur Zulassung, Unterhaltung und Anpassung an die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse getroffen hat. Nun wird im Vollzug die Erfahrung gemacht, dass Anlagen nach § 36 WHG, insbesondere Verrohrungen

und Durchlässe, nicht selten aufgrund veränderter wasserwirtschaftlicher Verhältnisse im Einzugsgebiet oder weil sie nach heutigen Erkenntnissen von vornherein falsch dimensioniert sind, zu Rückstau und Überschwemmungen und damit zu Schäden führen. Dazu kommt, dass solche Anlagen von erheblicher Bedeutung für die Gewässermorphologie und den Abfluss sind. Anders als in den zurückliegenden Jahrzehnten ist in Anbetracht der neuen wasserwirtschaftlichen Ziele in vielen Fällen davon auszugehen, dass sich Gewässer natürlich entwickeln, also verändern und nicht künstlich der Ist-Zustand aufrechterhalten wird. Daher ist davon auszugehen, dass in Zukunft das sich verändernde Gewässer mit Anlagen i.S. von § 36 WHG, also Anlagen in räumlicher Nähe zum Gewässer, häufiger in Konflikt kommt, was wiederum zu Überschwemmungen führen könnte.

Da das WHG in § 31 nicht nur Anforderungen an Anlagen an fließenden Gewässern regelt, sondern auch an stehenden, werden auch die landesrechtlichen Regelungen entsprechend formuliert.

Um die Zulassung wie erforderlich zu flexibilisieren und damit die Zulassungsbehörde zu befähigen, die Regelung der Anlage den ändernden wasserwirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, ist die Zulassung im Grundsatz zu befristen (§ 22 Absatz 3 Satz 1) und es wird die Möglichkeit eröffnet, auch die Anpassung der Anlage zu fordern (§ 24 Absatz 1) bzw., sollte eine Anpassung nicht möglich sein, wie bisher die Zulassung zu widerrufen (§ 24 Absatz 2). Mit diesen Regelungen rückt die Anlagenzulassung in die Nähe der Benutzungszulassung.

Neben den Instrumentarien der Anpassung und des Widerrufs ist auch die Befristung erforderlich. Nicht nur in Anbetracht der Erfahrungen im wasserwirtschaftlichen Vollzug der Zulassungen von Benutzungen, sondern auch in Hinblick auf den Schutz, den ein Recht verleiht, ist davon auszugehen, dass einer Zulassungsbehörde bei Ablauf einer Befristung weitere Möglichkeiten rechtlich und faktisch zur Verfügung stehen, die wasserwirtschaftliche Situation nach den Anforderungen des § 36 WHG sachgerecht zu regeln, als bei einer laufenden Zulassung.

Im Einzelnen

Zu § 22 (Genehmigung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern)

Absatz 1

Es wird wie nach bisherigem Recht die Genehmigungsbedürftigkeit solcher Anlagen geregelt.

Absatz 2

Die bisherigen Ausnahmen von der Genehmigungspflicht in § 99 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) werden übernommen und nur redaktionell überarbeitet. Sie sollen in solchen Fällen doppelte Zulassungsverfahren vermeiden, in denen sichergestellt ist, dass die materiellen Anforderungen des § 36 WHG anderweitig geprüft werden. Dementsprechend wird die Eingangsformulierung neu gefasst und nicht mehr die Befreiung von der Genehmigungspflicht geregelt, sondern die Anlagen aus dem Anwendungsbereich der Regelung herausgenommen.

Die in Absatz 2 geregelten Anlagen unterliegen allerdings, sofern sie Anlagen in und an Gewässern sind, den Regelungen der §§ 23 und 24. Absatz 2 betrifft nur die Genehmigungspflicht.

Absatz 3

§ 99 Absatz 2 LWG (alt) wird bei gleichzeitiger redaktioneller und systematischer Anpassung als Absatz 3 fortgeführt. Die Genehmigung ist grundsätzlich befristet zu erteilen. Über die Länge der Befristung ist im Einzelfall zu entscheiden. Eine Genehmigung sollte nur für einen

Zeitraum erteilt werden, innerhalb dessen davon auszugehen ist, dass die Anlage in ihrer aktuellen Ausgestaltung den Anforderungen nach § 36 WHG im Wesentlichen entspricht. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die beantragte Anlage nicht die materiellen Anforderungen nach § 36 Satz 1 WHG erfüllt. Die Erteilung der Genehmigung liegt wie bislang im Ermessen der Behörde, daran knüpft auch die Befristung an. Die Möglichkeit für die Behörde, nach Ablauf der Zulassung den Rückbau der Anlage zu fordern, wird wie bisher entsprechend den Regelungen zur Benutzungsanlagen in § 25 geregelt.

Eine Befristung scheidet aus, wenn Änderungen der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse mit Bezug auf die betroffene Anlage ausgeschlossen sind oder eine Befristung aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, insbesondere aufgrund der Konzentrationswirkung eines Planfeststellungsverfahrens. Anders als wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen, die nach § 19 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes von der Verfahren- und Entscheidungskonzentration des Planfeststellungsverfahrens ausgenommen sind, besteht eine derartige Regelung für die anlagenbezogene Genehmigung nach § 22 Absatz 1 LWG nicht. Entsprechend kann eine vom Planfeststellungsbeschluss abweichende Befristung der Genehmigung nach § 22 Absatz 1 WHG nicht erfolgen.

Die Möglichkeit des Widerrufs nach § 49 VwVfG bleibt unberührt. Dabei sollte geprüft werden, ob er in der Zulassung vorbehalten wird (§ 49 Absatz 1 Nr. 2 VwVfG).

Die bisherige Regelung zur Prüfung von baurechtlichen Anforderungen in § 99 Absatz 3 LWG (alt) wird durch die §§ 109 und 110 weitergeführt.

Die Ermächtigungsgrundlage für eine Rechtsverordnung zur Freistellung von der Genehmigungspflicht wird nicht weitergeführt. Von der Ermächtigung wurde bislang kein Gebrauch gemacht. Angesichts der fehlenden Typisierbarkeit von Anlagen mit wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung und der unterschiedlichen Gewässermorphologie vor Ort wird die Vorschrift nicht mehr fortgeführt.

Zu § 23 (Unterhaltung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern)

Absatz 1

§ 36 WHG regelt lediglich die materiellen Anforderungen an die Unterhaltung von Anlagen, weist aber nicht die Pflicht zur Unterhaltung zu. Daher wird die bestehende Zuweisung der Pflicht an den Eigentümer der Anlage in § 94 LWG (alt) weitergeführt. Allerdings entfällt die bisherige Beschränkung auf Anlagen an fließenden Gewässern, da § 36 insoweit keinen Unterschied macht und auch bei Anlagen an stehenden Gewässern Unterhaltungsbedarf besteht. Eine besondere Regelung für eine Anlage, die wesentlicher Bestand eines Erbbaurechtes ist (§ 12 Erbbaurechtsgesetz) ist nicht erforderlich. Die Anlage steht im Eigentum des Erbbauberechtigten, der damit Eigentümer der Anlage ist (Palandt, BGB-Kommentar, 74. Auflage, 2015, Erbbaurechtsgesetz § 12 Rz. 2).

Mit der Regelung, dass der Besitzer unterhaltungspflichtig ist, wird dem Umstand Rechnung getragen, dass nach spezielleren Regelungen, z. B. nach § 21 Absatz 4 Nummer 2 UVPG bzw. § 3 Absatz 1 RohrFLtgV, der Vorhabenträger und Betreiber für die Unterhaltung einer Anlage zuständig ist. In diesem Fall ermöglicht die Regelung, dass die Behörde auch in Hinblick auf die wasserrechtlichen Pflichten nach §§ 23 ff. auf diesen zugreifen kann.

§ 23 gilt auch für Anlagen in und an Gewässern, die nach § 22 Absatz 2 nicht genehmigungspflichtig sind.

Absatz 2

Die Regelung greift die Fälle auf, in denen die Durchsetzung der Unterhaltungspflicht ansteht und besondere Probleme bestehen. Die zuständige Behörde kann ohne weitere ausdrückliche Ermächtigung ordnungsrechtlich gegen den Pflichtigen nach Absatz 1 vorgehen. Es kann aber Fälle geben, in denen dieses Vorgehen auf Schwierigkeiten stößt, so wenn der Pflichtige nach Absatz 1 nicht feststellbar ist oder die Anlage im Eigentum mehrerer steht. Wegen der Sachnähe der Anlagenunterhaltung zur Gewässerunterhaltung kann die zuständige Behörde in diesen Fällen den Gewässerunterhaltungspflichtigen zur Durchführung der Maßnahme heranziehen. Da Maßnahmen der Anlagenunterhaltung aber abzugrenzen sind von Maßnahmen der Gewässerunterhaltung, muss für diese Fälle die Kostenerstattung geregelt werden (Sätze 3 bis 5). Satz 2 regelt außerdem die Duldungspflicht des dinglich Berechtigten. Die zuständige Behörde hat in den Fällen, in denen der Gewässerunterhaltungspflichtige vom Eigentümer oder Besitzer seine Kosten nicht ersetzt bekommen kann, weil dieser entweder nicht feststeht oder mittellos ist, die Kosten zu übernehmen.

Absatz 3

Satz 1

Die Regelung konkretisiert die Unterhaltungspflicht. Gerade bei alten Anlagen sind nach vorliegenden Erfahrungen Standsicherheit und Abflussleistung der Anlage problematisch, wenn der Bauzustand der Anlage selbst aufgrund ihres Alters beeinträchtigt ist, der Querschnitt der Anlage durch andere Nutzungen oder durch natürliche Veränderungen des Gewässers beeinträchtigt wird. Diese Umstände sind nicht immer in ihrer Gänze offenkundig. Häufig wird es Indizien geben, dass Standsicherheit und/oder Abflussleistung mangelhaft sind, aber keine ausreichenden Erkenntnisse für eine abschließende Einschätzung. Die Regelung ermöglicht daher der für die Überwachung zuständigen Behörde, in Fällen, in denen Indizien für fehlende Standsicherheit oder /und mangelnde Abflussleistung vorliegen, einen entsprechenden Nachweis zu verlangen, dass die Anlage sich im genehmigten Zustand befindet. Diese Forderung steht wie aufsichtliches Vorgehen generell unter Ermessensvorbehalt. Das Ermessen hat sich an den materiellen Vorgaben für die Anlage (§ 36 WHG) zu orientieren und außerdem mögliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die von der Anlage ausgehen, zu berücksichtigen. Eine solche Anordnung ist insbesondere dann gerechtfertigt, wenn fehlende Standsicherheit oder mangelnde Abflussleistung Probleme in der Umgebung der Anlage verursachen wie Vernässungen und Überschwemmungen.

Satz 2

Da sich bei dieser Anordnung die gleichen Probleme stellen könnten wie bei der Anordnung von anderen Maßnahmen der Anlagenunterhaltung, wird auch für diesen Fall die Möglichkeit, den Gewässerunterhaltungspflichtigen heranzuziehen, geregelt.

Zu § 24 (Anpassung und Rückbau von Anlagen in, an über und unter oberirdischen Gewässern)

Anlagen nach § 36 WHG sind häufig gerade für die Gewässermorphologie und seine Entwicklung von erheblicher Bedeutung. Das gilt insbesondere für Verrohrungen des Gewässers, die als Anlagen eingestuft werden, aber auch für Leitungen entlang des Gewässers, z. B. wenn das Gewässer zur Erreichung des guten Zustands zu entwickeln ist. Dazu kommt, dass nicht an ein Gewässer angepasste Anlagen nach § 36 WHG durch Rückstau zu Überschwemmungen führen können. § 24 gilt auch für Anlagen in und an Gewässern, die nach § 22 Absatz 2 nicht genehmigungspflichtig sind.

Absatz 1

Satz 1

Daher wird die Pflicht des Anlageneigentümers und Besitzers geregelt, die Anlage anzupassen (Absatz 1 Satz 1) in Abhängigkeit von den materiellen Vorgaben des § 36 WHG, wobei die wesentlichen Anwendungsfälle des Begriffs „schädliche Gewässeränderungen“ für Anlagen nach § 36 WHG der Hochwasserschutz und die Vernässung von Gebäuden sein dürften. Häufig dürfte auch eine Anpassung des Querschnitts an die Abflussverhältnisse erforderlich sein.

Satz 2

Nicht in jedem Fall hat der Pflichtige alle mit der Anpassung verbundenen Kosten zu tragen. Wenn die Anlage, ggfls. auch, anzupassen ist, weil sich der Abfluss des Gewässers durch Handlungen Dritter verändert hat, hat der Verursacher der Abflussveränderungen die Kosten insoweit zu tragen. Gedacht ist dabei insbesondere an Niederschlagswassereinleitungen, aber auch an eine Bauleitplanung, die zu zusätzlichen Versiegelungen führt, die nicht ausschließlich über Einleitungen entwässern. Nicht darunter fällt ein Gewässerausbau, mit dem lediglich gesetzliche Pflichten erfüllt werden.

Satz 3

Die Aufteilung der Kosten zwischen Eigentümer bzw. Besitzer und Dritten ist nicht immer einfach. Im Grundsatz trägt der Eigentümer die Kosten aller Anpassungen seiner Anlage, die durch eine natürliche Gewässerentwicklung oder durch Gewässerentwicklungsmaßnahmen mit dem Ziel einer natürlichen Gewässerentwicklung zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele erforderlich werden. Dabei wird der Aufwand der durch den Klimawandel bedingten Änderungen durch den Eigentümer zu tragen sein. Die Dritten tragen die Kosten, soweit das Anpassungserfordernis durch sie verursacht worden ist, weil sie das Gewässer oder das Einzugsgebiet für eigene Zwecke nutzen oder verändern. Eine Abgrenzung der Anteile wird nicht immer einfach sein. Daher wird für den Streit eine zuständige Behörde geregelt.

Absatz 2

Für die Fälle, in denen eine Anpassung der Anlage nach Absatz 1 nicht ausreicht, schädliche Gewässeränderungen zu verhindern, werden der Widerruf und der Rückbau geregelt. Etwasige Erstattungsansprüche richten sich nach den vorherigen Regelungen.

Absatz 3

Anlagen stehen teilweise nicht nur im Eigentum eines einzelnen Eigentümers, z. B. Verrohungen verlaufen häufig über mehrere Grundstücke. Außerdem kann in Einzelfällen die Anpassungspflicht allein durch Veränderungen des Abflusses durch Einleitungen oder anderweitigen Zufluss über Versiegelungen hervorgerufen werden. In diesem Fall kann es wasserwirtschaftlich zweckmäßig sein, dass nicht die Anlageneigentümer bzw. Erbbauberechtigte, sondern der Unterhaltungspflichtige die Maßnahme durchführt. Satz 2 regelt die erforderliche Pflicht des Anlageneigentümers bzw. Erbbauberechtigten zur Duldung der Maßnahme, die dann der Unterhaltungspflichtige durchführt. Satz 3 regelt die Kostenfolgen. Satz 4 regelt die Streitentscheidung, sollte sie erforderlich sein.

Zu § 25 (Anlagen zur Benutzung eines Gewässers)

Die bisherige Regelung über Anlagen zur Benutzung eines Gewässers (§ 31 Absätze 2 bis 4 LWG (alt)) wird bei gleichzeitiger redaktioneller Anpassung größtenteils übernommen (Absatz 2 und 3) und um eine materielle Anforderung ergänzt (Absatz 1).

Benutzungsanlagen werden im Regelfall über die Zulassung der Benutzung zugelassen, die im Wesentlichen eine Befugnis regelt. Sie unterliegen bis auf die Abwasserbehandlungsanlage zumindest keiner eigenen wasserrechtlichen Zulassungspflicht. Es wird vereinzelt Zulassungserfordernisse nach anderen Rechtsbereichen geben.

Absatz 1 Beim Bau und Betrieb von Anlagen zur Gewässerbenutzung ist auf einen effizienten Einsatz von Ressourcen und Energie zu achten. Diese Pflicht kann beim Betrieb von Anlagen nur für Anlagen gelten, bei denen Ressourcen und Energie eingesetzt werden. Die Regelung ist mit § 5 Absatz 1 Nr. 4 BImSchG vergleichbar.

Absatz 2 stellt klar, dass angeordnet werden kann, Anlagen zur Benutzung eines Gewässers, für die die Zulassung nicht mehr besteht, zurückzubauen. Mit dem Wegfall der Zulassung der Benutzung fehlt auch die Zulassung der Anlage.

Absatz 2 Satz 1 stellt klar, wann eine Änderung der Benutzungsanlagen keiner weiteren Zulassung bedarf. Es wird außerdem daraufhin gewiesen, dass neben der Frage, ob sich die Anlage noch unter die bestehende Zulassung fassen lässt, erheblich ist, dass anderweitige ordnungsrechtlichen Vorschriften beachtet werden. Satz 2 knüpft an Änderungen der Benutzungsanlage eine Anzeigepflicht. Die zuständige Behörde hat zwei Monate Zeit um zu prüfen, ob die Voraussetzungen von Satz 1 vorliegen oder ob ein Antrag auf Zulassung der geänderten Benutzung zu stellen ist.

Der bisherige Absatz § 31 Absatz 4 wird nicht weitergeführt, da er § 104 WHG widerspricht.

Zu § 26 (Außer Betrieb Setzen und Beseitigen von Stauanlagen)

Die Regelung greift in Weiterführung von § 31 Absatz 1 LWG (alt) verschiedene Konstellationen auf, die einer Regelung bedürfen. Zum einen verleihen die Zulassungen von Benutzungen nur ein Recht zu Benutzung, verpflichten aber nicht, die Benutzung durchzuführen, und daher auch nicht, die mit einer Benutzung verbundenen Anlage zu betreiben. Erlaubnis und Bewilligung verhindern daher nicht, dass die Benutzungsanlage rückgebaut wird.

Das ist so lange kein zu regelndes Problem wie der Zulassungsinhaber seine Benutzungsanlagen außer Betrieb setzen oder beseitigen kann ohne schädliche Auswirkungen für andere. Das gilt aber nicht immer für Stauanlagen. Auf Stauanlagen haben sich aber teilweise die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse und Nutzungsverhältnisse vor Ort eingestellt. Daher stellt § 26 in Weiterführung des § 31 Absatz 1 LWG (alt) die dauernde Außerbetriebnahme oder das Beseitigen eines Stauwehrs unter eine Genehmigungspflicht (Satz 1). Für den Fall, dass die Stauanlage im Interesse Dritter weiterbetrieben werden sollte, bietet die Regelung die Grundlage, entweder den Weiterbetrieb oder dessen Kosten dem durch die Anlage Begünstigten aufzuerlegen.

Satz 2 der Regelung war zu überarbeiten. Das mit der Regelung angesprochene Problem betrifft die Anlagenzulassung, nicht die Zulassung der Benutzung. Die ursprüngliche Regelung, dass die Benutzung durch eine andere Behörde als die zuständige Wasserbehörde zugelassen worden ist, kann nur im Fall der Zulassung der Benutzung durch eine Bergbehörde

eintreten. Da die Zulassung der Benutzung nicht konzentriert wird, ist ein anderer Fall nicht denkbar.

Soweit § 31 LWG Absatz 1 (alt) auf die Benutzung des Grundwassers bezogene Regelungen trifft, werden diese aus systematischen Gründen in Kapitel 2, Abschnitt 3 (Bewirtschaftung des Grundwassers) § 33, überführt.

Zu § 27 (Anschluss an Stauanlagen)

Der Eigentümer ist nach bisherigem Recht zur Duldung des Anschlusses einer Stauanlage verpflichtet (§ 127 LWG (alt)). Diese besondere Duldungspflicht regelt das WHG nicht. Sie soll beibehalten werden. Der in § 27 neu eingefügte Satz 2 ist aus verfassungsrechtlichen Gründen (Artikel 14 Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 GG) erforderlich, um Betroffenen in Fällen einer unzumutbaren Eigentumsbeschränkung, die noch keine Enteignung im Sinne von Artikel 14 Absatz 3 GG darstellt, einen Entschädigungsanspruch zu gewähren.

Zu § 28 (Nutzung der Wasserkraft)

Die Regelung über Zulassungen für die Wasserkraft wird mit redaktionellen Anpassungen an das neue WHG weitergeführt.

Die geänderte Fassung der bisherigen Regelung in § 31a Absatz 4 LWG (alt), dass bestehende Rechte zur Benutzung eines Gewässers zum Zweck der Energieerzeugung durch den Betrieb einer Wasserkraftanlage zum Betrieb dieser Anlagen berechtigen, soll den Inhalt verdeutlichen und knüpft an die Fassung vor der Novelle 2007 an.

Zu § 29 (Staumarke)

Die Vorschrift übernimmt den bisherigen § 41 LWG (alt). Die Staumarke ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Stauberechtigte die ihm vorgegebenen Stauauflagen einhält; sie ist für eine wirksame wasserbehördliche Überwachung unentbehrlich.

Zu § 30 (Unbefugtes Ablassen)

Die bisherige Regelung in § 42 LWG (alt) wird weitergeführt und an die aktuellen Bewirtschaftungsgrundsätze angepasst.

Das Ablassen aufgestauter Wassermassen kann gefährlich sein. Es wird daher verboten, wenn es mit Gefahren für die Unterlieger verbunden ist und, insoweit wird die Regelung angepasst, den Grundsätzen der Gewässerbewirtschaftung widerspricht.

Zu § 31 (Gewässerrandstreifen)

Der Gewässerrandstreifen mit seinen Nutzungsbeschränkungen ist ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer in § 27 WHG und der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die Zwecke des Gewässerrandstreifens regelt § 38 WHG; er dient der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen. Den Ländern sind abweichende Regelungen möglich (§ 38

Absatz 3 Satz 3). Der Bund hat die ihm zustehende Gesetzgebungszuständigkeit nicht in vollem Umfang ausschöpft.

Absatz 1

Es wird an den Fließgewässern, die durch die landwirtschaftliche Nutzung in einem Umfang stofflich beeinflusst sind, dass sie die gesetzlichen Vorgaben (Umweltqualitätsnormen) verfehlen, durch Gesetz in Verbindung mit einer Landesverordnung, die diese Gewässer festsetzt, ein Gewässerrandstreifen mit erhöhten Anforderungen (10 m Breite ab Inkrafttreten; Ackerbauverbot sowie Verbot der Anwendung und Lagerung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ab 1.1.2022) geregelt. An Stehgewässern, die nicht mit einem Fließgewässer oberirdisch verbunden oder durchflossen sind und die eine Größe von 50 ha nicht überschreiten, werden diese erweiterten Gewässerrandstreifen nicht festgesetzt. Bei der Vielzahl der kleineren Stehgewässer wird die stoffliche Belastung nicht regelmäßig untersucht und überwacht. Daher kann auf der Grundlage der Monitoringergebnisse nicht beurteilt werden, ob die stofflichen Anforderungen eingehalten oder verfehlt werden. Dagegen werden natürliche Stehgewässer ab einer Fläche von > 50 ha mit einbezogen, sowie diejenigen, die mit Fließgewässer oberirdisch verbunden oder durchflossen sind. Dabei sind nicht nur die landwirtschaftlichen Nutzungen an den berichtspflichtigen Gewässern mit einem Einzugsgebiet von mehr als 10 km² für den Stoffeintrag in die Wasserkörper relevant, sondern auch die Nutzungen an den kleineren, nicht berichtspflichtigen Gewässern, die diesen Wasserkörpern zufließen. Daher wird der erweiterte Gewässerrandstreifen an allen erfassten Gewässern im Einzugsgebiet eines solchen Wasserkörpers festgesetzt, und nicht nur am ausgewiesenen Wasserkörper selbst.

Die Gewässerstrecken, die die Anforderungen nach Satz 1 erfüllen, werden durch Landesverordnung festgesetzt, die lediglich die Anforderungen anhand der jeweils vorliegenden Monitoring-Ergebnisse nachvollzieht. Daher enthält die Regelung der Ermächtigungsgrundlage für diese Rechtsverordnung in Satz 1 keine Beteiligung des Landtags.

Für die Bestimmung der Gewässer, die durch die landwirtschaftliche Nutzung relevant beeinflusst werden, sind die in Anlage 3 geregelten Stoffe maßgeblich. Aufgenommen sind diejenigen Stoffe aus den Anlagen 5, 6 und 7 der OGeVO des Bundes, die hauptsächlich oder zu einem großen Teil aus der landwirtschaftlichen Nutzung stammen. Das sind zum einen Stoffe der Anlage 5 und 7 der OGeV, die als Pflanzenschutzmittel zugelassen sind, überwiegend nicht als Biozid eingesetzt werden und nach den Messungen während der landwirtschaftlichen im Gewässer auftreten. Das sind zum anderen die Nährstoffe Phosphor und Nitrat der Anlage 6 der OGeV, die sowohl aus der landwirtschaftlichen Nutzung als auch der kommunalen Abwasserbeseitigung (kommunale Kläranlagen sowie Niederschlagswasserbeseitigung im Trennsystem) kommen.

Einträge über landwirtschaftliche Flächen spielen bei Nährstoffen ebenfalls eine entscheidende Rolle. 50% der Landesfläche sind landwirtschaftliche Nutzfläche. Insbesondere das nordrhein-westfälische Tiefland hat einen großen Anteil an landwirtschaftlichen Nutzflächen mit entsprechenden Auswirkungen auf die dort vorherrschenden Fließgewässertypen (Bach- und Flusstypen des Tieflandes), die u. a. durch geringe „langsam fließenden Tieflandgewässer“ Fließgeschwindigkeiten geprägt sind, und bildet einen entsprechenden Belastungsschwerpunkt. Dies zeigen die Ergebnisse der „ökologischen Zustandsklasse Zustandsbewertung der Gewässerflora, insbesondere der benthischen Diatomeen,“ insbesondere im Tiefland. Die Orientierungswerte für Phosphat sind in den Gewässern fast aller Teileinzugsgebiete überschritten. Die Orientierungswerte für die Stickstoffverbindungen sind im geringeren Umfang überschritten. Hier sind jedoch zusätzlich die europäischen Meeresschutzziele zu berücksichtigen, die weitere Maßnahmen im Binnenland zur Stickstoffreduzierung notwendig machen. Die weitergehenden Anforderungen im Gewässerrandstreifen sind eine Maßnahme, um den Eintrag zu vermindern.

Auch der Eintrag der Stoffe über die Abwasserbeseitigung wird vermindert. Die Abwasserbeseitigung in Nordrhein-Westfalen zeichnet sich allerdings heute durch einen hohen Standard aus: Die Anforderungen der EU-Kommunalabwasserrichtlinie von 1991 an die kommunale Abwasserbehandlung hinsichtlich der Parameter CSB, Stickstoff und Phosphor sind in Nordrhein-Westfalen flächendeckend erfüllt. Dennoch trägt die kommunale Abwasserbeseitigung weiterhin zur Zielverfehlung bei Nährstoffen im Gewässer bei; vor allem dort, wo das Verhältnis zwischen natürlichem Abfluss und der Menge an eingeleitetem gereinigtem Abwasser ungünstig ist. In diesen Fällen sind entsprechende Maßnahmen im Maßnahmenprogramm vorgesehen. Das gleiche gilt für Niederschlagswassereinleitungen.

Die Vorgaben für diese Stoffe ergeben sich nicht aus dem Landesrecht, sondern aus der OGewV. Für die Pflanzenschutzmittel sind sie als Umweltqualitätsnormen in den Anlagen 5 und 7 geregelt. Anlage 3 verweist in Tabelle 2 insoweit nur. Soweit die OGewV keine Vorgaben für den guten Zustand, sondern nur für den sehr guten enthält (Feststoffe und Phosphor, Anlage 6 der OGewV), werden die von der Umweltministerkonferenz beschlossenen aus Anlage 6 fachlich abgeleiteten Vorgaben (Orientierungswerte) für den guten ökologischen Zustand verwendet. Nach der aktuell vorliegenden Definition (LAWA ACP-Projekt 03.12, Abschlussbericht 2014) ist ein Orientierungswert „derjenige Schwellenwert eines ACP, dessen Verletzung dazu führt, dass die Erreichung des guten ökologischen Zustands unwahrscheinlich ist, ohne dass es dazu noch eines anderen Belastungseinflusses bedarf.“ Da diese Vorgaben also für sich genommen nicht zu einer Verfehlung der Ziele führen, regelt Absatz 1 Nr. 1, das in diesen Fällen erforderlich ist, dass das Gewässer insgesamt das Bewirtschaftungsziel für den ökologischen Zustand verfehlt. Wenn in Zukunft die OGewV auch die Vorgaben für den guten Zustand für diese Parameter regelt, wird die Anlage 3 nur noch die relevanten Stoffe enthalten, nicht die materiellen Vorgaben.

Zurzeit verfehlen in gesamt Nordrhein-Westfalen nach den Ergebnissen des 2. Monitoringzyklus von 2014 bereits knapp 40 % der Gewässer (Wasserkörper) den guten Zustand bzw. das gute ökologische Potential bzw. wegen Pflanzenschutzmitteln den guten chemischen Zustand auch deswegen, weil in sie Stoffe aus der gewässerangrenzenden landwirtschaftlichen Nutzung eingetragen werden.

Die Bewertung, ob der jeweilige Wasserkörper die Vorgaben erreicht, erfolgt jeweils nach der letzten Überwachung nach § 9 Absatz 1 OGewV. Diese wird seit 2006 alle drei Jahre durchgeführt und abgeschlossen. Der letzte Monitoringzyklus ist Ende 2014 mit der Erhebung der Proben im Gewässer abgeschlossen worden. Eine vollständige Auswertung der Ergebnisse liegt nach den Erfahrungen der letzten Jahre dann etwa 9 Monate später vor. Die Ergebnisse dieses Zyklus werden als Grundlage zur Festsetzung der Gewässerrandstreifen herangezogen. Die Ergebnisse des 2015 begonnenen neuen Monitoringzyklus (2015-2017) werden nach Auswertung im Herbst 2018 zur Verfügung stehen, und zur Überprüfung der Ausweisung der Gewässerrandstreifen herangezogen. Innerhalb von 3 Jahren werden in jedem Jahr ca. 1/3 der Gewässer untersucht, die Ergebnisse werden am Ende des 3-Jahreszeitraums zusammengefasst veröffentlicht. Auf dieser Grundlage wird die Verordnung angepasst. Damit erfolgt die Anpassung der betroffenen Gewässerstrecken zwar nicht sofort mit Vorliegen eines Beprobungsergebnisses. Auch wird die Anpassung nicht von dem mehrfachen Vorliegen von Beprobungsergebnissen abhängig gemacht. Es kommt allein auf die Ergebnisse eines Monitoringzyklusses an. Damit wird auf der einen Seite die Regelung in ihrer Umsetzung praktikabel. Auf der anderen Seite wird dem Bedürfnis der Landwirtschaft Rechnung getragen, die Regelung möglichst auf die Fälle zu beschränken, in denen sie zur Verfehlung der Bewirtschaftungsziele beiträgt.

Bei Stickstoffverbindungen (wie z. B. Nitrat), Phosphor, Pflanzenschutzmitteln und Feststoffen (gemessener Parameter TOC) aus der Landwirtschaft hat der Gewässerrandstreifen bei einer entsprechenden Breite und entsprechenden Bewirtschaftungsvorgaben nach vorliegenden Er-

kenntnissen eine relevante Rückhaltewirkung. Die bisherige Strategie, den Eintrag durch freiwillige Vereinbarungen und Förderung zu vermindern, war bislang überwiegend nicht erfolgreich. Auch die bisherigen Regelungen zum Gewässerrandstreifen waren nicht ausreichend, um die Bewirtschaftungsziele zu erreichen oder auch nur den Eintrag in die Gewässer ausreichend zu vermindern.

Infolgedessen wird der Gewässerrandstreifen in Absatz 1 (in Verbindung mit der Rechtsverordnung, für die die Ermächtigungsgrundlage geregelt wird) an den Fließgewässern, die durch die gewässerangrenzende landwirtschaftliche Nutzung besonders stofflich beeinflusst sind, gegenüber der bisherigen landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Regelung auf 10 Meter erweitert, wie es § 38 Absatz 3 Nummer 2 WHG ermöglicht. Damit wird den wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung getragen, dass zwar Randstreifen eine effektive Rückhaltung von gelösten und an Feststoffen gebundenen Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffen bewirken, aber ein 5 m breiter Streifen lediglich ausreicht, um Sediment und damit verbundene Pflanzenschutzmittel und Nährstoffe bis zu durchschnittlich ca. 80 % zurückzuhalten. Bei gelösten Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffen liegt die Rückhaltung bei durchschnittlich 50 %. Die Regelungen des Gewässerrandstreifens nach § 38 Absatz 4 WHG zielen sowohl auf die Rückhaltung von gelösten Stoffen durch den Oberflächenabfluss und Sediment (Absatz 4 Nummer 1 und 2) als auch allein von Sediment ab (Absatz 1 Nummer 4). Durch eine Erweiterung des Gewässerrandstreifens auf 10 m soll ein noch weitergehender Rückhalt von Sediment und Oberflächenabfluss aus landwirtschaftlich genutzten Flächen erreicht werden. In einer umfassenden Meta-Analyse (Modellierung) der vorliegenden aktuellen Literatur kommen z. B. die Autoren (Zhang et al. 2010: A Review of vegetated Buffers and a Meta-analysis of their Mitigation Efficacy in reducing Nonpoint Source Pollution, J. Environ. Qual. 39; 76-84) zum Ergebnis, dass eine Erhöhung des Randstreifens von 5 auf 10 m einen über alle ausgewerteten Studien hohen Sedimentrückhalt von über 90 % der Einträge ermöglicht, während die Rückhaltungsfunktion eines nur 5 m breiten Streifens eine deutlich höhere Streuung der Effizienz aufwies. Bei gelösten Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln ermöglicht die Verbreitung des Randstreifens einen Rückhalt von 70 bis über 80 % der Einträge.

Der Eintrag von Stickstoff in die Oberflächengewässer kann auf der Grundlage zur Verfügung stehender Daten ebenfalls durch Modellierungen quantifiziert und die Bedeutung der verschiedenen Eintragspfade bei mittlerem Abfluss abgegrenzt werden. In allen NRW-Flussgebieten ist der Eintrag über das Grundwasser dominant und erreicht ca. 50 % der eingetragenen Menge von ca. 70 000 t/a. Mit Abstand folgen Punktquellen und der Oberflächenabfluss sowie Drainagen. Die beiden letzten können der landwirtschaftlichen Nutzung bzw. Nutzflächen zugeordnet werden und erreichen jeweils ca. 5 000 t/a (unveröffentl. Ergebnisse LANUV 2014).

Bei der Modellierung des Phosphor-Eintrags in die Oberflächengewässer von NRW ist der Oberflächenabfluss neben den Punktquellen der wichtigste Eintragspfad in die Fließgewässer. Er erreicht bezogen auf mittlere Abflüsse eine Größenordnung von ca. 30 % im Landesmittel. In landwirtschaftlich geprägten Einzugsgebieten (z. B. dem Münsterland) ist der Eintrag aus Oberflächenabfluss der mit Abstand bedeutendste Eintragspfad, wogegen seine Bedeutung in den Ballungsräumen (Ruhrgebiet – Emscher) mit dem großen Anteil an Siedlungsflächen naturgemäß geringer ausfällt.

Von der Erweiterung des Gewässerrandstreifens von 5 auf 10 m im Außenbereich an ausgewählten Gewässerstrecken sind aktuell ca. 23 800 km Fließgewässerstrecke im Außenbereich (von ca. 53 700 km des Gewässernetzes insgesamt) sowie bis zu 25 berichtspflichtige Seen (> 50 ha) betroffen. Damit sind durch die Erweiterung des Gewässerrandstreifens von 5 auf 10 m neu ca. 23 950 ha Fläche durch die Vorgaben nach § 38 Absatz 4 WHG in ihrer Bewirtschaftung beschränkt, davon maximal ca. 13 100 ha landwirtschaftliche Fläche, davon wiederum ca. 7 300 ha Ackerfläche und ca. 5 800 ha Grünland und damit ca. 0,8% Anteil der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (NRW gesamt ca. 1 719 300 ha aus dem digitalen

Landschaftsmodells (Basis-DLM) des Amtlichen Topographisch-Kartographische Informationssystem (ATKIS) mit Stand Datenbankabzug September 2014).

Die beiden die Landwirtschaft speziell betreffenden Regelungen des § 38 Absatz 4 WHG geben für betroffenen Flächen teilweise lediglich Regelungen wieder, die sich bereits aus anderen Vorschriften ergeben. Der 10 m Streifen im Außenbereich liegt zu 11 % im Überschwemmungsgebiet. Das Umwandlungsverbot nach § 38 Absatz 1 Nr. 1 WHG ergibt sich für Überschwemmungsgebiete bereits aus § 78 Absatz 1 Nummer 8 WHG. Außerdem gibt es nach den Cross-Compliance-Vorschriften im Rahmen des Förderrechtes seit 2011 die Pflicht zur Erhaltung von Dauergrünland. Diese findet ab 2015 Fortsetzung im Rahmen des sogenannten „Greenings“.

Das Verbot, standortgerechte Bäume und Sträucher zu entfernen, ausgenommen die Entnahme im Rahmen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, bzw. nicht standortgerechte Bäume und Sträucher anzupflanzen in § 38 Absatz 4 Nummer 2 WHG entspricht bei einer landwirtschaftlichen Nutzung des Gewässerrandstreifens der Regelung in § 2 c Absatz 4 Nummer 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG).

Das Verbot des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen, ausgenommen die Anwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln und ausgenommen des Umgangs in und im Zusammenhang mit zugelassenen Anlagen in § 38 Absatz 4 Nummer 3 WHG ist für die Landwirtschaft von geringer Relevanz, weil Pflanzen- und Düngemittel ausgenommen sind. Betroffen sein kann die Landwirtschaft z. B. beim Umgang mit Kraftstoffen. Hier ist die Einschränkung aber als gering zu bewerten. Im Übrigen ist es für Überschwemmungsgebiete bereits in § 78 Absatz 1 Nummer 4 WHG geregelt.

Das Verbot der nicht nur zeitweisen Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern oder fortgeschwemmt werden können, in § 38 Absatz 4 Nummer 4 WHG ergibt sich für Überschwemmungsgebiete ebenfalls bereits aus dem § 78 Absatz 1 Nummer 5 WHG.

Absatz 2

Die landesspezifischen Regelungen im Gewässerrandstreifen an den durch die Landwirtschaft stofflich beeinträchtigen Gewässern werden den dargelegten Erkenntnissen angepasst.

Die das Bundesrecht ergänzenden Verbote der Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln und das Ackerbauverbot tragen den Zweckbestimmungen des Gewässerrandstreifens – Verbesserung der ökologischen Funktion oberirdischer Gewässer, Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen und Sicherung des Wasserabflusses – Rechnung. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit sind beide Verbote auf einen Bereich von fünf Metern ab der Uferlinie bzw. Böschungsoberkante beschränkt. Mit diesen Regelungen wird die Belastung des Gewässers durch gewässernahe Nutzungen erheblich gemindert, das Gewässer vor Einträgen geschützt sowie ein von der landwirtschaftlichen Nutzung auch sichtbar abgegrenzter Gewässerrandstreifen geschaffen. Dies erleichtert auch die behördliche Überwachung der Beachtung der Verpflichtungen und Verbote durch die jeweiligen Normadressaten.

Betroffen sind maximal ca. 13 100 ha landwirtschaftliche Fläche, davon wiederum ca. 7 300 ha Ackerfläche und ca. 5 800 ha Grünland und damit ca. 0,8 % Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche (NRW gesamt ca. 1 719 300 ha).

Nummer 1

Nach § 38 Absatz 4 Nummer 3 WHG, der den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Gewässerrandstreifen regelt, können die Länder von der Regelung abweichen. Da die Rückhaltungswirkung des gewässerangrenzenden Streifens gemindert wird, wenn zusätzlich die Stoffe, die zurückgehalten werden sollen, auf die Fläche aufgebracht werden, steigert das ge-

nerelle Verbot, auf dieser Fläche Dünger und Pflanzenschutzmittel einzusetzen, die Rückhaltewirkung des Streifens. In jedem Fall ist für den weiteren biologischen Abbau der Schadstoffe und die Aufnahme der Nährstoffe in den Boden eine möglichst intakte Biozönose notwendig, die nicht nur die Pflanzendecke umfasst, sondern auch die Bodenlebewelt einschließlich Bakterien, Pilzen, Collembolen, anderen Gliedertieren und nicht zuletzt Regenwürmern. Nur ein intakter „Bioreaktor“ Boden kann auch einen effektiven Schadstoffabbau leisten.

Da ein wesentlicher Eintrag von Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffen in Gewässer über den oberflächigen Abfluss in Folge von Niederschlagsereignissen stattfindet, liegt die Wirkung eines Gewässerrandstreifens von 5 m beim Rückhalt dieser stofflichen Belastungen in gelöster Form bei mindestens 50 % (siehe Zhang et al.). Es ist davon auszugehen, dass das Verbot nach Nummer 1 diese Rückhaltung erheblich verbessert.

Die Ausnahme für den Einsatz von Düngemitteln auf Grünland gewährleistet, dass eine Grünlandbewirtschaftung nach guter fachlicher Praxis innerhalb des Gewässerrandstreifens weiterhin möglich bleibt.

Nummer 2

Das Verbot der Ackernutzung auf einem gewässerangrenzenden Streifen von 5 m schützt diese für den Zustand des Gewässers bedeutenden Fläche vor denjenigen landwirtschaftlichen Nutzungen, die für den guten ökologischen Gewässerzustand kritisch und angesichts der mit ihnen verbundenen Folgen wie Erosion, verstärkter Sedimenteintrag und fehlende Rückhaltung von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen von erheblicher Bedeutung ist. Eine bedeutende und in der Fachliteratur in vielen Studien nachgewiesene Rückhaltewirkung (siehe Analyse von Zhang et al. 2010) kann nur von einem dauerhaft begrüntem, durchwurzelten Gewässerrandstreifen ausgehen. Diese dauerhafte Begrünung kann bestehen, entweder aus reinem Grasland, Baum- und Strauchbewuchs, oder Mischtypen aus beiden Elementen.

Der bedeutendste Einzelparameter für das Maß der Rückhaltewirkung ist die Breite des dauerhaft begrüntem Gewässerrandstreifens. Dabei zeigt die Analyse (siehe Zhang et al. 2010), dass schon ein 5 m breiter begrünter Randstreifen ca. 80 % der von der angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Fläche eingetragenen Sedimente (mechanischer Rückhalt in der Vegetation) und ca. 50-60 % der Pflanzenschutzmittel bzw. der Nährstoffe zurückhält. In jedem Fall ist für den Rückhalt und den weiteren biologischen Abbau der Schadstoffe und die Aufnahme der Nährstoffe in den Boden eine möglichst intakte Biozönose notwendig, die nicht nur die Pflanzendecke und ihren aktiven Wurzelbereich umfasst, sondern auch die an den Standort angepasste Bodenlebewelt einschließlich der Bakterien, Pilze, Collembolen, anderen Gliedertieren und Regenwürmern. Nur ein solcher dauerhaft bewachsener, biologisch intakter „Bioreaktor“ kann einen effektiven Rückhalt und Schadstoffabbau leisten.

Beide Verbote gelten erst ab dem 1. Januar 2022. Mit dieser Übergangsfrist wird berücksichtigt, dass das zu Beginn des Jahres 2015 von der Europäischen Kommission genehmigte neue NRW-Programm "Ländlicher Raum" in Kontinuität zur Vorgängerregelung die Förderung von Agrarumweltmaßnahmen wie z. B. der Anlage von Uferrandstreifen vorsieht, mit der ein freiwilliger Verzicht auf die Nutzung von Ackerflächen in Gewässernähe zugunsten einer mehrjährigen Begrünung honoriert wird. Die Förderung umfasst aufgrund EU-rechtlicher Bestimmungen mindestens 5jährige Verpflichtungen. Die Übergangsfrist ermöglicht, dass Anträge mit 5jähriger Verpflichtung noch für den Zeitraum 2016 bis 2020 und den Zeitraum 2017 bis 2021 bewilligt werden können, bevor mit Ablauf der Übergangsfrist die Förderfähigkeit im 5-Meter-Bereich entfällt. Beide Verbote bewirken jeweils für sich, dass eine Förderung im 5-Meter-Bereich nicht mehr möglich ist.

Damit wird der Landwirtschaft im Übrigen eine weitere Zeit gegeben, ihre Bewirtschaftung freiwillig so umzustellen, dass die wasserwirtschaftlichen Anforderungen gewahrt und die Einträge von Nährstoffen, TOC und Pflanzenschutzmitteln in Gewässer von landwirtschaftlich genutzten Flächen relevant zurückgehen.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes soll dann die Landesverordnung in Kraft gesetzt werden, die auf der Grundlage der Monitoringergebnisse aus dem Zyklus 2018 - 2020 die erfassten Gewässerstrecken am Ende des 3. Quartals 2021 festsetzt.

Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Wasserhaushalts nach Art. 72 Absatz 3 Nummer 5 des Grundgesetzes ermöglicht eine solche ergänzende Regelung, da sie nicht Stoff- oder anlagenbezogen ist.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Regelung sind mit ca. 1 000 €/ha und Jahr zu beziffern. Dem liegt zum einen zugrunde der Verdienstausschlag durch den Verzicht auf die ackerbauliche Nutzung selbst in Höhe von ca. 810 €/ha und zum anderen ca. 200 € Pflegekosten der jährlichen Mindestpflege (Mulchen oder Mähen des Aufwuchses sowie Abfahrt des Mähguts).

Die Nummer 2 des bisherigen § 90 a LWG (alt) wird nicht weitergeführt, da die Ausnahme durch die Ausgestaltung des Verbots in § 38 Absatz 4 Nummer 2 WHG nicht mehr erforderlich ist.

Absatz 3

Die Regelung soll gewährleisten, dass das in Absatz 2 geregelte Ackerbauverbot entgegen seiner Zielsetzung nicht dauerhaft über gesetzliche Grünlandumwandlungs- oder -umbruchverbote implementiert wird. Wenn insbesondere der weitergehende Gewässerrandstreifen nach Absatz 2 für ein Gewässer aufgehoben oder nicht mehr fortgeführt wird und damit das Ackerbauverbot nicht mehr gilt, kann das wegen des Ackerbauverbots entstandene Grünland umgewandelt oder umgebrochen werden, auch wenn für die Fläche entsprechende Verbote in landes- oder bundesrechtlichen Regelungen bestehen. Die Regelung knüpft an vergleichbare Wiederaufnahmeprivilegierungen für die Landwirtschaft im BNatSchG an (§§ 14 Absatz 3 Nummer 1, 30 Absatz 5 oder 40 Absatz 4 BNatSchG) an. Ohne sie würde der der Regelung zugrunde liegende Gedanke, dass das Ackerbauverbot nur so lange erforderlich ist, wie das Gewässer bestimmte Ziele nicht einhält, durch die Grünlandumwandlungs- oder umbruchverbote in der Sache konterkariert und das Ackerbauverbot durch ein Grünlandumwandlungs- und umbruchverbot weitergeführt.

Eine Grenze hat die Regelung im europäischen Artenschutz. Daher regelt Satz 4 in Anlehnung an vergleichbare Regelungen im BNatSchG wie zum Beispiel § 44 Absatz 4 BNatSchG die Ausnahme für den Fall, dass sich auf der Fläche besonders geschützte Arten angesiedelt haben (Nr. 1 und Nr. 2) und sich der Erhaltungszustand der lokalen Population dieser Art durch die Umwandlung oder den Umbruch verschlechtert. Bei der Prüfung, ob ein solcher Fall vorliegt, kann wegen der Sachnähe der Leitfaden des MKULNV „Umsetzung des Artenschutzes gemäß § 44 Absatz 4 BNatSchG in der Landwirtschaft“, den das MKULNV mit Erlass vom 5.7.2013 eingeführt hat, angewandt werden.

Die weiteren Regelungen in § 90 a Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) zur Bemessung des Gewässerrandstreifens müssen nicht weitergeführt werden, weil sie bereits in § 38 Absatz 2 WHG enthalten sind.

Nicht weitergeführt wird die Regelung zur Lage des Gewässerrandstreifens in § 90 a Absatz 1 Satz 2 LWG (alt), da § 38 Absatz 2 WHG die Festlegungen trifft. Die Breite des Gewässerrandstreifens bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Das Ufer wird nach § 38 Absatz 2 Satz 1 WHG vom Gewässerrandstreifen umfasst.

Absatz 4

Unmittelbar an das Gewässer angrenzende Bebauung beeinträchtigt die Morphologie eines Gewässers erheblich. Mit der Festlegung eines Gewässerrandstreifens im Innenbereich soll verhindert werden, dass die noch freien unmittelbar an ein Gewässer im Innenbereich angrenzenden Flächen bebaut werden. Die Regelung zielt zum einen auf einen Erhalt des morphologischen Zustands im Innenbereich ab. Es ist mangels verfügbaren Flächen nicht zu erwarten, dass relevante Maßnahmen der morphologischen Entwicklung im Innenbereich stattfinden werden. Zumindest wird aber der bestehende Zustand nicht verschlechtert. Abgesehen davon sichert die Regelung auch den schadlosen Wasserabfluss und stärkt die Belange des Hochwasserschutzes bei der Bauleitplanung. Bestehende bauliche und sonstige Anlagen genießen Bestandsschutz, da sich das Verbot nur auf ihre Errichtung bezieht. Daher gilt auch das Bauverbot nicht auf Flächen, auf denen bei Inkrafttreten des Gesetzes ein Baurecht besteht. Ungefähr 35 % der gewässerangrenzenden Flächen im Innenbereich sind bislang nicht bebaut. Betroffen vom Verbot ist eine Fläche von ungefähr 1 500 ha.

Bereits nach geltendem Recht (§ 97 Absatz 6 LWG (alt), das weitergeführt wird (§ 97 Absatz 3), darf eine bauliche Anlage innerhalb von drei Metern von der Böschungsoberkante nur zugelassen werden, wenn ein Bebauungsplan die bauliche Anlage vorsieht oder öffentliche Belange nicht entgegensteht. Diese Regelung dient der Sicherstellung der Gewässerunterhaltung.

Absatz 5

An einzelnen Gewässern kann der gesetzliche Gewässerrandstreifen nicht ausreichend sein, um seiner Zielsetzung zu entsprechen, oder nicht erforderlich sein, weil seine Zielsetzung auf anderem Weg erreicht wird bzw. spezifische Gegebenheiten vorliegen. Absatz 5 eröffnet daher in Fortführung des bisherigen Absatzes 4 Abweichungsmöglichkeiten für besonders gelagerte Gegebenheiten vor Ort.

Satz 1

§ 90a Absatz 4 Nummer 1 LWG (alt) wird weitergeführt und ermöglicht in Ergänzung zu § 38 Absatz 3 Nr. 1 und 2 WHG für den landesrechtlich durch Absatz 1 auf 10 m erweiterten Gewässerrandstreifen und für den Gewässerrandstreifen im Innenbereich von 5 m, in besonderen Situationen entweder die Breite des Gewässerrandstreifens zu erhöhen oder zu verringern oder ihn insgesamt aufzuheben.

§ 90a Absatz 4 Nummer 2 LWG (alt) wird weitergeführt.

§ 90a Absatz 4 Nummer 3 LWG (alt) wird nicht weitergeführt, weil die Regelung durch Absatz 2 Nummer 1 überholt ist.

Nummer 4 LWG (alt) wird Nummer 3 und wird angesichts der Regelung in Absatz 2 für den Innenbereich auf den Außenbereich beschränkt.

Satz 2

Satz 2 ermöglicht, den Gewässerrandstreifen aufzuheben, soweit der Bedarf für ihn entfällt. Die Regelung wird inhaltlich weitergeführt und entwickelt. Die zuständige Behörde soll den

gesetzlichen Gewässerrandstreifen sowohl nach § 38 WHG, als auch nach Absatz 1 und 2 in Verbindung mit § 38 WHG und auch eigene Festsetzungen aufheben, soweit und wenn mit ausreichender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass seine Ziele auch ohne ihn erreicht werden. Diese Aufhebung ist insbesondere beim Gewässerrandstreifen nach Absatz 2 nicht erst ab dem Zeitpunkt möglich, wenn der gute Zustand in Hinblick auf die in der Anlage 3 geregelten Parameter erreicht werden, sondern bereits dann, wenn mit ausreichender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass die Maßnahmen ausreichend sind, um den Eintrag in das Gewässer so zu reduzieren, dass aus dieser Fläche kein relevanter Beitrag zur Zielverfehlung kommt. Das kann zum einen bedeuten, dass der Gewässerrandstreifen insgesamt für Gewässerstrecken aufgehoben wird, zum anderen dazu, dass einzelne Regelungen aufgehoben werden. Voraussetzung ist allerdings, dass die den Gewässerrandstreifen ersetzenden Maßnahmen verbindlich vereinbart oder als Ausgleich- und Ersatzmaßnahme rechtlich abgesichert ist. Außerdem muss es sich um von Fläche und Inhalt wesentliche Bereiche handeln, die für eine längere Zeit verbindlich geregelt sind. Das Instrumentarium einer Rechtsverordnung ist zu aufwendig, um für unwesentliche Bereiche und kurze Fristen herangezogen zu werden.

Satz 3

Um ein möglichst einheitliches Vorgehen bei der Aufhebung des Gewässerrandstreifens zu gewährleisten, sollen in einer Rechtsverordnung Vorgaben für aufhebende ordnungsbehördliche Verordnungen geregelt werden. Die für eine solche Regelung erforderlichen Vollzugserfahrungen und fachlichen Voraussetzungen müssen noch gemacht bzw. erarbeitet werden. Es muss sichergestellt sein, dass der Vollzug einheitlich und fachlich abgesichert ist, so dass die Landwirtschaft weiß, unter welchen Rahmenbedingungen ein kooperatives Vorgehen ausreichend ist, um zur Aufhebung zu führen.

Absatz 6

In Satz 1 wird für die landesrechtlichen Verbote § 38 Absatz 5 WHG für anwendbar erklärt.

Satz 2 wird in Anbetracht der neuen Regelungen in Absatz 2 Nummer 1 und Nummer 2 neu aufgenommen. Danach sind unzumutbare Eigentums- oder Nutzungsbeschränkungen, die nicht mehr als entschädigungslos hinzunehmende Inhalts- und Schrankenbestimmung nach Artikel 14 GG einzuordnen sind, zu entschädigen. Die Entschädigungsregelung in Absatz 6 nimmt außerdem entsprechend den naturschutzrechtlichen Regelungen den Fall auf, dass aus Gründen des Artenschutzes das Ackerbauverbot in der Sache über die Festsetzung des erweiterten Gewässerrandstreifens hinaus perpetuiert wird.

Die Abwicklung erfolgt nach den bundesgesetzlichen Regelungen des § 96 WHG über die Entschädigung. Der Entschädigungsregelung unterfallen auch landwirtschaftlich genutzte Grundstücke, sodass eine spezifische Ausgleichsregelung mit Blick auf Artikel 3 des Grundgesetzes (GG) nicht notwendig ist. Nutzungsbeschränkungen geringerer Eingriffsintensität sind im Rahmen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nicht entschädigungs- oder ausgleichspflichtig. Es wird davon ausgegangen, dass die Nutzungsbeschränkungen im Regelfall entschädigungslos hinzunehmende Inhalts- und Schrankenbestimmung sind.

Abschnitt 3 Bewirtschaftung des Grundwassers

Zu § 32 (Entnahmen aus dem Grundwasser)

§ 46 WHG normiert verschiedene erlaubnisfreie Benutzungen des Grundwassers. Nach § 46 Absatz 3 WHG kann durch Landesrecht bestimmt werden, dass weitere Fälle von der Erlaubnis- oder Bewilligungspflicht ausgenommen sind oder eine Erlaubnis oder eine Bewilligung in den Fällen der Absätze 1 und 2 erforderlich ist. Die Vorschrift nimmt diese Ermächtigung auf.

Absatz 1

Die Vorgaben für die Bewirtschaftungsziele für Grundwasser sind in § 47 WHG geregelt und werden im Bewirtschaftungsplan für den einzelnen Grundwasserkörper festgelegt. Soweit nach der Bestandsaufnahme ein Grundwasserkörper sein festgelegtes Bewirtschaftungsziel verfehlt, sind Maßnahmen zu ergreifen. Der gute mengenmäßige Zustand des Grundwassers ist nach vorliegenden Erkenntnissen in einigen Regionen in Zeiten geringer Grundwasserneubildung nicht gesichert, so dass auch die nach § 46 Absatz 1 WHG zugelassenen Entnahmen dazu beitragen können, dass die Bewirtschaftungsziele verfehlt werden. Die in § 46 Absatz 1 WHG enthaltene Grenze, dass eine Erlaubnisfreiheit nur besteht, soweit keine signifikanten nachteiligen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zu besorgen sind, reicht nicht aus, da dies für den Laien nicht erkennbar ist. Die Regelung des Absatzes 1 bietet den zuständigen Behörden in diesen Fällen die Möglichkeit, die Wasserentnahmen zu bewirtschaften und damit einen Beitrag zur Sicherstellung der Bewirtschaftungsziele zu sichern bzw. zu erreichen. Die Regelung vereinfacht den Vollzug, weil ansonsten die zuständigen Behörden in allen Einzelfällen ordnungsrechtlich vorgehen müssten, was einen hohen Vollzugsaufwand verursachen würde und in der Praxis nicht durchführbar ist.

Absatz 2

Absatz 2 ermöglicht im Gegenzug in Regionen, in denen gesichert eine ausreichende Grundwassermenge zur Verfügung steht und die Bewirtschaftungsziele nicht gefährdet sind, für Bagatellentnahmen über den Katalog des § 46 Absatz 1 WHG hinaus die Erlaubnisfreiheit zu regeln und damit zu einer Entlastung im Vollzug beizutragen.

Zu § 33 (Außer Betrieb Setzen, Beseitigen und Ändern von Benutzungsanlagen)

§ 33 Absatz 1 führt die Rechtslage nach § 31 LWG (alt) in Bezug auf Anlagen fort, die den Grundwasserstand beeinflussen können. Insoweit gelten die Genehmigungserfordernisse nach § 26 entsprechend.

Absatz 2 verweist für die Anlagen, die nicht unter den Absatz 1 fallen, auf § 25.

Zu § 34 (Erdaufschlüsse, unterirdische Anlagen)

Mit § 49 ist eine neue Erdaufschlussregelung in das WHG vom 31. Juli 2009 aufgenommen worden. Die Regelung umfasst zunächst die Arbeiten, die so tief in den Boden eindringen, dass sie sich unmittelbar oder mittelbar auf die Bewegung, die Höhe oder die Beschaffenheit des Grundwassers auswirken können. Als Verfahren sieht das Bundesrecht hierfür eine Anzeigepflicht vor (§ 49 Absatz 1 Satz 1 WHG). § 49 Absatz 1 Satz 2 WHG regelt zudem die Erlaubnispflicht der mit den Arbeiten verbundenen Gewässerbenutzungen (Einbringen von Stoffen in das Grundwasser). Ferner ist Gegenstand der Regelung auch die unbeabsichtigte Erschließung von Grundwasser (§ 49 Absatz 2 WHG).

Die bestehende Regelung des § 44 LWG (alt), die die Zulassung von Erdwärmepumpen im vereinfachten Verfahren regelt, ist mit dieser Neuregelung nicht mehr kompatibel; teilweise widerspricht sie dem Bundesrecht, außerdem beschränkt sie sich auf nur einen Anlagentyp,

die Erdwärmeanlagen. Mit der Regelung des § 9 Absatz 1 Nummer 4 WHG, die ebenfalls in das neue WHG von 2009 aufgenommen wurde, steht nunmehr auch angesichts der Sonderregelung in § 49 Absatz 1 Satz 2 WHG fest, dass Bohrungen, die in den Grundwasserleiter eindringen, und das Einbringen anderer fester Stoffe wie Anlagen bzw. Anlagenteile eine erlaubnispflichtige Gewässerbenutzung darstellen. Diese können, sofern eine Erlaubnispflicht nach § 49 Absatz 1 Satz 2 WHG besteht, nicht in einem vereinfachten Verfahren zugelassen werden. Hier trifft § 49 Absatz 1 Satz 2 WHG eine Sonderregelung.

Die Neuregelung im LWG dient insbesondere der Konkretisierung der unbestimmten Begrifflichkeiten des § 49 WHG für den Vollzug und enthält teilweise abweichende Regelungen zum Bundesrecht, die nach § 49 Absatz 4 WHG für die Länder möglich sind.

Absatz 1

In Absatz 2 werden Regelungen zum Verzicht auf eine Anzeige für den Einbau von Anlagen oberhalb des obersten Grundwasserleiters getroffen. Auswirkungen auf Höhe und Beschaffenheit sind bei solchen Anlagen in diesem Bereich nicht zu erwarten. Wenn die Anlagen einer Zulassungspflicht unterliegen, bei der geprüft wird, ob sie sich auf die Beschaffenheit des Grundwassers auswirken, ist eine Anzeige nicht erforderlich. Außerdem werden weitere Fälle geregelt, in denen zwar keine Zulassung vorliegt, aber die materiellen Anforderungen dennoch gewährleistet sind:

Nummer 1 betrifft Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. In diesen Fällen entfällt die Anzeige, wenn die maßgeblichen Anforderungen der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe vom 20. März 2004 (GV. NRW. S. 274) in der jeweils gültigen Fassung eingehalten werden. Dies hat zur Folge, dass der Einbau einer solcher Anlage keine erlaubnispflichtige unechte Gewässerbenutzung gem. § 9 Absatz 2 Nummer 2 WHG darstellt. Eine Anzeige hätte insoweit keinen Mehrwert für eine wasserwirtschaftliche Prüfung. Es wird darauf hingewiesen, dass die Regelung für Anlagen zur Nutzung von Erdwärme nicht greift, weil auf sie die Regelungen über wassergefährdende Stoffe keine Anwendung finden (§ 1 VAWS).

Nummer 2 regelt den Verzicht auf die Anzeige für Anlagen nach Nummer 1, die im privaten Bereich verwendet werden. Diese Regelung ist geboten, da die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe vom 20. März 2004 (GV. NRW. S. 274) nur materielle Anforderungen für Anlagen der gewerblichen Wirtschaft und im Bereich öffentlicher Anlagen vorsieht. Die analoge Anwendung dieser Anforderungen dient insoweit nur dazu, die Anzeige entfallen zu lassen.

Nummer 3 regelt den Verzicht auf die Anzeige für Anlagen, die dem Bauproduktenregime unterliegen und bei denen nach den Regelungen des Bauproduktenrechts über die Brauchbarkeit auch Anforderungen zum Schutz der Gewässer geprüft wurden.

Nummer 4 regelt den Verzicht auf die Anzeige für Rohrleitungsanlagen zum Befördern von Stoffen im Sinne der Nummern 19.3 bis 19.6 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), da diese vor Errichtung einer behördlichen Vorprüfung nach § 20 UVPG bzw. § 4 a Rohrfernleitungsverordnung unterzogen werden.

Satz 2 regelt, dass in festgesetzten oder vorläufig angeordneten Wasserschutzgebieten immer eine Anzeige erforderlich ist. Gleichzeitig wird mit Satz 3 klargestellt, dass für solche Gebiete in Schutzgebietsverordnungen oder vorläufigen Anordnungen festgelegte Regelungen als Sonderregelungen unberührt bleiben.

Absatz 2

Mit Absatz 2 wird die Ermächtigung in § 49 Absatz 1 Satz 3 WHG konkretisiert und erweitert. Besondere Gegebenheiten in bestimmten Gebieten können weitere Regelungen erfordern, die

insbesondere das Verwaltungsverfahren (z. B. Konkretisierung des § 49 Absatz 1 Satz 1 WHG), aber auch generelle Aussagen zur Erlaubnisfähigkeit beinhalten. Solche Regelungen können in Gebieten erforderlich sein, in denen der Untergrund Gefährdungspotentiale aufweist. Dies können beispielsweise Bergbau- oder Altlastenbereiche oder Bereiche mit geogenen Gefährdungspotenzialen sein. Solche Regelungen können aber auch in Gebieten erforderlich sein, in denen ein Grundwasseranstieg zu erwarten ist, sei es durch Wanderung des Braunkohlebergbaus, sei es durch Entwicklungen bei der Wasserversorgung.

Absatz 3

Mit Absatz 3 wird für die im Vollzug bedeutsamen geothermischen Anlagen die oberste Wasserbehörde ermächtigt, Regeln der Technik einzuführen, sofern nicht bundesweite Anforderungen eingeführt sind. Da anlagenbezogene Anforderungen, wenn sie bundesrechtlich erlassen sind, als sog. abweichungsfeste Anforderungen im Sinne des Artikels 72 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 GG gelten, ist die landesrechtliche Ermächtigung zur Festlegung von Regeln der Technik und Anforderungen unter diesen Vorbehalt gestellt.

Absatz 4

Absatz 4 konkretisiert die Person, die die Erschließung anzuzeigen hat, und regelt gesetzlich die Pflicht zur einstweiligen Einstellung der Arbeiten sowie die Ermächtigungsgrundlage für weitergehende Vorgaben.

Zu § 35 (Wasserschutzgebiete)

Absatz 1

Die Ermächtigungsgrundlage (§ 14 Absatz 1 Satz 1 LWG (alt)) für eine Festsetzung von Wasserschutzgebieten durch ordnungsbehördliche Verordnung wird weitergeführt (Satz 1). In Satz 2 wird abweichend von § 32 OBG und auch der bisherigen Regelung in § 14 Absatz 3 LWG (alt) bestimmt, dass Wasserschutzgebietsverordnungen unbefristet sind, es sei denn, die zuständige Behörde regelt eine Befristung. Durch die Landesverordnung nach Satz 3 wird gewährleistet, dass die Inhalte der Verordnungen immer aktuellen Standards entsprechend. Eine Anpassung des räumlichen Geltungsbereichs hat ohnehin zu erfolgen, wenn sich dieser relevant ändert, und nicht nur nach Ablauf einer Befristung. In Satz 3 wird die oberste Wasserbehörde im Einvernehmen mit den betroffenen Ministerien und der Landesplanungsbehörde ermächtigt, in einer Verordnung Schutzbestimmung für alle oder mehrere Wasserschutzgebiete zu treffen. Zwar sind die örtlichen Gegebenheiten im Grundsatz individuell. Es hat sich aber über die Jahrzehnte gezeigt, dass eine große Anzahl von Regelungen in allen Wasserschutzgebieten gleich gefasst ist. Eine landesweite oder für bestimmte Typiken bestimmte Wasserschutzgebietsverordnung der obersten Wasserbehörde, die die materiellen Standards setzt, verringert den Verwaltungsaufwand des nachgeordneten Bereichs bei der Festsetzung erheblich. Bei der konkreten Festsetzung muss dann noch das Gebiet ermittelt und in Zonen eingeteilt sowie geprüft werden, ob die konkreten Umstände es erfordern, von dem landesweiten Schutzstandard abzuweichen. Da bei Erlass der landesweiten Verordnung, die unmittelbar gelten wird, die Prüfung nicht durchgeführt sein wird, wird man in dieser Verordnung Übergangsfristen für die unmittelbare Geltung regeln müssen.

Absatz 2

Satz 1

Es wird für Wasserschutzgebiete ein Verbot der oberirdischen Gewinnung von Bodenschätzen geregelt, also insbesondere von Kies, Ton, Quarz und Sand, aber auch Festgestein wie Kalk.

Hiermit sollen Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts und der Qualität des zur Wasserversorgung genutzten Rohwassers durch Nass- und Trockenabgrabungen vermieden werden. Vom Anwendungsbereich erfasst ist nicht jede Entnahme von Bodenmaterial, z.B. zur Herstellung einer Baugrube, sondern allein die Gewinnung von Bodenschätzen bzw. Rohstoffen.

Wie sich aus der nachstehenden Begründung ergibt, erfordert der vorsorgende Schutz der Wasserversorgung, im Wasserschutzgebiet Abgrabungen zu verbieten. Auch nach bislang geltendem Recht musste daher die zuständige Behörde bei der Festsetzung eines Wasserschutzgebiets Abgrabungen verbieten und konnte lediglich in begründeten Ausnahmefällen bei der Festsetzung von diesem Grundsatz abweichen. Die Regelung des Absatzes 2 verdeutlicht diese wasserwirtschaftliche Bewertung lediglich.

Aufgrund des nunmehr vorgesehenen, gesetzlichen Gewinnungsverbots nach Satz 1 gelten derartige Ausnahmen in bestehenden Wasserschutzgebietsverordnungen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr fort (Vorrang des formellen Gesetzes). Dies wird auch durch die Überleitungsvorschrift des § 115 Absatz 4 klargestellt. Die zuständige Wasserbehörde kann jedoch aufgrund der Abweichungsbefugnis nach Satz 2 bei entsprechender wasserwirtschaftlicher Rechtfertigung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Ausnahmen vom Gewinnungsverbot des Satzes 1 in der betroffenen Wasserschutzgebietsverordnung regeln.

Die öffentliche Wasserversorgung ist ein hohes Gut, das für die Gesundheit der Menschen und für eine wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Daher genoss der Schutz der Gewässer für die öffentliche Wasserversorgung als zentraler Bestandteil des Wasserrechts bereits in der Vergangenheit wie auch heute einen besonderen Rang. Wasserschutzgebiete sind zum präventiven Schutz der öffentlichen Wasserversorgung unbedingt erforderlich. Sie sind Teil des in Deutschland seit Jahrzehnten in der Wasserversorgung bewährten Multibarrierenprinzips. Dieses garantiert die öffentliche Hygiene und eine zu jeder Zeit gesicherte Wasserversorgung, die den hohen Ansprüchen der Trinkwasserverordnung genügt. Das Multibarrierenprinzip fordert zum einen aus den vorsorgenden Schutz der der Wasserversorgung dienenden Rohwasserressourcen (Grundwasser und Oberflächengewässer) vor den Einträgen von Schadstoffen und zum anderen eine den Rohwasserhältnissen angepasste Aufbereitung nach den a. a. R. d. T. bzw. nach dem Stand der Technik gem. § 48 dieses Gesetzes. Der präventive Schutz der Rohwasserressourcen hat Priorität vor der Aufbereitung. Mit Schadstoffen und pathogenen Keimen belastetes Wasser könnte zwar mit einer angepassten Aufbereitung i. d. R. zu Trinkwasser, das den Vorgaben der Trinkwasserverordnung entspricht, aufbereitet werden. Dennoch ist nicht sichergestellt, dass die Aufbereitung eingetragene Schadstoffe restlos beseitigt. Dem Gebot der Vermeidung von Schadstoffeinträgen an der Quelle und damit dem Vorsorgeprinzip wie auch dem Nachhaltigkeitsprinzip läuft die alleinige eine Aufbereitung zuwider. Daher ist es notwendig, bestimmte Gefährdungssituationen für das Rohwasser erst gar nicht entstehen zu lassen und damit präventiv über Wasserschutzgebiete zu vermeiden.

Innerhalb der Grenzen des Einzugsgebiets einer Wassergewinnungsanlage bedarf das gesamte der Anlage zufließende Wasser eines besonderen Schutzes vor nachteiliger Veränderung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Dieser vorsorgende Grundwasser- und Gewässerschutz wird durch Wasserschutzgebiete und den in diesen geregelten Restriktionen für Flächennutzungen und Anlagen gewährleistet.

Der Abbau von Kies und Sand und anderen oberirdisch gewonnenen Bodenschätzen verändert den Natur- und vor allem den Wasserhaushalt, aber auch die Böden nachhaltig. Die Gewinnung von Bodenschätzen mittels oberflächigen Abbaus greift tief in den Wasserhaushalt ein und beeinflusst diesen sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht. Insbesondere beim

Nassabbau sind die Eingriffe in das Grundwasser nicht wieder rückgängig zu machen. Hierdurch können Schadstoffe direkt in die so entstandenen Baggerseen gelangen und über Wechselwirkungen zu Belastungen des unterstromigen Grundwassers führen. Die Gewinnung von oberirdisch gewonnenen Materialien einerseits und der Schutz des Grundwassers andererseits stehen deshalb in einem Interessengegensatz.

Bei Nassabgrabungen werden der Boden und die ungesättigte Zone beseitigt, bei Trockenabgrabungen vermindert. Grundwasser besitzt im Allgemeinen einen natürlichen Schutz, wenn eine ausreichend mächtige Grundwasserüberdeckung mit einem intakten Pufferungsvermögen und guten Filtereigenschaften vorhanden ist. Einer unverletzten belebten Bodenzone und den grundwasserüberdeckenden Schichten kommt je nach Ausprägung eine besondere Schutzfunktion zu. Komplexe physikalische, chemische und biologische Abbau- und Eliminierungsprozesse können ein Eindringen von Schad- und Störstoffen sowie hygienisch relevanten Mikroorganismen in das Grundwasser wirkungsvoll und dauerhaft verhindern oder gewährleisten einen Abbau. Die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung vor Beginn des Abbaus beruht im Wesentlichen auf den drei nachstehenden Filterwirkungen des Bodens:

8. mechanische Filterung grobdisperser Stoffe an der Bodenoberfläche oder auch als Tiefenfiltration im oberflächennahen Bereich;
9. chemische Filterung kolloid disperser und molekular disperser Stoffe vor allem durch Fällungs- und Austauschvorgänge an oberflächenaktiven Bodenbestandteilen,
10. biologische Filterung beruht auf dem mikrobiellen Abbau organischer Stoffe; die biologische Filterleistung liegt vornehmlich in der biologischen Aktivität des Oberbodens.

Diese Prozesse sind nach dem gegenwärtigen Stand von Wissenschaft und Technik zwar in ihrer summarischen Wirkung gegenüber einzelnen Eingriffen oder Beeinträchtigungen nicht vollständig prognostizierbar; dennoch spricht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass sich die seit Jahrzehnten etablierte Betrachtung der Schutzfunktion der natürlich vorhandenen, unverletzten Bodenzone und der grundwasserüberdeckenden Schichten zur Risikominderung bewährt hat und heute die Grundlage für einen erfolgreichen vorsorgenden Grundwasserschutz in Trinkwassergewinnungsgebieten bildet.

Eine Gefährdung des der Wasserversorgung dienenden Rohwassers kann auch dadurch entstehen, dass der Abgrabungsbetrieb damit verbunden ist, dass bei Nassabgrabungen in unmittelbarer Nähe mit (Betriebs-)Stoffen umgegangen werden muss, die zu einem unmittelbaren Eintrag dieser in den Wasserkreislauf führen können. Dies trifft auch für Trockenabgrabungen zu, weil hier der Eintragungsweg deutlich verringert und damit eine deutlich höhere Gefährdung des Eintrags von wassergefährdenden Stoffen zu besorgen ist.

Auch in quantitativer Hinsicht spielen Abgrabungen, insbesondere Nassabgrabungen, eine große Rolle für das „Wasserregime“ innerhalb des Einzugsgebietes einer Wassergewinnungsanlage. Obwohl über das Entstehen und den Umfang des Verdunstungsverlustes über Baggerseeeflächen im Vergleich zu den Verlusten auf Bodenformationen unterschiedlicher Art Streit herrscht und Messungen sehr unterschiedliche und kaum verallgemeinerungsfähige Ergebnisse erbracht haben, spricht vieles dafür, dass auf einer offenen Wasserfläche mehr Wasser verdunstet als Niederschlagswasser aus dem Boden.

Der Abbau von geklüfteten oder verkarsteten Kalk- und Gipssteinen in Trockenabgrabungen ist ebenfalls im Regelfall mit den Anforderungen des Grundwasserschutzes nicht vereinbar. Die Ursachen liegen im geringen Wasserspeichervermögen dieser Gesteine, den hohen Grundwasserfließgeschwindigkeiten und dem eingeschränkten Rückhaltevermögen gegenüber Schadstoffen, so dass z. T. vergleichsweise große engere Schutzzonen (Zone II) zum Schutz für die Trinkwassergewinnung erforderlich sind. Relevant ist auch der Anteil der Abgrabungsfläche an der gesamten Zone. So ist bzw. werden im Wasserschutzgebiet Warsteiner Kalkmassiv mit einer Ausdehnung von 52,61 km² 4,7 % der Gesamtfläche des WSG bzw. 21,5

% der Fläche der Zone III A abgegraben. Durch die BSAB-Flächen wird dieser Anteil um ca. 55 % erhöht. Im Wasserschutzgebiet Briloner Kalkmassiv mit einer Ausdehnung von 51,29 km² ist bzw. wird ca. 6,4 % der Gesamtfläche abgegraben. Durch die BSAB-Flächen wird dieser Anteil um ca. 35 % erhöht. Im Wasserschutzgebiet Lippstadt – Erwitte/Eikeloh mit einer Gesamtfläche von 13,25 km² ist bzw. werden ca. 7,5 % der Gesamtfläche abgegraben. Durch die BSAB-Flächen wird dieser Anteil um ca. 257 % erhöht.

Die v. g. Grundsätze sind auch Grundlage für die in den Arbeitsblättern des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches gemachten Äußerungen zu potenziellen Gefährdungen von Abgrabungen in Wasserschutzgebieten. Der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches erarbeitet als technisch-wissenschaftliche Vereinigung die a. a. R. d. T. in der Wasserversorgung und veröffentlicht diese in entsprechenden Regelwerken wie z. B. den Arbeitsblättern zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten (W 101 für Grundwasserschutzgebiete, W 102 für Wasserschutzgebiete bei Seen und Talsperren). In diesen Arbeitsblättern wird Abgrabungen ein sehr hohes bzw. hohes Gefährdungspotenzial beigemessen, so dass sie in der Regel in einem Wasserschutzgebiet unabhängig von der Zone als nicht tragbar eingestuft werden müssen. Auch im Gemeinsamen Standpunkt der Länder-Arbeitsgemeinschaft (LAWA) und der Bundesverbände der Kiesindustrie zur Sand- und Kiesgewinnung in Trinkwassergewinnungsgebieten durch Nassabbau von 2007 (LAWA, 2007) wird eine Kies- und Sandgewinnung lediglich als im Einzelfall möglich erachtet, wenn für den Grundwasserschutz sehr günstige hydrogeologische, chemische, physikalische, biologische und hydraulische Rahmenbedingungen vorliegen und erhöhte Anforderungen an den Abbau eingehalten werden. Dieser ausdrückliche Einzelfall wird mit der Regelung zur Befreiung im Einzelfall in § 52 Absatz 1 Satz 2 und 3 WHG abgebildet.

Betroffen von der Regelung des Absatzes 2 sind Gebiete am unteren Niederrhein und Gebiete, in denen Festgestein, wie z. B. Kalk gewonnen wird. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Gebiete um Wülfrath, den Briloner Massenkalk und den Raum Warstein/Rüthen.

In allen Fällen führen die hydrologischen Besonderheiten dazu, dass sich diese Gebiete sowohl für die Trinkwassergewinnung eignen als auch für die Gewinnung von Kies, Sand und anderen Bodenmaterialien. Kies- und Sandlagerstätten sind von Natur aus aufgrund ihres hohen Porenanteils ideale Grundwasserleiter und sind in Nordrhein-Westfalen besonders am Niederrhein sowie in der Vor-Osning-Rinne im Münsterland verbreitet. Hinzu kommen die genannten Festgesteinsgebiete, in denen aufgrund der vorhandenen Klüfte Grundwasser zirkulieren kann. Beide geologische Formationen sind aber auch besonders anfällig gegen Verunreinigungen und bedürfen daher des besonderen Schutzes.

Sätze 2 und 3

In Satz 2 wird die Möglichkeit eingeräumt, in der konkreten Wasserschutzgebietsverordnung von dem der Prävention dienenden Verbot abzuweichen. Eine Abweichung setzt voraus, dass für einen Teil des Schutzgebiets nachgewiesen wird, dass dort die oben beschriebenen im Allgemeinen vorliegenden Gesetzmäßigkeiten nicht zutreffen und es gerechtfertigt ist, vom Verbot abzuweichen. Eine Abweichung ist also nur dann möglich, wenn die Besorgnis einer nachteiligen Veränderung des Wasserhaushalts und der Wasserbeschaffenheit auf der gesamten Fläche ausgeschlossen werden kann. Nach vorliegenden Erkenntnissen wird diese Regelung grundsätzlich lediglich für die Wasserschutzzone III C und für Trockenabgrabungen in der Wasserschutzzone III B in Anspruch genommen werden können. Wenn die Zone III nicht unterteilt ist, kommt sie ebenfalls in Betracht.

Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gelten Regelungen in Wasserschutzgebietsverordnungen zu Abgrabungen nicht mehr (Vorrang des formellen Gesetzes). Soweit allerdings nach der Übergangsregelung in § 125 Absatz 6 die Regelung des § 35 Absatz 2 Satz 1 keine Anwendung findet, gelten die Regelungen in den Wasserschutzgebietsverordnungen zu Abgrabungen fort. Die zuständige Wasserbehörde kann jedoch aufgrund der Abweichungsbefugnis

nach Satz 2 bei entsprechender wasserwirtschaftlicher Rechtfertigung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vom Gewinnungsverbot des Satzes 1 in der betroffenen Wasserschutzgebietsverordnung abweichen und für diese Fälle eine Genehmigungspflicht vorgeben.

In Satz 3 wird klargestellt, dass die Regelung der Befreiung von den Regelungen einer Wasserschutzgebietsverordnung im Einzelfall nach § 52 Absatz 1 Satz 2 und 3 WHG auch auf das gesetzliche Verbot in Satz 1 Anwendung findet. Befreiungen vom Verbot sind also im Einzelfall mit entsprechender Prüfung und Begründung möglich. Dabei sind neben der besonderen Situation die fachlichen Überlegungen der technischen Regelwerke zu beachten.

Absätze 3 und 4

§ 14 Absatz 2 LWG (alt), der für die Festsetzung das Ziel vorgibt, parallele Zulassungsverfahren mit gleichem Schutzziel zu vermeiden, wird als Absatz 3 weitergeführt, er ist im WHG nicht aufgenommen worden. § 14 Absatz 4 LWG (alt) zur Zuständigkeit für Zulassungsverfahren im Wasserschutzgebiet wird als Absatz 4 weitergeführt.

Absatz 5

Die Pflicht des Begünstigten, die erforderlichen Unterlagen für ein Festsetzungsverfahren vorzulegen oder die für die Erstellung der Unterlagen entstehenden Kosten zu übernehmen, wird klargestellt. Dazu gibt der Vollzug Anlass. Auch wenn ein Wasserschutzgebiet nur festgesetzt werden kann, wenn es das Wohl der Allgemeinheit erfordert, so sind die Aufwendungen für die Festsetzung nicht dem Land aufzuerlegen, solange es einen Begünstigten gibt.

Das „Zonenstaffelungsgebot“ in § 14 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) wird nicht mehr fortgeführt. Eine vergleichbare Regelung ist in § 51 Absatz 2 WHG enthalten.

Zu § 36 (Heilquellenschutzgebiete)

Der Heilquellenschutz ist weitgehend in § 53 WHG geregelt.

Absatz 1

Der bisherige (§ 16 Absatz 3 LWG (alt)) Verweis auf die das Bundesrecht ergänzenden landesrechtlichen Regelungen zu Wasserschutzgebieten wird in Satz 1 in Ergänzung zu § 51 Absatz 5 WHG angepasst weitergeführt bis auf die Ermächtigung der obersten Wasserbehörde zur Festsetzung einer landesweiten Verordnung.

Satz 2 regelt die Befristung der Heilquellenschutzgebietsverordnungen. Die Befristung im bisherigen § 14 Absatz 3 LWG (alt) für Wasserschutzgebietsverordnungen und damit auch der bisherige Verweis entfällt. Da aber keine landesweite Schutzgebietsverordnung für Heilquellenschutzgebiete geregelt wird, ist die Befristung für Heilquellenschutzgebietsverordnungen in § 36 aufzunehmen.

Satz 3 regelt in Fortführung des § 16 Absatz 5 LWG (alt) als klarstellende Ergänzung des § 106 Absatz 2 WHG den Bestandsschutz der staatlichen Anerkennung von Heilquellen.

Absatz 2

Die Ermächtigungsgrundlage (§ 16 Absatz 4 (alt)), staatlich anerkannte Heilquellen auch über das Heilquellenschutzgebiet hinaus zu schützen, wird angepasst fortgeführt. Neben der Ermächtigung selbst bleiben der Verweis auf die Entschädigungs- und Ausgleichsregelungen (§§ 52 Absatz 4 und 5 WHG) sowie der auf besondere landesrechtlichen Vorgaben zum Inhalt der Schutzregelung aufrechterhalten.

Zu § 37 (Wasserentnahmen zur öffentlichen Trinkwasserversorgung)

Die Vorschrift führt die Vorgaben zu Wasserentnahmen zur öffentlichen Trinkwasserversorgung (§ 47 LWG (alt)) mit wenigen Veränderungen und redaktionellen Anpassungen weiter.

Absatz 1

Absatz 1 konkretisiert in seiner Nummer 1 besondere Zulassungsvoraussetzungen nach § 12 Absatz 1 Nummer 2 WHG für die Entnahmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung. Dabei wird der Eingangssatz redaktionell an den Eingangssatz von § 12 WHG angepasst

In Ergänzung der Vorgaben des WHG in § 47 für Grundwasserentnahmen und in §§ 27 ff. für oberirdische Gewässer und der speziellen Vorgabe in § 50 Absatz 2 WHG zur ortsnahen Versorgung, die zu einer Versagung der Zulassung nach § 12 WHG führen können, greift Absatz 1 Nummer 1 Anforderungen zur Sicherstellung der Qualität des Trinkwassers nach der Trinkwasserverordnung auf (Nummer 1).

Absatz 1 Nummer 2 und 3 dagegen konkretisiert das der zuständige Behörde nach § 12 Absatz 2 WHG zustehende Ermessen. Beide Regelungen zielen darauf ab, dass eine Entnahme zur öffentlichen Trinkwasserversorgung nur zulassungsfähig ist, wenn ein Versorgungsbedarf besteht. Insoweit hat die Behörde einen Beurteilungsspielraum. Wenn aber kein Versorgungsbedarf besteht, muss sie die Entnahme versagen. Diese auch bereits mit der vorherigen Regelung vorgenommene Verengung des Zulassungsermessens bei der öffentlichen Trinkwasserversorgung ist auch im Verhältnis zu Entnahmen von Brauchwasser gerechtfertigt, weil solche Entnahmen häufig durch Wasserschutzgebiete besonders geschützt werden.

Die bisherige Nummer 1 wird nicht weitergeführt, weil sie nicht an die Besonderheiten der Zulassung von Entnahmen für die Trinkwasserversorgung anknüpft. In der Sache wird die Beachtung dieser Anforderungen durch § 12 Absatz 1 Nummer 1 WHG sichergestellt.

Absatz 2

Die bisherige Regelung zum Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Benutzungen in § 47 Absatz 3 LWG (alt) wird weitergeführt. Damit ist zwar kein genereller Vorrang der gemeindlichen öffentlichen Trinkwasserversorgung für die Nutzung der entsprechenden Grundwasservorkommen begründet. Das Gesetz gibt aber im Grundsatz den Vorrang vor. Eine Behörde muss bei einer Zulassung anderer konkurrierender Nutzungen entsprechend den Vorgaben des Absatz 2 diese Zulassung besonders begründen. Das behördliche Ermessen wird insoweit gebunden.

Der Klimawandel wird die Nutzungskonflikte gerade in landwirtschaftlich genutzten Gebieten, in denen in trockenen Jahreszeiten ein erhöhter Entnahmebedarf für die Landwirtschaft abzu sehen ist, weiter verschärfen.

Absatz 3

Die bisherige Regelung in § 47 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) zum Umgang mit Erkenntnissen über Belastungen im Rohwasser wird als eigenständiger Absatz weitergeführt. Die Änderungen dienen der redaktionellen Klarstellung. Sie knüpft an Erkenntnisse bei der Überwachung einer laufenden Entnahme an und regelt anders als Absatz 1 nicht die Zulassung einer Entnahme. Der Wasserrechtsinhaber muss handeln, wenn er anhand der Ergebnisse der Rohwasserüberwachung davon ausgehen muss, dass im Trinkwasser die Anforderungen der Trinkwasserverordnung nicht eingehalten werden bzw. dies zu erwarten ist. Er hat zu prüfen, ob sich über zusätzliche Anforderungen im Wassereinzugsgebiet, sei es über die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets, sei es über zusätzliche Regelungen im Wasserschutzgebiet oder

über Anordnungen jenseits einer Festsetzung, sicherstellen lässt, dass die Anforderungen eingehalten werden. In Betracht kommt außerdem, dass die Aufbereitung des Rohwassers die Einhaltung der Trinkwasserordnung auch in Anbetracht der im Regelfall neu festgestellten Probleme im Rohwasser garantiert. Schutzauflagen im Wassereinzugsgebiet haben im Grundsatz Vorrang vor zusätzlichen Anforderungen an die Aufbereitung des Rohwassers.

Der Inhaber des Rechts muss seine Untersuchung der zuständigen Behörde vorlegen, die diese bei Vorliegen der Voraussetzungen auch einfordern kann.

Die Untersuchung nach Absatz 3 dient der Prüfung, ob das Recht aufrechterhalten bleiben kann oder die Entnahme eingestellt werden muss.

Absatz 4

Die Regelung über die Einstellung der Trinkwasserversorgung, wenn die Anforderungen der Trinkwasserordnung nicht eingehalten werden, ist tradiert und soll weitergeführt werden.

Zu § 38 (Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung)

Absatz 1

Die Regelung führt § 47a LWG (alt) weiter und ergänzt § 50 Absatz 1 WHG, der die öffentliche Wasserversorgung der Daseinsvorsorge zuweist und damit als Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft im Sinne des Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz (GG) versteht, die traditionell eine gemeindliche Selbstverwaltungsangelegenheit ist und damit auch dem Zugriffsrecht der Gemeinde unterliegt. Satz 1 macht in Ergänzung dieser Regelung deutlich, dass die Gemeinden bei der Wasserversorgung eine Sicherstellungspflicht trifft. Mit dem 2. Halbsatz in Satz 1 wird klargestellt, dass gemeindlichen Wasserversorgungseinrichtungen auch die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zuzurechnen sind, die eine nach den örtlichen Verhältnissen angemessene Löschwasserversorgung sicherstellen. Die Regelung knüpft dabei an die derzeitige Regelung des § 1 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) bzw. künftig an § 3 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) und der sich daraus ergebenden Verpflichtung der Kommunen zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung im Gemeindegebiet. Dementsprechend stellen die zur Gewährleistung einer den örtlichen Verhältnissen angemessenen Löschwasserversorgung erforderlichen Anlagen (z.B. Anzahl und Lage von Entnahmestellen) einen integralen Bestandteil der gemeindlichen Wasserversorgungseinrichtungen dar.

Mit Satz 2 wird zudem verdeutlicht, dass die Durchführung der Wasserversorgung nicht pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheit ist, sondern auch ein Dritter wie z. B. ein privates oder gemeindliches Versorgungsunternehmen die Aufgabe bzw. Teilaufgaben durchführen kann. Außerdem wird im 2. Halbsatz klargestellt, dass in diesem Fall die in Satz 1 geregelte Sicherstellungspflicht bei der Gemeinde verbleibt. Die Regelung der Sicherstellungspflicht in Satz 1 in Ergänzung zur Regelung der Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge in § 50 Absatz 1 WHG hat den Zweck, bei Durchführung der Aufgabe durch Dritte die verbleibende Verantwortung der Gemeinde zu verdeutlichen. Außerdem wird die dem Artikel 28 Absatz 2 GG immanente Gewährsträgerschaft in Satz 2 weiter konkretisiert: Die Aufgabenwahrnehmung durch den Dritten muss ordnungsgemäß sein. Für den Bereich der Trinkwasserversorgung bedeutet dies die Einhaltung der Vorschriften über die menschliche Gesundheit (Trinkwasserordnung) und der maßgeblichen Vorschriften dieses Gesetzes (§§ 37 ff.). Klargestellt wird in Satz 3, dass den Gemeinden alle Organisationsformen kommunaler Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen, um die Wasserversorgung in einem Gemeindegebiet sicherzustellen. Auch die Wahrnehmung der Aufgabe durch Wasserverbände ist und bleibt möglich.

Diese Regelungen sind auch nach der Regelung in § 50 Absatz 1 WHG möglich. Der Bundesgesetzgeber wollte durch die Qualifizierung der öffentlichen Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge die Aufgabenerfüllung durch private Aufgabenträger nicht ausschließen.

Absatz 2

In der Diskussion über die Frage, welche Maßnahmen zur Erfüllung der Pflicht zur öffentlichen Wasserversorgung erforderlich sind, soll die Regelung einen ersten Ansatz für die Definition einer nachhaltigen öffentlichen Wasserversorgung geben, die eine dauerhafte Versorgung in ausreichender Menge und Versorgungsqualität sicherstellt.

Dazu gehören bei Grund- und Oberflächenwasserentnahmen Maßnahmen zum Schutz des Einzugsgebiets oder zukünftiger Einzugsgebiete, die über die allgemeinen Maßnahmen zum Schutz des Wasserhaushalts hinaus gewährleisten, dass die Qualität des Rohwassers erhalten oder sogar verbessert wird, damit möglichst wenig Aufbereitung erforderlich ist.

Dazu gehören alle Maßnahmen, die nach den einschlägigen technischen Regelwerken des DVGW zur Einhaltung der Regeln und des Standes der Technik bei der Entnahme, der Aufbereitung und der Verteilung beitragen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und das Bundesministerium für Gesundheit haben einen „Katalog vorsorgender Leistungen der Wasserversorger für den Gewässer- und Gesundheitsschutz“ erarbeitet und diesen im amtlichen Teil des Bundesanzeigers vom 28. August 2014 bekanntgemacht.

Dazu gehören in Erfüllung der Pflicht nach § 50 Absatz 3 WHG auch alle Maßnahmen, die einen sparsamen Verbrauch des Wassers ermöglichen, um den Eingriff in den Wasserhaushalt möglichst gering zu halten und ihn so für zukünftige Generationen zu sichern (Satz 2).

Absatz 3

Die öffentliche Wasserversorgung nimmt unter den Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge eine besondere Stellung ein. Sauberes, hygienisch einwandfreies und an jedem Ort und zu jeder Zeit verfügbares Trinkwasser ist essentielle Voraussetzung für menschliche Gesundheit und für eine gesicherte Infrastruktur zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die Kommune oder der von ihr Beauftragte tritt bei der leitungsgebundenen Wasserversorgung, bei der es keine Konkurrenz im Markt geben kann, ihren Bürgern als einziger Garant dieser Versorgung entgegen.

Daher ist es zur Gewährleistung der Aufgabenwahrnehmung erforderlich, dass die im Rahmen der Erfüllung der Daseinsvorsorge verantwortlichen Kommunen – ohne dass hiermit in die Organisationshoheit eingegriffen wird und die bisherigen Übertragungen der Erledigung der Aufgabe an Dritte in Zweifel gezogen werden – ein Konzept (Wasserversorgungskonzept) aufstellt, das ihre Entscheidungen über die Erfüllung ihrer Aufgabe darlegt, und zwar die aktuellen und die zukünftigen. Die Gemeinde kann ihre Pflicht zur Daseinsvorsorge nur dann erfüllen, wenn sie sich der damit verbundenen Aufgaben und ihrer Entwicklung auch bewusst ist und diese bei anderen Entscheidungen wie bei der Bauleitplanung berücksichtigt. Nur so lässt sich auch in Zukunft eine Wasserversorgung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben sicherstellen.

Ein solches Wasserversorgungskonzept basiert zum einen auf der aktuellen gemeindlichen wasserwirtschaftlichen Situation und zum anderen auf ihrer Entwicklung und stellt neben diesen die an diese anknüpfenden kommunalen Entscheidungen dar.

Die gemeindliche Situation formt die Nachfrage, die wasserwirtschaftliche Situation die Möglichkeiten ihrer Befriedigung. Beide sind Änderungen unterworfen, Änderungen, die in Teilen die Kommune beeinflusst und entscheidet, z. B. über die Bauleitplanung, aber auch Änderungen, die die Kommune nicht oder nicht wesentlich beeinflussen kann. Die Gemeinde hat ihre Wasserversorgung auf der Grundlage des geltenden Rechts und der aktuellen und zukünftigen

tatsächlichen Gegebenheiten zu organisieren und die erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

Diese Darstellung (aktuelle und zukünftige Gegebenheiten und Entscheidungen) betrifft die verschiedenen in Absatz 3 aufgezählten Bereiche wie Wassergewinnungsgebiete mit Wasserdargebot in qualitativer und quantitativer Hinsicht, Anlagenbestand (Entnahme, Aufbereitung und Verteilung), Beschaffenheit des Trinkwassers und Versorgungsgebiete mit Zuordnung zu den Wassergewinnungsanlagen. Die Gemeinden werden verpflichtet, den zuständigen Wasserbehörden gegenüber darzustellen, wie die bestehende und zukünftige Versorgung ihres Gebietes sowie die bestehende mengenmäßige und qualitative Versorgungssituation ist. Dabei sind Aspekte wie die demographische Entwicklung und der Klimawandel zu betrachten. Dabei knüpft das Wasserversorgungskonzept an Darstellungen an wie das Technische Sicherheitsmanagement oder den water safety plan der World Health Organisation.

Das Wasserversorgungskonzept dient dazu, getroffene wasserwirtschaftliche Entscheidungen der Kommune über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung entsprechend den gesetzlichen Anforderungen zu verdeutlichen. Das macht diese Entscheidungen und ihre Grundlage transparent, erhöht ihre Relevanz bei kommunalen Planungen und bietet eine Grundlage für die Beschäftigung der Kommune und ihrer Bürgerinnen und Bürger mit der Qualität ihrer Wasserversorgung.

Ein durch das Land unbeanstandetes Konzept wiederum gibt der Kommune die Rechtssicherheit, dass die getroffenen Entscheidungen zur Sicherstellung ihrer Pflichten in qualitativer und quantitativer Hinsicht wasserwirtschaftlich erforderlich sind.

Die oberste Wasserbehörde kann zur Vereinheitlichung der Darstellung festlegen, welche Angaben in die Darstellung aufzunehmen und in welcher Form sie darzustellen sind.

Zu § 39 (Kostenumlage)

Bei einer wasserrechtlichen Regelung der Wasserversorgungspflicht ist eine Regelung der Kostenumlage erforderlich. In Anknüpfung an § 38 Absatz 1 Satz 1 2. Halbsatz wird die Gebührenfähigkeit der Anlagen zur Sicherstellung einer den örtlichen Verhältnissen angemessenen Löschwasserversorgung festgelegt, die einen Bestandteil der gemeindlichen Wasserversorgungseinrichtungen darstellen. Vorsorglich ist darauf hinzuweisen, dass sich diese Gebührenfähigkeit lediglich auf die technischen Installationen bzw. Anlagen, nicht aber auf die einzelnen Löschwasserlieferungen bzw. Löschwasserentnahmen bezieht.

Zu § 40 (Anlagen zur Wassergewinnung und zur Aufbereitung von Wasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung)

Die Regelung ist mit Artikel 3 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV. NRW. S. 185), in Kraft getreten am 31. März 2010), der neuen Rechtslage angepasst worden und wird jetzt weitergeführt. Das WHG regelt keine Anforderungen an Wasseraufbereitungsanlagen. Es besteht aber ein Regelungsbedürfnis, da die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und der Anforderungen der Trinkwasserverordnung nicht nur durch den bundesgesetzlich geregelten Schutz des Grundwassers im Wasserschutzgebiet (§§ 51, 52 WHG) und durch Anforderungen an die Wassergewinnungsanlage (§ 50 Absatz 4 WHG), sondern auch durch Anforderungen an die Wasseraufbereitung gewährleistet wird. Auch anlagenbezogene Regelungen sind verfassungsrechtlich zulässig, da das WHG keine Regelungen beinhaltet.

Absatz 1

Nach § 50 Absatz 3 WHG sind Wassergewinnungsanlagen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben. Für besondere Situationen regelt Absatz 1, dass die Aufbereitung den Stand der Technik einzuhalten hat. Die Sätze 1 und 2 im bisherigen § 48 Absatz 1 werden redaktionell zusammengefasst und verkürzt.

Gerechtfertigt ist die Forderung des Stands der Technik, wenn trotz umfassender Maßnahmen zum Schutz der Rohwasserressourcen zu besorgen ist, dass das Rohwasser mit Schadstoffen belastet werden kann und diese Schadstoffe nicht mit Aufbereitungsanlagen nach den a. a. R. d. T. soweit entfernt werden können, dass die Anforderungen der Trinkwasserverordnung nach einem gesundheitlich unbedenklichen Trinkwasser eingehalten sind. Dies ist dann der Fall, wenn die Nutzungen im Einzugsgebiet der Wassergewinnung es besorgen lassen, dass Stoffe in das Gewässer in einer humantoxischen Konzentration gelangen, bei denen nur eine Aufbereitungstechnik über die a. a. R. d. T. hinaus diese sich dann im Trinkwasser befinden würden. Die Voraussetzungen liegen selbstverständlich auch dann vor, wenn die Wasserkörper bereits mit solchen Stoffen belastet sind. Insbesondere in Einzugsgebieten von Wassergewinnungsanlagen, deren Rohwasser direkt oder indirekt aus Oberflächengewässern entnommen wird, besteht aufgrund eines erhöhten Potenzials des Eintrags von Schadstoffen oder mikrobiellen Verunreinigungen trotz umfassender Gewässerschutzmaßnahmen die Gefahr, dass Verunreinigungen sich unmittelbar und auf direktem und schnellem Weg auf die Wassergewinnung auswirken und somit weder mit ausreichendem Vorlauf noch technisch möglich ein "Durchschlagen" der Verunreinigung in das Trinkwasser verhindert werden kann. Bereits hieraus und aus den umfassenden und vielfältigen Nutzungen mit nachteiligen Auswirkungen auf die Rohwasserbeschaffenheit derartigen Wassergewinnungsgebieten ergibt sich, dass mit konventioneller, den a. a. R. d. T. entsprechender Wasseraufbereitungstechnik keine ausreichende Sicherheit gegen Verunreinigungen des Trinkwassers geboten werden kann und somit weitergehende Aufbereitung für eine Versorgung der Bevölkerung mit gesundheitlich unbedenklichem und den Anforderungen der TrinkwV -auch unter der Anforderung einer Minimierung von Stoffen im Trinkwasser - erforderlich ist.

Absatz 2

Satz 1

Die Regelung wird neu in das Gesetz eingefügt und verleiht der ökonomisch bereits selbstverständlichen Vorgabe eine größere Wirkung. Das Bundesrecht regelt keine energetischen Anforderungen.

Satz 2

Diese Regelung wurde 1994 in das Gesetz eingefügt, um eine ordnungsgemäße Trinkwasserversorgung sicherzustellen, und ist weiterhin erforderlich. Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung bilden die Grundlage zur Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser, einem Lebensmittel von besonderer Bedeutung. Betreibern von Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung obliegt eine hohe Verantwortung für die Volksgesundheit. Die Anforderungen an die Qualifikation des Betriebspersonals müssen diesem Niveau gerecht werden, insbesondere unter Berücksichtigung des durch die Trinkwasserrichtlinie der EU und der Trinkwasserverordnung des Bundes vorgegebenen hohen Qualitätslevel, mit teilweise komplizierten Regelungen. Die entsprechenden fachlichen Anforderungen an das Personal finden sich unter anderem in der DIN 2000 - Zentrale Trinkwasserversorgung.

Absatz 3

Die Regelung verengt das Ermessen bei der Gewässeraufsicht und fordert eine unverzügliche Anpassung an die Anforderungen nach § 50 Absatz 4 WHG und Absatz 1. Diese ermessensleitende Regelung schützt die Volksgesundheit und ist damit gerechtfertigt.

Zu § 41 (Anzeigepflicht)

Die Anzeigepflicht des Betreibers für die Planung zur Errichtung oder wesentlichen Veränderung einer Aufbereitungsanlage für die öffentliche Trinkwasserversorgung (§ 49 LWG (alt)) wird weitergeführt. Das Ziel einer ordnungsgemäßen Wasserversorgung verlangt, dass die staatliche Verwaltung über die Anzeige die Möglichkeit zur Prüfung erhält und im Bedarfsfall korrigierend eingreifen kann. Die Formulierung wird in den Sätzen 1 und 2 klarstellend geändert. Aus Satz 3 des § 49 LWG (alt) war bisher zu erkennen, dass sich der Anwendungsbereich auch auf Änderungen des Betriebs erstreckte, während die die Sätze 1 und 2 insoweit unpräzise waren. Wesentliche Änderungen des Betriebs können die gleichen Auswirkungen haben wie solche der Anlage. Außerdem wird in Satz 2 die Terminologie an die des WHG 2009 angepasst.

Zu § 42 (Verpflichtung zur Selbstüberwachung)

§ 50 LWG (alt) wird weitergeführt.

Absatz 1

Für die öffentliche Trinkwasserversorgung sind bestimmte Qualitätsanforderungen an das Rohwasser zu erfüllen. Daher muss die Rohwasserqualität überwacht werden. Das erfordert bereits die Europäische Trinkwasserrichtlinie. Die Unternehmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung werden zur Selbstüberwachung verpflichtet, die sie entweder durch beauftragte Institute oder durch eigene Untersuchungen durchführen können.

Absatz 2

Absatz 2 ermächtigt die oberste Wasserbehörde, in einer Rechtsverordnung Häufigkeit, Art, Ort und Umfang der Probeentnahmen sowie die Behandlung und Untersuchung der entnommenen Proben zu regeln.

Zur einheitlichen Handhabung der Selbstüberwachung und als Grundlage einheitlicher Maßstäbe für die Bewertung der Ergebnisse ist es erforderlich, zentral einheitliche Regelungen über Häufigkeit, Art, Ort und Umfang der Überwachung vorzugeben. Nur so kann gewährleistet werden, dass Ergebnisse landesweit verglichen und aussagekräftige und harmonisierte Informationen erreicht werden können. Das Gleiche gilt für die Untersuchungsmethoden.

Zu Abschnitt 2 Abwasserbeseitigung

Zum Unterabschnitt 1 (Begriffsbestimmungen, Grundsätze)

Der Unterabschnitt 1 enthält mit den Regelungen der §§ 43 bis 45 die Begriffsbestimmung der Abwasserbehandlungsanlage, ergänzende Regelungen zum bundesrechtlich geregelten Grundsatz der ortsnahen Niederschlagswasserbeseitigung und gesonderte Vorgaben für die Erlaubniserteilung.

Zu § 43 (Begriffsbestimmung)

Die bisherige Definition des Begriffs „Abwasserbehandlungsanlage“ (§ 51 Absatz 3 LWG (alt)) wird weitergeführt, da das WHG eine solche Definition nicht enthält. Die Regelung über die Zuordnung zur „öffentliche Abwasserbehandlungsanlage“ ist allerdings entbehrlich, da sich der Zweck einer Abwasserbehandlungsanlage, öffentlich oder privat, aus den Regelungen zum Zweck in der Genehmigung und in der dazugehörigen Einleitungserlaubnis ergeben muss. Die Regelungen zur Definition des Abwassers werden in Anbetracht der Regelungen in § 54 Absatz 1 WHG ebenfalls nicht weitergeführt.

Zu § 44 (Beseitigung von Niederschlagswasser)

Absatz 1

Im Zusammenhang mit der Neuregelung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 sind mit § 55 WHG Grundsätze der Abwasserbeseitigung geregelt worden. Hierzu gehört nach § 55 Absatz 2 WHG auch die ortsnahe Beseitigung des Niederschlagswassers. Die Vorschrift ist als Sollvorschrift ausgestaltet und eröffnet damit Spielräume in Bezug auf das „Ob“ und das „Wie“ der ortsnahen Niederschlagswasserbeseitigung. Der Hinweis auf die Trennkanalisation ist in § 55 Absatz 2 WHG ebenfalls nur als „Soll-Grundsatz“ zu verstehen. Die bundesrechtliche Regelung eröffnet den Ländern weite Spielräume in der Ausgestaltung der Materie.

Die Regelung im bisherigen § 51a LWG (alt) ist bereits im Jahr 2005 in das Landeswassergesetz aufgenommen worden, die Vorgängerregelung im Jahr 1995. Die gesetzliche zeitliche Schnittstelle (1. Januar 1996) für die Neuausrichtung der wasserwirtschaftlichen Zielsetzung wird angesichts der seitdem getroffenen und weiterhin zu schützenden Planungen der Gemeinden zur Niederschlagswasserbeseitigung beibehalten. Im Übrigen ist lediglich ein Verweis auf die bundesrechtliche Regelung geboten. Die Anforderungen an Anlagen (§ 51a Absatz 1 Satz 2 LWG (alt)) sind über § 56 Absatz 1 Satz 1 und den dortigen Verweis auf § 60 Absatz 1 und 2 WHG geregelt.

Absatz 2

Die bisherigen Festsetzungsmöglichkeiten der Gemeinde werden bis auf die Regelung in Satz 3 als bewährte Instrumente beibehalten. § 51a Absatz 2 Satz 3 LWG (alt) entfällt, da in Klärstellungs- und Außenbereichssatzungen baurechtlich eine solche Festsetzung nicht erfolgen kann.

Absatz 3

Von der Verordnungsermächtigung (§ 51a Absatz 4 LWG (alt)) wurde bislang zwar kein Gebrauch gemacht. Sie ist jedoch beizubehalten, da Detailregelungen im Hinblick auf zunehmend veränderte Abflusssituationen notwendig werden könnten.

Absatz 4

§ 51a Absatz 5 LWG (alt) ist als Absatz 4 beizubehalten, denn zu den Gemeinwohlgründen gehören weiterhin zu geringe vorhandene oder zunehmend zu erwartende Flurabstände oder insbesondere für Versickerungen ungünstige Bodenbeschaffenheiten.

Nicht weitergeführt wird § 51a Absatz 3 LWG (alt). Die Ausnahme für Mischkanalisationen ist seinerzeit mit der Änderung des LWG vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. 463) mit der Einführung des wasserwirtschaftlichen Grundsatzes der ortsnahen Niederschlagswasserbeseitigung aufgenommen worden. Ziel dieser Regelung war es, den Gemeinden unter dem Aspekt des Kanalisationsnetzbetriebes und der Gebührensicherheit einen gewissen Bestandsschutz zu geben. Diese Regelung ist nach ca. 20 Jahren Vollzug in dieser stringenten Ausnahmeform nicht

mehr geboten, und sie widerspricht auch der bundesrechtlichen Neuregelung des § 55 Absatz 2 WHG zur ortsnahen Niederschlagswasserbeseitigung als Grundsatz der Abwasserbeseitigung. Danach hat eine abwasserbeseitigungspflichtige Gemeinde diesen Grundsatz nicht nur bei der Erschließung von Grundstücken im Bestand, sondern auch bei neuen Baugebieten zu prüfen und nachvollziehbar gegenüber den zuständigen Wasserbehörden darzulegen.

Zu § 45 (Erlaubniserteilung für das Einleiten von Abwasser)

Absatz 1

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Erlaubnis für die Einleitung von Abwasser sind in § 57 WHG weitestgehend abschließend geregelt worden. Die Absätze 1 und 2 der bisherigen Regelung § 52 LWG (alt) sind damit weitestgehend obsolet geworden. Lediglich die Regelung, dass die Erlaubnis der ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht dienen muss (§ 52 Absatz 1 Nummer 5 LWG (alt)), wird in modifizierter Form weitergeführt. Es wird klargestellt, dass nur der für die Einleitung des Abwassers Pflichtige auch Rechteinhaber der Erlaubnis sein darf wird. Dies hat die zuständige Wasserbehörde bei der Antragstellung für eine Einleitungserlaubnis zu prüfen.

Absatz 2

Die Regelung zu Flusskläranlagen muss im Hinblick auf die Erlaubnisvorgaben, die mit der Neuregelung des § 57 Absatz 1 im Jahre 2009 in das Wasserhaushaltsgesetz aufgenommen worden sind, angepasst werden. Die Übergangsregelung des § 52 Absatz 3 LWG (alt) ist bislang zeitlich nicht begrenzt. Dies ist mit Blick auf die Erreichung der gesetzlich vorgegebenen Bewirtschaftungsziele nachzuholen. Nach den derzeitigen Planungsständen könnte die Umstellung des Systems bis 2018 erfolgen. Unter Berücksichtigung nicht vorhersehbarer Verzögerungen und im Hinblick auf die zweite Bewirtschaftungsplanung, die den Planungszeitraum bis Ende 2021 abdeckt, ist es geboten, eine entsprechende zeitliche Begrenzung vorzusehen. Die Abwassereinleitungen im Einzugsbereich der Flusskläranlage müssen spätestens bis zum Ende dieses Planungszeitraumes den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Die Sätze 2 und 3 enthalten entsprechende Sicherstellungspflichten für die zuständige Behörden und den Abwasserbeseitigungspflichtigen. Satz 3 stellt wie bisher sicher, dass die Einleitung von gefährlichen, prioritären oder prioritär gefährlichen Stoffe, die in der Flusskläranlage nicht gezielt nach dem Stand der Technik behandelt werden, nur erlaubt werden darf, wenn insoweit die Voraussetzungen des § 57 Absatz 1 WHG am Ort der Einleitung in das jeweilige Gewässer des Flusskläranlagensystems eingehalten werden. Das bedeutet, dass vor der Einleitung eine entsprechende Abwasserbehandlung für diese Stoffe erfolgen muss oder die Einleitung dieser Stoffe auf andere Weise vermieden werden muss.

Die bisherige Regelung zur Vorlage eines Abwasserkatasters und eines Nachweises über die Einhaltung des maßgeblichen Stands der Technik (§ 52 Absatz 4 (alt)) ist entbehrlich geworden, da im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen in der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung (IZÜV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 1011) entsprechende Vorgaben enthalten sind. Zudem kann die Wasserbehörde ohnehin ein Abwasserkataster nach § 101 WHG verlangen.

Zu Unterabschnitt 2 (Gemeindliche und wasserverbandliche Abwasserbeseitigungspflicht, Übergang von Pflichten)

Die Neuregelung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 hat mit § 56 WHG an dem Grundsatz der öffentlich-rechtlich organisierten Abwasserbeseitigung festgehalten. Allerdings bindet das WHG 2009 die Pflicht nicht mehr nur an „Körperschaften“ des öffentlichen Rechts, sondern

öffnet die Aufgaben auch für „juristische Personen“ des öffentlichen Rechts. Die Voraussetzungen, unter denen andere natürliche oder juristische Personen Aufgaben der Abwasserbeseitigung wahrnehmen können, überlässt der Bund wie bisher den Ländern.

Da die Pflichtenzuweisungsregelung des § 53 aufgrund mehrerer Ergänzungen zum Teil unübersichtlich geworden ist, ist eine Neustrukturierung des Regelungsbereiches geboten. Im Unterabschnitt 2 werden insbesondere die Regelungen zusammengefasst, die die gemeindliche Abwasserbeseitigungspflicht, die Ausnahmen, den Übergang von Pflichten auf Andere sowie die gemeinschaftliche Pflichtenwahrnehmung betreffen.

Zu § 46 (Pflicht und Umfang der gemeindlichen Abwasserbeseitigung)

§ 46 führt weitgehend die bisherige Regelungen zu den Abwasserbeseitigungspflichten und -pflichtigen fort (§ 53 Absatz 1 und 1e LWG (alt)) fort.

Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 enthält den Grundsatz der gemeindlichen Abwasserbeseitigungspflicht sowie den Umfang dieser Pflicht.

Gegenüber der bestehenden Regelung wird in Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 klargestellt, dass sich die gemeindliche Pflicht zur Übernahme des Abwassers grundsätzlich auf das Einzelgrundstück bezieht. Diese Klarstellung korrespondiert mit § 48, der die Überlassungspflicht für das auf einem Grundstück anfallenden Abwasser regelt.

Die bisherige Regelung der Pflicht zur Überwachung der Abwasseranlagen in Außenbereich (§ 53 Absatz 1 Nummer 6 LWG (alt)) ist verzichtbar, da diese Überwachung von Abwasserbehandlungsanlagen Gegenstand der Gewässeraufsicht ist und damit der zuständigen Wasserbehörde obliegt.

Auch die Regelung, dass sich die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Pflicht Dritter bedienen können (§ 53 Absatz 1 Satz 3 LWG (alt)), wird nicht weitergeführt, da der Regelungsinhalt bereits in § 56 WHG enthalten ist.

Als Folge der Ergänzung in Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird mit Satz 3 festgelegt, dass die Gemeinden für die gemeinschaftlich genutzten privaten Abwasseranlagen sicherzustellen haben, dass diese Anlagen nach Maßgabe des § 60 Absatz 1 WHG betrieben werden. Unberührt bleibt von dieser Regelung, dass die Gemeinden in ihrer Satzung den Übergang zwischen privater und öffentlicher Abwasseranlage regeln können. Private Abwasseranlagen können nur welche sein, die Grundstücke einer begrenzten Anzahl von Eigentümern entwässern. Eine solche Sicherstellungspflicht ist geboten, da die Wasserbehörden in Bezug auf die Art der jeweiligen Grundstückerschließung (vgl. § 46 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1) im Regelfall keine Entscheidungs- bzw. Beanstandungsmöglichkeit haben. Die Eigentümer der gemeinschaftlich genutzten Abwasseranlagen bilden zivilrechtlich eine Bruchteilsgemeinschaft. Die Erfahrung zeigt, dass in derartigen Fällen die Einhaltung der wasserrechtlichen Anforderungen gegenüber der Bruchteilsgemeinschaft durch die Wasserbehörde nicht möglich ist. Wie dem weiten Umfang der gemeindlichen Abwasserbeseitigungspflicht nach § 46 zu entnehmen ist, obliegt der Gemeinde eine Gesamtverantwortung für den ordnungsgemäßen Betrieb aller Entwässerungsanlagen im Gemeindegebiet. Als Bestandteil dieser umfassenden Pflicht ist der Sicherstellungsauftrag der Gemeinde zu sehen. Die Sicherstellungspflicht der Gemeinde ist nicht weiter konkretisiert, sondern überlässt die Ausgestaltung wiederum dem gemeindlichen Selbstverwaltungsrecht. Sollte sich die Gemeinde entscheiden, die gemeinschaftlich genutzten privaten Abwasseranlagen selbst zu überwachen und im Schadensfall selbst zu sanieren, regelt § 55 Satz 2 Nummer 4, dass die hierfür entstandenen Kosten umlagefähig sind.

Absatz 2 entspricht unverändert der Regelung des § 53 Absatz 1e LWG (alt). Diese Regelung ist mit der letzten Änderung des LWG vom 3.5.2013 (GV. NRW S. 133) im Zusammenhang mit den Regelungen zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen ins Gesetz aufgenommen worden.

Zu § 47 (Abwasserbeseitigungskonzept)

§ 47 enthält Regelungen zum Abwasserbeseitigungskonzept. Die Regelung in § 53 Absatz 1a LWG (alt) zum Abwasserbeseitigungskonzept hat sich in der Praxis bewährt. Das Konzept gibt den Gemeinden mittelfristig die gebotenen Planungs- und Investitionssicherheit für den Bereich Abwasserbeseitigung. Für die Wasserbehörden sind zum anderen die Aussagen im Konzeptes wichtige Grundlagen für die Erteilung von Wasserrechten und für den Prozess der Bewirtschaftungsplanung. Deshalb wird die Regelung dem Grunde nach fortgeführt; sie bedarf allerdings einiger Klarstellungen und einiger Ergänzungen.

In Absatz 1 wird durch die Änderung klargestellt, dass sich das Abwasserbeseitigungskonzept insgesamt auf die Maßnahmen zur Erfüllung der gemeindlichen Pflichten bei der Abwasserbeseitigung bezieht. Die Darstellung der baulichen Maßnahmen ist historisch ein Schwerpunkt und wird auch ein Schwerpunkt bleiben. Daneben hat sich das Abwasserbeseitigungskonzept auch mit nichtbaulichen Maßnahmen beschäftigt wie der Organisation der Abwasserbeseitigungspflicht im Außenbereich.

Außerdem wird wegen der neu im WHG aufgenommenen Abwasserbegriffsbestimmung (§ 54 Absatz 1 WHG) klargestellt, dass das Abwasserbeseitigungskonzept sich inhaltlich zu beiden Abwasserarten (Schmutz- und Niederschlagswasser) verhalten muss. Das Konzept enthält eine Übersicht über den Stand der öffentlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere hat es die Maßnahmen aufzuführen, die unter dem Gesichtspunkt der Bewirtschaftungsplanung und der damit verbundenen Aufstellung bzw. der Fortführung von Maßnahmenprogrammen von Bedeutung sind. Mit den Festlegungen werden für die Gemeinden und für die Wasserwirtschaft die erforderlichen Verbindlichkeiten für zukünftige Maßnahmen der Abwasserbeseitigung und deren Finanzierung herbeigeführt. Die Bedeutung des Instruments ist durch das Urteil des OVG Münster vom 12. März 2013 - 20 A 1564/10 - herausgestellt worden.

Absatz 2 enthält die Voraussetzungen für eine Beanstandung des Konzeptes durch die zuständige Wasserbehörde. Mit Blick auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele ist das Beanstandungsrecht auf die Festlegung konkreter Maßnahmen erweitert worden. Die Regelung der Beanstandung erweitert nicht die materiellen Anforderungen an die Abwasserbeseitigung. Außerdem wird an die Klarstellung des Verhältnisses zu § 46 Absatz 1 (Erfüllung der gemeindlichen Pflichten bei der Abwasserbeseitigung) in Absatz 1 angeknüpft. Die Frist zur Prüfung wird von drei auf sechs Monate erhöht, um den zuständigen Behörden mehr Zeit für den Abgleich mit den Aussagen in der Bewirtschaftungsplanung zu geben.

In den Sätzen 3 und 4 wird dann der Fall geregelt, dass die Gemeinde Maßnahmen ihres Abwasserbeseitigungskonzeptes verschiebt oder gänzlich von ihnen absieht. Diesen Fall hat sie der zuständigen Behörde anzuzeigen, die dann wiederum die Beanstandungs- und Anordnungsmöglichkeiten nach Satz 1 hat.

Mit Absatz 3 wird § 53 Absatz 1b LWG (alt) dem Grunde nach fortgeführt. Da das Abwasserbeseitigungskonzept ohnehin Aussagen zur Art der Niederschlagswasserbeseitigung und zu den noch notwendigen Maßnahmen enthalten muss, entfällt die Soll-Vorgabe. Eine zukunftsorientierte Niederschlagswasserbeseitigung gebietet es zudem, dass in den Konzepten auch Aussagen zu den Klimafolgen und die zum Ausgleich der Wasserführung erforderlichen Maßnahmen getroffen werden.

Zu § 48 (Abwasserüberlassungspflicht)

In § 48 wird die Regelung zur Abwasserüberlassungspflicht des § 53 Absatz 1c LWG (alt) übernommen. Die Überlassungspflicht ist durch die Änderung des Landeswassergesetzes vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. 463) in das LWG aufgenommen worden. Sie ist dem Grunde nach fortzuführen, da sonst nach dem Urteil des OVG Münster vom 28. Januar 2003 (Az.: 15 A 4751/01, NWVBl. 2003, S. 380ff.) Regelungslücken vorhanden wären und die Gemeinde den satzungsrechtlich geregelten Anschluss- und Benutzungszwang für die Beseitigung von Niederschlagswasser nicht durchsetzen könnte. Mit dem neu eingefügten Verweis auf die Regelung des § 52 Absatz 1 wird klargestellt, dass auch im Falle der Übertragung der Aufgabe des § 46 Absatz 1 Nummer 2 auf ein gemeinsames Kommunalunternehmen die Überlassungspflicht hierfür gilt.

Zu § 49 (Ausnahmen von der Abwasserbeseitigungspflicht; Übergang auf Dritte)

Absatz 1

In Absatz 1 ist die bisherige Regelung des § 51 Absatz 2 LWG (alt) zu den Ausnahmen von der Abwasserbeseitigungspflicht übernommen worden. Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 betrifft das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser. Die Privilegierung der landwirtschaftlichen Abwässer kann unverändert beibehalten werden, da die Verwertung dieser Abwässer unter fachgesetzliche Vorbehalte gestellt ist. Die Verwertung von häuslichen Abwässern ist wegen der Schadstoffgehalte und der hygienischen Belastungen ohnehin nur eingeschränkt möglich. Das BVerwG hat bereits in seinem Urteil vom 7. November 1990 - 8 C 71/88 festgestellt, dass das Aufbringen von ungeklärtem häuslichem Schmutzwasser, vermischt oder unvermischt mit Gülle, in der Regel keine "ordnungsgemäße Bodenbehandlung" darstellt. Aus diesem Grund ist auch die satzungsrechtliche Unberührtheitsklausel des § 51 Absatz 2 Satz 2 LWG (alt) beizubehalten.

Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 (§ 51 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 LWG (alt)) betrifft das zur Gewinnung von Wärme genutzte Wasser. Da durch diese Nutzung ein Vorgang der Abwasserbeseitigung entsteht, wäre gemäß § 46 eigentlich die Gemeinde abwasserbeseitigungspflichtig. Da diese Nutzungen von Wasser grundstücksbezogen sind, ist es weiterhin gerechtfertigt, diese Sachverhalte generell von der gemeindlichen Abwasserbeseitigungspflicht auszunehmen.

Absatz 2

Absatz 2 übernimmt die Regelung des § 53 Absatz 2 LWG (alt). Es wird lediglich der Begriff der Indirekteinleitung an die Begrifflichkeiten des § 58 WHG angepasst (Einleiten von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen). Nicht von Absatz 2 erfasst sind die Einleitungen von Abwasser in private Anlagen, da die Gemeinde keine innerbetrieblichen Beseitigungspflichten hat.

Absatz 3

Mit Absatz 3 wird § 53 Absatz 3 LWG (alt) übernommen. Die Regelung betrifft die Abwasserbeseitigung des Niederschlagswassers außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile. Hierfür ist nach Satz 1 der Träger der Straßenbaulast verantwortlich.

Satz 2 regelt ein Niederschlagswasserbeseitigungskonzept für die Bundes- und Landesstraßen im Außenbereich. Auch Niederschlagswasser von Verkehrsflächen kann oberirdische Gewässer erheblich belasten. Für den Innenbereich sind in den meisten Fällen aufgrund gesetzlich verankerter Instrumentarien (Abwasserbeseitigungskonzept) trägerbezogene Maßnahmenpläne und Prioritätenlisten der Kommunen vorhanden oder werden erstellt. Sie sind die Basis für die konkrete Umsetzung der Einzelmaßnahmen im Vollzug. Für den Außenbereich gilt dies bisher nicht. Im Rahmen eines Pilotvorhabens wurden bzw. werden exemplarisch für

eine Regionalniederlassung des Landesbetriebs Straßenbau NRW eine Bestandsaufnahme sowie Prioritätenliste der Maßnahmen zur Straßenentwässerung erarbeitet. Im Maßnahmenprogramm 2015 ist verankert (Kapitel 2.5), dass auf der Grundlage der Erkenntnisse des Pilotprojektes - wie bei dem Abwasserbeseitigungskonzept der Kommunen - ein Niederschlagswasserbeseitigungskonzept für Maßnahmen der Entwässerung von außerörtlichen Straßen erarbeitet werden soll.

Ist diesem sollen die im Maßnahmenprogramm aufgeführten Programmmaßnahmen überprüft, konkretisiert und landesweit priorisiert werden. Es bildet dann die Basis für die konkrete Umsetzung der Einzelmaßnahmen im Vollzug.

Dieses Niederschlagswasserbeseitigungskonzept aus dem Bewirtschaftungsplan wird im Satz 2 gesetzlich verankert. Es entfaltet die gleichen Wirkungen wie ein Abwasserbeseitigungskonzept einer Kommune, bindet also die für die Zulassungen und Gewässeraufsicht zuständigen Behörden.

Ein solches konzeptionelles Vorgehen ist bei den Bundesfernstraßen und Landesstraßen im Außenbereich wegen der großen Anzahl der Einleitungen von Straßenniederschlagswasser in Gewässer erforderlich. Dazu kommt, dass wegen der zentralen Abwicklung von Sanierungsmaßnahmen aus dem Bundeshaushalt oder Landeshaushalt eine landesweite Priorisierung vorzunehmen ist. Die Anzahl der Einleitungen durch kommunalen Straßenbaulastträger ist bezogen auf ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich hingegen zu gering, dass eine Priorisierung durch ein Konzept erforderlich ist.

Absatz 4

Absatz 4 regelt den Pflichtenübergang im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung. Die Regelung des Pflichtenübergangs, die bislang in § 53 Absatz 3a LWG (alt) geregelt ist, bleibt in der Grundstruktur erhalten, da sie angesichts des Grundsatzgebotes der ortsnahen Niederschlagswasserbeseitigung (§ 55 Absatz 2 WHG) und § 51a LWG (alt) von großer praktischer Bedeutung ist. Im Rahmen der praktischen Anwendung ist jedoch deutlich geworden, dass einige Klarstellungen geboten sind.

So ist zunächst in Satz 1 zur Klarstellung zu ergänzen, dass ein Übergang der Pflicht auch für einen bestimmten Teil des auf dem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers möglich ist. Dies kann z. B. bei Hanglagen der Fall sein. Ferner ist klarzustellen, dass ein Pflichtenübergang (ganz oder teilweise) grundsätzlich nur erfolgen kann, wenn der Nutzungsberechtigte die Niederschlagswasserbeseitigung auch selbst realisieren kann. Dies wird nunmehr durch die Einfügung der Worte „durch den Nutzungsberechtigten selbst“ verdeutlicht. Soll eine gemeinsame Beseitigung des Niederschlagswassers durch mehrere Nutzungsberechtigte erfolgen, muss der Pflichtenübergang nach Maßgabe des § 50 geregelt sein.

Zudem wird der bislang in Absatz 3a Satz 2 verwendete Begriff „verzichten“ durch „freistellen“ ersetzt. Teilweise wird aus dem bestehenden Wortlaut die Schlussfolgerung gezogen, dass mit einem Verzicht der Gemeinde z. B. in Bestandslagen kein Pflichtenübergang einhergehen kann. Dies entspricht nicht der gesetzlichen Zielsetzung, eine klare Trennung der jeweiligen Pflichtenträger (gemeindlich bzw. privat) zu erreichen.

Außerdem wird ein neuer Satz 2 eingefügt: Wenn seit der landesrechtlichen Regelung der dezentralen Niederschlagswasserbeseitigung, also dem 1.1.1996, eine Gemeinde ihren Anschluss- und Benutzungszwang nicht geltend gemacht hat, gilt die Freistellung als erteilt. In diesen Fällen ist davon auszugehen, dass gemeindliche Belange wie die Finanzierung der Infrastruktur keinen Anschluss erfordern. Die wasserwirtschaftliche Prüfung, ob die Beseitigung allgemeinwohlverträglich ist, muss nach Satz 1 zusätzlich durchgeführt werden.

Absatz 5

Absatz 5 der Neuregelung entspricht unverändert der Regelung des § 53 Absatz 4 LWG (alt). Hier werden die Voraussetzungen des Pflichtenübergangs von der Gemeinde auf den Nutzungsberechtigten eines Grundstückes geregelt, das außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile liegt.

Absatz 6

Absatz 6 (§ 53 Absatz 5 LWG (alt)) regelt den Fall, dass die Abwasserbeseitigungspflicht für das Abwasser aus einem gewerblichen Betrieb auf Antrag der Gemeinde oder auf Antrag des Betriebes unter bestimmten Voraussetzungen widerruflich auf den Gewerbebetrieb übertragen werden kann. Diese Regelung hat sich bewährt und ist daher dem Grund nach beizubehalten. Sie wird aber in der Weise vereinfacht, dass Satz 1 und 2 der bestehenden Fassung zusammengefasst werden.

Zu § 50 (Gemeinsame Abwasserbeseitigungspflicht)

§ 50 regelt die Fälle der gemeinsamen Durchführung Abwasserbeseitigungspflicht und entspricht weitestgehend der Regelung des § 53 Absatz 6 LWG (alt). Die Regelung hat sich grundsätzlich bewährt. Sie bietet die Möglichkeit, dass Gemeinden untereinander oder auch Gemeinden und abwasserbeseitigungspflichtige Dritte sowie abwasserbeseitigungspflichtige Dritte untereinander sich zur gemeinsamen Durchführung von Aufgaben der Abwasserbeseitigung zusammenschließen. In Satz 2 wird zur Klarstellung eine Anordnungscompetenz zugunsten der zuständigen Behörde aufgenommen. Im Hinblick auf die ordnungsrechtliche Zuordnung der jeweiligen Abwasserbeseitigungspflicht und im Hinblick auf die Erteilung von Wasserrechten wird ergänzend in Satz 4 geregelt, dass in dem Antrag die Bereiche der Abwasserbeseitigung zu bezeichnen sind, die gemeinsam durchgeführt werden sollen.

Zu § 51 (Übergangsregelung)

Mit § 51 wird die Übergangsregelung des § 53a LWG (alt) bei redaktioneller Anpassung fortgeführt. Obwohl die Gemeinden seit der Einführung der Übergangsregelung im Jahr 1983 große Fortschritte bei der Erschließung von Grundstücken im Außenbereich und unbeplanten Innenbereich gemacht haben, gibt es weiterhin Erschließungsdefizite. Die Weiterführung der Regelung ist daher geboten.

Zu § 52 (Übergang gemeindlicher Pflichten auf juristische Personen und Körperschaften des öffentlichen Rechts)

Das WHG hat mit der Regelung des § 56 den Ländern die Möglichkeit eröffnet, Aufgaben der Abwasserbeseitigung nicht nur – wie früher – Körperschaften des öffentlichen Rechts zu übertragen, sondern auch juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Damit ist die Übertragung von Pflichten auch auf Anstalten des öffentlichen Rechts eröffnet worden. Aus systematischen Gründen werden die Regelungen, die den Übergang von Abwasserbeseitigungspflichten auf juristische Personen des öffentlichen Rechts betreffen, in eine eigenständige Vorschrift aufgenommen. Die Regelung des § 53b LWG (alt), die den Gemeinden bereits die Möglichkeit eröffnet hatte, bestimmte Aufgaben der Abwasserbeseitigung auf eine von ihr gegründete Anstalt des Öffentlichen Rechts zu übertragen, wird in § 52 integriert.

In Satz 1 wird zunächst die Regelung des § 53b LWG (alt) inhaltlich fortgeführt. Sie regelt den Fall, dass eine Gemeinde eine eigene Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) nach Maßgabe des § 114a der Gemeindeordnung errichtet und auf sie bestimmte Aufgaben der Abwasserbeseitigung überträgt. Durch den Verweis auf § 46 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 wird klargestellt, welche Aufgaben Gegenstand der Übertragung sein können und welche Aufgaben nicht übertragen werden können. Wie bisher kann die Pflicht zur Aufstellung und Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes nicht auf die AöR übergehen, da mit diesem Instrument dokumentiert wird, wie die umfassende Aufgabe der Abwasserbeseitigung im gesamten Gemeindegebiet gewährleistet werden soll. Diese Gewährleistung kann nur die Gemeinde als Gebietskörperschaft im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts sicherstellen. Die Anzeige gegenüber der zuständigen Wasserbehörde ist als formale Voraussetzung für den Pflichtenübergang beizubehalten. Die Unberührtheitsklausel des § 53b Satz 4 LWG (alt) wird als Satz 3 weitergeführt.

Mit Satz 43 wird auch die Möglichkeit eröffnet, nach den §§ 27 und 28 GKG eine interkommunale Anstalt des öffentlichen Rechts (gemeinsames Kommunalunternehmen) zu errichten und dieser bestimmte Aufgaben der Abwasserbeseitigung zu übertragen. Diese Möglichkeit sollen nur benachbarte Gemeinden erhalten, da nur zwischen diesen unter dem Aspekt der wasserwirtschaftlichen Funktionalität, des Ortsbezuges und der Bewirtschaftung der Gewässer eine sinnvolle Kooperation bei der Aufgabe der Abwasserbeseitigung möglich ist. Wie bei der Regelung des § 50, der den Zusammenschluss von Aufgaben der Abwasserbeseitigung allgemein ermöglicht, unterliegt auch die Aufgabenübertragung auf eine interkommunale Anstalt des öffentlichen Rechts einem wasserrechtlichen Genehmigungsvorbehalt. Die Pflicht zur Aufstellung und Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes kann ebenfalls aus den Erwägungen zu Satz 1 nicht auf das Gemeinschaftsunternehmen übergehen.

Da die Gesamtaufgabe der gemeindlichen Abwasserbeseitigung verschiedene Bereiche erfasst, ist nach Satz 7 bei der Übertragung die Aufgabe genau zu bezeichnen. Hiermit wird, wie auch Satz 7 zum Ausdruck bringt, eine eindeutige ordnungsrechtliche Zuordnung von Verantwortung möglich.

Zu § 53 (Abwasserbeseitigungspflicht im Gebiet von Abwasserverbänden)

Mit § 53 wird die Regelung des § 54 LWG (alt) bei redaktioneller Anpassung der gesetzlichen Verweise fortgeführt.

Ein Änderungsbedarf ist aus der Sicht des Vollzuges nicht geboten. Über den Verweis auf § 47 Absatz 1 Satz 2 und 5 und Absatz 2 wird lediglich sichergestellt, dass die für die gemeindlichen Abwasserbeseitigungskonzepte geregelten Vorgaben auch für die verbandlichen Konzepte gelten. Es wird in Absatz 3 Satz 4 neu die Möglichkeit geregelt, in Einzelfällen bei einer Kommune im Gebiet eines Abwasserverbandes eine Aktualisierung ihres Abwasserbeseitigungskonzeptes zu fordern, sofern dies für die Abstimmungen des verbandlichen mit dem kommunalen Konzept erforderlich ist. Da die Konzepte Maßnahmen zur Erfüllung zwar verschiedener, aber sachlich zusammenhängender Pflichten beinhaltet, kann das im Einzelfall notwendig sein.

Zu Unterabschnitt 3 (Umlage von Kosten, Ausgleichszahlungen)

Im Unterabschnitt 3 sind die wasserrechtlichen Sonderregelungen für die Umlage von Kosten und für Ausgleichszahlungen festgelegt.

Zu § 54 (Umlage von Kosten der Abwasser- und Fremdwasserbeseitigung)

Mit § 54 wird die Regelung des § 53c LWG (alt) dem Grund nach fortgeführt, denn sie eröffnet den Gemeinden die Möglichkeit, die Kosten für bestimmte, im Zusammenhang mit der gemeindlichen Abwasserbeseitigungspflicht stehende Maßnahmen umzulegen. Die Regelung ist mit den gebotenen Änderungen bei den Verweisungsregelungen grundsätzlich beizubehalten, da mit ihr Interessen der Bürger sowie die Erreichung von Gewässerschutzzielen unterstützt werden. Sie soll die gebotene Rechtsklarheit bei der Refinanzierung von Aufgaben mit Gemeinwohlbezug sicherstellen.

Mit den Änderungen in Satz 2 Nummer 2 wird deutlicher herausgestellt, dass die in Nummer 2 angeführten Maßnahmen zur Ableitung oder Behandlung von Grund- und Drainagewasser den Zweck haben, den ordnungsgemäßen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen sicherzustellen.

In Nummer 4 wird ergänzend geregelt, dass auch die Kosten für die Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gemäß § 46 Absatz 1 Satz 3 für gemeinschaftlich genutzte Abwasseranlagen zu den ansatzfähigen Kosten gehören.

Neu angefügt wird Nummer 5. Mit dieser Regelung wird festgelegt, dass der kostenmäßige Anteil einer Niederschlagswassernaßnahme zu den ansatzfähigen Kosten im Sinne der Regelung gehört, wenn die Rückhaltemaßnahme im Einzelfall nicht vor der Einleitung in das Gewässer, sondern im Gewässer zusammen mit einer Unterhaltungs- bzw. Ausbaumaßnahme durchgeführt wird. Über das Kriterium des räumlichen und funktionalen Zusammenhangs wird sichergestellt, dass die Rückhaltemaßnahme im Gewässer einen begründbaren Bezug zur Einleitung des Niederschlagswassers haben muss.

Nummer 6 führt die bewährte Regelung des § 89 Absatz 3 Satz 2 LWG (alt) fort.

Die ebenfalls neu angefügte Nummer 7 beinhaltet eine Umlagemöglichkeit für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Funktionstüchtigkeit der öffentlichen Abwasseranlagen zum Schutz von Baugebieten vor Überflutung und Verschlammung, die durch sog. urbane Sturzfluten (Katastrophenregen) verursacht werden können. Insoweit knüpft die Neuregelung an das KlimaschutzG Nordrhein-Westfalen (Klimaschutzgesetz NRW) vom 29. Januar 2013 (GV.NRW S. 33) an, indem die Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen im wasserwirtschaftlichen Bereich im Landeswassergesetz gesetzlich flankiert wird.

Satz 3 wird unverändert fortgeführt. Den Gemeinden soll es nach wie vor, wie schon in zahlreichen Gemeinden erfolgreich umgesetzt, möglich sein, die Regenwassernutzung, Dachbegrünung und die Entsiegelung von Flächen bei der Gestaltung ihrer Gebührensatzung gebührenmindernd zu berücksichtigen (gesplitterter Gebührenmaßstab für Schmutz- und Niederschlagswasser).

Zu § 55 (Beitrag an den Kosten der Wasserdienstleistung Abwasserbeseitigung)

Die Regelung des § 55 LWG (alt) ist im Hinblick auf die Regelungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) unzureichend und daher anzupassen. Nach Artikel 9 Absatz 2 WRRL ist dafür zu sorgen, dass die verschiedenen Wassernutzungen unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips einen angemessenen Beitrag zur Deckung der Kosten der Wasserdienstleistungen zu leisten haben. Der Aufwand für die Abwasserbeseitigung kann sich unter zwei Gesichtspunkten erhöhen. Zum einen erfordert die Nutzung des Gewässers für die Wasserversorgung weitergehende Anforderungen an die Abwasserbeseitigung. Diesen Fall deckt die erste Alternative in Satz 1 ab. Zum anderen kann der Ausbauzustand des Gewässers, in der Regel ein Stau, der wegen einer oder mehrerer Nutzungen zugelassen worden ist und bestimmten Nutzungen dient, einen erhöhten Aufwand bei der Abwasserbeseitigung bedeuten. Z. B. kann wegen des Staus die Einleitung nur an bestimmten Stellen erfolgen und deshalb weitergehende Anforderungen an die Abwasserbeseitigung geboten sein.

Zu Unterabschnitt 4 (Anforderungen an Abwasseranlagen, Einleitungen und Selbstüberwachung)

Unterschnitt 4 enthält mit den Regelungen der §§ 56 bis 60 die Regelungen über den Bau und Betrieb von Abwasseranlagen, ergänzende Regelungen über Anzeigen- und Zulassungsvorbehalte, ergänzenden Regelungen für Einleitungen in öffentliche und private Abwasseranlagen und Vorgaben für die Selbstüberwachung von Einleitungen und Anlagen.

Zu § 56 (Bau und Betrieb von Abwasseranlagen)

Absatz 1

Mit Absatz 1 wird die bislang in § 57 Absatz 1 LWG (alt) vorhandene Möglichkeit zur Einführung von Regeln der Technik, insbesondere von technischen Bestimmungen für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Abwasseranlagen dem Grund nach beibehalten. § 60 Absatz 1 WHG regelt nur sehr allgemein die Anforderungen an die Errichtung, den Betrieb und die Unterhaltung von Abwasseranlagen. Die Beibehaltung der Regelung dient dazu, die sehr abstrakten bundesgesetzlichen Anforderungen zu konkretisieren. Allerdings steht diese Möglichkeit unter dem Vorbehalt, dass durch Bundesrecht selbst keine konkretisierenden Regelungen durch Rechtsverordnung nach Maßgabe des § 23 Absatz 1 Nummer 5 WHG getroffen worden sind. In diesem Fall würde die Sperrwirkung des Art. 72 Absatz 3 Nummer 5 GG greifen, die es den Ländern verbietet, von stoff- bzw. anlagenbezogenen Anforderungen abweichende Regelungen zu treffen. Die Soweit-Regelung stellt dies klar. Ergänzend wird durch Absatz 1 Satz 2 klargestellt, dass zur Unterhaltung der Abwasseranlagen auch die Erhaltung der Bausubstanz gehört. Die Regelung des § 57 Absatz 2 LWG (alt) wird landesgesetzlich nicht fortgeführt, da § 60 Absatz 2 WHG bereits das Anpassungsgebot für vorhandene Abwasseranlagen enthält.

Absatz 2

Absatz 2 übernimmt einen Teil der Regelungen des § 57 Absatz 3 LWG (alt). Damit werden zum einen die abstrakten Betreiberpflichten des § 60 WHG i. V. m. Absatz 1 konkretisiert; zum anderen werden die auf sog. Betriebsstörungen ausgerichteten Regelungen beibehalten, da damit insbesondere ein ordnungsgemäßer Betrieb der Anlagen sichergestellt und im Falle einer Betriebsstörung das Verhalten gegenüber der zuständigen Behörde festgelegt wird. Die Beschreibung der Pflichten in Satz 1 und 2 wird auf Mischwasserabschläge erweitert.

Zu § 57 (Anzeige und Genehmigung von Abwasseranlagen)

§ 58 LWG (alt) regelt die Anzeige und Genehmigung von Abwasseranlagen. Da § 60 Absatz 3 WHG nunmehr bundesrechtlich für zwei Arten von Abwasserbehandlungsanlagen einen Genehmigungsvorbehalt vorsieht, können die Länder wegen der Sperrwirkung des Art. 72 Absatz 3 Nummer 5 GG, die sich auch auf den Zulassungsvorbehalt für eine Anlage bezieht, insoweit keine Regelungen mehr treffen. Allerdings können nach § 60 Absatz 7 WHG die Länder regeln, dass die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Änderung von Abwasseranlagen, die nicht unter § 60 Absatz 3 WHG fallen, einer Anzeige oder Genehmigung bedürfen. § 58 LWG (alt) ist daher angepasst fort zu führen.

Absatz 1

Mit Absatz 1 wird die Regelung des bisherigen § 58 Absatz 1 LWG (alt) bei Anpassung der Verweisungsregelungen und redaktionellen Änderungen fortgeführt. Die Instrumente der An-

zeige der Kanalisationsnetzplanung, der Aufstellung eines Bestandplanes über die Abwasseranlagen sowie über den Betrieb haben sich grundsätzlich bewährt. Die Beanstandungsmöglichkeit der zuständigen Behörde hat sich ebenfalls bewährt und bleibt erhalten. Die Frist für die Beanstandung wird wie beim Abwasserbeseitigungskonzept auf sechs Monate festgelegt. Da die Anzeigepflicht sich auch auf bestimmte private, gewerbliche oder diesen vergleichbare Kanalisationsnetze bezieht, sind in Satz 3 die Wörter „die Gemeinde“ durch „der Anzeigende“ zu ersetzen.

Es sollen auch wesentliche Änderungen der Planung zur Erstellung angezeigt werden. Auch diese können von wesentlicher Bedeutung für das Gewässer sein.

Absatz 2

Absatz 2 ist an die Neuregelung des § 60 Absatz 3 WHG anzupassen. Die bundesrechtliche Regelung beschränkt die Genehmigungspflicht allerdings nur auf die Abwasserbehandlungsanlagen, für die nach dem UVPG zwingend eine UVP durchzuführen ist, und auf sog. eigenständige Abwasserbehandlungsanlagen, die Abwasser behandeln, das aus Anlagen nach § 3 der 4. BImSchV stammt und nicht von der Richtlinie über die Behandlung von kommunalen Abwasser erfasst ist. Da das WHG vor 2009 keine Genehmigungspflichten geregelt hatte, ist der Anwendungsbereich des bestehenden § 58 Absatz 2 zu weit und muss insoweit eingeschränkt werden. Mit der Änderung des Absatzes 2 erfolgt die gebotene Anpassung an das WHG 2009. Im neuen Satz 7 wird die im geltenden LWG in § 58 Absatz 2 Satz 5 Nummer 1 enthaltene Ermächtigungsgrundlage für die Rechtsverordnung über die Freistellung von Abwasserbehandlungsanlagen von der Genehmigungspflicht vom 20. Februar 1992 deutlicher gemacht. Die Sätze 2 bis 4 der bestehenden Regelung werden fortgeführt. Die Regelung bewegt sich im Rahmen der Öffnungsklausel des § 60 Absatz 7 WHG.

Absatz 3

Der bisherige § 58 Absatz 3 LWG (alt) ist an die Regelung des § 60 Absatz 3 WHG anzupassen. Wie in § 60 Absatz 3 Satz 3 WHG ist auch für die landesrechtlichen Genehmigungsvorbehalte die entsprechende Anwendung von § 13 Absatz 1 und § 16 Absatz 1 und 3 WHG vorgesehen. Damit ist klargestellt, dass auch bei diesen Anlagen nachträgliche Inhalts- und Nebenbestimmen zulässig sind und privatrechtliche Abwehransprüche ausgeschlossen sein können. Durch die entsprechende Anwendung des § 17 WHG wird zudem die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns für die vom Landesrecht erfassten Anlagen eröffnet. § 58 Absatz 3 Satz 2 LWG (alt) betrifft eine spezielle Regelung für das Indirekteinleiten von Abwasser. Sie ist an dieser Stelle nicht fortzuführen, die Thematik wird bei den Regelungen über die Einleitungen in Abwasseranlagen geregelt.

§ 58 Absatz 4 und 5 LWG (alt) betrifft Nachweise zur Einhaltung baurechtlicher Anforderungen, die das WHG nicht konkret regelt, und zur Konzentrationsregelung. Diese Regelungen werden in §§ 109, 110 in allgemeiner Form fortgeführt.

Zu § 58 (Einleiten von Abwasser in öffentliche und private Abwasseranlagen)

Die bestehenden Regelungen der §§ 59 und 59a LWG sind zuletzt im Rahmen der Vorschaltgesetzgebung durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV. NRW. 2010 S. 185) geändert worden. Im Rahmen der mit der Neuregelung des LWG verbundenen Evaluierung des hiesigen Normenbestandes ist festgestellt worden, dass diese Regelungen in Teilen verzichtbar sind und neue Regelungen mit Blick auf die stoffliche Relevanz von Indirekteinleitungen geboten sind. Die landesrechtlich geboten Regelungen für Einleitungen in öffentliche und private Abwasseranlagen sind in § 58 zusammengefasst. Die bundesrechtliche Genehmigungspflicht für das Einleiten von Abwasser in öffentliche und private Abwasseranlagen ist

daran geknüpft, das die Indirekteinleitung einem Herkunftsbereich, der in der Abwasserordnung geregelt ist, unterliegt und in diesem Herkunftsbereich entweder Anforderungen für den Ort des Anfalls des Abwassers oder vor seiner Vermischung festgelegt sind. Nach § 58 Absatz 1 Satz 3 WHG können die Länder über das Bundesrecht hinausgehende Genehmigungserfordernisse vorsehen. Hiervon wird mit den Absätzen 1 und 2 Gebrauch gemacht.

Absatz 1

Mit Absatz 1 wird die bisherige Anzeigepflicht für das Indirekteinleiten von Stoffen, die kein Abwasser sind (§§ 59 Absatz 4 und 59a Absatz 3 LWG (alt)), in eine Genehmigungspflicht überführt. Flüssige Stoffe, die kein Abwasser sind, unterliegen im Allgemeinen dem Abfallregime. Grundsätzlich dürfen Abfälle auch in flüssiger Form nicht in Abwasseranlagen eingeleitet werden, da diese Anlagen nur für Zwecke der Abwasserbeseitigung gewidmet und auch zugelassen sind. Da flüssige Abfälle Stoffe enthalten können, die den ordnungsgemäßen Betrieb von Abwasseranlagen beeinträchtigen und zu schädlichen Gewässeränderungen führen können, bedarf es für diese Einleitungen einer behördlichen Vorkontrolle in Gestalt einer Genehmigung. Nur auf diese Weise kann die Einhaltung der in § 55 Absatz 3 WHG genannten Anforderungen und insbesondere der für die Direkteinleitung maßgeblichen Einleitungsanforderungen des § 57 WHG geprüft werden. Letzteres betrifft namentlich die Auswirkungen auf den ökologischen und chemischen Zustand des maßgeblichen Wasserkörpers. Mit der Zulassung ist der Betreiber der Abwasseranlage nicht verpflichtet, den Stoff anzunehmen. Dieses Verhältnis muss zusätzlich geklärt werden.

Absatz 2

Die Verordnungsermächtigung des § 59 Absatz 2 LWG (alt) wird aufgegeben. Dafür werden mit Absatz 2 die zuständigen Behörden ermächtigt, über die durch das Bundesrecht geregelten Genehmigungspflichten hinaus einem Indirekteinleiter aufzugeben, einen Antrag auf Genehmigung der Einleitung von Abwasser in eine öffentliche oder private Abwasseranlage vorzulegen. Diese behördliche Ermächtigung zur Feststellung einer Genehmigungspflicht dient dazu, Stoffeinträge, die nachteilige Auswirkungen auf die Gewässereigenschaften und damit auf den Zustand des jeweiligen Gewässers haben können, auch in den von §§ 58 und 59 WHG nicht erfassten Fällen in einem wasserrechtlichen Verfahren zu regeln. Gegenüber einer Ordnungsregelung hat dies den Vorteil, dass die Genehmigungspflicht sich an konkreten wasserwirtschaftlichen Randbedingungen und den Belangen des Indirekteinleiters ausrichten kann. Das gemeindliche Satzungsrecht kann hierfür nicht genutzt werden, da dieses Rechtsregime nicht die Aufgabe hat, das Erreichen materieller Bewirtschaftungsziele sicherzustellen.

Absatz 3

Mit Absatz 3 wird § 59a Absatz 2 LWG (alt) übernommen. Dabei wird der Begriff privates Kanalisationsnetz ersetzt durch den im § 59 WHG verwendeten Begriff private Abwasseranlage.

Absatz 4

Absatz 4 übernimmt die Regelung des bestehenden Absatzes 3, da das Verzeichnis wichtige Informationen zur Bewirtschaftung der Gewässer enthalten kann.

Nicht übernommen wird die bisherige Regelung des § 59 Absatz 1 LWG (alt), da es für die Prüfung von Anträgen eine allgemeine Sachverständigenregelung in § 109 auch für andere Verfahren gibt.

Zu § 59 (Selbstüberwachung von Abwassereinleitungen und Abwasseranlagen)

Mit § 61 WHG ist eine bundesgesetzliche Grundsatzregelung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen und von Abwassereinleitungen (einschließlich Indirekteinleitungen) eingeführt worden. Der Bund hat sich durch sehr weitgehende Ermächtigungen vorbehalten, die jeweiligen Selbstüberwachungspflichten durch Verordnung näher auszugestalten. Ob, wann und mit welchem Inhalt es hierzu Verordnungsregelungen geben wird, ist derzeit nicht absehbar. Solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht Gebrauch gemacht hat, können die Länder gemäß Art. 72 Absatz 1 GG Regelungen zur weiteren Konkretisierung der abstrakten gesetzlichen Regelungen treffen. Für den wasserbehördlichen Vollzug sind konkretisierende Regelungen sogar geboten.

Die Selbstüberwachung für Abwassereinleitungen in Gewässer und Abwasseranlagen ist landesrechtlich in drei Vorschriften geregelt, und zwar in § 60 LWG (alt) für Einleitungen von Abwasser in Gewässer, in § 60a LWG (alt) die Einleitung von Abwasser in Abwasseranlagen und in § 61 LWG (alt) für Abwasseranlagen. Auf der Grundlage dieser landesrechtlichen Regelungen sind die SÜwV-Kom, die für Abwasserbehandlungsanlagen sowie deren Einleitungen in Gewässer mit einer Ausbaugröße von mehr als 50 Einwohnerwerten gilt, und die SÜwVO-Abw, die für öffentliche Kanalisationsnetze und private Abwasserleitungen gilt, erlassen worden. Im Bundesgesetz sind in §§ 60 und 61 WHG weder konkrete Vorgaben hinsichtlich Art und Umfang der Selbstüberwachung enthalten, noch sind entsprechende bundesrechtliche Verordnungen erlassen worden oder zu erwarten. Daher sollen die in §§ 60 bis 61 LWG (alt) vorhandenen Verordnungsermächtigungen fortgeführt werden, damit die Landesverordnungen als konkretisierende Regelungen weiterhin Bestand haben können. Die weitergehenden Regelungen werden zum Teil fortgeführt. Die drei Regelungen werden in einer Vorschrift zusammengefasst.

Absatz 1

§ 60 Absatz 1 enthält die bestehenden Verordnungsermächtigungen für Einleitungen von Abwasser in ein Gewässer (§ 60 Absatz 2 LWG (alt)). Die bestehende Regelung in § 60 Absatz 1 Satz 1 LWG (alt) kann im Hinblick auf § 61 Absatz 1 WHG entfallen. Entfallen kann auch die Verordnungsermächtigung des § 60 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt), da die Frage, ob Gruppen von Einleitern von der Selbstüberwachung befreit werden sollen, bundesrechtlich zu regeln wäre. Ferner kann § 60 Absatz 3 LWG (alt) entfallen, da es in der SÜwV-Kom eine vergleichbare Regelung gibt.

Absatz 2

Mit Absatz 2 wird bei Anpassung der Verweisungsregelungen § 60a LWG (alt) übernommen. Die Fortführung § 60a LWG (alt) ist für die Vollzugspraxis eine wichtige Regelung. Die Regelung gilt auch für den Fall, dass nach § 59 Absatz 2 die Wasserbehörde für den einzelnen Einleitungsfall eine Genehmigungspflicht feststellen kann. Satz 4 der bestehenden Regelung kann entfallen, da die Verordnungsermächtigung, auf die Satz 4 verweist, in § 59 Absatz 1 enthalten ist.

Absätze 3 und 4

Mit den Absätzen 3 und 4 wird § 61 LWG (alt) fortgeführt. Die Regelung ist im Rahmen der letzten LWG-Novelle vom 5. März 2013 (GV. NRW. S. 133) geändert und an die maßgeblichen Neuregelungen im WHG 2009 bereits angepasst worden. Auch diese Regelung ist für die Vollzugspraxis wichtig. Bis auf weitere redaktionelle Anpassungen wird diese Regelung daher inhaltlich unverändert fortgeführt.

In Absatz 4 wird eine neue Nummer 3 eingeführt, die klarstellt, dass auch die Anforderungen an die Anerkennung der Schulungsinstitutionen geregelt werden können.

Der bisherige § 61 Absatz 3 LWG (alt) wird nicht mehr weitergeführt. § 10 der SüwV-kom ermächtigt bereits die Behörde, von der Verordnung abweichende Anordnungen treffen.

Unterabschnitt 5 Gewässerschutzbeauftragte

Zu § 60 (Gewässerschutzbeauftragte bei Abwasserverbänden)

Die bisherige Regelung des § 63 LWG (alt) wird weitergeführt.

Abschnitt 3 Gewässerunterhaltung, Ausgleich der Wasserführung, Gewässerausbau

Unterabschnitt 1 Gewässerunterhaltung

Zu § 61 (Gewässerunterhaltung)

Die bisherige Regelung des § 90 LWG (alt) zum räumlichen Umfang der Gewässerunterhaltung (Satz 1) und inhaltlichen Umfang (Freihaltung, Reinigung und Räumung des Ufers von Unrat (Satz 2)) hat sich bewährt und wird weitergeführt.

Die Gewässerunterhaltung ist bundesgesetzlich in den §§ 39 bis 42 WHG geregelt.

Die Fortführung von § 90 Satz 1 LGW (alt) in Satz 1 ist weiter erforderlich, auch wenn sich aus § 39 Absatz 1 Nr. 1 und 2 WHG ersehen lässt, dass auch das WHG von diesem räumlichen Umfang ausgeht. Diese beiden Regelungen aber betreffen nur die Gewässerunterhaltung bei der besonderen Konstellation, bei der die Bewirtschaftungsziele die Erhaltung von Gewässerbett und Ufer erfordern, definieren aber nicht generell den räumlichen Umfang der Unterhaltung.

Zu § 62 (Pflicht zur Gewässerunterhaltung)

Absätze 1 und 2

Das WHG weist in § 40 die Gewässerunterhaltung für alle oberirdische Gewässer dem Eigentümer zu, soweit sie nicht Gebietskörperschaften u. a. landesrechtlich zugewiesen ist. In § 62 Absatz 1 und 2 wird in Fortführung des § 91 LWG (alt) die bewährte landesrechtliche Zuweisung der Unterhaltungslast (bei oberirdischen Gewässern 1. Ordnung und bei stehenden Gewässern auf den Eigentümer, ansonsten auf die Anliegergemeinden, bei stehenden Gewässern dem Eigentümer) fortgeführt. Die Regelung der Unterhaltungslast für Gewässer 1. Ordnung wird überarbeitet. Die Unterhaltung der Ruhr sollte dem Land obliegen, sofern der Eigentümer keine juristische Person des öffentlichen Rechts ist, da die Unterhaltung eines Gewässers 1. Ordnung durch natürliche und juristische Personen des privaten Rechts nicht ausreichend sichergestellt ist. Das Eigentum an der Ruhr steht aber in einigen Abschnitten neben natürlichen Personen auch juristischen Personen des privaten Rechts zu.

Absätze 3 bis 5

Absatz 3 führt den bisherigen § 91 Absatz 3 LWG (alt) weiter, der den Fall regelt, dass die Aufgabe bei einem Wasserverband liegt.

Absatz 4 führt den bisherigen § 91 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) weiter, der die Möglichkeit der Übernahme der Pflicht durch die Kreise regelt.

Bei der Regelung der Übertragung auf die Anstalt des öffentlichen Rechts in Absatz 5 in Weiterführung des § 91 Absatz 1a LWG (alt) wird in Satz 4 zusätzlich die Übertragung der Pflicht auf eine interkommunale Anstalt ermöglicht, da davon auszugehen ist, dass eine übergemeindliche Erledigung der Unterhaltungspflicht aus einer Hand, die Abstimmungsvorgänge zwischen den Gemeinden erübrigt, im Regelfall eine koordinierte Gewässerunterhaltung erleichtert und damit eine kosteneffiziente Erreichung der Bewirtschaftungsziele begünstigt. Für den Fall der Übertragung auf eine Anstalt des öffentlichen Rechts nach Absatz 5 regelt Satz 5 mit dem Verweis auf § 62 Absatz 2 dass die nach Absatz 1 und 2 Verpflichteten, sofern sie öffentlich-rechtliche Körperschaften sind, subsidiär die Maßnahmen durchzuführen haben. Diese Möglichkeit wird bereits § 40 Absatz 4 WHG eröffnet.

Absatz 6

Durch die inhaltliche Fortentwicklung der Unterhaltungspflicht durch geänderte Bewirtschaftungsvorgaben in den letzten 30 Jahren gibt es vor Ort teilweise eine zwischen Pflichtigem nach Absatz 1 und Pflichtigem nach den Absätzen 3 bis 5 aufgeteilte Unterhaltungspflicht. So haben Kommunen teilweise einem Wasserverband nach Wasserverbandsgesetz (WVG) nicht die Unterhaltung übertragen, sondern die Aufgabe des Verbandes in der Satzung besteht alleine aus der Erhaltung des Abflusses. Die Unterhaltung obliegt in solchen Fällen dem Verband sowie der Gemeinde, soweit Aufgaben, die nach den gesetzlichen Vorgaben zur Gewässerunterhaltung gehören, nicht übertragen wurden. In diesen Fällen ist eine ordnungsgemäße Erfüllung der Unterhaltungspflicht nicht möglich, da die erforderliche Abstimmung nicht gewährleistet ist. Welche Maßnahmen der Gewässerunterhaltung an einer Gewässerstrecke nach den rechtlichen Vorgaben durchzuführen sind, muss unter Berücksichtigung sämtlicher Ziele der Gewässerunterhaltung entschieden werden. Die Durchführung der Gewässerunterhaltung durch zwei Pflichtige mit unterschiedlicher Zielsetzung bringt die Gefahr mit sich, dass sich widersprechende Maßnahmen durchgeführt werden. Häufig machen sich die Gemeinden auch nicht bewusst, dass bei solcher Regelungslage Teile der ihnen obliegenden gesetzlichen Unterhaltungspflicht nicht auf den Unterhaltungsverband übertragen und daher bei ihnen verblieben sind. Anders als bei der Abwasserbeseitigungspflicht, die sich in einzelne, gegenseitig abgrenzbare Pflichten unterteilt, ist eine solche Unterteilung der Ausbaupflicht in der Sache nicht möglich.

Dazu kommt, dass häufig nicht beachtet wurde, dass die Ausbaupflicht gesetzlich der Gewässerunterhaltungspflicht folgt (§ 68 und alle Vorgängerregelungen). Mit der Übertragung der Unterhaltungspflicht auf eine andere Person obliegt dieser danach auch der Ausbau.

Zu § 63 (Gewässerunterhaltung durch Dritte)

Die Vorschrift führt den bisherigen § 95 LWG (alt) weiter und regelt die Übertragung der Pflicht zur Gewässerunterhaltung auf Dritte bzw. eine Übernahme der Gewässerunterhaltung durch Dritte. Darunter fallen alle Fälle, die nicht in § 62 geregelt sind. Diese Fälle bedürfen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde und erfordern eine Regelung für den Fall, dass die Dritten ihrer Pflicht nicht nachkommen (Absatz 2). Mit Absatz 2 wird die in § 40 Absatz 4 WHG vorbehaltlich abweichenden Landesrechts geregelte subsidiäre Verpflichtung des Landes auf die Verpflichteten nach § 62 Absatz 1 und 2 übertragen. Wenn auch diese ausfallen, greift wieder § 40 Absatz 4, soweit es sich nicht um Körperschaften des öffentlichen Rechts handelt.

Mit dem Verweis in Absatz 1 Satz 2 auf § 62 Absatz 6 wird klargestellt, dass nur eine Übertragung der Pflicht insgesamt und nicht von Teilen der Pflicht zulässig ist.

Zu § 64 (Umlage des Unterhaltungsaufwands)

Die Regelung über die Umlage des Unterhaltungsaufwands in § 92 LWG (alt) wird modifiziert weitergeführt. Das WHG regelt in § 40 lediglich allgemein die Heranziehung von Vorteilhabenden (Grundstückeigentümern) und Erschwerern und eröffnet bei unterhaltungspflichtigen Körperschaften ausdrücklich die Möglichkeit von Landesregelungen (§ 40 Absatz 1 Satz 3 WHG).

Absatz 1

Satz 1 bildet die Grundlage für die Umlage durch die Gemeinden. Nach § 40 Absatz 1 Satz 3 WHG können die Länder, wenn eine öffentlich-rechtliche Körperschaft unterhaltungspflichtig ist, regeln, inwieweit Erschwerer, Grundstückseigentümer oder andere Vorteilhabende an den Kosten der Unterhaltung zu beteiligen sind. Auf dieser Grundlage regelt Satz 1 wie bislang die Umlagemöglichkeit auf Erschwerer und Grundstückseigentümer im seitlichen Einzugsgebiet. Die Regelung der Umlage auf die Eigentümer von Grundstücken im seitlichen Einzugsgebiet wird leicht überarbeitet. Bis zur Novelle 2005 (Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 463)) war eine Umlage auf Eigentümer von Grundstücken im seitlichen Einzugsgebiet ohne weiteren Zusatz geregelt. Dahinter stand die Erwägung, dass bereits die Entwässerungswirkung ausreichen sollte und kein besonderer Vorteil Voraussetzung für eine Heranziehung des Grundstückseigentümers zu den Kosten war. Angesichts der Diskussion im Zuge der Umsetzung der WRRL, ob „ökologische Unterhaltungsmaßnahmen“ umlagefähig sind, sollte diese Erwägung mit der Novelle 2005 durch den Zusatz „als durch den ordnungsgemäßen Abfluss Begünstigte“ klargestellt werden. Der Zusatz wird jetzt wieder geändert in „als durch den Abfluss Begünstigte“. Allein die Entwässerungswirkung durch den Abfluss des Gewässers reicht für eine Kostenumlage aus. Die Anforderungen an den Abfluss haben sich seit dem preußischen Wassergesetz geändert. Es bleibt, dass der Abfluss des Gewässers von Vorteil für den Grundstückseigentümer im seitlichen Einzugsgebiet ist, weil durch ihn das Grundstück entwässert wird.

Es wird in Satz 2 neu klargestellt, dass auch die Personal- und Verwaltungskosten umgelegt werden können, wie es nach dem Kommunalabgabengesetz auch möglich ist. Außerdem ermöglicht die Regelung nunmehr auch, den Aufwand für die Umlage umzulegen.

Die Sätze 3 bis 6 führen die bisherigen Sätze 2 bis 6 in § 92 Absatz 1 LWG (alt) zum Erbbauberechtigten, dem Anteil der Erschwerer und der Umlage der verbleibenden Kosten, soweit sie nicht durch Finanzierungshilfen gedeckt sind, auf die Eigentümer im seitlichen Einzugsgebiet unverändert weiter.

Die Verhältnismäßigkeitsregelung im bisherigen Absatz 1 Satz 3, 2. Halbsatz entfällt, da sie Selbstverständliches regelt.

Neu gefasst sind die bisherigen Regelungen in den Sätzen 6 und 9 des § 92 Absatz 1 LWG (alt) als Satz 7 zu den materiellen Maßstäben der Umlage. Die Regelung ist vereinfacht worden, da sie nach Auskunft der Kommunen in dieser Form nicht umgesetzt werden konnte. Tatsächlich legen sehr viele Kommunen ihre Unterhaltungsaufwendungen nicht über Satzungen um, was dazu führt, dass Maßnahmen der Gewässerunterhaltung mangels Refinanzierungsmöglichkeit nicht durchgeführt werden.

Das Gesetz gibt nun abschließend die Verteilung des nicht auf die Erschwerer fallenden Aufwands auf die Eigentümer der nicht versiegelten und versiegelten Flächen vor. Weiter wird geregelt, dass auch innerhalb dieser Gruppen jeweils ein einheitlicher Maßstab gilt.

Der Umfang der Gewässerunterhaltung wird maßgeblich von den vorliegenden Einleitungen beeinflusst. Dabei wird zwischen diffusen Einleitungen aus unbefestigten Flächen und punktuellen Einleitungen aus vorwiegend befestigten Flächen unterschieden.

Der Anteil von 90 Prozent für die Eigentümer der versiegelten Fläche im Einzugsgebiet ergibt sich aus einer Mittelung der empfohlenen mittleren Abflussbeiwerte von Einzugsgebieten nach dem ATV-Merkblatt M 153 (2000). Der Abflussbeiwert ist der Quotient aus den Größen Niederschlag und Abfluss und gibt an, welcher prozentuale Anteil des gefallenen Niederschlags zum Abfluss kommt. Der mittlere Abflussbeiwert beschreibt das mittlere Verhältnis des Abflussvolumens zum Niederschlagswasser über einen definierten Zeitraum. Der Wert wird zur Berechnung des Niederschlagswasserabflusses und der Dimensionierung von Kanälen herangezogen.

Für siedlungswasserwirtschaftliche Berechnungen sind von der Fachwelt für die jeweiligen Flächen mittlere Abflussbeiwerte ermittelt worden, die im Regelwerk der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) verankert wurden und die die allgemein anerkannten Regeln der Technik darstellen. Danach bewegt sich der mittlere Abflussbeiwert bei unbefestigten Flächen zwischen 0,0 und 0,1 im flachen Gelände und zwischen 0,1 und 0,3 im steilen Gelände und der mittlere Beiwert für unterschiedlich befestigte Flächen zwischen 0,3 bis 1,0. Der Anteil der unbefestigten Flächen mit einem geringen Abflussbeiwert (z. B. Flächen mit Rasengittersteinen) ist im Hinblick auf die Auswirkungen für die Gewässerunterhaltung vergleichsweise unbedeutend. In der Praxis wird deshalb häufig vereinfacht mit einem Abflussbeiwert von 0,1 für unbefestigte und 0,9 für befestigte Flächen gearbeitet.

Mit Blick auf die Gewässerunterhaltung ist eine solche praktikable Vorgehensweise gerechtfertigt. Sie berücksichtigt auch die Tatsache, dass die überwiegend durch befestigte Flächen resultierenden Kanalisationsanlagen zu punktuellen Gewässereinleitungen führen, die per se für die Gewässerunterhaltung erschwerend sind.

Die Verhältnismäßigkeitsregelung im bisherigen Absatz 1 Satz 9 entfällt, da sie keine praktische Relevanz hatte und nach der neuen materiellen Vorgabe sich der Aufwand reduziert.

Beibehalten ist der Verweis auf nähere Regelungen im Ortsrecht in Satz 8.

Absatz 2

§ 92 Absatz 2 LWG (alt) hat sich bewährt und wird weitergeführt. Lediglich der bisherige Verweis in § 92 Absatz 2 Satz 2 LWG (alt) ist vereinfacht worden. Richtig ist, dass Satz 3 in diesem Fall nicht einschlägig ist, dazu bedarf es aber nicht einer beschränkten Verweisung.

Zu § 65 (Entscheidung in Fragen des Gewässerunterhaltung)

Die bisherige Regelung in § 98 Satz 1 LWG (alt) für den Streitfall über die Gewässerunterhaltungspflicht wird in Satz 1 weitergeführt. Das Bundesrecht trifft keine entsprechende Regelung. Die bisherige Regelung in § 98 Satz 4 über die Festsetzung des Schadensersatzes nach § 41 Absatz 1 und 4 WHG (bisher § 30 Absatz 3 WHG, § 97 Absatz 5 LWG (alt)) wird in Satz 2 ebenfalls fortgeführt, weil sie im WHG nicht enthalten ist.

Nicht weitergeführt wird die mittlerweile im § 42 Absatz 1 Nummer 1 WHG geregelte Möglichkeit nach § 98 Satz 2 LWG (alt), die Pflichten nach §§ 40 und 41 WHG näher zu bestimmen und die erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen festzulegen. Ebenfalls nicht weitergeführt wird die Regelung im bisherigen § 98 Satz 3 LWG (alt), da § 30 Absatz 3 in § 41 Absatz 4 WHG aufgeht.

Unterabschnitt 2 Ausgleich der Wasserführung

Zu § 66 (Pflicht zum Ausgleich der Wasserführung)

Die Pflicht zum Ausgleich der Wasserführung ist seit langem als wasserrechtliche Sonderpflicht landesgesetzlich geregelt und verlangt, Maßnahmen zum Ausgleich der Wasserführung aus speziellem Anlass (nachteilige Veränderungen des Wasserabflusses) durchzuführen. Beispielhaft waren in einer Vorgängerregelung Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen zum Anstau von Gewässern und von Rückhaltebecken genannt.

Nachteilige Abflussveränderungen i. S. der Regelung sind nicht die natürlichen Veränderungen des Abflusses, z. B. durch den Klimawandel, sondern anthropogen bedingte Veränderungen, insbesondere durch Einleitungen und Bodenversiegelungen im Einzugsgebiet.

Mit den Anforderungen an die Rückhaltung vor Einleitung werden nach der aktuellen Rechtslage in der Sache nachteilige Veränderungen des bis zu 5jährigen Abflusses verhindert bzw., sollten Einleitungen diese Anforderungen nicht erfüllen, wäre eine nachträgliche Anordnung bei den Zulassungen dieser Einleitungen rechtssystematisch das richtige Vorgehen. Ökologische Anforderungen an den Abfluss werden vor allem bei den bis zu 5jährigen Abflüssen gestellt.

Die Pflichtenregelung des § 66 wird daher insbesondere nachteilige Abflussveränderungen beim mehr als 5jährigen Abfluss betreffen. Nachteilige Veränderungen in Form eines erhöhten Abflusses können bewirken, dass das Gewässer Gebiete bei einem Abfluss mit einer Jährlichkeit überschwemmt, die bei natürlichem Abfluss bei dieser Jährlichkeit nicht überschwemmt werden würden. Nachteilige Veränderungen können aber auch bewirken, dass Gebiete nicht mehr nur alle 20 Jahre, sondern alle 10 Jahre überschwemmt werden, dass sich also die Häufigkeit der Überschwemmung eines Gebiets erhöht. Bei Hochwasser ist das Wasser möglichst zurückzuhalten; bei Niedrigwasser ist die Wasserführung aufzubessern. Maßnahmen mit dieser Zielrichtung haben Vorrang gegenüber Maßnahmen der Abflussverbesserung durch Gewässerausbau.

Absatz 1

Wenn die anthropogene Überformung eines Einzugsgebiets Anlass gibt, davon auszugehen, dass sich der Wasserabfluss nachteilig verändert hat und Schäden durch Hochwasserabflüsse entstehen, ist das Anlass für den Pflichtenträger, den Kreis und die kreisfreie Stadt, zu untersuchen, ob sich der Abfluss nachteilig verändert. Wenn sich der Abfluss nachteilig verändert hat, sind nicht Maßnahmen des Hochwasserschutzes zu ergreifen, sondern Maßnahmen zum Ausgleich der Wasserführung. Dann muss weiter untersucht werden, wie ein Ausgleich herbeigeführt werden kann. Je nach Ergebnis weist die Regelung dann dem Kreis bzw. der kreisfreien Stadt oder Kreisen gemeinsam oder der einzelnen Kommune die Pflicht zur Umsetzung der Maßnahme zu. Mit Satz 4 werden der pflichtigen Gemeinde die gleichen Möglichkeiten zur Übertragung eröffnet wie bei der Pflicht zur Gewässerunterhaltung und demzufolge auch der zum Gewässerausbau.

Absatz 2

Der Ausgleich der Wasserführung ist im Aufgabenkatalog des WVG und in den Aufgabenkatalogen der sondergesetzlichen Wasserverbandsgesetze enthalten und kann daher durch Wasserverbände im Einvernehmen mit den Pflichtigen nach Absatz 1 übernommen werden bzw. historisch bereits übernommen worden sein.

Die bisherige Regelung des § 87 Absatz 2 LWG (alt) mit ihrem Verweis auf die Enteignungsregelung kann entfallen, weil die Nachfolgeregelung der bisherigen Enteignungsregelung in § 46 LWG (alt) in § 101 einen Verweis nicht mehr erfordert.

Zu § 67 (Umlage des Aufwands für den Ausgleich der Wasserführung)

Die bisherige Regelung (§ 88 LWG (alt)) wird im Wesentlichen unverändert weitergeführt.

Absatz 1

Es entspricht dem Verursacherprinzip, die Kosten für Ausgleichsmaßnahmen nach § 69 auf die Verursacher umzulegen, d. h. auf diejenigen, die z. B. durch Versiegelung des Bodens oder durch Einleitung von Abwasser und Niederschlagswasser zu den nachteiligen Abflussveränderungen nicht nur unwesentlich beitragen. Dabei treten die Gemeinden für die Beiträge der Grundstückseigentümer und der Direkteinleiter von Abwasser, sofern die Gemeinde dafür die Abwasserbeseitigungspflicht trifft, in Vorlage.

Sofern Wasserverbände die Pflicht zum Ausgleich der Wasserführung erfüllen, haben sie die Wahl, ob sie die Kosten dafür nach dieser Vorschrift oder nach den verbandsrechtlichen Vorschriften als Verbandsbeiträge auf ihre Mitglieder umlegen

Absatz 2

Wenn die Gemeinden in Vorlage treten, können sie ihren Beitrag wiederum im Gemeindegebiet auf die Verursacher umlegen.

Sofern Wasserverbände die Pflicht zum Ausgleich der Wasserführung erfüllen, haben sie die Wahl, ob sie die Kosten dafür nach dieser Vorschrift oder nach den verbandsrechtlichen Vorschriften als Verbandsbeiträge auf ihre Mitglieder umlegen.

§ 88 Absatz 3 LWG (alt) kann entfallen, weil diese Vorgabe keiner ausdrücklichen Regelung bedarf.

Unterabschnitt 3 Gewässerausbau

Zu § 68 (Pflicht zum Gewässerausbau)

Das WHG regelt keine Pflicht zum Gewässerausbau, die bisherige Regelung (§ 89 LWG (alt)) ist daher weiterzuführen. Die Absätze zur Ausbaupflicht werden dabei zusammengefasst und die Pflicht präzisiert und auf die wasserwirtschaftliche Ausbaupflicht beschränkt.

Da die wasserrechtliche Ausbaupflicht in der Sache lediglich an wasserwirtschaftlichen Erwägungen anknüpft, ist die Veranlassung durch das „Wohl der Allgemeinheit“ zu weit gefasst und muss auf die wasserwirtschaftlichen Aspekte beschränkt werden. Ausbauvorhaben, denen andere Erwägungen zugrunde liegen, können durch andere als den Unterhaltungs- und damit Ausbaupflichtigen nach den wasserrechtlichen Vorgaben durchgeführt werden, sofern die Zulassungsvoraussetzungen nach § 68 WHG vorliegen. Eine Regelung, dass die Gewässerausbaupflicht auf andere Personen übertragen werden kann, ist bislang nicht getroffen und auch nicht erforderlich, weil die Gewässerausbaupflicht der Gewässerunterhaltungspflicht folgt.

Die bisherige Regelung des § 89 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) war nicht fortzuführen, weil sie redundant zur bisherigen Regelung in § 89 Absatz 2 LWG (alt) ist. Es wird die Formulierung des § 89 Absatz 2 LWG (alt) weitergeführt, da die Beschränkung auf Pflichtige, die keine öffentlich-rechtliche Körperschaft sind, aufzugeben war; auch gegenüber öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind Ordnungsverfügungen möglich. Es ist allerdings vorher aufsichtsrechtlich auf die Körperschaft einzuwirken. Auch die Regelung zur Pflichtigkeit der Teilnehmergeinschaft bei Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens wird nicht weitergeführt, da sie keine praktische Relevanz mehr hat.

Zu § 69 (Umlage des Ausbauaufwands)

Die bisherige Umlageregelung (§ 89 Absatz 3 Satz 1 LWG (alt)) wird als eigenständiger Paragraph weitergeführt, damit wie auch bei den anderen Pflichten Pflicht und Umlage in getrennten Paragraphen geregelt werden.

Zu Absatz 1

Die Umlage des Ausbauaufwands folgt, sofern der Ausbau durch nachteilige Abflussveränderungen veranlasst ist, der Umlageregelung für den Aufwand bei Maßnahmen des Ausgleichs der Wasserführung (§ 67), in diesem Fall wird also der Aufwand auf die Verursacher umgelegt.

Zu Absatz 2

Im Übrigen folgt die Umlage der Regelung zur Umlage des Unterhaltungsaufwands, also auf die Vorteilhabenden, wobei die Anteile der Erschwerer entfallen und damit § 64 Absatz 1 Satz 4 Satz 4 keine Anwendung findet.

§ 89 Absatz 3 Satz 2 LWG (alt) wird in § 54 Satz 2 Nr. 6 überführt.

Zu § 70 (Vorteilsausgleich)

§ 70 führt die bisherige Rechtslage (§ 103 LWG (alt)) zum besonderen Vorteilsausgleich bei Gewässerausbaumaßnahmen fort, der die allgemeine Regelung zur Umlage des Ausbauaufwands nach § 69 ergänzt, die ebenfalls im Grundsatz an das Vorteilsprinzip anknüpft. Das Bundeswasserrecht, insbesondere § 70 WHG, regelt beim Gewässerausbau weder Pflicht noch Umlage der Kosten. Die Fortführung der Umlageregelung ist deshalb notwendig.

In Absatz 1 wird die Umlage nach dem Vorteilprinzip geregelt. Ausbaumaßnahmen können von vornherein vom Ausbauträger zum eigenen Vorteil geplant und durchgeführt werden. In diesem Fall ist es selbstverständlich, dass der Ausbauträger auch die Kosten selbst trägt. Es kann aber auch sein, dass öffentlich-rechtliche Körperschaften ein Gewässer zum Nutzen des Einzugsgebiets ausbauen, gleichzeitig aber einzelne daraus auch einen nicht nur unerheblichen Vorteil gewinnen. Sie sollen dann zum Vorteilsausgleich verpflichtet sein. Der Beitrag soll vorweg nach dem Maße ihres Vorteils pauschal ermittelt werden. Der Rest des Aufwands wird auf die Veranlasser oder das seitliche Einzugsgebiet umgelegt.

Absatz 2 greift den Fall auf, dass ein Gewässerausbau zum einem dem besonderen Vorteil einzelner dient und zum anderen der Erfüllung einer wasserrechtlichen Pflicht nach §§ 66, 68, also der Pflicht zum Ausgleich der Wasserführung und der Pflicht zum Gewässerausbau. In diesem Fall sind zunächst die besonderen Vorteile zu ermitteln und die verbleibenden Kosten entsprechend den allgemeinen Regelungen umzulegen.

Absatz 3

Die Regelung ist neu und orientiert sich an der Regelung des WHG zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung an Gewässern 1. Ordnung durch den Eigentümer als Unterhaltungspflichtigen in § 40 Absatz 1 Satz 2, § 42 Absatz 2 WHG. Gewässerunterhaltungs- und damit auch -ausbaupflichtig ist nach § 62 Absatz 1 Nummer 1, § 68 der Eigentümer bzw., wenn dieser keine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist, das Land. § 62 Absatz 1 Satz 1 weist daher nur für Eigentümer, die keine öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind, dem Land in Abweichung von § 40 Absatz 1 Satz 1 WHG die Pflicht zu. Nach § 40 Absatz 1 Satz 2 WHG kann daher der Bund als Eigentümer der Bundeswasserstraßen an diesen seinen Aufwand für Unterhaltungsmaßnahmen umlegen. Das Gleiche gilt für das Land, soweit es Eigentümer des Gewässers ist. Nur soweit das Land nicht als Eigentümer unterhaltungs- und ausbaupflichtig ist, bestand bislang keine Umlagemöglichkeit.

Den Gewässerausbau regelt der Bundesgesetzgeber nicht und dementsprechend auch nicht die Umlage der Kosten des Gewässerausbaus.

Nach den landesrechtlichen Regelungen konnten bislang Land und Bund den Aufwand für die Gewässerunterhaltung und den Ausbau an Gewässern 1. Ordnung nur nach § 103 LWG (alt) umlegen und haben dies im Regelfall nicht getan. Dieses Vorgehen hatte seinen Grund darin und war insoweit gerechtfertigt, als der Unterhaltungs- und Ausbauaufwand bei großen Gewässern unverhältnismäßig hoch im Vergleich zu kleinen Gewässern ist und wasserwirtschaftliche Maßnahmen einen höheren Allgemeinwohlaspekt haben als bei kleinen Gewässern. Diese Überlegung ist allerdings insbesondere dann nicht gerechtfertigt, wenn und soweit Anlass und Zweck der Maßnahme nicht wasserwirtschaftlicher Natur sind, sondern in den angrenzenden Nutzungen bzw. ihrem Schutz liegen. Diesem Umstand trägt die Regelung des § 40 Absatz 1 WHG für die Gewässerunterhaltung Rechnung, allerdings angesichts der Beschränkung des Bundesgesetzgebers auf die Gewässerunterhaltung nicht für den Gewässerausbau und auch nur für Unterhaltungsmaßnahmen des Eigentümers, dessen Pflicht das WHG regelt.

Absatz 3 erweitert daher die Möglichkeit für den Gewässereigentümer an fließenden Gewässern nach § 40 Absatz 1 Satz 1 WHG, seinen Unterhaltungsaufwand umzulegen, wenn auch nur marginal für die Fälle, in denen das Land unterhaltungspflichtig, aber nicht Gewässereigentümer ist, weil Letzterer keine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist.

Absatz 3 erweitert außerdem die Möglichkeit, den Ausbauaufwand in diesen Fällen umzulegen, da es keine Gründe gibt, diesen anders als den Unterhaltungsaufwand zu behandeln. Die Regelungen über die Umlage des Aufwands für den Gewässerausbau folgen denen der Umlage des Aufwands der Gewässerunterhaltung (§ 64).

Allerdings wird die Möglichkeit der Umlage abweichend zur Regelung in § 40 Absatz 1 Satz 1 WHG relevant auf die Fälle eingeschränkt, dass und soweit Anlass und Zweck der Maßnahme nicht wasserwirtschaftlicher Natur sind, sondern in den angrenzenden Nutzungen bzw. ihrem Schutz liegen. Diese Einschränkung trägt dem dargelegten Umstand Rechnung, dass nur in diesen Fällen der Grund, von einer Umlage abzusehen, nicht einschlägig ist, dass der Unterhaltungs- und Ausbauaufwand bei großen Gewässern unverhältnismäßig hoch im Vergleich zu kleinen Gewässern ist und wasserwirtschaftliche Maßnahmen einen höheren Allgemeinwohlaspekt haben als an kleinen Gewässern.

Dies ist gerechtfertigt, weil auch seit dem Inkrafttreten des § 40 Absatz 1 Satz 2 WHG weder Bund noch Land den Aufwand für die wasserwirtschaftliche Unterhaltung umgelegt haben. Anders als im WHG wird allerdings auch die Umlage des Ausbauaufwands geregelt. Der Bund regelt nicht den Gewässerausbau und daher auch nicht dessen Umlage. Die Regelungen über den Gewässerausbau folgen zwingend denen der Unterhaltung.

Anders als im Bundesrecht wird ein zweistufiges Umlageverfahren geregelt. Nach § 40 Absatz 1 Satz 2 WHG wird direkt auf die einzelnen Vorteilhabenden umgelegt, während nach Absatz

3 die Umlage bei Gewässern 1. Ordnung, also durch Bund und Land, zunächst auf die Kommunen erfolgt, die dann entsprechend den allgemeinen Vorgaben für die Umlage des Aufwands der Gewässerunterhaltung und des Gewässerausbaus ihrerseits umlegen können. Denn gewässerangrenzende Nutzungen liegen häufig im Verantwortungsbereich der Kommune (z. B. Bauleitplanung), die bei der Umlage ihr bisheriges Vorgehen zu berücksichtigen hat.

Zu § 71 (Grundsätze des Gewässerausbaus)

Es werden die Grundsätze des Gewässerausbaus in Fortführung des § 100 LWG (alt) geregelt. Der Landesgesetzgeber ist (weiterhin) befugt, die bundeswasserrechtlichen Ausbaugrundsätze nach § 67 WHG zu ergänzen, da sie nur einen groben Rahmen („Planungsleitlinien“, vgl. BT-Drucks. 16/12275, S. 73) vorgeben.

Die Regelung nimmt die bisherige Regelung § 100 Satz 1 und 4 LWG (alt) auf. Wie bei allen Zulassungstatbeständen sind die wesentlichen wasserrechtlichen Anforderungen zu nennen. Das sind neben den Maßnahmenprogrammen nach den §§ 75 und 82 WHG die materiellen Vorgaben in den Bewirtschaftungszielen nach §§ 27 bis 31 WHG, deren Konkretisierung in den Bewirtschaftungszielen des geltenden Bewirtschaftungsplans sowie die allgemeinen Grundsätze des Gewässerausbaus.

Die Regelung berücksichtigt weiter die geänderte Struktur und Systematik der Ausbaugrundsätze im neuen WHG. Der in § 100 Absatz 1 Satz 1 und 2 LWG (alt) verwandte unbestimmte Rechtsbegriff der „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ (a. a. R. d. T.) wird nicht beibehalten. Er ist an dieser Stelle rechtstechnisch verfehlt, weil die Genehmigungsbehörde bei der Zulassung des Gewässerausbaus grundsätzlich ein Planungsermessen auszuüben hat, indem die der Ausbaumaßnahme entgegenstehenden Belange mit den für sie sprechenden abzuwägen sind. Dazu bedarf es eines umfangreichen behördlichen gestalterischen Frei- raums. Diesem behördlichen Abwägungsprozess ist die Einführung von „a. a. R. d. T.“ eher fremd, weil für denjenigen, der sie anwendet, eine gesetzliche Vermutung (gerade auch gegenüber der Genehmigungsbehörde) begründet wird, dass ein umweltgerechter Gewässerausbau vorliegt. Dadurch wird die von § 68 Absatz 3 WHG vorausgesetzte planerische Abwägung faktisch eingeschränkt. Demgegenüber tragen die in der Nachfolgeregelung eingefügten „Grundsätze für den Gewässerausbau“ der planerischen Gestaltungsfreiheit der Planfeststellungsbehörde stärker Rechnung.

Die bisherige Regelung in § 100 Absatz 1 Satz 3 LWG (alt) wird nicht weitergeführt, da die Vorgaben des § 71 LWG (neu) weitergehende Anforderungen obsolet machen.

Unterabschnitt 4 Gemeinsame Vorschriften

Zu § 72 (Finanzierungshilfen des Landes)

Die bestehende Regelung des § 93 LWG (alt) wird erweitert und im Wesentlichen weitergeführt.

Die Regelung greift den Fall auf, dass der Aufwand bzw. der Teil des Aufwands für eine Maßnahme der Gewässerunterhaltung, und neu auch der Aufwand für eine Maßnahme des Gewässerausbaus, nicht nach §§ 64, 69 und 70 umlagefähig ist, weil die Maßnahme, ggfls. der Teil einer Maßnahme, dem Allgemeinwohl und nicht dem Vorteil der Eigentümer von Flächen im Einzugsgebiet oder Sondervorteilen dient. Dabei ist davon auszugehen, dass eine

Maßnahme, auch wenn sie primär ökologischen Kriterien folgt, im Regelfall einen wesentlichen Anteil hat, der dem ordnungsgemäßen Abfluss dient, und einen Anteil, der als allgemeinwohlbezogen zu qualifizieren ist. Zum einen verweist der Begriff „ordnungsgemäße Abfluss“ schon immer auf eine Ordnung, die Kriterien für den Abfluss vorgibt, die es einzuhalten gilt. Zum anderen ist in den letzten Jahrzehnten deutlich geworden, dass der möglichst schnelle Abfluss in einem trapezförmigen, geräumten Gewässerbett ohne Uferabbrüche nicht zum Vorteil eines jeden Flächeneigentümers gereicht. Kurz gefasst ist der schnelle Abfluss im Oberlauf die Überschwemmung der Flächen am Unterlauf. Der natürliche Abfluss und nicht der lange Zeit als wasserwirtschaftliches Ziel verfolgte schnelle Abfluss im ausgeräumten Trapezprofil liegt daher auch im Interesse der Eigentümer der Grundstücke, die das Gewässer entwässert. Dabei kommt es nicht auf das Interesse des konkreten Flächeneigentümers an, sondern auf eine Gesamtbetrachtung des Einzugsgebiets. Der ordnungsgemäße Abfluss ist der Abfluss, der die Interessen aller Flächeneigentümer an einem möglichst schadlosen Abfluss des Gewässers wahrt und gerade nicht der Abfluss im geräumten Trapezprofil.

Eine genaue Aufteilung einer Maßnahme und dementsprechend ihres Aufwands in einen Teil für den ordnungsgemäßen Abfluss und einen gemeinwohlbezogenen Teil wird daher in nur wenigen Fällen möglich sein, in denen eine Maßnahme überhaupt keinen Abflussbezug hat.

Die Finanzierungshilfe, die nach der geltenden Richtlinie flächendeckend für ökologische Maßnahmen gewährt wird, deckt daher bei weitem den Anteil am Aufwand für Gewässerunterhaltung und -ausbau ab, den man überschlägig als allgemeinwohlbezogen qualifizieren könnte.

Zu § 73 (Vorkaufsrecht)

Der Vollzug der letzten Jahre hat gezeigt, dass gerade die dringend für die Erreichung der Bewirtschaftungsziele erforderlichen morphologischen Maßnahmen nicht umgesetzt werden können, da die erforderlichen Flächen am Gewässer nicht zur Verfügung stehen. Zwar ist nicht in jedem Fall ein Flächenerwerb unabdingbare Voraussetzung für die Durchführung der Maßnahme, aber die in Teilen bei einem kooperativen Vorgehen nur erforderliche Zustimmung des Flächeneigentümers zur Umsetzung der Maßnahme lässt sich häufig auch nicht erreichen. Das Flächenmanagement zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie und in deren Umsetzung des WHGs muss daher verbessert werden, um die europarechtlichen Pflichten zu erfüllen. Das Land ist daher bestrebt, wo keine Einigung über die Flächeninanspruchnahme zu erreichen ist, möglichst die Flächen zu erwerben, die für Maßnahmen nach dem Maßnahmenprogramm zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele erforderlich sind. Ein Vorkaufsrecht für diese Zwecke unterstützt ein solches Bestreben. Anders als das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) kennt aber das WHG kein Vorkaufsrecht. Nun könnte ggfls. das Vorkaufsrecht nach § 66 BNatSchG für den Erwerb von Gewässergrundstücken selbst herangezogen werden. Damit wäre aber dem wasserwirtschaftlichen Bedarf nur ungenügend Rechnung getragen, da sich Gewässergrundstücke häufig mehr oder weniger auf das Gewässerbett beschränken und für eine Gewässerentwicklung, gerade in Anbetracht des im Vollzug verfolgten Strahlwirkungsprinzips, diese Fläche allein nicht ausreichend sein wird. Daher wird neu in Anlehnung an die Regelung des BNatSchG ein Vorkaufsrecht für das Land geregelt, um den Aufwand und die Zeit für den Flächenerwerb zu verringern.

Absatz 1

Satz 1 regelt die Flächen, auf die sich das Vorkaufsrecht erstreckt. Zum einen wird das Vorkaufsrecht geregelt für Grundstücke, auf denen sich das Gewässer befindet, sowie auf die diesem Grundstück angrenzenden Grundstücke. Dabei werden auch die auf diesen Grundstücken befindlichen Anlagen erworben, soweit sie wesentlicher Bestandteil des Grundstücks sind. Zum anderen erstreckt sich das Vorkaufsrecht auf Grundstücke im Überschwemmungs-

gebiet, das festgesetzt oder vorläufig gesichert ist. Das betrifft insbesondere die größeren Gewässer. Außerdem sollen Grundstücke erworben werden können, auf die sich eine spezifische Maßnahmenplanung bezieht.

Zur Rechtssicherheit erstreckt sich das Vorkaufsrecht nur auf Grundstücke, die im Verzeichnis nach Absatz 4 aufgeführt worden sind. Das Vorkaufsrecht besteht auch bei der Begründung und Übertragung von Erbbaurechten.

Die Regelung des Satzes 2 und 3 wird insbesondere für Grundstücke am Rande des Überschwemmungsgebiets Anwendung finden.

Satz 4 greift den Fall auf, dass beim Verkauf eines Betriebs, also von mehreren Grundstücken, auf denen sich ein Betrieb befindet, ein Vorkaufsrecht nur für eines dieser Grundstücke ausgeübt werden soll und dieses Grundstück für den Zweck des Betriebs zwingend erforderlich ist. Letztes ist zum Beispiel der Fall, wenn der Betrieb auf eine Wasserentnahme angewiesen ist und es um das Grundstück am Gewässer geht, auf dem sich die Entnahmeanlage befindet. Vergleichbares gilt bei Betrieben, die ihr Abwasser selbst beseitigen. Als zwingend erforderlich im Sinne des Satzes 4 ist auch ein Grundstück anzusehen, das an ein Hofstück unmittelbar angrenzt, im Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Betrieb steht und für die weitere Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes benötigt wird, um die Hofstelle zukünftig baulich erweitern zu können. Weiterhin zählt hierzu hofangrenzende Flächen zur Aufrechterhaltung der Produktion und Vermeidung von Mehrwegen (etwa Erhalt der Möglichkeit des Weidengangs, Erhalt der Möglichkeit der Wasserversorgung von der Hofstelle aus).

Satz 5 regelt die verschiedenen Zwecke, für die das Vorkaufsrecht ausgeübt werden kann. Zusammenfassend muss der Kauf der Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele dienen. Bei Gewässern, die berichtspflichtige Wasserkörpern sind, sind die im Bewirtschaftungsplan aufgeführten Bewirtschaftungsziele maßgebend, die Maßnahmen selbst sind als Programmmaßnahmen mit Maßnahmenplan aufgeführt. Bei den nicht berichtspflichtigen Gewässern ist auf die Regelungen in den §§ 27 ff. WHG zurückzugreifen. Wenn in Einzelfällen bereits konkrete Maßnahmen in der Planung sind, kann auf diese als Begründung zurückgegriffen werden.

Die Ausübung wird auf Flächen im Außenbereich (§ 35 BauGB) beschränkt, da Maßnahmen nur in absoluten Ausnahmefällen im Innenbereich (§§ 33 und 34 BauGB) durchgeführt werden. Eine Beschränkung bereits in Satz 1 ist nicht möglich, da sich die Flächen des Bereichs § 35 BauGB von denen des § 35 BauGB teilweise nur im Einzelfall abgrenzen lassen.

Absatz 2

In diesem Absatz wird das Verfahren bei der Ausübung des Vorkaufsrechts geregelt. Satz 2 ermöglicht, dass die zuständige Behörde das Vorkaufsrecht nicht für das Land, sondern auf dessen Antrag zugunsten eines Pflichtigen ausübt mit der Folge (Satz 3), dass der Vertrag zwischen diesem und dem Verkäufer zustande kommt.

Satz 4 regelt die Pflicht des Verkäufers, den Vertrag der zuständigen Behörde mitzuteilen, wobei nach Satz 5 diese Mitteilung durch die des Käufers (Dritter) ersetzt wird.

Mit Satz 6 wird die Möglichkeit für die zuständige Behörde, das Vorkaufsrecht auszuüben, auf zwei Monate befristet. Damit erübrigt sich eine Mitteilung der Behörde, wenn sie das Vorkaufsrecht nicht ausübt.

Absatz 3

In diesem Absatz werden in Anlehnung an die Regelung des BNatSchG Einzelheiten zum Vorkaufsrecht geregelt. Insbesondere werden die Verkäufe mit einem Ehegatten, eingetragenen Lebenspartner oder einem Verwandten ersten Grades ausgenommen.

Absatz 4

Absatz 4 enthält Regelung zum Verzeichnis über die Flächen, für die ein Vorkaufsrecht besteht. Das Verzeichnis wird über Internet für jedermann zugänglich sein. Notare erhalten einen registrierten Zugang, um eine nachweisbare Auskunft über das Bestehen oder Nichtbestehen des Vorkaufsrechts für ein Grundstück zu bekommen.

Zu § 74 (Koordinierung der Unterhaltung und des Ausbaus der Gewässer sowie des Ausgleichs der Wasserführung)

Absatz 1

Die Regelung in Satz 1 greift die bereits bestehende Pflicht zur Koordinierung der Gewässerunterhaltung in § 90 b LWG (alt) auf und erweitert sie auf alle Pflichtenträger. Die Umsetzung der Bewirtschaftungsziele erfordert bei allen gewässerbezogenen Maßnahmen ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Ausbau-, Ausgleichs- und Unterhaltungspflichtigen, nicht nur bei denen der Gewässerunterhaltung. Denn die Entwicklung von kosteneffizientesten Maßnahmenkombinationen kann nur dann gewährleistet werden, wenn sich die Pflichtigen für alle Maßnahmen am Gewässer untereinander abstimmen. Diese Abstimmung könnte zwar bei den zulassungspflichtigen Maßnahmen wie Ausgleich der Wasserführung und Ausbau durch die Bewirtschaftungsbehörde gesichert werden, wenn sie die Anträge auf Zulassung der Maßnahmen prüft. Dieser Zeitpunkt ist aber ersichtlich zu spät und würde sich auch nicht auf die zulassungsfreie Gewässerunterhaltung beziehen. Aufgabe der zuständigen Behörde ist es, die Bewirtschaftungsziele für den Koordinierungsprozess zu konkretisieren. Die Abstimmung selbst haben primär die für die jeweilige Aufgabe (Ausbau, Unterhaltung, Ausgleich) Pflichtigen durchzuführen. Nur auf der Grundlage dieser Abstimmung können sie ihre jeweiligen Pflichten erfüllen, deren Inhalt durch die wasserwirtschaftlichen Bewirtschaftungsvorgaben bestimmt wird, wie die Regelung der Pflichten zeigt. Die Umsetzung von Maßnahmen im 1. Bewirtschaftungszyklus hat gezeigt, dass die allgemeinen Pflichtenregelungen mit solchen organisatorischen Vorgaben flankiert werden müssen, damit die Bewirtschaftungsziele kosteneffizient erreicht werden können. Sollte der mit der Abstimmung verbundene Aufwand erheblich sein, geben die Regelungen zur Übertragung der verschiedenen Pflichten in §§ 62, 63 ausreichende Möglichkeiten, den Abstimmungsaufwand zu reduzieren.

Satz 2 regelt darüber hinaus die Pflicht der für dieses Gewässer zuständigen Bewirtschaftungsbehörde, die Abstimmung sicherzustellen. Diese Behörde hat zwar auch die Aufsicht über die Pflichtigen und ihr obliegt diese Pflicht daher ohnehin. Da aber in Anbetracht der komplexen Situation die Abstimmung häufig nur mit Unterstützung und Begleitung der zuständigen Bewirtschaftungsbehörde möglich sein wird, regelt Satz 2 nicht nur die aufsichtliche Sicherstellung der Pflicht, sondern darüber hinaus die Vorgabe für die Behörde, die Pflichtigen bei der Abstimmung zu unterstützen.

Absatz 2

Absatz 2 regelt in Anlehnung an die Regelung des Abwasserbeseitigungskonzepts in § 47 die Art und Weise, wie die Ergebnisse der nach Absatz 1 erfolgten Abstimmung am Gewässer niederzulegen sind. Mit den bislang erarbeiteten Umsetzungsfahrplänen liegen bereits Grundlagen für solche Übersichten vor. Auch hier gilt, dass, sollte der entstehende Verwaltungsaufwand gemindert werden müssen, die Regelungen in den §§ 62, 63 zur Übertragung der Pflichten eine entsprechende Grundlage bieten.

Die Absätze 3 und 4 regeln die Überprüfung, Beanstandung und ggfls. Anordnungsbefugnis vergleichbar dem Abwasserbeseitigungskonzept.

Abschnitt 4 Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken, Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern

Zu § 75 (Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken, Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern)

Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken und Rückhaltebecken außerhalb des Gewässers unterliegen bereits seit 1962 besonderen Regelungen unter Verweis auf ihre besondere Bedeutung für den Wasserhaushalt und die Wasserwirtschaft. Die bisherigen Regelungen haben sich bewährt und werden weitergeführt. Anlagen dieser Art und auch ihre Änderungen können raumbedeutsam sein. Bei ihrer Zulassung im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens sind nach § 4 des Raumordnungsgesetzes Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen.

§ 75 führt die Definitionen von Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken und von Rückhaltebecken außerhalb von Gewässern fort. Alle diese Bauwerke können ähnliche Sicherheitsvorkehrungen notwendig machen. Sie werden dann insoweit den Talsperren gleichgestellt.

Zu § 76 (Bau und Betrieb)

So bedeutende Bauwerke wie die Talsperren sind mindestens nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten, instand zu halten und zu betreiben sind. Die Vorschrift dient der Rechtssicherheit, indem sie die Möglichkeit eröffnet, diese Regeln verbindlich einzuführen.

Das Sanierungsgebot in Absatz 2 ist eine Folge der Regelung in Absatz 1.

Rückhaltebecken außerhalb eines Gewässers bedürfen der Genehmigung (§ 76 Absatz 3 Satz 1). Die wesentliche Änderung einer jeden Anlagen nach § 75 bedarf, soweit sie kein Gewässerausbau, der Anzeige (§ 76 Absatz 3 Satz 2), wobei dann die zuständige Behörde die Möglichkeit hat, die Genehmigungspflicht anzuordnen (§ 76 Absatz 3 Satz 3).

Der bisherige Absatz 7 kann entfallen, da die Regelung in § 110 enthalten ist.

Abschnitt 5 Hochwasserschutz

Unterabschnitt 1 Deiche und andere Hochwasserschutzanlagen

Zu § 77 (Errichten, Beseitigen, Umgestalten von Deichen und anderen Hochwasserschutzbauten)
§ 77 übernimmt mit redaktionellen Anpassungen die bisherige Regelung in § 107 Absatz 1 LWG (alt) über die Anforderungen an das Errichten, Beseitigen oder wesentliche Umgestalten von Deichen und anderen Hochwasserschutzanlagen.

Die Vorgaben für die Maßnahmen bleiben im Wesentlichen unverändert bestehen. Es werden die allgemein anerkannten Regeln der Technik aufgenommen, die bislang in der Regelung des Gewässerausbaus enthalten waren und dort gestrichen worden sind. Diese Ergänzung ist bei Deichen erforderlich, da auch die nachfolgenden Regelungen immer wieder an den allgemein anerkannten Regeln der Technik anknüpfen. Der Deich als technisches Bauwerk ist solchen technischen Anforderungen zugänglich. Die Anforderungen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik gewährleisten eine ausreichend Sicherheit. Die Anforderungen nach den a. a. R. d. T. beim Deichbau haben sich entwickelt und wurden ständig an neue Erkenntnisse angepasst. Nach dem 1986 erschienen Merkblatt „Flussdeiche“ des Deutschen Verbandes für Wasserwirtschaft und Kulturbau e.V. (DVWK) wurde 1997 die DIN 19712 „Flussdeiche“ veröffentlicht. Im Jahr 2011 folgte dann eine ausführliche Fortschreibung des DVWK-Merkblattes durch die Nachfolgeorganisation Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) und im Jahr 2013 erschien eine ebenfalls an aktuelle Erkenntnisse angepasste DIN 19712 „Hochwasserschutzanlagen an Fließgewässern“. Die allgemein anerkannten Regeln der Technik der Hochwasserschutzanlagen sind daher auf neuem Stand.

Mit dem Verweis auf § 71 werden die Grundsätze des Gewässerausbaus übernommen.

Der Verweis auf § 101 LWG (alt) zur Entschädigungspflicht bei Gewässerausbau wird mangels Regelungsbedarfs ersatzlos gestrichen. Der Verweis auf § 103 Absatz 1 LWG (alt) kann wegen der Regelung in § 79 entfallen. Der Verweis auf § 104 LWG (alt) (Mitprüfung der baurechtlichen Vorgaben) ist ebenfalls wegen der Regelung in § 110 obsolet.

§ 107 Absatz 2 (alt), die Regelung zu den Betretungs- und Benutzungsrechten, wird in § 97 weitergeführt.

Zu § 78 (Unterhaltung und Wiederherstellung)

§ 78 übernimmt die bisherige Regelung zur Unterhaltung und Wiederherstellung von Deichen (§ 108 LWG (alt)) bis auf deren Absatz 5 und formuliert sie in Teilen deutlicher.

Absatz 1 regelt die Pflicht als öffentlich-rechtliche Verbindlichkeit, also als Pflicht gegenüber dem Staat und nicht gegenüber Dritten. Die Pflicht ist daher nicht von im Polder wohnenden Personen einklagbar.

Absatz 2 weist wie bisher in seinen Sätzen 1 und 2 die Unterhaltungspflicht demjenigen zu, der den Deich errichtet hat, bzw. dem bisher Unterhaltungspflichtigen. Neu ist die Regelung in den Sätzen 3 und 4, die die Unterhaltungspflicht konkretisieren und ermöglichen, dass die zuständige Behörde den Umfang der Unterhaltung einschränken kann. Diese neue Regelung schafft Klarheit über den Pflichtenumfang, zum einen über den grundsätzlichen Umfang der Unterhaltung (Satz 3) und zum anderen über eine behördliche Entscheidung auch dann, wenn weniger erforderlich ist (Satz 4).

Absatz 3 führt die bisher in § 108 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 3 LWG (alt) enthaltene Fälle der Sanierung und der Wiederherstellungspflicht zusammen. Anders als bislang wird diese nicht mehr von einer Verpflichtung des Unterhaltungspflichtigen durch die zuständige Behörde abhängig gemacht, sondern sie knüpft an die Tatbestandsvoraussetzungen an. Das fördert die Effektivität, weil die Sanierungs- und Wiederherstellungspflicht der Regelfall ist und man nur

in Ausnahmefällen von einer Sanierung oder Wiederherstellung eines nicht mehr den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechenden bzw. zerstörten Deichs absehen können wird. Außerdem wird durch den Statusbericht nach § 81 deutlich, ob der Deich den anerkannten Regeln der Technik entspricht oder nicht, so dass auch die Voraussetzungen für eine Sanierungspflicht im Einzelfall klar sind. Dies gilt erst recht für den Fall des Verfalls oder der Zerstörung eines Deichs.

Die bisher durch den Verweis auf § 96 LWG (alt) geregelte Erstattungspflicht gegenüber Störern wird über den Verweis auf § 40 Absatz 3 Satz 2, § 42 Absatz 2 WHG geregelt.

Absatz 4 führt den bisherigen Absatz 4 fort und regelt den Fall, dass ungewiss oder streitig ist, wer nach Absatz 1 unterhaltungspflichtig ist. In diesen Fällen kann die zuständige Behörde wie bisher die Kommune vorläufig heranziehen, die sich entweder vom Pflichtigen ihre Aufwendungen ersetzen lassen oder sie nach § 79 auf die Vorteilhabenden umlegen kann.

Die Absätze 5 und 6 regeln die Möglichkeiten, die Pflichten zu übertragen. Absatz 5 führt die bisherige Regelung zur Übernahme der Unterhaltungspflicht durch Dritte (§ 109 LWG (alt)) weiter. Es wird wie bei allen Pflichten neu geregelt, dass eine Pflicht nur insgesamt übernommen wird. Bei einer Aufsplitterung der Pflicht wäre zu befürchten, dass die Verantwortlichkeit für eine Maßnahme nicht klar und die Deichsicherheit nicht gewährleistet ist. Absatz 6 regelt neu wie auch bei anderen Pflichten die Möglichkeiten der Gemeinde, ihre Pflicht auf eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu übertragen.

Die Regel des bisherigen § 108 Absatz 3 Satz 2 (LWG (alt)) kann entfallen. Es gibt nach den Erfahrungen im Vollzug keinen Fall, in dem es sachlich erforderlich ist, dass der Dritte den Deich wiederherstellt. Wiederherstellungspflichtig sollte immer der Deichunterhaltungspflichtige sein, der sich nach § 40 Absatz 3 Satz 2 WHG seine Aufwendungen vom Verursacher erstatten lassen kann.

Zu § 79 (Umlage)

Es wird die Umlage von Aufwendungen für die Unterhaltung, Sanierung und Wiederherstellung von Deichen geregelt (bisher § 108 Absatz 5 LWG (alt)).

Satz 1 führt den bisherigen § 108 Absatz 5 Satz 1 LWG (alt) unverändert fort und regelt den Vorteil als materiellen Maßstab für die Umlage. Die bisherige Regelung, dass anstelle von Beiträgen Arbeiten geleistet oder Baustoffe geliefert werden können, entfällt. Diese ist noch aus dem preußischen Wasserrecht übernommen und hat keine praktische Bedeutung mehr. Satz 2 stellt klar, dass auch der Aufwand zur Erfüllung der Pflichten nach § 81 umlagefähig ist. Mit § 81 wird die Unterhaltungspflicht konkretisiert.

Zu § 80 (Entscheidungen in Unterhaltungsfragen)

§ 80 regelt die bislang in § 111 LWG (alt) normierte Grundlage für die feststellende Entscheidung, wem die Unterhaltungspflicht obliegt, und deren Umfang. Die Regelung orientiert sich mit ihrer Wortwahl an § 42 WHG und wird nicht mehr auf den Streitfall beschränkt. In der Sache macht das keinen Unterschied, weil der Bedarf an einer solchen Festlegung immer nur im Streitfall entsteht.

Die Regelungen zur Entscheidung über besondere Pflichten im Interesse des Baus und der Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen werden in § 97 weitergeführt.

Zu § 81 (Statusbericht)

Es wird neu ein Statusbericht für Hochwasserschutzanlagen eingeführt.

Der Statusbericht dokumentiert den ordnungsgemäßen Zustand und die Unterhaltung einer Hochwasserschutzanlage durch den Pflichtigen. Er ermöglicht dem Pflichtigen den Nachweis, dass er seine Pflichten erfüllt, und der Aufsichtsbehörde die Kontrolle dieser Pflichterfüllung.

Der ordnungsgemäße Zustand von Hochwasserschutzanlage und ihre Unterhaltung sind von wesentlicher Bedeutung für den Schutz von Leib und Leben und von erheblichen wirtschaftlichen Gütern. Außerdem sind die meisten Hochwasserschutzanlagen mit öffentlichen Mitteln erbaut. Ihre ordnungsgemäße Unterhaltung sichert die Nachhaltigkeit des Einsatzes öffentlicher Mittel.

Damit das Instrument seinen Zweck erfüllt, muss sein Inhalt aussagekräftig sein. Da Wasserverbände und Kommunen unterhaltungspflichtig sind, kann eine Regelung des Inhalts des Statusberichts nur durch Verordnung erfolgen. Angesichts der Fachlichkeit dieser Verordnung erscheint eine Beteiligung des Landtags nicht erforderlich.

Das Gesetz regelt keine Frist, binnen derer der Statusbericht zu erstellen ist. Eine generelle gesetzliche Frist würde den unterschiedlichen Verhältnisse auch nicht Rechnung tragen können. Die Aufsichtsbehörde hat im Einzelfall eine Frist festzulegen. Dabei sollen mit dem Pflichtigen die relevanten Umstände besprochen werden, wie beispielhaft der mit der Berichtserstellung verbundene Arbeitsaufwand, der davon abhängig ist, welche Daten bereits vorliegen und welche noch zu erarbeiten sind.

Zu § 82 (Schutzvorschriften)

§ 82 übernimmt inhaltlich mit redaktionellen Anpassungen § 111a LWG (alt), der sich bewährt hat. Um dem hohen Allgemeininteresse am Schutz der Hochwasserschutzanlagen, die mit einem erheblichen finanziellen Aufwand sowohl der geschützten Bevölkerung als auch des Landes gebaut worden sind, zu entsprechen, werden für den Deich und den engsten Bereich um den Deich Verbote zum Schutz des Deichs geregelt (Absatz 1), von denen nur in Ausnahmefällen eine Befreiung erteilt werden kann (Absatz 2). Bei anderen Hochwasserschutzanlagen wie z. B. Mauern sind zum Schutz nur Genehmigungsvorbehalte erforderlich (Absatz 1 Satz 3).

Absatz 2 trägt der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu der Regelung von Inhalts- und Schrankenbestimmungen des Eigentums Rechnung.

Das Gesetz ermächtigt außerdem die zuständige Behörde, weitergehende Regelungen z. B. auch für weitere Deichschutzzonen zu treffen (Absatz 3). Gesetzliche Regelung und Schutzverordnung werden nebeneinander bestehen.

Ergänzt wird das Verbot „Schädigen und Entfernen der Grasnarbe“. Für die Deichsicherheit ist es unerlässlich, dass die Grasnarbe unversehrt erhalten bleibt, damit das Bauwerk Deich selbst vor weitergehenden Angriffen durch das Wasser im Hochwasserfall geschützt wird.

Der Verweis auf § 31 Absatz 2 LWG (alt) (Rückbauverpflichtung bei Wegfall der Zulassung) entfällt.

Der Verweis auf § 97 LWG (alt) entfällt. Besondere Pflichten zugunsten der Deichunterhaltung sind in § 97 Absatz 2 geregelt.

Unterabschnitt 2 Überschwemmungsgebiete

Zu § 83 (Festsetzung und vorläufige Sicherung von Überschwemmungsgebieten)

In der Regelung wird der Anwendungsbereich von § 76 Absatz 2 Nummer 2 WHG klargestellt, das Verfahren für die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten geregelt, einige klar abgegrenzte Überschwemmungsgebiete durch Gesetz festgesetzt und das Verfahren der vorläufigen Sicherung nach § 76 Absatz 2 WHG aufgenommen.

Absatz 1

Die Regelung stellt § 76 Absatz 2 Nummer 2 WHG klar. Es sind auch Gebiete festzusetzen, die als rückgewinnbare Gebiete für die Hochwasserentlastung und Rückhaltung beansprucht werden und nicht aktuell der Hochwasserentlastung und Rückhaltung dienen.

Absatz 2

In Absatz 2 wird das Festsetzungsverfahren geregelt.

Entsprechend der Vorgaben des WHG wird das Überschwemmungsgebiet durch ordnungsbehördliche Verordnung festgesetzt. Die Zuständigkeit, die das WHG den Ländern auferlegt, wird in Satz 1 auf den nachgeordneten Bereich übertragen. Satz 2 regelt, dass die ordnungsbehördliche Verordnung entgegen § 32 OBG unbefristet ist. Einer Befristung bedarf es nicht, weil nach § 76 Absatz 2 Satz 3 die Festsetzungen ohnehin neuen Erkenntnissen anzupassen sind. Eine Befristung auch von 20 Jahren würde hier ein falsches Signal setzen.

Satz 3 nimmt die Regelung des § 112 Absatz 4 LWG (alt) zur Öffentlichkeitsbeteiligung auf, allerdings mit einer längeren Auslegungsfrist. Der Öffentlichkeit ist ausreichend Zeit zur Stellungnahme zu geben. Es entfällt die Vorgabe eines formalen Verfahrens nach § 73 Absatz 2 bis 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG). Wie die bei der Erarbeitung von Rechtsverordnungen übliche Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt wird, ist der jeweiligen Bezirksregierung im konkreten Festsetzungsverfahren überlassen, die an einer breiten Beteiligung interessiert ist, um die Richtigkeit der erarbeiteten Karten zu evaluieren und die Festsetzung vor Ort zu erläutern. Weiterhin durch das Gesetz gewährleistet wird, dass wie bisher in den Gemeinden ausgelegt wird, wobei auch hier die Auslegungsfrist auf zwei Monate verlängert wird.

Ein Abwägungsprozess findet bei der Festsetzung des Überschwemmungsgebiets des 100jährigen Abflusses nicht statt, da das über den 100jährigen Abfluss definierte Gebiet nach bundesrechtlichen Vorgaben mindestens festzusetzen ist. Eine zu starke Formalisierung des Verfahrens stärkt dessen Effizienz nicht. Die Bezirksregierungen sind darauf angewiesen, dass die Festsetzung inhaltlich richtig ist und von den Betroffenen akzeptiert wird. Das Verfahren ist entsprechend zu führen.

Die neue Formulierung zur Bekanntmachung stellt lediglich die bisherige Regelung klar. Die Regelung knüpft an die Pflicht aus § 76 Absatz 3 WHG an, Gebiete zu ermitteln, in Kartenform darzustellen und vorläufig zu sichern. Mit den Vorgaben zur Öffentlichkeitsinformation wird § 76 Absatz 4, § 79 Absatz 2 WHG Rechnung getragen.

§ 112 Absatz 2 LWG (alt) über die Festlegung von Gewässern und Gewässerabschnitte braucht nicht weiter fortgeführt zu werden, da § 31b WHG nicht weiter fortgeführt worden ist.

Absatz 3

Es werden in Satz 1 klar abgegrenzte Überschwemmungsgebiete unmittelbar durch Gesetz festgesetzt (Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Dämmen oder Hochufern und Gebiete, die auf der Grundlage einer Planfeststellung oder Plangenehmigung für die Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden). Satz 2 regelt die Bekanntmachung dieser Gebiete.

Zu Absatz 4

Satz 1 regelt das Verfahren für die vorläufige Sicherung eines Überschwemmungsgebiets und konkretisiert damit den Vollzugsauftrag zur vorläufigen Sicherung gemäß § 76 Absatz 3 WHG. Die Wirkung der vorläufigen Sicherung regelt § 78 Absatz 6 WHG für die Regelungen nach dem WHG sowie Satz 2 für die Regelungen nach diesem Gesetz.

Durch Satz 3 wird erstmalig geregelt, wann die vorläufige Sicherung endet.

Die Regelung entspricht in ihrer Wirkung der bisherigen Regelung in § 112 Absatz 4 in Verbindung mit § 113 LWG (alt).

Es entfällt die bisherige Regelung zur Begrenzung der Geltung der Verordnungen auf 30 Jahre (§ 112 Absatz 1 Satz 5 mit Verweis auf § 14 Absatz 3 (alt) LWG). Das WHG gibt ohnehin vor, dass die Festsetzungen an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Dazu kommen die Erkenntnisse aus der Hochwasserrisikomanagementplanung, die ebenfalls zur Anpassungen der Festsetzungen zwingen. Eine zeitliche Befristung der Geltung ist daher nicht mehr erforderlich.

Eine Rechtsgrundlage für weitergehende Regelungen, wie sie § 112 Absatz 1 Satz 4 LWG (alt) enthält, bietet bereits § 78 Absatz 5 WHG.

Das Regelungsbedürfnis für § 112 Absatz 3 LWG (alt) entfällt wegen § 106 Absatz 3 WHG. Das Gleiche gilt für § 112 Absatz 5 LWG (alt) in Hinblick auf § 78 Absatz 5 Satz 2 in Verbindung mit § 52 Absatz 5 WHG.

Zu § 84 (Besondere Bestimmungen für Überschwemmungsgebiete)

Die Vorgängerregelung des § 113 LWG (alt) ist mit dem 1. März 2010 weitgehend unwirksam geworden. Durch das WHG 2009 entfallen die Regelungen in § 113 Absatz 1, 2, 4 und 6 LWG (alt) (vgl. jetzt § 78 Absatz 1 bis 4 WHG). Die Regelungen des § 113 Absatz 5 und 7 wurden im WHG nicht übernommen.

Absatz 1

Im Ergebnis weitergeführt wird die Regelung in § 113 Absatz 2 Satz 4 und 5 LWG (alt) über das Verhältnis der Genehmigung nach § 78 Absatz 3 WHG zu anderen Zulassungen. Nach bisheriger Regelung entfällt die Genehmigungspflicht nach § 78 Absatz 3 WHG, wenn bei der Erteilung anderer Zulassungen die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 78 Absatz 3 WHG geprüft werden. Diese Regelung vermeidet doppelte Zulassungen, die, sollten sie unterschiedlichen Inhalt haben, auch beim Bürger auf Unverständnis stoßen dürften. Die Formulierung der Regelung wird dem WHG angepasst, da die Genehmigungspflicht nicht entfallen darf. Daher wird geregelt, dass die Genehmigung nach § 78 Absatz 3 Satz 1 WHG mit der anderen Zulassung erteilt wird. Satz 5 regelt das erforderliche Einvernehmen der ansonsten zuständigen Behörde.

Absatz 2

Die Ersatzgeldregelung des § 113 Absatz 3 LWG (alt) wird nicht mehr weitergeführt, da ihre Konformität mit dem Bundesrecht fraglich ist.

Allerdings besteht weiterhin Regelungsbedarf. Gerade an kleinen Gewässern und bei kleinen Maßnahmen ist der von § 78 Absatz 4 WHG geforderte Ausgleich im Einzelfall wasserwirtschaftlich nicht sinnvoll möglich. In diesen Fällen besteht im Vollzug die Gefahr, dass die zuständige Behörde entweder den verlorenen Retentionsraum prinzipiell als so gering einstuft, dass er nicht ausgeglichen werden muss, oder die Genehmigung verweigert oder keinen wasserwirtschaftlich sinnvollen Ausgleich fordert.

Daher soll anstelle der Ersatzgeldregelung ein Kataster eingeführt werden, das wie die bisherige Ersatzgeldregelung für diese Situationen ermöglicht, den im WHG geforderten Ausgleich wasserwirtschaftlich sinnvoll umzusetzen.

Absatz 3

Die bisherige Regelung in § 113 Absatz 5 LWG (alt) zu Anforderungen an Anlagen zur Wasserversorgung und zur Abwasserbeseitigung wird im Grundsatz übernommen.

Die Vorgabe für die Wasserversorgungsanlagen in Satz 1 Nummer 1 wird präzisiert. Dabei wird berücksichtigt, dass eine hochwassersichere Errichtung und ein hochwassersicherer Betrieb einer Wasserversorgungsanlage dann nicht erforderlich sind, wenn bei Hochwasser die Anlagen nicht betrieben werden, sondern die Wasserversorgung durch andere hochwassersichere oder außerhalb eines Überschwemmungsgebiets liegende Anlagen sichergestellt ist. Das ist häufig bei Anlagen der Fall, bei denen nur selten mit einer Überschwemmung zu rechnen ist, so dass eine entsprechende Nachrüstung unverhältnismäßig wäre.

Bei den Wasserversorgungsanlagen wird die bisherige Frist zur Anpassung an die Anforderung weitergeführt, weil nach Lage der Dinge davon auszugehen ist, dass die Anforderungen bis dahin gewahrt sind. Außerdem erlaubt die Wasserversorgung keine längere Frist, da es um die Sicherung der notwendigen Hygienestandards bei Hochwasser geht.

Die Frist für die Umsetzung der Anforderungen bei Abwasseranlagen in Satz 1 Nummer 2 wird dagegen um 5 Jahre verlängert, weil es bislang keine allgemein anerkannten Regeln der Technik gibt und die Betreiber angemessene Zeit bekommen müssen, um ihre Anlagen anzupassen.

Es wird in Satz 1 Nummer 3 eine Regelung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen aufgenommen, die sich an die Verordnung des Bundes über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen anlehnt, die sich immer noch im Verordnungsgebungsverfahren befindet und deren weiteres Schicksal nicht zu prognostizieren ist. Es werden besondere Vorkehrungen für Anlagen verlangt, mit denen eine Freisetzung und ein Abschwemmen wassergefährdender Stoffe verhindert werden soll.

Die Sätze 2 und 3 regeln dann die verfassungsrechtlich gebotene Möglichkeit zur Befreiung von den Vorgaben.

Die Regelungen des Absatz 3 sind verfassungsrechtlich zulässig, da das WHG ausdrücklich weitergehende Regelungen im Überschwemmungsgebiet zur Vermeidung von Störungen der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung erlaubt (§ 78 Absatz 5 Nummer 6 WHG) sowie Regelungen zum hochwasserangepassten Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (§ 78 Absatz 4 Nummer 5 WHG).

Zu § 85 (Melde-, Warn- und Alarmordnung zum Schutz vor Hochwasser)

Die Vorschrift ersetzt den bisherigen § 114c LWG (alt). Anstelle einer Verwaltungsvorschrift wird die Ermächtigung für eine Verordnung geregelt. Um bei Hochwasser die Bevölkerung, Gewerbe und Industrie vor Gefahren zu schützen, ist ein Melde-, Warn- und Alarmordnung erforderlich, die Regelungen auch gegenüber Stellen jenseits der Verwaltung enthält, wer In-

formationen über die Hochwassersituation und Gefahrenlagen weitergeben muss und wie Bevölkerung, Gewerbe und Industrie gewarnt werden. Eine verwaltungsinterne Regelung reicht nicht aus.

Abschnitt 6 Wasserwirtschaftliche Planung, Grundlagen der Wasserwirtschaft

Unterabschnitt 1 Hochwasserrisikomanagementplanung nach § 75 WHG, Maßnahmenprogramm und Bewirtschaftungsplanung nach §§ 82, 83 WHG

Zu § 86 (Information der Öffentlichkeit und Anhörung bei Maßnahmenprogramm und Bewirtschaftungsplan)

Die bisherige Regelung in § 2d Absatz 1 LWG (alt) zur Zuständigkeit der obersten Wasserbehörde für die Planaufstellung, die Mitwirkung bei der Erarbeitung, die Beteiligung und die Beteiligung der Öffentlichkeit wird weitergeführt. Die Zuständigkeiten der obersten Behörde sind traditionell nicht in der Zuständigkeitsverordnung, sondern im Gesetz enthalten. Geändert wird das Erfordernis des Einvernehmens mit dem Umweltausschuss des Landtages und durch eine Anhörungsregelung ersetzt (Ziff. 1 der Anlage 4 zu § 36 Absatz 3 der GO). Ergänzt wird die bisherige Regelung in Satz 3 um eine Mitwirkungspflicht der Personen, die beteiligt werden, damit deutlich wird, dass die Beteiligung ein gegenseitiger Prozess ist.

Im Hinblick auf die Koordinierungsregelungen des § 7 Absätze 2 bis 4 WHG kann der bisherige § 2d Absatz 2 LWG (alt) zur Koordinierung entfallen.

§ 2d Absatz 3 LWG (alt) kann entfallen, da zum einen die erste Planaufstellung gezeigt hat, dass es keiner Verwaltungsvorschrift bedarf, um den Planungsprozess zu steuern, und zum anderen eine Rechtsgrundlage für solche Regelungen nicht erforderlich ist. § 2d Absätze 4 bis 6 (alt) kann entfallen, da die bislang landesrechtlich geregelten Fristen nunmehr Gegenstand des §§ 82 und 84 WHG sind.

Zu § 87 (Information und aktive Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Hochwasserrisikomanagementplanung)

Die Vorschrift dient der Umsetzung von Artikel 10, Absatz 1 der Richtlinie 2007/60/EG sowie § 79 Absatz 1 Satz 1 WHG und regelt die Information der Öffentlichkeit durch Auslegung, auf die mit öffentlicher Bekanntmachung hingewiesen wird.

Ergänzend werden üblicherweise für die Veröffentlichung elektronische Informationstechnologien genutzt. Dies erfolgt schon bislang und braucht nicht geregelt zu werden.

Die zuständigen Behörden beteiligen, je nach fachlichem Bedarf, insbesondere die Kommunen, Kreise sowie Träger öffentlicher Belange wie Landwirtschaftsverbände und Wasserverbände.

Zu § 88 (Bekanntgabe und Verbindlichkeit der wasserwirtschaftlichen Planungen)

Das WHG legt die Bekanntgabe des Maßnahmenprogramms und des Bewirtschaftungsplans nicht fest. Der bisherige § 2 f LWG (alt) wird daher mit Absatz 1 aufrechterhalten. Auch für die

Risikomanagementplanung regelt das WHG nicht die Bekanntgabe. Die Regelung wird insofern erweitert.

Die Wirkung der wasserwirtschaftlichen Planungen wird im Absatz 2 geregelt. Dabei wird unterschieden zwischen der Bindungswirkung bei Entscheidungen und der Pflicht zur Berücksichtigung bei öffentlichen Planungen. Dementsprechend wird die bisherige Regelung in § 2f Satz 4 LWG (alt) konkretisiert.

Unterabschnitt 2 Grundlagen der Wasserwirtschaft, Daten und Dokumentation

Zu § 89 (Grundlagen der Wasserwirtschaft)

Absatz 1

Sinnvolle wasserwirtschaftliche Entscheidungen erfordern einen umfassenden Überblick über die Grundlagen des Wasserhaushalts und den Stand der für die Wasserwirtschaft bedeutsamen Technik. Die dazu notwendigen Daten werden nicht allein von den wasserwirtschaftlichen Fachdienststellen, sondern von allen Beteiligten der Wasserwirtschaft und auch von weiteren Stellen wie z. B. dem Geologischen Dienst erarbeitet. Alle diese Daten und Erkenntnisse fließen bei den wasserwirtschaftlichen Fachdienststellen zusammen. Dort werden sie aufgearbeitet und stehen allen interessierten Trägern öffentlicher Belange offen. Daraus folgt eine Auskunftspflicht der zuständigen Behörden und im Gegenzug eine Informationspflicht gegenüber den zuständigen Behörden.

Das WHG regelt die Informationsbeschaffung und Informationspflicht mittlerweile in seinem § 88, allerdings nicht ausreichend.

Die bisherige Regelung in § 19 Absatz 1 LWG (alt) wird weitergeführt und ergänzt § 88 WHG, der weitgehend dem bisherigen § 19a LWG (alt) entspricht. Mit der Regelung wird sichergestellt, dass die Datengrundlagen für den wasserwirtschaftlichen Vollzug die erforderliche Qualität haben und dass für den wasserwirtschaftlichen Vollzug der erforderliche Stand der Technik erarbeitet wird.

Absatz 2

§ 19 Absatz 2 LWG (alt) wird weitergeführt, er knüpft an die bereits in § 88 Absatz 2 WHG geregelte Pflicht zur Datenübermittlung von Trägern wasserwirtschaftlicher Maßnahmen an und konkretisiert sie inhaltlich. Adressaten sind zum einen öffentlich-rechtliche Träger von wasserwirtschaftlichen Pflichten wie Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Gewässerunterhaltung und -ausbau sowie Ausgleich der Wasserführung und Unterhaltung und Sanierung von Hochwasserschutzanlagen. Adressaten sind zum anderen Private, die mit der Durchführung einer Pflicht beauftragt sind oder denen die Pflicht übertragen worden ist, oder denen unmittelbar durch Wassergesetze die Ermittlung von Daten auferlegt worden ist bzw. aufgrund von Wassergesetzen, z. B. in einer Zulassung.

Absatz 3

Satz 1 regelt die Grundsätze der Datenübermittlung. Satz 2 greift auf, dass solche Vorgaben zumindest gegenüber Privaten durch Verordnung und nicht nur durch Verwaltungsvorschrift konkretisiert werden müssen. Mit der Rechtsverordnung sollen die zuständige Behörde bestimmt und die fachlichen und technischen Details festgelegt werden, die eine Datenübermittlung von den Verpflichteten an die zuständige Behörde erfüllen sollen.

Das Land wird so befähigt, auch die Daten der Verpflichteten nach den Sätzen 1 und 2 inspi-rekonform aufzubereiten und bereitzustellen, sofern für diese Verpflichteten eine Bereitstel-lungspflicht nach dem Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten Nordrhein-Westfalen (Geodatenzugangsgesetz) vom 17. Februar 2009 in Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodaten-infrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE-RL) besteht. Damit werden die Ver-pflichteten nach den Sätzen 1 und 2 von etwaigen Pflichten nach dem GeoZG NRW entlastet.

Absatz 4

Der bisherige § 19a Absatz 2 LWG (alt) zur Erhebung von personen- und betriebsbezogenen Daten wird weitergeführt, soweit er sich nicht durch § 88 Absatz 5 WHG erledigt hat. Er hat lediglich deklaratorische Bedeutung.

Zu § 90 (Informations- und Dokumentationspflichten)

Die Regelung greift die bislang in § 112 Absatz 4 Satz 2 LWG (alt) für Überschwemmungsge-biete geregelte Aufbewahrungspflicht auf. Mit der Vorschrift wird in den Sätzen zentral gere-gelt, dass die Unterlagen über Schutzgebiete und Überschwemmungsgebiete der Öffentlich-keit zum einen durch Einsicht vor Ort und zum anderen im Internet zur Verfügung zu stellen sind. Das Gleiche gilt nach Satz 2 für die Unterlagen, die im Rahmen der wasserwirtschaftli-chen Planungen in Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementplanung und der Wasser-rahmenrichtlinie erarbeitet werden. Zusätzlich wird in Satz 3 geregelt, dass die Nutzung der Daten unentgeltlich ist. Es besteht ein hohes öffentliches Interesse, dass die Informationen über die grundstücksbezogenen wasserwirtschaftlichen Gegebenheiten und Regelungen so-wie die wasserwirtschaftlichen Planungen allgemein verbreitet und jedermann auch bearbeit-bar zugänglich sind. Nur so wird sichergestellt, dass insbesondere die wasserwirtschaftlichen Planungen auch in andere öffentliche und private Planungen und bei der Konzeption von Ein-zelvorhaben sachgerecht berücksichtigt werden.

Nach der vom Bundesgerichtshof in seinem Vorlagebeschluss an den Europäischen Gerichtshof vom 28. September 2006 vertretenen Auffassung ist § 5 Absatz 2 des Urheberrechtsge-setzes (UrhG) auf Datenbanken im Sinne des § 87a UrhG entsprechend anwendbar (vgl. BGH, Beschluss vom 28.09.2006 - Az. I ZR 261/03). Demnach können an diesen Datenbeständen keine Leistungsschutzrechte geltend gemacht werden.

Mit diesen Vorgaben wird § 10 Absatz 1 des Umweltinformationsgesetzes (UIG) konkretisiert. Weitere Verpflichtungen nach dem UIG bleiben unberührt.

Unterabschnitt 3 Wasserbuch

Zu § 91 (Einrichtung des Wasserbuches)

Das Wasserbuch ist bundesgesetzlich in § 87 WHG geregelt. Die Anmeldung alter Rechte in das Wasserbuch ist Gegenstand des § 21 WHG. Die bundesrechtlichen Regelungen geben aber nur ein Grundkonzept eines wasserwirtschaftlichen Registers vor. Als das Bundesrecht ergänzende Regelung führt § 94 die Vorschrift des bisherigen § 157 LWG (alt), der insbeson-dere dessen Digitalisierung regelt, unverändert fort.

Zu § 92 (Eintragung und Verfahren)

Absatz 1 nimmt die Regelung des § 158 Absatz 1 LWG (alt) als eine das Bundesrecht ergänzende Regelung auf. Entfallen können die Regelungen des § 158 Absatz 2 und 3 LWG (alt), da sie in § 87 Absatz 3 und 4 WHG enthalten sind.

Mit den Absätzen 2 und 3 werden die Regelungen zum Verfahren des § 159 LWG (alt) fortgeführt. Eintragungen erfolgen wie bislang nach Absatz 2 von Amt wegen. Die Unsicherheiten über das Bestehen alter Rechte und Befugnisse werden in Absatz 3 aufgegriffen.

Kapitel 4 Gewässeraufsicht

Zu § 93 (Aufgaben der Gewässeraufsicht)

Im Rahmen der Gewässeraufsicht haben die Wasserbehörden die nach pflichtgemäßem Ermessen erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit, dem Einzelnen oder den Gewässern Gefahren abzuwehren, die durch den Zustand oder die Benutzung der Gewässer, der Ufer, der Deiche, der Überschwemmungs-, Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete und der Anlagen hervorgerufen werden, die unter das WHG, dieses Gesetz oder die aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen sowie unter § 30 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) fallen.

Absatz 1

Satz 1

Die Aufgaben der Gewässeraufsicht sind in § 100 Absatz 1 WHG geregelt. Die bisherige Regelung in § 116 Absatz 1 LWG (alt) wird aber weitergeführt, weil sie die einzelnen Bereiche der Gewässeraufsicht für den Vollzug verdeutlicht. Dabei wird zum einen klargestellt, dass es neben der auf konkrete Anlagen, Handlungen oder Festsetzungen bezogenen Gewässeraufsicht auch die allgemeine Gewässeraufsicht, also die der Gewässer selbst, gibt. Dazu wird die bisherige Nummer 1 „die Gewässer und ihre Benutzungen“ aufgeteilt in zwei Nummern, um klarzustellen, dass nicht nur die Benutzungen, sondern auch die Gewässer selbst der Aufsicht unterliegen.

Die Nummern 3 bis 9 entsprechen den bisherigen Nummern 1a bis 7.

Satz 2

Auch die Regelung in § 116 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) wird, wenn auch in verkürzter Form, fortgeführt, damit klar ist, dass das mildere Mittel zur Untersagungsverfügung ist, die Vorlage der Anzeige oder des Antrags auf Zulassung zu verlangen. Die Ermächtigungsgrundlage ist im Übrigen § 100 Absatz 1 Satz 2 WHG zu entnehmen.

Absatz 2

Der bisheriger § 116 Absatz 3 (alt) erweitert die Gewässeraufsicht gegenüber § 100 WHG bei baulichen Anlagen auf die Bauüberwachung und die Bauzustandsbesichtigung und wird daher als Absatz 2 weitergeführt.

§ 116 Absatz 2 LWG (alt) wird nicht weitergeführt, weil ein bedingungsloses Einsichtsrecht nach UIG besteht.

Absatz 3

Die Wasserwirtschaft muss sich den Anforderungen des Klimawandels stellen. Daher ist eine neue Aufgabe der Gewässeraufsicht, klimarelevante Eingriffe in den natürlichen Wasserkreislauf zu untersuchen, auch soweit die Eingriffe in Wasser außerhalb von Gewässern (z. B. in der Atmosphäre) vorgenommen werden. Dazu gehören zum Beispiel Niederschlagsmessstellen zur Entwicklung der Niederschläge im Land, die Untersuchung der Ursachen von flächenhaftem Grundwasseranstieg, von Trockenfallen von Gewässern.

Zu § 94 (Überwachung von Abwassereinleitungen)

§ 94 führt die Regelung des § 120 LWG (alt) inhaltlich unverändert fort. Lediglich in Satz 1 wird klargestellt, dass diese Regelung nur für Einleitungen von Abwasser in ein Gewässer gilt und nicht auch für Indirekteinleitungen. Mit dem unverändert gebliebenen Satz 2 wird die Überwachung nach Satz 2 für einige Fälle beschränkt. Dies bedeutet nicht, dass diese auf Einleitungen nicht überwacht werden dürfen. Sie unterliegen uneingeschränkt der allgemeinen Gewässeraufsicht. Die Sätze 3 bis 4 sind weiterhin notwendig und werden daher unverändert fortgeführt.

Zu § 95 (Gewässer- und Deichschau)

Die bisherigen Regelungen zur Gewässerschau und Deichschau sind beizubehalten, können aber in eine überführt werden.

Absatz 1 und 2

Die Gewässerschau ist auf die Gewässer 1. Ordnung zu erweitern. Die Unterhaltungspflichten liegen hier bei den Eigentümern. Das sind im Regelfall Bund oder Land. Das mag die Aufsicht weniger dringend machen, lässt aber das Grundprinzip nicht gänzlich entfallen.

Die Gewässerschau ist in regelmäßigen Zeitabständen bei fließenden Gewässern durchzuführen. Sie dient in erster Linie der Feststellung, ob das Gewässer ordnungsgemäß unterhalten ist. Werden bei dieser Gelegenheit Missstände anderer Art erkennbar, sind sie ebenfalls aufzugreifen und der zuständigen Wasserbehörde unverzüglich mitzuteilen.

Eine ordnungsgemäße Unterhaltung liegt nur vor, wenn die Anforderungen an die Gewässerunterhaltung nach § 39 WHG, § 61 LWG erfüllt sind. Dabei sind die Vorgaben im Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm sowie deren Konkretisierungen (zunächst im Umsetzungsfahrplan, in Zukunft in der Übersicht nach § 74 Absatz 2) einzuhalten.

Absatz 3

Die Regelung in § 122 LWG (alt) zur Deichschau wird weitergeführt. Sie findet jetzt auch ausdrücklich auf Hochwasserschutzanlagen wie Wände und Mauern Anwendung. In der Sache wurden diese Anlagen bereits bislang überwacht, der neue Wortlaut macht dies lediglich deutlich. Hochwasserschutzanlagen, die nach den §§ 75 f. zugelassen sind, unterfallen der dortigen spezielleren Regelung.

Zu § 96 (Kosten der Gewässeraufsicht)

Absatz 1

Die bisherige Regelung entspricht nicht mehr den Gebührengrundsätzen des Landes. Die Kosten der Gewässeraufsicht sollen weitestgehend von den Personen getragen werden, deren

Anlagen oder Handlungen überwacht werden. Differenziert wird daher zwischen der Überwachung einer Benutzung und des Betriebs von Anlagen (Satz 1), sonstigen Fällen der allgemeinen Überwachung (Satz 2) und Fällen der Gewässer- und Deichschau nach § 95 (Satz 3). Bei der Überwachung nach § 93 Absatz 1 Nummer 3 ist gebührenpflichtig der Betreiber der Anlage, aus der die Indirekteinleitung erfolgt. Unter Anlagen i. S. von Satz 1 sind nicht nur die wasserrechtlich zugelassenen Anlagen zu verstehen, sondern jede Anlage. Mit umfasst sind auch die Kosten für die Beauftragung von Sachverständigen oder sachverständigen Stellen durch die Behörde. Dies richtet sich nach § 109.

Wenn die Gewässeraufsicht durch einen Dritten veranlasst worden ist und sich keine Beanstandungen ergeben, hat die Behörde nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 GebG NW zu prüfen, ob der Dritte die Amtshandlung zurechenbar verursacht hat. In diesen Fällen kann sie dem Dritten die Kosten auferlegen.

Absatz 2

Es wird eine neue Regelung zur Absicherung der staatlichen Ansprüche durch öffentliche Last auf dem Grundstück eingeführt, soweit Kostenpflichtiger der Eigentümer oder der Erbbauberechtigte ist. Die gesonderte Regelung für Erbbauberechtigte ist vor dem Hintergrund erforderlich, dass eine in Ausübung eines bestehenden Erbbaurechts eingefügte Anlage keinen wesentlichen Bestandteil des Grundstücks darstellt und das Anlageneigentum beim Erbbauberechtigten verbleibt.

Kapitel 5 Duldungs- und Gestattungsverpflichtungen, Betretungsrechte, Mitwirkungsspflichten

Zu § 97 (Besondere Pflichten Dritter beim Gewässerausbau, Deichbau, der Gewässerunterhaltung und der Gewässer- und Deichschau)

Das WHG hat den Regelungsbereich der sog. Zwangsrechte und korrespondierenden Zwangsverpflichtungen, die im Wesentlichen der technischen Ermöglichung der Gewässerbewirtschaftung durch Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung von Maßnahmen dienen, in den §§ 91 bis 95 WHG in Anlehnung an bestehendes Landeswasserrecht ausgestaltet. Damit sind die insoweit bislang geltenden Vorschriften des Landeswasserrechts größtenteils obsolet geworden. Der Landesgesetzgeber bleibt im Übrigen befugt, insbesondere das Verfahren zur Erteilung näher auszugestalten.

Die besonderen Pflichten Dritter bei Maßnahmen des Gewässerausbaus, des Baus von Hochwasserschutzanlagen sowie der Gewässerunterhaltung werden in einer Regelung zusammengefasst. Neu geregelt werden besondere Pflichten Dritter bei der Gewässerschau und der Deichschau nach § 95.

Absatz 1

Das Wasserhaushaltsgesetz regelt nicht die besonderen Pflichten beim Gewässerausbau. Die bisherige Regelung in § 102 Absatz 1 LWG (alt) wird daher in Absatz 1 weitergeführt.

Absatz 2

Das Wasserhaushaltsgesetz regelt ebenso nicht die besonderen Pflichten bei Bau und Unterhaltung von Deichen, die daher in Absatz 2 geregelt wird. Satz 1 übernimmt die Regelung für den Gewässerausbau auch für diese Maßnahmen. Die Regelung entspricht inhaltlich mit redaktionellen Anpassungen § 107 Absatz 2 Satz 1 LWG (alt) für den Deichbau und § 110 Absatz 1 Satz 1 (alt) für die Deichunterhaltung. Die Regelung wird erweitert über die Unterhaltung

des Deichs hinaus auf die Vorbereitung und Durchführung des Baus eines Deichs. Dabei werden bei der Vorbereitung eines Baus insbesondere Vermessungsarbeiten, Baugrunduntersuchungen, Kartierungen, Erhebungen zu Artenschutzprüfungen, Erkundungen im Rahmen des Denkmalschutzes und Kampfmitteluntersuchungen stattfinden.

In Satz 2 ist die § 110 Absatz 1 Satz 1 LWG (alt) geregelte Entnahme von Bestandteilen enthalten ist, da sie im WHG nicht geregelt ist.

Satz 3 enthält die bislang in § 110 Absatz 2 LWG (alt) geregelte Pflicht, alles zu unterlassen, was die Unterhaltung oder Sicherheit des Deiches beeinträchtigen kann.

Absatz 3

Die Duldungspflichten sind im Einzelfall auch erforderlich, um Gewässerschauen oder Deichschauen durchzuführen.

Absatz 4

Für die Gewässerunterhaltung sind diese Pflichten im Wesentlichen in § 41 WHG geregelt. Zwar sind in § 41 Absatz 1 Nummer 1 WHG lediglich „Unterhaltungsmaßnahmen am Gewässer“ geregelt, während in § 97 Absatz 1 LWG (alt) an „zur Gewässerunterhaltung erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen am Gewässer und auf den Ufergrundstücken“ angeknüpft wird. In der Sache ändert sich damit aber nichts, weil sich nach § 39 Absatz 1 WHG ergibt, dass sich die Gewässerunterhaltung auch auf die Ufer erstreckt, was auch in § 61 Satz 1 klargestellt ist.

Nicht geregelt ist im Bundesrecht der sog. Unterhaltungstreifen (§ 97 Absatz 6 Satz 2 LWG (alt)), der in Absatz 3 Satz 1 weitergeführt wird.

Die Regelung des § 97 Absatz 2 LWG (alt) zur Duldung des Einebnens des im Rahmen der Gewässerunterhaltung anfallenden Aushubs ist ebenfalls im Bundesrecht nicht enthalten. Sie soll weitergeführt werden, da ein entsprechender Bedarf besteht.

Absatz 5

Die Regelung in § 97 Absatz 4 LWG (alt), dass die zu duldbaren Handlungen rechtzeitig anzukündigen sind, wird weitergeführt. Damit erledigt sich auch der Verweis auf die Regelung in § 107 Absatz 2 Satz 2 (alt).

Absatz 6

Die Regelung regelt eine Pflicht zum Schadensersatz bei Schäden, die durch Maßnahmen entstehen, vergleichbar § 41 Absatz 4 WHG. Damit werden § 97 Absatz 5 und § 102 Absatz 2, § 107 Absatz 2, § 110 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) weitergeführt.

Zu § 98 Besondere Pflichten im Interesse der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, bei der Erteilung von Wasserrechten, Anzeigeverfahren und Grundlagenermittlung

Absatz 1

Sätze 1 und 2

Die Regelung des § 53 Absatz 4a LWG (alt) zu besonderen Pflichten im Interesse der Abwasserbeseitigung wird weitergeführt und auf die Durchführung von Maßnahmen zur Erfüllung der

Wasserversorgungspflicht erweitert, da diese ebenso wie die Abwasserbeseitigung leitungsgebunden ist und Anlagen auf Grundstücken von Dritten liegen.

Satz 3

Außerdem werden auch Körperschaften oder juristische Personen des öffentlichen Rechts, denen nach § 52 die Abwasserbeseitigungspflicht übertragen wurde, berechtigt, weil diese auch im Pflichtenregime an die Stelle der Gemeinden treten und daher mit den gleichen Rechten ausgestattet sein müssen, um ihre Pflicht zu erfüllen.

Absatz 2

Die Regelung in § 101 WHG gilt lediglich für Aufgaben der Gewässeraufsicht, während § 117 LWG (alt) auch Rechte und Pflichten bei Ermittlung der Grundlagen des Wasserhaushalt betrifft. Für diese regelt das WHG in § 91 lediglich die Duldungspflicht für Messanlagen, Probebohrungen und Pumpversuchen. Dementsprechend erweitert Absatz 2 den Anwendungsbereich auf die Erteilung von Wasserrechten, Prüfung von Anzeigen und der Grundlagenermittlung. Auch die in § 124 LWG (alt) geregelte Duldung von Errichtung und Betrieb von Messanlagen zur Grundlagenermittlung wird von Absatz 2 weitergeführt.

Zu § 99 (Einschränkende Vorschriften)

Die bisherige Regelung in § 130 LWG (alt) über die Anwendungsfälle, bei denen besondere Rechte und Duldungspflichten nicht bestehen, wird in § 99 fortgeführt. Da es sich insoweit weder um eine abweichungsfeste Materie (Art. 72 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 GG) handelt noch der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht abschließend Gebrauch gemacht hat (Artikel 72 Absatz 1 GG), ist der Landesgesetzgeber befugt, solche Fälle zu regeln, in denen Duldungspflichten grundsätzlich nicht begründet werden können, weil insoweit besonders intensiv genutzte Grundstücke von Leitungen freigehalten werden sollen. Insoweit verhält sich der nur geringfügig geänderte Satz 2 als Ausnahme von Satz 1.

Zu § 100 (Wasser- und Hochwassergefahr)

Die bisherigen Regelungen §§ 123, 43 LWG (alt) zu besonderen Pflichten im Hochwasserfall oder anderen wasserwirtschaftlichen Gefahrensituationen werden zusammengeführt.

Absatz 1 regelt die Möglichkeit, benachbarte Gemeinden bei Wassergefahr zu gegenseitiger Hilfeleistung heranzuziehen, beispielhaft sind wie schon bislang Hochwasser und Eisgang genannt. Hinzugekommen ist das Beispiel Überflutungen durch Starkregen, da die jüngere Entwicklung gezeigt hat, dass solche Ereignisse in Zukunft häufiger auftreten werden.

Absatz 2 regelt diese Verpflichtung bei Gefahr eines Deichbruches über Absatz 1 hinaus bei allen Bewohnern der bedrohten und, falls erforderlich, der benachbarten Gebiete zur Hilfeleistung nach Anordnung. Die Regelungen des Katastrophenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (KatSG NW) werden durch diese Bestimmung nicht berührt.

Absatz 3 regelt besondere Verpflichtungen von Betreibern von Stauanlagen bei Hochwassergefahr. Stauanlagen sind das beste Mittel, Hochwasserschäden dadurch zu verhüten, dass Hochwasser in bereitstehendem Stauraum gesammelt und an ungeregeltem Abfluss gehindert wird. Absatz 3 bezieht wie bislang alle Stauanlagen in diese Art der Hochwasserbekämpfung

ein, soweit bei der Zulassung des Staus nichts anderes bestimmt ist. Die Vorschrift entspricht dem bisherigen Recht.

Kapitel 6 Enteignung, Entschädigung, Ausgleich

Zu § 101 (Enteignung und Enteignungsverfahren)

Das Bundesrecht regelt in § 71 WHG die Zulässigkeit der Enteignung. Außerdem hat es den Bereich der wasserrechtlichen Entschädigungsleistungen (§§ 96 bis 99 WHG) im Gegensatz zur Rechtslage nach dem früheren Bundeswasserrahmenrecht umfassender und teilweise in Anlehnung an landeswassergesetzliche Bestimmungen ausgestaltet. Die Entschädigungsregelungen des WHG erfassen nur solche Fälle, die unterhalb der verfassungsrechtlichen Enteignungsgrenze im Sinne von Art. 14 Absatz 3 GG liegen und deren entschädigungslose Hin- nahme dem Betroffenen im Einzelfall nicht zugemutet werden kann (Ausgleichspflichtige In- halts- und Schrankenbestimmungen des Eigentums, Artikel 14 Absatz 1 Satz 2 GG). Da sich das WHG ferner bei der Ausgestaltung des Entschädigungsverfahrens auf einzelne Eckpunkte beschränkt, sind ergänzende landeswassergesetzliche Regelungen, insbesondere zum Ent- schädigungsverfahren, verfassungsrechtlich nicht nur zulässig (Artikel 72 Absatz 1 GG), son- dern auch aus Sicht des Vollzuges erforderlich.

Absatz 1

§ 71 WHG könnte als Rechtsgrundlage für eine Enteignung für einen Gewässerausbau in An- betracht der neueren verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung für eine Enteignung nicht mehr ausreichend sein. Er wird daher um die Zwecksetzungen ergänzt, denen ein Gewässer- ausbau zum Wohl der Allgemeinheit, der als Grundlage für eine Enteignung im Grundsatz geeignet sein könnte, dienen könnte. Neben den originären wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen in § 6 Absatz 1 Nummer 1, 2, 6 und 7 WHG und § 27 WHG, im Wesentlichen dem natur- nahen Gewässerausbau, kommen die wasserwirtschaftlichen Nutzungen öffentliche Abwas- serbeseitigung und Wasserversorgung sowie der Gewässerausbau für den Hochwasser- schutz als Belange in Betracht, die eine Enteignung rechtfertigen. Daneben werden noch die häufig nur über einen Gewässerausbau zu erreichenden Zwecke Schifffahrt und Speicherung von Energie, also insbesondere der Gewässerausbau für ein Pumpspeicherkraftwerk, gere- gelt.

Der bislang geregelte Zweck „Be- und Entwässerung“ wird nicht weitergeführt. Früher wurden im Tiefland in der Regel die Gewässer begradigt und tiefergelegt, um die Einleitung von Drä- nagen oder generell den Grundwasserspiegel gewässernah zur Landentwässerung abzusen- ken. Zur Bewässerung wurden die "Gräben" dann bei Bedarf wieder aufgestaut und der Grund- wasserspiegel über Einstau der Dränagen angehoben. Diese Maßnahmen sind nach den neuen gesetzlichen Vorgaben nicht mehr zulassungsfähig.

Im Übrigen gilt für diese Enteignungen § 71 Satz 2 und 3 WHG.

Absatz 2

Die bisherige Regelung in § 46 LWG (alt) wird modifiziert weitergeführt. Die Fortführung ist notwendig, weil die Regelung jenseits des Gewässerausbaus die staatliche Inanspruchnahme von privaten Grundstücken gestattet, wenn andernfalls Vorhaben der öffentlichen Wasserver- sorgung oder Abwasserbeseitigung ohne die Inanspruchnahme des zu enteignenden Grund- stücks (oder grundstücksgleichen Rechts) nicht durchführbar sind. Das WHG enthält insoweit keine gesetzliche Ermächtigung, jenseits des Gewässerausbaus konkretes Eigentum für im

Allgemeinwohl liegende wasserwirtschaftliche Vorhaben zu entziehen. Das Gleiche gilt für Vorhaben zum Schutz vor oder zum Ausgleich von Beeinträchtigungen des Natur- und Wasserhaushalts. Hier handelt es sich vor allem um Infiltrierungsbrunnen.

Absatz 3

Aus verfassungsrechtlichen Gründen (Art. 14 Absatz 3 Satz 2 GG) bedarf die Enteignungsermächtigung in der Nachfolgeregelung zum geltenden § 46 LWG (alt) weiterhin einer Entschädigungsregelung, was durch die Anordnung der Geltung der §§ 96 bis 94 WHG und im Übrigen des Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetzes (EEG NW) bei Enteignungsfällen sichergestellt wird.

Zu § 102 (Entschädigungsverfahren)

Die Regelung betrifft das Entschädigungsverfahren für gesetzlich geregelte Entschädigungsansprüche vorbehaltlich besonderer Regelungen.

Entschädigungen sind im WHG angeordnet bei den Regelungen zur Bewilligung (§ 14 Absatz 5 und 6), zur Gewässerbenutzung (§ 16 Absatz 1 WHG), zum Widerruf von alten Rechten und Befugnissen (§ 20 Absatz 2 WHG), zum Wasserabfluss (§ 37 Abs. 3 und 4 WHG), zu Wasserschutzgebieten (§ 52 Absatz 4 WHG) sowie zu Duldungs- und Gestattungsverpflichtungen (§ 95 WHG). Die Entschädigungsregelungen im LWG führen im Wesentlichen die bisherigen Regelungen fort. Die Entschädigungen sind angeordnet bei den Regelungen zu Eigentumsverhältnissen an Gewässern (§ 5 Absatz 2, § 9 Absatz 3 und 8; vgl. § 7 Absatz 2, § 11 Absatz 3 und 8 LWG (alt)), zur Bewirtschaftung oberirdischer Gewässer (§ 27), zu Gewässerrandstreifen (§ 31 Absatz 6), zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (§ 101; vgl. § 46 LWG (alt)), zu Deichen und Hochwasserschutzanlagen (§ 82 Absatz 2; vgl. § 111a Absatz 2 Satz 2 LWG (alt)) sowie bei Regelungen zur Wassergefahr (§ 100 Absatz 2); vgl. § 123 Absatz 2 LWG (alt).

Absatz 1

Die Regelung des § 134 LWG (alt) wird nur teilweise fortgeführt. Gleichzeitig wird die bisherige Regelung an die im Bundeswasserrecht enthaltenen Grundsätze zum Entschädigungsverfahren angepasst. Insoweit beinhaltet das WHG in Anlehnung an bestehendes Landeswasserrecht einzelne Bestimmungen zum Entschädigungs- und Ausgleichsverfahren, allerdings ohne das Verfahren abschließend zu regeln (vgl. BT-Drs. 16/12275, S. 79).

Sätze 1 und 2

Streitigkeiten über das Bestehen und die Höhe eines Entschädigungsanspruchs im Sinne des Bundeswasserrechts sind nach dem Grundsatz der verwaltungsgerichtlichen Generalklausel (§ 40 Absatz 1 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung -VwGO) den Verwaltungsgerichten zugewiesen. Denn es handelt sich um öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art, bei denen die streitentscheidenden Normen wasserrechtlicher, d. h. öffentlich-rechtlicher Natur sind, und die keinem anderen Gericht ausdrücklich zugewiesen sind (BT-Drs. 16/12275, S. 79). Insoweit wird in der Entwurfsbegründung zu § 98 WHG ausdrücklich auf § 40 Absatz 2 Satz 1, 2. Halbsatz VwGO Bezug genommen, der klarstellt, dass derartige Streitigkeiten keine Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl im Sinne von § 40 Absatz 2 Satz 1, 1. Halbsatz VwGO sind, für die die Zivilgerichte zuständig sind (BT-Drs. 16/12275, S. 79; BT-Drs. 14/7474, S. 14). Demgegenüber verweist § 134 Satz 1 LWG (alt) hinsichtlich des Entschädigungsverfahrens auf die Vorschriften des EEG NW, das bei Streitigkeiten über Entschädigungen eine sondergesetzliche Rechtswegzuweisung an die Zivilgerichtsbarkeit (§

50 Absatz 1 Satz 2 EEG NW: Landgericht, Kammer für Baulandsachen) enthält. Diese Sonderzuweisung gilt wegen der Ablösung des Regimes der wasserhaushaltsrechtlichen Entschädigungsleistungen vom Enteignungsrecht und der daraus resultierenden zwingenden Zuständigkeit der Zivilgerichte (Art. 14 Absatz 3 Satz 4 GG) nicht mehr. Vielmehr ist für sämtliche Streitigkeiten über wasserrechtliche Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche der Verwaltungsrechtsweg eröffnet. Satz 2 stellt dies ausdrücklich klar.

Satz 3

Die bislang in § 134 Satz 5 LWG (alt) enthaltene Billigkeitsregelung für Fälle, in denen ein anderer als das Land durch die die Entschädigung auslösende Anordnung unmittelbar begünstigt und deshalb erstattungspflichtig ist, wird bei gleichzeitiger Anpassung an das Bundesrecht beibehalten. Dieses enthält in § 97 Satz 4 WHG eine mit § 134 Satz 5 LWG (alt) verwandte Regelung, die jedoch keine Billigkeitsregelung beinhaltet. Aus Gründen der mit der bisherigen landesgesetzlichen Regelung bewirkten stärkeren Flexibilisierung im Einzelfall wird – insoweit ergänzend zu § 97 Satz 4 WHG – die bisherige Billigkeitsregelung beibehalten. Insofern ist der Landesgesetzgeber gemäß Artikel 84 Absatz 1 GG auch befugt, das Entschädigungsverfahren ergänzend oder abweichend zu regeln. Von der Möglichkeit des Satzes 5 in Artikel 84 Absatz 1 GG, die Abweichungsmöglichkeit für die Länder ausnahmsweise auszuschließen, hat das WHG keinen Gebrauch gemacht.

Absatz 2

§ 135 Absatz 2 LWG (alt) wird in die Nachfolgeregelung zu § 134 LWG (alt) integriert. Damit gilt im Ergebnis die bisherige Rechtslage fort, dass die entschädigungspflichtige Person bei Übernahme des Grundstücks von den auf ihm ruhenden dinglichen Rechten Dritter befreit wird.

Zu § 103 (Ausgleichsverfahren)

Ausgleichsverfahren sind im WHG angeordnet bei den Regelungen zu Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten (§ 52 Absatz 5, § 53 Absatz 5 WHG) und zu Überschwemmungsgebieten (§ 78 Absatz 5 Satz 2, Absatz 6). Im LWG wird die Regelung zum Beitrag an den Kosten der Wasserdienstleistung Abwasserbeseitigung weitergeführt (§ 55; vgl. § 55 LWG (alt)). Regelungen zum Ausgleichsverfahren trifft das Bundesrecht nicht.

Absatz 1

Es wird wie bisher in Satz 1 das förmliche Verwaltungsverfahren angeordnet (§ 143 Nummer 2 LWG (alt)). Auch die Regelung, dass die Beteiligten die Kosten des Verfahrens nach dem Maß ihres Vorteils tragen (§ 151 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt)), wird als Satz 2 weitergeführt.

§ 151 Absatz 1 Satz 1 LWG (alt) wird nicht übernommen, da die Regelung, dass der Antragsteller die Verfahrenskosten trägt und Kosten, die durch unbegründete Einwendungen entstanden sind, demjenigen auferlegt werden, der die Einwendungen erhoben hat, ohnehin nur klarstellend ist.

Absatz 2

Die nähere Ausgestaltung eines Ausgleichs von Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung eines Grundstücks, bislang in § 15 Absatz 3 LWG (alt) für Wasserschutzgebiete geregelt, wird nun als generelle Regelung in Absatz 2 überführt. Die Regelung von Art, Umfang und Abwicklung des Ausgleichs erfolgt bislang durch § 15 Absatz 3 LWG (alt) und enthält

gegenüber der bundesrechtlichen Regelung in § 99 WHG i. V. m. § 96 Absatz 1, 2 und § 97 WHG weitere Konkretisierungen. Der Verweis in § 15 Absatz 3 Satz 4 LWG (alt) muss allerdings nicht fortgeführt werden, weil dies bereits in § 99 WHG geregelt ist.

Kapitel 7 Verwaltungsverfahren, Rechtsverordnungen

Abschnitt 1 Verwaltungsverfahren

Zu § 104 (Grundsätze)

Auf wasserrechtlichen Verwaltungsverfahren ist das Landesverwaltungsrecht anzuwenden. Verfahrensrecht ist kein abweichungsfestes Recht. Im Grundsatz bestimmt § 1 Absatz 3 VwVfG Bund ohnehin, dass bei der Ausführung von Bundesrecht durch die Länder das VwVfG Bund nicht gilt, soweit die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden landesrechtlich wie in Nordrhein-Westfalen durch ein VwVfG geregelt ist. Dagegen verweist § 70 Absatz 1 WHG für das Planfeststellungsverfahren ausdrücklich auf das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes. Da sich bundesgesetzliche und landesgesetzliche Regelungen wenn auch nur marginal unterscheiden, dient die Regelung der Vereinheitlichung der Verfahren im Land.

Zu § 105 (Verfahren über die Erteilung von Zwangsrechten)

Die Regelungen in § 143 Nummer 3 und § 151 Absatz 2 LWG (alt) zur Anwendung des förmlichen Verwaltungsverfahrens bei der Erteilung von Zwangsrechten werden übernommen. Die Beibehaltung dieser verfahrensbezogenen Regelungen über die Erteilung von Zwangsrechten ist erforderlich, weil das WHG insoweit keine Vorschriften enthält.

Die Regelung in § 131 Absatz 1 Satz 2 LWG (alt) kann entfallen, weil die entschädigungspflichtige Person in § 97 WHG geregelt ist. Der Verweis in § 151 Absatz 2 LWG (alt) kann entfallen, weil § 147 LWG (alt) entfällt, der allgemeine Regelungen zum Verfahren enthält.

Zu § 106 (Verfahren über Antrag auf gehobene Erlaubnis oder Bewilligung)

Absatz 1

Satz 1 ordnet das förmliche Verwaltungsverfahren für Anträge auf gehobene Erlaubnis oder Bewilligung an und führt damit § 143 Nummer 1 LWG (alt) fort. Satz 2 löst § 148 Absatz 1 LWG (alt) ab, der die Auslegung in den Gemeinden, die Fristen für die Beteiligung von Behörden sowie die Anhörung der Beteiligten und die ortsübliche Bekanntmachung regelt. Da mittlerweile § 73 Absatz 3a in das VwVfG NRW eingefügt ist, ist der Verweis auf die Bekanntmachungsregelungen entsprechend überarbeitet worden. Die Fristen für eine Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren gelten damit auch im förmlichen Verfahren.

Absatz 2

Es wird mit gleichzeitiger redaktioneller Anpassung § 148 Absatz 2 LWG (alt) übernommen.

Zu § 107 (Gewässerausbauverfahren)

Die bisherige Regelung des § 104 Absatz 2 LWG (alt) wird weitergeführt. Sie ist weiterhin erforderlich.

Der Gewässerausbau zu den geregelten Zwecken wird mit der obersten Verkehrsbehörde nur im Rahmen der mit dem Bund und auch anderen Ländern geschlossenen Regierungsabkommen abgesprochen bezüglich verschiedener Einzelmaßnahmen. Aber diese Regierungsabkommen umfassen lediglich das westdeutsche Kanalgebiet und die Weststrecke des Mittel-landkanals, an deren Ausbau sich NRW auch finanziell beteiligt.

Alle übrigen Wasserbaumaßnahmen, an denen sich Nordrhein-Westfalen nicht beteiligt, würde die oberste Verkehrsbehörde ohne diese Regelung nicht kennen. Meistens handelt es sich um Maßnahmen, die im Zuge des ohnehin geplanten Ausbaus von Wasserstraßen auch eine Vergrößerung/Verlängerung von Hafeneinfahrten (meist private Umschlagstellen an Wasserstraßen) vorsehen und an denen sich dann Dritte neben dem Bund finanziell beteiligen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Ausbauten dieser Art und auch ihre Änderungen raumbedeutsam sein können. Bei ihrer Zulassung im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens sind nach § 4 des Raumordnungsgesetzes Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen.

Zu § 108 (Sondervorschrift für Wasserverbände)

Die bisherige Rechtslage nach § 170 LWG (alt), der zufolge auf der Grundlage des Wasserverbandsgesetzes gegründete Wasserverbände und sondergesetzlicher Wasserverbände bei der Genehmigung ihrer Pläne eine Wahlmöglichkeit haben, welche Verfahrensart sie durchgeführt wissen möchten, hat sich bewährt und wird beibehalten. Unternehmen des Verbandes sind nach den Verbandsgesetzen Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der für die Aufgabenerledigung notwendigen Anlagen sowie alle sonstigen für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Ermittlungen und Arbeiten. Die Zulassung einer Benutzung kann in eine Planfeststellung nicht konzentriert werden.

Ermöglicht wird ergänzend die Anordnung des vorzeitigen Beginns.

Zu § 109 (Sachverständige)

Absatz 1

Die Regelung ist neu und löst einzelne Regelungen wie § 58 Absatz 4, §59 Absatz 1 und 4, § 99 Absatz 3 LWG (alt) ab. Die Behörden werden in Satz 1 generell ermächtigt, entweder selbst für Prüfungen sachverständige Personen oder Stellen heranzuziehen oder dieses aufzugeben. Die Heranziehung steht im Ermessen und muss daher begründet werden. Voraussetzung ist, dass die Heranziehung erforderlich ist. Dies ist der Fall, wenn entweder der jeweiligen Behörde die erforderlichen Sachkenntnisse nach ihrem allgemeinen Zuständigkeitsbereich nicht zur Verfügung stehen oder es sich um besondere Fragestellungen handelt, die ebenfalls vom Fachwissen der Behörde nicht abgedeckt sind. Diese Fälle werden typischerweise in den bislang in den §§ 58 Absatz 4, §59 Absatz 1 und 4, § 99 Absatz 3 LWG (alt) geregelten Fällen vorliegen. Für die Heranziehung ist nicht ausreichend, wenn die Behörde Engpässe beim Personal hat. Die Heranziehung ist auch nicht möglich, um das Verfahren zu beschleunigen

In Satz 2 wird bei staatlich anerkannten Sachverständigen die Vermutung geregelt, dass die bescheinigenden Anforderungen erfüllt sind. Diese bislang nur für spezielle Fälle (Schallschutz und Standsicherheit) in § 58 Absatz 4 LWG (alt) geregelte Vermutung soll für alle Fälle von staatlich anerkannten Sachverständigen gelten.

Absatz 2

Es werden die erforderlichen gebührenrechtlichen Folgen für den Fall geregelt, dass die Behörde selbst die sachverständige Person oder Stelle heranzieht.

Zu § 110 (Bauordnungsrechtliche Anforderungen)

Wasserrechtliche Zulassungen nach § 22 LWG sowie §§ 60, 68 WHG betreffen häufig auch Anlagen, bei denen bauordnungsrechtliche Vorgaben einzuhalten sind. Das gilt für Anlagen in und an Gewässern, Abwasserbehandlungsanlagen, Anlagen zur Gewässerbenutzung, Ufermauern usw. Dementsprechend enthält das bisherige LWG (§ 99 Absatz 3, § 58 Absatz 2 bis 3, § 104 Absatz 1) Regelungen, wie mit dieser Schnittstelle zum Baurecht zu verfahren ist, zumal die Landesbauordnung solche Anlagen in Teilen genehmigungsfrei stellt (§ 65 Absatz 1 Nummer 7a und 12, § 66 Nummer 5 und 6). Diese Regelungen werden durch § 110 ergänzt, der zum einen den Fall aufgreift, dass allein eine wasserrechtliche Zulassung erteilt wird, obwohl materielle baurechtliche Anforderungen einzuhalten sind (Absatz 1), und zum anderen den Fall, dass sowohl eine wasserrechtliche als auch eine baurechtliche Zulassung zu erteilen sind.

Absatz 1

Mit der Regelung wird in Satz 1 klargestellt, dass in den Fällen, in denen die wasserrechtlich zulassungspflichtige Anlage bauordnungsrechtlich von der Zulassungspflicht freigestellt ist bzw. keine Zulassungspflicht besteht, aber materiell bauordnungsrechtlichen Anforderungen unterliegt, die baurechtlichen Vorschriften im Rahmen der wasserrechtlichen Zulassung zu prüfen sind. Bislang war dieses für Anlagen in und an Gewässern und für die Planfeststellung in § 99 Absatz 3 und 104 Absatz 1 LWG (alt) geregelt.

Absatz 2

Teile einer Abwasserbehandlungsanlage können als Gebäude nach § 2 Absatz 2 der Landesbauordnung zulassungspflichtig sein. In einigen Fällen ist eine Anlage sowohl bauordnungsrechtlich als auch wasserrechtlich zulassungspflichtig, z. B. eine Abwasserbehandlungsanlage, die auch als Gebäude i. S. des § 2 Absatz 2 der Landesbauordnung ist. In diesen Fällen schließt die wasserrechtliche Zulassung die baurechtliche ein, wie es bislang in § 58 Absatz 5 LWG (alt) geregelt ist. Um sicherzustellen, dass die baurechtlichen Anforderungen gewahrt sind, hat die Wasserbehörde die Baubehörde zu beteiligen.

Zu § 111 (Sicherheitsleistung)

Es wird die bisherige Regelung in § 142 LWG (alt) übernommen und erweitert. Die zuständige Behörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen über die Auferlegung einer Sicherheitsleistung für die Erfüllung von Inhalts- und Nebenbestimmungen. Erweitert wird der Anwendungsbereich: Es wird nicht mehr nur eine Sicherheitsleistung bei Erlaubnissen, gehobenen Erlaubnissen und Bewilligungen geregelt, sondern bei jeglicher Zulassung.

Abschnitt 2 Verordnungen

Zu § 112 (Verordnungen der oberen und unteren Wasserbehörde)

§ 141 LWG (alt) wird weitergeführt, wobei klargestellt wird, dass es sich um die Verordnungen der unteren und oberen Wasserbehörde handelt, dagegen nicht um die des für Umwelt zuständigen Ministeriums.

Es wird verdeutlicht, dass bei der Bekanntmachung und der Festsetzung erkennbar sein muss, auf welche Grundstücke sich die Regeln beziehen. Zu den rechtsstaatlichen Erfordernissen der Normenklarheit gehört die Eindeutigkeit und Nachprüfbarkeit des räumlichen Geltungsbereichs einer Norm. Eine Verordnung, die nur Teile von politischen Einheiten wie ein Gemeindegebiet oder ein Kreisgebiet umfasst, muss daher ihren räumlichen Geltungsbereich genau beschreiben. Lässt sie hierüber Zweifel aufkommen, so ist sie zu unbestimmt und wegen Verstoßes gegen das Rechtsstaatsprinzip ungültig. Denn eine Rechtsnorm, der nicht eindeutig entnommen werden kann, wo sie gilt, lässt den Betroffenen über die Rechtslage im Unklaren. Damit solche umfangreiche Unterlagen nicht unbedingt zusammen mit der Verordnung verkündet werden müssen, was zu drucktechnischen Schwierigkeiten führen würde, kann die Verkündung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie während der Geltungsdauer der Verordnung zu jedermanns Einsicht bei den betroffenen Gemeinden ausgelegt werden.

Zu § 113 (Festsetzen von Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten)

Die Regelung des § 150 LWG (alt) zu Einzelheiten des Festsetzungsverfahrens von Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten hat sich bewährt und wird weitergeführt. Das WHG regelt nicht, ob das Verfahren über die Festsetzung eines Wasserschutzgebiets nur auf Antrag eingeleitet wird oder nicht, und ebenso nicht, wie es abgeschlossen wird. Das WHG enthält auch keine weiteren Regelungen zum Verfahren.

Kapitel 8 Behördenaufbau, Zuständigkeiten

Zu § 114 (Behördenaufbau)

§ 136 LWG (alt) wird bei gleichzeitiger redaktioneller Anpassung übernommen. Der Behördenaufbau gliedert sich in drei Stufen.

Zu § 115 (Sonderordnungsbehörden)

§ 138 LWG (alt) wird bei gleichzeitiger redaktioneller Anpassung im Wesentlichen fortgeführt. Die Beibehaltung der Vorschrift ist mit Blick auf den Vollzug erforderlich, um ggf. verbleibende „Lücken“ in der Abdeckung einer Ermächtigungsgrundlage zu schließen (vgl. VG Köln, Beschluss vom 23. Juli 2010 – 14 L 736/10). Insoweit ergänzt die Vorschrift die bundesrechtliche Generalklausel nach § 100 Absatz 1 Satz 2 WHG (Art. 72 Absatz 1 GG).

Die Unberührtheitsklausel in § 138 Satz 3 LWG (alt) kann, weil nur deklaratorisch, entfallen.

Zu § 116 (Aufsichtsbehörden)

§ 139 LWG (alt) wird bei gleichzeitiger redaktioneller Anpassung fortgeführt. Die früheren Bergämter sind durch Art. 1 § 5 des Gesetzes zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-

Westfalen vom 12. Dezember 2006 (GV. NRW. 2006 S. 622) aufgelöst und die ihnen obliegenden Aufgaben der Bezirksregierung Arnsberg übertragen worden.

Zu § 117 (Bestimmung der zuständigen Behörden)

§ 140 LWG (alt) wird im Wesentlichen unverändert fortgeführt.

Absatz 1 bietet die Ermächtigungsgrundlage für die Regelungen von Zuständigkeiten im Bereich des Wasserrechts.

Absatz 2 greift den Umstand auf, dass wasserwirtschaftliche Maßnahmen und ihre Auswirkungen häufig Verwaltungsgrenzen überschreiten. Dazu kommt, dass es wasserwirtschaftlich zweckmäßig sein kann, dass eine Behörde für mehrere Bezirke oder für bestimmte Maßnahmen zuständig ist. Es muss daher sichergestellt werden, dass nur eine Behörde für zuständig erklärt werden kann. Absatz 2 Nummer 2 der bisher geltenden Regelung wird dabei an die geänderte Systematik des Bundesrechts über die Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer und Grundwasser angepasst.

Absatz 3 greift den Fall auf, dass die gleiche Notwendigkeit auch über die Landesgrenzen hinweg besteht.

Kapitel 9 Verkehrliche Regelungen

Die Regelungen des Kapitels 9 sind verkehrlicher, nicht wasserrechtlicher Natur und es ist beabsichtigt, sie in absehbarer Zeit in ein eigenständiges Gesetz zu überführen.

Zu § 118 (Schifffahrt)

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 37 LWG (alt). Alleine § 37 Absatz 1 und 6 LWG (alt) sind wasserrechtlicher Natur und werden aus rechtssystematischen Gründen herausgelöst und in § 19 weitergeführt.

Maßgeblich für die Beurteilung der technischen Sicherheit von zum Verkehr zugelassenen Wasserfahrzeugen ist gemäß § 118 Absatz 2 Nummer 1 Halbsatz 2 die Binnenschiffsuntersuchungsordnung vom 6. Dezember 2008 unter angemessener Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse. Der Nachweis der technischen Sicherheit erfolgt im Wege der Beauftragung eines anerkannten Schiffssachverständigen durch den die technische Zulassung Begebenden auf dessen Kosten oder die Vorlage eines gültigen Schiffsattests.

Als einheitliche Verordnung im Sinne des § 118 Absatz 3 LWG gilt die Ordnungsbehördliche Verordnung über den Verkehr und den Güterumschlag in Häfen (Allgemeine Hafenverordnung – AHVO) vom 8. Januar 2000 (GV. NRW. 2000 S. 34 / SGV. NRW. 95).

Zu § 119 (Hafen- und Ufergeldtarife)

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 38 LWG (alt).

Im Vergleich zu jener Regelung wird in § 119 Absatz 3 und 4 jeweils der Begriff „Hafenträger“ durch „Hafenbetreiber“ ersetzt. Hafenbetreiber ist derjenige, der die überwiegende Eigentumsposition an den Flächen im Hafen sowie die Sachherrschaft und Organisationsgewalt über den Hafen innehat.

In Absatz 1 wird die Nummer 2 geändert. Die Änderungen sind lediglich redaktionell und dienen der Klarstellung.

Öffentlich im Sinne des Absatzes 1 sind Häfen sowie öffentliche Lande- und Umschlagstellen, wenn sie dem allgemeinen Verkehr dienen und von jedermann unter den gleichen Bedingungen benutzt werden können. Für die Öffentlichkeit von Häfen- oder Lande- und Umschlagstellen ist es unerheblich, in welcher Rechtsform sie betrieben werden. Bei der Erhebung von Hafen- und Ufergeld sind die allgemeinen abgabenrechtlichen Grundsätze, insbesondere das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip, insofern zu berücksichtigen, als Hafen- und Ufergeld so zu bemessen sind, dass sie zum Umfang und zum wirtschaftlichen Wert der Inanspruchnahme der Einrichtung nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis stehen. Das Aufkommen aus Hafen- und Ufergeld soll die Kosten der Einrichtungen, für deren Inanspruchnahme es erhoben wird, nicht übersteigen. Wegen der Bedeutung der Tarifordnung bzw. Abgabensatzung für die Wirtschaft sind die zuständigen Industrie- und Handelskammern vor der Festsetzung zu hören.

In Absatz 2 wird ein neuer Satz 3 eingefügt. Nach Umwelteigenschaften differenzierte Hafen- und Ufergelder sind geeignet den umweltfreundlichen Umbau der Binnenschiffahrtsflotte zu unterstützen. Über die schwach angenommen Förderprogramme zur Motorenumrüstung bestehen kaum ökonomische Anreize für umweltfreundliche Antriebe oder auch gewässerverträglichere Schiffskörper. Eine Maßnahme des Klimaschutzplans zielt auf die Verdopplung der Binnenschiffahrtsverkehre in Nordrhein-Westfalen. Ein Landtagsbeschluss (LT-Drs. 16/6854) fordert die Landesregierung unter anderem auf „darzustellen, mit welchen Instrumenten die bedarfs- und umweltgerechte Entwicklung von Binnenschiffahrt und Logistik unterstützt werden kann sowie darzustellen, wie der EU-Vorschlag über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (COM (2013)18 final) bezüglich eines flächendeckenden Netzes von LNG-Betankungsstationen in allen See- und Binnenhäfen“ bis zum Jahr 2020 in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden kann.

Zu § 120 (Fähren)

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 39 LWG (alt).

Fähren sind ständige Einrichtungen zum Zwecke des gewerbsmäßigen Personen- und Güterverkehrs von einem Ufer eines Gewässers zum anderen. Die Einrichtung eines Fährbetriebs ist unter Gesichtspunkten der Sicherheit grundsätzlich genehmigungspflichtig.

Zu § 121 (Besondere Pflichten im Interesse der Schifffahrt und des Sports)

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 40 LWG (alt).

Im Interesse der Verkehrssicherheit oder aus anderen Gründen kann es notwendig werden, in Abweichung von der grundsätzlichen Duldungspflicht der Anlieger das Landen und Befestigen von Wasserfahrzeugen durch ordnungsbehördliche Verordnung einzuschränken.

Kapitel 10 Wassergefährdende Stoffe

Zu § 122 (Wassergefährdende Stoffe)

Die bisherige Regelung (§ 18 LWG (alt)) wird mit redaktionellen Anpassungen an das geltende WHG weitergeführt. Solange das Verfahren der Bundesregierung über die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) nicht abgeschlossen ist, muss die Regelung weiter aufrechterhalten bleiben.

Kapitel 11 Bußgeld-, Überleitungs- und Schlussbestimmungen

Zu § 123 (Bußgeldvorschriften)

Die Regelung des § 161 LWG (alt) wird weitgehend unverändert fortgeführt. Es entfallen die Regelungen, die seit 2009 im neuen WHG enthalten sind. Die Verweise sind der Neuregelung angepasst und, soweit neue Regelungen wie beim Gewässerrandstreifen aufgenommen wurden, entsprechend neu geregelt (Nummer 11). Die Unterteilung in zwei Absätze (§ 161 Absatz 1 und 2 (alt)) ist aufgegeben worden.

Die Aufzählung der Ordnungswidrigkeiten wegen Zuwiderhandlung gegen eine Rechtsverordnung (Nummer 28) umfasst vorsorglich auch noch nicht erlassene Verordnungen; ob eine Zuwiderhandlung eine Ordnungswidrigkeit darstellt, ist erst im Rahmen des Verordnungsgebungsverfahrens zu entscheiden.

Zu § 124 (Einschränkung von Grundrechten)

Die bisherige Regelung (§ 167 LWG (alt)) wird im Wesentlichen unverändert weitergeführt. Der Umfang der Betretungsrechte ergibt sich nun aus §§ 97, 98 LWG und §§ 41 und 101 WHG.

Zu § 125 (Überleitung)

Absatz 1 stellt klar, dass bereits vor Inkrafttreten des neuen LWG begonnenen Verfahren auf Grundlage der zum Zeitpunkt des Einleitens des Verfahrens geltenden Vorschriften zu Ende geführt werden.

Die Überleitungsvorschrift in Absatz 2 ergänzt die §§ 104 bis 106 WHG. Sie bezieht sich auf bestehende Anlagen, denen nach § 99 bzw. § 58 Absatz 2 des bisherigen LWG Genehmigungen erteilt wurden.

Absatz 3 regelt die Fortgeltung von Erlaubnissen, die nach § 44 LWG (alt) im vereinfachten Verfahren erteilt wurden.

Absatz 4 enthält die erforderlichen Regelungen zur Überleitung von ordnungsbehördlichen Verordnungen, die vor Inkrafttreten des neuen LWG erteilt worden sind (§163 LWG (alt)). Darunter fallen insbesondere Deichschutz- und Wasserschutzgebietsverordnungen. Mit Satz 1, 2. Halbsatz wird klargestellt, dass vom gesetzlichen Verbot nach § 35 Absatz 2 Satz 1 nur mit einer Regelung abgewichen werden kann, die nach der Geltung des gesetzlichen Verbots getroffen wird. Vorherige Regelungen sind keine Abweichungen vom gesetzlichen Verbot. Die

Regelung des § 83 Absatz 2 Satz 2 gilt nach Satz 3 auch für nach bisherigem Recht erlassene Verordnungen zur Festsetzung von Überschwemmungsgebieten, weil auch für diese Verordnungen nach § 106 Absatz 3 WHG die Anpassungspflicht nach § 76 Absatz 1 Satz 3 WHG gilt, mit der die unbefristete Geltung begründet wird.

Die Überleitungsvorschrift in Absatz 5 ergänzt § 106 WHG um die Fortgeltung einer vor Inkrafttreten des neuen LWG staatlich anerkannten Heilquelle als solche.

In Absatz 6 wird eine Übergangsvorschrift für die Regelung in § 35 Absatz 2 (Abgrabungsverbot in Wasserschutzgebieten) aufgenommen. Bei Inkrafttreten zugelassene Abgrabungen und Bereiche, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nach den Bestimmungen des Raumordnungsrechts auf Ebene der Regionalplanung als Vorranggebiete für die Sicherung und den oberirdischen Abbau von oberflächennaher Bodenschätzen mit der Wirkung von Eignungsgebieten festgelegt worden sind, unterfallen dem Verbot nicht.

In Absatz 7 wird klargestellt, dass für bei Inkrafttreten des neuen LWG bereits begonnene Zulassungsverfahren die Verfahrensregelung des bisherigen LWG Anwendung finden.

Zu § 126 (Berichtspflicht)

Das Gesetz wird nicht befristet, da es Europarecht (u. a. EU-WRRL) umsetzt und daher nach § 39 Absatz 3 Satz 3 der GOLR von einer Befristung zugunsten einer Berichtspflicht abgesehen werden kann. Die Berichtsfrist von 10 Jahren ist angemessen, da das LWG zwingend zu treffende Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften enthält, deren Evaluation nicht zu einer Streichung bzw. grundsätzlichen Modifizierung führen können.

Zu Artikel 2 (Abwasserabgabengesetz)

Allgemeines

Die bisherigen Regelungen zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes des Bundes im Siebenten Teil des Landeswassergesetz (§§ 64 bis 85 LWG (alt)) werden in ein eigenständiges Landesgesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes überführt. In diesem Zusammenhang erfolgen die gebotenen redaktionellen Anpassungen an Änderungen des Abwasserabgabengesetzes, des neuen Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 und der Neuregelung des Landeswassergesetzes (vgl. Artikel 1 dieses Gesetzentwurfs). Bedingt durch die Fortentwicklungen im Wasserrecht und der Rechtsprechung zum Abwasserabgaberecht sind schließlich auch inhaltliche Änderungen geboten.

Begründung im Einzelnen:

Zu § 1 (Abgabepflicht anderer als der Abwassereinleiter)

Mit § 1 wird die Regelung des § 64 LWG (alt) inhaltlich unverändert fortgeführt.

Zu § 2 (Umlage der Abgabe durch Gemeinden und Abwasserverbände)

Mit § 2 wird die Regelung des § 65 LWG (alt) fortgeführt. In Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 ändert sich lediglich der Regelungsverweis. Anstelle des bislang verwandten Begriffs „abwälzen“ wird der üblichere Begriff der „umlegen“ gewählt, ohne inhaltlich etwa zu ändern.

Zu § 3 (Ausnahmen von der Abgabepflicht, Verrechnung)

Mit § 3 werden die Regelungen des § 66 Absatz 2 bis 4 und 7 bis 11 LWG (alt) inhaltlich unverändert fortgeführt. § 66 Absatz 1 LWG (alt) kann entfallen, da die Bedeutung dieser Regelung entfallen ist und sie zudem nicht mehr dem heutigen wasserrechtlichen Verständnis entspricht.

In Absatz 4 wird als Folge der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. Juni 2008 (7 C 2.08) und vom 20. Januar 2004 (9 C 13.03) klarstellend auch auf § 10 Absatz 4 AbwAG verwiesen.

Als Folge der klarstellenden Ergänzung in Absatz 4 wird in Absatz 5 Satz 2 ebenfalls klarstellend auf Absatz 4 verwiesen. Darüber hinaus werden die Verweise in Satz 1 an die Neuregelung des LWG (Artikel 1) und in Satz 3 an das WHG (§ 60) angepasst.

In Absatz 8 ist nun auf § 59 WHG zu verweisen, der jetzt anstelle des bisherigen § 59a LWG (alt) die Indirekteinleitung von Abwasser in private Abwasseranlagen bundesrechtlich regelt.

Zu § 4 (Besonderheit bei Nachklärteichen)

§ 68 LWG (alt) wird inhaltlich unverändert fortgeführt.

Zu § 5 (Ermitteln auf Grund des wasserrechtlichen Bescheides)

§ 69 LWG (alt) wird inhaltlich unverändert fortgeführt. Der Absatz 3a wird zu Absatz 4. Entsprechend wird die nachfolgende neue Durchnummerierung angepasst. In den Absätzen 5 bis 8 des Entwurfs werden die Verweise auf die Regelungen des Landeswassergesetzes und an die Neuregelung des Wasserhaushaltsgesetzes und des Artikels 1 angepasst.

Zu § 6 (Überwachung der Abwassereinleitung)

§ 70 LWG (alt) wird inhaltlich unverändert fortgeführt. Der Verweis auf § 117 LWG (alt) wird ersetzt durch den Verweis auf § 101 WHG.

Zu § 7 (Ermitteln in sonstigen Fällen)

§ 72 LWG (alt) wird dem Grunde nach fortgeführt. In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Fischen“ durch das Wort „Fischeiern“ ersetzt, da mit der 5. Novelle des Abwasserabgabengesetzes der Abgabeparameter Giftigkeit gegenüber Fischen durch den Parameter Giftigkeit gegenüber Fischeiern ersetzt wurde. Der Verweis in Absatz 1 Satz 2 auf § 7a WHG wird ersetzt durch den Verweis auf § 57 WHG.

Zu § 8 (Abgabefreiheit bei Kleininleitungen und bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser)

Die Regelungen des § 73 Absätze 1, 3 und 4 LWG (alt) werden inhaltlich unverändert mit Absatz 1, 3 und 4 fortgeführt. Die Verweise auf das bestehende LWG in den Absatz 1 und 3 werden an die Neuregelung des Artikel 1 angepasst.

Mit Absatz 2 wird § 73 Absatz 2 LWG (alt) dem Grunde nach fortgeführt. Die Voraussetzungen für die Abgabefreiheit werden aus Gründen der Klarheit enumerativ geregelt.

In Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 sind die Voraussetzungen geregelt, die in Bezug auf die Anlagen und deren Betrieb zu erfüllen sind. Die Verweise auf das WHG werden der aktuellen Gesetzeslage angepasst. Da die Bundesregierung bislang von der Verordnungsermächtigung des § 23 Absatz 1 Nummer 5 WHG keinen Gebrauch gemacht hat und damit keine normkonkretisierenden Anforderungen vorliegen, ist aus Gründen der Rechtssicherheit festzulegen, dass Prüfmaßstab für die Abgabebefreiung wie bisher die nach Maßgabe des § 56 Absatz 1 LWG (§ 57 Absatz 1 LGW (alt)) eingeführten Regeln der Technik sind.

Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 i. V. m. Satz 2 und 3 führt die einleitungsbezogenen Anforderungen des § 73 Absatz 2 LWG (alt) fort. Der Verweis auf § 7a Absatz 1 WHG wird ersetzt durch § 57 Absatz 1 Nummer 1 WHG. Satz 2 entspricht § 73 Absatz 2 Satz 2 LWG (alt). Ergänzend wird in Satz 2 auch die Erklärung nach § 6 Absatz AbwAG aufgenommen, da sich auch aus diesen weitergehende Anforderungen ergeben können. Wenn dies der Fall ist, müssen auch diese eingehalten werden. Die Regelung entspricht der Regelung in § 9 Absatz 4 AbwAG für die Abgabesatzermäßigung beim Schmutzwasser. Satz 3 enthält inhaltlich unverändert wie bisher (§ 73 Absatz 2 Satz 3 LWG (alt)) die Regelung für Einleitungen im Einzugsbereich von Flusskläranlagen.

Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 regelt, dass auch bestimmte, durch Landesverordnung festgelegte Selbstüberwachungsvorgaben zur Erlangung der Abgabebefreiung erfüllt sein müssen. Die Einhaltung dieser Anforderungen ist bislang nur mittelbar über die einschlägige Regel der Technik in Gestalt des RdErl. über die Anforderungen an den Betrieb und die Unterhaltung von Kanalisationsnetzen vom 03. Januar 1995 geregelt. Unter Nummer 2 dieses RdErl. wird für den Betrieb und die Unterhaltung festgelegt, dass die Bauwerke eines Kanalisationsnetzes regelmäßig oder nach Bedarf entsprechend den Ergebnissen der nach § 2 der Verordnung zur Selbstüberwachung von Kanalisationen und Einleitungen von Abwasser aus Kanalisationen im Mischsystem und im Trennsystem (Selbstüberwachungsverordnung Kanal - SÜWVKan) vom 16. Januar 1995 (GV. NRW. 1995 S. 64) durchzuführen sind. Das OVG Münster hatte in seinem Urteil vom 24. Februar 2011 (Az.: 9 A 129/08) unter Aufgabe seiner früheren Rechtsauffassung festgestellt, dass das Konstrukt einer nur mittelbaren In Bezugnahme von Selbstüberwachungsvorgaben einer Verordnung nicht zur Versagung einer Befreiung führen kann, wenn die Verordnungsvorgaben nicht eingehalten sind. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist gerade die Einhaltung bestimmter Selbstüberwachungsvorgaben für den ordnungsgemäßen Zustand und Betrieb der komplexen Kanalisationsnetze von großer Bedeutung. Das OVG hat in seinem Urteil darauf hingewiesen, dass es insoweit einer eindeutigen gesetzlichen Regelung bedarf. Dies stellt die Neuregelung sicher. Die Selbstüberwachungsverordnung Abwasser vom 17. Oktober 2013 hat die Selbstüberwachungsverordnung Kanal zwischenzeitlich abgelöst.

Die nach § 6 Satz 2 SÜWVO mögliche Verringerung des Umfangs der Selbstüberwachung muss durch Verwaltungsakt geregelt sein und ist entsprechend nachzuweisen.

In Absatz 2 wird ein neuer Satz 4 eingefügt. Mit Urteil vom 17 März 2010 (9 A 925/09) hat das OVG entschieden, dass § 75 Satz 4 LWG (alt), obwohl er unter Bezugnahme auf die Entscheidung über eine Abgabebefreiung die Sätze 1 bis 3 für anwendbar erklärt und eine Abgabebefreiung im LWG nur in § 73 Absatz 2 LWG (alt) geregelt ist, entgegen der Auffassung der Festsetzungsbehörde keine materielle Ausschlussfrist enthält. Mit der Neuregelung wird eine solche Frist begründet. Sie berücksichtigt, dass die Abwasserabgabe immer erst nach Ablauf des entsprechenden Veranlagungsjahres und somit mit unterschiedlichen wasserrechtlichen Anforderungen festgesetzt wird. Die Ergänzung sichert eine zeitnahe Abgabenerhebung. Da im Regelfall die Begründung des Antrags mit entsprechenden Nachweisunterlagen eine etwas längere Zeit in Anspruch nehmen wird, wird in Satz 5 für diese eine Frist von 6 Monaten ab Ablauf des Veranlagungsjahres gesetzt. Sollte der Antragssteller in Ausnahmefällen begründet noch mehr Zeit benötigen, regelt der 2. Halbsatz von Satz die Möglichkeit, die Frist noch weiter zu verlängern.

Mit Absatz 3 Satz 1 und 2 wird § 73 Absatz 3 LWG (alt) inhaltlich unverändert fortgeführt. In Satz 2 wird der Verweis auf § 66 LWG (alt) an die Regelungen in diesem Gesetz angepasst. Mit der Ergänzung des Satzes 3 wird die gleiche Klarstellung herbeigeführt, die auch in § 3 Absatz 5 vorgenommen wird.

Mit Absatz 4 wird § 73 Absatz 4 LWG (alt) inhaltlich unverändert fortgeführt.

Zu § 9 (Abzug der Vorbelastung)

§ 9 übernimmt inhaltlich unverändert die Regelung des § 74 Absatz 1 LWG (alt). Die Verordnungsermächtigung des § 74 Absatz 2 LWG (alt) entfällt, da insoweit in Nordrhein-Westfalen kein Regelungsbedarf bestanden hat und auch zukünftig nicht besteht.

Zu § 10 (Abgabeerklärung)

§ 10 übernimmt inhaltlich unverändert die Regelung des § 75 LWG (alt).

Zu § 11 (Festsetzen der Abgabe)

Mit § 11 wird § 77 LWG (alt) fortgeführt. Die Änderungen in § 11 Absatz 2 Satz 1 tragen dem Umstand Rechnung, dass ein praktischer Anwendungsbereich für die Veranlagungsjahre 1989 bis 1996 nicht mehr besteht. Die Änderung in § 18 Absatz 1 Ziffer 3 stellt klar, dass eine Begehung nur vorsätzlich möglich ist.

Zu § 12 (Fälligkeit, Verjährung)

Mit § 12 wird inhaltlich unverändert § 78 LWG (alt) fortgeführt.

Zu § 13 (Einziehen der Abgabe, Stundung, Erlass, Niederschlagung)

§ 13 führt inhaltlich unverändert § 80 LWG (alt) fort.

Zu § 14 (Zweckbindung)

§ 14 führt inhaltlich unverändert § 81 LWG (alt) fort.

Zu § 15 (Verwaltungsaufwand)

§ 15 führt inhaltlich unverändert § 82 LWG (alt) fort.

Zu § 16 (Mittelvergabe)

§ 16 führt inhaltlich unverändert § 83 LWG (alt) fort. Die Verweise auf das WHG werden der aktuellen Gesetzeslage angepasst.

Zu § 17 (Entsprechende Anwendung anderer Vorschriften)

§ 17 führt dem Grunde nach § 85 LWG (alt) fort.

In Nummer 1 Buchstabe e) werden als entsprechend anzuwendende Regelungen der Abgabenordnung die Regelungen über die Amtshilfe ergänzt, da im Falle einer nicht erfolgreichen Zustellung die Festsetzungsbehörde selbst die Zustellung nach § 5 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vornehmen müsste. Eine Zustellung über die örtliche Behörde im Wege der Amtshilfe ist im Allgemeinen einfacher und günstiger.

In Nummer 1 Buchstabe i) werden weitere Regelungen der Abgabenordnung aufgenommen, die entsprechend anzuwenden sind. In den bestehenden Ausführungsvorschriften ist nicht geregelt, wann eine Zahlung als wirksam geleistet gilt. Da diese Frage für die Berechnung von Säumniszuschlägen wichtig ist, wird § 224 Absatz 1 und 2 der Abgabenordnung (AO) in den Katalog aufgenommen. Ferner enthalten die Ausführungsvorschriften keine ausdrückliche Regelung hinsichtlich der Hemmung bzw. der Unterbrechung des Ablaufs der Zahlungsverjährungsfrist. Zur Klarstellung werden auch die Regelungen der § 230 und § 231 AO in den Katalog aufgenommen. Schließlich werden die Einschränkungen bei dem Verweis auf § 236 AO gestrichen. Damit werden die Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge so geregelt wie im Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes NRW.

Zu § 18 (Ordnungswidrigkeiten)

Die Regelungen der Ordnungswidrigkeiten in § 161 LWG (alt), die sich auf abwasserabgaberechtliche Tatbestände beziehen, werden inhaltlich unverändert in § 18 überführt. Ergänzt wurde ein Ordnungswidrigkeitstatbestand zur Mitteilungspflicht über die Inbetriebnahme von Abwasseranlage im Sinne von § 66 Absatz 6 Satz 2 LWG (alt).

Zu § 19 (Berichtspflicht)

Das Gesetz wird als Ausführungsgesetz zu einem Bundesgesetz (AbwAG) nach § 39 Absatz 3 Satz 3 GOLR nicht befristet. Die Berichtsfrist von 10 Jahren ist angemessen, da die Verordnung zwingend zu treffende Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften enthält, deren Evaluation nicht zu einer Streichung bzw. grundsätzlichen Modifizierung führen können.

Zu den Artikeln 3–11 (Änderungen der Wasserverbandsgesetze)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht) – alle Verbandsgesetze

(Art. 3, Art. 4, Art. 5, Art. 6, Art. 7, Art. 8, Art. 9, Art. 10 und Art. 11):

Redaktionelle Anpassung der Inhaltsübersichten der einzelnen Verbandsgesetze bedingt durch die jeweiligen Gesetzesänderungen/-anpassungen.

Zu Nummer 2 (Kleines Landessiegel) – alle Verbandsgesetze

(Art. 3 § 1, Art. 4 § 1, Art. 5 § 1, Art. 6 § 1, Art. 7 § 1, Art. 8 § 1, Art. 9 § 1, Art. 10 § 1 und Art. 11 § 1):

Die sondergesetzlichen Wasserverbände sind berechtigt, als Dienstsiegel das kleine Landessiegel in abgewandelter Form zu führen. Die Gestattung der Siegelführung ist bislang durch

Erlass vom 14. August 2008 (SMBl. NRW. 1132) geregelt. Zur Verminderung der Anzahl an Erlassen soll die Gestattung unmittelbar in das Gesetz aufgenommen werden.

Zu Nummer 3 (Aufgaben des Verbandes) – alle Verbandsgesetze

(Art. 3 § 2, Art. 4 § 2, Art. 5 § 2, Art. 6 § 2, Art. 7 § 2, Art. 8 § 2, Art. 9 § 2, Art. 10 § 2 und Art. 11 § 2):

Zur Erleichterung der verbandlichen Tätigkeit soll dem Verband die Möglichkeit gegeben werden, Auftragsübernahmen in Eilfällen durch den Verbandsrat entscheiden zu lassen. Diese Möglichkeit ist auf besonders eilige Ausnahmen beschränkt. Die Entscheidung des Verbandsrates ist der Verbandsversammlung in seiner nächsten Sitzung bekannt zu geben. So kann erreicht werden, dass der Verband trotz langer Zeitabstände zwischen den Verbandsversammlungen Aufträge zeitnah übernehmen kann.

Emschergenossenschaftsgesetz (EmscherGG):

Die Sperrklausel in Absatz 4 greift zu weit. Sie sollte im Rahmen der Abwasserbeseitigung nur das Sammeln und Fortleiten als Aufgabenübernahme unterbinden. Insoweit erfolgt hiermit eine Richtigstellung.

Zu Nummer 4 (Energieerzeugung; Anpassung der Fünfjahresübersichten, Streichung der Zwölfjahresübersichten) – alle Verbandsgesetze

(Art. 3 § 3, Art. 4 § 3, Art. 5 § 3, Art. 6 § 3, Art. 7 § 3, Art. 8 § 3, Art. 9 § 3 Art. 10 § 3 und Art. 11 § 3):

Die neue Regelung in Absatz 1 ermöglicht den sondergesetzlichen Wasserverbänden die für ihre wasserwirtschaftlichen Zwecke erforderlichen Anlagen nach Satz 1 auch dann zur Energieerzeugung zu nutzen, wenn dafür weitere Anlagen wie Wasserkraftanlagen an Stauwehren oder Talsperren oder Erweiterungen der Faultürme erbaut und betrieben werden müssen. Unter den Begriff der „Energieerzeugung“ werden alle möglichen Schritte gefasst, so auch die Speicherung von Energie.

Soweit energieerzeugende Anlagen wie Windenergieanlagen auf dem Gelände von Anlagen nach Satz 1 nicht in einem funktionalen Zusammenhang mit der wasserwirtschaftlichen Anlage stehen, sondern lediglich die Fläche nutzen würden, dürfen diese nur zur Erreichung von Energieautarkie und nicht zur Fremdversorgung betrieben werden.

Ein sondergesetzlicher Wasserverband hat nach den Wasserverbandsgesetzen lediglich wasserwirtschaftliche Aufgaben und nicht die Aufgabe der Energieerzeugung. Es soll ermöglicht werden, dass ein Wasserverband die Verbandsanlagen zur Energieerzeugung auch zur Fremdversorgung nutzt, soweit dies nicht seiner Aufgabe zuwiderläuft.

Zu Absatz 2 (bzw. Absatz 3 ErftVG): Zur Deregulierung wird die Pflicht zur Vorlage der zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflichten nach § 53 Absatz 1 des Landeswassergesetzes notwendigen Baumaßnahmen zukünftig allein im Landeswassergesetz geregelt.

Zudem wurden die Zeiträume zur Vorlage der Übersichten an diejenigen des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach § 47 des Landeswassergesetzes angepasst (sechs Jahre).

Die Mitglieder bestimmen weiterhin über alle Unternehmen des Verbandes, da die Aufstellung des Abwasserbeseitigungskonzeptes nach dem Landeswassergesetz unmittelbar in den Katalog der der Verbandsversammlung/Delegiertenversammlung bzw. Genossenschaftsversammlung vorbehaltenen Beschlussfassungen aufgenommen wird.

Zu Nummer 5 (Übernahme von Aufgaben) – alle Verbandsgesetze außer EmscherGG (hier siehe Nummer 3)

(Art. 3 § 4, Art. 4 § 4, Art. 6 § 4, Art. 7 § 4, Art. 8 § 4, Art. 9 § 4, Art. 10 § 4 und Art. 11 § 4):

Die Sperrklausel greift zu weit. Sie sollte im Rahmen der Abwasserbeseitigung nur das Sammeln und Fortleiten als Aufgabenübernahme unterbinden. Insoweit erfolgt hiermit eine Richtigstellung.

Erftverband, Linksniederrheinisches Entwässerungs-Genossenschafts-Gesetz (LINEGG): Redaktionelle Richtigstellung.

Zu Nummer 6: (Mitglieder des Verbandes) - nur Eifel-RurVG, ErftVG

(Art. 4 § 6, Art. 6 § 6):

Im Eifel-Rur-Verbandsgesetz (Eifel-RurVG) ist aufgrund der Bildung der Städteregion Aachen zum 21. Oktober 2009 als Nachfolgerin des Kreises Aachen die Mitgliedergruppe 2 redaktionell zu erweitern.

Die Änderung beim Gesetz über den Erftverband (ErftVG) soll sicherstellen, dass die Beitragslast auf alle Vorteilshabenden verteilt werden kann (§ 34 Abs. 1 ErftVG). Das ist möglicherweise dann nicht der Fall, wenn Mitglieder nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6.a oder Satz 2 nicht selbst Grundwasser fördern, sondern hiermit z. B. bei größeren Bauvorhaben oder Maßnahmen zur Nutzung der Erdwärme, die mit relevanten Maßnahmen zur Grundwasserhaltung verbunden sind, Dritte beauftragen. Es ist sachgerecht, dass dann nicht der Dritte Mitglied ist, sondern derjenige, der Veranlasser der Maßnahme ist.

Zu Nummer 6 (Satzung)

EmscherGG: Zu Nummer 5

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 7

(Art. 3 § 11, Art. 4 § 11, Art. 5 § 10, Art. 6 § 14, Art. 7 § 11, Art. 8 § 11, Art. 9 § 11, Art. 10 § 11 und Art. 11 § 11):

Bereinigung von kameralistischen Elementen.

Es ist sicherzustellen, dass die Kosten, die aus der Übernahme von Aufgaben resultieren, ausschließlich durch das vorteilhabende Mitglied getragen werden und nicht zu Lasten der übrigen Mitglieder aus allgemeinen Beiträgen finanziert werden.

Gleichzeitig soll in diesem Zusammenhang deutlich ausgewiesen werden, welche Kosten mit der Aufgabenübernahme verbunden sind. Im Rahmen der Selbstverwaltungshoheit der Wasserverbände ist dies entsprechend in den Satzungen zu regeln.

Zu Nummer 7 (Verbandsversammlung/Genossenschaftsversammlung/ Delegiertenversammlung)

EmscherGG: Zu Nummer 6

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 8

(Art. 3 § 12, Art. 4 § 12, Art. 5 § 11, Art. 6 § 15, Art. 7 § 12, Art. 8 § 12, Art. 9 § 12, Art. 10 § 12 und Art. 11 § 12):

Redaktionelle Anpassung an geänderte Rechtsnorm und gesetzliche Klarstellung, dass neben der Abwasserabgabe auch das Wasserentnahmeentgelt bei der Ermittlung der Beitragseinheiten als Grundlage für die Ermittlung der in die Verbands- bzw. Genossenschaftsversammlung zu entsendenden Delegierten unberücksichtigt bleibt, da es sich auch bei dem Wasserentnahmeentgelt um einen durchlaufenden Posten handelt.

Zu Nummer 8 (Delegierte in der Verbandsversammlung/Genossenschaftsversammlung/ Delegiertenversammlung)

EmscherGG: Zu Nummer 7

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 9

(Art. 3 § 13, Art. 4 § 13, Art. 5 § 12, Art. 6 § 16, Art. 7 § 13, Art. 8 § 13, Art. 9 § 13, Art. 10 § 13 und Art. 11 § 13):

Das kommunale Mitglied kann auch Beschäftigte einer Anstalt des öffentlichen Rechts nach §114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen entsenden. Dabei bleibt unberührt, dass die Kommune nach dem Belegenheitsprinzip das Mitglied ist. Diese Regelung berücksichtigt die organisatorischen Veränderungen bei den Kommunen und beseitigt damit ggfls. bestehende Unklarheiten zur Entsendung.

Zur Angleichung der Wahlperioden der Verbandsversammlungen an die der Kommunalwahlen werden ab 2020 (Jahr der Kommunalwahl) alle Delegierte neu bestimmt. Bis dahin werden die Wahlperioden derjenigen Verbandsversammlungen, die in 2018 enden, einmalig bis zum Jahr 2020 verlängert. Die Harmonisierung ist bei folgenden fünf Verbänden erforderlich: Aggerverband, Erftverband, Niersverband, Wupperverband, Wasserverband Eifel-Rur. In diesen Fällen sind auch die Wahlperioden der jeweiligen Verbandsräte zu verlängern. Die Wahlperioden der Verbandsversammlungen der übrigen Verbände enden ab Herbst 2020, so dass hier bei einer Kommunalwahl in 2020 eine Verlängerung nicht erforderlich wird.

Zu Nummer 9 (Aufgaben der Verbandsversammlung/Genossenschaftsversammlung/ Delegiertenversammlung)

Eifel-RurVG: Zu Nummer 10

EmscherGG: Zu Nummer 8

ErftVG: Zu Nummer 11

(Art. 3 § 14, Art. 4 § 14, Art. 5 § 13, Art. 6 § 23, Art. 7 § 14, Art. 8 § 14, Art. 9 § 14, Art. 10 § 14 und Art. 11 § 14):

Bereinigung von kameralistischen Elementen, da alle Verbände die kaufmännische Buchführung eingeführt haben.

Bei der Aufstellung der Übersichten handelt es sich um eine Folgeänderung (siehe Nummer 4).

Zu Nummer 10 (Sitzungen der Verbandsversammlung/Genossenschaftsversammlung/ Delegiertenversammlung)

Eifel-RurVG: Zu Nummer 11

EmscherGG: Zu Nummer 9

(Art. 3 § 15, Art. 4 § 15, Art. 5 § 14, Art. 6 § 22, Art. 7 § 15, Art. 8 § 15, Art. 9 § 15, Art. 10 § 15 und Art. 11 § 15):

Redaktionelle Anpassung auf Grund der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes.

Zu Nummer 11 (Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit des Verbandsrates/ Genossenschaftsrates, Verlängerung Amtsperiode)

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 12

nur AggerVG, Eifel-RurVG, ErftVG, NiersVG, WupperVG

(Art. 3 § 16, Art. 4 § 16, Art. 6 § 24, Art. 9 § 16 und Art. 11 § 16):

Als Folgeänderung zu Nummer 9 (Angleichung der Wahlperioden) ist auch die entsprechende Verlängerung der Wahlperiode der Verbandsräte der fünf Verbände Aggerverband, Erftverband, Niersverband, Wupperverband, Wasserverband Eifel-Rur erforderlich.

Eifel-RurVG: Aufgrund der Bildung der Städteregion Aachen zum 21. Oktober 2009 als Nachfolgerin des Kreises Aachen ist die Städteregion Aachen aufzunehmen.

Zu Nummer 12 (Aufgaben des Verbandsrates/Genossenschaftsrates)

EmscherGG: Zu Nummer 10

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 13

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 11

(Art. 3 § 17, Art. 4 § 17, Art. 5 § 16, Art. 6 § 25, Art. 7 § 17, Art. 8 § 17, Art. 9 § 17, Art. 10 § 17 und Art. 11 § 17):

Zu Absatz 5 Nr. 1:

Bei der Aufstellung der Übersichten handelt es sich um eine Folgeänderung (siehe Nummer 4).

Zu Absatz 5 Nr. 6:

Zur Klarstellung der Reichweite der bisherigen Begriffe „Bürgschaften“ und „Gewährverträge“ wird der Spezial-Begriff „Patronatserklärung“ (entspricht einer Bürgschaft für ein Tochterunternehmen) in den Katalog der durch den Verbandsrat zustimmungspflichtigen und durch die Aufsicht zu genehmigenden Geschäfte aufgenommen.

Durch diese Klarstellung wird neuen Finanzierungsformen (z. B. zum Thema „Garantien und Bürgschaften“) und zunehmenden Gesellschaftsgründungen Rechnung getragen und soll der Vollzug der Gesetze erleichtert werden.

Zu Absatz 5 Nr. 7:

Klarstellende Regelung, dass die Zustimmungspflicht auch bei Vertragsänderungen besteht.

Zu Absatz 5 Nr. 13:

Bereinigung von kameralistischen Elementen.

Zu Nummer 13 (Vorstand)

EmscherGG: Zu Nummer 11

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 14

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 12

(Art. 3 § 19, Art. 4 § 19, Art. 5 § 18, Art. 6 § 27, Art. 7 § 19, Art. 8 § 19, Art. 9 § 19, Art. 10 § 19 und Art. 11 § 19):

Zur Sicherstellung der individualisierten Offenlegung der Bezüge der Vorstände wird die Verpflichtung explizit aufgeführt.

Zu Nummer 14 (Aufgaben des Vorstandes)

EmscherGG: Zu Nummer 12

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 15

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 13

(Art. 3 § 20, Art. 4 § 20, Art. 5 § 19, Art. 6 § 28, Art. 7 § 20, Art. 8 § 20, Art. 9 § 20, Art. 10 § 20 und Art. 11 § 20):

Erweiterung des Beanstandungsrechts des Vorstandes, damit die Letztentscheidung bei der übergeordneten Delegiertenversammlung/Verbandsversammlung verbleibt.

Zu Nummer 15 (Redaktionelle Änderung der Überschrift des Sechsten Teils)

EmscherGG: Zu Nummer 13

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 16

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 14

(Art. 3, Art. 4, Art. 5, Art. 6, Art. 7, Art. 8, Art. 9, Art. 10 und Art. 11):

Redaktionelle Anpassung durch Aufhebung der kameralistischen Regelung (siehe Nummer 9).

Zu Nummer 16 (Haushaltsplan, Finanzplan)

EmscherGG: Zu Nummer 14

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 17

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 15

(Art. 3 § 22, Art. 4 § 22, Art. 5 § 21, Art. 6 § 30, Art. 7 § 22, Art. 8 § 22, Art. 9 § 22, Art. 10 § 22 und Art. 11 § 22):

Aufhebung der kameralistischen Regelung (siehe Nummer 9).

Zu Nummer 17 (Wirtschaftsplan, Finanzplanung)

EmscherGG: Zu Nummer 15

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 18

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 16

(Art. 3 § 22a, Art. 4 § 22a, Art. 5 § 21a, Art. 6 § 30a, Art. 7 § 22a, Art. 8 § 22a, Art. 9 § 22a, Art. 10 § 22a und Art. 11 § 22a):

Neufassung unter Berücksichtigung weiterhin erforderlicher Regelungen des bisherigen § 21/§ 22/§ 30.

Soweit in der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen die Anwendung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ermöglicht wird, verbleibt es für den Verband/ die Genossenschaft bei der angeordneten und inzwischen eingeführten kaufmännischen doppelten Buchführung nach handelsrechtlichen Grundsätzen mit den wegen der Eigenart der sondergesetzlichen Wasserverbände erforderlichen Besonderheiten.

Die Betriebsleitung nach der Eigenbetriebsverordnung entspricht dem Vorstand des sondergesetzlichen Wasserverbandes, der Betriebsausschuss entspricht dem Verbandsrat/ Genossenschaftsrat. Es wird durchgehend eine dynamische Verweisung auf die Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vorgenommen, damit die Verbände an die aktuellen Entwicklungen angeschlossen bleiben.

Zu Absatz 10 Satz 1:

Zur Abgrenzung von den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt eine Klarstellung, bis wann der Jahresabschluss aufgestellt sein muss.

Zu Absatz 10 Satz 2:

Die mit der Prüfung der Jahresabschlüsse betraute Stelle soll alle fünf Jahre gewechselt werden. Diese Regelung dient der Klarstellung und entspricht der bisherigen Praxis. Durch turnusmäßige Ausschreibungen soll Kostengünstigkeit erzielt werden, sowie durch Personen- und Gesellschaftswechsel möglichen Abhängigkeiten vorgebeugt und gleichzeitig Innovationspotential erschlossen werden. Eine unmittelbare Anwendung des Handelsgesetzbuchs und seiner Regelungen ist in den Verbandsgesetzen nicht vorgesehen.

Zu Absatz 10 Satz 3:

Nach der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen ergibt sich für die Eigenbetriebe der Kommunen die Verpflichtung, ihre Jahresabschlüsse zu veröffentlichen. Die Verbandsgesetze verweisen nur auf einzelne Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung, soweit sie erforderlich sind. Anders als die Eigenbetriebe dürfen die Verbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts keinen Gewinn erwirtschaften. Unter Transparenzgesichtspunkten ist daher eine Veröffentlichungspflicht direkt in die Verbandsgesetze aufgenommen worden.

Zu Absatz 11:

Einfügung zur Klarstellung, dass dem Landesrechnungshof das allgemeine Prüfungsrecht nach § 111 der Landeshaushaltsordnung auch bei den sondergesetzlichen Wasserverbänden zusteht.

Zu Nummer 18 (Rücklagen, Rechnungs- und Prüfungswesen, Wirtschaftsführung)

EmscherGG: Zu Nummer 16

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 19

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 17

(Art. 3 § 24, Art. 4 § 24, Art. 5 § 23, Art. 6 § 32, Art. 7 § 24, Art. 8 § 24, Art. 9 § 24, Art. 10 § 24 und Art. 11 § 24):

Bereinigung von kameralistischen Elementen (siehe Nummer 9).

Zu Nummer 19 (Beiträge)

EmscherGG: Zu Nummer 17

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 20

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 18

(Art. 3 § 25, Art. 4 § 25, Art. 5 § 24, Art. 6 § 33, Art. 7 § 25, Art. 8 § 25, Art. 9 § 25, Art. 10 § 25 und Art. 11 § 25):

Bereinigung von kameralistischen Elementen (siehe Nummer 9) und Anpassung an die aktuelle Rechtsnorm.

Die Neuregelung im Absatz 4 (Eifel-RurVG und ErftVG: Absatz 5) stellt klar, dass ein ausgeschiedenes Mitglied zu nachwirkenden Beiträgen herangezogen werden kann, obwohl seine Mitgliedschaft noch nicht erloschen ist. Das Fortbestehen der Mitgliedschaft bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ihm die hierüber getroffene Entscheidung des Vorstandes nach § 6 Absatz 2 Satz 2 (EmscherGG: § 5 Absatz 2 Satz 2) zugestellt worden ist, sichert die Rechts- und Pflichtenstellung eines ausgeschiedenen, aber noch Beiträge leistenden Mitglieds.

Zu Nummer 20 (Veranlagung)

EmscherGG: Zu Nummer 18

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 21

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 19

(Art. 3 § 27, Art. 4 § 27, Art. 5 § 26, Art. 6 § 35, Art. 7 § 27, Art. 8 § 27, Art. 9 § 27, Art. 10 § 27 und Art. 11 § 27):

Bereinigung von kameralistischen Elementen (siehe Nummer 9).

Zu Nummer 21 (Vollstreckung)

EmscherGG: Zu Nummer 19

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 22

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 20

(Art. 3 § 28, Art. 4 § 28, Art. 5 § 27, Art. 6 § 40, Art. 7 § 28, Art. 8 § 28, Art. 9 § 28, Art. 10 § 28 und Art. 11 § 28):

Redaktionelle Anpassung wegen geänderter Behördenbezeichnung.

Zu Nummer 22 (Widerspruchsausschuss)

EmscherGG: Zu Nummer 20

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 23

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 21

(Art. 3 § 29, Art. 4 § 29, Art. 5 § 28, Art. 6 § 41, Art. 7 § 29, Art. 8 § 29, Art. 9 § 29, Art. 10 § 29 und Art. 11 § 29):

Einfügung der Möglichkeit, auch Tarifbeschäftigte als Vertreterinnen und Vertreter der Behörden in den Widerspruchsausschuss zu berufen.

Redaktionelle Anpassung wegen geänderter Behördenbezeichnung.

Zu Nummer 23 (Aufsicht)

EmscherGG: Zu Nummer 21

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 24

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 22

(Art. 3 § 34, Art. 4 § 34, Art. 5 § 33, Art. 6 § 54, Art. 7 § 34, Art. 8 § 34, Art. 9 § 34, Art. 10 § 34 und Art. 11 § 34):

Redaktionelle Anpassung wegen geänderter Behördenbezeichnung.

Zu Nummer 24 (Anordnung von Maßnahmen)

EmscherGG: Zu Nummer 22

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 25

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 23

(Art. 3 § 36, Art. 4 § 36, Art. 5 § 35, Art. 6 § 56, Art. 7 § 36, Art. 8 § 36, Art. 9 § 36, Art. 10 § 36 und Art. 11 § 36):

Bereinigung von kameralistischen Elementen (siehe Nummer 9).

Zu Nummer 25 (Genehmigung von Geschäften)

EmscherGG: Zu Nummer 23

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 26

LINEGG: LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 24

(Art. 3 § 38, Art. 4 § 38, Art. 5 § 37, Art. 6 § 58, Art. 7 § 38, Art. 8 § 38, Art. 9 § 38, Art. 10 § 38 und Art. 11 § 38):

Zu Absatz 1 Nr. 4 (AggerVG, Eifel-RurVG, ErftVG, LINEGG, NiersVG, WupperVG):

Da es ggf. auch Dienstverträge mit anderen Personengruppen gibt, soll die Einschränkung gestrichen werden.

Zu Absatz 1 Nr. 5:

Zur Klarstellung und um den Vollzug der Gesetze zu erleichtern, soll u. a. die Begrifflichkeit „Patronatserklärung“ ergänzend aufgenommen werden (s. o. zu Nummer 13).

Die Zugrundelegung des Begriffs „angemessenes Verhältnis“ als Beschränkung des Genehmigungserfordernisses entfällt, weil die bisherige Regelung sich als nicht handhabbar und nicht rechtssicher erwiesen hat. Durch die jetzige Regelung sind die Verbände/Genossenschaften verpflichtet, jeden Geschäftsvorgang zur Genehmigung vorzulegen.

Zu Absatz 2 (neu):

Die Änderung dient zur Klarstellung, wann eine Gründung bzw. Beteiligung an Unternehmen zulässig ist. Es entspricht den bisher bei Genehmigungserteilung zu Grunde gelegten Voraussetzungen und lehnt sich an die gesetzlichen Voraussetzungen für die Übernahme von Aufträgen an.

Insgesamt wird dadurch sichergestellt, dass wasserwirtschaftsfremde Aufgaben nicht durch 'Tochtergesellschaften' wahrgenommen werden. Die Änderung stellt sich vollzugserleichternd dar und verhindert gleichzeitig, dass hoheitliche Verbandsaufgaben durch 'Tochtergesellschaften' erledigt werden.

Eine Gründung eines Tochterunternehmens oder eine neue Beteiligung an einem Unternehmen soll nur zulässig sein, wenn die Voraussetzungen des § 3 Absatz 3 Vergütungsoffenlegungsgesetz erfüllt sind. Somit soll eine neue Beteiligung bzw. eine Gründung nur dann erfolgen, wenn die in § 2 Absatz 1 des Vergütungsoffenlegungsgesetzes festgelegten Angabepflichten erfüllt werden. Dadurch soll das Transparenzniveau auch bei den Tochtergesellschaften und bei Beteiligungen der sondergesetzlichen Wasserverbände erhöht werden, so wie es bei Unternehmen des Landes bereits der Fall ist. Für die Öffentlichkeit soll erkennbar werden, welche Leistungen die Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung erhalten.

Bei bereits bestehenden Beteiligungen soll der Verband auf die Offenlegung entsprechend § 3 Absatz 1 und 2 des Vergütungsoffenlegungsgesetzes hinwirken.

Ort der Veröffentlichung ist grundsätzlich der Anhang zum Jahresabschluss. Bei Unternehmen, die nicht verpflichtet sind, einen Jahresabschluss mit Anhang zu veröffentlichen, kann die Veröffentlichung auch an anderer geeigneter Stelle erfolgen (z. B. in Beteiligungsberichten).

Zu Nummer 26 (Überschrift Zehnter Teil)

EmscherGG: Zu Nummer 24

Eifel-RurVG, ErftVG (Überschrift Zwölfter Teil): Zu Nummer 27

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 25

(Art. 3, Art. 4, Art. 5, Art. 6, Art. 7, Art. 8, Art. 9, Art. 10 und Art. 11):

Redaktionelle Anpassung an aufgehobene Vorschriften.

Zu Nummer 27 (Freiheit von Gebühren)

EmscherGG: Zu Nummer 25

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 28

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 26

(Art. 3 § 39, Art. 4 § 39, Art. 5 § 38, Art. 6 § 59, Art. 7 § 39, Art. 8 § 39, Art. 9 § 39, Art. 10 § 39 und Art. 11 § 39):

Zur Aufhebung der Ungleichbehandlung mit Kommunen, die nach dem Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen Verwaltungsgebühren zahlen müssen, sofern sie die zu entrichtenden Verwaltungsgebühren Dritten auferlegen können, soll die Freiheit der sondergesetzlichen Wasserverbände von der Gebührenpflicht aufgehoben werden.

Zu Nummer 28 (Inkrafttreten, Berichtspflicht)

EmscherGG: Zu Nummer 26

Eifel-RurVG, ErftVG: Zu Nummer 29

LINEGG, LippeVG, RuhrVG: Zu Nummer 27

(Art. 3 § 42, Art. 4 Artikel 3, Art. 5 Artikel 2, Art. 6 § 62, Art. 7 Artikel 2, Art. 8 Artikel 2, Art. 9 § 42, Art. 10 Artikel 3 und Art. 11 § 42):

Laut Kabinettsbeschluss vom 20. Dezember 2011 werden die zum 1. Januar 2012 in Kraft befindlichen Stammgesetze als zwingend notwendig angesehen. Die enthaltene Befristungsregelung wird daher gestrichen.

Zu Artikel 12 bis 15, 17 bis 23

Die Verweise in den Gesetzen (Artikel 12 und 13) und den Verordnungen (Artikel 15, 17 bis 23) auf das WHG werden an das Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 2014 (BGBl. I S. 1724), bzw. die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 31. März 2010 (BGBl. I S. 377) angepasst und die Verweise auf das LWG an die Fassung des LWG in Artikel 1.

Lediglich im Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein Westfalen (WasEG) (Artikel 13) wird in § 8 Absatz 2 die Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung um die Befugnis zur Regelung von Anforderungen an die Maßnahmen zum Schutz des entnommenen Rohwassers ergänzt. Der Vollzug hat gezeigt, dass auch insofern das Bedürfnis nach Konkretisierung besteht, um einen rechtssicheren Vollzug zu gewährleisten.

Zu Artikel 16 (Änderung der Verordnung über zuständige Aufsichtsbehörden nach dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände)

Nummer 1

Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung an die geänderte Behördenbezeichnung und gleichstellungsgerechte Sprache.

Nummer 2

Der Verweis ist zu aktualisieren, da der Paragraph im Landeswassergesetz aufgehoben wurde. Die Zuständigkeiten sind zwischenzeitlich in der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz geregelt.

Nummer 3

Laut Kabinettsbeschluss vom 20. Dezember 2011 werden die zum 1. Januar 2012 in Kraft befindlichen Stammgesetze und Verordnungen als zwingend notwendig angesehen. Die Verordnung wurde im Jahr 2009 evaluiert. Die enthaltene Berichtsfrist wird daher gestrichen.

Zu Artikel 24 (Aufhebung der Gewässerbestandsaufnahme-, Einstufungs- und Überwachungsverordnung)

Die Gewässerbestandsaufnahme-, Einstufungs- und Überwachungsverordnung (GewBEÜV) kann aufgehoben werden. Sie diene der Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22. 12. 2000, S. 1), die zuletzt durch die Richtlinie 2008/105/EG (ABl. L 348 vom 24. 12. 2008, S. 84) geändert worden ist. Ihr Gegenstand ist seit 2011 bundesweit einheitlich durch die Oberflächengewässerverordnung (OGewV) vom 20. Juli 2011 (BGBl.2011 I S. 1429) geregelt.

Zu Artikel 25 (Aufhebung der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2000/76/EG über die Verbrennung von Abfällen)

Die Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2000/76/EG über die Verbrennung von Abfällen (AbwAbfverbrVO) kann aufgehoben werden. Sie diene der Umsetzung der Richtlinie 2000/76/EG hinsichtlich der wasserrechtlichen Vorschriften, soweit diese nicht Gegenstand der Abwasserverordnung (AbwV) sind. Die RL 2000/76/EG ist zwischenzeitlich durch die IED (RL 2010/75/EU vom 24. November 2010) aufgehoben worden (siehe dort Art. 81 Absatz 1). Diese RL enthält mit Art. 45 und 48 und Anhang VI Technische Bestimmungen für Abfallverbrennungs- und Abfallmitverbrennungsanlagen. Soweit für den wasserrechtlichen Bereich ein Umsetzbedarf besteht, ist dies durch den dritten Abschnitt der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung - IZÜV vom 02.05.2014 geschehen. Mit der bundesrechtlichen Regelung ist die AbwAbfverbrVO NRW obsolet und somit aufzuheben

Zu Artikel 26 (Änderung der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen)

Es handelt sich um notwendige Folgeänderungen zu den Änderungen in den §§ 38 und 39 des Artikels 1. In § 38 Absatz 1 Satz 1 2 Halbsatz und § 39 Satz 2 wird nunmehr geregelt, dass die Anlagen für eine angemessene Löschwasserversorgung Bestandteil der gemeindlichen Wasserversorgungseinrichtungen sind und die zugehörigen Kosten dementsprechend gebührenfähig sind. Hierdurch entfallen die Notwendigkeit und der Bedarf für die gestrichene Regelung.

Zu Artikel 27 (Änderung des Landesabfallgesetzes)

Die Kostenregelung des LAbfG wird entsprechend der Kostenregelung in § 96 des Artikel 1 geändert.

Zu Absatz 1

Die bisherige Regelung entspricht nicht mehr den Gebührengrundsätzen des Landes. Die Kosten der abfallrechtlichen Überwachung sollen weitestgehend von den Personen getragen werden, deren Anlagen oder Handlungen überwacht werden. Die Regelung folgt der Kostenregelung des § 96 des Landeswassergesetzes und stellt sicher, dass im Rahmen der medienübergreifenden Überwachung von Anlagen die Gebührenerhebung nach einheitlichen Grundsätzen erfolgt.

Unter Anlagen sind nicht nur die abfallrechtlich zugelassenen Anlagen zu verstehen, sondern jede Anlagen. Mit umfasst sind auch die Kosten für die Beauftragung von Sachverständigen oder sachverständigen Stellen durch die Behörde.

Zu Absatz 2

Es wird eine neue Regelung zur Absicherung der staatlichen Ansprüche durch öffentliche Last auf dem Grundstück eingeführt, soweit Kostenpflichtiger der Eigentümer oder der Erbbauberechtigte ist. Die gesonderte Regelung für Erbbauberechtigte ist vor dem Hintergrund erforderlich, dass eine in Ausübung eines bestehenden Erbbaurechts eigenfögte Anlage keinen wesentlichen Bestandteil des Grundstücks darstellt und das Anlageneigentum bei Erbbauberechtigten verbleibt.

Zu Artikel 28 (Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I. S. 405) im Lande Nordrhein-Westfalen)

Zu Nummer 1:

Es wird ein neuer Fünfter Teil mit einem neuen § 16 eingefögt.

Zu Absatz 1

Mit Absatz 1 wird den einfachgesetzlichen Wasser- und Bodenverbänden die Möglichkeit eröffnet, die Organisation und Koordination von Maßnahmen nach § 31 Absatz 5 Satz 2 des Landeswassergesetzes ihrer Mitglieder zu übernehmen. Solche Maßnahmen sollen die Voraussetzungen schaffen, dass der gesetzliche Gewässerrandstreifen soweit aufgehoben wird, wie die gesetzlichen Ziele durch die freiwilligen Maßnahmen erreicht werden. Freiwillige Maßnahmen nach § 31 Absatz 5 Satz 2 des Landeswassergesetzes werden nur dann ihr Ziel, die Aufhebung des gesetzlichen Gewässerrandstreifens, erreichen, wenn sie auf einer ausreichenden Fläche durchgeführt werden. Sie müssen daher koordiniert werden. Dazu bedarf es einer Organisation, die sich darum kümmert. Für diese Aufgabe kommt in Zukunft nach der neuen Regelung ein Wasser- und Bodenverband in Betracht.

Zu Absatz 2

Die Regelung in Absatz 2 stellt sicher, dass die Wasser- und Bodenverbände die Abwasserbeseitigung nur in dem Umfang übertragen bekommen können, den das Landeswassergesetz ihnen einräumt. Es gibt demnach keine Aufgabenübernahme allein aufgrund des Wasserverbandsgesetzes. Ein unbeschränktes Zugriffsrecht auf alle mit der Abwasserbeseitigung verbundenen Aufgaben ist damit entfallen.

Zu Nummer 2:

Laut Kabinettsbeschluss vom 20. Dezember 2011 werden die zum 1. Januar 2012 in Kraft befindlichen Stammgesetze und Verordnungen als zwingend notwendig angesehen. Die Verordnung wurde im Jahr 2009 evaluiert. Die enthaltene Berichtsfrist wird daher gestrichen.

Zu Artikel 29 (Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Nordrhein–Westfalen)

Bundesrechtlich besteht nach Anlage 1 Nummer 13.1.3 des UVPG (Bund) eine Pflicht zur standortbezogenen Vorprüfung für Abwasserbehandlungsanlagen für anorganisches Wasser, wenn die Anlage für mehr als 10 m³ Abwasser in zwei Stunden (ausgenommen Kühlwasser) ausgelegt ist. Nach der Anlage 1 Nummer 1 des geltenden UVPG NW wird eine Pflicht zur standortbezogenen Vorprüfung dagegen erst ab einem Auslegungswert von 100 m³ ausgelöst.

Auch die geltende Nummer 2 der Anlage 1 UVPG NW weicht von den Vorgaben des Bundes in Anlage 1 Nummer 13.2.1 des UVPG ab. Die bisherige Nummer 2 sieht keine standortbezogene Vorprüfung vor und wertet die Verfahren damit generell als nicht UVP-relevant. Die Bundesregelung sieht eine Pflicht zur Durchführung einer standortbezogenen Vorprüfung für Anlagen zur intensiven Fischzucht in oberirdischen Gewässern mit einem Fischertrag je Jahr von 50 t bis weniger als 100 t vor.

Die Regelungen zur UVP-Pflicht von Abwasserbehandlungsanlagen und Fischzuchtanlagen im UVPG des Bundes sind, obwohl Verfahrensvorschriften, ausnahmsweise gem. § 24a UVPG i.V.m. Art. 84 Abs. 1 Satz 5 und 6 GG abweichungsfest.

Die Regelung der Anlage 1 Nummer 3 läuft leer, da sie parallel zur Ziff. 13.18 UVPG des Bundes angewandt wird (VG Köln, Urteil vom 14. April 2015 – 14 K 4696/12 –, Rn. 68, juris).

Zu Artikel 30 (Inkrafttreten)

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten der Rechtsnormen dieses Artikelgesetzes.